

Statistisches Bundesamt

# Wirtschaft und Statistik

## Aus dem Inhalt

Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet ▪ Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe ▪ Europawahl ▪ Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ▪ Insolvenzen ▪ Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer ▪ Außenhandel nach Ländern ▪ Öffentliche Finanzen ▪ Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995 ▪ Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 ▪

# 4

April

# 1999

**METZLER  
POESCHEL**

## Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o a S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd	=	Milliarde

## Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
—	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
..	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen

## Herausgeber:

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

## Schriftleitung:

Johann Hahlen  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann  
65180 Wiesbaden

## Verlag:

Metzler-Poeschel, Stuttgart

## Verlagsauslieferung:

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH  
Postfach 4343  
72774 Reutlingen  
Telefon 0 70 71/93 53 50  
Telefax 0 70 71/3 36 53  
Internet <http://www.s-f-g.com>  
E-Mail [staba@s-f-g.com](mailto:staba@s-f-g.com)

## Druck:

Rhein Main Druck, Mainz

Erscheinungsfolge monatlich

Erschienen im Mai 1999

Einzelpreis DM 20,30, EUR 10,38

Jahresbezugspreis DM 207,—, EUR 105,84  
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer. 1010200–99104

ISSN 0043–6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie

• im Internet <http://www.statistik-bund.de>

oder bei unseren Allgemeinen Auskunftsdiensten  
65180 Wiesbaden

- Telefon 06 11/75 24 05
- Telefax 06 11/75 33 30
- E-Mail [info@statistik-bund.de](mailto:info@statistik-bund.de)

Zweigstelle Berlin

Postfach 276, 10124 Berlin

- Telefon 0 30/23 24 68 66
- Telefax 0 30/23 24 68 72
- E-Mail [stba-berlin.infodienst@t-online.de](mailto:stba-berlin.infodienst@t-online.de)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999

Alle Rechte vorbehalten

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Nachdruck und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Genehmigung.

Kurznachrichten . . . . . 241

**Textteil**

Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses  
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet . . . . . 253

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe . . . . . 257

Europawahl 1999 . . . . . 282

Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999 . . . . . 293

Insolvenzen 1998 . . . . . 299

Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer . . . . . 306

Außenhandel 1998 nach Ländern . . . . . 312

Öffentliche Finanzen 1998 . . . . . 318

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995 . . . . . 325

Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 . . . . . 329

Preise im März 1999 . . . . . 337

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge . . . . . 341

**Tabellenteil**

Übersicht . . . . . 203\*

Statistische Monatszahlen . . . . . 204\*

Ausgewählte Tabellen . . . . . 232\*

**Herausgeber**  
Statistisches Bundesamt

**Verlag**  
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3 10 1990.

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3 10 1990, sie schließen Berlin-West ein

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost

## Contents

News in brief . . . . . 241

### Texts

Size and causes of population growth in the united economic territory . . . . . 253

1999 revision of national accounts – reasons, conceptual changes and new terms . . . . . 257

Elections to the European Parliament, 1999 . . . . . 282

Impact of the new concept of production surveys on the computation of the production index as of 1999 . . . . . 293

Insolvencies, 1998 . . . . . 299

Methodological considerations on foreign trade of the Lander . . . . . 306

Foreign trade by countries, 1998 . . . . . 312

Public finance, 1998 . . . . . 318

Index of producer prices for industrial products on base 1995 . . . . . 325

New computation of the consumer price index for telecommunications services on base 1995 . . . . . 329

Prices in March 1999 . . . . . 337

List of the contributions published in the current year . . . . . 341

### Tables

Summary . . . . . 203\*

Monthly statistical figures . . . . . 204\*

Selected tables . . . . . 232\*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990, they include Berlin-West

The data for the "new Lander and Berlin-East" relate to the Lander of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East

## Table des matières

Informations sommaires . . . . . 241

### Textes

Dimension et causes de l'accroissement de la population du territoire économique uni . . . . . 253

Révision des comptes nationaux 1999 – Occasion, changements conceptuels et nouvelle terminologie . . . . . 257

Elections au Parlement européen, 1999 . . . . . 282

Effets de nouvelle conception des enquêtes de la production sur le calcul des indices de la production à partir de l'année 1999 . . . . . 293

Insolvabilités en 1998 . . . . . 299

Considérations méthodologiques sur le commerce extérieur des Länder fédéraux . . . . . 306

Commerce extérieur en 1998 ventilé par Länder . . . . . 312

Finances publiques en 1998 . . . . . 318

Indice des prix à la production des produits industriels en base 1995 . . . . . 325

Nouveau calcul de l'indice des prix à la consommation pour les services de télécommunication en base 1995 . . . . . 329

Prix en mars 1999 . . . . . 337

Liste des contributions publiées dans l'année en cours . . . . . 341

### Tableaux

Résumé . . . . . 203\*

Chiffres statistiques mensuels . . . . . 204\*

Quelques tableaux sélectionnés . . . . . 232\*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990, Berlin-Ouest y est inclus

Les données pour les «nouveaux Lander et Berlin-Est» se réfèrent aux Lander Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est

# Kurznachrichten

## In eigener Sache

### 50 Jahre Wirtschaft und Statistik

Vor 50 Jahren, im April 1949, erschien das erste Heft dieser Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ in neuer Folge. Das damals noch Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes knüpfte damit an die Tradition der gleichnamigen, erstmals 1921 herausgegebenen Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes an.

Ein solcher Jahrestag ist nicht nur Anlaß zur Rückbesinnung, sondern auch den Blick in die Zukunft zu richten. 50 Jahre lang war „Wirtschaft und Statistik“ ein Spiegelbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland: Waren in den ersten Nachkriegsjahren zunächst die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Wohnraum und die des Produzierenden Gewerbes mit Rohstoffen die beherrschenden Themen, läßt sich anschließend der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft als soziale Marktwirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren, das weltweit bestaunte deutsche „Wirtschaftswunder“, verfolgen. Mit der Überwindung der ersten wirtschaftlichen Rezession gegen Ausgang der sechziger Jahre rückte die Politik der Globalsteuerung – und damit die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ohne die eine solche Politik nicht möglich wäre – in den Vordergrund. Die siebziger Jahre waren gekennzeichnet durch Reformen, u. a. im Bildungswesen und im Agrarbereich, die Neuordnung der statistischen Berichtssysteme in wichtigen Wirtschaftsbereichen, bis die konjunkturellen Einschnitte als Folge der Ölkrisen und die beginnende Auseinandersetzung mit Fragen der Umwelt themenbestimmend wurden. Die öffentliche Diskussion über das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Zusammenhang mit der für 1983 geplanten Volkszählung und die kritische Reflexion des Verhältnisses Bürger – Staat, die zusammen mit den Sparauflagen der öffentlichen Hand zu einer Einschränkung des nationalen Statistikprogramms führten, prägten die achtziger Jahre. Auch die Wiedergewinnung der deutschen Einheit und der europäische Einigungsprozeß lassen sich in ihrer Entwicklung und mit ihren statistischen Auswirkungen in den einzelnen Jahrgängen in vielen Beiträgen nachvollziehen.

Auch in Zukunft soll „Wirtschaft und Statistik“ über die aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt berichten, um den Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die nötigen Informationen an die Hand zu geben. Die Forderung nach Kürzung des statistischen Pro-

gramms, um öffentliche Mittel einzusparen und die Befragten von statistischen Meldungen zu entlasten, der sich die amtliche Statistik weiterhin gegenüber sieht, muß sich nicht nur mit dem wachsenden Datenbedarf der Europäischen Union konfrontieren lassen. Das Programm der Bundesstatistik ist inzwischen überwiegend durch europäische Vorgaben festgelegt, zudem werden statistische Daten immer häufiger als Bemessungsgrundlage für die Höhe finanzieller Leistungen herangezogen. Auch die Anforderungen, die sich aus der rasanten Entwicklung zur Informationsgesellschaft und der zunehmenden Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens ergeben, steigern nicht nur den Bedarf an statistischen Informationen, sondern erhöhen gleichzeitig die qualitativen Ansprüche an das Leistungsangebot der amtlichen Statistik.

Mit dem Blick nach vorn muß die inhaltliche Gestaltung von „Wirtschaft und Statistik“ überdacht werden, wobei das Leitmotiv weiterhin die Ausrichtung auf soziale oder wirtschaftliche Fragestellungen, die aktuell die Menschen bewegen, bleiben muß. Auf den Prüfstand gehört – angesichts der überbordenden Informationsflut und der zunehmenden Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnik – auch die Aufgabenabgrenzung gegenüber elektronischen Medien mit ihrem unbestreitbaren Vorteil der schnelleren Informationsübermittlung.

Wichtige Anhaltspunkte erhoffen wir uns von der Meinung unserer Kunden, das heißt von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser. Die erste Resonanz auf unsere Leserumfrage im Februar-Heft zeigt, daß Verbesserungen erwünscht und möglich sind. Wenn Sie bisher noch nicht an unserer Umfrage teilgenommen haben, können Sie noch bis Ende Mai Ihre konkreten Wünsche und Ihre Kritik äußern. Wir freuen uns über ein möglichst großes Echo von Ihnen.

## Aus Europa

### Ausschuß für das Statistische Programm/21. EWR-Konferenz

Unter Teilnahme der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und weiterer Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) fand am 11. März 1999 in Brüssel die 32. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/21. EWR-Konferenz statt.

# Kurznachrichten

Zur Abstimmung gemäß dem Komitologieverfahren Typ IIIa (Regelungsausschuß) lagen dem ASP zwei Verordnungsentwürfe der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und Arbeitskosten vor. Die erste Verordnung, die vom ASP mit geringfügigen Änderungen einstimmig verabschiedet wurde, legt die Liste der einzubeziehenden Variablen, deren Definitionen und das Übermittlungsformat fest. Der zweite Verordnungsentwurf mit Vorgaben für die von den Mitgliedstaaten im Anschluß an die Erhebung zu erstellenden Qualitätsberichte wurde nach kritischen Äußerungen mehrerer Mitgliedstaaten an die zuständige Arbeitsgruppe zurückverwiesen, in der die Mitgliedstaaten Änderungsvorschläge zur Gestaltung des als zu umfassend angesehenen Qualitätsberichts unterbreiten sollen. Auf der Mai-Sitzung 1999 soll über einen überarbeiteten Verordnungsentwurf abgestimmt werden.

Zur Regelung des Zugangs zu Mikrodaten zu Forschungszwecken auf europäischer Ebene schlug Eurostat vor, eine Task Force einzurichten, die einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten soll. Mehrere Delegationen, u. a. Deutschland, sprachen sich unter Hinweis auf die bereits festgelegte generelle Zuständigkeit des Ausschusses für die statistische Geheimhaltung gegen die Einrichtung einer zusätzlichen Task Force aus. Nunmehr soll eine Unterarbeitsgruppe des Ausschusses mit der Erarbeitung grundlegender statistikübergreifender Lösungen betraut werden. Die Vorsitzende des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES) kündigte an, daß sich der CEIES auf seiner Plenarsitzung im September mit diesem Thema befassen wird.

Ein weiterer Beratungspunkt war der Vorschlag Eurostats, im Rahmen eines Projektes EURO-SICS (Statistical Indicators Common Site) eine Datenbank mit aktuellen Konjunkturindikatoren und Zeitreihen der Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene einzurichten. Der ASP betonte die Notwendigkeit einer solchen Datenbank, hielt jedoch den Projektvorschlag für sehr ehrgeizig und deshalb weitere Beratungen für erforderlich.

Beraten wurden ferner Vorschläge Eurostats zur Änderung der Verordnung über das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), die vorsehen, Konkursausfälle bei Steuern und Sozialbeiträgen künftig finanzierungssaldowirksam zu buchen und Zahlungen aufgrund von Swap-Vereinbarungen und Forward Rate Agreements nicht mehr als Vermögenseinkommen, sondern als finanzielle Transaktionen nachzuweisen. Während der ASP letzteren Verordnungsentwurf zustimmend zur Kenntnis nahm und dieser nunmehr an den Rat der

Europäischen Union weitergeleitet wird, äußerten einige Mitgliedstaaten Vorbehalte gegen die vorgeschlagenen Änderungen der Verbuchung von Steuern und Sozialbeiträgen. Eurostat schlug deshalb eine erneute Diskussion auf Arbeitsebene vor, mit dem Ziel, einen überarbeiteten Textentwurf als Kommissionsverordnung in Zusammenarbeit mit dem ASP zu verabschieden. Einige Mitgliedstaaten äußerten Vorbehalte zu den vorgelegten Verordnungsentwürfen. Der ASP nahm zustimmend den vorgelegten Verordnungsentwurf bezüglich des Nachweises von Zahlungen zur Kenntnis.

Auf der Tagesordnung standen ferner ein Verordnungsentwurf, mit dem die Erstellung und Übermittlung von Teilindizes des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ab Dezember 1999 nach der überarbeiteten Klassifikation COICOP/HVPI geregelt werden soll, für den sich der ASP mit qualifizierter Mehrheit aussprach, vier Durchführungsverordnungen zur Änderung der Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik, Regelungen für Ad-hoc-Module zur Arbeitskräfteerhebung, die Einrichtung eines beratenden Gremiums für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex, Verfahren zur Saisonbereinigung und der Datenbedarf für die Wirtschafts- und Währungsunion. Zugestimmt wurde der vorgeschlagenen Einrichtung einer Task Force, die Empfehlungen zum Qualitätsmanagement im Europäischen Statistiksistem erarbeiten soll, unter Federführung Schwedens, an der auch das Statistische Bundesamt mitwirken wird.

## **Neue Konzeption der monatlichen Globalergebnisse über den deutschen Außenhandel**

Seit Jahren versteht sich die deutsche Außenhandelsstatistik als Dienstleister am Kunden. Die Maxime unserer Arbeit ist daher, Ergebnisse in sehr guter Qualität in einem aktuellen Zeitrahmen sowie kundenorientiert bereitzustellen. Dabei müssen diese Kriterien fortlaufend vor dem Hintergrund sich ändernder Rahmenbedingungen und Kundenwünsche überprüft, anders definiert und angepaßt werden, um diesem hohen Anspruch Rechnung zu tragen.

Bereits im Vorfeld der Europäischen Währungsunion (EWU) hatten zahlreiche Nutzer der Außenhandelsergebnisse den Wunsch an uns herangetragen, zu einem sehr frühen Zeitpunkt nach Ländergruppen untergliederte Ergebnisse bereitzustellen. Vor allem sollte die Frage, wie entwickelt sich der deutsche Außenhandel mit der Eurozone, mit den EU-Ländern insgesamt oder mit den Drittländern ab 1999 deutlich früher beantwortet werden als bisher. Ausgehend

# Kurznachrichten

von diesen Wünschen unserer Kunden wurde das Konzept der Bekanntgabe der monatlichen Globalergebnisse über den deutschen Außenhandel überarbeitet und den neuen, insbesondere durch die EWU verursachten Informationsbedürfnissen angepaßt.

Bis Berichtsmonat Dezember 1998 wurden die globalen Außenhandelsergebnisse eines Monats ohne weitere Aufgliederung nach Ländergruppen im Rahmen der monatlichen Pressemitteilung veröffentlicht. Der Veröffentlichungstermin dieser ersten Außenhandelsergebnisse eines Monats lag im Jahr 1997 noch etwa 55 Tage nach Ende dieses Monats. Bis Ende 1998 wurde die Terminalsituation soweit verbessert, daß die Globalergebnisse für den Berichtsmonat Januar 1999 bereits 40 Tage nach Ende dieses Berichtsmonats in Form eines Presseberichts veröffentlicht werden konnten. Dieser fixe, bereits jetzt bis in das Jahr 2000 hinein festgelegte Veröffentlichungstermin muß und wird von uns jeden Monat eingehalten werden. Damit erfüllt das Statistische Bundesamt die durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) festgelegten internationalen Terminvorgaben und liegt im EU-Vergleich auch bezüglich der Termintreue an der Spitze.

Aber nicht nur die Termine für die Bekanntgabe der ersten Globalergebnisse eines Monats wurden verbessert; auch der Informationsgehalt dieser Ergebnisse wurde deutlich erhöht. So werden seit Berichtsmonat Januar 1999 die Globalergebnisse in den monatlichen Presseberichten bereits in der Untergliederung nach wichtigen Ländergruppen dargeboten. Die Nutzer der Außenhandelsergebnisse werden also jetzt zu einem sehr frühen Zeitpunkt über die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit den EU-Ländern, den Drittländern, der Eurozone und den Ländern der Nicht-Eurozone informiert. Kurze Zeit später liegen auch Ergebnisse über die wichtigsten Warengruppen vor. Alle diese Informationen werden am Tag des Erscheinens direkt über Eurostat an die EZB weitergegeben. Die Öffentlichkeit und die speziellen Nutzer der Außenhandelszahlen werden damit seit Januar 1999 noch schneller und umfangreicher informiert als bisher.

Wegbereiter dafür waren vor allem Verbesserungen im Aufbereitungsverfahren bei der Intrahandelsstatistik. Mitte 1998 wurde die letzte Stufe von ASI (Automatisierte Sachbearbeitung in der Intrahandelsstatistik) umgesetzt. Seitdem läuft ASI auf vollen Touren, das heißt alle Datensätze im Intrahandel (rd. 6 Millionen pro Monat) werden seitdem automatisiert bearbeitet. Damit konnte die Terminalsituation entscheidend verbessert und eine noch flexiblere

Auswertung der Ergebnisse erzielt werden. Parallel hierzu wurden auch in der Aufbereitung des Extrahandels deutliche Terminverbesserungen erreicht.

## Aus dem Inland

### Frühjahrskonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiter informierten sich im März 1999 über die neuesten Entwicklungen bei der Diskussion über das Programm der Bundesstatistik. Der Statistische Beirat hatte auf seiner Sitzung im Juni 1998 beschlossen, der Bundesregierung für die 14. Wahlperiode Vorschläge zur Straffung, Weiterentwicklung und Rationalisierung der amtlichen Statistik vorzulegen. Ziel der Sitzung einer vom Statistischen Beirat eingesetzten Arbeitsgruppe im März 1999 war es, zu entscheiden, welche Vorschläge dem Beirat auf seiner Jahrestagung im Juni 1999 zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Das Ergebnis soll auf der Amtsleitertagung im Mai 1999 in Halle erörtert werden.

Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt war die Vorbereitung eines registergestützten Zensus im Jahr 2001. Es bestand Einvernehmen, daß der Umstieg von einem Zensus herkömmlicher Art zu einem registergestützten Zensus einer sorgfältigen Vorbereitung bedarf. In Tests sind die Melderegister der Gemeinden, aber auch die übrigen Dateien, die für einen registergestützten Zensus herangezogen werden sollen, auf ihre Statistikauglichkeit hin zu überprüfen. Auch Verfahren der Haushaltegenerierung und der Zusammenführung von Einzeldatensätzen aus Registern untereinander und mit primärstatistisch gewonnenen Daten, zum Beispiel für Gebäude und Wohnungen, sind zu testen. Zur Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzes wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, die so bald wie möglich Empfehlungen zum Inhalt eines offenen Testgesetzes und Schätzungen der damit verbundenen Kosten bei Bund, Ländern und Gemeinden vorlegen soll.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Neuordnung der Unternehmensstatistiken“ informierten sich die Amtsleiter über den Stand der Arbeiten am Aufbau eines umfassenden statistikinternen Unternehmensregisters, am Gesetzentwurf zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik, am Alternativkonzept zur Umsetzung der EU-Unternehmensstatistik und an der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe. Die Amtsleiter begrüßten, daß die Dienstleistungsstatistik im weiteren Gesetzgebungsverfahren als Stichprobenstatistik mit einem Auswahlatz

# Kurznachrichten

von 20 % vorangebracht werden soll, und wiesen auf die Dringlichkeit dieser Erhebung hin, mit der die bedeutendste Lücke im wirtschaftsstatistischen System Deutschlands geschlossen werden könnte.

Die Amtsleiterkonferenz stimmte dem vom ALK-Ausschuß „Marketing“ vorgelegten Marketingkonzept vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen zu. Die in sechs Kapiteln (Ausgangssituation und Ziele; Konzeption einer zukunftsorientierten Vermarktung; Rechtliche Fragen/Copyright; Nutzerkategorien; Ausgestaltung der Angebote und Preis-, Rabattsystem, Lizenzmodell) enthaltenen Vereinbarungen und Leitlinien sind ein wesentlicher Beitrag für ein zukunftsorientiertes und zugleich praxisnahes Marketingkonzept der amtlichen Statistik. Das Marketingkonzept soll auf der Amtsleitertagung im Mai 1999 in Halle endgültig verabschiedet und in Kraft gesetzt werden.

Weiterhin sprach sich die Amtsleiterkonferenz dafür aus, beim Mikrozensus den Übergang auf eine unterjährige Erhebung zu prüfen. Sie beauftragte die Arbeitsgruppe „Organisatorisch-technische Weiterentwicklung des Mikrozensus“ mit weiteren Untersuchungen zur unterjährigen Durchführung des Mikrozensus. Die Untersuchungen sollen bis zur Herbst-Amtsleiterkonferenz 2000 abgeschlossen sein.

## Kompakt

### Klassifikation der Wirtschaftszweige im Internet

Am 1. April 1999 ist das Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform in Kraft getreten, in dem auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes Bezug genommen wird. Um den von der neuen Stromsteuer betroffenen Unternehmen die Feststellung des für ihre Haupttätigkeit zutreffenden Wirtschaftszweigs zu erleichtern, hat das Statistische Bundesamt die relevanten Teile der zur Zeit gültigen Ausgabe 1993 dieser Klassifikation (WZ 93) im Internet bereitgestellt. Die entsprechenden Seiten finden Sie unter:

<http://www.statistik-bund.de/allg/d/klassif/wz93.htm>

Das im Gesetz genannte „Produzierende Gewerbe“ umfaßt die Abschnitte C („Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“), D („Verarbeitendes Gewerbe“), E („Energie- und Wasserversorgung“) und F („Baugewerbe“) bzw. die Abteilungen 10 bis 45 der WZ 93, die „Land- und Forstwirtschaft“ gehört zum Abschnitt A (Abteilungen 01 und 02) dieser Klassi-

fikation. In Zweifelsfällen erteilen die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes gern Auskunft über die Zuordnung zur WZ 93 (Telefon: 06 11/75-25 10 und -48 72).

### Ehen und nichteheliche Lebensgemeinschaften in Deutschland

Nach Ergebnissen des Mikrozensus erreichte die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Deutschland im Jahr 1998 mit 2,0 Mill. einen neuen Höchststand; sie ist damit gegenüber 1991 um 42 % gestiegen.

Die Ehe ist jedoch in Deutschland unverändert die maßgebliche Form des Zusammenlebens von Männern und Frauen; die Zahl der Ehepaare ist seit 1991 annähernd gleich geblieben (19,5 Mill.).

Vier von fünf (78 %) der unverheirateten Paare im früheren Bundesgebiet hatten 1998 keine Kinder, in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund die Hälfte (52 %).

In hundert nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in Deutschland lebten im Durchschnitt 145 Kinder, während auf hundert Ehepaare mit Kindern durchschnittlich 173 Kinder kamen.

Weitere Auskünfte erteilt Andreas Kuhn, Telefon (06 11) 75-2434.

### 87 % aller Teilzeitbeschäftigten in Deutschland sind Frauen

Rund 36 % aller abhängig beschäftigten Frauen arbeiteten nach Ergebnissen des Mikrozensus im April 1998 in Teilzeit (1991: 30 %), während es bei den Männern nur 4 % (1991: 2 %) waren. 87 % der Teilzeitbeschäftigten insgesamt waren Frauen (1991: 92 %).

Teilzeitarbeit ist somit nach wie vor eine Frauendomäne. Im früheren Bundesgebiet gaben 64 % der teilzeitbeschäftigten Frauen persönliche oder familiäre Verpflichtungen als Grund für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit an, in den neuen Ländern war das für 21 % der Frauen ausschlaggebend. Hier war das Fehlen von Vollzeitarbeitsplätzen für 53 % der teilzeit arbeitenden Frauen der Grund für ihre Teilzeitarbeit (Westen: 8 %).

Insgesamt arbeiteten 18,5 % der Arbeitnehmer weniger als die übliche oder tariflich vereinbarte Normalarbeitszeit (1991: 14 %). Im früheren Bundesgebiet waren 1998 anteilig mehr Personen teilzeitbeschäftigt (20 %) als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (12 %).

Teilzeitarbeitsplätze gibt es vorwiegend in kleineren Betrieben: 46 % der abhängig Beschäftigten (ohne



# Kurznachrichten

Auszubildende) in Arbeitsstätten mit 1 bis 2 Mitarbeitern arbeiteten 1998 teilzeit. In Betrieben mit 50 und mehr Mitarbeitern übten etwa 14% der Arbeitnehmer eine Teilzeittätigkeit aus.

Weitere Auskünfte erteilt Winfried Hammes, Telefon (06 11) 75-34 18

## Rund 60 % der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren erwerbstätig

Nach Ergebnissen des Mikrozensus vom April 1998 waren 59,8% der Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit minderjährigen Kindern erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote der verheirateten Frauen lag bei 58,9%, die der alleinerziehenden Mütter bei 64,0%. Der Umfang der Erwerbsbeteiligung der Mütter wird dabei wesentlich vom Alter des jüngsten Kindes beeinflusst: Während 46,5% der Ehefrauen und 46,1% der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 3 Jahren einer Erwerbstätigkeit nachgingen, waren es bei den Müttern, deren jüngstes Kind 15 bis unter 18 Jahre alt war, 69,2 bzw. 75,3%.

Weitere Informationen und Fakten über die Situation von Frauen in Deutschland können der 1998 erschienenen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes „Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland“ entnommen werden. Diese kann unter der ISBN: 3-8246-0532-5 über den Buchhandel oder unter der Bestellnummer 1021204-98900 bei der Verlagsauslieferung des Metzler-Poeschel Verlages (nähere Angaben siehe Impressum) bezogen werden.

## 1998 eine halbe Million Wohnungen gebaut

Im Jahr 1998 wurden in Deutschland insgesamt 500 700 Wohnungen fertiggestellt, 13,4% bzw. 77 500 Wohnungen weniger als im Vorjahr. Davon entstanden 443 800 durch Neubau und 56 900 durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, zum Beispiel durch den Ausbau von Dachgeschossen. Einem starken Rückgang der Fertigstellungszahlen von Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern um mehr als ein Viertel stand ein Plus bei Einfamilienhäusern von 8,7% gegenüber.

Im früheren Bundesgebiet sind 372 300 Wohnungen fertiggestellt worden, das sind 7,0% bzw. 28 100 Wohnungen weniger als im Vorjahr. Damit war im vierten Jahr in Folge ein Rückgang der Baufertigstellungen zu verzeichnen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden 128 500 Wohnungen fertiggestellt, das sind 27,8% bzw. 49 400 Wohnungen weniger als 1997.

Mit 84 fertiggestellten Wohnungen je 10 000 Einwohner lagen 1998 die neuen Länder und Berlin-Ost erneut über dem Ergebnis für das frühere Bundesgebiet (56). Da das auch bei den Genehmigungszahlen für das Jahr 1998 der Fall war, wird bei den Baufertigstellungen im Jahr 1999 eine Fortsetzung dieser seit 1995 andauernden Tendenz erwartet.

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Karl-Heinz Manzel, Telefon (0 30) 23 24-64 73.

## Jeder 7. Verkehrstote in Deutschland kam bei einem Alkoholunfall ums Leben

Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 1998 in Deutschland 71 324 Unfälle im Straßenverkehr, bei denen mindestens ein Beteiligter unter Alkoholeinfluß gestanden hat; das waren 13% weniger als 1997. 28 701 davon waren Unfälle mit Personenschaden. Dabei verunglückten 38 435 Personen, davon wurden 24 688 Personen leichtverletzt, 12 640 schwerverletzt und 1 107 getötet.

Zu den starken Rückgängen bei den alkoholbedingten Unfällen dürfte beigetragen haben, daß die Verkehrsteilnehmer sich und ihr Verhalten auf die geänderte Gesetzeslage eingestellt haben: Seit dem 28. April 1998 ist das Führen eines Kraftfahrzeugs mit mehr als 0,25 mg/l Alkohol in der Atemluft bzw. 0,5 Promille im Blut eine Ordnungswidrigkeit.

Weitere Auskünfte erteilt Sigrid Nicodemus, Telefon (06 11) 75-21 45.

## 327 600 Abiturienten im Schuljahr 1997/98

Am Ende des Schuljahres 1997/98 erwarben nach vorläufigen Ergebnissen rund 327 600 Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen die Fachhochschul- und Hochschulreife, 1,3% (+ 4 200) mehr als im Vorjahr. Damit setzte sich der seit 1994 zu beobachtende Trend fort. Insgesamt stieg in diesem Zeitraum die Zahl der Schulentlassenen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife um 12,9% (+ 37 400). Die Entwicklung verlief in Ost und West unterschiedlich: Einer Zunahme von 46,3% seit 1994 in den neuen Ländern stand eine Steigerung von 6,9% im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost) gegenüber.

Rund drei Viertel (74,7%) der Abiturienten erwarben 1998 die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife, knapp ein Viertel die Fachhochschulreife.

1998 waren 52,4% aller Abiturienten Frauen. In den neuen Ländern übertraf ihr Anteil mit 59,1% deutlich den im früheren Bundesgebiet (50,8%). Während die Abiturientinnen seltener die Fachhochschulreife erwerben als ihre männlichen Mitschüler (mit einem

# Kurznachrichten

Anteil von 47,6% befinden sich die Frauen hier in der Minderzahl), stellen sie bei den Abiturienten mit Hochschulreife die Mehrheit (54,1%).

## 1998 über 611 000 neue Ausbildungsverträge

Nach vorläufigen Ergebnissen haben im Jahr 1998 rund 611 300 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen, 2,2% (+ 13 200) mehr als im Vorjahr. Einem Zuwachs von 3,5% (+ 16 700) im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost) stand ein Rückgang von 2,8% (- 3 500) in den neuen Ländern gegenüber. Damit wurden im Osten Deutschlands erstmals seit der Vereinigung weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen, obwohl dort 1998 mehr Ausbildungsplätze (17 500) staatlich gefordert wurden als im Vorjahr (15 000).

Die Entwicklung verlief in den einzelnen Ausbildungsbereichen unterschiedlich. Im größten Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ (zu dem u.a. auch Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe gehören) begannen 1998 305 800 Jugendliche ihre Ausbildung, das waren 6,2% oder 17 800 mehr als im Vorjahr. Dagegen gab es im Handwerk, dem zweitgrößten Ausbildungsbereich, 0,9% weniger Ausbildungsanfänger (- 2 000). Hauptursache für diesen Rückgang dürften die anhaltenden Beschäftigungsprobleme im Baugewerbe sein, vor allem in den neuen Ländern. Insgesamt wurden dort im Handwerk 9,5% (- 4 500) weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen, während es im früheren Bundesgebiet 1,5% (+ 2 500) waren. In den beiden Ausbildungsbereichen „Industrie und Handel“ und „Handwerk“ zusammen haben 1998 rund 523 000 junge Leute eine Ausbildung begonnen, das sind 85,6% aller Ausbildungsanfänger.

Im drittgrößten Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ sank die Zahl der Ausbildungsanfänger gegenüber dem Vorjahr um 3,6% (- 1 900). Auch in der Landwirtschaft ging sie um 1,3% (- 200) und im Öffentlichen Dienst um 4,9% (- 800) zurück. Dagegen nahm sie im Bereich „Hauswirtschaft“ um 5,8% (+ 300) zu.

## Mehr Schüler an beruflichen Schulen

Nach vorläufigen Ergebnissen besuchen im Schuljahr 1998/99 rund 2,6 Mill. Schülerinnen und Schüler berufliche Schulen, 1,7% (+ 44 300) mehr als im vorhergehenden Schuljahr. Damit setzt sich der seit 1995 anhaltende Trend fort. Die Zuwachsraten im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost) weichen mit 1,7% (+ 34 500) nur wenig von denen in den neuen Ländern (2,0%; + 9 800) ab.

Die Entwicklung der Schülerzahlen verlief in den einzelnen Schularten unterschiedlich. Berufsschulen weisen einen Schülerzuwachs von 1,5% (+ 25 000) auf. Dort absolvieren die Schüler den schulischen Teil der beruflichen Ausbildung im dualen System. Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind, ähnlich wie bei den Auszubildendenzahlen (betrieblicher Teil des dualen Systems), in Ost und West unterschiedlich: Einer Zunahme im früheren Bundesgebiet von 2,1% (+ 27 000) steht ein Rückgang von 0,6% (- 2 000) in den neuen Ländern gegenüber.

Die höchste Zuwachsrate (mit Ausnahme der nur in einigen Ländern vorhandenen Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen und Kollegschulen) verzeichnen Berufsfachschulen mit 4,3% (+ 15 800); die Zahl der Schüler erhöhte sich vor allem in den neuen Ländern. Berufsfachschulen vermitteln entweder eine rein schulische Berufsausbildung, die mit einem anerkannten Berufsabschluß endet, oder einen höherqualifizierenden Bildungsabschluß bzw. berufliche Grundkenntnisse. Viele Schüler in Berufsfachschulen haben nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht keinen Ausbildungsplatz gefunden und versuchen nun, über diese zusätzliche Qualifikation ihre Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern.

Dieses Ziel kann auch durch den erfolgreichen Besuch des Berufsvorbereitungsjahres oder des Berufsgrundbildungsjahres erreicht werden. Diese Schularten besuchen im Schuljahr 1998/99 1,0% (+ 700) bzw. 3,9% (+ 1 600) mehr Schüler als im Schuljahr 1997/98. Die Steigerungsraten lagen im Osten mit + 3,5 bzw. + 31,5% deutlich über denen im Westen (- 0,1 bzw. + 2,1%).

Eine leichte Erhöhung der Schülerzahlen (jeweils + 1,2%) verzeichnen auch Fachoberschulen (+ 1 000) und Fachgymnasien (+ 1 100), die Berufsaufbauschulen (- 15,4% oder - 400) und Fachschulen (- 4,0% oder - 5 900) dagegen Rückgänge.

Weitere Auskünfte zu den Themen Abiturienten, Ausbildungsverträge und Schüler an beruflichen Schulen erteilt Marianne Renz, Telefon (06 11) 75-41 41.

## Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen 1996 bei 8 200 DM

Je Schüler haben die öffentlichen Schulen in Deutschland im Jahr 1996 8 200 DM ausgegeben. Der größte Teil entfiel mit 6 700 DM auf den Personalaufwand, 800 DM auf den laufenden Sachaufwand und 700 DM auf Investitionsausgaben.

Die Höhe der Ausgaben je Schüler hängt von der Schulart ab. Dies ist insbesondere auf Unterschiede

# Kurznachrichten

in der Lehrerbesoldung, bei den zu erteilenden Lehrerstunden und bei den empfangenen Schülerstunden zurückzuführen.

Grundschulen und Realschulen beanspruchten 1996 bundesweit 6700 bzw. 8200 DM je Schüler. An Hauptschulen wurden 9200 DM, an Gymnasien 10200 DM und an Integrierten Gesamtschulen 10400 DM je Schüler aufgewendet. Die Ausgaben je Schüler an Sonderschulen waren mit 19800 DM aufgrund der vergleichsweise personalintensiven Betreuung der Schüler relativ hoch.

Auch bei den Beruflichen Schulen hängt die Höhe der Ausgaben je Schüler stark vom Schultyp ab: In Fachgymnasien waren es 1996 11900 DM und in Berufsschulen 3900 DM. Der Berufsschulunterricht findet üblicherweise als Teilzeitunterricht statt.

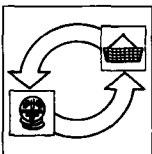
Je wöchentlich erteilter Unterrichtsstunde ergaben sich 1996 bundesweit Personalausgaben in Höhe von 5100 DM.

Die Daten werden nach einem vom Statistischen Bundesamt in Abstimmung mit dem Facharbeitskreis der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung entwickelten Verfahren ermittelt.

Weitere Auskünfte erteilt Pascal Schmidt, Telefon (06 11) 75-41 46.

## Aus diesem Heft

### Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe



Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden vom Statistischen Bundesamt seit jeher in etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen grundlegend überarbeitet. Diese umfassenden Revisionen sind erforderlich, um

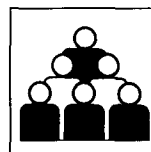
- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen (z. B. aus Großzählungen wie der Handels- und Gaststättenzählung 1993) einzubauen;
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden;
- auf eine neue Preisbasis überzugehen (bei dieser Revision wird 1995 neues Basisjahr);
- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen u. ä. in das Rechenwerk zu übernehmen.

Darüber hinaus bieten große Revisionen auch eine geeignete Gelegenheit, die Darstellung zu modernisieren und neue Begriffe einzuführen.

Das eigenständige deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, dessen Grundlagen im wesentlichen 1960 entwickelt wurden und das sich an den Empfehlungen der bisherigen Fassungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) orientierte, wird nunmehr mit dem Übergang auf das – für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindliche – ESVG 1995 aufgegeben. Dies spiegelt die allgemeine Tendenz zum Übergang auf europäische Regelungen wider, die auch die amtliche Statistik nicht ausspart.

Dieser Aufsatz berichtet zunächst über die ESVG-Verordnung und die Bruttonettoproduktionsrichtlinie als wichtigste Ausgangspunkte für diese Revision. Anschließend werden bedeutsame Änderungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt, wie neue Konzepte, andere Begriffe sowie neue Gliederungen und Klassifikationen. Wegen der besonderen Relevanz wird den Änderungen, die die statistischen Einheiten und Sektoren betreffen, ein eigener Abschnitt gewidmet. Hier wird unter anderem der Zusammenhang zwischen institutionellen und fachlichen Einheiten erläutert, Inhalt und Bedeutung von Marktproduktion einerseits und Nichtmarktproduktion andererseits werden beschrieben sowie Konten und Übergangstabellen erklärt. Die folgenden Abschnitte informieren über das geplante nationale Veröffentlichungsprogramm der Inlandsproduktsberechnung sowie der Input-Output-Rechnung. In einem weiteren Aufsatz, der voraussichtlich in der Juni-Ausgabe 1999 von Wirtschaft und Statistik erscheinen wird, soll über die Ergebnisse dieser Revision für den Zeitraum 1991 bis 1998 berichtet werden.

### Europawahl 1999



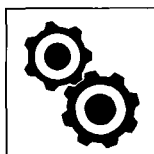
Die fünfte Direktwahl zum Europäischen Parlament findet in der Zeit vom 10. bis 13. Juni 1999 in den 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union statt. Die Bürgerinnen und Bürger von Dänemark, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich wählen am Donnerstag, dem 10. Juni 1999. In Irland findet die Europawahl am Freitag, dem 11. Juni 1999, statt. In der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten wird am Sonntag, dem 13. Juni 1999, gewählt.

# Kurznachrichten

Bis zum Inkrafttreten eines vom Europäischen Parlament auszuarbeitenden einheitlichen Wahlverfahrens bestimmt sich das Wahlrecht in jedem Mitgliedsstaat nach den innerstaatlichen Vorschriften, in der Bundesrepublik Deutschland nach den Vorschriften des Europawahlgesetzes und der Europawahlordnung mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz.

In dem Beitrag werden zunächst die Grundzüge des Wahlrechts und das Wahlverfahren in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Mitgliedsstaaten dargestellt. Erläuterungen des Ablaufs der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Wahlteilnahme von Unionsbürgern schließen sich an. Weiterhin enthält dieser Aufsatz Angaben über Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung sowie Stimmabgabe und Sitzverteilung bei früheren Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland.

## Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999



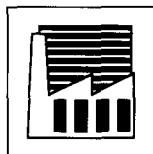
Seit Beginn des Jahres 1999 werden die monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebungen nach einem neuen Erhebungskonzept durchgeführt, das Doppelbefragungen abbaut und besonders die kleinen

und mittleren Betriebe der Wirtschaft von Statistikaufgaben entlasten soll, ohne dabei die Qualität der Produktionsindizes zu gefährden. Das neue Konzept, das in diesem Aufsatz beschrieben wird, führt dazu, daß monatlich insgesamt rund 11 000 Betriebe weniger befragt werden müssen als bisher. Die Einsparwirkungen werden erreicht durch eine andere Art der Verzahnung zwischen monatlicher und vierteljährlicher Produktionserhebung und den Übergang von einer repräsentativen Güterauswahl (Verzicht auf eine eigene Erzeugnisliste für den monatlichen Produktions-Eilbericht) zu einer repräsentativen Betriebsauswahl. Der Berichtskreis wird dadurch aufgeteilt in monatlich und vierteljährlich meldende Betriebe. Da die statistischen Ämter sich die Vierteljahresmeldung aus den einzelnen Monatsmeldungen selbst ermitteln können, kann auf eine gesonderte Vierteljahresmeldung der monatlich meldenden Betriebe verzichtet werden. Vierteljährlich kann die Produktion nach wie vor vollständig in ihrer tiefsten Gliederung dargestellt werden.

Die Neufassung des Systems der monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebungen erfordert auch eine revidierte Konzeption der vierteljährlichen

und der monatlichen Indexberechnungen. Berechnungsgrundlage des Vierteljährlichen Produktionsindex ist das gesamte Erzeugnisspektrum der Vierteljährlichen Produktionserhebung. Zur Fortschreibung der Indizes werden im wesentlichen die erfaßten Produktionswerte herangezogen. Die monatlichen Produktionsindizes werden aus den monatlich vom Auswahlberichtsreis gemeldeten Produktionsdaten berechnet. Die Ergebnisse der monatlichen Produktionserhebung bilden die Fortschreibungsgrundlage für die Indizes. Im Quartalssturnus werden die Monatsindizes an den Vierteljahresindex, der auf der Grundlage des vollständigen Datenmaterials berechnet wird, angepaßt.

## Insolvenzen 1998



Am 1. Januar 1999 hat eine neue Insolvenzordnung die bis Ende vergangenen Jahres gültige Konkurs-, Vergleichs- und Gesamtvollstreckungsordnung abgelöst. Mit der Konkursordnung endete eine Rechts-

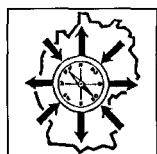
vorschrift, die über 120 Jahre lang die Auseinandersetzung zwischen Gläubiger und Schuldner bei dessen Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung geregelt hat. Eine statistische Beobachtung der Insolvenzen fand seit 1895 statt. In diesen 104 Jahren waren von der amtlichen Insolvenzstatistik 891 903 Insolvenzfälle gezählt worden.

1998 endet damit die Insolvenzstatistik in ihrer bisherigen Form. Im letzten Jahr ihres Bestehens 1998 wurden in Deutschland 33 977 Insolvenzfälle verzeichnet, darunter 27 828 von Unternehmen. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Gesamtzahl um 1,7% und der Unternehmensinsolvenzen um 1,3%. Zwar setzte sich damit der seit Anfang der 90er Jahre zu beobachtende Anstieg der Insolvenzzahlen auch 1998 fort, jedoch fiel er im Vergleich zu allen übrigen Jahren dieses Jahrzehnts nur noch moderat aus.

Von der Gesamtzahl der Insolvenzen entfielen 24 432 auf das frühere Bundesgebiet und 9 545 auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Die diesen Insolvenzen zugrunde liegenden Forderungen der Gläubiger wurden von den Gerichten auf 27 Mrd. DM im Westen und 12,3 Mrd. DM im Osten geschätzt.

# Kurznachrichten

## Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer



Der Aufsatz stellt die wichtigsten Ergebnisse einer Studie vor, die in der Gruppe „Außenhandel“ des Statistischen Bundesamtes durchgeführt wurde. Die Studie befaßt sich mit der in der deutschen Intrahandels-

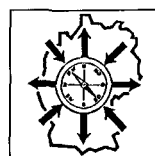
statistik (für den Außenhandel mit den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union) derzeit obligatorischen Angabe des deutschen Bundeslandes Das Merkmal „Ursprungsregion“ (für die Versendung) bzw. „Bestimmungsregion“ (für den Eingang) ist aufgrund der Belastung der zur Statistik meldenden Unternehmen inzwischen umstritten. Untersucht wurde deswegen, welche Auswirkungen ein Wechsel des methodischen Prinzips bei der Erfassung des Intrahandels der deutschen Bundesländer hätte. Das gegenwärtige Erhebungskonzept für den regionalen Außenhandel („Regionalprinzip“) knüpft an der konkreten Warenbewegung an, was den Aufwand für die Abgabe der Außenhandelsmeldungen erhöht. In der Studie wird deswegen untersucht, wie sich die regionalen Außenhandelsergebnisse beim Übergang auf das sogenannte Sitzprinzip verändern würden. Nach dem Sitzprinzip wird der Außenhandel eines Betriebs generell jeweils dem Bundesland zugeordnet, in dem sich der Unternehmenssitz befindet.

Ein Ergebnis des methodischen Teils der Studie ist, daß es keinen Königsweg zur Erfassung des regionalen Außenhandels gibt. Zwar korrespondiert das Regionalprinzip in idealer Weise mit dem Grundsatz der Außenhandelsstatistik, detailliert auf Warenebene grenzüberschreitende Produktions- und Verbrauchsverflechtungen nachzuweisen. In der Praxis tritt allerdings das Problem auf, daß vielfach keine genaue Kenntnis über die regionale Herkunft oder den endgültigen Verbleib von Waren besteht. Deswegen muß auch bei der Anwendung des Regionalprinzips vielfach mit Ersatzlösungen gearbeitet werden. Besonders schwierig ist die Anwendung des Regionalprinzips für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Bundesländern und für Handelsunternehmen. Der wichtigste Nachteil des Sitzprinzips ist hingegen, daß ein eher rechtliches Kriterium bestimmend für die Zuordnung des regionalen Außenhandels ist.

Die Ergebnisse der quantitativen Analyse verdeutlichen den genannten Nachteil des Sitzprinzips in eindrucksvoller Weise. So reduzierten sich beim Übergang vom Regional- zum Sitzprinzip die nachgewiesenen Eingänge der neuen Länder (einschl. Berlin) um 49,2% und ihre Versendungen um 40,3%. Ähnlich fiel eine Untersuchung auf Warenebene aus

Ein Hauptergebnis der Studie ist mithin, daß das Sitzprinzip zwar auf der einen Seite die Melder spürbar entlastet, auf der anderen Seite jedoch vor allem der Außenhandel der neuen Länder deutlich geringer nachgewiesen würde, da viele Betriebe in den neuen Ländern zu Unternehmen mit Hauptsitz im früheren Bundesgebiet gehören.

## Außenhandel 1998 nach Ländern



Im Jahr 1998 wurden aus Deutschland Waren im Wert von 950 Mrd. DM ausgeführt. Dies entspricht einem Zuwachs von 6,9% gegenüber dem Vorjahr. Dem gegenüber standen Einfuhren im Wert von 821 Mrd. DM

und eine entsprechende Steigerung von 6,3%. Der deutsche Handelsbilanzüberschuß war mit 128,6 Mrd. DM der höchste seit der deutschen Vereinigung.

Die Außenhandelskonjunktur ließ im Verlauf des Jahres 1998 nach. Im ersten Quartal 1998 betrug der Zuwachs binnen Jahresfrist bei den Ausfuhren 15% und bei den Einfuhren 13%. In den folgenden Quartalen verringerte sich dieser Zuwachs und erreichte im vierten Quartal ausfuhrseitig nur noch 1% und einfuhrseitig 2%.

Im Jahr 1998 wurden die deutschen Außenhandelsumsätze zu 55% im Warenverkehr mit den anderen EU-Ländern (43 Prozentpunkte davon entfielen auf die Eurozone), zu 18% mit den Nicht-EU-Ländern Europas, zu 10% mit den NAFTA-Ländern, zu 12% mit Asien, zu jeweils 2% mit Lateinamerika und Afrika sowie zu 1% mit Australien und Ozeanien erzielt.

Die deutschen Exporte wurden im Jahr 1998 von hohen Zuwächsen im Handel mit den NAFTA-Ländern (+16% auf 103 Mrd. DM) und mit den EU-Ländern (+9% auf 535 Mrd. DM) getragen. Die Exporte nach Asien gingen dagegen in Folge der dortigen Krise um 13% auf 92 Mrd. DM zurück.

## Öffentliche Finanzen 1998



Für zentrale wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen sind aktuelle Daten, wie sie aus der vierteljährlichen Kassenstatistik mit den Ausgaben und Einnahmen sowie dem Schuldenstand der öffentlichen

Haushalte bereitgestellt werden, besonders wichtig. Zu dem Berichtskreis der Statistik gehören Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.), die Sondervermögen des Bundes, die Sozialversicherung und die Finanzanteile an der Europäischen

# Kurznachrichten

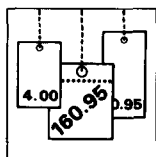
Union. Da die Gemeindedaten der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland bei Redaktionsschluß noch nicht vorlagen, wurden sie geschätzt.

Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts erhöhten sich 1998 gegenüber dem Vorjahr moderat um 1,3% auf 1832,4 Mrd. DM, während die Einnahmen mit 1784,5 Mrd. DM um 3,6% höher waren als 1997. Das Finanzierungsdefizit, die Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich interner Verrechnungen, sank um 39,0 auf 47,2 Mrd. DM. Die einzelnen Haushaltsebenen trugen dazu in unterschiedlichem Umfang bei. Bund und Länder reduzierten ihr Defizit um 6,9 bzw. 10,8 Mrd. DM, die Gemeinden/Gv. verzeichneten erstmals seit 1989 einen Überschuß von 4,9 Mrd. DM (1997: Defizit von 5,9 Mrd. DM); bei den Sondervermögen des Bundes erhöhte sich der Finanzierungsüberschuß um 10,8 auf 23,8 Mrd. DM. Da die Finanzierung des Defizits überwiegend aus Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt erfolgt, stieg der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte um 3,1% und erreichte am Jahresende 1998 2236,4 Mrd. DM.

Auf der Ausgabenseite nahmen die großen Positionen, die Sozialleistungen (+0,7% auf 644,1 Mrd. DM) und Personalausgaben (+0,6 auf 344,9 Mrd. DM), nur geringfügig zu. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand erhöhten sich um 1,8% auf 393,2 Mrd. DM, die Zinsausgaben um 1,4% auf 133,5 Mrd. DM. Die Bauausgaben gingen um 1,4% auf 59,8 Mrd. DM weiter zurück.

Das Aufkommen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die größte Einnahmenquelle des Gesamthaushaltes, nahm 1998 insgesamt um 2,6% auf 1533,8 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr zu. Einen besonders kräftigen Zuwachs (+58,0% auf 33,3 Mrd. DM) verzeichneten die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen, wobei es sich im wesentlichen um Anteile des Bundes an der Deutschen Telekom AG handelte. Vorwiegend auf Grund der hohen Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bund sind die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+44,5% auf 50,9 Mrd. DM) fast ebenso stark gestiegen.

## Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995

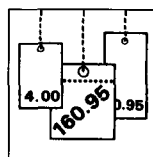


Mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ist ein weiterer Preisindex auf das Basisjahr 1995 umgestellt worden. Bei dieser Indexreform findet auch die Harmonisierung der Konjunkturstatistiken in der Europäischen Union ihren Niederschlag: Erstmals

ist der Erzeugerpreisindex nach EU-Recht entsprechend der Verordnung über Konjunkturstatistiken erstellt worden.

Der vorliegende Beitrag über die Indexreform geht neben den Gründen für die Einstellung der getrennten Berechnung der Erzeugerpreisindizes für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder (auf Basis 1991) – auf Basis 1995 wird der Erzeugerpreisindex nur noch in tiefer Untergliederung für Deutschland bereitgestellt – vor allem auf die Einführung neuer Klassifikationen und die daraus entstandenen Probleme hinsichtlich der Berechnung von Zeitreihen für Perioden vor 1995 ein.

## Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995



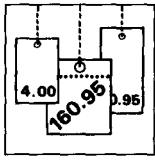
Mit der Umstellung des Preisindex für die Lebenshaltung auf das neue Basisjahr 1995 ab Berichtsmonat Januar 1999 wurde auch der Teilindex „Telekommunikationsdienstleistungen“ im Verbraucherpreisindex auf eine neue Basis gestellt und grundlegend reformiert. Er umfaßt nunmehr neben den Telefondienstleistungen im Festnetz erstmals auch Mobiltelefondienstleistungen.

Der neue Index beruht auf einem aktualisierten Berechnungsmodell, das den veränderten Verhältnissen auf dem Telekommunikationsmarkt seit der vollständigen Liberalisierung Rechnung trägt und Angebote wichtiger neuer Telefongesellschaften (Netzbetreiber und Anbieter ohne eigenes Netz) einbezieht. Aufgrund seines differenzierten Aufbaus, der alle wesentlichen Telefondienstleistungen aus der Sicht der privaten Haushalte berücksichtigt, ist er in der Lage, die für die privaten Verbraucher relevanten Preisveränderungen auf dem Telefonmarkt gut widerzuspiegeln. Er liefert damit einen Beitrag zu mehr Transparenz auf diesem als sehr unübersichtlich empfundenen Markt.

Nach den Ergebnissen der Neuberechnung profitieren die privaten Haushalte immer stärker vom Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt. Im Vergleich zum Basisjahr zahlen die privaten Haushalte heute gut ein Zehntel weniger für das Telefonieren, sofern sie ihr Verbrauchsverhalten nicht geändert haben.

# Kurznachrichten

## Preise im März 1999



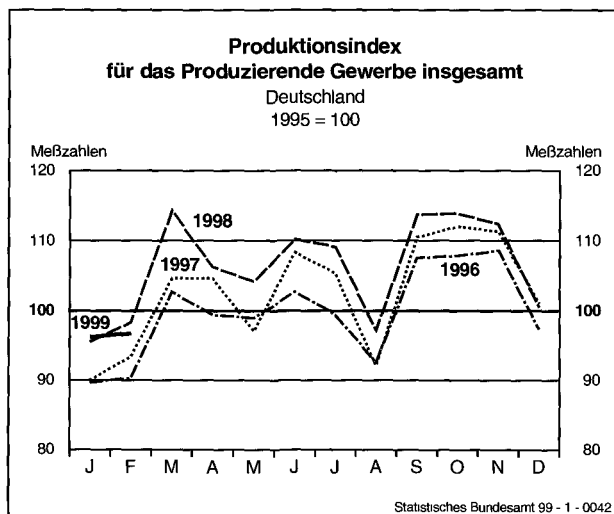
Im März 1999 verharrte der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte für Deutschland auf dem gleichen Stand wie im Februar. Der Index der Großhandelsverkaufspreise stieg um 0,7%; eine gleich hohe Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat war zuletzt im August 1997 beobachtet worden. Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 0,2% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland um 0,1%. Neben dem Index der Großhandelsverkaufspreise waren damit auch die Veränderungsraten der Indizes der Erzeugerpreise und der Einzelhandelspreise höher als in den Vormonaten. Vor allem stark angestiegene Preise für Mineralölerzeugnisse haben die Entwicklung geprägt. Im Vergleich mit dem März des Vorjahres haben Heizöl und Kraftstoffe dagegen einen stärkeren Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung verhindert, während die Mineralölerzeugnisse auf die übrigen Indizes im Jahresvergleich keinen großen Einfluß hatten.

Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 0,2% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland um 0,1%. Neben dem Index der Großhandelsverkaufspreise waren damit auch die Veränderungsraten der Indizes der Erzeugerpreise und der Einzelhandelspreise höher als in den Vormonaten. Vor allem stark angestiegene Preise für Mineralölerzeugnisse haben die Entwicklung geprägt. Im Vergleich mit dem März des Vorjahres haben Heizöl und Kraftstoffe dagegen einen stärkeren Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung verhindert, während die Mineralölerzeugnisse auf die übrigen Indizes im Jahresvergleich keinen großen Einfluß hatten.

## Weitere wichtige Monatszahlen

### Produktion

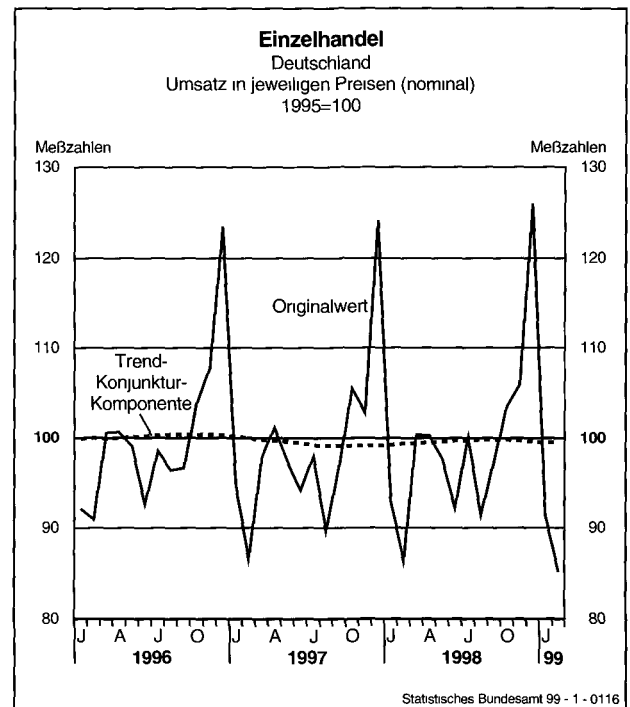
Der korrigierte arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im Januar 1999 mit einem Stand von 96,2 (1995=100) um 0,7% höher als im Januar 1998.



## Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Februar 1999 nominal 1,4% und real 1,5% weniger als im Februar 1998 um. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1999 wurden nominal 1,6% und real 1,7% weniger als im Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Im Februar 1999 erzielten nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal +10,3%, real +7,1%) und der Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, zu dem auch der Versandhandel zählt, (nominal +0,6%, real +5,2%) höhere Umsätze als im Februar 1998. In den anderen Branchen des



Einzelhandels lagen die Umsätze unter dem Niveau des Vorjahresmonats: im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal -0,5%, real -0,3%), im sonstigen Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet (nominal -6,0%, real -6,4%), und im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (nominal -9,4%, real -9,6%).

Im Februar 1999 wurde im Vergleich zum Januar 1999 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal und real jeweils 3,0% weniger abgesetzt.

# Kurznachrichten

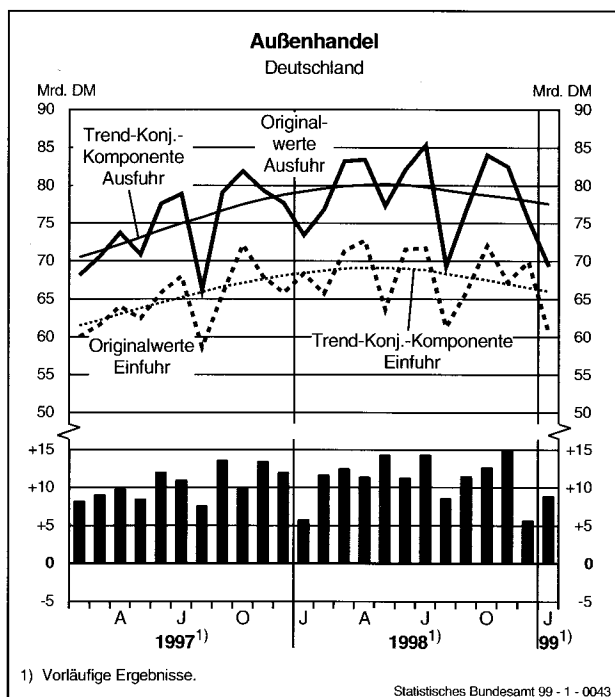
## Außenhandel

Im Januar 1999 wurden von Deutschland Waren im Wert von 69,2 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 60,4 Mrd. DM eingeführt. Die deutschen Ausfuhren lagen damit im Berichtsmonat um 5,6% und die Einfuhren um 11,5% niedriger als im Januar 1998. Damit setzte sich der Trend zur Abschwächung der Außenhandelskonjunktur auch im neuen Jahr fort. Zu berücksichtigen sind hierbei jedoch auch die Preiseffekte. So sank der Index der Ausfuhrpreise im Vorjahresvergleich um 1,6%, der der Einfuhrpreise fiel 5,9% niedriger aus.

Die Außenhandelsbilanz schloß im Januar 1999 mit einem Überschuß von 8,8 Mrd. DM ab. Im Januar 1998 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz + 5,1 Mrd. DM betragen.

Bereits seit der zweiten Jahreshälfte 1998 hat sich die Konjunktur des Außenhandels aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrisen in Asien, Rußland und Lateinamerika und gegen Jahresende zunehmend auch aufgrund des Rückgangs des Wachstums bei den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union deutlich abgeschwächt. Auch die Trend-Konjunktur-Komponente (Berliner Verfahren, Version 4) weist seit Juni 1998 für die Aus- und Einfuhr im Vormonatsvergleich negative Veränderungsrate auf. Dabei fällt auf, daß ausfuhrseitig im Monat Dezember die bislang-stärksten Rückgänge (-0,6%) ausgewiesen wurden und im Monat Januar 1999 mit einer Veränderungsrate von -0,5% eine leichte Besserung zu erkennen ist.

Im Januar 1999 lag der nominale Ausfuhrwert um 8,3% und der Wert der eingeführten Waren um 13,5% unter dem Niveau des Vormonats. Nach der Kalender- und Saisonbereinigung, die typisch saisonale Schwankungen ausschaltet und von daher berücksichtigt, daß die Januarergebnisse üblicherweise deutlich unter den Vormonatsergebnissen liegen, war ausfuhrseitig eine Zunahme von 1,5% zu verzeichnen, während die Einfuhren 7,0% geringer als das saisonbereinigte Vormonatsergebnis ausfielen.





# Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

So fing es an – der erste Beitrag in *Wirtschaft und Statistik N.F.* vom April 1949. Seine Autorin, Frau Dr. Hildegard Bartels, spätere Präsidentin des Statistischen Bundesamtes und langjährige Schriftleiterin von *Wirtschaft und Statistik*, hat das Erscheinungsbild dieser Zeitschrift von Anfang an entscheidend mitgeprägt. Seit 19 Jahren im Ruhestand ist sie immer noch eine treue Leserin von *Wirtschaft und Statistik*; wir wünschen ihr auf diesem Wege alles Gute und Gesundheit für viele weitere Jahre.

## 22 vH Bevölkerung mehr als vor dem Kriege

Die Wohnbevölkerung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes belief sich am 31.12.1948 auf 41,55 Millionen (mit Ausländern in Lagern: 41,97 Millionen).

Sie hat sich damit gegenüber der Vorkriegszeit (1939) um 21,9 vH erhöht. Den stärksten Zuwachs hat Schleswig-Holstein mit 71 vH zu verzeichnen, den geringsten Nordrhein-Westfalen mit 6,6 vH. Das letztere gilt allerdings nur, wenn man die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen, die, wie alle zerstörten Großstädte, eine geringere Bevölkerungszahl als vor dem Kriege aufweisen, außer Betracht läßt.

Das Schwergewicht der Bevölkerungszunahme liegt eindeutig in den vier Jahren nach Kriegsende. Es ist sogar anzunehmen, daß die Kriegsverluste und die große Zahl der Kriegsgefangenen und Vermißten die Bevölkerungszahl des Jahres 1945 unter die des Jahres 1939 herabgedrückt haben, so daß der Zuwachs gegenüber 1945 22 vH noch übersteigt.

Zunahme der Wohnbevölkerung<sup>1)</sup> im Vereinigten Wirtschaftsgebiet von 1939 bis 1948

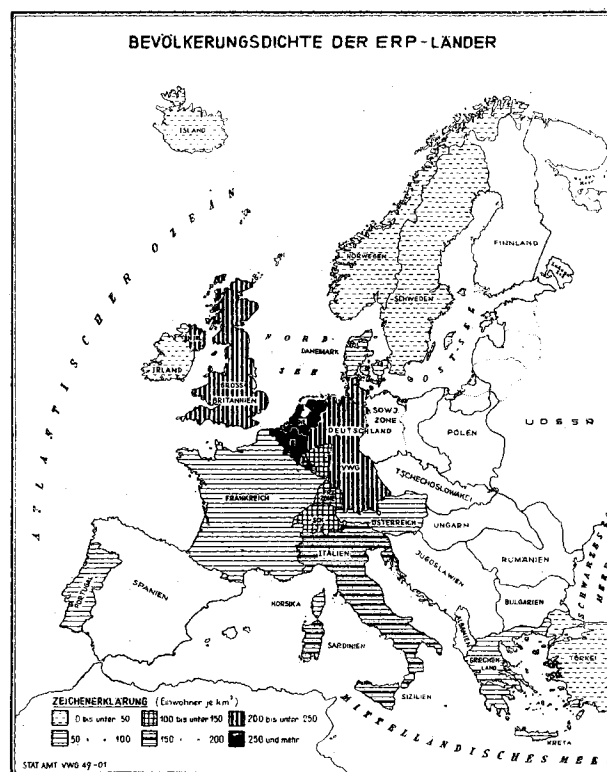
Land	Stand am		Veränd. 1946 gegen 1939	Stand am 31. 12. 1948	Veränd. 1948 gegen 1939
	17. 5. 1939	29. 10. 1946			
	1000		vH	1000	vH
Schleswig-Holstein .....	1589,0	2590,2	+63,0	2716,8	+71,0
Hamburg .....	1711,9	1418,0	-17,2	1518,9	-11,3
Niedersachsen .....	4539,5	6277,6	+38,3	6805,4	+49,9
Nordrhein-Westfalen .....	11945,1	11735,4	- 1,8	12731,8	+ 6,6
Bremen .....	562,9	485,5	-13,8	528,9	- 6,0
Hessen .....	3479,1	3995,7	+14,8	4245,4	+22,0
Württemberg-Baden .....	3217,4	3607,3	+12,1	3834,1	+19,2
Bayern .....	7037,6	8789,7	+24,9	9169,3	+30,3
Ver. Wirtsch.geb. ....	34082,5	38899,4	+14,1	41550,6	+21,9

<sup>1)</sup> Wohnbevölkerung 1939 und 1946 nach der Volkszählung; Wohnbevölkerung 1948: berechnete Werte auf Grund der Zahl der ausgegebenen Lebensmittelkarten.

Es dürfte schwer fallen, in der Geschichte des letzten Jahrhunderts Parallelen für einen derartigen Vorgang zu finden. In der Zeit des stärksten Bevölkerungsanstiegs in Deutschland, um die Jahrhundertwende, hat es immerhin 15 Jahre (von 1890 bis 1905) gedauert, bis ein ähnlicher Zuwachs (22,5 vH) erreicht wurde. Selbst die USA haben vor dem ersten Weltkrieg durchweg ein Jahrzehnt Zeit gehabt, um eine durch Einwanderung und natürliches Wachstum um 20–25 vH vermehrte Bevölkerung aufzunehmen.

## Jetzige Bevölkerungsdichte: 202 Personen je qkm

Mit dem Hinweis auf die prozentuale Vermehrung der Bevölkerung allein ist das Problem, vor das die Bizone nach dem Kriege gestellt worden ist, noch nicht genügend gekennzeichnet. Erschwerend fällt ins Gewicht, daß der Zustrom an Bevölkerung auf ein ohnehin schon dicht besiedeltes Gebiet traf (166 Personen je qkm im Jahre 1939). Die heutige Bevölkerungsdichte beträgt etwa 202 Personen je qkm. Damit steht das Vereinigte Wirtschaftsgebiet unter den am Marshall-Plan beteiligten europäischen Ländern an vierter Stelle. Für die übrigen europäischen Staaten stehen für die Nachkriegszeit nur unvollständige Angaben über die Bevölkerungsdichte zur Verfügung.



Eine höhere Bevölkerungsdichte weisen unter den ERP-Ländern nur die Niederlande, Belgien und Großbritannien auf. Im Gegensatz zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet können sich diese Staaten auf einen ausgedehnten Kolonialbesitz stützen. Nordrhein-Westfalen (12,7 Mill. Einwohner), das Zentrum der westdeutschen Industrie, übertrifft mit einer Bevölkerungsdichte von 374 Personen je qkm sämt-

liche ERP-Länder. Bedenkt man, daß in den USA 19, in Argentinien 6 und in Kanada 1 Einwohner auf den qkm entfallen, so kann man die Aufgabe ermessen, die dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet durch die plötzliche Bevölkerungszunahme erwachsen ist.

### Ungünstige wirtschaftliche Bedingungen für die Eingliederung des Bevölkerungszuwachses

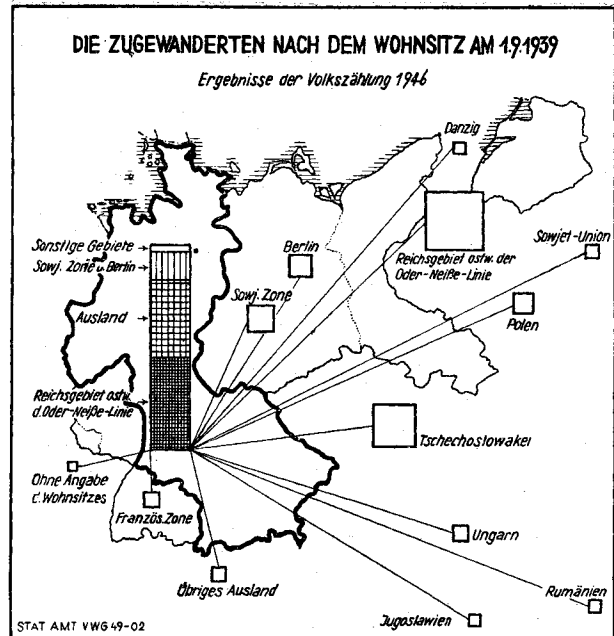
Bei der Beurteilung der Möglichkeiten, einen derartigen Zustrom an Menschen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht vernünftig einzuordnen, müssen ferner die ungünstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen der Nachkriegszeit berücksichtigt werden. Die Wirtschaft der Bizone hat durch Krieg, Besetzung, Zonentrennung, Abschnürung vom Ausland usw. außerordentlich gelitten. Die Ernährungsbasis ist durch den Verlust der landwirtschaftlichen Überschußgebiete schmaler geworden, der Wohnraum stark vermindert, der Produktionsapparat durch Kriegseinwirkungen und Demontagen reduziert, das Verteilungssystem und der Verkehrsapparat gestört und die wirtschaftlichen Verflechtungen weitgehend zerrissen. Für die große Masse der Flüchtlinge, die Kleidung, Hausrat, Wohnungen und Produktionsmittel zurücklassen mußte, wird dadurch die Unterbringung und die Eingliederung in den Arbeitsprozeß außerordentlich erschwert.

Der Bevölkerungszuwachs kann selbstverständlich nicht nur als Belastung angesehen werden. Zweifellos haben viele Wirtschaftszweige, in denen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften – vor allem männlichen – herrschte, von diesem Zustrom profitiert. Zahlreiche Lücken, die der Krieg gerissen hat oder die schon vor dem Kriege den Wirtschaftsablauf empfindlich störten, sind geschlossen worden. Die Möglichkeiten, die sich in dieser Hinsicht bieten, sind noch nicht ausgeschöpft, da bisher für die Unterbringung der Flüchtlinge der vorhandene Wohnraum und nicht die Arbeitsmöglichkeiten maßgebend waren. Andererseits ist es völlig klar, daß der vorhandene Produktionsapparat für die Beschäftigung aller Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen nicht ausreicht. Die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten für die vermehrte Bevölkerung steht daher im Vordergrund der gesamten Wirtschaftspolitik. Die Lösung dieses Problems und zahlreicher damit verbundener Fragen – Wohnungsbau, Erweiterung der Ernährungsbasis, Versorgung der Arbeitsunfähigen usw. – setzt einen genauen Überblick über Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses und über seine Rückwirkungen auf die Struktur der gesamten Bevölkerung voraus. Dieser Fragenkomplex ist zu umfangreich, um in einem Male abgehandelt zu werden. Aufgabe dieser Ausführungen wird es sein, zunächst einmal den Bevölkerungszuwachs und seine Ursachen in ihren Größenordnungen darzustellen. Seine Rückwirkungen auf die Struktur der gesamten Bevölkerung werden später zu behandeln sein.

### Zustrom von Flüchtlingen als Hauptursache der Bevölkerungsvermehrung

Über die Zunahme der Bevölkerung und die Veränderung der Bevölkerungsdichte ist bereits berichtet worden. Sie beruht in erster Linie auf der Zuwanderung von Vertrie-

benen und Flüchtlingen aus dem Ausland, dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie, der Ostzone und Berlin. Der Anteil der Zugewanderten aus diesen Gebieten an der Wohnbevölkerung betrug am 29. 10. 1946 nach den Ergebnissen der Volkszählung rund 18 vH. Die größte Gruppe der Zugewanderten stellen die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie mit 3,2 Mill. Menschen; es folgt die Tschechoslowakei mit 1,6 Millionen. Das nachfolgende Schaubild unterrichtet über die prozentuale Verteilung der Zugewanderten auf die einzelnen Herkunftsgebiete.



Die Frage nach dem Wohnsitz am 1. 9. 1939 erfaßt die Zugewanderten nach ihren eigentlichen und ursprünglichen Herkunftsgebieten, aus denen sie während des Kriegs oder nach dem Kriege weichen mußten. Die Flüchtlingsverwaltungen der deutschen Länder fassen den Flüchtlingsbegriff zwar noch nicht einheitlich, aber anders und im Gesamtergebnis enger (Wohnsitz am 1. 1. 1945 oder vor der Flucht in den Gebieten östlich der Oder-Neiße oder im Ausland). Hiernach gelten der in den Warthegau umgesiedelte Schwarzmeer-Deutsche und der während des Krieges in das gleiche Gebiet versetzte Beamte aus dem Rheinland als Flüchtlinge aus Polen. Dagegen werden die Zugezogenen aus der Ostzone und Berlin im allgemeinen nicht als Flüchtlinge anerkannt. Nach den Definitionen der Flüchtlingsverwaltungen, die für die rechtliche Stellung (Lastenausgleich, Steuerermäßigung, Zuzugsgenehmigung usw.) maßgebend sind, beherbergte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet am 31. 12. 1948 7,1 Mill. Flüchtlinge, genauer gesagt „Ausgewiesene und Vertriebene“. Dazu kommen nach unvollständigen Angaben noch etwa 0,8 Mill. Zugezogene aus Berlin und der Ostzone, über deren Behandlung als Flüchtlinge unterschiedliche Auffassungen bestehen. Die Verteilung der Ausgewiesenen und Vertriebenen auf die Länder ergibt sich aus der nachstehenden Tabelle.

Bayern und Niedersachsen haben zusammen etwas mehr als die Hälfte der Flüchtlinge aufgenommen. Im Verhältnis zur Wohnbevölkerung ist aber Schleswig-Holstein weitaus stärker belegt als diese beiden Länder. Das hochindu-

**Ausgewiesene und Vertriebene  
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet am 31.12.1948**

Land	Ausgewiesene und Vertriebene		
	absolut	vH der Gesamtzahl	vH der Wohnbev.
Schleswig-Holstein	916 395	13,0	33,7
Hamburg	80 704	1,1	5,3
Niedersachsen	1 763 123	24,9	25,9
Nordrhein-Westfalen	1 044 594	14,8	8,2
Bremen	29 243	0,4	5,5
Hessen	646 892	9,1	15,2
Württemberg-Baden	682 684	9,7	17,8
Bayern	1 910 043	27,0	20,8
Ver Wirtschaftsgebiet	7 073 678	100	17,0

strialisierte Nordrhein-Westfalen, das bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten vermag als das landwirtschaftlich bestimmte Schleswig-Holstein, hat dagegen wegen der Unterbringungs- und Ernährungsschwierigkeiten im Vergleich zu seiner Wohnbevölkerung nur einen geringen Anteil an Flüchtlingen aufzuweisen. Der Zug zur Arbeitsstätte sorgt allerdings für einen gewissen Ausgleich. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre zeigt, daß die Zahl der Ausgewiesenen und Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen seit Oktober 1946 am stärksten zugenommen hat (49,5 vH gegenüber 10 vH in Schleswig-Holstein). Darin liegt jedoch die Gefahr, daß aus den landwirtschaftlichen Gebieten mit starker Flüchtlingsbelegung die guten Fachkräfte abwandern und die Erwerbsunfähigen zurückbleiben, so daß diese Gebiete in Zukunft vermutlich mit hohen Fürsorgelasten zu rechnen haben

**Zuwachs durch Geburtenüberschuß**

Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist nach dem Kriege anders verlaufen als allgemein erwartet wurde. Die Geburtenziffer ist zwar von 19,8 (Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner) im Jahre 1938 auf 16,4 im Jahre 1948 gesunken. Diese Tatsache wird aber durch den Rückgang der Sterblichkeit – 1938: 11,4, 1948: 10 Sterbefälle je 1 000 Einwohner – zum Teil wieder ausgeglichen. Einzelheiten enthält die nachstehende Tabelle.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung<sup>1)</sup>  
im Vereinigten Wirtschaftsgebiet 1938, 1947 und 1948

Jahr	Lebendgeborene	Totgeborene	Sterbefälle (ohne Totgeb.)	Geburtenüberschuß
1938				
absolut	663 888	15 312	381 552	282 336
auf 1000 Einw	19,8	–	11,4	8,4
1947				
absolut	666 420	14 296	458 714	207 706
auf 1000 Einw	16,6	–	11,4	5,2
1948				
absolut	681 225	15 007	414 260	266 965
auf 1000 Einw	16,4	–	10,0	6,4

<sup>1)</sup> 1938 und 1947 nach dem Wohnort, 1948 nach dem Ereignisort aufbereitet (1948 vorläufige Zahlen)

Nähere Untersuchungen zeigen, daß sich die Sterblichkeit in den einzelnen Altersgruppen durchaus unterschiedlich entwickelt hat. Die Alterssterblichkeit ist wesentlich geringer als vor dem Kriege. Diese Erscheinung erklärt sich u. a. aus dem Rückgang der Herzkrankheiten, der Schlaganfälle und der Zuckerkrankheit. Dagegen hat sich die Sterblichkeit der Männer in den mittleren Jahrgängen (zwischen 20 und 35 Jahren) gegenüber der Vorkriegszeit, u. a. als Folge

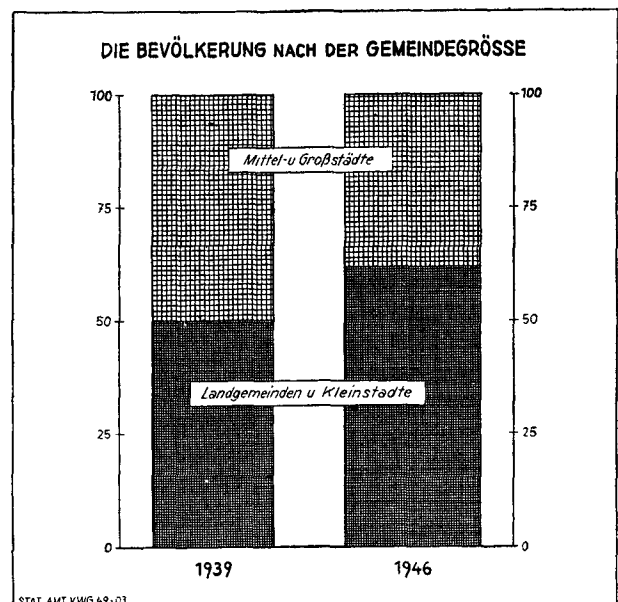
der Tuberkulose, leicht erhöht. Als bedenkliches Zeichen mußte in den ersten Nachkriegsjahren die Zunahme der Säuglingssterblichkeit angesehen werden (1938: 5,9; 1947: 9,1 auf 100 Lebendgeborene) Sie nähert sich jetzt aber wieder dem Vorkriegsstand (1948: 6,7 auf 100 Lebendgeborene)

**Rückkehr von Kriegsgefangenen**

Einige Angaben über die Rückkehr von Kriegsgefangenen mögen dazu dienen, das Bild von den Wanderungsbewegungen der Nachkriegszeit zu vervollständigen. Seit der Volkszählung im Oktober 1946 – für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege fehlen die Angaben – sind rund 1 Mill. einheimische Kriegsgefangene aus in- und ausländischen Lagern in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet entlassen worden. Die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Angehörigen von Flüchtlingen sind in dieser Zahl nicht enthalten; sie wurden als Flüchtlinge gezählt. Schätzungsweise 330 000 Kriegsgefangene (registrierte Kriegsgefangene einschl. 5 vH Vermißte) befanden sich noch in ausländischen Kriegsgefangenenlagern. Da es sich bei der einen Million um die Rückkehr eines Teiles der einheimischen Bevölkerung handelt, kann dieser Posten nicht als ein Zuwachs gegenüber der Vorkriegszeit gebucht werden, wohl aber als Zuwachs gegenüber 1946, denn der größte Teil der Kriegsgefangenen kam aus Lagern außerhalb der Grenzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Die Eingliederung dieses Teiles der Bevölkerung dürfte geringere Schwierigkeiten bereiten als die der Flüchtlinge, denn die meisten einheimischen Kriegsgefangenen werden über einen gewissen wirtschaftlichen Rückhalt verfügen

**Verschiebungen zwischen Stadt und Land**

Die Evakuierung der Städte während des Krieges hat auch innerhalb des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu einer Fluktuation der Bevölkerung geführt, die über das normale Maß hinausgeht. Für die britische Zone wurde z. B. 1946 festgestellt, daß 14 vH der einheimischen Bevölkerung nicht mehr am gleichen Ort wie 1939 wohnte.



Die Bevölkerungsverschiebung zwischen Stadt und Land, die durch die Evakuierung eingeleitet wurde, ist durch den Flüchtlingsstrom, der in erster Linie in die kleinen Gemeinden geschleust wurde, verstärkt worden. Dadurch hat sich – wie das Schaubild zeigt – das Einwohnerverhältnis zwischen Mittel- und Großstädten einerseits und Landgemeinden und Kleinstädten (bis unter 20 000 Einwohner) andererseits grundlegend geändert. Während sich die Bevölkerung 1939 ungefähr im Verhältnis 1:1 auf beide Größenklassen verteilte, beherbergten die Mittel- und Großstädte 1946 nur rund  $\frac{2}{5}$  der Bevölkerung. Die starke Belegung der Landgemeinden und Kleinstädte widerspricht der historischen Entwicklung. Ausreichende Arbeitsmöglichkeiten für eine wachsende Bevölkerung lassen sich nach den im letzten Jahrhundert gemachten Erfahrungen nur in der Industrie finden. Diese ist aber vor allem in den Mittel- und Großstädten beheimatet. Es überrascht daher nicht, daß sich gegenüber 1946 – wie aus der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist – ein Rückstrom vom Land in die Städte, vor allem die größeren, bemerkbar macht.

Veränderungen in der Bevölkerungszahl des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gegenüber 1939 bzw. 1946 nach Gemeindegrößenklassen von 1939

Gemeindegrößenklassen von 1939	Bevölkerung 1939 <sup>1)</sup>	Zu- (+) bzw. Abnahme (-) gegenüber 1939		Zu- (+) bzw. Abnahme (-) 1948 gegenüber 1946	Bevölkerung 1948
		1946 <sup>2)</sup>	1948		
		vH			
unter 10 000	15 148,0	+ 41,0	+ 48,3	+ 5,2	22 468,7
10 000 – 20 000	1 842,8	+ 20,7	+ 33,0	+ 10,2	2 451,7
20 000 – 50 000	2 560,1	+ 12,1	+ 23,8	+ 10,5	3 170,1
50 000 – 100 000	1 816,7	+ 1,6	+ 11,5	+ 9,7	2 025,0
100 000 u. mehr	12 714,9	- 18,6	- 10,1	+ 10,5	11 435,1
Insgesamt	43 082,5	+ 13,4	+ 21,9	+ 7,5	41 550,6

<sup>1)</sup> Einschl. Wehrmachts- und Arbeitsdienstangehörige – <sup>2)</sup> Ohne deutsche Lagerinsassen (Kriegsgefangene, Internierte, Flüchtlinge usw.)

### Bevölkerungsvorausschätzung bis zum Jahre 1953

Die Beobachtung der bisherigen Vorgänge wirft die Frage auf, wie sich die Bevölkerung in Zukunft entwickeln wird. Die voraussichtliche Bevölkerungszahl ist vor allem im Zusammenhang mit dem Marshall-Plan von großer Bedeutung, so z. B. für die Planung der Einfuhren, der Investitionen, die Berechnung der verfügbaren Arbeitskräfte, des Lebensstandards usw. Mit einer normalen Entwicklung wie vor dem Kriege ist nicht zu rechnen, ebensowenig aber mit einer Fortsetzung des bisherigen rapiden Anstiegs der Bevölkerung. Zerlegt man die voraussichtliche Bevölkerungsbewegung in ihre Komponenten: Geburten, Sterbefälle, zurückkehrende Kriegsgefangene, Zustrom von Flüchtlingen und Auswanderung, so lassen sich trotz aller Unsicherheitsfaktoren doch immerhin bis 1953 einigermaßen einwandfreie Anhaltspunkte gewinnen.

Es kann ohne weiteres angenommen werden, daß sich im Jahre 1949 die Geburten relativ noch auf derselben Höhe halten wie in den vorausgegangenen Jahren, sodann aber von Jahr zu Jahr eine stetige Abnahme erfahren (geschätzt auf Grund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung und bestimmter Annahmen über die mutmaßliche Heirats-

häufigkeit in den entsprechenden Jahren). Die für die Jahre 1949 und 1950 geschätzte Sterbequote entspricht der von 1947. Ab 1951 muß mit einer Zunahme der Sterbefälle gerechnet werden, da die verhältnismäßig stark besetzten Jahrgänge 1890 bis 1910 mehr und mehr in den Bereich der Alterssterblichkeit hineinwachsen.

Die Zahl der noch zu erwartenden Kriegsgefangenen ergibt sich aus der Registrierung der Kriegsgefangenen. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen wurde angenommen, daß außerdem 5 vH der Vermißten wieder zurückkehren werden. Die Rückführung dürfte bis 1953 abgeschlossen sein. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, ist unter diesen Voraussetzungen 1953 mit einer Wohnbevölkerung von 42,6 Mill. zu rechnen. Nimmt man an, daß von den 450 000 DP's in Lagern, die sich heute noch im Vereinigten Wirtschaftsgebiet aufhalten, bis 1953 250 000 ausgewandert sind, so beläuft sich die Gesamtbevölkerung auf 42,8 Millionen.

Geschätzte Bevölkerung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahre 1953 (untere Grenze)<sup>1)</sup>  
in 1000

Jahr	Bevölkerung am Anfang des Jahres	Geburtenüberschuß	Zurückgekehrte Kriegsgefangene und Vermißte	Bevölkerung am Ende des Jahres
1949	41 506	220	180	41 906
1950	41 906	200	100	42 206
1951	42 206	170	50	42 426
1952	42 426	120	-	42 546
1953	42 546	80	-	42 626

<sup>1)</sup> Die Schätzung wurde im September 1948 durchgeführt

Geht man, um zu einer mutmaßlichen Höchstgrenze zu kommen, davon aus, daß der oben erwähnte Geburtenrückgang und der oben berücksichtigte Anstieg der Sterbefälle nicht eintreten, daß – entgegen allen bisher gewonnenen Erkenntnissen – 10 vH der im Jahre 1947 registrierten Vermißten zurückkehren und daß schließlich – was wenig wahrscheinlich ist – jährlich etwa 200 000 Flüchtlinge (einschl. der Flüchtlinge aus der Ostzone) ihren Weg in das Vereinigte Wirtschaftsgebiet finden, so müßte man 1953 mit etwa 44,4 Mill. Menschen rechnen. Unter der Voraussetzung, daß inzwischen ein Flüchtlingsausgleich mit der französischen Zone erfolgt, würde sich diese Zahl auf schätzungsweise 44 Mill. ermäßigen.

Dr. Hildegard Bartels

# Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe

## Vorbemerkung

Die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden vom Statistischen Bundesamt seit jeher in etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen grundlegend überarbeitet. Diese umfassenden Revisionen sind erforderlich, um

- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen (z.B. aus Großzählungen wie der Handels- und Gaststättenzählung 1993) einzubauen,
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden,
- auf eine neue Preisbasis überzugehen (bei dieser Revision wird 1995 neues Basisjahr) sowie
- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen u. ä. in das Rechenwerk einzuführen.

Darüber hinaus bieten große Revisionen auch eine geeignete Gelegenheit, die Darstellung zu modernisieren und neue Begriffe einzuführen<sup>1)</sup>.

Das eigenständige deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, dessen Grundlagen im wesentlichen 1960<sup>2)</sup> entwickelt wurden, wird nunmehr mit dem Übergang auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 aufgegeben. Dies spiegelt die allgemeine Tendenz zum Übergang auf europäische Regelungen wider, die auch die amtliche Statistik nicht ausspart. Dieser Aufsatz berichtet zunächst über die ESVG-Verordnung<sup>3)</sup> und die Bruttosozialproduktlinie<sup>4)</sup> als wichtigste Ausgangspunkte für diese Revision. Anschließend werden bedeutsame Änderungen in den

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt, wie Konzeptneuerungen, andere Begriffe sowie neue Gliederungen und Klassifikationen. Wegen der besonderen Relevanz wird den Änderungen, die die statistischen Einheiten und Sektoren betreffen, ein eigener Abschnitt gewidmet. Hier wird unter anderem der Zusammenhang zwischen institutionellen und fachlichen Einheiten erläutert, Inhalt und Bedeutung von Marktproduktion einerseits und Nichtmarktproduktion andererseits werden beschrieben sowie Konten und Übergangstabellen erklärt.

Die folgenden Abschnitte informieren über das geplante nationale Veröffentlichungsprogramm der Inlandsproduktsberechnung sowie der Input-Output-Rechnung. In einem weiteren Aufsatz, der voraussichtlich in der Juni-Ausgabe 1999 von Wirtschaft und Statistik erscheinen wird, soll über die Ergebnisse dieser Revision für den Zeitraum 1991 bis 1998 berichtet werden. Erstmals wird somit eine große Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in zwei getrennten Aufsätzen dargestellt. Dies erscheint zweckmäßig, weil Anzahl und Komplexität der methodischen Neuerungen wohl noch bei keiner der sieben bislang durchgeführten umfassenden Revisionen<sup>5)</sup> ein solches Ausmaß hatten wie diesmal. Sowohl die methodischen Erläuterungen als auch die Ergebnisdarstellung erreichen daher einen so großen Umfang, daß eine Zerteilung geboten ist.

## 1 Überblick

### 1.1 ESVG-Verordnung und Bruttosozialproduktlinie

Der wichtigste Ausgangspunkt für diese große Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist die ESVG-Verordnung. Diese Verordnung schreibt allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union verbindlich vor, daß für die Lieferung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für EU-Zwecke ab April 1999 die Definitionen des revidierten ESVG 1995, das als Anhang A Bestandteil der Verordnung ist, eingehalten werden müssen, und daß die Daten zu den im Anhang B, dem Lieferprogramm, festgelegten Terminen und Gliederungen mitzuteilen sind

Das neue ESVG 1995 ist die entscheidende Voraussetzung für die Harmonisierung der Methodik, das heißt der Konzepte, Definitionen, Klassifikationen und Buchungsregeln, deren Anwendung eine zuverlässige und vergleichbare quantitative Beschreibung der Volkswirtschaft der Europäischen Union bereitstellt. Das ESVG 1995 wurde auf der Grundlage des "System of National Accounts" der Vereinten Nationen (SNA 1993) entwickelt; die Konzepte des ESVG 1995 stimmen mit denen des SNA 1993 überein, sind jedoch stärker auf die Verwendung in der Europäischen Union ausgerichtet; dies erfordert teilweise präzisere Definitionen und Buchungsregeln.

<sup>1)</sup> Siehe Lutz, H., „Revidiertes System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ in WiSta 10/1993, S. 711 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Bartels, H., „Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland. Erster Teil: Das angestrebte Kontensystem“ in WiSta 6/1960, S. 317 ff. und Bartels, H./Raabe, K.-H./Schorry, O., „Das Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland. Zweiter Teil: Das ausgefüllte vereinfachte Kontensystem“ in WiSta 10/1960, S. 571 ff.

<sup>3)</sup> Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft, Amtsbl. der EG Nr. L 310 vom 30. November 1996.

<sup>4)</sup> Richtlinie des Rates vom 13. Februar 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (89/130/EWG), Amtsbl. der EG Nr. L 49/26 vom 21. Februar 1989.

<sup>5)</sup> Umfassende Revisionen für das frühere Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wurden in den Jahren 1957, 1960, 1970, 1977, 1982, 1985 und 1991 veröffentlicht.

Ein weiterer wichtiger Anstoß für die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen waren die Brutto-sozialprodukt-Richtlinie (BSP-Richtlinie) sowie die Kommissionsentscheidung 97/6196 vom 3. September 1997 zur Überarbeitung der BSP-Angaben in den Mitgliedstaaten. Die Bruttosozialprodukt-Richtlinie und die Kommissionsentscheidung zielten darauf ab, die Ergebnisse der Mitgliedstaaten nach den früheren Konzepten des ESVG 1979 hinsichtlich der Methodik und der Vollständigkeit der Erfassung aller relevanten Leistungen vergleichbar zu machen, insbesondere um für Zwecke der Eigenmittelberechnung eine harmonisierte Basis zu erhalten.

Aufgrund der erwähnten Kommissionsentscheidung mußten eine Reihe von Vorbehalten ausgeräumt werden, die die Kommission gegen die Bruttosozialprodukt-Berechnungen aller Mitgliedstaaten ab 1988 für Zwecke der Eigenmittelberechnungen eingelegt hatte. Die Vorbehalte betrafen teilweise sehr spezielle Gegebenheiten einzelner Mitgliedstaaten, so zum Beispiel für Deutschland die Einbeziehung von Trinkgeldern oder Freifahrten und Freiflügen in die Wertschöpfung, das Einkommen und den Privaten Verbrauch. Teilweise gaben sie auch konkrete Verfahrensweisen vor, wie zum Beispiel die Berechnung des Mietwerts eigengenutzter Wohnungen, oder waren mehr allgemein gehalten, wie die Forderung, die wirtschaftlichen Aktivitäten vollständig zu erfassen (z. B. Einbeziehung der Schattenwirtschaft). Per Kommissionsentscheidung wurden die durchzuführenden Arbeiten vorgeschrieben sowie Zweifelsfälle in der Interpretation von ESVG-Bestimmungen geklärt, wie etwa die Abgrenzung des Wirtschaftsgebiets oder der Produktionssteuern und Subventionen.

Im Rahmen der Neuberechnung des Bruttosozialprodukts nach den Regeln des früheren ESVG, 2. Auflage, (intern als „Zwischenrevision“ bezeichnet) wurden auch die Ergebnisse aus Großzahlungen, die nicht in die laufenden Berechnungen eingegangen waren, eingearbeitet. Das Ziel all dieser Anstrengungen war es sicherzustellen, daß die wirtschaftliche Leistung entsprechend den Vorgaben im ESVG, 2. Auflage, so vollständig wie irgendmöglich erfaßt wird. Diese Arbeiten wurden im Herbst 1998 abgeschlossen. Gemäß der Kommissionsentscheidung waren das korrigierte Bruttosozialprodukt und die wichtigsten Aggregate von 1988 bis 1997 als Jahresergebnisse in jeweiligen Preisen am 1. Oktober 1998 der Kommission mitzuteilen; die Ergebnisse wurden vom Statistischen Bundesamt bisher nicht veröffentlicht. Diese überwiegend statistikbedingten Neuberechnungen führten zu einer Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts zwischen 1,5% (1991) und 0,2% (1997). Der Verlauf unterschied sich im Revisionszeitraum ab 1991 von den bisherigen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts um bis zu 0,5 Prozentpunkte und war über alle Jahre gesehen flacher als vorher:

6) Entscheidung der Kommission vom 3. September 1997 zu eventuellen Änderungen der BSP-Angaben der Mitgliedstaaten zum Zwecke der Durchführung der Richtlinie 89/130/EWG, Euratom des Rates zur Harmonisierung der Erfassung des Bruttosozialprodukts zu Marktpreisen (97/619/EG, Euratom)

### Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

	Unrevidierter Wert		Zwischenrevidierter Wert	
	Mrd. DM	% <sup>1)</sup>	Mrd. DM	% <sup>1)</sup>
1991	2 853,6	x	2 896,9	x
1992	3 078,6	+ 7,9	3 114,1	+ 7,5
1993	3 163,7	+ 2,8	3 195,0	+ 2,6
1994	3 328,2	+ 5,2	3 354,0	+ 5,0
1995	3 442,8	+ 3,4	3 484,7	+ 3,9
1996	3 523,5	+ 2,3	3 546,3	+ 1,8
1997	3 624,0	+ 2,9	3 630,7	+ 2,4

<sup>1)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr

## 1.2 Wichtige methodische Änderungen

Der Schwerpunkt der methodischen Arbeiten der jetzt abgeschlossenen Revision lag bei der Umsetzung der durch das ESVG 1995 bedingten Änderungen, wie den konzeptionellen Neuerungen sowie der Neugliederung der Wirtschaftsbereiche und Sektoren und weiterer Klassifikationen.

Die wichtigsten konzeptionellen Änderungen mit Auswirkungen auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und Bruttonationaleinkommens (früher: Bruttosozialprodukt) betreffen die Investitionen. Im Unterschied zu früher werden in die Anlageinvestitionen nun auch die immateriellen Anlagegüter, wie zum Beispiel gekaufte und selbst-hergestellte Computerprogramme sowie Urheberrechte und alle Suchbohrungen einbezogen. Zivil nutzbare militärische Ausrüstungen und Bauten (z. B. Lastwagen und Militärkrankenhäuser) gehören nach dem neuen System ebenfalls zu den Anlageinvestitionen und erhöhen wegen der hierauf entfallenden Abschreibungen die Konsumausgaben des Staates (früher: Staatsverbrauch). Inlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen werden im Niveau auch deshalb höher, weil nunmehr auf die öffentlichen Tiefbauten, wie Straßen, Brücken, Wasserstraßen usw., Abschreibungen berechnet werden und somit zu einem gegenüber früher höheren Staatsverbrauch führen. Durch diese und einige weitere Konzeptänderungen wird das Bruttoinlandsprodukt um 1,1% (1995 und 1996) bis 1,4% (1991) gegenüber den früheren Konzepten angehoben. Insgesamt waren die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen um bis zu 0,5 Prozentpunkte geringer als nach der früheren Berechnung:

### Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

	Unrevidierter Wert		Revidierter Wert	
	Mrd. DM	% <sup>1)</sup>	Mrd. DM	% <sup>1)</sup>
1991	2 853,6	x	2 938,0	x
1992	3 078,6	+ 7,9	3 155,2	+ 7,4
1993	3 163,7	+ 2,8	3 235,4	+ 2,5
1994	3 328,2	+ 5,2	3 394,4	+ 4,9
1995	3 442,8	+ 3,4	3 523,8	+ 3,8
1996	3 523,5	+ 2,3	3 586,8	+ 1,8
1997	3 624,0	+ 2,9	3 675,8	+ 2,5
1998	3 758,1	+ 3,7	3 799,4	+ 3,4

<sup>1)</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr

Weitere Konzeptänderungen mit Konsequenzen für das Niveau von Einzelgrößen ergeben sich in der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts. So werden Produktionswerte und Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen bewertet und nicht mehr zu Marktpreisen.

Das bedeutet, daß diese Größen nicht nur ohne Mehrwertsteuer, wie bereits früher, sondern auch ohne pro Einheit einer produzierten Ware oder Dienstleistung anfallenden sonstigen Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer, Branntweinsteuer, Tabaksteuer oder Versicherungssteuer) nachgewiesen werden, aber einschließlich der entsprechenden Gütersubventionen (z. B. Subventionen auf öffentliche Personenbeförderung). Neu ist auch die Darstellung der Produktionswerte und der Vorleistungen des Handels ohne den Wert der eingesetzten Handelsware.

Wesentliche Änderungen gibt es auch bei den Gliederungen der Wirtschaftsbereiche und Sektoren sowie weiteren Klassifikationen (z. B. der Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs oder der Klassifikation der Ausgaben des Staates nach dem Verwendungszweck). Die frühere Wirtschaftszweigklassifikation der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird ersetzt durch die revidierte europäische Klassifikation der Wirtschaftsbereiche (NACE Rev. 17) bzw. deren deutsche Version (WZ 93<sup>8)</sup>), die schon seit einiger Zeit in den Basisstatistiken verwendet wird.

In der Darstellung nach Sektoren wird es künftig nicht mehr, wie früher, einen geschlossen dargestellten umfassenden Unternehmenssektor geben. Statt dessen werden die Kapitalgesellschaften (einschl. Quasikapitalgesellschaften, wie z. B. Offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und abgeleitete Rechtsformen) künftig in den Sektoren Finanzielle und Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erfaßt; die übrigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (u. a. Freiberufler und Einzelunternehmer) gehören zukünftig zum Sektor Private Haushalte.

### 1.3 ESVG-Lieferprogramm

Wie bereits erwähnt, enthält der Anhang B der ESVG-Verordnung das Lieferprogramm mit den Vorgaben, zu welchen Terminen und in welchen Gliederungen die Ergebnisse Eurostat mitzuteilen sind. Das neue ESVG-Lieferprogramm weicht in vieler Hinsicht vom bisherigen ESVG-Programm ab. Die wesentlichen Änderungen des neuen im Vergleich zum bisherigen ESVG-Programm sind:

- a) Verbindliche Vorgabe der Inhalte, Termine und Gliederung der Lieferungen der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an Eurostat.
- b) Erhöhung der Aktualität der ersten Daten durch Verringerung des Lieferabstands von neun auf vier Monate
- c) Aufnahme von Vierteljahresergebnissen.
- d) Übergang auf die allgemein geltende Klassifikation der Wirtschaftsbereiche.
- e) Im Rahmen der Input-Output-Rechnung jährliche Aufkommens- und Verwendungstabellen (Deutschland zunächst zweijährlich), auch in konstanten Preisen.

- f) Ausweis von Übergangstabellen von Wirtschaftsbereichen auf Gütergruppen und von Wirtschaftsbereichen auf Sektoren sowie einer Investorenkreuztabelle
- g) Aufnahme von Kapitalstockberechnungen und von Angaben zum Arbeitsvolumen.

In den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes wurden allerdings bereits bisher schon viele der Forderungen des neuen ESVG-Lieferprogramms erfüllt

Bedeutsam sind die Lieferverpflichtungen. Ihre Einhaltung kann mit Vertragsverletzungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof erzwungen werden. Allerdings wird die Einheitlichkeit der Lieferungen durch viele Ausnahmen, die den einzelnen Mitgliedstaaten zunächst befristet bis 2005 gewahrt wurden, stark eingeschränkt. Bisher beruhte die Übermittlung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen an Eurostat nur auf Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen, deren Einhaltung nicht erzwungen werden konnte. Erst die Bruttosozialprodukt-Richtlinie brachte 1989 für Zwecke der Eigenmittelberechnung verbindliche Vorgaben für das Bruttosozialprodukt und seine Komponenten.

Die ESVG-Verordnung stellt für die nationale Statistik ein Mindestprogramm dar, das nicht unterschritten werden darf; größere Aktualität und tiefere Ergebnisgliederung sind aber möglich. So wird die Lieferung von Vierteljahres- und erster Jahresergebnisse nach jeweils vier Monaten verlangt, in Deutschland wird jedoch die Veröffentlichung erster Jahreszahlen nach rund zehn Tagen und der Vierteljahresergebnisse nach etwa zwei Monaten beibehalten.

### 1.4 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Für die Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab 1999 in Deutschland wird folgendes gelten:

- Die aktuellen (vorläufigen) Ergebnisse werden weiterhin nur hochaggregiert, allerdings nach sechs statt bisher fünf Bereichen veröffentlicht.
- Einige nationale Gliederungen entsprechen den europäischen Vorgaben:
  - rund 60 Wirtschaftsbereiche der NACE, Rev. 1
  - rund 60 Güterarten der CPA<sup>9)</sup>
  - 7 Sektoren/Untersektoren
  - 10 Aufgabenbereiche der Staatsausgaben<sup>10)</sup>
- In einigen Fällen wird die europäisch vorgesehene Gliederungstiefe nicht ganz erreicht (Deutschland wurden Ausnahmen bewilligt):
  - Steuern nach weniger als 35 Steuerarten
  - Regionalangaben für Länder statt für Regierungsbezirke

<sup>7)</sup> NACE = Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes.

<sup>8)</sup> Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993

<sup>9)</sup> Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, eingeführt durch Verordnung (EWG) Nr. 3696/93 des Rates vom 29. Oktober 1993, Amtsbl. der EG Nr. L 342 vom 31. Dezember 1993.

<sup>10)</sup> Klassifikation der Ausgaben des Staates nach Aufgabenbereichen (COFOG)

- Folgende Angaben werden national stärker untergliedert:
  - Privater Verbrauch nach mehr als 12 Zweistellern der COICOP<sup>11)</sup>
  - Konsumausgaben nach Lieferbereichen
  - Anlageinvestitionen und Anlagevermögen nach 60 statt 31 Wirtschaftsbereichen
  - Einkommen der Privaten Haushalte nach Haushaltsgruppen
  - Finanzierungsrechnung nach mehr Forderungsarten und nach mehr Untersektoren der finanziellen Kapitalgesellschaften

Die Tabellengestaltung orientiert sich am bisherigen nationalen Programm mit Vierteljahrestabellen, Übersichtstabellen, Standardtabellen, Input-Output-Tabellen und Konten. Neben den Angaben in DM/Euro werden Zuwachsraten im Vorjahresvergleich dominieren. Die Verteilungs- und Umverteilungstabellen sollen durch Verminderung der Gliederungsdimensionen vereinfacht werden. Insgesamt soll die Neugestaltung des Tabellenprogramms auch die Übersichtlichkeit erhöhen.

### 1.5 Zeitplan

Der Termin für den Übergang auf das ESVG 1995 wird durch Anhang B der ESVG-Verordnung fest vorgegeben, und zwar gelten gestaffelte Erstliefertermine an Eurostat:

- April 1999 Hauptaggregate 1991 bis 1998, auch vierteljährlich
- August 1999 Einnahmen und Ausgaben des Staates 1991 bis 1998
- September 2000 Tabellen für Wirtschaftsbereiche 1991 bis 1999<sup>12)</sup>, Finanzierungsrechnung 1995 bis 1999
- Dezember 2000 nichtfinanzielle Sektorkonten 1991 bis 1999, Regionalangaben nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 1998
- Dezember 2001 (Deutschland Juni 2002) übrige Regionalangaben 1995 bis 1999, Anlagevermögen der Gesamtwirtschaft
- Dezember 2002 Aufkommens- und Verwendungstabellen 1995 bis 1999 (Deutschland zweijährlich), Input-Output-Tabellen 1995
- Dezember 2003 Anlagevermögen nach Wirtschaftsbereichen für das Jahr 2000, Kreuztabelle nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren für das Jahr 2000, Investorenkreuztabelle 2000 sowie Arbeitsvolumen nach Wirtschaftsbereichen für die Jahre 1991 bis 1999.

Für die Rückrechnungen ab 1991 hat sich Deutschland eine Ausnahme einräumen lassen, generell gefordert werden zu ausgewählten Tabellen Ergebnisse ab 1970 bzw. 1980. Die Staffelung des Lieferprogramms und die relativ kurzen Zeitreihen für Deutschland werden den Nutzern der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sicherlich Schwierigkeiten bereiten – wurden doch bei den bisherigen großen Revisionen jeweils komplette Rückrechnungen bis 1960 und der Hauptaggregate bis 1950 vorgelegt. Vor allem aus Kapazitätsgründen konnte dies bei der nun durchgeführten großen Revision nicht erreicht werden.

Der Übergang auf das ESVG 1995 mußte im Statistischen Bundesamt – ebenso wie in den Statistischen Landesämtern zu den Regionalangaben, in der Deutschen Bundesbank zur Finanzierungsrechnung und im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung – neben dem laufenden Programm geleistet werden. Die hierfür an sich erforderlichen zusätzlichen Kapazitäten konnten nur in geringem Ausmaß aus „EU-Mitteln“ bereitgestellt werden. Die Kapazitätsprobleme erhöhten sich noch dadurch, daß nach der deutschen Vereinigung Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet einerseits sowie für die neuen Länder und Berlin-Ost andererseits verlangt wurden und teilweise wegen der unterschiedlichen verfügbaren Basisstatistiken intern für beide Teile weiterhin getrennt gerechnet werden mußte. Zusätzlich war vorgezogen die erwähnte Zwischenrevision durchzuführen, in der auf der Grundlage des früheren ESVG (2. Auflage) alle statistikbedingten Änderungen mit Auswirkungen auf das Bruttosozialprodukt eingearbeitet wurden. Insofern mußten zwangsläufig Prioritäten gesetzt werden. Nicht alle Tabellen, die nach der ursprünglichen Planung bereits im April 1999 vorgesehen waren, konnten auch tatsächlich erstellt werden, in anderen Fällen mußten „zweitbeste Lösungen“ gewählt werden.

Zunächst wird also noch nicht das gesamte System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, einschließlich der Kapitalstockberechnung und der Input-Output-Tabellen, auf das neue System umgestellt. Das gestaffelte ESVG-Lieferprogramm gibt terminlich etwas Spielraum. Entsprechend der gestaffelten Bereitstellung der revidierten Ergebnisse wird es auch mehrere Fachserienbände geben, in denen die revidierten Zahlen veröffentlicht werden. Alle Daten werden auf Datenträgern verfügbar sein, und zwar in standardisierter Form und damit schnell und preiswert. Ausgewählte Angaben werden im Internet abrufbar sein.

Mit diesem Programm soll der Hauptbedarf der Nutzer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland erfüllt werden. Probleme wird die Verknüpfung der Zeitreihen vor 1991 mit den Angaben ab 1991 geben. Folgende Gründe verursachen Brüche:

- neue Konzepte und Definitionen,
- neue Gliederungen,
- neue statistische Quellen,
- Gebietssprung durch die Vereinigung,
- neues Preisbasisjahr 1995.

<sup>11)</sup> Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs

<sup>12)</sup> In Deutschland werden diese Tabellen teilweise bereits 1999 vorliegen



Die zahlenmäßigen Auswirkungen der konzeptionellen und definitorischen Änderungen sowie der neuen Gliederungen und auch die statistisch bedingten Änderungen werden in dem weiter oben bereits angekündigten Ergebnisaufsatz zu dieser Revision aufgezeigt und erläutert. Revidierte Ergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost getrennt nur für 1991 veröffentlicht. Für die folgenden Jahre wird der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder diese Aufgabe übernehmen. Die Angaben 1991 für die beiden Gebietsstände werden voraussichtlich im Herbst 1999 publiziert. Für die Jahre vor 1991 sind Rückrechnungen nach den neuen Konzepten, Definitionen usw. ausschließlich für das frühere Bundesgebiet vorgesehen; der Realisierungszeitpunkt für die Rückrechnung steht noch nicht fest und ist primär von den verfügbaren Kapazitäten im Statistischen Bundesamt abhängig.

*Dipl.-Volkswirt Wolfgang Strohm*

## 2 Änderung von Konzepten, Begriffen und Klassifikationen im ESGV 1995

Konzeptionell deckt sich das ESGV 1995 mit dem im Jahr 1993 veröffentlichten revidierten System of National Accounts (SNA 1993) der Vereinten Nationen, es ist aber stärker auf die Gegebenheiten und den Datenbedarf in der Europäischen Union ausgerichtet. Die Gliederungen sind allerdings so gestaltet, daß die nach beiden Systemen veröffentlichten Zahlen nicht voneinander abweichen. Viele der im ESGV 1995 verwendeten Konzepte und Klassifikationen gelten auch für andere Wirtschaftsstatistiken in der Europäischen Union, wie etwa für die Statistiken über die Produktion, den Außenhandel oder die Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus sind die Konzepte des ESGV 1995 – ebenso wie die des SNA 1993 – auf die Konzepte wichtiger internationaler Leitlinien für andere Statistiken abgestimmt, wie auf die Handbücher des Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Zahlungsbilanz und die staatliche Finanzstatistik, die Richtlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Steuern und Sozialbeiträge und die Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu den Erwerbstätigen, dem Arbeitsvolumen und den Arbeitskosten. Das ESGV 1995 bildet somit den Standard für die Ergebnisübermittlung der Mitgliedstaaten der EU nicht allein an europäische, sondern auch an außereuropäische Organisationen. Es bleibt allerdings jedem Mitgliedstaat überlassen, ein von diesem Standard abweichendes nationales Veröffentlichungsprogramm aufzustellen (siehe Kapitel 4 „Nationales Veröffentlichungsprogramm“).

### 2.1 Konzeptänderungen im ESGV 1995

Die Änderungen von Konzepten und Definitionen im ESGV 1995 gegenüber dem ESGV, 2. Auflage lassen sich in drei Gruppen einteilen:

- Konzeptänderungen mit Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen (bisher: Bruttosozialprodukt)

- Konzeptänderungen mit Auswirkungen nur auf das Bruttonationaleinkommen
- Konzeptänderungen ohne Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen.

In der folgenden Übersicht sind die Konzeptänderungen der ersten beiden Gruppen nach Arten sowie nach Höhe und Richtung ihrer Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen für das Jahr 1995 dargestellt:

#### Auswirkung der Konzeptänderungen im ESGV 1995 auf das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen

	Mrd DM
Erweiterung des Investitionsbegriffs	+ 32
Abschreibungen auf Straßen, Brücken usw	+ 26
Selbstgenutzte Garagen, Reparaturen der Wohnungseigentümer	+ 7
Sonstige produkt erhöhend wirkende Konzeptänderungen	+ 2
Nutzung von Urheberrechten, Lizenzen u a	– 12
Staatliche Gebühren	– 9
Subventionen	– 6
Erhöhung der Wertgrenze für Anlagegüter	– 1
<b>Summe der Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>+ 39</b>
Reinvestierte Gewinne, Buchungszeitpunkt der Zinsen	+ 8
Nutzung von Urheberrechten, Lizenzen mit der übrigen Welt	+ 5
Subventionen und Produktionsabgaben von der/an die übrige Welt	– 21
<b>Summe der Auswirkungen auf das Bruttonationaleinkommen</b>	<b>+ 31</b>

Konzeptbedingt erhöhen sich das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1995 um insgesamt rund 39 Mrd. DM und das Bruttonationaleinkommen um rund 31 Mrd. DM. Gemessen an den bisher veröffentlichten Größen sind das + 1,1 % (Bruttoinlandsprodukt) bzw. + 0,9 % (Bruttosozialprodukt).

#### Konzeptänderungen mit Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Die stärksten Auswirkungen auf das Niveau des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttonationaleinkommens resultieren aus dem neu abgegrenzten, erweiterten Investitionsbegriff (1995: + 32 Mrd. DM):

##### Bruttoinvestitionen

##### Bruttoanlageinvestitionen

Sachanlagen

Bauten

Ausrüstungen

Nutztiere und Nutzpflanzungen

Immaterielle Anlagegüter (produziert)

Suchbohrungen

Computerprogramme

Urheberrechte

Sonstige

Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter

Vorratsveränderungen

Nettozugang an Wertsachen

Neu ist vor allem, daß die Anschaffung und die eigene Produktion von immateriellen Vermögensgegenständen in die Anlageinvestitionen einbezogen werden. Vom Umfang am bedeutendsten sind hier die erworbene sowie selbst erstellte Software und große Datenbanken. Nach dem ESVG, 2. Auflage zählte die gekaufte Software zu den Vorleistungen und die selbst erstellte Software wurde nicht als Produktion gemessen. Eine präzise Definition von Software und großen Datenbanken ist im ESVG 1995 nicht enthalten. Das Statistische Bundesamt hat in einer im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführten, bisher nicht veröffentlichten Studie für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine inhaltliche Abgrenzung von Software und großen Datenbanken erarbeitet, an der sich die Quantifizierung dieses Merkmals orientiert. Es ist geplant, über die Abgrenzungen sowie die Modellrechnung zur Schätzung der Software und großer Datenbanken in einem Aufsatz in dieser Zeitschrift zu berichten. Außer der gekauften und selbst erstellten Software wirken sich auch die darauf berechneten Abschreibungen bei Nichtmarktproduzenten (Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck) erhöhend auf das Bruttoinlandsprodukt aus. Zu den immateriellen Anlageinvestitionen gehört weiterhin die Produktion von Urheberrechten, also das Entstehen von Originalen von Büchern, von Tonaufzeichnungen, von Filmen, von Modellen und von anderen urheberrechtlich geschützten Werken. Im bisherigen ESVG lag die Produktion dieser Rechte außerhalb der Produktionsgrenze (die Produktion der entsprechenden materiellen Güter, das heißt der Bücher, Filme, Tonträger usw. wird auch nach dem bisherigen ESVG erfaßt, nicht jedoch die Rechte selbst). Auch dieser inhaltlich sehr schwierige Teil der immateriellen Anlageinvestitionen wurde in der genannten Studie behandelt und es ist hierzu ebenfalls eine Veröffentlichung beabsichtigt. Die Konzeptänderung bei den Suchbohrungen wirkt sich nur wenig auf die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts aus. Sie besteht darin, daß nach dem ESVG 1995 die Aufwendungen für Suchbohrungen immer zu den (immateriellen) Anlageinvestitionen zählen, auch wenn diese Bohrungen zu keinem Bohrerfolg führen. Im ESVG, 2. Auflage wurden erfolglose Suchbohrungen als Vorleistungen gebucht. Weiterhin schließt der erweiterte Investitionsbegriff auch solche militärischen Ausrüstungen und Bauten ein, die zivil genutzt werden können. Im ESVG, 2. Auflage gehörten dagegen militärische Fahrzeuge, Krankenhäuser, Kasernen, Flugplätze, Straßen usw. zu den Vorleistungen des Staates. In Höhe des Werts dieser Anlagen verringern sich zwar die Konsumausgaben des Staates (Staatsverbrauch) um den gleichen Betrag wie die Anlageinvestitionen steigen (produktneutrale Wirkung), doch führen die auf diese Anlagen zu berechnenden Abschreibungen zu einer höheren Wertschöpfung des Staates, höheren Konsumausgaben des Staates und damit zu einem erhöhten Nachweis des Bruttoinlandsprodukts. Die im Prinzip auf eine Berichtsperiode bezogene, produktwirksame Konzeptänderung bei heranwachsenden Pflanzen besteht darin, daß im neuen ESVG Produktion und Investition (Zugänge zu den Vorräten an unfertigen Erzeugnissen) kontinuierlich während der Wachstumsphase erfolgen, während im

ESVG, 2. Auflage die Produktion und Vorratsveränderung von pflanzlichen Erzeugnissen erst am Ende des Produktionsprozesses, also zum Zeitpunkt der Ernte (Getreide, Obst usw.), des Holzeinschlags (Bäume) oder des Verkaufs von Obstgehölzen der Baumschulen gebucht wurden. Für Deutschland gehen die Auswirkungen dieser Konzeptänderung im Kalenderjahr allerdings gegen Null; unterjährlich ergeben sich hierdurch saisonale Verschiebungen. Die Einbeziehung des Nettozugangs an Wertsachen in die Investitionen führt zu keiner Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts, da diese Größe nach dem bisherigen ESVG bereits in anderen Verwendungsaggregaten (Privater Verbrauch, Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen) enthalten war. Im Zusammenhang mit der Beschreibung der produktneutralen Konzeptänderungen wird auf diesen Sachverhalt näher eingegangen.

Eine Konzeptänderung mit deutlichem Einfluß auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts (1995: + 26 Mrd. DM) stellt die Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Abschreibungen auf die gesamten Anlagegüter (Tiere ausgenommen) dar. Im Gegensatz zum ESVG, 2. Auflage werden nunmehr öffentliche Investitionen in Straßen, Brücken, Kanalisation, Dämme, Kanäle usw. abgeschrieben, was zu einem höheren Niveau der Bruttowertschöpfung und der Konsumausgaben des Staates (Staatsverbrauch) und damit des Bruttoinlandsprodukts führt (der Produktionswert des Nichtmarktproduzenten Staat wird durch Addition der Aufwendungen ermittelt, zu denen auch die Abschreibungen gehören).

Auch die Einbeziehung fiktiver Mieten für selbstgenutzte Garagen und Stellplätze in die Berechnung der unterstellten Mieten für selbstgenutzte Wohnungen sowie die geänderte Behandlung kleiner Reparaturen in eigengenutzten Wohnungen erhöhen das Niveau des Bruttoinlandsprodukts (1995: + 7 Mrd. DM). Die letztgenannte Konzeptänderung besteht darin, daß sich im ESVG 1995 die Zuordnung kleiner Reparaturen an selbstgenutztem Wohnungseigentum zu den Vorleistungen oder zu den Konsumausgaben nach den Kriterien richtet, die bei vermieteten Wohnungen gelten. Demzufolge werden Reparaturen, die typischerweise vom Mieter selbst durchgeführt und zu dessen Konsumausgaben gezählt werden, auch bei eigengenutzten Wohnungen den Konsumausgaben des Wohnungseigentümers und nicht mehr den Vorleistungen zugeordnet. Im ESVG, 2. Auflage dagegen wurden alle vom Eigentümer durchgeführten Reparaturen den Vorleistungen zugerechnet, auch die in der eigengenutzten Wohnung.

Weitere Konzeptänderungen, die zusammen nur relativ wenig zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts beitragen (1995: + 2 Mrd. DM), betreffen die Berechnungen der Versicherungsdienstleistungen, der Produktion für die Eigenverwendung, der Warenproduktion mit Einsatz freiwilliger, unbezahlter Arbeitskräfte sowie der Löhne und Gehälter in Form von Sachleistungen (Naturalentgelte). Zur Berechnung der Versicherungsdienstleistungen von Lebens- und Schadenversicherungen werden nach dem ESVG 1995 alle empfangenen Vermögenseinkommen,

also auch Betriebsüberschüsse aus Immobilienvermietung und Pachten, herangezogen. Nach dem bisher geltenden ESVG, 2. Auflage wurden diese Arten der Vermögenseinkommen nicht einbezogen. Weiterhin verändert sich im neuen System die Höhe der Versicherungsdienstleistungen um die Zinsen auf Altersrückstellungen der Krankenversicherungen, vermindert um die Zuführungen zu diesen Altersrückstellungen, die – wie andere Zuführungen zu versicherungstechnischen Rückstellungen – als Leistungen an die Versicherungsnehmer angesehen werden. Zur Bewertung der Produktion für die Eigenverwendung schreibt das neue ESVG vor, daß die Herstellungspreise vergleichbarer auf dem Markt verkaufter Güter heranzuziehen sind. Damit geht in die Bewertung das Element eines Nettobetriebsüberschusses ein, was im ESVG, 2. Auflage nicht der Fall war. Weiterhin ist nach dem neuen ESVG die Warenproduktion aufgrund des unentgeltlichen Einsatzes freiwilliger Arbeitskräfte, zum Beispiel der Bau eines Vereinsheims oder eines Kindergartens unter Mithilfe freiwilliger Kräfte, mit Stundenlöhnen für ähnliche in der Region durchgeführte Arbeiten zu bewerten. Bisher blieben diese Arbeiten unbewertet. Für die Berechnung der Naturalentgelte ergeben sich aus dem ESVG 1995 zwei produktwirksame Konzeptänderungen: Die Bewertung selbsterstellter Waren und Dienstleistungen, die der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer als Naturalentgelt zahlt, schließt nach dem neuen System einen Nettobetriebsüberschuß ein, der laut ESVG, 2. Auflage konventionsgemäß gleich Null war. Dadurch erhöhen sich beispielsweise die Naturalentgelte, die in Form von verbilligten Mahlzeiten in vom Arbeitgeber betriebenen Kantinen oder in Form von verbilligt vermieteten Wohnungen des Arbeitgebers „gezahlt“ werden. Die zweite produktwirksame Konzeptänderung betrifft die Behandlung der Nutzung von Sport- und Erholungsstätten, die Arbeitgeber für Arbeitnehmer und deren Familien eingerichtet haben. Im ESVG 1995 wird die verbilligte oder kostenlose Nutzung als Naturalentgelt definiert, was im bisherigen ESVG ausdrücklich ausgeschlossen war (Zuordnung zu den Vorleistungen des Arbeitgebers). Die höheren Naturalentgelte (Arbeitnehmerentgelte) führen in gleicher Höhe zu vermehrten Konsumausgaben, denen eine entsprechend höhere Wertschöpfung gegenüber steht.

Das ESVG 1995 enthält gegenüber dem ESVG, 2. Auflage auch Konzeptänderungen, die sich negativ auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und Bruttonationaleinkommens auswirken. Am bedeutendsten (1995: –12 Mrd. DM) ist hier die Behandlung der Zahlungen für die Nutzung von (produzierten) Urheberrechten (z.B. von Originalen von Büchern, Tonaufzeichnungen, Filmen) und für die Nutzung von nichtproduzierten Vermögensgütern (z.B. Patente, Miet-, Pacht- und sonstige übertragbare Nutzungsrechte). Im ESVG 1995 werden sie als Dienstleistungsentgelt, im ESVG, 2. Auflage dagegen als Vermögenseinkommen gebucht. Diese Änderung ist bei den vom Staat erworbenen Dienstleistungen, wie den Konzessionsabgaben, und bei den grenzüberschreitenden Lizenzzahlungen produktwirksam. Die Buchung dieser Zahlungen als Dienstleistungsentgelt anstelle von Vermögenseinkommen ergibt im Fall der staat-

lichen Konzessionen höhere Vorleistungen der Unternehmen und niedrigere Konsumausgaben des Staates (Staatsverbrauch), im Fall der grenzüberschreitenden Lizenzzahlungen höhere Exporte und Importe. Da in Deutschland die Erhöhung der Importe größer ausfällt als die der Exporte (die Lizenzzahlungen an die übrige Welt übersteigen in der Regel die Lizenzzahlungen von der übrigen Welt), sinkt das Bruttoinlandsprodukt. Wie bei den Übergangspositionen vom Bruttoinlandsprodukt zum Bruttonationaleinkommen noch gezeigt wird, bleibt durch diese Konzeptänderung – wegen der entsprechenden Verringerungen der Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt – das Bruttonationaleinkommen jedoch unverändert.

Eine weitere Konzeptänderung betrifft staatliche Genehmigungen und Gebühren (1995: –9 Mrd. DM), die im ESVG 1995 weiter gefaßt als Dienstleistungsverkäufe definiert werden. Dies führt zu niedrigeren Konsumausgaben des Staates, und sofern diese Dienstleistungen von Unternehmen (Marktproduzenten) gekauft werden, sinkt aufgrund erhöhter Vorleistungen die Wertschöpfung. Treten private Haushalte als Käufer der Dienstleistungen auf, so werden niedrigere Konsumausgaben des Staates durch um den gleichen Betrag höhere Konsumausgaben der privaten Haushalte ausgeglichen.

Mindernd auf das Bruttoinlandsprodukt (1995: –6 Mrd. DM) wirkt sich ebenfalls aus, daß nach dem neuen ESVG auch Nichtmarktproduzenten (sonstige) Subventionen empfangen können, wenn für Marktproduzenten die gleichen Regelungen gelten. Dies trifft zum Beispiel für Zuschüsse bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zu, die an staatliche oder gemeinnützige Einrichtungen geleistet werden. Da zur Ermittlung des Produktionswertes und damit der Wertschöpfung des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck die Aufwendungen um empfangene sonstige Subventionen gekürzt werden, sinken durch ABM-Zuschüsse an Nichtmarktproduzenten die Bruttowertschöpfung und die Konsumausgaben des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Eine relativ geringe produktsenkende Wirkung (1995: –1 Mrd. DM) ergibt sich aus der Erhöhung der Wertgrenze für Anlagegüter, die niedrigere Ansätze für Investitionen und daraus berechnete Abschreibungen sowie höhere Ansätze für Vorleistungen zur Folge hat.

### **Konzeptänderungen mit Auswirkungen nur auf das Bruttonationaleinkommen**

Auch die Übergangspositionen vom Bruttoinlandsprodukt zum Bruttonationaleinkommen sind von Konzeptänderungen betroffen. Die von der Größenordnung her bedeutendste Konzeptänderung (1995: –21 Mrd. DM) steht im Zusammenhang mit der Einführung des Begriffs „Primäreinkommen“ im ESVG 1995, der außer dem Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen den Saldo aus empfangenen Subventionen und geleisteten Produktions- und Importabgaben umfaßt. Die Änderung im Vergleich zur bisherigen Ableitung des Bruttosozialprodukts aus dem Bruttoinlandsprodukt (entsprechend dem ESVG, 2. Auf-

lage) besteht damit darin, daß beim Übergang vom Bruttoinlandsprodukt zum Bruttonationaleinkommen nach dem ESVG 1995 zusätzlich zu den Erwerbs- und Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt die von der Europäischen Union empfangenen Subventionen zu addieren und die geleisteten Produktions- und Importabgaben an die Europäische Union abzuziehen sind. Die an die Europäische Union geleisteten Produktions- und Importabgaben umfassen insbesondere die traditionellen Eigenmittel der Europäischen Union, also die Zolleinnahmen aus dem Handel mit Drittländern, die Einnahmen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und die Mehrwertsteuereigenmittel. Nicht einbezogen sind die Einnahmen im Rahmen der auf dem Bruttosozialprodukt basierenden vierten Eigenmittelquelle, die als übrige laufende Transfers an die Europäische Union zu buchen sind. Die beschriebene Konzeptänderung in Höhe von -21 Mrd. DM ergibt zusammen mit den deutschen Zahlungen gemäß der vierten Eigenmittelquelle 1995 einen Betrag von -29 Mrd. DM, aus dem die Nettoszahlerposition Deutschlands ersichtlich wird.

Die übrigen von Konzeptänderungen betroffenen Übergangspositionen vom Bruttoinlandsprodukt zum Bruttonationaleinkommen wirken sich 1995 per saldo positiv auf die Höhe des Bruttonationaleinkommens aus: Nach dem ESVG 1995 werden reinvestierte Gewinne aus Direktinvestitionen als Vermögenseinkommen gebucht, nach dem bisherigen ESVG wurden diese Ströme nicht nachgewiesen. Hierzu zählen beispielsweise nichtausgeschüttete Gewinne eines ausländischen Unternehmens im Inland. Im ESVG 1995, wie auch in der Zahlungsbilanz, werden diese Gewinne so gebucht, als ob sie an die übrige Welt ausgeschüttet wurden und dann als Kapitaleinlagen ins Inland zurückgeflossen sind, also „reinvestiert“ wurden. Weiterhin werden Zinsen nunmehr periodengerecht entsprechend dem Auflaufen und nicht mehr zum Fälligkeitszeitpunkt gebucht. Aufgrund dieser Konzeptänderungen erhöht sich das Bruttonationaleinkommen 1995 um 8 Mrd. DM.

Wie bereits beschrieben, werden im ESVG 1995 die Lizenzzahlungen nicht mehr als Vermögenseinkommen, sondern als Dienstleistungsentgelte gebucht, was bedingt durch die grenzüberschreitenden Zahlungen in Deutschland in der Regel zu einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt führt [die Lizenzzahlungen an die übrige Welt (Importe) sind größer als die Lizenzzahlungen aus der übrigen Welt (Exporte)]. Da der Saldo der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen in gleichem Umfang (1995: +5 Mrd DM) steigt wie der Saldo der Dienstleistungsentgelte sinkt, ist die Wirkung auf das Bruttonationaleinkommen insgesamt gleich Null.

Vom Betrag her für Deutschland nahezu unbedeutend sind die Konzeptänderungen, die die Kriterien der Gebietsansässigkeit betreffen: Studenten sind im neuen ESVG stets Gebietsansässige ihres Heimatlandes, auch wenn sie länger als ein Jahr im Ausland studieren. Der Saldo der von ihnen durch Erwerbstätigkeit erzielten Arbeitnehmerentgelte beeinflusst die Höhe des Bruttonationaleinkommens. Von der Änderung der Kriterien der Gebietsansässigkeit ist auch die Erfassung der Bau-

tätigkeit im Ausland betroffen. Nach dem ESVG 1995 sind Bautätigkeiten inländischer Einheiten im Ausland, die dort unmittelbar Anlageinvestitionen darstellen, im Gegensatz zum ESVG, 2. Auflage immer Auslandsproduktion, auch wenn diese Tätigkeiten kürzer als ein Jahr andauern. Für Bautätigkeiten ausländischer Einheiten im Inland gilt das entsprechende Nach den in Deutschland bestehenden Verhältnissen dürfte sich diese Konzeptänderung nicht auf das Bruttonationaleinkommen auswirken: Größere deutsche Unternehmen führen in der Regel Bautätigkeiten im Ausland durch, die länger als ein Jahr dauern, und kleinere Unternehmen treten meist für weniger als ein Jahr als Subunternehmer im Ausland auf und exportieren damit nach altem wie nach neuem ESVG ihre Bauleistungen. Für das Tätigwerden ausländischer Bauunternehmen im Inland als Generalunternehmen gibt es gegenwärtig sehr einschränkende Bedingungen. So dürfen osteuropäische Unternehmen in Deutschland nur als Subunternehmer tätig werden und Bauunternehmen aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen eine Reihe von Auflagen (z. B. Eintragungen in die Handwerksrolle) erfüllen, um in Deutschland als Generalunternehmen auftreten zu dürfen. Ausländische Unternehmen erbringen also eher Vorleistungen an deutsche Unternehmen, die ihrerseits die kompletten Anlageinvestitionsgüter produzieren. Selbst wenn diese Annahmen nicht vollständig zutreffen, wirken sich mögliche Fehler allein im Bruttoinlandsprodukt aus, nicht jedoch im Bruttonationaleinkommen, da in Höhe der Verringerung von Importen und Exporten Nettobetriebsüberschüsse der Generalunternehmen als Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt gebucht werden.

Zur Behandlung der unterstellten Bankgebühr sieht das ESVG 1995 als eine mögliche Alternative vor, sie nicht mehr global als Vorleistungsverbrauch zu buchen, sondern auf die Verwendungssektoren aufzuteilen. Dies hätte einen deutlich höheren Nachweis des Bruttoinlandsprodukts und Bruttonationaleinkommens zur Folge, da sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte, des Staates (Staatsverbrauch), der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und gegebenenfalls der Außenbeitrag erhöhen würden. In einer Ratsverordnung zur Aufteilung der unterstellten Bankgebühr<sup>13)</sup> wird geregelt, daß die Mitgliedstaaten zunächst Proberechnungen durchführen und erst Ende des Jahres 2002 die Kommission der EU über die Aufteilung der unterstellten Bankgebühr entscheiden wird. Bis dahin bleibt es bei der Buchung als globaler Vorleistungsverbrauch

Eine besondere Bedeutung erhalten die Konzeptänderungen im Zusammenhang mit der in der ESVG-Verordnung festgelegten Regelung, daß für Zwecke der Berechnung der Eigenmittel der Europäischen Union und der Messung der im Maastrichter Vertrag genannten Konvergenzkriterien auch nach der Einführung des ESVG 1995 Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach dem ESVG, 2. Auflage zu verwenden sind. Für die

<sup>13)</sup> Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates vom 16. Februar 1998, Amtsbl. der EG Nr. L 58 vom 27. Februar 1998

Konvergenzkriterien gilt das ESVG, 2. Auflage bis zur Meldung am 1. September 1999. Für die Konvergenzmeldungen ab Februar 2000 gelten die Konzepte des ESVG 1995. Dagegen ist das Bruttosozialprodukt, das zur Berechnung der Eigenmittel der Europäischen Union heranzuziehen ist, so lange nach dem ESVG, 2. Auflage zu berechnen, bis ein neuer Eigenmittelbeschluß in Kraft getreten ist. Zur Ableitung des Bruttoinlandsprodukts (ESVG, 2. Auflage) sind beispielsweise für das Jahr 1995 die erläuterten Konzeptänderungen in Höhe von 39 Mrd. DM vom Bruttoinlandsprodukt (ESVG 1995) abzuziehen. Für dasselbe Jahr ergibt sich das Bruttosozialprodukt (ESVG, 2. Auflage) als Differenz zwischen Bruttonationaleinkommen (ESVG 1995) und Konzeptänderungen in Höhe von 31 Mrd. DM.

### **Konzeptänderungen ohne Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen**

Im Zusammenhang mit den Ausführungen zum erweiterten Investitionsbegriff wurde bereits auf den Nettozugang an Wertsachen eingegangen, der nach dem ESVG 1995 Teil der Investitionen ist. Bei der Abgrenzung der Wertsachen orientiert sich das neue ESVG am Motiv des Erwerbs, das primär der Wertanlage zum Zweck der Werterhaltung dienen soll. Es nennt dabei unter anderem Edelsteine und Edelmetalle (z. B. Nichtwährungsgold, Silber, Platin) sowie Antiquitäten und sonstige Kunstgegenstände (z. B. Gemälde, Skulpturen). Auf deutsche Verhältnisse bezogen kann davon ausgegangen werden, daß Unternehmen Kunstgegenstände nur selten mit dem Ziel der Geldanlage kaufen, da das Motiv der Künstlerförderung im Vordergrund stehen dürfte. Von Fachleuten wird ebenfalls bestätigt – und die (niedrige) Größenordnung der Umsätze mit potentiellen Wertsachen unterstützen diese Vermutung –, daß private Haushalte in Deutschland eher klassische Geldanlageformen (z. B. Wertpapiere, Bausparverträge, Lebensversicherungen) sowie Sparkonten und bei der Geldanlage in Vermögensgüter den Kauf von Immobilien oder Gold bevorzugen. Anlagen in teuren Schmuck, Kunstgegenstände oder Antiquitäten zum primären Zweck der Werterhaltung dürften in Deutschland nur selten vorkommen. Als Nettozugang an Wertsachen werden in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen also nur Käufe und Verkäufe der privaten Haushalte von Goldbarren und nichtumlauffähigen Goldmünzen angesehen. Im gleichen Umfang wie dadurch die neu abgegrenzten Investitionen mit einem höheren Betrag nachgewiesen werden, verringert sich die Summe aus Außenbeitrag und Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Wirkung auf das Bruttoinlandsprodukt und das Bruttonationaleinkommen ist gleich Null. Die Änderungen bei den Verwendungsaggregaten ergeben sich aus der unterschiedlichen Behandlung der Produktion von Goldbarren und dem Verkauf von importierten Goldmünzen in den beiden Fassungen des ESVG. Die Einfuhr von Industriegold und von Goldmünzen u.ä. werden nach altem wie auch nach neuem ESVG als Wareneinfuhr gebucht. Im ESVG, 2. Auflage erfolgte mit der Produktion und dem Verkauf von Goldbarren sowie dem Verkauf von Goldmünzen eine Umwand-

lung in sogenanntes finanzielles Gold und die Käufer hatten finanzielle Forderungen gegenüber der übrigen Welt erworben. Da das finanzielle Gold beim Kauf durch die privaten Haushalte von der Güter- in die finanzielle Sphäre übergegangen war – die Käufe wurden als finanzielle Transaktion (wie z. B. auch beim Kauf von Wertpapieren) und nicht als privater Verbrauch angesehen – war das Güterkonto zunächst nicht ausgeglichen. Im Konto der übrigen Welt wurde deshalb eine unterstellte Ausfuhr von Warengold und eine Zunahme der Forderungen gebucht. Nach dem ESVG 1995 werden – wie beschrieben – die Käufe von Goldbarren und Goldmünzen durch private Haushalte als Nettozugang an Wertsachen unter den Investitionen nachgewiesen. Gegenüber der bisherigen Buchung verringern sich dadurch der Betrag der Exporte und in Höhe der von den Banken berechneten Verkaufsprovisionen die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Nach dem ESVG 1995 wird finanzielles Gold, ausgewiesen als Forderung gegenüber der übrigen Welt, allein auf das monetäre Gold bei der Zentralbank beschränkt. Die Umwandlung von Warengold in monetäres Gold (und umgekehrt) wird im Konto für die sonstigen realen Vermögensänderungen, und nicht mehr als unterstellte Transaktion mit der übrigen Welt, gebucht.

Eine weitere, für die Darstellung der Ergebnisse bedeutende Änderung im ESVG 1995 ist die Bewertung der Produktionswerte und der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen. Nach diesem Preiskonzept sind alle Gütersteuern abzuziehen, also außer der Mehrwertsteuer und den Importabgaben auch die sonstigen Gütersteuern, wie zum Beispiel die Mineralöl-, Branntwein-, Tabak- und Versicherungssteuer. Andererseits sind Gütersubventionen des Staates und der Europäischen Union in die Bewertung der Bruttowertschöpfung einzubeziehen. Um zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) zu kommen, müssen zur Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche global die Gütersteuern hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Eine wesentliche Änderung in der Darstellung der Produktionswerte ist auch die Nettostellung der Handelstätigkeit. Das heißt, daß in allen Wirtschaftsbereichen der Wert der Handelsware und der Handelsdienstleistungen nicht mehr zusammengefaßt wird, sondern nur noch die Dienstleistungen nachgewiesen werden, die sich als Differenz zwischen den Handelsumsätzen und dem Einstandswert der Handelswaren ergeben. Folglich zählen die erworbenen Handelswaren auch nicht mehr zu den Vorleistungen des Handels, sondern zu den Käufen der letztendlichen Erwerber. Die Nettodarstellung erfolgt auch bei der Energiewirtschaft (Trennung der Energieerzeugung von den Wiederverkäuferumsätzen), den Wohnungsdienstleistungen (Trennung der Grundmiete und der Nebenkosten) und den Reisebüroleistungen (Trennung der Vermittlerprovisionen von den übrigen Ausgaben der Reisenden in Reisebüros). Die Wertschöpfung ist von dieser Änderung nicht betroffen. Dennoch kann für bestimmte Erkenntniszwecke, zum Beispiel für die Beobachtung der Entwicklung des Handelsvolumens, die Bruttodarstellung der Produktionswerte sinnvoller sein. Es ist deshalb daran

gedacht, die Handelsleistungen zusätzlich brutto, also einschließlich der Handelsware, zu veröffentlichen.

Schließlich sei erwähnt, daß das ESVG 1995 beim letzten Verbrauch (Konsum) zwischen dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept unterscheidet. Der Unterschied sind die sozialen Sachtransfers des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, also die unentgeltlich zur Verfügung gestellten Waren und Dienstleistungen vor allem des Gesundheits- und Erziehungswesens, die bestimmten Personen oder Personengruppen zugerechnet werden können. Nach dem Ausgabenkonzept werden die sozialen Sachtransfers bei dem Sektor nachgewiesen, der für sie gezahlt hat. Sie sind damit Teil der Konsumausgaben des Staates (bisher: Staatsver-

brauch) und umfassen vereinbarungsgemäß die gesamten Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Nach dem Verbrauchskonzept werden die sozialen Sachtransfers bei den tatsächlichen Letztverbrauchern, also den privaten Haushalten ausgewiesen. Sie bilden dort den Individualkonsum. Die Einführung des Verbrauchskonzepts wirkt sich auch auf die Darstellung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte aus. Abweichend von dem allgemein üblichen Nachweis dieser Einkommensgröße nach dem Ausgabenkonzept werden nach dem Verbrauchskonzept die sozialen Sachleistungen dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hinzugesetzt. Das Sparen (bisher Ersparnis der privaten Haushalte) wird nach dem Ausgaben- wie nach dem Verbrauchskonzept in gleicher Höhe nachgewiesen.

Übersicht 1: Gegenüberstellung ausgewählter neuer und bisheriger Begriffe in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Neue Begriffe (ESVG 1995)	Bisherige Begriffe (national angewendet)
Finanzielle Kapitalgesellschaften	Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen + Kredit- und Versicherungshilftätigkeit (soweit Kapital- oder Quasi-Kapitalgesellschaften) + Zusatzversorgungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Produktionsunternehmen mit eigener Rechtspersonlichkeit + Produktionsunternehmen, die Quasi-Kapitalgesellschaften sind
Arbeitnehmerentgelt	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
Bruttolöhne und -gehälter	Bruttolohn- und -gehaltssumme
Betriebsüberschuß	Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der inländischen Sektoren - Entstandene Einkommen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersonlichkeit
Selbständigeeinkommen	Entstandene Einkommen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersonlichkeit
Primäreinkommen (= Nettoneinkommen)	Von Inländern empfangene Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (= Volkseinkommen) + Indirekte Steuern - Subventionen = Nettosozialprodukt (zu Marktpreisen)
Gewinnentnahmen	Teil aus Entnommene Gewinne (nur aus Quasi-Kapitalgesellschaften)
Pachteinkommen	Nettopachten (ohne Einkommen aus immateriellen Werten)
Bruttonationaleinkommen	Bruttosozialprodukt + Empfangene Subventionen aus der übrigen Welt - Geleistete Produktions- und Importabgaben an die übrige Welt
Exporte	Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen - Unterstellte Ausfuhr von Warengold
Importe	Einfuhr von Waren und Dienstleistungen
Konsumausgaben, Konsum	Letzter Verbrauch
Konsumausgaben der privaten Haushalte	Käufe der inländischen privaten Haushalte (ohne Nettozugang an Wertsachen)
der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Privater Verbrauch
des Staates	Staatsverbrauch
Individualkonsum	Käufe der inländischen privaten Haushalte (ohne Nettozugang an Wertsachen) + Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck = Privater Verbrauch + soziale Sachleistungen des Staates
Kollektivkonsum	Staatsverbrauch - soziale Sachleistungen des Staates
Sparen	Ersparnis
Bruttoinvestitionen	Bruttoinvestitionen
Bruttoanlageinvestitionen	Bruttoanlageinvestitionen + Nettozugang an zivil nutzbaren militärischen Ausrüstungen und Bauten + Nettozugang an Suchbohrungen, Computerprogrammen, Urheberrechten (immaterielle Anlageinvestitionen)
Vorratsveränderungen	Vorratsveränderung + Heranwachsende Pflanzen (einschl. Bäume) - Ernte und Holzeinschlag
Nettozugang an Wertsachen	+ Teil aus Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (Gold) + Teil aus Käufe der inländischen privaten Haushalte (Bankenprovisionen für Goldverkäufe)
Produktions- und Importabgaben	Indirekte Steuern
- Subventionen	- Subventionen
= Nettoproduktionsabgaben	
Gütersteuern	Nichtabziehbare Umsatzsteuer, Einfuhrabgaben und Teil aus Produktionssteuern
Einkommen- und Vermögensteuern	Direkte Steuern

## 2.2 Neue Begriffe im ESVG 1995

Die im ESVG 1995 verwendeten neuen Begriffe ergeben sich einerseits aus den beschriebenen konzeptionellen Änderungen, andererseits lehnt sich die deutschsprachige Fassung des ESVG 1995 enger als bisher an die englischsprachige Fassung an und wurde mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt und dem Bundesamt für Statistik der Schweiz abgestimmt. In der Übersicht 1 werden ausgewählte neue und bisherige Begriffe einander gegenübergestellt und – sofern dies der Fall ist – die inhaltlichen Unterschiede aufgezeigt.

Die neuen Bezeichnungen **Finanzielle Kapitalgesellschaften** und **Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften** sind wörtliche Übersetzungen der entsprechenden englischen Begriffe. Sie wurden notwendig, weil der in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bisher geschlossen dargestellte Unternehmenssektor im ESVG 1995 aufgeteilt wird in Kapital- (einschl. Quasi-Kapital-) Gesellschaften und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Letztere sind in dem Sektor der privaten Haushalte integriert (siehe Kapitel 3 „Statistische Einheiten und Sektoren“). Die Unternehmen, die Kapital-/Quasi-Kapital-Gesellschaften sind, mußten somit eine neue Bezeichnung erhalten. Der bisherige Begriff „Produktionsunternehmen“ konnte nicht beibehalten werden, da er sowohl auf die Nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften als auch auf Teile der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zutrifft.

Als weitere Folge der sektoralen Aufspaltung der Unternehmen in Kapital-/Quasi-Kapital-Gesellschaften und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wird im ESVG 1995 für den Abschluß (Saldo) des Einkommensentstehungsprozesses in den Sektoren der Kapitalgesellschaften der Begriff **Betriebsüberschuß** (operating surplus) und im Sektor der privaten Haushalte die Bezeichnung **Selbständigeinkommen** (mixed income) eingeführt. Beide Größen zusammen bilden in der bisherigen Darstellung den etwas langen und vom Wortlaut her weniger treffenden Ausdruck „Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“

Aus der Aufspaltung des Unternehmenssektors resultiert im neuen ESVG auch die Bezeichnung **Gewinnentnahmen** (aus Quasi-Kapital-Gesellschaften), die im bisherigen System dem Teil der entnommenen Gewinne aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit entspricht, der aus Quasi-Kapital-Gesellschaften stammt.

Eine zusätzliche neue Bezeichnung stellt auch das **Primäreinkommen** dar, das außer den bisherigen Erwerbs- und Vermögenseinkommen um Subventionen gekürzte Produktions- und Importabgaben einschließt und dessen gesamtwirtschaftlicher Saldo dem Nationaleinkommen entspricht. Das **Nationaleinkommen** (national income) ersetzt den bisherigen Begriff „Sozialprodukt“, wodurch der Einkommenscharakter dieser Größe verdeutlicht wird. Das „Inlandsprodukt“ (domestic product) wird es weiterhin geben.

Terminologische Änderungen ergeben sich auch aufgrund der Unterscheidung des Ausgaben- und des Ver-

brauchskonzepts in der Einkommensverwendungsrechnung. Die bisher üblichen Begriffe **Privater Verbrauch** (Käufe der inländischen privaten Haushalte und Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) und **Staatsverbrauch** werden im neuen ESVG durch **Konsumausgaben** mit Ergänzung des jeweiligen Sektors (z. B. ... der privaten Haushalte) ersetzt und kennzeichnen das Ausgabenkonzept. Für die Darstellung der Einkommensverwendung nach dem Verbrauchskonzept werden die Bezeichnungen **Individualkonsum** und **Kollektivkonsum** eingeführt. Der Kollektivkonsum entspricht dem Konsum des Staates nach dem Verbrauchskonzept, der sich von den Konsumausgaben des Staates (Ausgabenkonzept) darin unterscheidet, daß soziale Sachtransfers an private Haushalte abgezogen sind. Die sozialen Sachtransfers des Staates und vereinbarungsgemäß alle Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ergeben zusammen mit den Konsumausgaben der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) den Individualkonsum, der voll den privaten Haushalten zugerechnet wird.

Schließlich sei noch erwähnt, daß im ESVG 1995 das Ergebnis (Saldo) der Einkommensverwendung mit **Sparen** (saving) bezeichnet wird und nicht mit „Ersparnis“ wie in den bisherigen Darstellungen. Diese Wortpräzisierung soll mit dazu beitragen, daß diese Größe – auch wenn sie nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem verfügbaren Einkommen und dessen Verwendung dargestellt wird – nicht als Bestandsgröße angesehen wird. Zur Verdeutlichung des Stromgrößencharakters wurde dem bisherigen Begriff „Ersparnis“ gelegentlich das Adjektiv „laufende“ vorangestellt, was so manchen Nutzer irritiert hat. Das Sparen der privaten Haushalte ergibt sich allerdings nicht mehr allein als Differenz zwischen verfügbarem Einkommen und Konsum, sondern es ist die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche der privaten Haushalte einzubeziehen. Bei den Nichtfinanziellen und den Finanziellen Kapitalgesellschaften ist diese Position vom verfügbaren Einkommen abzuziehen, um das Sparen dieser Sektoren zu erhalten.

## 2.3 Neue Klassifikationen, Gliederungen

Mit Einführung des ESVG 1995 werden die volkswirtschaftlichen Vorgänge in überarbeiteten Gliederungen dargestellt, die auf den revidierten europäischen Klassifikationen der Wirtschaftsbereiche (NACE Rev. 1)<sup>14</sup>, der Gütergruppen (CPA)<sup>15</sup>, der Verwendungszwecke des Individualverbrauchs (COICOP)<sup>16</sup> und der Ausgaben des Staates nach dem Verwendungszweck (COFOG)<sup>17</sup> basieren. In den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird die auf der NACE Rev. 1 aufbauende deutsche Wirtschaftszweigklassifikation WZ 93 eingeführt, die seit Januar 1995 für alle erhobenen Statistiken verbindlich ist und die WZ 79 abgelöst hat. Die geplanten Abweichungen

<sup>14</sup> Siehe Fußnote 7

<sup>15</sup> Classification of Products by Activity, siehe Fußnote 9

<sup>16</sup> Classification of Individual Consumption by Purpose, siehe Fußnote 11

<sup>17</sup> Classification of the Function of Government, siehe Fußnote 10

in den deutschen Veröffentlichungen von den Gliederungen der NACE Rev. 1 des ESVG-Lieferprogramms an die Europäische Union werden im Kapitel 4 „Nationales Veröffentlichungsprogramm“ beschrieben. Die Hauptdarstellungsformen für die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im ESVG 1995 bleiben Tabellen für Wirtschaftsbereiche und Sektoren, Sektorenkonten sowie Input-Output-Tabellen. Neu eingeführt werden Kreuztabellierungen, wie Aufkommens- und Verwendungstabellen sowie Investorentabellen nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen, Kreuztabellen für die Darstellung der Produktionsvorgänge nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren. Außerdem sind Vierteljahresrechnungen und Regionaltabellen nunmehr fester Bestandteil des ESVG 1995. Weiterhin sieht das neue ESVG vor, das gegenwärtige Kontensystem vor allem um Vermögens- und Umbewertungskonten zu erweitern. In Deutschland, wie auch in den meisten anderen Staaten, wird dies allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt zu realisieren sein und ist nicht Bestandteil des europäischen Lieferprogramms. Das neue ESVG enthält darüber hinaus eine Reihe zusätzlicher Sachverhalte, wie das verfügbare Einkommen und den Konsum nach dem Verbrauchskonzept, preisbereinigte Einkommen und Kaufkraftparitäten. Die beiden letztgenannten Sachverhalte sind in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes vorerst nicht enthalten.

*Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann*

### 3 Statistische Einheiten und Sektoren

#### 3.1 Methodische Grundlagen

##### Statistische Einheiten

Das ESVG 1995 verwendet als Systembausteine drei unterschiedliche Arten statistischer Einheiten:

- institutionelle Einheiten (Ziffer 1.28),
- örtliche fachliche Einheiten (Ziffer 1.29) und
- homogene Produktionseinheiten (Ziffer 1.29).

Eine institutionelle Einheit liegt nach dem ESVG 1995 (Ziffern 2.12 bis 2.16) vor, wenn diese Einheit zum einen wirtschaftlicher Entscheidungsträger ist, das heißt eigenverantwortlich ökonomische Tätigkeiten ausübt, und zum andern über ein vollständiges Rechnungswesen mit Informationen über die Verwendung bzw. Verteilung des Betriebsüberschusses einschließlich Vermögensbilanz verfügt. Für die statistische Umsetzung dieser konzeptionellen Vorgaben ist primär das letztgenannte Kriterium wichtig. Die institutionellen Einheiten bilden die Bausteine für die volkswirtschaftlichen Sektoren und dienen vor allem der Darstellung der Einkommens-, Vermögensbildungs- und Finanzierungsvorgänge.

Für eine institutionelle Einheit können mehrere örtliche fachliche Einheiten (Ziffer 2.102 bis 2.106) nachgewiesen werden, falls folgende Voraussetzung erfüllt ist: „Die institutionelle Einheit muß über ein Informationssystem verfügen, das es ermöglicht, für jede örtliche (fachliche) Einheit mindestens den Produktionswert, die Vorlei-

stungen, die Arbeitnehmerentgelte, den Betriebsüberschuß, die Beschäftigten und die Bruttoanlageinvestitionen festzustellen oder zu berechnen.“ (Ziffer 2.106; siehe auch Verordnung EWG Nr. 696/93 über die statistischen Einheiten).

Der vollständige Produktionswert und die Vorleistungen einer örtlichen fachlichen Einheit schließen Güterleistungen zwischen solchen Einheiten, das heißt auch unternehmensinterne Lieferungen, ein, nicht jedoch die Produktion, die in derselben Einheit weiterverarbeitet wird (Weiterverarbeitungsproduktion). Grundsätzlich sind so viele örtliche fachliche Einheiten zu erfassen, wie es in einer institutionellen Einheit Nebentätigkeiten gibt. Falls die erforderlichen Rechnungsunterlagen nicht vorliegen, können mehrere Nebentätigkeiten in einer örtlichen fachlichen Einheit zusammengefaßt werden (Ziffer 1.29). Örtliche fachliche Einheiten werden für die Darstellung der Produktionsvorgänge verwendet und anhand ihrer Haupttätigkeit zu Wirtschaftsbereichen zusammengefaßt. Sie gehören jedoch immer dem Sektor an, dem die übergeordnete institutionelle Einheit angehört.

Homogene Produktionseinheiten (Ziffern 1.29 und 2.112 f.) dienen spezifischen analytischen Zwecken, insbesondere der Darstellung der Verflechtung von Produktionsvorgängen. Sie werden durch eine einheitliche Tätigkeit gekennzeichnet, die durch die eingesetzten Produktionsfaktoren, den Produktionsprozeß und die produzierten Güter charakterisiert ist. Sie produzieren ausschließlich Güter einer Gütergruppe. Solche Einheiten sind im allgemeinen nicht Gegenstand unmittelbarer Beobachtung, vielmehr müssen die Angaben aus statistischen Erhebungen so umgeformt werden, daß Ergebnisse für diese fiktiven Einheiten entstehen.

##### Markt- bzw. Nichtmarktproduktion

Sowohl auf der Ebene der institutionellen Einheiten als auch auf der Ebene der örtlichen fachlichen Einheiten sieht das ESVG 1995 eine Differenzierung nach Markt- bzw. Nichtmarktproduktion vor, wobei letztere nochmals in „Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung“ (vor allem Wohnungseigenutzung im Sektor Private Haushalte und selbsterstellte Anlagen bei allen Sektoren) sowie „Sonstige Nichtmarktproduktion“ (Staat und Organisationen ohne Erwerbzzweck) unterteilt wird. Das wesentliche Kriterium für Marktproduktion ist, daß Güter für den Markt hergestellt und zu „wirtschaftlich signifikanten“ Preisen verkauft werden:

„Der Produktionswert . . . institutioneller Einheiten wird nur dann zu wirtschaftlich signifikanten Preisen verkauft, wenn die Verkaufserlöse über die Hälfte der Produktionskosten decken (50%-Kriterium)“ (Ziffer 3.19).

Diese Unterscheidung nach der Art der Produktion ist wichtig, weil von ihr die Bewertung der Produktion der institutionellen Einheiten wie auch der örtlichen fachlichen Einheiten abhängt. Marktbestimmte Produktion (P.11) wird zu Herstellungspreisen, die Sonstige Nichtmarktproduktion (P.13) von der Kostenseite her bewertet; der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung (P.12) sind die



Herstellungskosten vergleichbarer Güter oder die Produktionskosten zugrunde zu legen, falls solche Preise nicht zur Verfügung stehen. Die Bestimmung der Produktionsart erfolgt im Top-down-Verfahren, das heißt sie wird zuerst für eine institutionelle Einheit und anschließend für die ihr zugehörigen örtlichen fachlichen Einheiten überprüft. Die gesamte Produktion einer institutionellen Einheit setzt sich aus den Produktionswerten ihrer örtlichen fachlichen Einheiten zusammen; falls bei diesen Einheiten sowohl Markt- als auch Nichtmarktproduktion vorliegt, wird das Schwerpunktprinzip angewendet. Als „Marktproduzent“ wird demnach eine Einheit bezeichnet, die – überwiegend – Marktproduktion betreibt; entsprechendes gilt für Nichtmarktproduzenten zur Eigenverwendung und für sonstige Nichtmarktproduzenten. Vereinbarungsgemäß gibt es bei Marktproduzenten und Produzenten für die Eigenverwendung keine Sonstige Nichtmarktproduktion.

### Sektorgliederung

Der auffallendste Unterschied der ESVG-Sektorgliederung (Ziffern 2.17 ff.) zur bisherigen Sektoreinteilung der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist der, daß es einen umfassenden Unternehmenssektor, der alle unternehmerischen Tätigkeiten vereint, nicht gibt. Die neuen Sektorbezeichnungen lauten:

Gesamte Volkswirtschaft (S.1)

Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (S.11)

Finanzielle Kapitalgesellschaften (S.12)

Staat (S.13)

Private Haushalte (S.14)

Private Organisationen ohne Erwerbszweck (S.15)

Übrige Welt (S.2)

Die volkswirtschaftlichen Sektoren werden aus institutionellen Einheiten gebildet, wobei die Sektoren S.11 und S.12 ausschließlich Marktproduzenten, die Sektoren S.13 und S.15 ausschließlich öffentliche bzw. private Nichtmarktproduzenten – entsprechend dem Produktionsschwerpunkt der institutionellen Einheit – und der Haushaltssektor S.14 sowohl Marktproduzenten (Selbständigen- bzw. Unternehmerhaushalte) als auch Nichtmarktproduzenten für die Eigenverwendung und Haushalte ohne Produktionstätigkeit umfassen. Die institutionellen Nichtmarktproduzenten des Staates und der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck können gleichwohl auf der Ebene der örtlichen fachlichen Einheiten auch Marktproduzenten enthalten, zum Beispiel Einrichtungen der Wasser- und Elektrizitätsversorgung oder der Entsorgung, die nicht nur ihre Kosten decken, sondern darüber hinaus Betriebsüberschüsse erwirtschaften. Marktproduktion, Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung und Sonstige Nichtmarktproduktion werden im Konto für die Volkswirtschaft unterschieden.

### Kontensystem

Das im ESVG 1995 vorgesehene Kontensystem für die Volkswirtschaft (Ziffer 8.01 ff., siehe auch die Übersichten 2

Übersicht 2: Konten und Kontensalden nach ESVG 1995

Konten für Sektoren	Kontensalden
<p>I Produktionskonto</p> <p>II Einkommensverteilungs- und -verwendungskonten</p> <p>II 1 Konten der primären Einkommensverteilung</p> <p>II 1 1 Einkommensentstehungskonto</p> <p>II 1 2 Primäre Einkommensverteilungskonten</p> <p>II 1 2 1 Unternehmensgewinne</p> <p>II 1 2 2 Verteilung sonstiger Primäreinkommen</p> <p>II 2 Konten der sekundären Einkommensverteilung (Ausgabenkonzept)</p> <p>II 3 Konten der sekundären Einkommensverteilung (Verbrauchskonzept)</p> <p>II 4 Einkommensverwendungskonten</p> <p>II 4 1 Einkommensverwendungskonto (Ausgabenkonzept)</p> <p>II 4 2 Einkommensverwendungskonto (Verbrauchskonzept)</p> <p>III Vermögensveränderungskonten</p> <p>III 1 Vermögensbildungskonten</p> <p>III 1 1 Konten der Reinvermögensänderung durch Sparen und Vermögenstransfer</p> <p>III 1 2 Sachvermögensbildungskonto</p> <p>III 2 Finanzierungskonto</p> <p>III 3 Konten sonstiger Vermögensänderungen</p> <p>III 3 1 Konto sonstiger realer Vermögensänderungen</p> <p>III 3 2 Umbewertungskonto (mit Unterkonten)</p> <p>IV Vermögensbilanzen</p> <p>IV 1 Bilanz am Jahresanfang</p> <p>IV 2 Änderung der Bilanz</p> <p>IV 3 Bilanz am Jahresende</p>	<p>B 1 Wertschöpfung</p> <p>B 2 Betriebsüberschuß</p> <p>B 3 Selbständigeneinkommen</p> <p>B 4 Unternehmensgewinn</p> <p>B 5 Primäreinkommen</p> <p>B 6 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)</p> <p>B 7 Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)</p> <p>B 8 Sparen</p> <p>B 8 Sparen</p> <p>B 10 1 Reinvermögen durch Sparen und Vermögenstransfers</p> <p>B 9 Finanzierungssaldo</p> <p>B 9 Finanzierungssaldo</p> <p>B 10 2 Reinvermögensänderung durch sonstige reale Vermögensänderungen</p> <p>B 10 3 Reinvermögensänderung durch Umbewertungen</p> <p>B 90 Reinvermögen</p> <p>B 10 Reinvermögensänderung</p> <p>B 90 Reinvermögen</p>
<p>Konten für die gesamte Volkswirtschaft</p>	
<p>0. Güterkonto</p> <p>V Außenkonten</p> <p>V I Außenkonto der Gütertransaktionen</p> <p>V II Außenkonto der Primäreinkommen und Transfers</p> <p>V III Außenkonten der Vermögensveränderungen (mit Unterkonten)</p> <p>V IV Außenkonto für Vermögen und Verbindlichkeiten (mit Unterkonten)</p>	<p>B 11 Außenbeitrag</p> <p>B 12 Saldo der laufenden Außentransaktionen</p> <p>B 10 1 Reinvermögensänderung</p> <p>B 9 Finanzierungssaldo</p>

und 3) hat sich zum Teil formal, vor allem aber auch inhaltlich verändert. In den Produktionskonten sind für Marktproduzenten die Produktionswerte nach dem Herstellungspreiskonzept, das heißt ohne Gütersteuern, aber einschließlich Gütersubventionen, anzugeben. Des Weiteren erscheint beim Produktionswert der Kreditinstitute als Unterposition die unterstellte Bankgebühr und beim Staat sowie bei den Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (bei letzteren nur für Wohnungsvermietung) ein Nachweis für die Marktproduktion. Wegen der strikten Trennung von Markt- und Nichtmarktproduktion wird beim Staat und bei den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck die Sonstige Nichtmarktproduktion und bei den privaten Haushalten die Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung gesondert ausgewiesen. Kontenabschluss kann alternativ – je nachdem, ob die Abschreibungen abgezogen sind oder nicht – die Brutto- oder die

Nettowertschöpfung sein. Quantitativ stark verändern werden sich die Produktionswerte der Sektoren Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (im Vergleich zu den früheren Produktionsunternehmen) sowie Private Haushalte, weil mit den Einzelunternehmern, Selbständigen und anderen Produzenten ein erheblicher Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Haushaltssektor verlagert wird.

In den Einkommensentstehungskonten der Sektoren werden auf der Verwendungsseite die geleisteten Arbeitnehmerentgelte sowie die Produktions- und Importabgaben – abzüglich der Subventionen (Minusbuchung) – gezeigt und damit von der Brutto- bzw. der Nettowertschöpfung abgezogen. An dieser Stelle des Einkommenskreislaufs fließen die der Europäischen Union zustehenden Produktionsabgaben (als Primäreinkommen!) an die übrige Welt ab und die von dort empfangenen Subventio-

Übersicht 3: Sektorkonten

Verwendung Aufkommen Saldo (Kontenabschluss)			Konto/Transaktion/Saldo (mit ESVG-Codes)						Volkswirtschaftliche Sektoren					
			S 1	S 11	S 12	S 13	S 14/15	S 2						
<b>I Produktionskonto</b>														
P 1	P 1	Produktionswert (zu Herstellungspreisen)	x	x	x	x	x	x						
P 2		Vorleistungen	x	x	x	x	x	x						
B 1g		Bruttowertschöpfung	x	x	x	x	x	x						
K 1		Abschreibungen	x	x	x	x	x	x						
B 1n		Nettowertschöpfung	x	x	x	x	x	x						
<b>II 1.1 Einkommensentstehungskonto</b>														
B 1n	B 1n	Nettowertschöpfung	x	x	x	x	x	x						
D 1		Geleistete Arbeitnehmerentgelte	x	x	x	x	x	x						
D 29		Geleistete sonstige Produktionsabgaben	x	x	x	x	x	x						
D 39		Empfangene sonstige Subventionen (minus)	x	x	x	x	x	x						
B 2n		(Netto)-Betriebsüberschuß/Selbständigeneinkommen	x	x	x	x	x	x						
<b>II 1.2 Primäres Einkommensverteilungskonto</b>														
B 2n	B 2n	(Netto)-Betriebsüberschuß	x	x	x	x	x	x						
D 1		Empfangene Arbeitnehmerentgelte	x	-	-	-	-	x						
D 2		Empfangene Produktions- und Importabgaben	x	-	-	-	-	x						
D 3		Geleistete Subventionen (minus)	x	-	-	-	-	x						
D 4		Empfangene Vermögenseinkommen	x	x	x	x	x	x						
D 4		Geleistete Vermögenseinkommen	x	x	x	x	x	x						
B 5n		Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	x	x	x	x	x	x						
<b>II.2/3 Konten der sekundären Einkommensverteilung</b>														
B 5n	B 5n	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	x	x	x	x	x	x						
D 5		Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	x	-	-	-	-	x						
D 61		Empfangene Sozialbeiträge	x	x	x	x	x	x						
D 62		Empfangene monetäre Sozialleistungen	x	-	-	-	-	x						
D 7		Empfangene sonstige laufende Transfers	x	x	x	x	x	x						
D 5		Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	x	x	x	x	-	x						
D 61		Geleistete Sozialbeiträge	x	x	x	x	x	x						
D 62		Geleistete monetäre Sozialleistungen	x	x	x	x	x	x						
D 7		Geleistete sonstige laufende Transfers	x	x	x	x	x	x						
B 6/7		Verfügbares Einkommen	x	x	x	x	x	x						
<b>II 4 Einkommensverwendungskonto</b>														
B 8n	B 8n	Verfügbares Einkommen	x	x	x	x	x	x						
D 9	D 9	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	x	x	x	-	-	x						
P 3		Konsumausgaben	x	x	x	x	x	x						
B.8n		Sparen	x	x	x	x	x	x						
<b>III 1.1 Konto der Reinvermögensänderung durch Sparen und Vermögenstransfers</b>														
B 8n	B 8n	Sparen	x	x	x	x	x	x						
D 9	D 9	Empfangene Vermögensübertragungen	x	x	x	x	x	x						
B 10 1		Geleistete Vermögensübertragungen	x	x	x	x	x	x						
B 10 1		Reinvermögensänderung durch Sparen und Vermögenstransfers	x	x	x	x	x	x						
<b>III.1.2 Sachvermögensbildungskonto</b>														
B 10 1	B 10 1	Reinvermögensänderung durch Sparen und Vermögenstransfers	x	x	x	x	x	x						
K 1	K 1	Abschreibungen	x	x	x	x	x	x						
P 5		Bruttoinvestitionen	x	x	x	x	x	x						
K 2		Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	x	x	x	x	x	x						
B 9		Finanzierungssaldo	x	x	x	x	x	x						x <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Einschl. Saldo der Gütertransaktionen (Außenbeitrag)

nen zu. Kontenabschlüsse sind bei den Kapitalgesellschaften die Betriebsüberschüsse und bei den Privaten Haushalten die Selbständigeneinkommen sowie Betriebsüberschüsse aus Eigennutzung von Wohnraum (jeweils brutto oder netto) Auch beim Staat und bei den Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck erscheinen in geringem Umfang Betriebsüberschüsse aus ihrer Markproduktion.

Die wichtigste Änderung beim Nachweis der primären Einkommensverteilung ist, daß neben den empfangenen Vermögenseinkommen nun die Produktions- und Importabgaben abzüglich der Subventionen schon auf dieser Verteilungsstufe im Aufkommen des Staatssektors erscheinen und nicht mehr wie bisher erst bei der Umverteilung der Einkommen. Den Kontenabschluß bilden die Primäreinkommen der Sektoren, deren Summe für die gesamte Volkswirtschaft das frühere Volkseinkommen um die genannten neuen Primäreinkommen des Staates und den Saldo aus Produktionsabgaben und Subventionen mit der übrigen Welt übersteigt und damit künftig mehr als die reinen „Faktoreinkommen“ umfaßt. Die primären Einkommensverteilungskonten der Kapitalgesellschaften und der privaten Haushalte werden unterteilt in die Unternehmensgewinnkonten, die sozusagen als Zwischensumme im primären Einkommenskreislauf die Unternehmensgewinne zeigen, sowie die Verteilungskonten der sonstigen Primäreinkommen, die bei den Kapitalgesellschaften die Gewinnverwendung, das heißt vor allem die Ausschüttungen, nachweisen und bei den privaten Haushalten die empfangenen Arbeitnehmerentgelte sowie die empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, die nicht zur Unternehmenssphäre zählen (z. B. geleistete Zinsen auf Konsumentenkredite).

Die Konten der sekundären Einkommensverteilung haben sich vor allem beim Staat durch die Einbeziehung der Produktions- und Importabgaben (abzüglich Subventionen) in die primären Einkommen verändert. Hinzuweisen ist ferner auf die mit der Einführung des Verbrauchskonzepts verbundenen zusätzlichen Einkommensbuchungen: Parallel zum Nachweis des Individualkonsums der privaten Haushalte (siehe unten) werden entsprechende soziale Sachtransfers an diese gebucht.

In den Einkommensverwendungskonten sind zwei wichtige Neuerungen zu beachten. Wie bei der Einkommensumverteilung erwähnt, werden verfügbares Einkommen und Konsumausgaben nach zwei alternativen Konzepten dargestellt. Das Ausgabenkonzept – im ESVG 1995 als „Konsum (Ausgabenkonzept) P.3“ bezeichnet – entspricht für die Sektoren S.13 bis S.15 der bisherigen Darstellung des letzten Verbrauchs in der Unterteilung nach:

ESVG, 2. Auflage	ESVG 1995	Sektor
Staatsverbrauch	Konsumausgaben des Staates	S.13
Privater Verbrauch (ohne Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck)	Konsumausgaben der privaten Haushalte	S.14
Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	S.15

Beim Verbrauchskonzept – „Konsum (Verbrauchskonzept) P.4“ – umfaßt der Individualkonsum der privaten Haushalte neben ihren eigenen Konsumausgaben auch den individualisierbaren Teil der Konsumausgaben des Staates sowie die Konsumausgaben der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöht sich durch „soziale Sachtransfers“ in gleichem Umfang, das heißt beide Verbrauchskonzepte führen zu gleich hohen Beträgen für das Sparen dieses Sektors. Beim Sektor S.13 bleibt als „Kollektivkonsum“ der nicht individualisierbare Teil der Konsumausgaben des Staates übrig.

Als zweite Neuerung in den Einkommensverwendungskonten erscheinen künftig die Zunahmen der betrieblichen Versorgungsansprüche der privaten Haushalte auf der Verwendungsseite bei den Arbeitgebern und auf der Aufkommensseite der privaten Haushalte. Durch diese Buchungen gelangen die zusätzlichen Ansprüche auf betriebliche Altersversorgung bereits in das Sparen der Haushalte und nicht wie bisher in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erst als empfangene Vermögensübertragungen in den Finanzierungssaldo. Die Deutsche Bundesbank hatte sie bereits in der Vergangenheit den empfangenen Einkommen und damit der Ersparnis zugerechnet. Die Sparquote der privaten Haushalte errechnet sich jetzt als Quotient aus den Konsumausgaben, bezogen auf die Summe aus verfügbarem Einkommen und Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche.

Das bisherige Vermögensveränderungskonto wird zweigeteilt, wobei die Reinvermögensänderung durch Sparen und Vermögenstransfers als Abschluß des gleichnamigen Kontos III.1.1 gezeigt wird und das Sachvermögensbildungskonto über die Bruttoinvestitionen, den Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern und die Abschreibungen zum Finanzierungssaldo führt.

Die Finanzierungskonten der Sektoren bleiben formal unverändert, inhaltlich umfaßt das Finanzierungskonto der privaten Haushalte infolge der Sektorerweiterung allerdings erheblich mehr finanzielle Transaktionen als früher. Die Konten sonstiger Vermögensänderungen sowie die Vermögensbilanzen komplettieren das Gesamtbild der Sektoren, erfordern jedoch noch einige konzeptionelle und statistisch-praktische Überlegungen und können deshalb bis auf weiteres noch nicht erstellt werden.

Für die gesamte Volkswirtschaft ist ein Güterkonto mit den Aufkommens- und den Verwendungsaggregaten des Güterkreislaufs sowie das Außenkonto mit den Güter-, Einkommens- und Vermögensänderungstransaktionen mit der übrigen Welt vorgesehen.

### 3.2 Umsetzung der ESVG-Konzepte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Aufgabe der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war es, auf der Grundlage des in Deutschland in Jahrzehnten gewachsenen wirtschaftsstatistischen Instrumentariums eine bestmögliche Umsetzung des ESVG-Konzepts der institutionellen und örtlichen fachlichen Einheiten einschließlich der Abgrenzung von Markt- und

Nichtmarktproduktion sowie der Sektorgliederung zu erreichen. Auf einige wichtige Besonderheiten wird im folgenden eingegangen. Da in Deutschland Angaben aus dem betrieblichen Rechnungswesen überwiegend nur für das gesamte Unternehmen verfügbar sind – zum Beispiel erfolgt keine statistische Erfassung der unternehmensinternen Lieferungen –, fällt in der Regel das Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige (institutionelle) Einheit mit der örtlichen fachlichen Einheit zusammen. Einige wenige Statistiken enthalten Doppelnachweise für einige Merkmale in der Betriebs- bzw. der Unternehmensabgrenzung (z. B. Arbeitsstättenzählungen, Monatsberichte im Bergbau, im Verarbeitenden Gewerbe und in der Energiewirtschaft). In den wenigen Ausnahmefällen, in denen bei den Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zunächst Betriebsstatistiken verwendet werden, ist ein Übergang auf das Unternehmenskonzept durchzuführen.

Von den institutionellen Einheiten abweichende Darstellungseinheiten gibt es in folgenden Bereichen:

- Die gesamte Wohnungsvermietung wird in einem Wirtschaftsbereich zusammengefaßt, das heißt sie wird immer als örtliche fachliche Einheit angesehen, unabhängig davon, ob sie als Haupt- oder Nebentätigkeit einer wirtschaftlichen Einheit ausgeübt wird. Dies entspricht der bisherigen „funktionalen Abgrenzung“ der Wohnungsvermietung, jetzt allerdings nicht mehr als eigener Wirtschaftsbereich in einem umfassenden Unternehmenssektor, sondern als Teil des „Grundstücks- und Wohnungswesens“ (WZ 70) in allen Sektoren. Aus analytischen Gründen ist es zweckmäßig, die wirtschaftliche Aktivität der Wohnungsvermietung gesondert zu zeigen. Dies gilt vor allem für den Teilsektor der Versicherungsgesellschaften, für den das reine Versicherungsgeschäft und die Wohnungsvermietung als Teil der rentierlichen Kapitalanlage zugunsten der Versicherungsnehmer getrennt werden müssen. Auch die Methodik der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung sieht eine Trennung zwischen örtlichen fachlichen Einheiten der Land- und Forstwirtschaft einerseits und der Wohnungsvermietung und -eigennutzung andererseits vor. Schließlich würde es wenig Sinn machen, die quantitativ wichtige Wohnungseigennutzung und -vermietung der Privaten Haushalte mit einer anderen Tätigkeit, etwa den häuslichen Diensten, zusammenzufassen. Das in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendete Schichtungsmodell, das den Produktionswert der Wohnungsvermietung anhand der Wohnflächen in tiefer Gliederung nach rund 100 Wohnungstypen und entsprechenden Quadratmeter-Mietpreisen ermittelt, liefert die erforderlichen differenzierten Informationen für diesen Rechenansatz.
- Die institutionellen Einheiten des Staatssektors (Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger) werden nunmehr auf der Ebene der örtlichen fachlichen Einheiten nach Wirtschaftsbereichen untergliedert, soweit für einzelne Einrichtungen, vor allem auf kommunaler Ebene (z. B. Museen, Theater, Versorgungseinrichtungen, Schwimmbäder) die im Abschnitt 3.1, Un-

terabschnitt „Statistische Einheiten“ genannten Daten anhand eigener Haushaltskapitel bzw. -abschnitte (in Verbindung mit einer Aufgabenbereichsziffer) statistisch getrennt erfaßbar sind. Für diese neu gebildeten Einheiten ist anhand des Kriteriums der 50%igen Kostendeckung zu überprüfen, ob Markt- oder Nichtmarktproduktion vorliegt. Es sei daran erinnert, daß in der bisherigen Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in einem Aufgabenbereich negativer Staatsverbrauch ausgewiesen wurde, wenn die Verkäufe die entsprechenden Kosten übertrafen.

Anhand einer Sonderaufbereitung der Finanzstatistik werden derzeit folgende staatliche Produktionsbereiche ermittelt:

	Marktproduktion P 11	Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung P 12	Sonstige Nichtmarktproduktion P 13
Land- und Forstwirtschaft	x	–	–
Wasserversorgung	x	–	–
Verkehr (Hilfs- und Nebentätigkeiten)	x	x	x
Grundstückswesen	x	–	–
Forschung und Entwicklung	–	x	x
Öffentliche Verwaltung	–	x	x
Erziehung	–	x	x
Gesundheit	–	–	x
Entsorgung	x	–	–
Kultur	–	–	x

- Wirtschaftliche Aktivitäten der Privaten Haushalte (als institutionelle Einheiten) werden, soweit es sich um Selbständigen- bzw. Unternehmerhaushalte handelt, den einzelnen Wirtschaftsbereichen gemäß dem Produktionsschwerpunkt des „Unternehmens“ zugerechnet. Auch die übrige Produktion der privaten Haushalte, vor allem die Eigenleistung im Wohnungsbau, die Vermietung und Eigennutzung von Wohnraum, die Erbringung häuslicher Dienste durch Hausangestellte, die landwirtschaftliche Produktion in Hausgärten, aber auch selbständige Nebentätigkeiten von Arbeitnehmern, wie wissenschaftliche, künstlerische, pädagogische oder sonstige, meist berufsbezogene Tätigkeiten, erscheinen im jeweiligen Wirtschaftsbereich. Aus analytischen wie aus statistischen Gründen – die Schätzansätze für diese Art der Produktion ergeben sich meist aus den bereichsspezifischen Datenquellen – werden die genannten Aktivitäten nicht zusammengefaßt. Die sonst erforderliche Schwerpunktzuordnung eines privaten Haushaltes als institutionelle Einheit zu einem einzigen Wirtschaftsbereich wäre wenig aussagefähig. Dienstleistungen im Haushalt durch Haushaltsmitglieder (Hausarbeit) liegen konzeptionsgemäß außerhalb der Produktionsgrenze der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Warenproduktion durch Haushaltsmitglieder wird im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wegen Geringfügigkeit nicht erfaßt.
- Grundsätzlich sollte auch innerhalb der Privaten Organisationen ohne Erwerbzweck zwischen örtlichen fachlichen Einheiten mit Nichtmarkt- und Marktproduktion unterschieden werden, doch ist dieser konzeptionelle Ansatz nur für die Wohnungsvermietung der Organisationen (Marktproduktion) zu realisieren.

Andere überwiegend kostendeckende Bereiche, wie vermutlich die Rettungsdienste der Hilfsorganisationen, müssen – soweit sie nicht schon in eigene Unternehmen „ausgliedert“ sind – mangels geeigneter Statistiken als Nebentätigkeit der institutionellen Einheiten und nicht als örtliche fachliche Einheiten betrachtet werden

Ein zentraler Punkt der neuen Sektorendarstellung ist die Aufteilung der bisherigen Produktionsunternehmen auf Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (S.11) und Private Haushalte (S.14). Als Unterscheidungskriterium gilt die schon bei der Definition der institutionellen Einheit erläuterte Trennung der Unternehmenssphäre von den Eigentümerhaushalten, die bei Kapitalgesellschaften im engeren Sinne (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften) zweifelsfrei besteht. Der Sektor S.11 umfaßt jedoch auch Quasi-Kapitalgesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit bzw. mit beschränkter Rechtsfähigkeit, aber mit weitgehender Entscheidungsautonomie und einem vollständigen Rechnungswesen. Für die statistische Umsetzung dieses konzeptionellen Ansatzes wird als Hilfsmerkmal auf die Rechtsform der Unternehmen zurückgegriffen. Bei Personengesellschaften wie der Offenen Handelsgesellschaft (OHG) und der Kommanditgesellschaft (KG) sowie bei abgeleiteten Rechtsformen (z.B. GmbH und Co KG) kann davon ausgegangen werden, daß die genannten Merkmale einer Quasi-Kapitalgesellschaft vorliegen und sie zu S.11 zu zählen sind. Alle Einzelunternehmer, -kaufleute, -gewerbetreibende, -landwirte, die Angehörigen der freien Berufe, selbständige Heimarbeiter und sonstige selbständig tätige Personen sind dem neuen Haushaltssektor zuzuordnen, auch wenn sie Kooperationsformen „unterhalb“ der genannten Personengesellschaften – etwa BGB-Gesellschaften, Praxisgemeinschaften von Freiberuflern – eingehen (Teilsektor Selbständigenhaushalte S.141/142).

Eine weitere wichtige Veränderung gegenüber der bisherigen Abgrenzung des Unternehmenssektors ergibt sich dadurch, daß auch die Krankenhäuser der öffentlichen und freigemeinnützigen Träger, die keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, als Quasi-Kapitalgesellschaften dem Sektor S.11 zuzuordnen sind. Zum einen müssen die Krankenhäuser aufgrund des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und weiterer abgeleiteter Rechtsnormen (insbesondere Krankenhaus-Buchführungsverordnung) ein spezielles und umfassendes Buchhaltungssystem anwenden. Zum anderen besitzt das Krankenhausmanagement weitgehende Entscheidungsautonomie in der Wirtschaftsführung und in den Pflegesatzverhandlungen mit den Krankenkassen. Die Pflegeeinrichtungen aller öffentlichen und privaten Träger haben aufgrund der Pflege-Buchführungsverordnung aus dem Jahr 1995 im stationären Bereich ab 1997 und im ambulanten Bereich ab 1998 eine vollständige kaufmännische Buchführung anzuwenden. Auch sie werden für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu institutionellen Marktproduzenten des Sektors S.11. Da die „Erosion“ der öffentlichen Haushalte, das heißt die Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen aus den Kameralhaushalten, noch lange nicht abgeschlossen zu sein scheint, können neben neuen öffentlichen Unter-

nehmen in der Form von Kapitalgesellschaften in Zukunft auch weitere öffentliche Quasi-Kapitalgesellschaften (rechtlich unselbständige Eigenbetriebe mit eigener Wirtschaftsführung und Rechnungslegung) entstehen.

Nicht mehr zum Unternehmensbereich des Sektors S.11 zählen dagegen jene „Bruttobetriebe“ (Regiebetriebe) des Staates, deren Ausgaben und Einnahmen in den öffentlichen Haushalten vollständig (unsaldiert) veranschlagt und abgerechnet werden, die jedoch wegen ihrer Aufgabenbereichszuordnung als „Wirtschaftsunternehmen“ (Hauptfunktion 8 des staatlichen Funktionenplans, z.B. Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, Kur- und Badebetriebe) in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bislang zum Unternehmenssektor gehörten.

Der Sektor Finanzielle Kapitalgesellschaften (S.12) wird im Vergleich zu den bisherigen Untersektoren „Kreditinstitute“ und „Versicherungsunternehmen“ erweitert und zum Teil umgruppiert. Hinzu kommen als neue Untersektoren S.123/124 die Sonstigen Finanzinstitute und das Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe, die u.a. Versicherungs-, Finanz- und Effektenmakler, Renten- und Anlageberater, Kapitalanlagegesellschaften und die Börsen umfassen. In den Untersektor Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen (S.125) werden die Zusatzversorgungseinrichtungen der Gebietskörperschaften einbezogen – bisher dem Untersektor Sozialversicherung zugehörig –, die, wie etwa die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, zwar Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, jedoch nicht die Kriterien des ESVG 1995 für Einrichtungen der Sozialversicherung, vor allem eine gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme und Beitragszahlung, erfüllen. Die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst beruht vielmehr auf tarifvertraglichen Vereinbarungen zwischen öffentlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ist der betrieblichen Alterssicherung über Pensionskassen vergleichbar

Da sich die Abgrenzung des Sektors Staat (S.13) nur gegenüber den Sektoren S.11 und S.12 ändert, wurden die Neuordnungen schon in den vorangegangenen Kapiteln erläutert. Abweichend vom „alten“ Staatssektor ist der neue Sektor S.13 ohne Krankenhäuser und ohne Zusatzversorgungseinrichtungen im öffentlichen Dienst, jedoch einschließlich der im alten Unternehmenssektor nachgewiesenen Bruttobetriebe sowie der staatlichen Wohnungsvermietung zu berechnen.

Auch für den Sektor Private Haushalte (S.14) wurde die wichtigste Änderung im Vergleich zu den bisherigen deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oben im Zusammenhang mit der Abgrenzung des Sektors Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften beschrieben. Künftig enthält dieser Sektor neben Einzelpersonen und Gruppen von Einzelpersonen in ihrer Funktion als Konsumenten auch Marktproduzenten – soweit diese nicht als Quasi-Kapitalgesellschaften (z.B. Personengesellschaften) dem Sektor S.11 zuzuordnen sind – sowie Nichtmarktproduzenten für die Eigenverwendung (z.B. Eigennutzung von Wohnraum).

Der Sektor Private Organisationen ohne Erwerbszweck (S.15) umfaßt wie bisher institutionelle

Übersicht 4. Wirtschaftsbereiche und volkswirtschaftliche Sektoren<sup>1)</sup>

Wirtschaftsbereich		S 11	S 12	S 13	S 14	S 15		
WZ 93	Bezeichnung	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck		
A	Land- und Forstwirtschaft,	Kapitalgesellschaften (AG), Aktiengesellschaften (AG), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) Genossenschaften		örtliche fachliche Einheiten bei – Forstwirtschaft  – Wasserversorgung  – Hilfs- und Nebentätigkeiten im Verkehr	Selbständige Landwirte,  Einzelunternehmer im Produzierenden Gewerbe, Handwerker  (einschl. Eigenleistung beim Bau)  Handler, Gastwirte, selbständige Verkehrsunternehmer			
B	Fischerei							
C bis E	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe							
F	Baugewerbe							
G, H, I	Handel, Gastgewerbe, Verkehr							
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe						Banken, Versicherungen, Hilfgewerbe	– Grundstückswesen – Forschung Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindevverbände, Sozialversicherungsträger – Erziehung – Gesundheit – Entsorgung – Kultur
K	Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	Offene Handelsgesellschaft (OHG), Kommanditgesellschaft (KG)	Vermietung (örtliche fachliche Einheit bei Versicherungsgesellschaften)	Vermietung und Eigennutzung von Wohnraum, „Dienstleister“ als Einzelunternehmer				
L	Öffentliche Verwaltung	rechtlich unselbständige Eigenbetriebe des Staates und der Organisationen ohne Erwerbszweck, Wirtschaftsverbände		Selbständige, „Freiberufler“	z. B. Politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine			
M, N, O	Erziehung, Unterricht, Gesundheit, Sozialwesen, Erbringung sonstiger öffentlicher und privater Dienstleistungen							
P	Hausliche Dienste							

<sup>1)</sup> Die aufgeführten Beispiele können die Zusammensetzung der volkswirtschaftlichen Sektoren nicht vollständig beschreiben. Zu Einzelfragen der institutionellen sowie der örtlichen fachlichen Einheiten siehe Abschnitt 3.2

Einheiten wie Gewerkschaften, Fachverbände, politische Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Forschungseinrichtungen und wissenschaftliche Gesellschaften, kulturelle und soziale Vereinigungen, Sport- und Freizeitvereine, Hilfswerke und andere gemeinnützige Organisationen. Zusätzlich wird die Wohnungsvermietung (Marktproduktion) dieser institutionellen Einheiten auf der Ebene der örtlichen fachlichen Einheiten einbezogen. Nicht mehr enthalten sind Quasi-Kapitalgesellschaften, die als Marktproduzenten ihre Kosten überwiegend aus Verkaufserlösen decken, wie die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen der frei-gemeinnützigen Träger.

Die Sektoren S.11 bis S 15 werden zur gesamten Volkswirtschaft (S.1) zusammengefaßt. Für die übrige Welt (S.2) ist eine Unterteilung vorgesehen in Europäische Union – nochmals differenziert nach Mitgliedstaaten der Europäischen Union einerseits und den Institutionen der Europäischen Union andererseits – sowie Drittlander und internationale Organisationen.

Die Einteilung der Volkswirtschaft in Sektoren wird etwas anschaulicher, wenn man diese Klassifikation vor dem Hintergrund der Wirtschaftsbereiche sieht. Übersicht 4 versucht einen groben Eindruck von der Verteilung der institutionellen und örtlichen fachlichen Einheiten auf die neuen Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu vermitteln. Sozusagen im Vorfeld des Kontensystems werden die Produktionswerte, die Vorleistungen sowie alle Wertschöpfungskomponenten nach Wirtschaftsbereichen (und Sektoren) nachgewiesen; die Summen über alle Wirtschaftsbereiche in der Wirtschaftsbereichs-/Sektormatrix erscheinen im Produktions- und im Einkommensentstehungskonto. Für die danach folgenden Konten und Aggregate der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen, vor allem die Einkommensverteilung, -umverteilung und -verwendung, spielen Wirtschaftsbereiche keine Rolle. Hervorzuheben bleibt allerdings, daß – jetzt neu für Deutschland – eine wichtige Ausgangsgröße für die Einkommen der Privaten Haushalte, nämlich der im Haushaltssektor entstandene Betriebsüberschuß, nicht global, sondern nur über die oben genannte Wirtschaftsbereichs-/Sektor-Rechnung ermittelt werden kann.

Dr. Hartmut Essig

#### 4 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Erste revidierte, nach den Konzepten und Definitionen des ESVG 1995 berechnete Jahres- und Vierteljahresergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland werden im Mai 1999 in einem Sonderband der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (S. 20) veröffentlicht, und zwar mit Zeitreihen für die Jahre und Vierteljahre 1991 bis 1998. Das gesamte nationale Veröffentlichungsprogramm ist wesentlich auf das zeitlich gestaffelte Lieferprogramm an die Europäische Kommission/Eurostat ausgerichtet, welches durch die ESVG-Verordnung verbindlich vorgeschrieben ist. Allerdings werden die nationalen Veröffentlichungen aktuellere Ergebnisse und vielfach tiefere Gliederungen aufweisen.

Wie bisher werden vierteljährliche, jährliche und in mehrjährigen Abständen zu ermittelnde Veröffentlichungstabellen unterschieden. Die vierteljährlichen Tabellen informieren aktuell über wichtige konjunkturrelevante Aggregate in relativ grober Gliederung. Die Jahrestabellen sind demgegenüber fachlich wesentlich detaillierter, sie werden allerdings erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand veröffentlicht. Hierzu zählt auch das nach

Sektoren gegliederte Kontensystem. Den größten Detaillierungsgrad weisen Tabellen auf, die in mehrjährigen Abständen erscheinen und die zeitlich gestaffelt spätestens ab Ende 2002 an Eurostat zu liefern sind (siehe Abschnitt 1.5 „Zeitplan“) Hierzu gehören Kreuztabellierungen wie Aufkommens- und Verwendungstabellen, Input-Output-Tabellen, Investorentabellen nach Wirtschaftsbereichen und Gütergruppen sowie Kreuztabellen des Produktionskontos und des Anlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren. Auf die Erstellung von Input-Output-Tabellen wird im noch folgenden Kapitel 5 näher eingegangen.

#### 4.1 Neue Klassifikation der Wirtschaftszweige

Grundlage für alle Darstellungen nach Wirtschaftszweigen ist die Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93), die die bisherige WZ 79 ablöst und unmittelbar aus der europäischen Klassifikation der Wirtschaftszweige NACE Rev 1 abgeleitet ist. Eine wesentliche Änderung der neuen Klassifikation besteht darin, daß, anders als bisher, eine Zusammenfassung der Wirtschaftsbereiche zu Sektoren nicht unmittelbar möglich ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die WZ 93 eher tätigkeitsbezogen gegliedert ist (siehe auch die Definition der „örtlichen fachlichen Einheiten“ in Kapitel 3 „Statistische Einheiten und Sektoren“) und im Gegensatz zur WZ 79 institutionelle Gliederungsgesichtspunkte in den Hintergrund treten. Daraus folgt, daß sich die nach den neuen Wirtschaftsbereichen gegliederten Tatbestände (u.a. Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelt, Arbeitnehmer, Bruttoanlageinvestitionen) grundsätzlich auf alle Sektoren aufteilen können. So sind beispielsweise die Produktionsvorgänge des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei auch im Sektor Staat und die Produktionsvorgänge der Vermietung in allen inländischen Sektoren (als Marktvorgänge) enthalten. Auch wird es die bisherigen Bezeichnungen für die Wirtschaftsbereiche „Staat“ und „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“, die mit den gleichnamigen Sektoren übereinstimmen haben, nicht mehr geben. Der neue Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ wird zukünftig neben wesentlichen Teilen des alten Wirtschaftsbereichs/Sektors Staat, Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck auch die gewerblich oder freiberuflich erbrachten Leistungen in den Bereichen Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen umfassen. Eine weitere Folge der neuen WZ 93 ist, daß die Bezeichnungen der Wirtschaftszweige in vielen Fällen von der deutschsprachigen Fassung des ESVG 1995 abweichen, weil dort die Sprachgewohnheiten anderer deutschsprachiger europäischer Staaten ebenfalls berücksichtigt wurden. Als Beispiel ist der in Deutschland geläufige Begriff „Gewerbe“ zu nennen, den es im ESVG 1995 klassifikatorisch nicht gibt. In den Veröffentlichungen der Europäischen Union sind also dieselben Inhalte teilweise mit anderen Begriffen belegt als in den deutschen Veröffentlichungen.

Wie die Übersicht 5 auf S. 276 zeigt, werden für die Darstellung der Wirtschaftsbereiche in den Volkswirtschaftli-

chen Gesamtrechnungen fünf Hierarchieebenen unterschieden (A 3, A 6, A 17, A 31 und A 60), wobei die Zahl die jeweilige Anzahl an Wirtschaftsbereichen angibt:

Die Ebene A 3 wird ausschließlich für Regionaltabellen nach Kreisen (NUTS 3) verwendet, die vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet werden. Sie zeigt die „klassische“ Einteilung in primären, sekundären und tertiären Sektor.

Nach A 6 werden die ersten vorläufigen Jahresergebnisse sowie Quartalsangaben für die Bruttowertschöpfung, Arbeitnehmerentgelte und die Erwerbstätigkeit dargestellt. Gegenüber der bisherigen Gliederung nach fünf Bereichen wird innerhalb des Produzierenden Gewerbes das Baugewerbe zusätzlich ausgewiesen. Der tertiäre Sektor wird völlig neu gegliedert. Wie bereits erwähnt, werden vor allem der Staat und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht mehr als Wirtschaftsbereich erscheinen.

Die Gliederung nach A 17 ist nach dem Lieferprogramm an Eurostat für die Regionaltabellen nach Wirtschaftsbereichen (NUTS 2, also Regierungsbezirke) in jeweiligen Preisen vorgesehen. Aufgrund einer Ausnahme wird Deutschland diese Tabelle aber zunächst nur nach A 6 (und nur NUTS 1, also Länder) liefern. In der Gliederung A 17 werden auch die ersten jährlichen Angaben nach Wirtschaftsbereichen (t + 9 Monate) veröffentlicht. Im Lieferprogramm an Eurostat ist hierfür A 31 vorgesehen, doch hat Deutschland auch hierfür eine Ausnahme erhalten.

A 31 ist die Standardgliederung des Lieferprogramms für jährliche Angaben nach Wirtschaftsbereichen und die fünfjährigen Investoren-Kreuztabellen (31 Wirtschaftszweige/60 Güterarten). National wird angestrebt, Jahresdaten generell nach rund 60 Wirtschaftsbereichen zu veröffentlichen.

A 60 schließlich ist die tiefste Gliederung. Sie wird für die zunächst zweijährlichen detaillierten Aufkommens- und Verwendungstabellen sowie die fünfjährigen symmetrischen Input-Output-Tabellen und Kreuztabellen (60 Wirtschaftsbereiche/5 Sektoren) verwendet.

#### 4.2 Vierteljährliche und erste jährliche Ergebnisse

Die vierteljährlichen Ergebnisse werden zu den gleichen Terminen wie bisher, jedoch nach sechs statt bisher fünf Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Neu ist – wie bereits erwähnt – insbesondere der getrennte Nachweis des Baugewerbes und die geänderte Gliederung der Bereiche des tertiären Sektors. Einen sektoralen Nachweis wird es zu diesem frühen Zeitpunkt nicht mehr geben, da die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige eine unmittelbare Ableitung der neuen Sektorengliederung nicht mehr erlaubt.

Neu in der Entstehungsrechnung ist der Nachweis der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen. Im Unterschied zur derzeitigen Art der Bewertung (ohne Mehrwertsteuer und Einfuhrabgaben) wird die Bruttowertschöpfung zukünftig zusätzlich auch keine sonstigen Gütersteuern, wie zum Beispiel Mineralöl-, Branntwein-, Tabak- oder Versicherungssteuern, mehr enthalten, dafür aber vom Staat und von der Europäischen Union gezahlte

Übersicht 5. Wirtschaftsbereiche nach WZ 93 bzw NACE Rev 11)

Wirtschaftsgliederung (H v = Herstellung von)		A 3	A 6	A 17	A 31	A 60
1	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A + B	A + B			
2	Land- und Forstwirtschaft			A	A	
3	Landwirtschaft und Jagd					01
4	Forstwirtschaft					02
5	Fischerei und Fischzucht			B	B	05
6	Produzierendes Gewerbe	C bis F				
7	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		C bis E			
8	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			C		
9	Bergbau auf Energieträger				CA	
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung					10
11	Gewinnung von Erdöl, Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen					11
12	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze					12
13	Erzbergbau Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau				CB	
14	Erzbergbau					13
15	Gewinnung von Steinen, Erden, sonstiger Bergbau					14
16	Verarbeitendes Gewerbe			D		
17	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung				DA	
18	Ernährungsgewerbe					15
19	Tabakverarbeitung					16
20	Textil- und Bekleidungs-gewerbe				DB	
21	Textilgewerbe					17
22	Bekleidungs-gewerbe					18
23	Ledergewerbe				DC	19
24	Holzgewerbe (ohne H v Möbeln)				DD	20
25	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe				DE	
26	Papiergewerbe					21
27	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung					22
28	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H v Brutstoffen				DF	23
29	Chemische Industrie				DG	24
30	H v Gummi- und Kunststoffwaren				DH	25
31	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden				DI	26
32	Metallerzeugung und -bearbeitung H v Metallerzeugnissen				DJ	
33	Metallerzeugung und -bearbeitung					27
34	H v Metallerzeugnissen					28
35	Maschinenbau				DK	29
36	H v Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, Elektrotechnik				DL	
37	H v Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen					30
38	H v Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u a					31
39	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik					32
40	Medizin-, Meß-, Steuer-, Regelungstechnik, Optik					33
41	Fahrzeugbau				DM	
42	H v Kraftwagen und Kraftwagenteilen					34
43	Sonstiger Fahrzeugbau					35
44	H v Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Recycling				DN	
45	H v Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw					36
46	Recycling					37
47	Energie- und Wasserversorgung			E	E	
48	Energieversorgung					40
49	Wasserversorgung					41
50	Baugewerbe		F	F	F	45
51	Dienstleistungsbereiche	G bis P				
52	Handel, Gastgewerbe und Verkehr		G bis I			
53	Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern			G	G	
54	Kfz-Handel, Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen					50
55	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kraftfahrzeuge)					51
56	Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeuge), Reparatur von Gebrauchsgütern					52
57	Gastgewerbe			H	H	55
58	Verkehr und Nachrichtenübermittlung			I	I	
59	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen					60
60	Schifffahrt					61
61	Luftfahrt					62
62	Hilfs- und Nebentätigkeit für den Verkehr u a					63
63	Nachrichtenübermittlung					64
64	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister		J + K			
65	Kredit- und Versicherungsgewerbe			J	J	
66	Kreditgewerbe					65
67	Versicherungsgewerbe					66
68	Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe					67
69	Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister			K	K	
70	Grundstücks- und Wohnungswesen					70
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal					71
72	Datenverarbeitung und Datenbanken					72
73	Forschung und Entwicklung					73
74	Dienstleister überwiegend für Unternehmen					74
75	Öffentliche und private Dienstleister		L bis P			
76	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung			L	L	75
77	Erziehung und Unterricht			M	M	80
78	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen			N	N	85
79	Sonstige öffentliche und private Dienstleister			O	O	
80	Erbringung von Entsorgungsleistungen					90
81	Interessenvertretungen, kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen					91
82	Kultur, Sport und Unterhaltung					92
83	Sonstige Dienstleister					93
84	Hausliche Dienste			P	P	95
85	Alle Wirtschaftsbereiche					

1) WZ 93 = Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993, NACE Rev 1 = Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften



Gütersubventionen umfassen Um von der Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen zu kommen, müssen global die Gütersteuern hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden. Über die zukünftige Behandlung der unterstellten Bankgebühr wird erst Ende 2002 von der Kommission der Europäischen Union entschieden. Bis dahin bleibt es bei der Buchung als globaler Vorleistungsverbrauch.

In der vierteljährlichen Darstellung der Verwendungsrechnung gibt es ebenfalls einige Neuerungen. So werden die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die bisher Teil des Privaten Verbrauchs waren, gesondert nachgewiesen. Der Vorteil dieser getrennten Darstellung der Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck besteht darin, daß nunmehr die weit besser gesicherten und für Analyse Zwecke bedeutenderen Konsumausgaben der privaten Haushalte als eigene Position erscheinen. Neu ist ebenfalls, daß der Konsum sowohl nach dem (bisherigen) Ausgabenkonzept als auch nach dem Verbrauchskonzept nachgewiesen wird. Nach dem Verbrauchskonzept werden die (individualisierbaren) sozialen Sachtransfers des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (sie umfassen vereinbarungsgemäß die gesamten Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) den privaten Haushalten zugeordnet und bilden mit deren Konsumausgaben den Individualkonsum. Der beim Staat verbleibende Konsum wird als Kollektivkonsum bezeichnet. Erhebliche Neuerungen gibt es vor allem bei der Darstellung der Investitionen, deren Inhalt sich mit Einführung des ESVG 1995 stark geändert hat (siehe Kapitel 2 „Änderungen von Konzepten, Begriffen und Klassifikationen im ESVG 1995“). Außer den statistisch relativ gut fundierten Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie den Vorratsveränderungen umfassen die Investitionen nunmehr auch immaterielle Anlageinvestitionen und den Nettozugang an Wertsachen, die konzeptionell schwierig abgrenzbar sind und deren Schätzungen auf weitgehend sehr lückenhaften Datenquellen basieren. Um dem Rechnung zu tragen, werden diese Investitionselemente nur zusammengefaßt dargestellt. Dagegen werden Ausrüstungs- und Bauinvestitionen wie bisher getrennt nachgewiesen, wobei zusätzlich zum bisherigen vierteljährlichen Nachweis die Nichtwohnbauten in „Hochbau“ und „Tiefbau“ unterschieden werden.

Die vierteljährlichen Tabellen zur Einkommensverteilung entsprechen – abgesehen von der leicht geänderten Terminologie – etwa dem derzeitigen Standard. Das Veröffentlichungsprogramm wird weiterhin die Angaben zur geleisteten Arbeitszeit umfassen. Darüber hinaus werden zusätzlich wichtige abgeleitete Größen gezeigt, wie Arbeitsproduktivität, Lohnkosten je Arbeitnehmer und je -stunde und Lohnstückkosten.

#### **4.3 Jährliche Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren**

Jährliche Angaben nach Wirtschaftsbereichen der WZ 93 werden im europäischen Lieferprogramm in der

Gliederung A 31 gefordert. Die deutschen Veröffentlichungen werden stärker untergliedert und zwar wie bisher nach etwa 60 Wirtschaftszweigen (A 60). Wie bereits erläutert, lassen sich – anders als bisher – aus den neu klassifizierten Wirtschaftsbereichen die Sektoren nicht mehr unmittelbar ableiten. Das trifft auch auf den bisherigen Unternehmenssektor zu, der darüber hinaus nach der neuen Sektorabgrenzung des ESVG 1995 auf mehrere Sektoren aufgeteilt wird (siehe Kapitel 3 „Statistische Einheiten und Sektoren“). Da Nutzer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für bestimmte Untersuchungszwecke eine zusammengefaßte Darstellung der Unternehmen bevorzugen, wird in den Tabellen für Wirtschaftsbereiche für ausgewählte Merkmale nachrichtlich eine Zeile für „Unternehmen“ nachgewiesen. Auf die geänderte Bewertung der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche zu Herstellungspreisen wurde bereits eingegangen.

Eine weitere wesentliche Änderung besteht darin, daß der Produktionswert den Wert der Handelsware nicht mehr umfaßt (sog. „Nettodarstellung“), das heißt, daß in allen Wirtschaftsbereichen der Wert der Handelsware und der Handelsdienstleistungen nicht mehr zusammen, sondern getrennt – bei den Produzenten sowie beim Handel – nachgewiesen wird. Die in der Input-Output-Rechnung bereits übliche Nettodarstellung hat für bestimmte Erkenntniszwecke allerdings auch Nachteile. So ist die „Nettodarstellung“ meist nur eine statistische Fiktion. Durch die Saldierung werden bei der Nettodarstellung Teile des Bruttoproduktionswertes – gemessen am Umsatz – aus der Betrachtung ausgeklammert und Analysen beispielsweise der zeitlichen Entwicklung des Handelsvolumens können nicht mehr vorgenommen werden. Auch wird bei der Nettodarstellung vom Prinzip Buchung und Gegenbuchung noch mehr als bisher schon abgewichen und die Darstellung der Konsumausgaben der privaten Haushalte nach Lieferbereichen verliert im System der Nettoverbuchung ihre Verbindung zu den Produktionswerten. Es ist daher vorgesehen, in den nationalen Veröffentlichungen zusätzlich die bisherige Bruttodarstellung der Produktionswerte zu zeigen.

In den jährlichen Tabellen der Verwendungsseite werden wie bisher die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Lieferbereichen und Verwendungszwecken dargestellt. Aufgrund der bereits beschriebenen statistisch zum Teil nur relativ schwach fundierten Berechnungen der immateriellen Anlageinvestitionen werden bei der Darstellung der Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen diese Investitionsarten und auch der Zugang an Nutztieren und Nutzpflanzungen mit den Ausrüstungsinvestitionen zusammengefaßt und nur die Bauten getrennt dargestellt. Das gilt auch für die Darstellung des Bruttoanlagevermögens nach Wirtschaftsbereichen. In der Gliederung nach Gütergruppen erfolgt jedoch auch für die neuen Arten von Anlageinvestitionen ein getrennter Nachweis.

Exporte und Importe werden in der Gliederung nach EU-Ländern und Drittländern in jeweiligen und konstanten Preisen veröffentlicht. Wie bisher werden Exporte und Importe national auch nach Gütergruppen (P 60) dargestellt.

Beiden Einkommensstabellen werden die Arbeitnehmerentgelte und die Bruttolöhne und -gehälter weiterhin nach rund 60 Wirtschaftsbereichen veröffentlicht. Die Tabellen über Unternehmenseinkommen und -gewinne wurden gestrafft und einfacher gegliedert, so daß die Berechnung und die definitorischen Zusammenhänge der einzelnen Aggregatgrößen deutlicher zum Ausdruck kommen. Neu in das Veröffentlichungsprogramm aufgenommen werden die Tabellen über die Einkommensarten und das verfügbare Einkommen nach sozio-ökonomischen Haushaltsgruppen (Selbständigen-, Arbeitnehmer-, Nichterwerbstätigenhaushalte).

Die Tabellen über den Staat weisen in der neuen Darstellung eine Aufteilung des Produktionswertes in Markt- und Nichtmarktproduktion nach. Somit wird auch ein Betriebsüberschuß ausgewiesen. Ferner werden Steuern an die Europäische Union (Eigenmittel der EU) sowie Zahlungen der Europäischen Union an inländische nichtstaatliche Sektoren nicht mehr als Zahlungen über den Staat geleitet, sondern als Direktzahlungen von/an diese(n) Sektor(en) an die/von der übrige(n) Welt dargestellt. Die gewohnte Gliederung in „Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates“ wird auch in Zukunft beibehalten.

Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann

## 5 Input-Output-Rechnung

### 5.1 Input-Output-Programm des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESVG 1995

Im Rahmen der Input-Output-Rechnung müssen gemäß Anhang B der ESVG-Verordnung jährlich Aufkommens- und Verwendungstabellen (aufgrund einer Ausnahmeregelung bis 2005 Deutschland nur zweijährlich) und fünfjährlich symmetrische Input-Output-Tabellen an Eurostat geliefert werden<sup>18)</sup>. Spätestens zum Datum der Erstlieferung Ende 2002 soll Eurostat folgende Tabellen in jeweiligen und konstanten Preisen erhalten:

- Aufkommenstabelle zu Herstellungspreisen mit Übergang auf Anschaffungspreise für 1995, 1997 und 1999,
- Verwendungstabelle zu Anschaffungspreisen für 1995, 1997 und 1999,
- Symmetrische Input-Output-Tabelle zu Herstellungspreisen für 1995,
- Symmetrische Input-Output-Tabelle der Inlandsproduktion zu Herstellungspreisen für 1995,
- Importmatrix zu cif-Preisen für 1995.

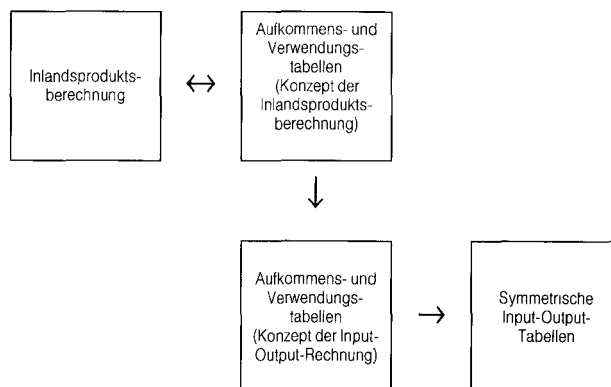
Für die Berechnung der Tabellen gelten die im ESVG 1995 festgelegten Methoden und Konzepte<sup>19)</sup>.

## Tabellentypen

Symmetrische Input-Output-Tabellen vom Typ Güter x Produktionsbereiche-Tabellen hat Eurostat bereits seit Anfang der sechziger Jahre in fünfjährlichem Turnus vom Statistischen Bundesamt erhalten. Gefordert werden nun neben den symmetrischen Input-Output-Tabellen auch Aufkommens- und Verwendungstabellen. Diese Tabellen wurden schon im "System of National Accounts" (SNA) 1968 der Vereinten Nationen vorgeschlagen<sup>20)</sup>, gingen aber nicht in das ESVG, 2. Auflage ein. Jetzt sind sie sowohl im SNA 1993 wie auch im ESVG 1995 enthalten.

Die Aufkommenstabelle zeigt den Wert der im Inland produzierten Güter, gegliedert nach Gütergruppen und Wirtschaftsbereichen, ergänzt um Importe nach Gütergruppen. Die Verwendungstabelle zeigt die Verwendung der Güter in kombinierter Gliederung nach Gütergruppen und Wirtschaftsbereichen bzw. Kategorien der letzten Verwendung, ergänzt um die im Produktionsprozeß entstandene Wertschöpfung (mit ihren Komponenten) nach Wirtschaftsbereichen. Die symmetrischen Input-Output-Tabellen entsprechen vom Aufbau her den Verwendungstabellen, allerdings mit einheitlich gütermäßiger Abgrenzung in Zeilen und Spalten. In den symmetrischen Tabellen werden die „Wirtschaftsbereiche“ zu „Produktionsbereichen“ umgeformt, die aus „homogenen Produktionseinheiten“ gebildet werden. Aufkommens- und Verwendungstabellen wurden im nationalen Ausweis bisher sowohl nach dem Konzept der Input-Output-Rechnung als auch nach dem Konzept der Inlandsproduktsberechnung erstellt.

Übersicht 6: Zusammenhänge zwischen verschiedenen Tabellentypen im bisherigen Nachweis



Wie bereits erwähnt, ist der Ausweis von Aufkommens- und Verwendungstabellen<sup>21)</sup> eine Änderung gegenüber dem ESVG, 2. Auflage, nicht jedoch gegenüber dem nationalen Input-Output-System, denn beide Tabellentypen gehören seit dem Berichtsjahr 1978 zum Veröffent-

<sup>18)</sup> Siehe Fußnote 3

<sup>19)</sup> Siehe hierzu Eurostat, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen ESVG 1995, Luxemburg 1996, Kapitel 9.

<sup>20)</sup> Siehe hierzu Vereinte Nationen "A System of National Accounts (SNA)", Studies in Methods, Series F, No 2, Rev 3, New York 1968, Chapter III

<sup>21)</sup> Aufkommens- und Verwendungstabellen werden auch als Output-Tabellen und Input-Tabellen oder Make-matrix (table) und Use-matrix (table) bezeichnet. Sie bilden die Basistabellen der Input-Output-Rechnung.

lichungsprogramm der deutschen Input-Output-Rechnung<sup>22)</sup>

Die Tabellen des Input-Output-Systems werden gemäß dem ESVG-Lieferprogramm nach 60 Wirtschaftsbereichen der NACE Rev. 1 (A 60) bzw. 60 Gütergruppen (Produktionsbereichen) der Güterklassifikation CPA (P 60) gegliedert. Diese Gliederungen werden identisch auch in das nationale Programm der Entstehungs-, Verwendungs- und Input-Output-Rechnung übernommen, so daß in Zukunft eine volle Vergleichbarkeit innerhalb der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und im Nachweis aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union hergestellt wird, was aus Sicht der Nutzer sicherlich zu begrüßen ist. Der „Preis“ hierfür ist, daß die deutsche Wirtschaftsstruktur teilweise sehr ungleichmäßig abgebildet wird.

Änderungen gibt es in der Bewertung der inländischen Produktion zu Herstellungspreisen anstelle der Abwerk-Preise sowie der Importe nach Gütergruppen zu cif-Preisen<sup>23)</sup> anstelle der Ab-Zoll-Preise. Die Importe insgesamt werden im übrigen Nachweis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie auch in der Zahlungsbilanz, zu fob-Preisen<sup>24)</sup> gebucht. Der Übergang erfolgt in der Aufkommens- und Verwendungstabelle jeweils in einer Korrekturzeile (cif/fob-Korrektur). Die Herstellungspreise und die cif-Preise umschließen nicht die Gütersteuern, wohl aber die Gütersubventionen. Auch die Wertschöpfung wird jetzt „zu Herstellungspreisen“ und nicht mehr „zu Marktpreisen“ dargestellt. Auf den Ausweis von „Faktorkosten“ wird ganz verzichtet. Das Input-Output-Tabellenprogramm ist in Zukunft sowohl in jeweiligen als auch in konstanten Preisen darzustellen, womit Nutzerwünschen in der Vergangenheit entsprochen werden kann.

Zusätzlich sieht das ESVG-Lieferprogramm vor, die Produktionswerte der Wirtschaftsbereiche nachrichtlich aufzugliedern in

- Marktproduktion,
- Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung und
- sonstige Nichtmarktproduktion (der Nichtmarktproduzenten)

Die Importe und Exporte (früher: Einfuhr und Ausfuhr) in der Gliederung nach Gütergruppen (P 60) werden unterteilt in

- Intra-EU-Lieferungen,
- Importe und Exporte mit Drittländern.

Die Auswertungsmöglichkeiten der symmetrischen Input-Output-Tabellen werden wesentlich dadurch verbessert, daß zusätzliche Angaben in der Gliederung nach Produktionsbereichen (P 60) vorgesehen sind, und zwar

- Erwerbstätige (später zusätzlich Arbeitsvolumen) und
- Anlagegüter

Außerdem erhält Eurostat Investorenkreuztabellen kombiniert nach Wirtschaftsbereichen (A 31) und Gütergruppen (P 60) (fünfjährlich, erstmals 2003 für 2000). Die Aufstellung dieser Tabellen ist statistisch teilweise unzureichend fundiert.

### Gemeinsame Konzepte von Input-Output-Rechnung und Inlandsproduktsberechnung

Bisherige methodische Abweichungen zwischen den Konzepten der Input-Output-Rechnung und den Konzepten der Inlandsproduktsberechnung werden nach Einführung des ESVG 1995 beseitigt, um die Integration der beiden Teile der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu fördern.

Die Darstellungseinheit für Produktionsvorgänge ist nach dem ESVG 1995 die örtliche fachliche Einheit und in den symmetrischen Input-Output-Tabellen die homogene Produktionseinheit. Eine fachliche Einheit ist ein Unternehmen oder ein Teil eines Unternehmens, sofern dieses über Informationen verfügt, die unter anderem einen getrennten Nachweis von der Produktion bis zum Betriebsüberschuß erlauben. Da in Deutschland das Rechnungswesen eine derartige Aufteilung in der Regel nicht erlaubt, muß das Unternehmen als örtliche fachliche Einheit im Ausweis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet werden. Die Produzenten werden zu 60 Wirtschaftsbereichen (A 60) zusammengefaßt. Die homogenen Produktionseinheiten sind bei Unternehmen mit größerem Warensortiment fiktive statistische Einheiten, die jeweils nur die Erzeugnisse einer Gütergruppe produzieren. Sie werden zu 60 Produktionsbereichen (P 60) zusammengefaßt. Ihre Inputstruktur wird mit Hilfe der Aufkommens- und Verwendungstabelle geschätzt. Trotz der neu in das ESVG 1995 aufgenommenen örtlichen fachlichen Einheit gibt es in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei den Unternehmen bezüglich der Darstellungseinheiten grundsätzlich keine Änderungen.

Wichtige konzeptionelle Abweichungen im bisherigen Ausweis der wirtschaftlichen Transaktionen der Input-Output-Rechnung bzw. Inlandsproduktsberechnung zeigt die folgende Übersicht:

Übersicht 7: Wichtige konzeptionelle Abweichungen<sup>1)</sup> zwischen der bisherigen nationalen Input-Output-Rechnung und Inlandsproduktsberechnung

Gegenstand der Nachweisung	Produktionswerte, Vorleistungen	Importe, Exporte
Input-Output-Rechnung	Absatzproduktion und zusätzlich firmeninterne Lieferungen und Leistungen Handel netto	Inlandskonzept, Spezialhandelskonzept
Inlandsproduktsberechnung	nur Absatzproduktion, Handel brutto	Inländerkonzept, Generalhandelskonzept <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Konzeptionelle Abweichungen zwischen Input-Output-Rechnung und Inlandsproduktsberechnung werden ausführlich in Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 2 „Input-Output-Tabellen 1993“, S. 27 ff. beschrieben –<sup>2)</sup> Ohne Lagerverkehr auf ausländische Rechnung

<sup>22)</sup> Siehe Bleses, P./Stahmer, C. „Input-Output-Tabellen 1990“ in WiSta 5/1994, S. 329 ff.  
<sup>23)</sup> Cif, Abkürzung für cost, insurance, freight  
<sup>24)</sup> Fob, Abkürzung für free on board

Bisher wurden nach den Konzepten der Input-Output-Rechnung bestimmte firmeninterne Lieferungen und Leistungen zusätzlich zur Absatzproduktion in die Produktionswerte und Vorleistungen einbezogen. Nach dem ESVG 1995 sind Güter, die in der gleichen Produktionseinheit produziert und verbraucht werden, nicht Bestandteil des Produktionswertes. Damit wird die bisher im Konzept der Input-Output-Rechnung einbezogene Weiterverarbeitungsproduktion entfallen. Es ist aber beabsichtigt, die Weiterverarbeitungsproduktion für Zwecke des nationalen Ausweises zusätzlich zu zeigen, so daß sie in die symmetrischen Input-Output-Tabellen einbezogen werden kann.

Nach dem Konzept der Input-Output-Rechnung wurden die über den Handel abgesetzten Güter netto gebucht, das heißt lediglich mit der Spanne Handelsumsatz abzüglich Einstandswert der Handelsware, um die eigentliche Handelsdienstleistung zu zeigen. Dies führte gegenüber der bisherigen nationalen Bruttobuchung der Inlandsproduktsberechnung zu einer Verminderung von Produktionswerten und Vorleistungen. Das ESVG 1995 schreibt, wie schon das ESVG, 2. Auflage die Bewertung der Produktion von Groß- und Einzelhandelsleistungen anhand der Handelsspannen vor

Unterschiede zwischen Inlandsproduktsberechnungs- und Input-Output-Rechnungs-Konzept resultierten auch aus der durchgehenden Anwendung des Inlandskonzepts in der Input-Output-Rechnung, während in der Inlandsproduktsberechnung der Private Verbrauch nach dem Inländerkonzept ausgewiesen wurde. Die Gegenkorrektur erfolgte jeweils in der Einfuhr und Ausfuhr. Im zukünftigen Tabellenprogramm der Input-Output-Rechnung ist folgendes vorgesehen. In der Verwendungstabelle sowie in den symmetrischen Input-Output-Tabellen werden die Konsumausgaben privater Haushalte (früher: Käufe der privaten Haushalte) im Inland nach Gütergruppen gezeigt. Der Übergang zum Inländerkonzept erfolgt jeweils in einer Korrekturzeile in der Aufkommens- und Verwendungstabelle. Der Private Konsum von Inländern in der übrigen Welt wird zu den Importen in der Aufkommens-tabelle und zu den Konsumausgaben privater Haushalte in der Verwendungstabelle addiert. Die Konsumausgaben ausländischer Haushalte im Inland werden entsprechend in der Verwendungstabelle von den Konsumausgaben privater Haushalte zu den Exporten umgebucht.

Ferner unterschieden sich Inlandsproduktsberechnungs- und Input-Output-Rechnungs-Konzept noch hinsichtlich der Behandlung des Lagerverkehrs im Außenhandel. In der Inlandsproduktsberechnung wurden die Einfuhr und Ausfuhr von Waren nach dem Generalhandelskonzept (einschl. Freihafen und Zolllager, aber ohne Lagerverkehr auf ausländische Rechnung) und in der Input-Output-Rechnung nach dem Spezialhandelskonzept (grundsätzlich ohne Freihafen und Zolllager) dargestellt. Der Unterschied wurde in der Vorratsveränderung gegengebucht. Das ESVG 1995 sieht ein Konzept vor, das grundsätzlich dem bisherigen Spezialhandelskonzept mit Berücksichtigung des Lagerverkehrs auf inländische Rechnung entspricht

Die jetzt vorgenommene Angleichung der Konzepte der Entstehungs- und Verwendungsrechnung einerseits und der Input-Output-Rechnung andererseits erleichtert den Umgang mit den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Allerdings kann speziellen Analyse-zwecken nicht mehr in gleicher Weise gedient werden, so daß ergänzende Informationen bereitgestellt werden müssen. Entscheidend hierfür sind die Wünsche der Nutzer sowie die Möglichkeiten der Input-Output-Rechnung

## 5.2 Zeitplan und Inhalt der Input-Output-Rechnung für die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes

Der folgende, sehr ehrgeizige Zeitplan der Input-Output-Rechnung ist noch vorläufig und beruht auf gegenwärtigen Personalkapazitäten.

Übersicht 8: Zeitplan zur Erstellung von Ergebnissen der Input-Output-Rechnung nach dem ESVG 1995 im Statistischen Bundesamt

Talbestände	Berichtsjahr	Fertigstellung bis
Aufkommens- und Verwendungstabelle, Symmetrische Input-Output-Tabellen, in jeweiligen (=konstanten) Preisen	1995	Ende 1999
Fortschreibung der Aufkommens- und Verwendungstabelle und symmetrischen Input-Output-Tabellen in jeweiligen Preisen, 1995 nach 1996 und 1997	1996, 1997	Mitte 2000
Aufkommens- und Verwendungstabelle, Symmetrische Input-Output-Tabellen, in jeweiligen und konstanten Preisen von 1995	1997	Mitte 2001
Fortschreibung der Aufkommens- und Verwendungstabelle und symmetrischen Input-Output-Tabellen in jeweiligen Preisen, 1997 nach 1998 und 1999	1998, 1999	Ende 2001
Aufkommens- und Verwendungstabelle, Symmetrische Input-Output-Tabellen, in jeweiligen und konstanten Preisen von 1995	1999	Ende 2002

Es wird beabsichtigt, den im ESVG 1995 ohnehin vorgesehenen Übergang auf jährliche Bereitstellung von Ergebnissen der Input-Output-Rechnung möglichst frühzeitig, beginnend mit Berichtsjahr 1995, zu realisieren. Die aufwendige Neugestaltung der EDV-Programme erleichtert die jährliche Rechnung bei sehr begrenzten Kapazitäten. Dabei soll die Verbesserung der Aktualität der Tabellen Vorrang vor detailliertem Nachweis haben.

Die Input-Output-Ergebnisse für 1995, 1996 und 1997 in jeweiligen Preisen sollen möglichst Mitte 2000 in unserer bisherigen Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 2 „Input-Output-Tabellen“, veröffentlicht werden. Bei den aktuelleren Angaben für 1996 und 1997 wird es sich – entsprechend der erwähnten Zielsetzung – um fortgeschriebene Daten auf höherem Aggregationsniveau handeln, die bis zur detaillierten Berechnung der Input-Output-Rechnung 1997 nur vorläufigen Charakter haben. Das dabei vorgesehene Berechnungsverfahren soll in einem späteren Aufsatz in dieser Zeitschrift dargestellt werden.

Die nationale Veröffentlichung der Input-Output-Ergebnisse in Fachserie 18, Reihe 2, umfaßt zunächst das ESVG-Lieferprogramm, wie oben dargestellt. Neben den Basis- tabellen (Aufkommens- und Verwendungstabellen) und Produktionsverflechtungstabellen (symmetrische Input- Output-Tabellen) sollen aber zusätzlich, wie bisher auch schon, Auswertungstabellen den Kunden angeboten werden

Auswertungstabellen umfassen Input-Koeffizienten für die symmetrische Input-Output-Tabelle und die sym- metrische Input-Output-Tabelle der Inlandsproduktion sowie inverse Koeffizienten für die beiden genannten Tabellen.

Folgende Zusatztabellen sollen, sofern es die Kapazi- täten erlauben, bereitgestellt werden:

- Verwendung von Energie nach Energieträgern und Pro- duktionsbereichen bzw. Kategorien der letzten Verwen- dung, einschließlich Schadstoffe nach Energieträgern,
- Konsumausgaben privater Haushalte nach Gütergrup- pen und Verwendungszwecken zu Herstellungspreisen,
- Tabellen zum Arbeitsinput (Erwerbstätige, Arbeitneh- mer, Arbeitsvolumen).

### 5.3 Zusammenfassung

Gemäß Lieferprogramm der ESVG-Verordnung muß die Input-Output-Rechnung jährlich Aufkommens- und Verwendungstabellen (Deutschland zunächst zwei- jährlich) sowie fünfjährlich symmetrische Input- Output-Tabellen an Eurostat liefern. Das erste Ber- ichtsjahr ist 1995. Symmetrische Input-Output-Tabellen wurden Eurostat bereits seit Anfang der sechziger Jahre zur Verfügung gestellt, Aufkommens- und Verwendung- tabellen kommen zum Lieferprogramm neu hinzu. Ein Input-Output-System bestehend aus Aufkommens- und Verwendungstabellen sowie symmetrischen Input-Out- put-Tabellen wird in der Input-Output-Rechnung des Sta- tistischen Bundesamtes bereits seit Berichtsjahr 1978 auf- gestellt. Die Tabellen müssen nach der ESVG-Verordnung sowohl in jeweiligen Preisen als auch in konstan- ten Preisen berechnet werden. Die Tabellen des Input- Output-Systems werden gemäß ESVG-Lieferprogramm nach 60 Wirtschaftsbereichen der NACE Rev. 1 bzw. 60 Gütergruppen (Produktionsbereichen) der CPA gegliedert. Die Inlandsproduktsberechnung von der Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts und die Input-Output-Rechnung sollen auch national möglichst voll integriert werden, bisherige konzeptionelle Unter- schiede (z.B. Verbuchung der Handelstätigkeit, Weiter- verarbeitungsproduktion) aufgehoben werden. National sollen die Ergebnisse der Input-Output-Rechnung mög- lichst schneller und umfangreicher zur Verfügung stehen, als in der ESVG-Verordnung gefordert.

*Dipl.-Kaufmann Peter Bleses*

# Europawahl 1999

## Vorbemerkung

Die fünfte Direktwahl zum Europäischen Parlament findet in der Zeit von Donnerstag, dem 10. Juni, bis Sonntag, dem 13. Juni 1999, in den fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union statt. Dieser Zeitraum wird jeweils auf Vorschlag des Europäischen Parlaments vom Rat der Europäischen Union festgelegt und berücksichtigt die traditionellen Wahlgepflogenheiten. Die Bürgerinnen und Bürger von Dänemark, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich wählen am Donnerstag, dem 10. Juni 1999. In Irland findet die Europawahl am Freitag, dem 11. Juni 1999, statt. In der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten wird am Sonntag, dem 13. Juni 1999, gewählt.

Mit Direktwahlen zum Europäischen Parlament wird die Legitimität der Europäischen Union (EU) verbreitert und der Weg zur europäischen Integration erleichtert. Zugleich können sie das Verständnis für den europäischen Einigungsprozeß bei den Völkern der Mitgliedstaaten unmittelbar stärken.

In diesem Beitrag sollen einleitend die Grundzüge des Wahlrechts und das Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten dargestellt werden. Einzelheiten des Ablaufs der Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Wahlteilnahme von Unionsbürgern sowie Angaben über Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung, Stimmabgabe und Sitzverteilung in der Bundesrepublik Deutschland bei früheren Europawahlen schließen sich an.

## Wahlrecht und Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Auch bei der fünften (direkten) Europawahl werden die Bürger in den fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach fünfzehn unterschiedlichen Wahlgesetzen die 626 europäischen Abgeordneten wählen. Das Europäische Parlament soll zwar nach Art. 7 des Aktes zur Einführung unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung ein einheitliches Wahlverfahren ausarbeiten. Am 10. März 1982 war auch ein entsprechender Entwurf vorgelegt worden, der jedoch von den Mitgliedstaaten nicht angenommen wurde. Das Europäische Parlament arbeitet seither an einem neuen Entwurf, der bis zur Europawahl 1999 nicht mehr vorliegen wird. Das Wahlverfahren bestimmt sich nach Art. 7 Abs. 2 des Aktes deshalb zunächst weiter nach den innerstaatlichen Vorschriften, in der Bundesrepublik Deutschland nach den Vorschriften des Europawahlgesetzes (EuWG) und der Europawahlordnung (EuWO) mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz (BWG). Neben einem Minimum im Akt vorgeschriebener grundlegender Gemeinsamkeiten weisen die nationalen Wahlvorschriften teilweise sehr große Unterschiede auf. Dies betrifft – wie die nebenstehende

Übersicht zeigt – sowohl das Wahlrecht als auch das Wahlsystem.

Bei der Europawahl 1999 wird erstmals in allen Mitgliedstaaten das Verhältniswahlrecht angewendet, auch in den drei Gebieten des Vereinigten Königreichs – England, Schottland und Wales –, in denen dies bisher nicht der Fall war. Gegenüber den nationalen Parlamentswahlen weicht das Wahlsystem für die Europawahl nur in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und im Vereinigten Königreich insofern ab, als bei nationalen Wahlen in Deutschland nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl verbunden mit der Verhältniswahl, in Frankreich nach dem Mehrheitswahlrecht mit Stichwahl im zweiten Wahlgang und im Vereinigten Königreich nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird.

Auch das passive Wahlrecht ist in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich geregelt. Während das aktive Wahlrecht in allen Mitgliedstaaten Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren besitzen, schwankt das Alter für das passive Wahlrecht zwischen 18 Jahren (Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Niederlande, Portugal, Schweden sowie Spanien) und 25 Jahren (Italien). In den Mitgliedstaaten Belgien, Griechenland und Luxemburg besteht Wahlpflicht.

Briefwahl ist in der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark und Österreich zulässig. In Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und Spanien ist Briefwahl nur bei einem Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland möglich. In den Niederlanden besteht in diesem Fall neben der Briefwahl auch die Möglichkeit der Stimmabgabe durch einen Vertreter. Im Ausland lebende französische Staatsbürger können nicht mittels Briefwahl wählen, die Stimmabgabe kann allerdings auch hier durch Vertreter oder in einer Botschaft bzw. in einem Konsulat Frankreichs erfolgen. Die Stimmabgabe in einem Konsulat ist auch für italienische und griechische Staatsbürger mit Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat möglich.

In fünf Staaten ist die Einreichung von Kandidaturen Parteien und parteiähnlichen Organisationen vorbehalten (Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Griechenland und Österreich). In den meisten übrigen Staaten ist für die Einreichung einer Kandidatur nur eine bestimmte Anzahl von Unterschriften erforderlich. In Irland können sich die Kandidaten selbst nominieren. In Italien müssen keine Unterschriften beigebracht werden, wenn es sich um die Kandidatenliste einer Vereinigung handelt, die als parlamentarische Fraktion in einer der beiden Kammern oder mit mindestens einem Sitz im Europäischen Parlament vertreten ist. In einigen Ländern (Frankreich, Griechenland, Irland, Niederlande und Vereinigtes Königreich) ist die Stellung einer Kautionsvorschrift vorgeschrieben. In Österreich müssen sich die Parteien an den Kosten der Herstellung der amtlichen Stimmzettel beteiligen.

Die Reihenfolge der Kandidaten auf einer Liste kann in sechs Staaten (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Portugal, Spanien und Vereinigtes Königreich) von den Wählern nicht geändert werden. In acht anderen Staaten (Belgien, Dänemark, Finnland, Italien,

Abgeordnetenzahl, Wahlrechtsbestimmungen sowie Zulässigkeit der Briefwahl in den EU-Staaten bei Wahlen zum Europäischen Parlament

Land	Wahlsystem		Zahl der Abgeordneten	Wahlpflicht	Untere Altersgrenze		Briefwahl
	bei der Europawahl	bei den nationalen Parlamentswahlen			aktives	passives	
Belgien	Verhältnswahl	Verhältnswahl	25	ja	18	21	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland
Danemark	Verhältnswahl	Verhältnswahl	16	nein	18	18	zulässig
Bundesrepublik Deutschland	Verhältnswahl	Mischung von Verhältnis- und Mehrheitswahl	99	nein	18	18	zulässig
Finnland	Verhältnswahl	Verhältnswahl	16	nein	18	18	keine Briefwahl, aber Abgabe der Stimme während eines bestimmten Zeitraums vor dem Wahltermin zulässig
Frankreich	Verhältnswahl	Mehrheitswahl mit Stichwahl im 2. Wahlgang	87	nein	18	23	keine Briefwahl zulässig, aber bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland Stimmabgabe durch Vertreter oder in einer Botschaft bzw. in einem Konsulat Frankreichs möglich
Griechenland	Verhältnswahl	Verhältnswahl	25	ja	18	21	keine Briefwahl zulässig, aber bei Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland Stimmabgabe in einem griechischen Konsulat in einem EU-Mitgliedstaat möglich
Irland	Verhältnswahl	Verhältnswahl	15	nein	18	21	-
Italien	Verhältnswahl	Verhältnswahl	87	nein	18	25	keine Briefwahl zulässig, aber bei Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat Stimmabgabe in einem italienischen Konsulat möglich
Luxemburg	Verhältnswahl	Verhältnswahl	6	ja	18	21	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland
Niederlande	Verhältnswahl	Verhältnswahl	31	nein	18	18	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland, dann auch Stimmabgabe durch Vertreter möglich
Österreich	Verhältnswahl	Verhältnswahl	21	nein	18	19	zulässig
Portugal	Verhältnswahl	Verhältnswahl	25	nein	18	18	keine Briefwahl zulässig, aber bei Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat Stimmabgabe in einem portugiesischen Konsulat möglich
Schweden	Verhältnswahl	Verhältnswahl	22	nein	18	18	-
Spanien	Verhältnswahl	Verhältnswahl	64	nein	18	18	nur bei Wohnsitz in anderem Mitgliedstaat bzw. im übrigen Ausland
Großbritannien und Nordirland	Verhältnswahl	Mehrheitswahl	87	nein	18	21	-
			626				

Luxemburg, Niederlande, Schweden und Österreich) ist eine Änderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste durch Präferenzstimmen möglich; in Luxemburg können darüber hinaus auch Kandidaten gewählt werden, die auf verschiedenen Listen stehen. In Irland sind die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt, es gibt keine Listen

In Frankreich und Deutschland bleiben Listen, die weniger als 5 %, in Österreich und Schweden weniger als 4 %, der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen des jeweiligen Landes erhalten, bei der Verteilung der Sitze unberücksichtigt. In den übrigen Mitgliedstaaten existiert keine Sperrklausel.

## Wahlrecht und Wahlverfahren in der Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 hat sich bereits bei der Europawahl 1994 das Wahlgebiet um die fünf Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie um Berlin-Ost erweitert.

Wie bereits bei der Europawahl 1994 werden alle auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Anders als bei Bundestagswahlen

mit einem Mischsystem von Mehrheitswahl (Erststimme, Persönlichkeitswahl im Wahlkreis) und Verhältniswahl (Zweitstimme: Listenwahl), erfolgt die Wahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland mit nur einer Stimme nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

## Wahlberechtigung in der Bundesrepublik Deutschland

Wahlberechtigt sind alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten, nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen und im Bundesgebiet in ein Wählerverzeichnis eingetragen sind.

Wahlberechtigt sind u. a. auch diejenigen Deutschen,

- die am Wahltag seit mindestens drei Monaten in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten (sog. EU-Lösung) (dieser Personenkreis kann bereits seit der 2. Direktwahl zum Europäischen Parlament auf Antrag wählen),
- die in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup> eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben (sog. Europarats-Lösung)<sup>2)</sup>. Neben den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind derzeit Mitgliedstaaten des Europarates: Albanien, Andorra, Bulgarien, Estland, Island, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Malta, Mazedonien, Moldau, Norwegen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn und Zypern (Dieser Personenkreis kann bereits seit der Europawahl 1989 einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen.),
- die in anderen Gebieten außerhalb der Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie vor ihrem Fortzug mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup> eine Wohnung innegehabt oder sich sonst gewöhnlich dort aufgehalten haben und seit dem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland<sup>1)</sup> nicht mehr als 25 Jahre verstrichen sind (sog. 25-Jahres-Frist).<sup>1)</sup> (Dieser Personenkreis konnte erstmals ebenfalls bereits bei der Europawahl 1989 einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen.)

Wahlberechtigte aus der Bundesrepublik Deutschland können nur an der Wahl zum Europäischen Parlament teil-

nehmen, wenn sie in einem Wählerverzeichnis eingetragen sind. Dabei ist zu beachten, daß Wahlberechtigte, die am Wahltag

- außerhalb der Bundesrepublik Deutschland leben und
- in der Bundesrepublik Deutschland keine Wohnung mehr innehaben,

nur auf förmlichen Antrag und nach Abgabe einer Versicherung an Eides Statt in ein Wählerverzeichnis in der Bundesrepublik Deutschland eingetragen werden. Der Antrag ist an die Gemeinde zu richten, in der der Wahlberechtigte vor seinem Wegzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt mit Hauptwohnung gemeldet war. Sofern der Wahlberechtigte noch nie für eine Wohnung in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet war, ist der Antrag bei der Gemeindebehörde in Bonn zu stellen. Vordrucke und Merkblätter für die Antragstellung und Versicherung an Eides Statt halten die diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland, der Bundeswahlleiter und die jeweiligen Stadt- und Kreiswahlleiter bereit.

## Unionsbürger im Wohnsitzland wahlberechtigt

Wie bei der Europawahl 1994 können auch Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) unter bestimmten Voraussetzungen an der Wahl in ihrem Wohnsitzland teilnehmen. Diese Möglichkeit wurde durch den Maastrichter Vertrag vom 7. Februar 1992 geschaffen. Nach dem neuen Artikel 8 b Abs. 2 des EG-Vertrages besitzt jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaates.

In Artikel 8 b Abs. 2 des EG-Vertrages ist kein harmonisiertes Wahlrecht vorgesehen, sondern nur die Beseitigung des Staatsangehörigkeitserfordernisses und damit die Freiheit, das Wahlrecht entweder im Wohnsitzmitglied- oder im Herkunftsmitgliedstaat auszuüben.

Die dazu 1993 ergangene Richtlinie des Rates enthält Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Mitgliedstaaten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, und schließlich regeln das Europawahlgesetz und die Europawahlordnung die Einzelheiten für die Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem für die Bundesrepublik Deutschland geltenden Europawahlgesetz sind auch alle Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger) wahlberechtigt, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und die am Wahltag (13. Juni 1999)

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem der übrigen Mitgliedstaaten

<sup>1)</sup> Zu berücksichtigen ist auch eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin-Ost)

<sup>2)</sup> Nähere Erläuterungen zu den einzelnen Regelungen des Wahlrechts für Deutsche im Ausland enthält der Aufsatz „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“ in WiSta 12/1986, S. 958 f



der Europäischen Union eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten und weder in der Bundesrepublik Deutschland noch in dem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind

Das Wahlrecht darf nur einmal und nur persönlich ausgeübt werden. Das gilt insbesondere für Wahlberechtigte, die zugleich in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Europäischen Parlament wahlberechtigt sind.

Ein Unionsbürger ist vom Wahlrecht ausgeschlossen, wenn bei ihm eine der genannten Voraussetzungen nicht erfüllt ist oder er in dem Mitgliedstaat der Europäischen Union, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt (Herkunftsmitgliedstaat), infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung das Wahlrecht zum Europäischen Parlament nicht besitzt

Die wahlrechtlichen Bestimmungen sehen vor, daß Unionsbürger im Wohnsitzmitgliedstaat von ihrem Wahlrecht nur auf Antrag Gebrauch machen können. Bei Antragstellung haben die Unionsbürger eine förmliche Erklärung abzugeben, in der sie Angaben zur Person machen sowie erklären, daß sie ihr Wahlrecht nur im Wohnsitzmitgliedstaat ausüben. Darüber hinaus hat der Unionsbürger zu erklären, daß er in seinem Herkunftsmitgliedstaat nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und seit wann er seinen Wohnsitz im Gebiet der Europäischen Gemeinschaft hat.

Anträge für die Eintragung im Wählerverzeichnis sind bei den Wahlämtern der Gemeinden erhältlich und müssen bis zum 34. Tag vor der Wahl (10. Mai 1999, 16.00 Uhr) bei der Gemeinde eingereicht werden.

Bei der Europawahl 1994 hatten sich von 1,2 Mill. potentiell wahlberechtigten Unionsbürgern rund 80 000 in das Wählerverzeichnis eintragen lassen

## Wählbarkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Wählbar ist, wer seit mindestens einem Jahr Deutscher ist, am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und nicht aus besonderen Gründen vom Wahlrecht oder von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist. Für die Wählbarkeit ist es zum Beispiel nicht erforderlich, daß der Betroffene in der Bundesrepublik lebt.

Für Unionsbürger besteht neben der aktiven Teilnahme an der Europawahl auch die Möglichkeit, sich unter bestimmten Voraussetzungen von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen als Wahlbewerber für die Europawahl 1999 aufstellen zu lassen.

Wählbar ist ein Unionsbürger, der in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung innehat oder sich sonst gewöhnlich dort aufhält, und der am Wahltag

- seit mindestens einem Jahr die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt,
- das 18. Lebensjahr vollendet hat und

- nicht vom passiven Wahlrecht im Herkunfts- und Wohnsitzmitgliedstaat ausgeschlossen ist.

Niemand darf sich gleichzeitig in der Bundesrepublik Deutschland und in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zur Wahl bewerben.

## Kandidatenaufstellung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland können Wahlvorschläge von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den europäischen Gebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union eingereicht werden. Das Europawahlgesetz überläßt es den vorschlagsberechtigten Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, entweder Listen für einzelne Bundesländer (Landeslisten) oder gemeinsame Listen für alle Bundesländer (Bundeslisten) aufzustellen. Bei der Europawahl gibt es deshalb – im Gegensatz zu Bundestagswahlen – keine Wahlkreise

Bundeslisten von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen – um zur Wahl zugelassen zu werden – mindestens 4 000 gültige Unterschriften von Wahlberechtigten erbringen.

Für Landeslisten von Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen, die nicht in den genannten Parlamenten mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen zur Unterstützung Unterschriften von 1 ‰ der Wahlberechtigten des betreffenden Landes, jedoch höchstens 2 000 gültige Unterschriften, beigebracht werden.

Unterstützungsunterschriften brauchen also nicht von SPD, CDU, CSU, GRÜNE, PDS, F.D.P., REP, AFB (Arbeit für Bremen und Bremerhaven e.V.) und DVU (DEUTSCHE VOLKSUNION) vorgelegt zu werden, da sie mit mindestens fünf Abgeordneten in den genannten Parlamenten vertreten sind.

## Sitzverteilungsverfahren

Bei der Verteilung der 99 auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Sitze auf die Wahlvorschläge werden nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben

Für die Sitzverteilung werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen für einzelne Länder desselben Wahlvorschlagsberechtigten gelten dabei als verbunden, soweit nicht erklärt wird, daß eine oder mehrere beteiligte Listen von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag.

Die Sitzverteilung für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland erfolgt wie bereits seit der Europawahl 1989 nach dem

Verfahren der mathematischen Proportionen nach Niemeyer<sup>3)</sup>).

Das Berechnungsverfahren nach Niemeyer bewirkt eine exaktere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf die Mandatzuteilung als das früher angewandte Höchstzahlverfahren nach d'Hondt, da es noch stärker als das d'Hondtsche Verfahren an den Relationen der jeweiligen Stimmenzahlen ausgerichtet ist. Es wird daher dem Erfolgswert der für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen besser gerecht

Die zu besetzenden Sitze werden auf die Wahlvorschläge wie folgt verteilt: Die Gesamtzahl der Sitze, vervielfacht mit der Zahl der Stimmen, die ein Wahlvorschlag im Wahlgebiet erhalten hat, wird durch die Gesamtzahl der Stimmen aller zu berücksichtigenden Wahlvorschläge geteilt. Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Die dann noch zu vergebenden Sitze sind den Wahlvorschlägen in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei dieser Berechnung ergeben, zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los

In einem zweiten Rechengang werden in entsprechender Weise die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze auf die beteiligten Listen des betreffenden Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder verteilt

Die auf die Wahlvorschläge entfallenden Sitze werden in der dort festgelegten Reihenfolge der Bewerber besetzt. Bewerber, die auf zwei Listen für einzelne Länder gewählt sind, bleiben auf der Liste unberücksichtigt, auf der sie an späterer Stelle benannt sind; bei Benennung auf den Listen an gleicher Stelle entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los, auf welcher Liste sie gewählt sind

## Wahlorgane, Wahlvorbereitung und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung der Europawahl und ihre Durchführung sind in der Bundesrepublik Deutschland folgende Wahlorgane zuständig:

- Der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Kreis und für jede kreisfreie Stadt ein Stadtwahlleiter und ein Stadtwahlausschuß,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Kreis und für jede kreisfreie Stadt zur Feststellung des Briefwahlergebnisses<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Nähere Einzelheiten hierzu enthält der Aufsatz „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“ in WiSta 12/1986, S. 959

<sup>4)</sup> Für die Europawahl 1999 können zur Feststellung des Briefwahlergebnisses Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Kreis auch für einzelne oder mehrere kreisangehörige Gemeinden eingesetzt werden, die Anordnung hierfür trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle

Der Wahltag wird durch die Bundesregierung bestimmt, und zwar nach Maßgabe der Festsetzung des Wahlzeitraumes durch den Rat der Europäischen Union.

## Vorbereitung der Europawahl durch die Gemeindebehörden

Bei der Arbeit der Gemeindebehörden spielen die Bildung der Wahlbezirke und die Aufstellung der Wählerverzeichnisse mit Familiennamen, Vornamen, Geburtstagen und Anschriften der Wahlberechtigten eine wichtige Rolle, denn wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat

Stichtag für die Eintragung in das Wählerverzeichnis von Amts wegen ist der 9. Mai 1999 (35. Tag vor der Wahl). Im Zeitraum vom 10. Mai bis einschließlich 23. Mai 1999 (34. bis 21. Tag vor der Wahl) erfolgt die Eintragung in ein Wählerverzeichnis auf Antrag und die Durchführung des Veränderungsdienstes. Am 23. Mai 1999 sind die vorläufig abgeschlossenen Wählerverzeichnisse von den Gemeindebehörden zu beurkunden und vom 25. Mai bis einschließlich 28. Mai 1999 (19. bis 16. Tag vor der Wahl) öffentlich auszulegen.

Durch die öffentliche Auslegung des Wählerverzeichnisses, die von den Gemeinden bekanntzumachen ist, können die Bürger/-innen feststellen, ob sie für die Europawahl als Wahlberechtigte geführt werden und gegebenenfalls gegen eine Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses Einspruch bei den Gemeindebehörden einlegen

Bis spätestens 23. Mai 1999 erhalten die Wahlberechtigten eine Mitteilung über ihre Eintragung ins Wählerverzeichnis, auf der u. a. der Familienname und Vornamen, die Wohnungsanschrift, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind.

Ferner haben die Gemeindebehörden – neben der Ausgabe von Wahlscheinen mit Briefwahlunterlagen – für Personen, die einen Wahlvorschlag mit ihrer Unterschrift unterstützen, die Wahlrechtsbescheinigung auszustellen sowie für die Wahlbewerber die Wahlbarkeitsbescheinigung. Bei der Europawahl 1994 waren mehrere 100 000 solcher Bescheinigungen auszustellen. Außerdem haben sie rund 80 000 Wahllokale zu bestimmen und einzurichten.

Im Bundesgebiet gibt es knapp über 80 000 Wahlbezirke, ohne Briefwahl- und Sonderwahlbezirke (rund 10 000). Die Wahlbezirke sollen nach den örtlichen Verhältnissen so abgegrenzt sein, daß möglichst allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl erleichtert wird. Nach § 12 Europawahlordnung (EuWO) soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen. Die Zahl der Wahlberechtigten darf andererseits aber auch nicht so gering sein, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Der Kreiswahlleiter kann daher bevölkerungsmäßig kleine Gemeinden oder Teile von Gemeinden zu einem Wahlbezirk vereinigen. Dabei bestimmt er, welche Gemeinde die Wahl durchführt.

Eine noch schwierigere Aufgabe als die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Bestimmung der Wahllokale ist für die

Gemeinden bei jeder politischen Wahl die Gewinnung der ehrenamtlichen Wahlvorstände in den Wahllokalen, die sich aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis fünf Beisitzern zusammensetzen. Hierfür werden etwa 600 000 Bürger und Bürgerinnen benötigt.

### Aufgaben der Wahlorgane

Die Wahlvorschläge waren mit allen gesetzlich geforderten Unterlagen bis Anfang April 1999 einzureichen, und zwar

- Listen für ein Land beim Landeswahlleiter bis 8. April 1999,
- gemeinsame Listen für alle Länder beim Bundeswahlleiter bis 6. April 1999, jeweils 18.00 Uhr.

Aufgabe der Landeswahlleiter und des Bundeswahlleiters war es dann vorzuprüfen, ob

- die Zustimmungserklärung der Bewerber und Ersatzbewerber für ihre Kandidatur vorliegt,
- sie wählbar sind,
- die Bewerber und Ersatzbewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind,
- die eventuell beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in Ordnung sind und für jede Unterstützungsunterschrift auch das Wahlrecht bescheinigt ist.

Wurden Mängel festgestellt, die die Gültigkeit des Vorschlages nicht berühren, veranlaßten sie deren Beseitigung.

Die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter bereiteten dann die Sitzungen ihrer Wahlausschüsse vor, die am 16. April 1999 in öffentlicher Beratung über die Zulassung oder Zurückweisung der eingereichten Listen entschieden. Die Entscheidung über die Zulassung war in den Sitzungen der Wahlausschüsse bekanntzugeben. Der Bundeswahlleiter hatte außerdem gemäß § 14 Abs. 5 EuWG die zugelassenen Wahlvorschläge (Listen für die einzelnen Länder und gemeinsame Listen für alle Länder) bis spätestens 26. April 1999 bekanntzumachen.

Der Bundeswahlausschuß ist auch die letzte Entscheidungsinstanz in solchen Fällen, in denen sich eine Partei oder eine sonstige politische Vereinigung über die Zurückweisung ihres Wahlvorschlages oder der Landeswahlleiter über die Zulassung einer Landesliste beschweren kann. Der letzte Tag für die Einlegung solcher Beschwerden war der 19. April 1999 und der letzte Tag für die Entscheidung des Bundeswahlausschusses darüber war der 22. April 1999.

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung der Wahlergebnisse für die entsprechenden Wahlgebiete, ihre Bekanntgabe und ihre Weitermeldung an die nächsthöheren Wahlorgane.

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreis- und Stadtwahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses.

Die Benachrichtigung der vom Bundeswahlausschuß für gewählt erklärten Bewerber erfolgt gemäß § 19 Abs. 1 EuWG durch den Bundeswahlleiter.

## Ergebnisse der Europawahl 1994

### Wahlbeteiligung 1994

Von den 60,5 Mill. Wahlberechtigten bei der vierten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1994 – der ersten gesamtdeutschen Europawahl – machten 36,3 Mill. von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Mit einer Wahlbeteiligung von 60,0% fiel das Wählerinteresse an der Europawahl 1994 etwas niedriger aus als bei der Europawahl 1989, bei der die Wahlbeteiligung 62,3% betragen hatte. Gegenüber der ersten Direktwahl 1979 (65,7%) war die Wahlbeteiligung 1994 deutlich geringer, lag aber noch 3,2% über der von 1984.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung in den Bundesländern bei den Europawahlen 1994, 1989, 1984 und 1979, der Bundestagswahl 1998 und der jeweils letzten Landtagswahl

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt bei der					
	Europawahl				Bundestagswahl 1998	letzten Landtagswahl
	1994	1989	1984	1979		
Baden-Württemberg	66,4	58,4	48,2	59,2	83,1	67,6
Bayern	56,4	61,1	46,2	58,9	79,2	69,8 <sup>1)</sup>
Berlin	53,5	–	–	–	81,1	68,6 <sup>2)</sup>
Brandenburg	41,5	–	–	–	78,1	56,3 <sup>3)</sup>
Bremen	52,7	58,7	55,1	66,3	82,1	68,6
Hamburg	51,7	56,5	58,4	66,4	81,1	68,7
Hessen	56,4	60,2	58,9	66,5	84,2	66,4 <sup>2)</sup>
Mecklenburg-Vorpommern	65,8	–	–	–	79,4	79,4 <sup>2)</sup>
Niedersachsen	52,7	63,2	61,0	70,0	83,9	73,8 <sup>2)</sup>
Nordrhein-Westfalen	59,5	62,3	59,4	67,4	83,9	64,0
Rheinland-Pfalz	74,3	77,2	76,3	78,1	83,9	70,8 <sup>2)</sup>
Saarland	74,1	78,9	78,4	81,1	84,8	83,5
Sachsen	70,2	–	–	–	81,6	58,4 <sup>2)</sup>
Sachsen-Anhalt	66,1	–	–	–	77,1	71,5 <sup>4)</sup>
Schleswig-Holstein	51,3	58,4	57,5	65,6	82,4	71,8
Thüringen	71,9	–	–	–	82,3	74,8 <sup>2)</sup>
Deutschland	60,0	62,3 <sup>1)</sup>	56,8 <sup>1)</sup>	65,7 <sup>1)</sup>	82,2 <sup>2)</sup>	x

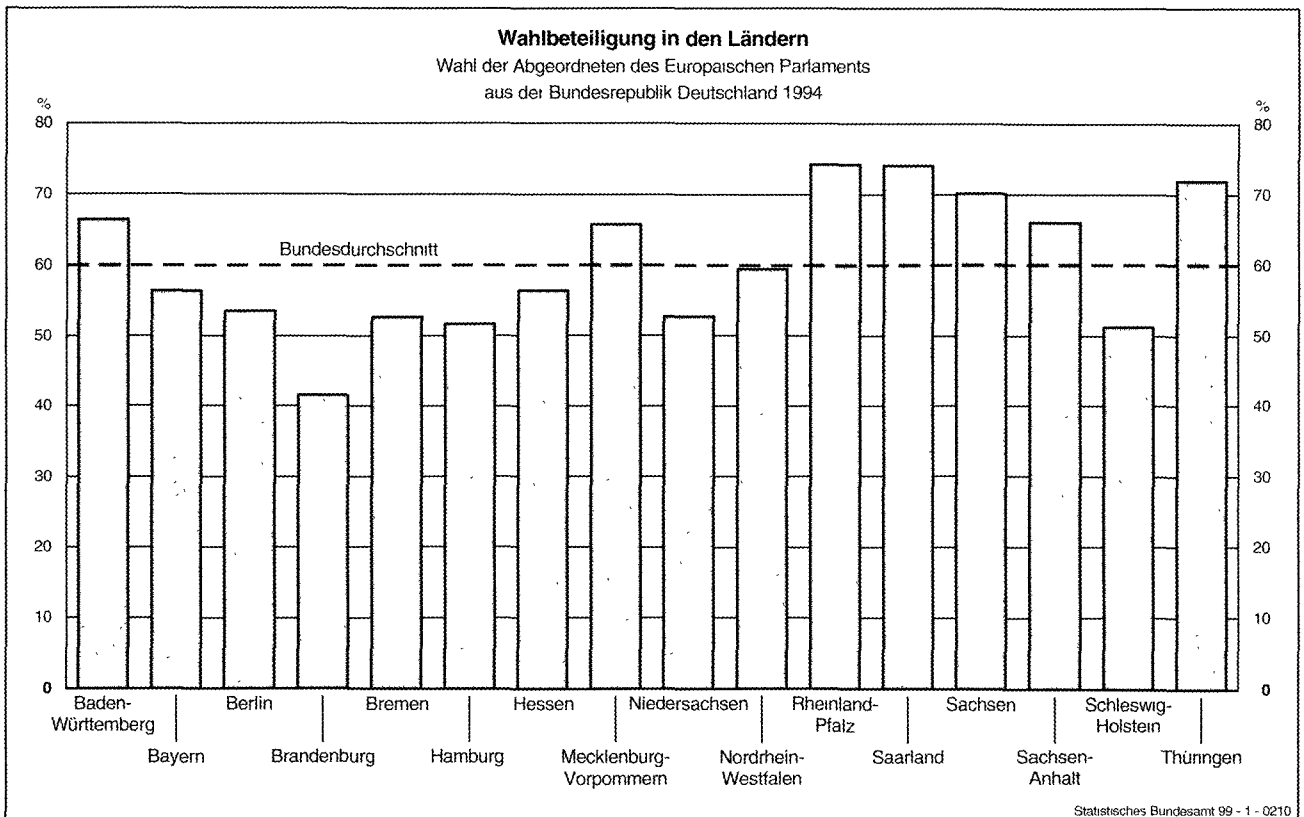
1) Gesamtstimmen = Summe aus Erst- und Zweitstimmen – 2) Zweitstimmen – 3) Korrigiertes Ergebnis der Landtagswahl 1994 auf Grund der Beschlüsse des Thüringer Landtages vom 10. März und 19. Mai 1995 – 4) Früheres Bundesgebiet ohne Berlin

Im Vergleich zu Bundestags- und Landtagswahlen war das Interesse der Wähler an der vierten Europawahl 1994 gering. Die Wahlbeteiligung von 60,0% lag erheblich unter der Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestagswahlen, die zwischen 78 und 82% schwankte (1990: 77,8%, 1994: 79,0%, 1998: 82,2%). Auch gegenüber den Landtagswahlen mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 69,6% blieb die Europawahl zurück. In den übrigen EU-Staaten lag die Wahlbeteiligung 1994 zwischen 35,3% in Portugal und 74,8% in Italien.<sup>5)</sup>

Die höchsten Wahlbeteiligungsquoten hatten wieder – wie bei den vorangegangenen Europawahlen – die Länder Rheinland-Pfalz (74,3%) und Saarland (74,1%). Ebenfalls relativ hoch war die Wahlbeteiligung in den Ländern Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (zwischen 71,9% in Thürin-

<sup>5)</sup> Ohne Mitgliedstaaten mit Wahlpflicht und ohne Finnland, Österreich und Schweden

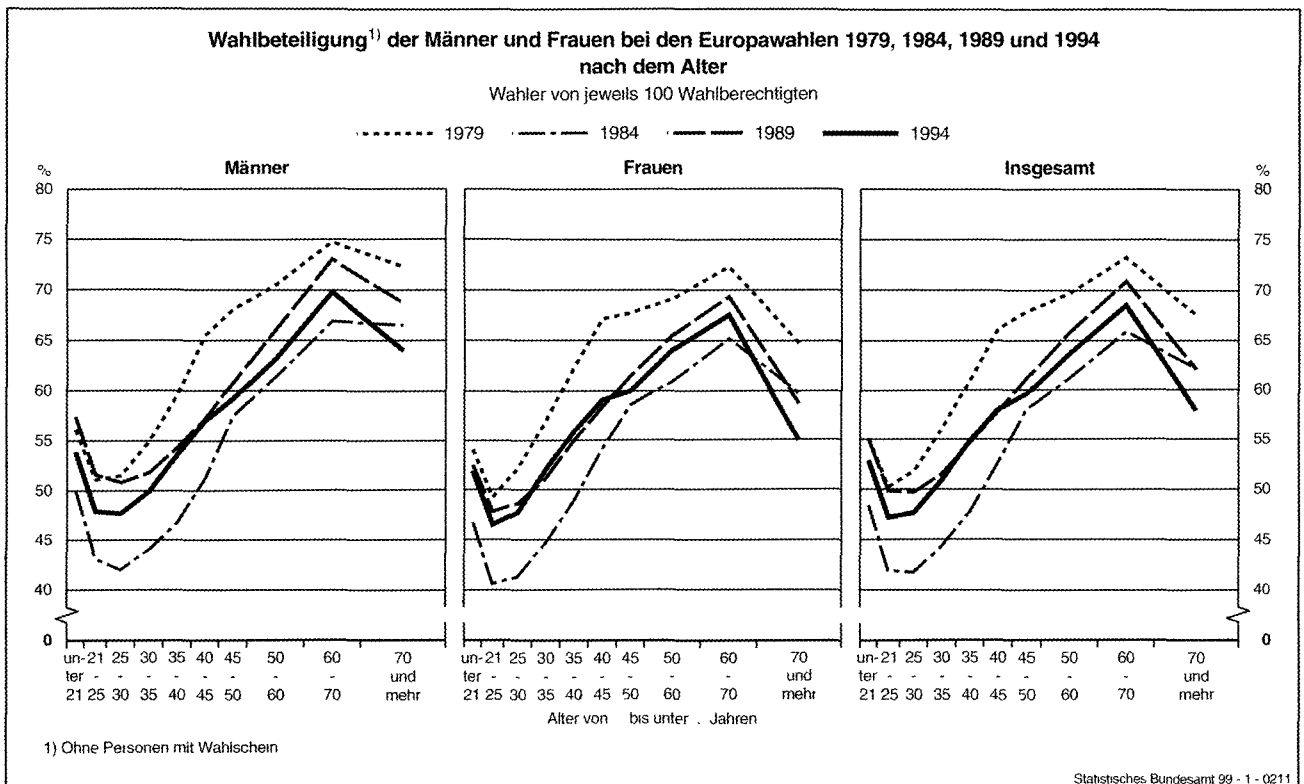
Schaubild 1



gen und 65,8% in Mecklenburg-Vorpommern) Diese hohen Wahlbeteiligungen sind auf die gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen in diesen sieben Ländern zurückzuführen, wobei Baden-Württemberg mit 66,4% als

einziges altes Bundesland gegenüber der Europawahl 1989 eine höhere Wahlbeteiligung aufzuweisen hatte. Bei allen anderen Bundesländern lag die Wahlbeteiligungsquote zwischen 2,8 Prozentpunkten (Nordrhein-Westfalen)

Schaubild 2



und 10,5 Prozentpunkten (Niedersachsen) unter der letzten Europawahl. Brandenburg, das einzige der neuen Bundesländer, in dem nicht gleichzeitig eine Kommunalwahl durchgeführt wurde, hatte mit 41,5% die niedrigste Wahlbeteiligung aller Bundesländer.

Weitere Ergebnisse über die Wahlbeteiligung liefert die repräsentative Wahlstatistik, bei der in ausgewählten Wahlbezirken die Stimmabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht differenziert wird. In dieser Statistik wird allerdings die Wahlbeteiligung etwas niedriger ausgewiesen als nach dem amtlichen Wahlergebnis. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Inhaber von Wahlscheinen – mit einer Wahlbeteiligung von 91,3% – in die Auswertung der Wählerverzeichnisse nicht einbezogen werden konnten. Ihnen stand es frei, ihr Wahlrecht entweder durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahllokal innerhalb ihres Heimatstadtkreises oder -landkreises oder durch Briefwahl auszuüben.

Die Wahlbeteiligung der Frauen lag bei der Europawahl 1994 mit 57,4% geringfügig unter derjenigen der Männer mit 57,7%. Bei der Europawahl 1989 war die Wahlbeteiligung der Frauen (58,5%) 1,6 Prozentpunkte geringer als die der Männer (60,1%).

Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach dem Alter zeigt für die Europawahl 1994 folgende Besonderheiten.

- Unter dem Bundesdurchschnitt lag die Wahlbeteiligung in den Altersgruppen unter 40 Jahren,
- nicht die jüngsten Wahlberechtigten, das heißt die Gruppe der 18- bis 20jährigen (Wahlbeteiligung 52,9%),

sondern die 21- bis 25jährigen hatten mit 47,2% die überhaupt niedrigste Wahlbeteiligung, gefolgt von den 25- bis 29jährigen Wahlberechtigten mit 47,7%,

- ab dem 25. Lebensjahr bei den Männern und ab dem 21. Lebensjahr bei den Frauen nahm mit steigendem Alter die Wahlbeteiligung zu, wobei Männer mit 69,8% wie Frauen mit 67,5% im Alter zwischen 60 und 69 Jahren die höchste Wahlbeteiligung hatten,
- vom 70. Lebensjahr an nahm die Wahlbeteiligung ab; sie lag jedoch bei den Männern noch über der Wahlbeteiligung der unter 60jährigen und bei den Frauen noch über der Wahlbeteiligung der unter 35jährigen

Schaubild 3 verdeutlicht das Verhältnis von Wählern und Nichtwählern bei der Europawahl 1994 nach Geschlecht und Alter nach den absoluten Zahlen

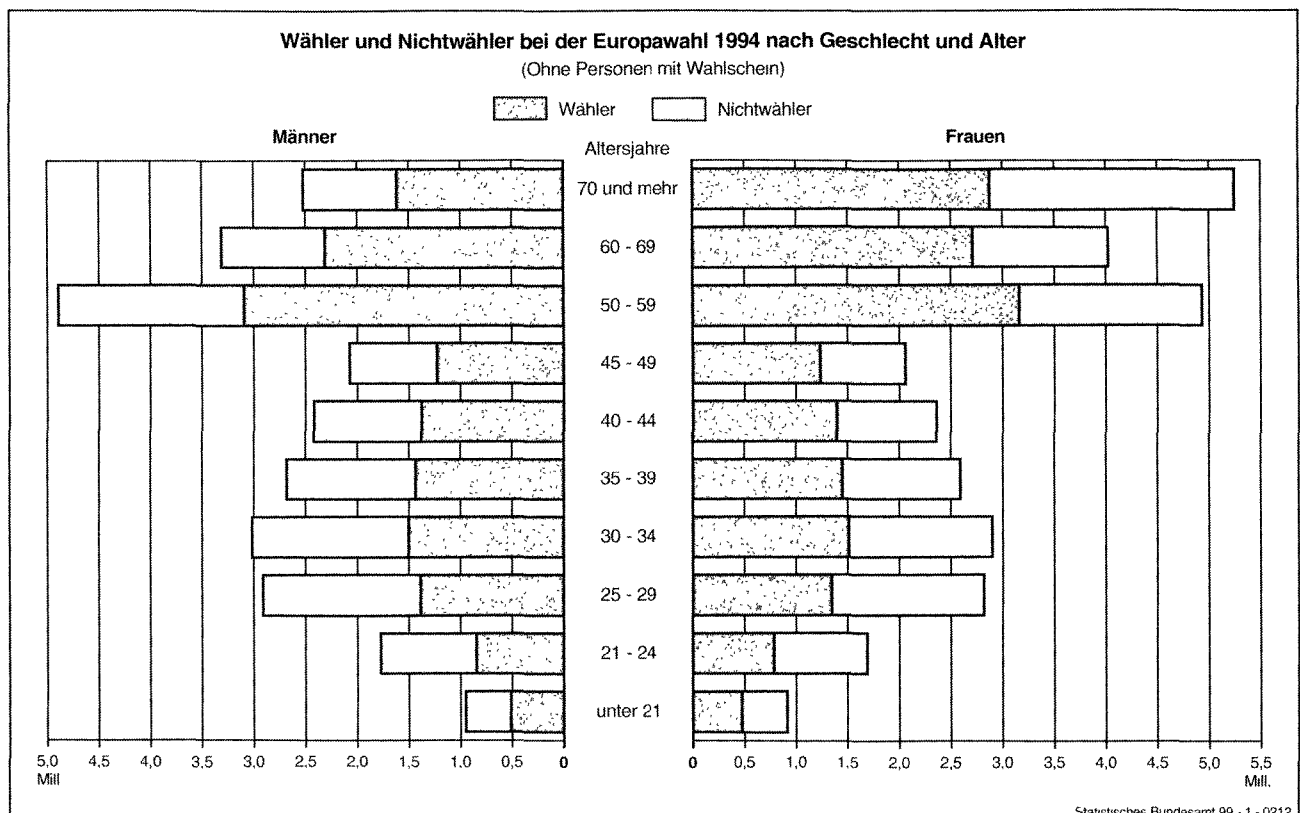
### Stimmen nach Parteien und Ländern

Bei der Europawahl 1994 betrug die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen 35 411 414 (1979: 27 847 109; 1984: 24 851 371, 1989: 28 206 690).

Davon erhielten:

	Anzahl	%
SPD	11 389 697	32,2
CDU	11 346 073	32,0
GRÜNE	3 563 268	10,1
CSU	2 393 374	6,8
PDS	1 670 316	4,7
FDP	1 442 857	4,1
Sonstige	2 605 829	7,4
dar. REP	1 387 070	3,9

Schaubild 3



Keine der Parteien hat in den Ländern absolute Mehrheiten erhalten wie das noch 1984 für die CDU in Baden-Württemberg bzw. die CSU in Bayern der Fall war

Trotz hoher Verluste (5,1 Prozentpunkte) gegenüber der Europawahl 1989 ging die SPD wieder, diesmal allerdings knapp, mit 32,2% gegenüber der CDU mit 32,0% als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Der Rückgang des Stimmenanteils gegenüber 1989 betraf alle Bundesländer, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Die höchsten Verluste hatte die SPD in Schleswig-Holstein mit 8,9 Prozentpunkten, die niedrigsten in Bayern mit 0,5 Prozentpunkten zu verzeichnen. Für die neuen Länder liegen wegen der erstmaligen Teilnahme an Europawahlen keine Vergleichszahlen vor. Hier lagen die Stimmenanteile der SPD zwischen 21,0% in Sachsen und 36,9% in Brandenburg.

Die CDU konnte 2,5 Prozentpunkte mehr an Stimmen als bei der Europawahl 1989 erzielen. Stimmengewinne waren in allen Bundesländern festzustellen und lagen zwischen 4,7% in Bremen und 0,6% in Hamburg. Die CDU erreichte in den neuen Bundesländern Stimmenanteile zwischen 23,4% in Brandenburg und 39,2% in Sachsen.

Stärkste Partei war die SPD in den Bundesländern Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Brandenburg. Die CDU ging in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen als stärkste Partei aus der Wahl hervor. In den neuen Bundesländern konnte die SPD lediglich in Brandenburg die meisten Stimmen erzielen.

Die CSU erreichte in Bayern 3,5 Prozentpunkte mehr, auf Bundesebene jedoch 1,4 Prozentpunkte an Stimmen weniger als bei der Europawahl 1989, da sich das Bundesgebiet auf Grund der deutschen Vereinigung vergrößert hatte.

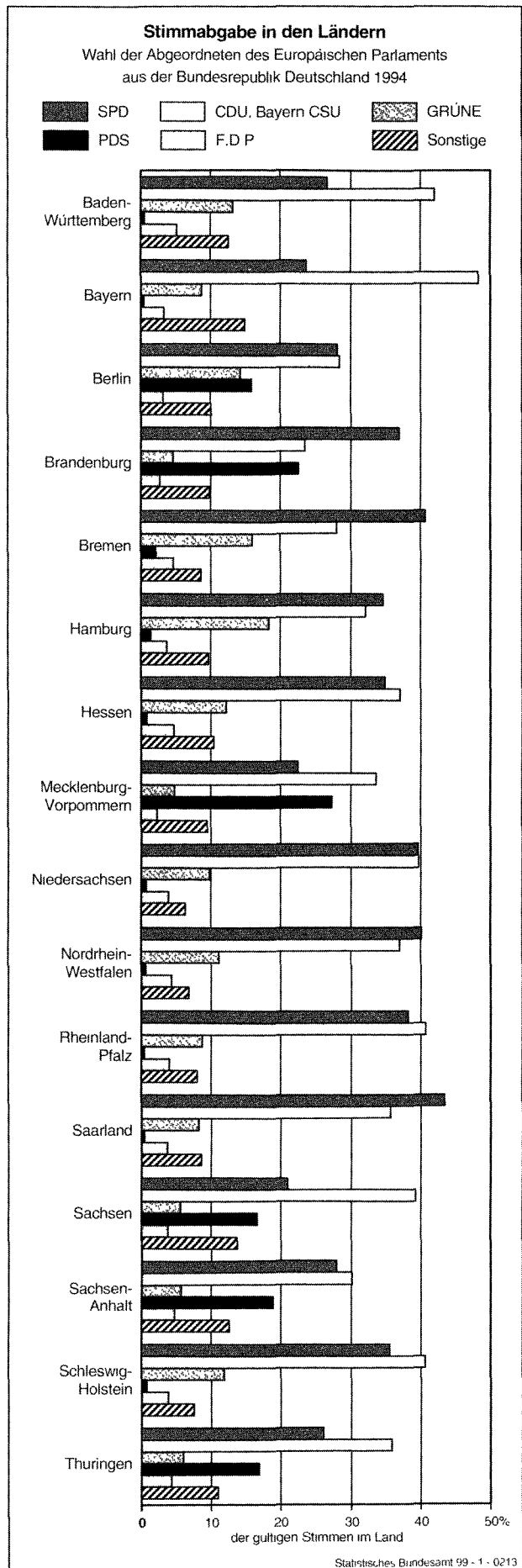
Die GRÜNEN konnten sich gegenüber der Europawahl 1989 um 1,7 Prozentpunkte verbessern. Sie erzielten in allen Bundesländern Stimmengewinne, und zwar zwischen 0,9% in Bayern und 6,9% in Hamburg. In den neuen Bundesländern lagen die Stimmenanteile zwischen 6,0% in Thüringen und 4,6% in Brandenburg. In Berlin erreichten die GRÜNEN einen Stimmenanteil von 14,3%.

Der Stimmenanteil der F.D.P. sank unter die 5%-Grenze ab. Sie erreichte nur 4,1% der Stimmen im Bundesgebiet und ist daher nicht mehr im Europaparlament vertreten. Das einzige Bundesland, in dem sie mehr als 5% der Stimmen erlangte, war mit 5,2% Baden-Württemberg.

Auch die REPUBLIKANER, die bei der Europawahl 1989 noch 7,1% der Stimmen auf sich vereinen konnten, erreichten nur 3,9%, scheiterten somit ebenfalls an der 5%-Hürde und sind nicht mehr im Europaparlament vertreten. Nur in Baden-Württemberg (5,9%) und in Bayern (6,6% gegenüber 14,6% 1989) lagen sie über der 5%-Marke.

Die PDS hatte erstmalig an der Europawahl 1994 teilgenommen. Sie erzielte einen Stimmenanteil von 4,7% und

Schaubild 4



scheiterte knapp an der 5%-Hürde, trotz hoher Stimmenanteile in den neuen Ländern (zwischen 16,6% in Sachsen und 27,3% in Mecklenburg-Vorpommern). In Berlin erreichte sie 15,9%

Alle übrigen Parteien konnten zusammen 6,3% der Stimmen auf sich vereinigen, wovon auf den Bund freier Bürger 1,1%, auf die GRAUEN 0,8%, auf die ÖDP 0,8%, auf die APD 0,7% und auf die STATT Partei 0,5% entfielen. Die genannten Parteien nehmen damit an der Parteienfinanzierung teil.

Tabelle 2: Verteilung der Stimmen<sup>1)</sup> bei der Europawahl 1994 im Vergleich zur Bundestagswahl 1998 und der letzten Landtagswahl nach Ländern

Land	Wahljahr (EW = Europa- wahl, BW = Bundes- tagswahl, LW = Land- tagswahl)	Anteil der Stimmen <sup>1)</sup>					
		SPD	CDU/ CSU <sup>2)</sup>	GRÜNE	PDS	FDP	Sonstige
Baden-Württemberg	EW 1994	26,6	42,0	13,2	0,5	5,2	12,6
	BW 1998	35,6	37,8	9,2	1,0	8,8	7,6
	LW 1996	25,1	41,3	12,1	-	9,6 <sup>3)</sup>	11,9
Bayern	EW 1994	23,7	48,3	8,7	0,4	3,3	14,9
	BW 1998	34,4	47,7	5,9	0,7	5,1	6,2
	LW 1998	28,7	52,9	5,7	-	1,7	11,0
Berlin	EW 1994	28,1	28,4	14,3	15,9	3,2	10,1
	BW 1998	37,8	23,7	11,3	13,4	4,9	8,8
	LW 1995	23,6	37,4	13,2	14,6	2,5	8,6
Brandenburg	EW 1994	36,9	23,4	4,6	22,6	2,7	9,8
	BW 1998	43,5	20,8	3,6	20,3	2,8	8,9
	LW 1994	54,1	18,7	2,9 <sup>4)</sup>	18,7	2,2	3,3
Bremen	EW 1994	40,7	28,0	16,0	2,1	4,6	8,6
	BW 1998	50,2	25,4	11,3	2,4	5,9	4,7
	LW 1995	35,4	32,6	13,1	2,4	3,4	15,2
Hamburg	EW 1994	34,6	32,1	18,4	1,4	3,7	9,7
	BW 1998	45,7	30,0	10,8	2,3	6,5	4,7
	LW 1997	36,2	30,7	13,9 <sup>5)</sup>	0,7 <sup>6)</sup>	3,5	15,0
Hessen	EW 1994	34,9	37,0	12,2	0,8	4,7	10,4
	BW 1998	41,6	34,7	8,2	1,5	7,9	6,2
	LW 1999	39,4	43,4	7,2	-	5,1	4,8
Mecklenburg-Vorpommern	EW 1994	22,5	33,6	4,8	27,3	2,3	9,5
	BW 1998	35,3	29,3	2,9	23,6	2,2	6,6
	LW 1998	34,3	30,2	2,7	24,4	1,6	6,8
Niedersachsen	EW 1994	39,6	39,7	9,8	0,7	3,9	6,3
	BW 1998	49,4	34,1	5,9	1,0	6,4	3,2
	LW 1998	47,9	35,9	7,0	-	4,9	4,3
Nordrhein-Westfalen	EW 1994	40,1	37,0	11,2	0,6	4,3	6,8
	BW 1998	46,9	33,8	6,9	1,2	7,3	4,0
	LW 1995	46,0	37,7	10,0	-	4,0	2,3
Rheinland-Pfalz	EW 1994	38,2	40,7	8,7	0,4	4,0	8,0
	BW 1998	41,3	39,1	6,1	1,0	7,1	5,4
	LW 1996	39,8	38,7	6,9	-	8,9	5,7
Saarland	EW 1994	43,4	35,6	8,2	0,4	3,7	8,6
	BW 1998	52,4	31,8	5,5	1,0	4,7	4,5
	LW 1994	49,4	38,6	5,5	-	2,1 <sup>3)</sup>	4,4
Sachsen	EW 1994	21,0	39,2	5,6	16,6	3,8	13,7
	BW 1998	29,1	32,7	4,4	20,0	3,6	10,2
	LW 1994	16,6	58,1	4,1	16,5	1,7	2,9
Sachsen-Anhalt	EW 1994	27,9	30,1	5,7	18,9	4,7	12,6
	BW 1998	38,1	27,2	3,3	20,7	4,1	6,6
	LW 1998	35,9	22,0	3,2	19,6	4,2	15,0
Schleswig-Holstein	EW 1994	35,5	40,6	11,9	0,7	3,8	7,5
	BW 1998	45,4	35,7	6,5	1,5	7,6	3,3
	LW 1996	39,8	37,2	8,1	-	5,7	9,1
Thüringen	EW 1994	26,0	35,8	6,0	16,9	4,3	11,0
	BW 1998	34,5	28,9	3,9	21,2	3,4	8,1
	LW 1994 <sup>6)</sup>	29,6	42,6	4,5	16,6	3,2	3,6
Deutschland	EW 1994	32,2	38,8 <sup>7)</sup>	10,1	4,7	4,1	10,2
	BW 1998	40,9	35,1 <sup>8)</sup>	6,7	5,1	6,2	5,9

1) Bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Berlin und den neuen Ländern Zweitstimmen - 2) CSU nur in Bayern - 3) Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg FDP/DVP, bei der Landtagswahl im Saarland FDP/DPS - 4) Bei der Landtagswahl in Hamburg GRÜNE/GAL, bei der Landtagswahl in Brandenburg GRÜNE/B90 - 5) Bei der Landtagswahl in Hamburg PDS/Linke Liste - 6) Korrigiertes Ergebnis der Landtagswahl 1994 auf Grund der Beschlüsse des Thüringer Landtages vom 10. März und 19. Mai 1995 - 7) Davon CDU 32,0%, CSU 6,8% - 8) Davon CDU 28,4%, CSU 6,7%

## Sitzverteilung

Im Gegensatz zu den Europawahlen 1979, 1984 und 1989, bei denen 78 Sitze (drei weitere Abgeordnete wurden durch das Abgeordnetenhaus von Berlin bestimmt) auf die Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland entfielen, kamen bei der Europawahl 1994 aufgrund der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 und der damit verbundenen Erweiterung des bisherigen Wahlgebietes um die fünf Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie um Berlin-Ost 99 Sitze zur Verteilung, die alle in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl bestimmt wurden.

Für die Verteilung der 99 Sitze waren die Stimmen für die Wahlvorschläge maßgebend, auf die mindestens fünf vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen entfielen.

In die Sitzverteilung nicht einbezogen wurden danach 22 der insgesamt 26 Wahlvorschläge mit folgenden Stimmenzahlen:

	Anzahl	%
AUTOFÄHRER- und BÜRGERINTERESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS (APD)	231 265	0,7
Bayernpartei (BP)	110 778	0,3
Bürgerrechtsbewegung Solidariat	23 851	0,1
Bund freier Bürger	385 676	1,1
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale (BSA)	10 678	0,0
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben (LIGA)	40 115	0,1
CHRISTLICHE MITTE - Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)	66 766	0,2
Deutsche Familien-Partei e.V. (Familie)	2 781	0,0
Deutsche Soziale Union (DSU)	80 618	0,2
DIE GRAUEN - Graue Panther (GRAUE)	275 866	0,8
DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN (NATURGESETZ)	92 031	0,3
DIE REPUBLIKANER (REP)	1 387 070	3,9
Die Unregierbaren - Autonome Liste	37 672	0,1
Freie Demokratische Partei (FDP)	1 442 857	4,1
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	77 227	0,2
NEUES FORUM (FORUM)	107 615	0,3
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)	273 776	0,8
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)	93 210	0,3
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen (PASS)	127 104	0,4
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	1 670 316	4,7
Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie	12 992	0,0
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN (STATT Partei)	168 738	0,5

Von den insgesamt 35 411 414 gültigen Stimmen waren somit für die Sitzverteilung nur 28 692 412 zu berücksichtigen, und zwar die

11 389 697	für die SPD,
11 346 073	für die CDU,
2 393 374	für die CSU und
3 563 268	für die GRÜNEN.

Die Sitzverteilung wurde in zwei Stufen vorgenommen, und zwar wie bereits bei der Europawahl 1989 nach dem Verfahren Niemeyer<sup>6)</sup>:

6) Für die Europawahlen 1984 und 1979 wurde die Sitzverteilung nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren vorgenommen. Dieses Verfahren wurde erstmals für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 18. Juni 1989 durch das System Niemeyer (Verhältnis der mathematischen Proportionen) ersetzt.

1. Verteilung der 99 Sitze für die Europawahl 1994 bzw. der 78 Sitze für die vorangegangenen Europawahlen auf die Parteien, die nach dem Ergebnis der für sie im ganzen Bundesgebiet abgegebenen Stimmen mindestens fünf vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erzielten. Dabei ergab sich für 1994 und die drei vorangegangenen Wahlen folgende Sitzverteilung:

Partei	1994	1989	1984	1979
SPD	40	30	32	34
CDU	39	24	32	32
CSU	8	7	7	8
GRÜNE	12	7	7	-
F.D.P.	-	4	-	4
REP	-	6	-	-

2. Verteilung der Sitze der CDU auf ihre Listen für ein Land nach dem Verhältnis ihrer Stimmen für diese Listen, wiederum nach dem System Niemeyer. Danach entfielen von den Sitzen der CDU auf

	1994	1989	1984	1979
Baden-Württemberg	7	5	6	6
Berlin	1	-	-	-
Brandenburg	1	-	-	-
Bremen	-	-	-	-
Hamburg	1	1	1	1
Hessen	3	2	3	3
Mecklenburg-Vorpommern	1	-	-	-
Niedersachsen	4	4	5	5
Nordrhein-Westfalen	10	8	12	12
Rheinland-Pfalz	3	2	3	3
Saarland	1	1	1	1
Sachsen	3	-	-	-
Sachsen-Anhalt	1	-	-	-
Schleswig-Holstein	1	1	1	1
Thüringen	2	-	-	-

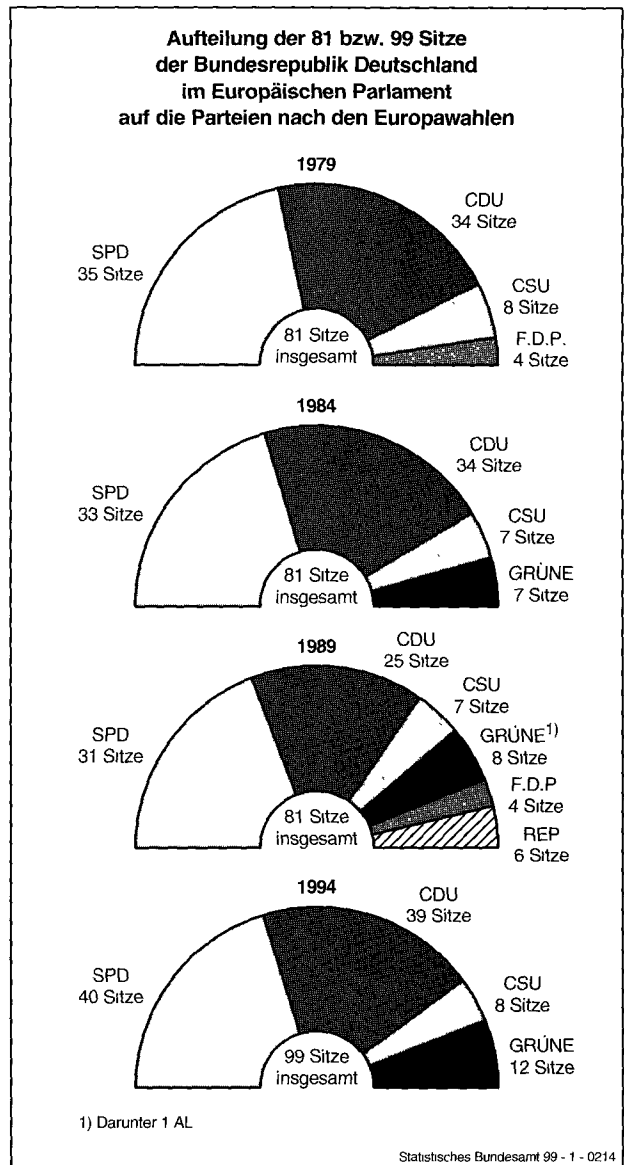
Der Anteil der weiblichen Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament hat mit 34,3 gegenüber 29,6% bei der Europawahl 1994 nochmals zugenommen und sich somit gegenüber 1984 nahezu verdoppelt.

Tabelle 3: Sitzverteilung der in das Europäische Parlament gewählten deutschen Abgeordneten

Partei	1994		1989		1984		1979	
	Abgeordnete	dar Frauen	Abgeordnete	dar Frauen	Abgeordnete	dar Frauen	Abgeordnete	dar Frauen
SPD	40	17	31	12	33	8	35	7
CDU	39	9	25	5	34	4	34	3
CSU	8	2	7	1	7	1	8	1
GRÜNE	12	6	7	4	7	3	-	-
F.D.P.	-	-	4	1	-	-	4	1
REP	-	-	6	1	-	-	-	-
AL	-	-	1	1	-	-	-	-

Der Anteil der weiblichen Abgeordneten liegt für die einzelnen Parteien bei den GRÜNEN (50,0%) und der SPD

Schaubild 5



(42,5%) am höchsten. Die CDU weist mit 23,1% – noch nach der CSU mit 25% – den niedrigsten Anteil weiblicher Abgeordneter auf.

Heinz-Christoph Herbertz



# Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999

## Vorbemerkung

Die Neufassung des Systems der monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebungen<sup>1)</sup> erfordert auch eine an die geänderte Datenbasis angepaßte Konzeption der monatlichen Indexberechnungen. Zunächst wird erläutert, aus welchen Gründen und in welcher Weise die Produktionsstatistik neu gestaltet wurde und wann frühestens mit einer Veröffentlichung von absoluten monatlichen Produktionsdaten zu rechnen ist.

Nach der Umstellung der Güter- und Wirtschaftszweigklassifikationen stehen ab Anfang 1995 alle für die Berechnung der Produktionsindizes benötigten Statistiken ohne systematische Brüche zur Verfügung. Damit kann auch wieder ein Vierteljährlicher Index berechnet werden, der auf der vollständigen Vierteljährlichen Produktionserhebung aufbaut. Der monatliche Index, der auf der neugefaßten monatlichen Produktionserhebung fußt, wird an diese vierteljährlichen Eckwerte angebunden. Die grundsätzlichen Konstruktionsmerkmale der Produktionsindizes, das heißt der formelmäßige Aufbau, die Begriffsinhalte der für die Berechnung erforderlichen Statistiken sowie die Einzelheiten der notwendigen Klassifikationen wurden in dieser Zeitschrift<sup>2)</sup> bereits ausführlich dargestellt.

## 1 Das neue Konzept der Produktionsstatistik

Datenbasis für die monatliche bzw. vierteljährliche Indexberechnung sind die Produktionserhebungen. Sie bestehen aus einer vierteljährlichen Produktionserhebung, die im Quartalsrhythmus ein detailliertes Gesamtbild der deutschen Wirtschaft liefert, und einer monatlichen Produktionserhebung, die eine aktuelle, hinreichend verlässliche (repräsentative) Datengrundlage für die Berechnung monatlicher Produktionsindizes im Rahmen der Konjunkturanalyse liefern soll.

Beim monatlichen Produktions-Eilbericht wurde die geforderte Repräsentation für die einzelnen Wirtschaftszweige bisher über eine geeignete Güterauswahl gewährleistet. Der bisherige Produktions-Eilbericht erfaßte monatlich

nicht die gesamte Güterpalette, sondern nur 1000 ausgewählte Warenarten, die in einer eigenen Erzeugnisliste zusammengefaßt waren.

Nach dem Übergang zu den neuen, europaweit harmonisierten Klassifikationen<sup>3)</sup> im Jahr 1995 fehlte zunächst eine geeignete Datengrundlage für die Auswahl dieser 1000 repräsentativen Warenarten, so daß man sich mit einer Übergangslösung behelfen mußte. Die auf der Basis der alten Güterklassifikation ausgewählten Eilberichtspositionen wurden in die neue Klassifikation übertragen und nach den neu abgegrenzten Wirtschaftszweigen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) zusammengefaßt. Dadurch bedingt war die Repräsentation in einigen Wirtschaftszweigen unzureichend; zum Teil standen für einige Wirtschaftszweige überhaupt keine monatlichen Produktionsdaten zur Verfügung.<sup>4)</sup> Deshalb wurde die Erzeugnisliste für den Produktions-Eilbericht, Ausgabe 1995, schon bei ihrem Erscheinen ausdrücklich als Übergangslösung bezeichnet und für das Jahr 1999 eine Neuauswahl der Reihen angekündigt. Die Vorbereitungen dieser Neuauswahl waren Anlaß, die Wirtschaft und hier insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe spürbar von Statistkarbeiten zu entlasten. Deshalb wurde das gesamte Berichtssystem der Produktionserhebungen auf Rationalisierungsmöglichkeiten hin überprüft.

Beim bisherigen System konnte es vorkommen, daß Betriebe sowohl zur Vierteljährlichen Produktionserhebung als auch zum monatlichen Produktions-Eilbericht befragt wurden. Deshalb wurde nach Möglichkeiten gesucht, diese Doppelbelastung künftig zu vermeiden.

Moderne Informationstechnik erlaubt es Betrieben und Statistischen Ämtern, größere Datenmengen mit immer weniger Aufwand zu verarbeiten. Die eigentliche Belastung muß heute mehr in der Aufbereitung der Daten aus dem betrieblichen Rechnungswesen für unterschiedliche statistische Erhebungen gesehen werden. Deshalb bot sich für die Neukonzeption der beiden Produktionserhebungen das folgende Konzept an:

Auf das Erfordernis einer Doppelmeldung im o. a. Sinne kann verzichtet werden, wenn sowohl die monatliche als auch die vierteljährliche Meldung nach ein und derselben Klassifikation erfolgen. In diesem Falle können sich die Statistischen Ämter die Produktion eines Vierteljahres durch Aggregation der drei Monatsmeldungen selbst errechnen und die Monatsmelder müssen dann nicht nochmals zur Abgabe einer Vierteljahresmeldung herangezogen werden. Der Berichtskreis der Produktionserhebung spaltet sich damit in Vierteljahresmelder und Monatsmelder auf. Beide gliedern ihre Produktionsmeldung entsprechend den neunstelligen Meldenummern des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95). Eine eigene Erzeugnisliste für den monatlichen Produktions-Eilbericht kann entfallen. An die Stelle der repräsentativen Produktauswahl (monat-

<sup>1)</sup> Siehe Angermann, O./Laux, G./Reimann, W. „Überlegungen zur Neukonzeption der Statistik im Produzierenden Gewerbe“ in WiSta 8/1998, S. 644 ff.

<sup>2)</sup> Siehe Bald-Heibel, Ch./Herbel, N. „Die Umstellung der Indizes im Produzierenden Gewerbe auf Basis 1995“ in WiSta 5/1998, S. 386 ff.

<sup>3)</sup> Siehe Nowack, M./Weisbrod, J. „Auswirkungen der NACE-Verordnung und der PRODCOM-Verordnung auf die kurzfristigen Statistiken im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“ in WiSta 3/1995, S. 192 ff.

<sup>4)</sup> Zur Beschreibung des Wirtschaftsverlaufs in diesen Wirtschaftszweigen mußten behelfsweise Umsatzreihen herangezogen werden.

Tabelle 1: Produktionsmeldungen für ausgewählte Wirtschaftszweige in einem Bundesland (fiktives Beispiel)

Wirtschaftszweig des jeweiligen Betriebs (H v = Herstellung von)	Betrieb	Güterart (GP 95)	Produktionswert je Güter-Nr	Fachlicher Teil des jeweiligen Erzeugnisses (H v = Herstellung von)	Produktionswert je fachlichem Teil
			1 000 DM		1 000 DM
2940 H v Werkzeugmaschinen	A	2940 60 633	71	2940 H v Werkzeugmaschinen	30 947
	A	2940 60 639	3 262		
	A	2940 60 453	4 554		
	A	2940 78 500	23 060		
	A	3001 25 000	20 801		
	A	3110 50 550	3 654		
	A	3110 50 330	10 727		
	A	3110 50 530	11 181		
	A	3110 50 730	12 855		
	A	3110 50 750	17 157		
	A	3110 62 070	18 519		
2956 H v Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige	B	2956 92 000	3 651	2956 H v Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige	152 917
	B	2956 91 009	8 965		
	B	2956 26 705	52 878		
	B	2956 25 973	87 423		
	B	3001 14 503	27 920		
	B	3001 13 700	159 534		
	B	3162 92 000	483		
	B	3162 91 000	6 468		
	B	3162 16 300	16 562		
	B	3162 11 100	63 742		
	3001 H v Büromaschinen	C	3001 25 000		
3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	D	3002 13 000	1 346 464	3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	1 346 464
3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	E	3002 14 770	80 100	3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	703 050
	E	3002 14 300	262 050		
	E	3002 14 760	360 900		
3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	F	3002 12 030	126 624	3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	126 624

lich 1 000 Warenarten) tritt eine Auswahl der monatlich zur Meldung herangezogenen Betriebe nach Maßgabe der Repräsentationsanforderungen der Produktionsindizes. Um repräsentativ die konjunkturelle Entwicklung der einzelnen Wirtschaftszweige diagnostizieren zu können, ist es nicht erforderlich, monatlich alle Betriebe zu befragen. Vielmehr reicht es aus, wenn monatlich mindestens 75 % des Produktionswertes eines Wirtschaftszweiges erfaßt werden.

Nach dem neuen Konzept werden somit nur so viele Betriebe zur monatlichen Produktionsmeldung herangezogen, daß in jedem Bundesland mindestens 75 % des Produktionswertes eines Wirtschaftszweiges erreicht werden. Es werden monatlich nur die größten Einheiten der einzelnen Wirtschaftszweige befragt.<sup>5)</sup> Das führt dazu, daß auf Bundesebene eine Repräsentation von über 80% in allen Wirtschaftszweigen der WZ 93 erreicht wird. Durch die Verwendung des vollständigen GP 95 und die regelmäßige Aktualisierung des Berichtskreises wird das Problem einer veralteten Güterauswahl vermieden.

Die Auswahl der Einheiten, die monatlich zur Produktionsmeldung herangezogen werden, wird in den Statistischen Ämtern der Länder einmal im Jahr anhand der Werte der Jahresproduktion vorgenommen. Dazu werden die Betriebe des Berichtskreises für jeden fachlichen Wirtschaftszweig nach der Höhe ihres Produktionswertes in diesem Wirtschaftszweig sortiert. Beginnend mit den größten Betrieben, werden so lange Einheiten in die Auswahl der Monatsmelder aufgenommen, bis mindestens 75%

des Produktionswertes dieses Wirtschaftszweiges erreicht sind. Dadurch werden monatlich vor allem die kleineren Betriebe eines Wirtschaftszweiges entlastet.

Ein Rechenbeispiel soll das Auswahlverfahren für die monatlich zur Produktionsmeldung herangezogenen Betriebe verdeutlichen. Tabelle 1 zeigt die fiktive Ausgangslage<sup>6)</sup> in einem Land, bestehend aus den Meldungen der Produktionswerte einzelner Betriebe zu den neunstelligen Meldenummern (Güterarten) des GP 95. Diese Güterarten sind den verschiedenen Wirtschaftszweigen der WZ 93 zugeordnet.

Die Produktionswerte der Güterarten werden betriebsweise für die einzelnen fachlichen Teile aufsummiert. Danach werden die Betriebe in jedem Wirtschaftszweig nach der Höhe des Wertes der Gesamtproduktion in absteigender Reihenfolge sortiert. Als Ausgangspunkt für die Auswahl der Monatsmelder werden weiterhin die kumulierten Anteile am gesamten Produktionswert des Wirtschaftszweiges gebildet (siehe Tabelle 2).

Von oben her werden nun für jeden Wirtschaftszweig so viele Betriebe in die Monatsauswahl genommen, bis mindestens 75 % des Produktionswertes des Wirtschaftszweiges erreicht sind. In diesem vereinfachten Rechenbeispiel bestehen die Produktionswerte der Wirtschaftszweige 2940, 3110 und 3162 jeweils nur aus der Meldung eines einzelnen Betriebes. Die entsprechenden Betriebe würden deshalb zur Monatlichen Produktionsstatistik herangezogen. Zu den Wirtschaftszweigen 3001 und 3002 melden

<sup>5)</sup> Rechtsgrundlage für das neue Konzept der Produktionserhebungen ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1980 (BGBl. I S. 641), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. August 1998 (BGBl. I S. 2036).

<sup>6)</sup> Da die Bestimmungen zur statistischen Geheimhaltung die Veröffentlichung von Daten über einzelne Auskunftspflichtige verbieten, wird hier auf ein konstruiertes Zahlenbeispiel zurückgegriffen.

Tabelle 2 Anteile der größten Betriebe am Produktionswert der fachlichen Wirtschaftszweige

Fachlicher Teil (H v = Herstellung von)	Betrieb	Produktionswert je fachlichem Teil	Summe je fachlichem Teil	Anteil je Betrieb	Anteil je Betrieb kumuliert	Auswahl für die monatliche Produktions- erhebung
		1 000 DM		%		
2940 H v Werkzeugmaschinen	A	30 947	30 947	100	100	ja
2956 H v Maschinen für bestimmte Wirtschaftszweige	B	152 917	152 917	100	100	ja
3001 H v Büromaschinen	B	187 454		77	77	ja
	C	36 497		15	92	nein
	A	20 801	244 752	8	100	nein
3002 H v DV-Geräten und -Anlagen	D	1 346 464		62	62	ja
	E	703 050		32	94	ja
	F	126 624	2 176 138	6	100	nein
3110 H v E-Motoren, Generatoren und Trafos	A	74 093	74 093	100	100	ja
3162 H v sonstigen elektrischen Ausrüstungen	B	87 254	87 254	100	100	ja

jeweils drei Betriebe, von denen jedoch nur einer (der Betrieb B) bzw. zwei (die Betriebe D und E) als Monatsmelder ausgewählt würden

In Zahlen lassen sich die geschätzten Entlastungseffekte wie folgt darstellen: Vierteljahresberichte sind künftig nur noch von etwa 28 000 statt bisher von rund 45 000 Betrieben abzugeben. Monatlich müssen künftig nur noch etwa 17 000 statt bisher rund 28 000 Betriebe befragt werden; etwa 11 000 Betriebe werden von der monatlichen Meldung ihrer Produktion befreit. Das Auswahlverfahren stellt sicher, daß sich diese Entlastung vor allem bei den kleinen Betrieben auswirkt.

Für die Nutzer der Produktionsdaten ändert sich nicht sehr viel: Vierteljährlich werden nach wie vor die Produktionsergebnisse in der tiefsten Gliederung des GP 95 für den gesamten Berichtskreis zur Verfügung stehen. In dem neuen Erhebungskonzept ist allerdings der Nachweis von monatlichen Absolutzahlen problematisch. Künftig können solche Zahlen aufgrund der wechselnden Repräsentation auf der Güterebene in der Regel allenfalls noch als geschätzte Größen zur Verfügung gestellt werden. Das Statistische Bundesamt prüft derzeit, ob und wie man stabile Schätzwerte berechnen kann. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden frühestens zu Beginn des Jahres 2000 vorliegen.

Es werden wie bisher monatlich Produktionsindizes für alle Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes veröffentlicht werden. Seit Mitte April 1999 liegen Produktionsindizes für die Monate Januar und Februar 1999 vor, die auf der Grundlage der neuen Datenbasis gerechnet wurden. Ab Juli 1999 sollen die Monatsindizes wieder wie bisher etwa einen Monat nach Abschluß der Berichtsperiode veröffentlicht werden.

Außerdem wird vierteljährlich ein Produktionsindex auf der vollständigen Datenbasis berechnet werden. Dieser kann zur Überprüfung der Qualität des Monatsindex verwendet werden. Eine Qualitätsbeurteilung der Monatsergebnisse

ist Mitte Juli 1999 möglich, wenn der erste Vierteljahresindex auf der Basis des vollständigen Datenmaterials berechnet und mit den monatlichen Indizes verglichen werden kann

## 2 Der Vierteljährliche Produktionsindex

Die Berechnungsgrundlage des Vierteljährlichen Produktionsindex ist das gesamte Erzeugnisspektrum der Vierteljährlichen Produktionserhebung. Die Produktliste umfaßt rund 6 400 Erzeugnisse in der neunstelligen Gliederung des GP 95, für die Produktionsdaten (Mengen und Werte) vom vollständigen Berichtskreis aller Firmen zur Verfügung gestellt werden. Zur Fortschreibung der Indizes werden im wesentlichen die erfaßten Produktionswerte herangezogen. Um die Rechen- und Prüfschritte etwas zu vereinfachen, werden die Neunsteller des GP 95 zunächst auf sechsstellige Positionen verdichtet. Auf dieser Ebene werden dann die Wertmeßzahlen gebildet, die anschließend mit adäquaten Preisindizes deflationiert werden. Diese Indizes der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in der Abgrenzung des GP 95 stehen ab Anfang 1999 auf der Basis 1995 zur Verfügung, und zwar rückwirkend bis Anfang 1995. Nach der Preisbereinigung werden die Volumenmeßzahlen je Wirtschaftszweig mit Anteilen des Bruttoproduktionswerts eines jeden zur Fortschreibung verwendeten Sechstellers zum Index für den Wirtschaftszweig aggregiert. Auf der nächsten Berechnungsstufe, der Zusammenfassung der Wirtschaftszweigindizes (Viersteller) der WZ 93, werden die Wertschöpfungsinformationen benötigt. Die Dreisteller, Zweisteller, Hauptgruppen und weiteren Aggregate werden gebildet, indem die Anteile der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten eines jeden Wirtschaftszweigs am Gesamtwert für das Produzierende Gewerbe in die Gewichtungsstruktur einfließen. Der Vierteljährliche Index wird für die Teilgebiete Früheres Bundesgebiet und Neue Länder und Berlin-Ost erstellt. Der Index für Deutschland wird, wie schon im Aufsatz zur Umstellung auf Basis 1995 erläutert, durch die gewichtete Zusammenfassung der Teilgebietsindizes mit ihren Anteilen an der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Jahres 1995 berechnet.

## 3 Das neue Konzept des monatlichen Index

In der Vergangenheit wurden die monatlichen Produktionsindizes, wie oben beschrieben, auf der Grundlage einer Produktliste erstellt, welche die wichtigsten Erzeugnisse aus der gesamten Palette der Produktionsstatistik enthielt (Produktions-Eilbericht). Die Produktion für ein in dieser Produktliste enthaltenes, zur monatlichen Berichterstattung ausgewähltes Erzeugnis wurde von allen Betrieben des Berichtskreises gemeldet. Dies konnte beispielsweise zur Folge haben, daß ein Betrieb ein aus seiner Sicht wenig bedeutsames Produkt monatlich melden mußte (weil es Teil der Eilberichts-nomenklatur war), für seine Hauptprodukte aber lediglich vierteljährliche Berichte (in der Vierteljährlichen Produktionserhebung) abzugeben hatte.

Nach dem neuen Konzept wird die Meldeweise grundsätzlich geändert. Jetzt melden die nach dem Anteil am jwei-

Igen Produktionswert wichtigsten Betriebe ihre gesamte Produktliste ausschließlich monatlich. Weniger bedeutende Betriebe melden ihre Erzeugung nur noch vierteljährlich. Allen Meldungen liegt darüber hinaus eine einheitliche Klassifikation zugrunde. So entlastet diese neue Konzeption die Betriebe und ist aus deren Sicht auch in sich schlüssig.

Aus den monatlichen, vom Auswahlberichtsreis gemeldeten Produktionsdaten werden die Produktionsindizes berechnet. Grundsätzlich wäre auch eine Indexberechnung mit Hilfe aufgeschätzter GP-Neunsteller möglich. Jedoch stehen ab Berichtsmonat Januar 1999 zunächst nur die monatlichen Produktionsergebnisse für den Auswahlberichtsreis zur Verfügung. Eine solche Aufschätzung ist deshalb frühestens nach Fertigstellung der Ergebnisse des ersten Quartals 1999 der Vierteljährlichen Produktionsstatistik möglich, also bei den Indizes für die Berichtsmonate Juni oder Juli 1999. Da die monatliche Konjunkturbeobachtung jedoch auf eine kontinuierliche Indexberichterstattung angewiesen ist, sollte die Fortschreibungsversion über den Auswahlberichtsreis beibehalten werden.

Die Ergebnisse der monatlichen Produktionserhebung für die ausgewählten Betriebe stellen, wie gesagt, die Fortschreibungsgrundlage für die Indizes dar. Dabei wird die gleiche Vorgehensweise wie beim Vierteljährlichen Produktionsindex angewendet. Die auf der Ebene der neunstelligen Güterpositionen anfallenden Produktionsdaten werden zu Güter-Sechststellern verdichtet und anschließend erfolgt die Bildung der Meßzahlen auf Basis 1995. Da in fast allen Fällen eine Wertfortschreibung erfolgt, müssen diese Wertmeßzahlen noch mit den dazu passenden Indizes der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte deflationiert werden. Diese gegebenenfalls preisbereinigten Meßzahlen werden dann zur Berechnung der einzelnen vierstelligen Wirtschaftszweigindizes herangezogen. Zur Aggregation der Sechststeller-Meßzahlen werden die gleichen

Gewichte wie beim Vierteljährlichen Produktionsindex verwendet. Dieses Vorgehen entspricht der bei früheren Index-Basisjahren (1976 und früher) angewandten Repräsentativgewichtung. Die Fortschreibungsmeßzahlen des 75%-Auswahlberichtsreises sind für die in der Meßzahlengewichtung verwendeten Produktionswerte des vollständigen Berichtsreises repräsentativ.

Die substantielle Änderung der monatlichen Indexfortschreibung ab Januar 1999 kann ein Grund für eine mögliche Beeinträchtigung der Saisonbereinigung sein. Das saisonale Verhalten der Fortschreibungsdaten des Produktions-Eilberichts muß – insbesondere auf tiefer Gliederungsebene – nicht zwangsläufig mit der Saisonbereinigung der neuen Fortschreibungsgrundlage übereinstimmen. Auch durch die Umstellung der bisher in rund 70 Wirtschaftszweigen behelfsweise verwendeten Umsatzangaben auf die methodisch einwandfreie Fortschreibung mit Produktionswerten könnten sich gewisse Beeinträchtigungen in der Schätzung der Saisonbereinigungsparameter ergeben. Es bleibt daher abzuwarten, wie schnell sich am aktuellen Rand die Verfahren zur Saisonbereinigung auf die grundsätzlichen neuen Gegebenheiten einstellen werden.

#### 4 Erste Ergebnisse der Indexberechnungen

Die Qualität der neuen monatlichen Indizes kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden. Erst wenn Informationen aus der Vierteljährlichen Produktionserhebung für das erste Quartal 1999 vorliegen, ist die Berechnung von Abweichungen möglich. Für die Vergangenheit ist lediglich ein Vergleich zwischen den Ergebnissen des Vierteljährlichen Index und dem auf der Grundlage des (veralteten) und die Wirtschaftszweige unausgewogen repräsentierenden) Eilberichts möglich. Für den Zeitraum vom 1. Quartal 1995 bis zum 4. Quartal 1998 enthält die Tabelle 3 eine solche Gegenüberstellung für den Index des Verarbeitenden Gewerbes und dessen wichtigste Gliederungspositionen. Es zeigt sich, daß auf

Tabelle 3 Vergleich der ursprünglichen mit den an die vierteljährlichen Eckwerte angepaßten Indizes für ausgewählte Bereiche  
Produktionsindex 1995 = 100  
Deutschland

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe			Vorleistungsgüterproduzenten			Investitionsgüterproduzenten			DG Chemische Industrie			24 4 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen		
	ursprünglich	angepaßt	Differenz in % des ursprünglichen Index	ursprünglich	angepaßt	Differenz in % des ursprünglichen Index	ursprünglich	angepaßt	Differenz in % des ursprünglichen Index	ursprünglich	angepaßt	Differenz in % des ursprünglichen Index	ursprünglich	angepaßt	Differenz in % des ursprünglichen Index
1995	100	100	x	100	100	x	100	100	x	100	100	x	100	100	x
1 Vj	99,8	99,8	+ 0,0	101,3	101,3	+ 0,0	94,4	94,7	+ 0,3	106,7	103,6	- 2,9	113,1	106,0	- 6,3
2 Vj	100,7	100,7	+ 0,0	102,1	102,0	- 0,1	99,8	99,4	- 0,4	102,7	102,2	- 0,5	98,5	99,3	+ 0,8
3 Vj	96,7	97,0	+ 0,3	98,1	98,0	- 0,1	96,3	97,2	+ 0,9	94,1	96,4	+ 2,4	91,7	98,2	+ 7,1
4 Vj	102,8	102,5	- 0,3	98,4	98,7	+ 0,3	109,5	108,7	- 0,7	96,6	98,0	+ 1,4	96,9	96,5	- 0,4
1996	100,1	100,4	+ 0,3	98,9	99,5	+ 0,6	101,4	101,0	- 0,4	101,5	105,1	+ 3,5	97,6	103,3	+ 5,8
1 Vj	97,5	98,0	+ 0,5	96,8	97,5	+ 0,7	95,6	95,5	- 0,1	102,4	104,7	+ 2,2	101,4	104,1	+ 2,7
2 Vj	99,6	99,9	+ 0,3	98,5	99,5	+ 1,0	101,4	100,5	- 0,9	101,6	105,9	+ 4,2	100,6	103,3	+ 2,7
3 Vj	98,8	99,5	+ 0,7	99,1	100,1	+ 1,0	98,9	99,1	+ 0,2	100,2	105,4	+ 5,2	95,3	104,6	+ 9,8
4 Vj	104,5	104,2	- 0,3	101,2	101,0	- 0,2	109,7	108,9	- 0,7	101,8	104,5	+ 2,7	93,1	101,1	+ 8,6
1997	104,0	104,5	+ 0,5	104,3	105,1	+ 0,8	106,0	105,2	- 0,8	106,6	110,9	+ 4,0	90,4	101,7	+12,5
1 Vj	96,6	97,1	+ 0,5	97,0	97,5	+ 0,5	93,9	94,1	+ 0,2	103,5	106,8	+ 3,2	89,7	99,0	+10,4
2 Vj	105,7	106,2	+ 0,5	106,7	107,2	+ 0,5	108,3	107,3	- 0,9	110,0	113,8	+ 3,5	93,4	105,1	+12,5
3 Vj	103,8	104,2	+ 0,4	105,3	106,4	+ 1,0	105,5	104,4	- 1,0	106,3	111,3	+ 4,7	89,5	101,1	+13,0
4 Vj	110,0	110,3	+ 0,3	108,2	109,1	+ 0,8	116,2	115,0	- 1,0	106,6	111,6	+ 4,7	89,1	101,4	+13,8
1998	110,2	110,4	+ 0,2	109,4	110,4	+ 0,9	115,6	113,9	- 1,5	105,4	111,6	+ 5,9	90,6	102,5	+13,1
1 Vj	106,6	107,2	+ 0,6	107,5	108,8	+ 1,2	107,5	106,3	- 1,1	109,5	115,5	+ 5,5	93,8	105,1	+12,0
2 Vj	109,5	110,0	+ 0,5	109,9	111,2	+ 1,2	114,0	112,4	- 1,4	107,4	114,5	+ 6,6	90,5	101,2	+11,8
3 Vj	109,5	109,8	+ 0,3	110,1	111,1	+ 0,9	114,3	112,9	- 1,2	104,4	109,8	+ 5,2	90,0	103,6	+15,1
4 Vj	115,0	114,4	- 0,5	110,0	110,3	+ 0,3	126,7	123,9	- 2,2	100,3	106,6	+ 6,3	88,1	100,2	+13,7

Tabelle 4: Vergleich der Veränderungsraten der ursprünglichen mit den an die Vierteljährlichen Eckwerte angepaßten Indizes für ausgewählte Bereiche

Deutschland  
Prozent

Zeitraum	Verarbeitendes Gewerbe				Vorleistungsgüterproduzenten				Investitionsgüterproduzenten				DG Chemische Industrie				24 4 Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen			
	Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode		Veränderung gegenüber der Vorperiode		Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode		Veränderung gegenüber der Vorperiode		Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode		Veränderung gegenüber der Vorperiode		Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode		Veränderung gegenüber der Vorperiode		Veränderung gegenüber der Vorjahresperiode		Veränderung gegenüber der Vorperiode	
	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt	ur-sprünglich	an-gepaßt
1995	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1 Vt	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2 Vt	-	-	+ 0,9	+ 0,9	-	-	+ 0,8	+ 0,7	-	-	+ 5,7	+ 5,0	-	-	- 3,7	- 1,4	-	-	- 12,9	- 6,3
3 Vt	-	-	- 4,0	- 3,7	-	-	- 3,9	- 3,9	-	-	- 3,5	- 2,2	-	-	- 8,4	- 5,7	-	-	- 6,9	- 1,1
4 Vt	-	-	+ 6,3	+ 5,7	-	-	+ 0,3	+ 0,7	-	-	+ 13,7	+ 11,8	-	-	+ 2,7	+ 1,7	-	-	+ 5,7	- 1,7
1996	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,4	- 1,1	- 0,5	- 1,1	- 0,5	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,5	+ 5,1	+ 1,5	+ 5,1	- 2,4	+ 3,3	- 2,4	+ 3,3
1 Vt	- 2,3	- 1,8	- 5,2	- 4,4	- 4,4	- 3,8	- 1,6	- 1,2	+ 1,3	+ 0,8	- 12,7	- 12,1	- 4,0	+ 1,1	+ 6,0	+ 6,8	- 10,3	- 1,8	+ 4,6	+ 7,9
2 Vt	- 1,1	- 0,8	+ 2,2	+ 1,9	- 3,5	- 2,5	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,1	+ 6,1	+ 5,2	+ 1,1	+ 3,6	- 0,8	+ 1,1	+ 2,1	+ 4,0	- 0,8	- 0,8
3 Vt	+ 2,2	+ 2,6	- 0,8	- 0,4	+ 1,0	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 2,7	+ 2,0	- 2,5	- 1,4	+ 6,5	+ 9,3	- 1,4	- 0,5	+ 3,9	+ 6,5	- 5,3	+ 1,3
4 Vt	+ 1,7	+ 1,7	+ 5,6	+ 4,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 10,9	+ 9,9	+ 5,4	+ 6,6	+ 1,6	- 0,9	- 3,9	+ 4,8	- 2,3	- 3,3
1997	+ 3,9	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,6	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,5	+ 4,2	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,0	+ 5,5	- 7,4	- 1,5	- 7,4	- 1,5
1 Vt	- 0,9	- 0,9	- 7,6	- 6,8	+ 0,2	+ 0,0	- 4,2	- 3,5	- 1,8	- 1,5	- 14,4	- 13,6	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	- 11,5	- 4,9	- 3,7	- 2,1
2 Vt	+ 6,1	+ 6,3	+ 9,4	+ 9,4	+ 8,3	+ 7,7	+ 10,0	+ 9,9	+ 6,8	+ 6,8	+ 15,3	+ 14,0	+ 8,3	+ 7,5	+ 6,3	+ 6,6	- 7,2	+ 1,7	+ 4,1	+ 6,2
3 Vt	+ 5,1	+ 4,7	- 1,8	- 1,9	+ 6,3	+ 6,3	- 1,3	- 0,7	+ 6,7	+ 5,3	- 2,6	- 2,7	+ 6,1	+ 5,6	- 3,4	- 2,2	- 6,1	- 3,3	- 4,2	- 3,8
4 Vt	+ 5,3	+ 5,9	+ 6,0	+ 5,9	+ 6,9	+ 8,0	+ 2,8	+ 2,5	+ 5,9	+ 5,6	+ 10,1	+ 10,2	+ 4,7	+ 6,8	+ 0,3	+ 0,3	- 4,3	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3
1998	+ 6,0	+ 5,6	+ 6,0	+ 5,6	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,9	+ 5,0	+ 9,1	+ 8,3	+ 9,1	+ 8,3	- 1,1	+ 0,6	- 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,8
1 Vt	+ 10,4	+ 10,4	- 3,1	- 2,8	+ 10,8	+ 11,6	- 0,6	- 0,3	+ 14,5	+ 13,0	- 7,5	- 7,6	+ 5,8	+ 9,1	+ 2,7	+ 3,5	+ 4,6	+ 6,2	+ 5,3	+ 3,6
2 Vt	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 5,3	+ 4,8	+ 6,0	+ 5,7	- 2,4	+ 0,6	- 1,9	- 0,9	- 3,1	- 3,7	- 3,5	- 3,7
3 Vt	+ 5,5	+ 5,4	+ 0,0	- 0,2	+ 4,6	+ 4,4	+ 0,2	- 0,1	+ 8,3	+ 8,1	+ 0,3	+ 0,4	- 1,8	- 1,3	- 2,8	- 4,1	+ 0,6	+ 2,5	- 0,6	+ 2,4
4 Vt	+ 4,5	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,2	+ 1,7	+ 1,1	- 0,1	- 0,7	+ 9,0	+ 7,7	+ 10,8	+ 9,7	- 5,9	- 4,5	- 3,9	- 2,9	- 1,1	- 1,2	- 2,1	- 3,3

dieser Ebene die konjunkturelle Entwicklung durch die monatlichen Indizes in befriedigender Weise abgebildet worden ist. Größere Divergenzen sind teilweise erst auf der Stufe der vierstelligen Wirtschaftszweige festzustellen.

Nach der Neugestaltung der Produktionserhebungen ist davon auszugehen, daß die Abweichungen zwischen monatlicher und vierteljährlicher Berechnung in Zukunft noch erheblich geringer ausfallen werden, da – bedingt durch die föderale Konzeption – in fast jedem Wirtschaftszweig künftig, wie eingangs bereits erwähnt, eine gütermäßige Repräsentation von zum Teil deutlich über 80% vorliegt.

### 5 Anpassung der monatlichen Indizes an die vierteljährlichen Eckwerte

Monatliche und vierteljährliche Indexberechnung sind inhaltlich identisch. Die verwendeten Gewichte sowohl auf der Ebene der Maßzahlenverdichtung (Sechssteller) als auch bei der Aggregation der Wirtschaftszweige (Viersteller der WZ 93) sind in beiden Systemen gleich. Da auch in der Fortschreibung formal dieselbe Klassifikation (GP 95) angewendet wird, ist eine Angleichung der beiden Indexergebnisse methodisch zu vertreten.

Die jeweils nach Fertigstellung eines Vierteljährlichen Index noch bestehenden Unterschiede zum Quartalsergebnis aus der monatlichen Berechnung werden ex post beseitigt, indem das Niveau der Monatsindizes entsprechend angeglichen wird. Die Anwendung der Anpassungsfaktoren erfolgt für alle Monate des zugehörigen Zeitraums in gleicher Weise, das heißt die Ergebnisse der monatlichen Berechnung werden um den jeweils gleichen Prozentsatz abgesenkt oder angehoben. Es ist nicht bekannt, in welchem Umfang die registrierten Unterschiede ihre Ursache in den Ergebnissen eines, zweier oder aller drei Monate haben. Deshalb ist diese proportionale An-

passung nur eine von verschiedenen denkbaren Korrektur-eingriffen. Es ist nicht auszuschließen, daß diese Art der Indexanpassung an den Quartalsübergängen der Monatsindizes Probleme bei der Saisonbereinigung bereiten könnte.

Die an die Vierteljährlichen Indizes angepaßten Monatsindizes für den Zeitraum von Januar 1995 bis Dezember 1997 können vom Statistischen Bundesamt als Arbeitsunterlage bezogen werden. Des Weiteren stehen sämtliche vierstelligen Wirtschaftszweigindizes im Informationssystem STATIS-BUND zur Verfügung.

Vorerst werden die monatlichen Indizes ohne Korrekturfaktoren erstellt, da die Verhältnisse zwischen monatlicher und vierteljährlicher Berechnung aus der Vergangenheit nicht für die neukonzipierte Erhebung ab Januar 1999 repräsentativ sind. Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, ob künftig auch die jeweils aktuellen, vorläufigen Monatsindizes mit geeigneten, zum Beispiel aus dem zugehörigen Vorjahresquartal stammenden Anpassungsfaktoren versehen werden können. Vor einer solchen Entscheidung müssen eventuelle Abweichungen zunächst über einen längeren Zeitraum beobachtet werden.

### 6 Termingestaltung und Indexkorrekturen in der Zukunft

Durch die Einbindung der Produktionsindizes in das System der Referenzindikatoren des Internationalen Währungsfonds werden jeweils für ein Jahr im voraus die Veröffentlichungstermine für die vorläufigen monatlichen Indizes festgelegt. Wie bisher schon, wird zunächst auch in Zukunft etwa drei Wochen später eine erste Berichtigung dieser Daten erfolgen. Wenn jedoch, wie zu hoffen ist, das Ausmaß dieser Korrektur deutlich unter den in der Vergangenheit beobachteten Revisionsmargen liegt, könnte auf diese erste Indexberichtigung verzichtet werden. In jedem

Fall werden die vorläufigen Monatsindizes dann verändert, wenn die Ergebnisse des zugehörigen Vierteljährlichen Index vorliegen; dies ist voraussichtlich etwa sechs bis acht Wochen nach Ende eines Berichtsquartals der Fall. Beispielsweise bedeutet dies, daß die vorläufigen Produktionsindizes für die Berichtsmonate Januar bis März mit der Veröffentlichung der vorläufigen Mai-Indizes revidiert und an das Niveau des Vierteljährlichen Index angepaßt werden.

Um den Nutzern der Produktionsindizes ein Übermaß an Indexkorrekturen zu ersparen, wird nur noch eine weitere, dann endgültige Berichtigung sowohl der monatlichen als auch der Vierteljährlichen Produktionsindizes vorgenommen, und zwar nach Abschluß der Jahreskorrektur für die Vierteljährliche Produktionserhebung, also voraussichtlich mit Berichtsmonat Mai des Folgejahres.

*Dr. Norbert Herbel/  
Dipl.-Volkswirt Joachim Weisbrod*

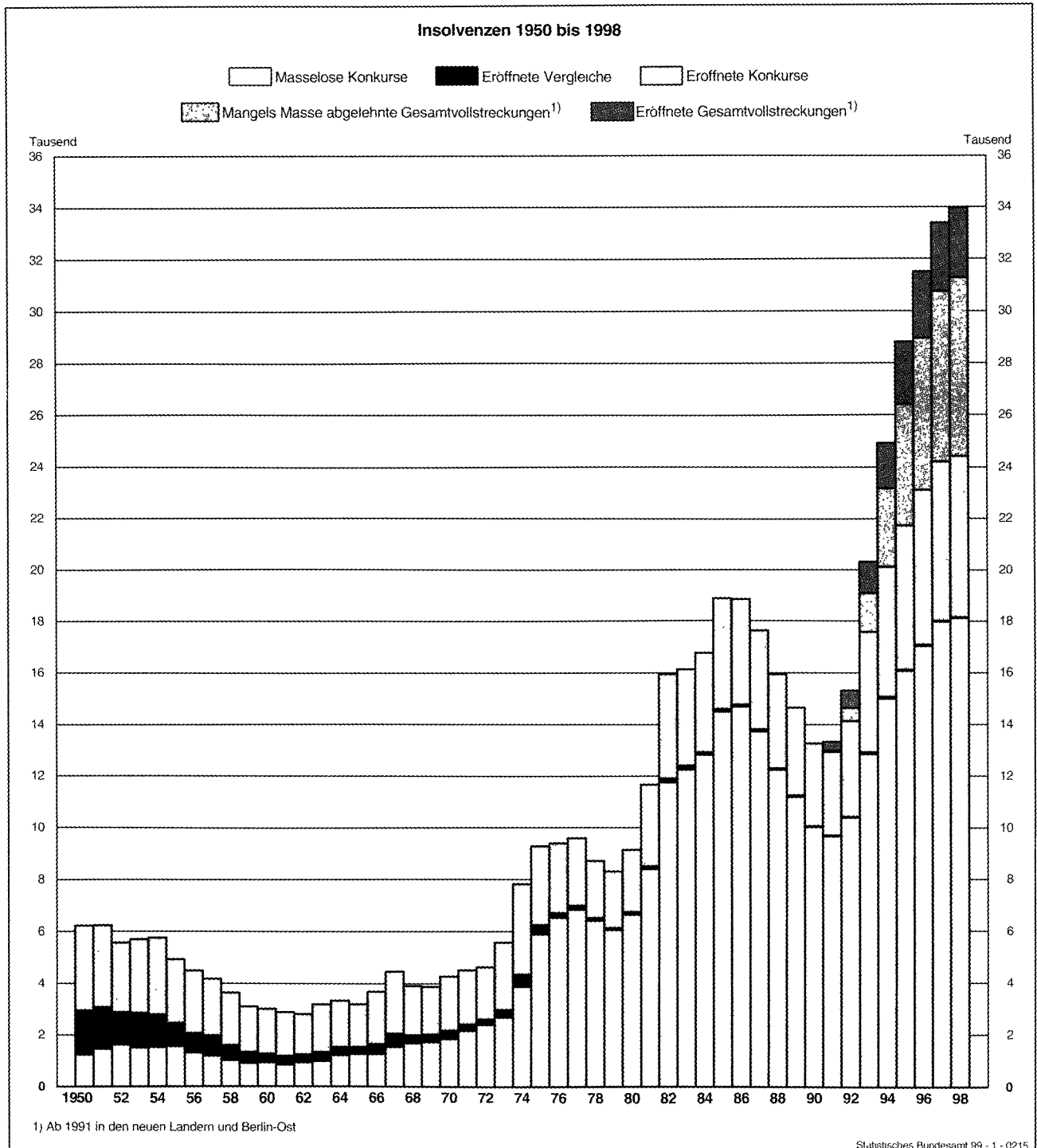
# Insolvenzen 1998

## Vorbemerkung

Am 31. Dezember 1998 endete die Geltungsdauer der Konkursordnung, mit deren Vorschriften beinahe 120 Jahre in Deutschland die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von Unternehmen bzw. Privatpersonen geregelt wurde. Eine Beobachtung der Konkurszahlen fand anfänglich nur im Rahmen der Justizgeschäftsstatistiken statt. Nachdem

erkannt worden war, daß eine zuverlässige Konkursstatistik die Mitwirkung der Konkursgerichte erfordert, brachte der Abgeordnete Grober 1894 im Reichstag eine Resolution ein, die den Reichskanzler um die Durchführung einer amtlichen Konkursstatistik ersuchte. Am 29. November 1894 erließ der Bundesrat die entsprechende Bestimmung. Danach wurde ab 1. Januar 1895 jeder Konkurs zu Beginn und am Ende des Verfahrens erfaßt, wobei jeweils eine Zählkarte durch die Gerichte auszufüllen war. Dieses Erhebungsverfahren gilt im Prinzip bis heute.

Im Jahr 1935 kam die ebenfalls bis Ende letzten Jahres gültige Vergleichsordnung hinzu. Ihr lag der Gedanke



zugrunde, daß auch bei Konkursreife eines Schuldners die Aufrechterhaltung des Unternehmens im Interesse von Schuldner und Gläubiger liegen kann, um auf diese Weise eine allmähliche Reduzierung der Verbindlichkeiten zu erreichen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost galt bis Ende 1998 noch die 1990 vom ehemaligen Ministerrat der DDR erlassene Gesamtvollstreckungsordnung. Alle drei Rechtsvorschriften wurden am 1. Januar 1999 durch eine neue Insolvenzordnung abgelöst. Dies hat zur Folge, daß die Unterscheidung zwischen Konkurs-, Vergleichs- und Gesamtvollstreckungsverfahren künftig entfällt und es nur noch Insolvenzen gibt. In der neuen Insolvenzordnung sind jedoch viele Elemente der alten Vorschriften, insbesondere der Konkursordnung, erhalten geblieben.

Die Konkursstatistik hatte in ihren Anfängen einen umfangreicheren Erhebungskatalog als dies zuletzt der Fall war. Ursprünglich wurden auch Abwicklungsdauer und Verfahrenskosten nachgewiesen.

Mit Einführung der neuen Insolvenzordnung zum Jahresbeginn 1999 wurde es notwendig, für die Durchführung der Insolvenzstatistik selbst eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen. Ein solches Gesetz befindet sich zur Zeit in Vorbereitung. Nach dem Gesetzentwurf könnten nicht nur sämtliche Varianten der Insolvenzabwicklung nachgewiesen, sondern durch zusätzliche Informationen, wie beispielsweise Angaben zur Unternehmensgröße, auch weiter die Transparenz im Insolvenzgeschehen verbessert werden.

### Insolvenzzahlen in der längerfristigen Betrachtung

Blickt man auf die Insolvenzzahlen der letzten 100 Jahre zurück, so spiegeln sie eindrucksvoll den wechselvollen Verlauf deutscher Wirtschaftsgeschichte. Die höchste Insolvenzzahl wurde während der Weltwirtschaftskrise verzeichnet, als 1931 die Zahl der Insolvenzen auf rund 28 000 anstieg. Erst Mitte der 90er Jahre wurden wieder so hohe Insolvenzzahlen ermittelt, allerdings unter völlig an-

Tabelle 1. Langfristige Insolvenzentwicklung

Jahr	Konkurse <sup>1)</sup>	Vergleiche <sup>2)</sup>	Jahr	Konkurse/ Gesamtvollstreckungs- verfahren <sup>1)</sup>	Vergleiche <sup>2)</sup>
Reichsgebiet			Früheres Bundesgebiet		
1895	7 111		1960	2 699	343
1896	6 760		1961	2 549	348
1897	6 997		1962	2 531	296
1898	7 364		1963	2 862	333
1899	7 742		1964	3 029	309
1900	8 558		1965	2 928	267
1901	10 569		1966	3 301	382
1902	9 826		1967	3 930	530
1903	9 627		1968	3 582	331
1904	9 511		1969	3 578	304
1905	9 357		1970	3 943	324
1906	9 401		1971	4 255	252
1907	9 855		1972	4 410	209
1908	11 571		1973	5 277	301
1909	11 005		1974	7 352	462
1910	10 783		1975	8 942	355
1911	11 031		1976	9 221	181
1912	12 094		1977	9 444	147
1913	12 756		1978	8 639	104
1925	14 805		1979	8 253	81
1926	15 829		1980	9 059	94
1927	7 870		1981	11 580	107
1928	10 595	3 147	1982	15 807	152
1929	13 180	5 001	1983	15 999	145
1930	15 486	7 178	1984	16 698	91
1931	19 254	8 628	1985	18 804	105
1932	14 138	6 189	1986	18 793	82
1933	7 954	1 476	1987	17 543	84
1934	6 219	774	1988	15 887	57
1935	5 955	773	1989	14 607	57
1936	5 266	569	1990	13 243	42
1937	4 514	421			
1938	3 740	275			
Früheres Bundesgebiet <sup>3)</sup>			Deutschland <sup>4)</sup>		
1949	3 080	1 146	1991	13 304	39
1950	4 235	1 684	1992	15 279	37
1951	4 575	1 612	1993	20 243	73
1952	4 327	1 221	1994	24 886	67
1953	4 352	1 312			
1954	4 461	1 226	1995	28 759	56
1955	4 023	867	1996	31 456	53
1956	3 732	715	1997	33 363	35
1957	3 406	770	1998	33 947	30
1958	3 078	569			
1959	2 691	430			

<sup>1)</sup> Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Verfahren – <sup>2)</sup> Eröffnete Vergleichsverfahren – <sup>3)</sup> 1949 bis 1957 ohne Saarland – <sup>4)</sup> Ab 1991 einschli. neue Länder und Berlin-Ost



deren Voraussetzungen. Zunächst ist zu beachten, daß es heute trotz des kleineren Gebietsstandes wesentlich mehr Unternehmen gibt als damals. Zudem war der Anteil der Vergleichsverfahren, also der Fälle mit verhältnismäßig günstigen Aussichten für den Fortbestand des gefährdeten Unternehmens, damals mit rund 30% ungleich höher als heute. 1998 führten nämlich nur noch 0,1% aller Insolvenzanträge zur Eröffnung eines Vergleichsverfahrens. Zudem wurden damals knapp drei Viertel aller Konkursverfahren auch eröffnet, mit dem Ziel, das restliche Vermögen der Schuldner an die Gläubiger zu verteilen. Nur ein Viertel aller Konkursanträge wurde damals abgewiesen, weil vom Schuldner nicht einmal die Kosten des Verfahrens aufgebracht werden konnten. In den letzten Jahren war das Verhältnis genau umgekehrt, das heißt nur noch ein Viertel aller Konkursanträge wurde eröffnet, aber drei Viertel der Fälle abgelehnt.

Die niedrigste Insolvenzzahl überhaupt wurde 1962 in der Zeit des „Wirtschaftswunders“ mit rund 2800 Insolvenzen verzeichnet. Danach folgte, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, unter Schwankungen ein fast stetiger Anstieg der Insolvenzen, der 1985 zu einem ersten Höchststand von fast 19000 Insolvenzen führte. Zwar kam es in der Folgezeit wieder zu niedrigeren Insolvenzzahlen, doch im Anschluß

an die deutsche Vereinigung setzte erneut ein Anstieg ein. Dieser schwächte sich zwar ab Mitte der 90er Jahre ab, trotzdem kam es bis 1998 zu immer neuen Höchstständen. 1998 wurde mit knapp 34000 Insolvenzen die bisher höchste Insolvenzzahl verzeichnet.

In den 104 Jahren ihres Bestehens, also von 1895 bis 1998, wurden von der amtlichen Insolvenzstatistik 891 903 Insolvenzfälle gezählt. Als Insolvenzen gelten dabei alle eröffneten und alle mangels Masse abgelehnten Konkurs- und Gesamtvollstreckungsverfahren sowie alle eröffneten Vergleichsverfahren.

### Gesamtbild 1998

Die Gesamtzahl der Insolvenzen belief sich 1998 in Deutschland auf 33977, darunter 27828 von Unternehmen. Gegenüber 1997 ist dies eine Zunahme der Gesamtzahl um 1,7% und der Unternehmensinsolvenzen um 1,3%. Im Vergleich mit den Zuwachsraten in der ersten Hälfte der 90er Jahre war der Anstieg sehr gering (siehe Tabelle 2).

Der Jahresverlauf 1998 war von zwei unterschiedlichen Entwicklungen geprägt: Während sich in der ersten Jahreshälfte der langjährige Anstieg noch fortsetzte, kam es ab Mitte 1998 zu einem Rückgang der Insolvenzzahlen, der bis

Tabelle 2. Entwicklung der Insolvenzen<sup>1)</sup>

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren				Insolvenzen				
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	zusammen	Vergleichsverfahren eröffnet	insgesamt	darunter Unternehmen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
							insgesamt	darunter Unternehmen	
Anzahl							%		
Früheres Bundesgebiet									
1950	3 286	1 211	4 497	1 721	5 735	5 168	+ 35,7	+ 27,7	
1960	1 742	947	2 689	343	2 958	2 358	- 2,2	- 2,3	
1970	2 081	1 862	3 943	324	4 201	2 716	+ 10,3	+ 8,9	
1980	2 420	6 639	9 059	94	9 140	6 315	+ 9,9	+ 15,2	
1981	3 162	8 418	11 580	107	11 653	8 494	+ 27,5	+ 34,5	
1982	4 043	11 764	15 807	152	15 876	11 915	+ 36,2	+ 40,3	
1983	3 747	12 252	15 999	145	16 114	11 845	+ 1,5	- 0,6	
1984	3 872	12 826	16 698	91	16 760	12 018	+ 4,0	+ 1,5	
1985	4 292	14 512	18 804	105	18 876	13 625	+ 12,6	+ 13,4	
1986	4 096	14 695	18 793	82	18 842	13 500	- 0,2	- 0,9	
1987	3 800	13 743	17 543	84	17 589	12 098	- 6,7	- 10,4	
1988	3 649	12 238	15 687	57	15 936	10 562	- 9,4	- 12,7	
1989	3 403	11 204	14 607	57	14 643	9 590	- 8,1	- 9,2	
1990	3 214	10 029	13 243	42	13 271	8 739	- 9,4	- 9,0	
1991	3 236	9 667	12 903	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3	
1992	3 691	10 403	14 094	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4	
1993	4 629	12 853	17 482	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5	
1994	5 053	14 997	20 050	67	20 092	14 926	+ 14,6	+ 16,4	
1995	5 616	16 072	21 688	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3	
1996	6 053	17 010	23 063	53	23 078	18 111	+ 6,3	+ 10,0	
1997	6 195	17 962	24 177	35	24 212	19 348	+ 4,9	+ 6,8	
1998	6 268	18 134	24 402	30	24 432	19 213	+ 0,9	- 0,7	
Neue Länder und Berlin-Ost									
1991	328	73	401	x	401	392	x	x	
1992	669	516	1 185	x	1 195	1 092	+ 195,5	+ 178,6	
1993	1 213	1 548	2 761	x	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1	
1994	1 779	3 057	4 836	x	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1	
1995	2 408	4 663	7 071	x	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2	
1996	2 557	5 836	8 393	x	8 393	7 419	+ 18,7	+ 26,3	
1997	2 639	6 547	9 186	x	9 186	8 126	+ 9,4	+ 9,5	
1998	2 695	6 850	9 545	x	9 545	8 615	+ 3,9	+ 6,0	
Deutschland									
1991	3 564	9 740	13 304	39	13 323	9 837	x	x	
1992	4 360	10 919	15 279	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6	
1993	5 842	14 401	20 243	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7	
1994	6 832	18 054	24 886	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4	
1995	8 024	20 735	28 759	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6	
1996	9 610	22 846	31 456	53	31 471	25 530	+ 9,3	+ 14,3	
1997	8 834	24 529	33 363	35	33 398	27 474	+ 6,1	+ 7,6	
1998	8 963	24 984	33 947	30	33 977	27 828	+ 1,7	+ 1,3	

<sup>1)</sup> Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren.

November anhielt. Der erneute Anstieg am Jahresende ist vor allem im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Insolvenzrechts zu sehen. Um in der Statistik eine Trennung der Insolvenzen, die nach altem und nach neuem Insolvenzrecht abgewickelt werden, vornehmen zu können, wurden beim Jahresabschluß 1998 möglichst viele Fälle einbezogen, die noch nach altem Recht beantragt worden waren, über deren Eröffnung bzw. Ablehnung die Gerichte aber erst Anfang 1999 entschieden haben. Für Insolvenzanträge, die im vergangenen Jahr gestellt wurden, gelten, auch wenn erst 1999 darüber befunden wird, noch die alten Rechtsvorschriften. Zudem wurde im Zuge der Insolvenzrechtsreform in einigen Ländern die Zahl der Insolvenzgerichte reduziert. Bei dieser Umstrukturierung durfte es auch vermehrt zum Aufarbeiten von „Altfällen“ bei den Gerichten gekommen sein. Ohne diesen Effekt hätte der Trend zurückgehender Insolvenzzahlen vermutlich auch im Dezember angehalten, so daß 1998 keine weitere Zunahme der Insolvenzen verzeichnet worden wäre.

Im früheren Bundesgebiet sind die Insolvenzen in diesem Jahrzehnt moderater gestiegen als in den neuen Ländern. 1998 wurde auch nur noch eine leichte Zunahme der Gesamtzahl um 0,9% verzeichnet. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen war sogar um 0,7% niedriger als 1997. Von den insgesamt 24 432 Insolvenzen – darunter 30 eröffnete Vergleichsverfahren – bezogen sich 19 213 auf Unternehmen. Die übrigen 5 219 Insolvenzen betrafen vor allem 2 864 natürliche Personen sowie 2 233 Nachlaßkonkurse. Bei den natürlichen Personen dürfte es sich vor allem um persönlich haftende Gesellschafter bzw. Gesellschafter, bei denen die sogenannte Durchgriffshaftung angewandt wurde, handeln, weiterhin um Familienangehörige, die durch Bürgschaft oder Schuldbeitritt eine Mithaftung übernommen haben. Auf jeden Fall zählt dazu nicht der Personenkreis, der ab 1999 für ein sogenanntes Verbraucherinsolvenzverfahren in Frage kommt. Die Insolvenzen der natürlichen Personen haben 1998 um 9,7%

gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Möglicherweise wirkt sich der Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zum Jahresende erst mit zeitlicher Verzögerung auf die Insolvenzzahlen dieser Schuldner aus, die meistens in Zusammenhang mit einer Unternehmensinsolvenz stehen.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost sind die Insolvenzen 1998 bei weitem nicht mehr so stark gestiegen wie in den vorangegangenen Jahren, als es teilweise zu einer Verdoppelung, 1992 sogar fast zur Verdreifachung der Insolvenzzahlen gekommen ist. 1998 wurde eine Zunahme der Gesamtzahl um 3,9% und der Unternehmensinsolvenzen um 6,0% verzeichnet. Ansonsten entsprach die Entwicklung im Jahresverlauf 1998 in etwa der im früheren Bundesgebiet, die Abschwächung ist allerdings erst im September 1998 eingetreten. Mit insgesamt 9 545 Insolvenzen, darunter 8 615 von Unternehmen, ist die Insolvenzhäufigkeit (Insolvenzen bezogen auf den Unternehmensbestand) in den neuen Ländern allerdings mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen kamen 1998 in den neuen Ländern 211 Insolvenzen, im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost) dagegen nur 83. Weitgehend angenähert an die Verhältnisse im Westen haben sich die sogenannten Eröffnungsquoten, das heißt der Anteil der eröffneten Insolvenzverfahren an den beantragten Verfahren während in den ersten Jahren nach der deutschen Vereinigung in den neuen Ländern noch mehr Verfahren eröffnet als mangels Masse abgelehnt worden sind, wurden 1998, wie im Westen, nur wenig mehr als ein Viertel aller Anträge auch eröffnet. Größere Unterschiede im Insolvenzgeschehen bestehen zwischen Ost und West dagegen hinsichtlich der betroffenen natürlichen Personen und der Nachlaßinsolvenzen. Während diese Gruppe zusammen in den neuen Ländern 1998 nur einen Anteil von 10% ausmachte, war dieser im Westen doppelt so hoch. Insbesondere die Nachlaßkonkurse haben mit einem Anteil von 2% keine große Bedeutung, im Westen dagegen mit 9% erheblich mehr.

Tabelle 3. Zusammensetzung der Insolvenzen

Jahr	Ins-gesamt	Unternehmen		Übrige Gemeinschaftsdner			
				natürliche Personen	Nach-lasse	zusam-men	
						Anzahl	%
Früheres Bundesgebiet							
1992	14 117	9 828	69,6	2 351	1 870	86	30,4
1993	17 537	12 821	73,1	2 652	1 963	101	26,9
1994	20 092	14 926	74,3	3 021	2 029	129	25,6
1995	21 714	16 470	75,8	3 010	2 140	94	24,2
1996	23 078	18 111	78,5	2 663	2 166	138	21,5
1997	24 212	19 346	79,9	2 611	2 153	100	20,1
1998	24 432	19 213	78,6	2 864	2 233	122	21,4
Neue Länder und Berlin Ost							
1992	1 185	1 092	92,2	68	21	4	7,8
1993	2 761	2 327	84,3	359	45	30	15,7
1994	4 836	3 911	80,9	791	73	61	19,1
1995	7 071	5 874	83,1	988	131	78	16,9
1996	8 393	7 419	88,4	724	182	68	11,6
1997	9 186	8 126	88,5	751	244	65	11,5
1998	9 545	8 615	90,3	687	213	30	9,7
Deutschland							
1992	15 302	10 920	71,4	2 419	1 891	72	28,6
1993	20 298	15 143	74,6	3 011	2 008	131	25,4
1994	24 928	18 837	75,6	3 812	2 102	190	24,5
1995	28 785	22 344	77,6	3 998	2 271	172	22,4
1996	31 471	25 530	81,1	3 387	2 348	206	18,9
1997	33 398	27 474	82,3	3 362	2 397	165	17,7
1998	33 977	27 828	81,9	3 551	2 446	152	18,1

### Voraussichtliche Forderungen

Beim Nachweis der Insolvenzzahlen bleibt die Größe der betroffenen Unternehmen unberücksichtigt, das heißt Großunternehmen und Kleingewerbe werden gleichermaßen zusammengefaßt. Es ist deshalb notwendig, neben der zahlenmäßigen Entwicklung auch auf die voraussichtlichen Forderungsverluste einzugehen, zumal andere Informationen über die Unternehmensgröße nicht zur Verfügung stehen. Unmittelbar nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens bzw. nach Abweisung des Antrags wegen Masselosigkeit erheben oder schätzen die Gerichte die voraussichtlichen Verbindlichkeiten der Schuldner. Während die Gerichte für die eröffneten Verfahren zuverlässige Angaben machen können, bereiten ihnen Aussagen zur Höhe der Forderungen bei Ablehnung des Insolvenzantrages erhebliche Mühe. Hier sind sie allein auf die Auskünfte der Schuldner angewiesen, ohne möglicherweise sämtliche Gläubiger zu kennen. Die tatsächlichen Forderungen und das vorhandene Vermögen werden im Falle der Verfahrenseröffnung nach Abschluß des Verfahrens als finanzielles Ergebnis in einer gesonderten

Tabelle 4. Voraussichtliche Forderungen bei Insolvenzen

Forderungen	Einheit	1980	1985	1990	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Früheres Bundesgebiet											
Forderungen	Mrd DM	3,8	12,7	6,8	10,9	23,5	28,9	23,8	30,9	26,2	27,0
Durchschnittliche Forderungen je Fall	Mill DM	0,5	0,7	0,6	0,8	1,4	1,5	1,1	1,3	1,1	1,1
Neue Länder und Berlin-Ost											
Forderungen	Mrd DM	x	x	x	4,2	5,5	6,1	8,9	12,0	12,4	12,3
Durchschnittliche Forderungen je Fall	Mill DM	x	x	x	3,5	2,0	1,3	1,3	1,4	1,3	1,3
Deutschland											
Forderungen	Mrd DM	3,8	12,7	6,8	15,1	29,0	35,0	32,7	42,9	38,5	39,3
Durchschnittliche Forderungen je Fall	Mill DM	0,5	0,7	0,6	1,0	1,4	1,4	1,1	1,4	1,2	1,2

Veröffentlichung nachgewiesen. Für die mangels Masse abgelehnten Insolvenzanträge sind die oft nur geschätzten Forderungen die einzige Quelle für das Ausmaß des zu erwartenden finanziellen Schadens. Trotz einer möglichen Untererfassung der Forderungen im Falle der Ablehnung des Insolvenzantrags vermitteln diese Angaben zumindest Hinweise über die Entwicklung und Größenordnung der zu erwartenden Forderungsausfälle. Die vorläufigen Ergebnisse lassen den Schluß zu, daß die finanzielle Bedeutung der Insolvenzzahlen von 1998 der des Vorjahres entspricht. Die ermittelten Gesamtforderungen beliefen sich in Deutschland 1998 auf 39,3 Mrd. DM.

Die Zunahme der Gesamtforderungen um 2% gegenüber 1997 entsprach damit der zahlenmäßigen Entwicklung der Insolvenzen. Die durchschnittliche Forderungshöhe war mit 1,2 Mill. DM je Insolvenzfall ebenso hoch wie im Vorjahr (siehe Tabelle 4).

Im früheren Bundesgebiet hatten knapp 40% der Schuldner Verbindlichkeiten von weniger als 100 000 DM. In 16,1% aller Fälle überstiegen die Forderungen die Millionengrenze. Die Gerichte bezifferten die Gesamtforderungen 1998 auf 27 Mrd. DM.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist dagegen der Anteil der Fälle mit hohen Verbindlichkeiten wesentlich größer als im Westen. Nur bei rund 24% der Insolvenzanträge standen Forderungen von weniger als 100 000 DM zu Buche, dagegen ein ebenso hoher Anteil, bei dem die Gläubiger Forderungen von mehr als 1 Mill. DM nachgewiesen haben (siehe Tabelle 5). Die Gesamtsumme der

Tabelle 5: Struktur nach Forderungsgrößenklassen 1998  
Prozent

Großenklassen der Forderungen von bis unter DM	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Deutschland
unter 100 000	39,5	23,7	35,1
100 000 – 500 000	33,0	37,0	34,1
500 000 – 1 Mill	11,4	15,6	12,6
1 Mill. und mehr	16,1	23,7	18,2
dar 10 Mill. und mehr	1,8	1,9	1,8

ermittelten Forderungen war mit 12,3 Mrd. DM etwa ebenso hoch wie im Vorjahr. Sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern zeigte sich, daß 1998 der Anteil der Fälle mit geringerer finanzieller Bedeutung zugenommen hat, der Anteil der schwerwiegenden Zusammenbrüche damit etwas niedriger war.

### Rechtsform, Wirtschaftszweig und Alter der Unternehmen

Außer zu den Forderungen machen die Gerichte auch Angaben über die Rechtsform, den Geschäftszweig und zum Alter des Unternehmens, das nach zwei Klassen (unter 8 Jahre/8 Jahre und älter) unterschieden wird (siehe Tabelle 6).

Von den 19213 Unternehmen, die 1998 im früheren Bundesgebiet den Gang zu einem Konkursgericht antreten mußten, waren knapp 60% als GmbH ins Handelsregister eingetragen, weitere 5% als GmbH & Co. KG. Der Anteil der echten Personengesellschaften (KG, OHG) machte gerade 1% aus. Die ebenfalls den Personengesellschaften zugerechneten Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) sind bisher nicht insolvenzfähig gewesen. Im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer GbR richtete sich der Antrag gegen die Gesellschafter, die sowohl natürliche als auch juristische Personen sein können. Nach neuem Insolvenzrecht ist künftig ein Insolvenzverfahren gegen eine solche Personengesellschaft zulässig. Weitere 23% aller Insolvenzen gegen Unternehmen richteten sich gegen nicht in ein Register eingetragene Unternehmen, also beispielsweise gegen Kleingewerbetreibende oder freiberuflich Tätige. Die Zu- bzw. Abnahmen gegenüber dem Vorjahr bestätigen die im Zusammenhang mit den Forderungen gewonnenen Erkenntnisse: Die Insolvenzen von Unternehmen, bei denen eine gewisse Substanz zu vermuten ist, also von GmbH und Personengesellschaften, sind 1998 zurückgegangen, die Insolvenzen von Kleingewerbetreibenden haben dagegen zugenommen.

Die Klassifizierung des Geschäftszweigs der betroffenen Unternehmen erfolgt anhand der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). Danach gab es die meisten Insolvenzen 1998 in der Baubranche, das waren knapp ein Viertel der von einem Insolvenzverfahren betroffenen Unternehmen. Ein fast ebenso hoher Anteil mit jeweils 24% entfiel auf Handelsunternehmen sowie auf den Bereich „Sonstige Dienstleistungen“. Zu letzterer Kategorie zählen insbesondere Bauträger, Makler, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen, Architekten, Ingenieure und Reinigungsunternehmen. Deutliche Zunahmen ihrer Insolvenzzahlen verzeichneten beispielsweise spezielle Bereiche der Baubranche, wie Gipsereien, Fliesenleger, Maler und Glaser usw. (+ 12,7%), der Einzelhandel (+ 9,8%) und das Gastgewerbe (+ 8,1%). Zu weniger Insol-

Tabelle 6: Insolvenzen 1998 nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen und Alter der Unternehmen

Rechtsform Wirtschaftszweig Alter der Unternehmen	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost			Deutschland		
	zusammen	Veränderung gegenüber 1997 in %	Insolvenz- häufigkeit <sup>1)</sup>	zusammen	Veränderung gegenüber 1997 in %	Insolvenz- häufigkeit <sup>1)</sup>	insgesamt	Veränderung gegenüber 1997 in %	Insolvenz- häufigkeit <sup>1)</sup>
Unternehmen insgesamt	19213	- 0,7	83 <sup>2)</sup>	8615	+ 6,0	211 <sup>3)</sup>	27828	+ 1,3	101
nach Rechtsformen									
Einzelunternehmen <sup>4)</sup>	6419	+ 5,6	-	3277	+ 13,3	-	9696	+ 8,1	49
Personengesellschaften	1161	- 6,7	-	295	+ 23,4	-	1456	- 1,9	44
GmbH	11462	- 3,6	-	4951	+ 2,0	-	16413	- 2,0	276
Aktiengesellschaften, KGaA	67	+ 28,8	-	12	+ 20,0	-	79	+ 27,4	235
Übrige Rechtsformen	104	+ 23,8	-	80	- 37,5	-	184	- 13,2	39
nach Wirtschaftszweigen									
Verarbeitendes Gewerbe	2398	- 7,8	-	889	- 10,9	-	3287	- 8,6	112
Baugewerbe	4710	+ 1,3	-	3402	+ 8,4	-	8112	+ 4,2	265
Handel	4569	- 0,2	-	1575	+ 2,8	-	6144	+ 0,5	82
Gastgewerbe	1256	+ 8,1	-	563	+ 8,9	-	1819	+ 8,3	70
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	1146	- 4,1	-	322	- 11,3	-	1468	- 5,8	117
Kredit- und Versicherungsgewerbe	163	- 3,6	-	28	- 3,4	-	191	- 3,5	111
Sonstige Dienstleistungen	4656	- 0,2	-	1602	+ 17,1	-	6258	+ 3,7	66
Übrige Wirtschaftsbereiche	315	- 3,1	-	234	+ 28,6	-	549	+ 8,3	79
nach dem Alter der Unternehmen									
bis unter 8 Jahre	13756	- 0,5	-	8084	+ 3,2	-	21840	+ 0,8	-
8 Jahre und älter	5457	- 1,1	-	531	+ 81,8	-	5988	+ 3,1	-

<sup>1)</sup> Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1996 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 32 500 DM), Ausnahmen GmbH, AG bzw. KGaA. Statistik der Kapitalgesellschaften 1993. Anzahl für Hessen geschätzt -<sup>2)</sup> Einschl. Berlin-Ost -<sup>3)</sup> Ohne Berlin-Ost -<sup>4)</sup> Einschl. nicht ins Handelsregister eingetragener Unternehmen

venzen kam es vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (-7,8%).

Jüngere Unternehmen geraten häufiger in Zahlungsschwierigkeiten als ältere. Über 70% aller insolventen Unternehmen hatten 1998 weniger als 8 Jahre bestanden.

Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost richteten sich die meisten Anträge (57%) gegen Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Fast 35% waren nicht in ein Register eingetragene Unternehmen, also Kleingewerbetreibende und Freiberufler. Im Westen ist dieser Anteil mit 23% deutlich geringer. Alle übrigen Rechtsformen spielen hier keine wesentliche Rolle.

Das Baugewerbe ist in den neuen Ländern mit Abstand derjenige Wirtschaftszweig, in dem es am häufigsten zu einem Insolvenzantrag gekommen ist. Fast 40% aller Unternehmensinsolvenzen registrierten die Gerichte im Baugewerbe, im Westen waren es nur 25%. Es folgen der Handel und die Kategorie „Sonstige Dienstleistungen“, die jeweils über 18% ausmachen. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes war mit 10% ähnlich hoch wie im Westen. Im Vorjahresvergleich zeigen sich ähnliche Entwicklungen wie in den alten Bundesländern.

Die Mehrzahl der vorhandenen Unternehmen wurde in den neuen Ländern nach dem Beitritt gegründet. Dementsprechend unterscheidet sich die Altersstruktur der Insolvenzen von der im früheren Bundesgebiet. Knapp 94% aller Unternehmen, die 1998 insolvent wurden, waren nach 1990, also nach der deutschen Vereinigung gegründet worden (West: 73%). Nur 6% der insolventen Unternehmen haben demnach länger als 8 Jahre bestanden.

Um die Bedeutung der Insolvenzen nach Branchen, Rechtsformen sowie auch nach Bundesländern besser beurteilen zu können, werden sie auf den Unternehmensbestand bezogen. Die Anzahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen eignet sich jedoch nur bedingt als Bezugszahl, da beispielsweise die Zahl der GmbH stark unter-

repräsentiert ist. Viele dieser Gesellschaften fungieren beispielsweise nur als Mantelgesellschaften, persönlich haftende Gesellschafter oder als Organgesellschaft und haben keine steuerpflichtigen Umsätze. Es wird daher für die Kapitalgesellschaften ersatzweise auf die 1993 eingestellte Bestandsstatistik der Kapitalgesellschaften zurückgegriffen. Die auf dieser Grundlage errechneten Quoten bestätigen die schon oben beschriebenen Erkenntnisse, daß die GmbH und die Baubranche mit 276 bzw. 265 Insolvenzen je 10000 Unternehmen am häufigsten von einem Insolvenzverfahren betroffen sind.

### Bezieher von Konkursausfallgeld

Nach § 141 des Arbeitsförderungsgesetzes haben Arbeitnehmer, die in einem Unternehmen beschäftigt sind, gegen das ein Insolvenzverfahren eingeleitet wurde, Anspruch auf ein sogenanntes Konkursausfallgeld. Es ersetzt rückständige Löhne und Gehälter bis maximal 3 Monate vor dem Konkurs- bzw. Gesamtvollstreckungsantrag. Es wird nicht nur bezahlt, wenn das Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird, sondern auch, wenn die Betriebs-tätigkeit vollständig beendet wurde. In dem zuletzt genannten Fall ist ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nicht gestellt worden, weil er offensichtlich mangels Masse nicht in Betracht kam.

Die Zahl der Konkursausfallgeldbezieher wird beispielsweise dafür verwendet, um die Zahl der von einem Insolvenzverfahren betroffenen Arbeitnehmer abzuschätzen. Im Jahr 1998 haben im früheren Bundesgebiet 150000 Personen und in den neuen Ländern und Berlin-Ost 101000 Personen Konkursausfallgeld bezogen. Gemessen an der Zahl der Unternehmensinsolvenzen waren dies rund 8 Personen je Insolvenzfall im Westen, im Osten waren es 12 Personen. Die Zahl der Bezieher solcher Mittel ist 1998 erneut niedriger gewesen als 1997. Dies bestätigt die zuvor getroffene Einschätzung, daß die durchschnittliche Größe der betroffenen Unternehmen rückläufig ist.

### Bezieher von Konkursausfallgeld<sup>1)</sup>

1 000

1975	1980	1990	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Früheres Bundesgebiet								
98	62	63	126	128	134	160	157	150
Neue Länder und Berlin-Ost								
x	x	x	41	62	86	107	105	101
Deutschland								
98	62	63	167	190	220	267	262	251

<sup>1)</sup> Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

### Insolvenzen in den Ländern

Tabelle 7 zeigt, daß die Insolvenzentwicklung 1998 in den Ländern nicht einheitlich verlaufen ist. Zu dieser Entwicklung hat möglicherweise die zuvor erwähnte unterschiedliche Praxis der Gerichte, das heißt wie schnell im Einzelfall über einen Insolvenzantrag entschieden wurde, beigetragen. Diese beeinflusste auch die Abschlußtermine bei der Aufbereitung in den Statistischen Ämtern der Länder.

Tabelle 7: Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen <sup>1)</sup>				Häufigkeiten <sup>2)</sup> der Unternehmensinsolvenzen	Veränderung der Insolvenzen 1998 gegenüber 1997
	insgesamt		darunter Unternehmen			
	1997	1998	1997	1998	Anzahl	%
Baden-Württemberg	3510	3574	2452	2388	61	+ 1,8
Bayern	4078	4080	3397	3453	72	+ 0,0
Berlin	2096	2120	1901	1916	181	+ 1,1
Brandenburg	1425	1598	1319	1459	207	+ 12,1
Bremen	323	293	201	182	86	- 9,3
Hamburg	717	670	579	547	74	- 6,6
Hessen	2615	2505	2001	1967	90	- 4,2
Mecklenburg-Vorpommern	974	1087	741	802	173	+ 11,6
Niedersachsen	2599	2650	1992	1965	85	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	6403	6426	5369	5182	87	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	1254	1401	990	1117	78	+ 11,7
Saarland	394	354	354	309	93	- 10,2
Sachsen	2783	2904	2630	2765	221	+ 4,3
Sachsen-Anhalt	1487	1642	1327	1608	251	+ 10,4
Schleswig-Holstein	959	1089	783	860	91	+ 13,6
Thüringen	1781	1584	1438	1308	187	- 11,1
Deutschland	33398	33977	27474	27828	101	+ 1,7

<sup>1)</sup> Früheres Bundesgebiet Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren - <sup>2)</sup> Bezogen auf 10000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1996 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 32500 DM)

Die in Tabelle 7 dargestellten Entwicklungen sind daher unter diesem Vorbehalt zu sehen.

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

# Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer

## Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag informiert über die wichtigsten Ergebnisse einer Studie, die in der Gruppe „Außenhandel“ des Statistischen Bundesamtes im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführt und Ende 1998 abgeschlossen wurde. Ziel der Untersuchung war es, die Folgen eines Methodenwechsels bei der Zuordnung des Intrahandels (für den Außenhandel mit den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union) zu den Bundesländern abzuschätzen. Aus diesem Grund wurde zum einen ermittelt, welche methodischen Vor- und Nachteile ein Wechsel des Erhebungsprinzips hätte, zum anderen, welche quantitativen Auswirkungen sich auf der Ebene der Bundesländer und auf Warenebene dann ergäben. Die Studie beschränkte sich auf den Intrahandel, da die Europäische Union (EU) vor allem bei diesem Teil der Außenhandelsstatistik eine Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen anstrebt. Um den Umfang dieses Beitrags nicht zu sprengen, wird auf einige Kapitel der Studie nicht eingegangen, zum Beispiel auf die Rechtsgrundlagen und die Veränderung des nachgewiesenen Außenhandels der Bundesländer mit wichtigen EU-Partnerländern.

Regionalangaben zum Außenhandel gelten aus Sicht der Bundesländer als Indikator für die Leistungsfähigkeit der heimischen Industrie auf internationalen Märkten und deren Einbindung in die globale Arbeitsteilung. Nach Bundesländern gegliederte statistische Angaben zum deutschen Außenhandel sind darum für die Landesregierungen eine wichtige Grundlage für die politische Entscheidungsfindung. Aus diesem Grund werden in Deutschland auch die Ergebnisse der Intrahandelsstatistik neben der Untergliederung nach Ursprungsländern, Versendungslandern und Bestimmungsländern noch tiefer regional untergliedert. Die Angabe des jeweiligen Bundeslandes ist gegenwärtig für die Auskunftspflichtigen in Deutschland obligatorisch, während andere EU-Mitgliedstaaten teilweise auf regionalisierte Angaben ihrer Intrahandelsstatistiken verzichten. Obwohl die Notwendigkeit regional gegliederter Außenhandelsangaben in Deutschland weithin gesehen wird, ist die Erhebung des Außenhandels nach Bundesländern in die Kritik geraten. Erstens stellt sie für die Unternehmen eine zusätzliche Belastung dar, da für jede grenzüberschreitende Warenbewegung das Ursprungsbundesland bzw. das Eingangsbundesland gemeldet werden muß, und zweitens gibt es im Rahmen der „SLIM“-Entbürokratisierungsinitiative der Europäischen Kommission

Bestrebungen, die Regionalangaben in den Intrahandelsstatistiken der Mitgliedstaaten nach Möglichkeit gänzlich abzuschaffen. Vor diesem Hintergrund steht die deutsche Außenhandelsstatistik vor der doppelten Herausforderung, einerseits weiterhin regionale Außenhandelsangaben zu liefern, dabei aber nach „schonenderen“ Methoden der Datenerhebung zu suchen. Eine solche Methode könnte der Übergang vom derzeit angewandten Regionalprinzip auf das Sitzprinzip sein.

## 1 Methode, Datenbasis und Ziel der Untersuchung

Für beide Erhebungsprinzipien der Regionalangaben (Regional- und Sitzprinzip) wurden jeweils verschiedene Dateien erstellt, die sich auf den Intrahandel im Berichtsmonat Juni 1997 beziehen. Eine Datei gliederte die Bundesländergebnisse nach den 98 Kapiteln des Harmonisierten Systems (HS). Es sollte untersucht werden, inwieweit die Daten nach den beiden Erhebungsprinzipien global, nach HS-2-Stellern und nach Partnerländern voneinander abweichen. Abschließend sollte bewertet werden, inwieweit das alte Verfahren durch das neue Verfahren ersetzt werden kann. Beim Ergebnisvergleich wurde insbesondere berücksichtigt, inwieweit der beschriebene methodische Wechsel die Angaben zum Außenhandel der neuen Bundesländer beeinflußt.

Die Zuordnung des Intrahandels der Bundesrepublik Deutschland nach Bundesländern wurde für beide Prinzipien in unterschiedlicher Weise vorgenommen. Die Zuordnung nach dem Regionalprinzip geschah aufgrund der Angaben zur „Ursprungsregion“ bzw. „Bestimmungsregion“ im Datensatz. Die Zuordnung nach dem Sitzprinzip wurde nach den Steuernummern der Anmelder im Datensatz in Verbindung mit den Postleitzahlen im Intrahandels-Firmenregister und der Zuordnung der Postleitzahlen zu den Bundesländern gemäß der Datei PLZVZ vorgenommen, der Datei für die Postleitzahlen.

## 2 Regional- versus Sitzprinzip

Gemäß dem Regionalprinzip werden in Deutschland die Warenverkehre bei der Versendung danach unterteilt, in welchem Bundesland die ausgeführten Waren ihren Ursprung haben bzw. hergestellt worden sind. Umgekehrt werden die Warenverkehre beim Eingang danach untergliedert, in welches Bundesland die eingeführten Waren zum Zweck der Weiterverarbeitung oder des Verbrauchs verbracht werden.<sup>1)</sup> Das Regionalprinzip knüpft somit an die konkrete Warenbewegung an. Folglich steht derzeit bei der Angabe des Bundeslandes die Produktion (Versendung) bzw. der Verbrauch (Eingang) der Waren im Vordergrund. Liegen dem meldenden Unternehmen diese

<sup>1)</sup> Die Ausfüllanleitung für die Intrahandelsstatistik regelt die Angabe des Bundeslandes wie folgt: Versendung: Die Ursprungsregion ist das Bundesland, in dem die Waren hergestellt, montiert, zusammengesetzt oder bearbeitet wurden. Ist der Ursprung nicht mehr zu ermitteln, ist die Landnummer des Bundeslandes anzugeben, aus dem die Ware (ins Ausland) versandt wurde. Eingang: Bestimmungsregion ( ) ist das Bundesland, in dem die eingehenden Waren voraussichtlich verbleiben, verbraucht oder bearbeitet werden. ( ) ist der endgültige Verbleib zum Zeitpunkt der Meldung noch nicht bekannt, ist das Bundesland anzugeben, in das die Waren verbracht werden.

Informationen nicht vor, wird hilfsweise das Versendungsprinzip zugelassen, das eher verkehrsorientierte Informationen liefert. Insofern ist das Regionalprinzip in seiner derzeitigen Form ein recht pragmatischer „Methodenmix“ Das angestrebte Ziel, Informationen über die warenmäßigen Produktions- und Verbrauchsverflechtungen der deutschen Bundesländer mit dem europäischen Ausland nachzuweisen, kann darum nur mit gewissen Einschränkungen erreicht werden. Verhältnismäßig problemlos ist die Anwendung des Regionalprinzips für Produktionsunternehmen mit nur einer Betriebsstätte. Schwierigkeiten treten hingegen häufig für Unternehmen mit Betriebsstätten in verschiedenen Bundesländern sowie für Handelsunternehmen auf. Übersicht 1 verdeutlicht – hier für den Eingang –, wie schwierig bisweilen die korrekte Angabe des Bundeslandes bei Anwendung des Regionalprinzips für manche Unternehmen ist, da sie nicht immer wissen, wer letztlich Endabnehmer der eingeführten Waren ist. Versandhändlern wird darum in der Praxis zugestanden, ihren Außenhandel anhand der ihnen bekannten Kundenstruktur auf die Bundesländer aufzuteilen. Die Studie nennt weitere Probleme des Regionalprinzips und die dann praktizierten Lösungen, worauf hier aus Platzgründen verzichtet wird.

Das Sitzprinzip ordnet demgegenüber den Außenhandel eines zur Intrahandelsstatistik meldenden Betriebs demjenigen Bundesland zu, in dem sich der Unternehmenssitz befindet. Dieser Ansatz ist zwar bestechend einfach und insofern ideal, um die Belastung der Auskunftspflichtigen zu verringern. Denkbar ist sogar eine DV-technische Umsetzung derart, daß die Angabe des Sitzbundeslandes aus der Kennnummer des Unternehmens abgeleitet wird und insofern bei der monatlichen Meldung auf die Regionalangabe ganz verzichtet werden könnte. Auf der anderen Seite impliziert er natürlich, daß der Außenhandel nicht mehr den Bundesländern zugeordnet wurde, in denen die Waren produziert (Versendung) bzw. verbraucht (Eingang) werden, sondern ein eher rechtliches Kriterium in den Vordergrund gerät. Wie nachfolgend gezeigt wird, hätte dies unter anderem zur Folge, daß der dann nachgewiesene ostdeutsche Außenhandel gegenüber dem derzeitigen Stand drastisch zurückginge.

### 3 Quantitative Auswirkungen des Methodenwechsels

#### 3.1 Das Problem der nicht zuordenbaren Warenverkehre

Die Aufteilung nach Bundesländern ist nur dann aussagekräftig, wenn der Anteil des – aus welchen Gründen auch immer – nicht regional aufgliederbaren Intrahandels verhältnismäßig gering ist. Bei einem globalen Vergleich steht darum die Frage nach dem Umfang des nicht aufteilbaren Intrahandels im Vordergrund. Bei beiden methodischen Prinzipien sind Teile des Intrahandels nicht nach Bundesländern aufgliederbar, was zum Zeitpunkt der Analyse jeweils für die Intrahandels-Zuschätzungen<sup>2)</sup> galt. Bei Anwendung des Regionalprinzips war überdies eine Zuordnung der Warenverkehre nach Bundesländern nicht möglich, wenn – beim Eingang – eine Weiterversendung der eingehenden Waren ins Ausland vorgesehen war, es sich um Rückwaren, Ersatzlieferungen oder Regierungsgüter handelte bzw. – bei der Versendung – entsprechende Konstellationen vorlagen (Rückwaren, Ersatzlieferungen, Waren ausländischen Ursprungs). Das Sitzprinzip ließ keine Bundeslandzuordnung zu, wenn mindestens einer der nachfolgenden Fälle eintrat: Die Steuernummer aus dem für die Studie verwendeten Einzelmaterial stimmte nicht mit der Registernummer des Intrahandels-Unternehmensregisters überein oder die Postleitzahl aus dem Register stimmte nicht mit dem Merkmal „neue Postleitzahl“ aus der Datei PLZVZ überein oder es handelte sich bei der Steuernummer im Einzelmaterial um eine sogenannte „fiktive“ Steuernummer<sup>3)</sup>. Tabelle 1 enthält Eckzahlen eines globalen Vergleichs der Intrahandelsergebnisse des Monats Juli 1997 bei Anwendung der beiden methodischen Prinzipien. Die Werte wurden zum Teil abgeleitet. Da sie somit nicht völlig exakt sein können, enthält die Tabelle nur volle Prozentsätze.

<sup>2)</sup> Diese sind erforderlich, um vermutete Antwortausfälle sowie den Handel unterhalb der statistischen Meldeschwelle auszugleichen.  
<sup>3)</sup> Eine fiktive Steuernummer kann von den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen in der Intrahandelsstatistik gesetzt werden, wenn die gemeldete Steuernummer fehlerhaft ist und auf eine Rückfrage verzichtet wird, da der Warenwert nur gering war.

Übersicht 1 Darstellung der korrekten Angabe des Bundeslandes gemäß dem Regional- und dem Sitzprinzip  
 Hier am Beispiel des Eingangs eines Versandhandlers

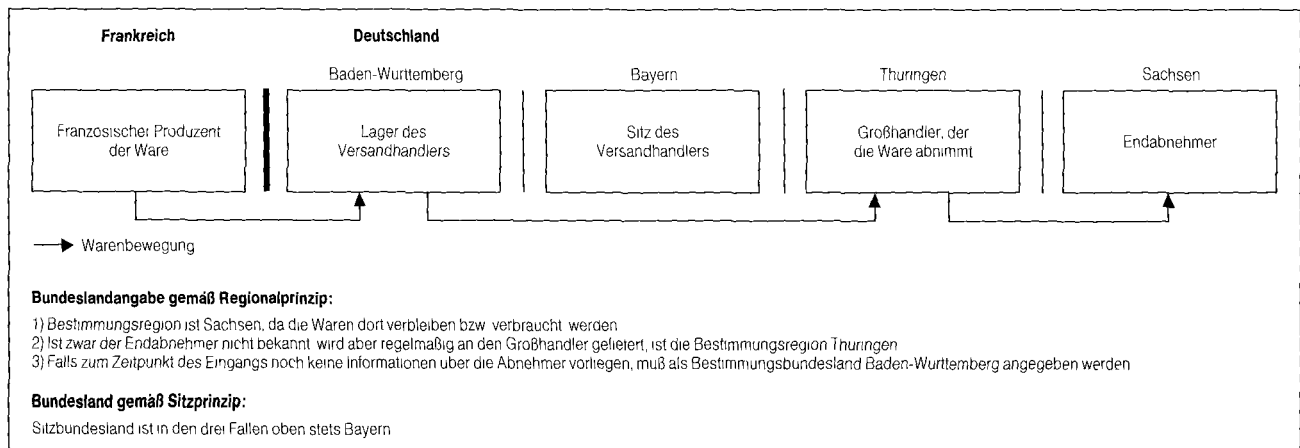


Tabelle 1: Nicht nach Bundesländern aufteilbare Intrahandels-Warenverkehre im Juli 1997

Gegenstand der Nachweisung	Versendung		Eingang		Umsatz (Versendung + Eingang)	
	Wert	Anteil	Wert	Anteil	Wert	Anteil
	Mrd DM	%	Mrd DM	%	Mrd DM	%
Anwendung des Regionalprinzips						
Insgesamt	42.188	100	38.335	100	80.523	100
Aufteilbar	33.795	80	33.366	87	67.161	83
Nicht aufteilbar	8.393	20	4.969	13	13.362	17
davon						
Auslandswarenverkehr <sup>1)</sup>	4.767	11	0.345	1	5.112	6
Intra-Zuschätzungen	2.938	7	4.226	11	7.164	9
Sonstiges	0.688	2	0.398	1	1.086	1
Anwendung des Sitzprinzips						
Insgesamt	42.188	100	38.335	100	80.523	100
Aufteilbar	35.969	85	30.280	79	66.249	82
Nicht aufteilbar	6.219	15	8.055	21	14.274	18
davon						
Intra-Zuschätzungen	2.938	7	4.226	11	7.164	9
Sonstiges	3.281	8	3.829	10	7.110	9
Ergebnis des Übergangs vom Regional- auf das Sitzprinzip						
→	Erhohter Abdeckungsgrad	Verminderter Abdeckungsgrad	Faktisch unveränderter Abdeckungsgrad			

<sup>1)</sup> Waren ausländischen Ursprungs (Versendung) bzw. für das Ausland bestimmte Waren (Eingang)

Beim derzeit angewandten Regionalprinzip lag der Anteil des nicht nach Bundesländern aufgliederbaren Außenhandels versendungsseitig bei 20%, eingangsseitig hingegen bei nur 13%. Der Grund für diese hohe Abweichung war, daß der Anteil der Waren ausländischen Ursprungs bei der Versendung mit 11% viel höher war als der Anteil der für das Ausland bestimmten Waren (1%) beim Eingang. Dies ist darauf zurückzuführen, daß zum Zeitpunkt der Anmeldung der Einfuhren oft nicht bekannt ist, ob die Ware ins Ausland weitergeleitet werden soll oder in Deutschland verbleiben wird. Im Zweifelsfall wird deswegen häufig zunächst ein deutsches Bundesland angemeldet. Der Anteil der von diesen Einfuhren letztlich tatsächlich ins Ausland verbrachten Waren dürfte demnach deutlich höher liegen. Zu den „Auslandswaren“ kommen noch die Intrahandels-Zuschätzungen hinzu, die für die Versendung im Juli 1997 anteilmäßig niedriger waren als für den Eingang (7 gegenüber 11%). Die Position „Sonstiges“, unter die zum Beispiel nicht bekannte Länder, Rückwaren und Ersatzlieferungen fallen, spielte in beiden Verkehrsrichtungen keine große Rolle.

Der Übergang zum Sitzprinzip ist mit einem Abgleich von Unternehmensregister und der Datei PLZVZ verbunden, der – wie zuvor dargelegt wurde – nicht immer erfolgreich verläuft. Deswegen ist bei Anwendung des Sitzprinzips der Anteil der Sammelposition „Sonstiges“ für beide Handelsrichtungen weit höher als beim Regionalprinzip (Anteil bei der Versendung: 8%, beim Eingang: 10%). Beim Wechsel des Darstellungsprinzips treten also einerseits „neue“, nicht regional aufgliederbare Warenverkehre auf. Andererseits läßt das Sitzprinzip im Gegensatz zum Regionalprinzip die Aufgliederung der für das Ausland bestimmten Waren (bzw. der Waren ausländischen Ursprungs) nach Bundesländern zu.

Beim methodischen Wechsel vom Regional- zum Sitzprinzip stieg für das vorliegende Datenmaterial der Anteil des nach Bundesländern aufteilbaren Außenhandels versen-

dungsseitig um 5 Prozentpunkte und sank eingangsseitig um 8 Prozentpunkte. Aufgrund der im Zeitablauf recht stabilen Anteile der „Auslandswaren“ und der Intrahandels-Zuschätzungen dürfte sich ein ähnliches Ergebnis auch für andere Zeiträume einstellen. Im Saldo wird der methodische Wechsel also voraussichtlich keine merkliche Änderung der regionalen Aufgliederbarkeit des deutschen Intrahandels bewirken, da sich die „Verslechterung“ bei der Versendung und die „Verbesserung“ beim Eingang annähernd kompensieren. Dies belegt auch die in Tabelle 1 enthaltene Zusatzrechnung für den Intrahandelsumsatz als Summe von Eingang und Versendung.

### 3.2 Veränderung der Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder

Untersucht man die Veränderung der Bundeslandergebnisse beim Methodenwechsel, so ist die im vorigen Abschnitt beschriebene Veränderung des Anteils des nicht nach Bundesländern aufgliederbaren Intrahandels zu berücksichtigen. Dieser stieg wie dargelegt eingangsseitig von 13 auf 21% an, während er versendungsseitig von 20 auf 15% sank. Aus diesem Grund sind für den Außenhandel der einzelnen Bundesländer beim Wechsel vom Regional- zum Sitzprinzip im Durchschnitt auf der Eingangsseite deutlich niedrigere Werte zu erwarten, auf der Versendungsseite hingegen spürbar höhere. Tabelle 2 zeigt

Tabelle 2: Veränderung der Intrahandelsergebnisse beim Übergang vom Regional- auf das Sitzprinzip im Juli 1997

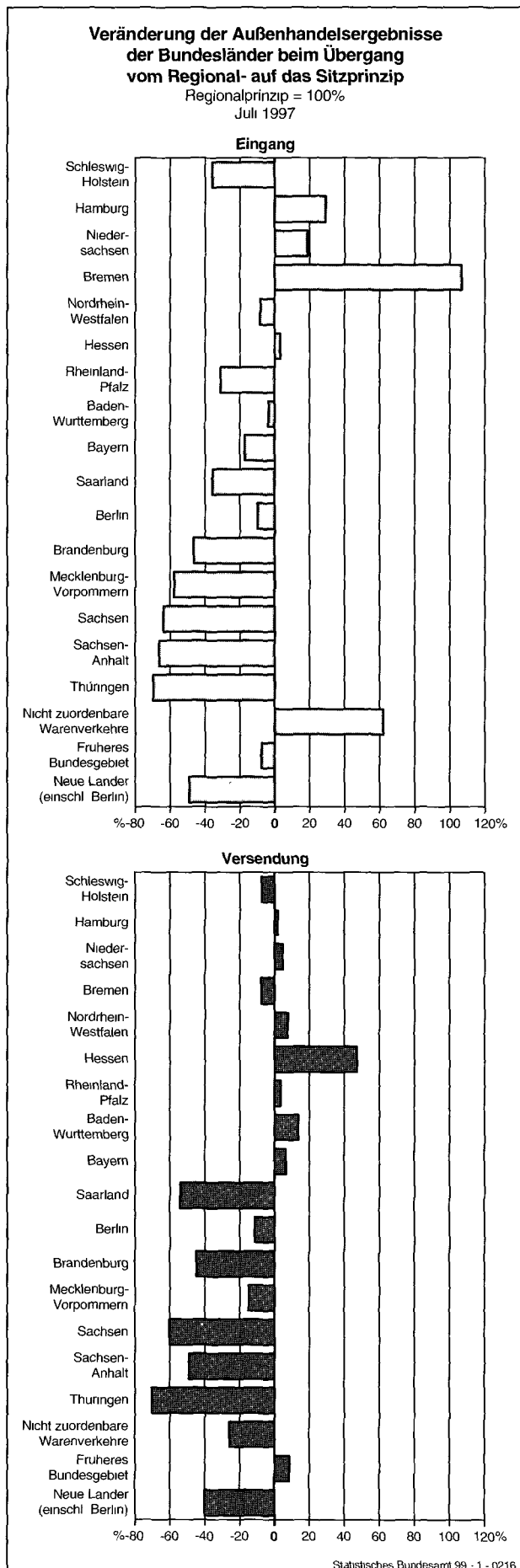
Gegenstand der Nachweisung	Prozent	
	Eingang	Versendung
Früheres Bundesgebiet	- 7,6	+ 8,6
Neue Länder (einschl. Berlin)	- 49,2	- 40,3
Regional zuordenbare Warenverkehre	- 9,3	+ 6,4
Regional nicht zuordenbare Warenverkehre	+ 62,1	- 25,9

jeweils für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder (einschl. Berlin) die Veränderungen beim Übergang vom Regional- auf das Sitzprinzip. Wichtigstes Ergebnis dieses Vergleichs ist der deutliche Rückgang des für die neuen Länder (einschl. Berlin) nachgewiesenen Intrahandels.

Schaubild 1 stellt die Auswirkungen eines Übergangs vom Regional- zum Sitzprinzip bei Verwendung der Intrahandelsergebnisse des Monats Juli 1997 für die einzelnen Bundesländer dar. Der Übergang zum Sitzprinzip bewirkte beim Eingang eine Halbierung der Einfuhrwerte der neuen Länder zusammen; für die einzelnen Bundesländer schwankten die Rückgänge zwischen -47% (Brandenburg) und -70% (Thüringen). Der Wareneingang Berlins reduzierte sich um ein Zehntel. Für das frühere Bundesgebiet fiel der Rückgang der Eingangsergebnisse mit -7,6% weniger stark aus. Darüber hinaus waren die Veränderungen für die einzelnen Bundesländer im Westen weniger eindeutig als im Osten. So stellten sich beim Übergang auf das Sitzprinzip im Fall der Hansestädte Hamburg und vor allem Bremen hohe Zuwächse ein (+29 bzw. +107%), während ansonsten nur Hessen ein leichtes Plus verzeichnete (+3,1%). In den übrigen Ländern des früheren



Schaubild 1



Bundesgebiets reduzierten sich die Einfuhrergebnisse, wobei die Veränderungsdaten von  $-3,5\%$  (Baden-Württemberg) bis  $-36\%$  (Schleswig-Holstein) reichten. Im Falle Schleswig-Holsteins könnte die Erklärung des Rückgangs der nachgewiesenen Einfuhren beim Übergang vom Regional- auf das Sitzprinzip sein, daß die für Schleswig-Holstein bestimmten Einfuhren Hamburger und Bremer Importfirmen nun den beiden Hansestädten zugerechnet werden und insofern bei Schleswig-Holstein „fehlen“. Auffallend ist übrigens, daß sich der Eingang bei den großen Flächenländern (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen) tendenziell weniger stark veränderte als bei den kleineren Bundesländern (Stadtstaaten, Rheinland-Pfalz, Saarland). Grund hierfür dürfte sein, daß die kleineren Bundesländer wegen ihres geringeren Marktvolumens häufig nur einen Teil der eingeführten Waren aufnehmen und ein anderer Teil für benachbarte Bundesländer bestimmt ist.

Bei der Versendung ist der Übergang zum Sitzprinzip für die neuen Länder zusammen ebenfalls mit kräftigen Einbußen ( $-40\%$ ) verbunden, die prozentual gesehen aus dem eingangs genannten Grund allerdings nicht ganz so hoch ausfallen wie beim Eingang. Der Rückgang betrug für die einzelnen ostdeutschen Bundesländer zwischen  $15\%$  (Mecklenburg-Vorpommern) und  $70\%$  (Thüringen). Um gut  $10\%$  reduzierten sich die Versendungen Berlins. Für das frühere Bundesgebiet erhöhten sich die Versendungen beim Übergang auf das Sitzprinzip um  $8,6\%$ . Entsprechend stiegen die nachgewiesenen Versendungen bei sieben der zehn Bundesländer im früheren Bundesgebiet. Rückgänge verzeichneten hingegen Schleswig-Holstein ( $-7,3\%$ ), Bremen ( $-7,6\%$ ) und vor allem das Saarland ( $-54\%$ ). Die gravierende Abnahme beim letztgenannten Bundesland fällt ebenso aus dem Rahmen wie die hohe Zunahme im Falle Hessens ( $+47\%$ ).

### 3.3 Beispiel für eine kombinierte Analyse von Bundesland- und Warenergebnissen

In der Studie wurden anschließend die warenmäßigen Hintergründe von stark veränderten Bundeslandergebnissen beim Wechsel des Erhebungsprinzips untersucht. Hierbei wurden die Warenergebnisse nach Kapiteln des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik (WA) gegliedert. Die der Analyse zugrunde liegenden Datenbanktabellen enthalten für jedes Zielbundesland (bzw. Ursprungsbundesland) die im Juli 1997 pro Kapitel nachgewiesenen Eingänge (bzw. Versendungen), jeweils bei Anwendung des Regionalprinzips bzw. des Sitzprinzips. Wie in Abschnitt 3.2 gezeigt wurde, bewirkt der Übergang vom Regional- auf das Sitzprinzip in Abhängigkeit von der Verkehrsrichtung von Bundesland zu Bundesland ganz unterschiedliche Veränderungen. An dieser Stelle wird exemplarisch für den Eingang Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Bremens gezeigt, welche Schlußfolgerungen eine kombinierte Bundesland-Warenergebnisse-Auswertung zuläßt. Diese geographisch gesehen zusammengehörenden Bundesländer werden deswegen betrachtet, weil die beim methodischen Wechsel auftretenden Zuwächse der Eingangsergebnisse Hamburgs ( $+29\%$ ) und Bremens ( $+107\%$ ) in Zusammenhang mit dem Rückgang der Einfuhren Schleswig-Holsteins um  $-36\%$  stehen dürften.

In der nachfolgenden Tabelle 3 sind die absoluten Einfuhrergebnisse (in Mill. DM) dieser drei Bundesländer bei Anwendung von Regional- und Sitzprinzip aufgeführt. Zudem werden die jeweiligen Einfuhrergebnisse mehrerer Kapitel des WA genannt, bei denen sich die Einfuhrergebnisse Schleswig-Holsteins in absoluter Betrachtung beim methodischen Wechsel stark veränderten. Die gravierendste Veränderung der Eingänge Schleswig-Holsteins trat in Kapitel 30 (pharmazeutische Erzeugnisse) ein, wo die Ergebnisse nach dem Sitzprinzip um knapp 242 Mill. DM niedriger lagen als diejenigen nach dem Regionalprinzip. Um einen ähnlichen Betrag (237,7 Mill. DM) erhöhten sich beim methodischen Wechsel hingegen die Einfuhren Hamburgs in Kapitel 30. Ursache hierfür könnte sein, daß die Eingänge mehrerer in Hamburg ansässiger Pharma-Großhändler bzw. Produktionsunternehmen für Abnehmer in Schleswig-Holstein bestimmt sind. Für eine „Transitfunktion“ Hamburgs im Pharmabereich spricht generell, daß Hamburg gemäß dem Regionalprinzip nur 1,4% der deutschen Pharma-Eingänge verbuchte, nach dem Sitzprinzip hingegen 38%. Eine solche Transitfunktion der Hansestadt ist auch in den Bereichen „Mineralöl“ und „Papier, Papp“ wahrscheinlich.

Tabelle 3: Ausgewählte Eingangsergebnisse Schleswig-Holsteins, Hamburgs und Bremens im Juli 1997

Land	Regionalprinzip	Sitzprinzip	Veränderung
Mill. DM			
Gesamtergebnis			
Schleswig-Holstein	1 056,4	676,2	- 380,1
Hamburg	1 830,8	2 365,1	+ 534,3
Bremen	480,7	994,0	+ 513,3
Ergebnisse auf Kapitelebene			
Kapitel 27 (Brennstoffe, mineralische Öle)			
Schleswig-Holstein	24,2	2,7	- 21,5
Hamburg	219,4	934,0	+ 714,6
Bremen	8,6	0,0	- 8,6
Kapitel 30 (pharmazeutische Erzeugnisse)			
Schleswig-Holstein	285,2	43,3	- 241,9
Hamburg	10,7	248,4	+ 237,7
Bremen	0,0	0,0	-
Kapitel 48 (Papier und Papp, Waren daraus)			
Schleswig-Holstein	84,0	25,5	- 58,5
Hamburg	22,6	87,8	+ 65,2
Bremen	7,8	3,2	- 4,6
Kapitel 87 (Kraftwagen)			
Schleswig-Holstein	20,4	40,4	+ 20,0
Hamburg	41,7	6,0	- 35,7
Bremen	51,2	28,6	- 22,6
Kapitel 88 (Luft- und Raumfahrzeuge)			
Schleswig-Holstein	0,0	0,0	-
Hamburg	454,1	10,9	- 440,2
Bremen	90,5	534,2	+ 443,7

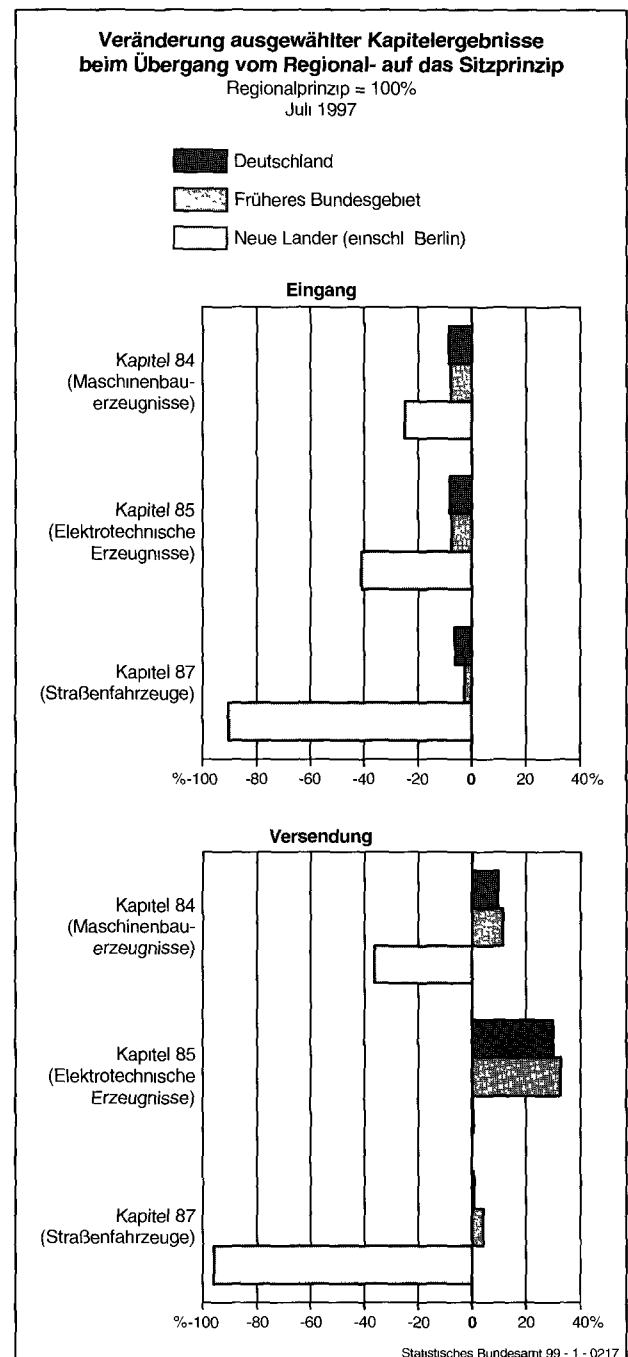
### 3.4 Ein Beispiel für veränderte Ergebnisse auf Warenebene

In der Studie wurde für zehn ausgewählte Kapitel des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik untersucht, wie sich die Ergebnisse beim methodischen Übergang vom Regional- auf das Sitzprinzip ändern. Hiervon seien exemplarisch die Warengruppen Maschinenbauerzeugnisse (Kapitel 84), elektrotechnische Erzeugnisse (Kapitel 85) und Straßenfahrzeuge (Kapitel 87) heraus-

gegriffen, die traditionell eine hohe Bedeutung für den gesamten deutschen Außenhandel haben. Diese drei Warenbereiche sind unter anderem deswegen interessant, weil die dahinterstehenden Branchen durch eine sehr unterschiedliche Marktstruktur gekennzeichnet sind<sup>4)</sup>. So ist der deutsche Maschinenbau durch eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichnet. Deutlich stärker konzentrierte sich hingegen der Branchenumsatz der Elektrotechnik auf größere Unternehmen. Im

<sup>4)</sup> Diese Schlussfolgerung läßt sich den Berichten der Monopolkommission entnehmen. Diese beruhen allerdings auf einer Analyse von Unternehmen, die nach dem Schwerpunktprinzip einzelnen Wirtschaftszweigen (mit heterogenen Erzeugnissen) zugeordnet werden. Hingegen werden Außenhandelsdaten bekanntlich ausschließlich auf Warenebene veröffentlicht.

Schaubild 2



Straßenfahrzeugbau dominierten schließlich einige wenige Unternehmen.

Schaubild 2 stellt für die ausgewählten Warengruppen die prozentualen Veränderungen beim Wechsel des Erhebungsprinzips für Deutschland, das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder (einschl. Berlin) dar. Das Schaubild verdeutlicht, daß sich auf Kapitelebene vor allem die zusammengefaßten Ergebnisse der neuen Länder (einschl. Berlin) fast durchweg drastisch verringerten. Allerdings fiel die Veränderung je nach betrachtetem Kapitel sehr unterschiedlich aus. Am stärksten ging in beiden Handelsrichtungen der Intrahandel in Kapitel 87 (Kraftfahrzeuge) zurück (Eingang: -90,5%, Versendung: -96,0%). Dies ist nicht überraschend, da sich die Kfz-Produktionsstätten in den neuen Ländern inzwischen komplett im Besitz westdeutscher Unternehmen befinden. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich bereits bei Anwendung des Regionalprinzips der Anteil der neuen Länder am deutschen Kfz-Außenhandel in beiden Handelsrichtungen auf weniger als 5% belief.

Plausibel wäre es, wenn der Wechsel vom Regional- zum Sitzprinzip bei Branchen, die von einigen Großunternehmen dominiert werden, größere Veränderungen bewirken würde als bei kleinbetrieblich strukturierten Branchen, sofern die marktbeherrschenden Großunternehmen Zweigbetriebe in anderen Bundesländern unterhalten. Für Einbetriebsunternehmen sind schließlich die Ergebnisse nach dem Sitzprinzip und dem Regionalprinzip identisch, wie aus den methodischen Erläuterungen in Kapitel 2 hervorgeht. Insofern ist das Ergebnis für die Straßenfahrzeuge, bei denen wenige Unternehmen mit Sitz im früheren Bundesgebiet den Markt dominieren, unmittelbar einleuchtend. Allerdings bestätigte sich der vermutete Zusammenhang zwischen Umsatzkonzentration und Auswirkung des Methodenwechsels bei der Erfassung des regionalen Außenhandels nicht für alle Warengruppen, die in der Studie untersucht wurden.

## 4 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die Studie hat sowohl methodische Zusammenhänge verdeutlicht als auch die quantitativen Auswirkungen eines Wechsels vom derzeit angewandten Regionalprinzip zum Sitzprinzip bei der Erfassung des Außenhandels der Bundesländer skizziert. Als methodischer Mangel des Regionalprinzips ist anzusehen, daß es sich hierbei um einen pragmatischen „Methodenmix“ handelt, denn wenn ein Unternehmen die verlangten Angaben nicht liefern kann, muß mit Behelfslösungen gearbeitet werden. Deswegen wird das angestrebte Ziel, die Bundesländer nachzuweisen, in denen grenzüberschreitend gehandelte Waren produziert oder verbraucht werden, auch bei Anwendung des Regionalprinzips nicht in vollem Umfang erreicht. Die korrekte Angabe des Bundeslandes ist schwierig, manchmal auch faktisch unmöglich, wenn es sich bei den Meldepflichtigen um Mehrbetriebsunternehmen mit Niederlassungen in mehreren Bundesländern handelt, besonders auch um solche mit Zentrallägern.

Ähnliches gilt auch für Spediteure, Versandhändler und Handelsunternehmen.

Als wichtigste quantitative Auswirkung eines Methodenwechsels bei der Erfassung des Außenhandels der Bundesländer ist zum einen zu nennen, daß der Übergang zum Sitzprinzip einen starken Rückgang des nachgewiesenen Außenhandels der neuen Länder (einschl. Berlins) bewirkt. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß der Anteil der neuen Länder (einschl. Berlin) am gesamten deutschen Außenhandel (Intra- und Extrahandel zusammen) im Jahr 1997 in beiden Verkehrsrichtungen bereits bei Anwendung des Regionalprinzips nur jeweils knapp 5% betrug. Der Übergang zum Sitzprinzip führt überdies von Bundesland zu Bundesland zu stark abweichenden Veränderungen der globalen Eingangs- und Versendungsergebnisse. Dahinter stehen wiederum auf Warenebene unterschiedlich starke Veränderungen. Allerdings sind beim Wechsel des Erhebungsprinzips auftretende Rückgänge des nachgewiesenen Außenhandels der neuen Länder (einschl. Berlins) methodisch erklärbar. Schließlich stehen beim Sitzprinzip Eigentumsaspekte (wo befindet sich der Unternehmenssitz?) eine Rolle, während das Regionalprinzip wie dargelegt auf Produktion bzw. Verbrauch der Waren abstellt.

Alles in allem fallen Ergebnisse nach dem Sitzprinzip aus methodischen Gründen numerisch ganz anders aus als solche nach dem Regionalprinzip und sind auch anders zu interpretieren. Sie dürften allerdings methodisch „sauber“ sein als die derzeit ermittelten Regionalangaben. Hauptvorteil des Sitzprinzips ist aus Sicht des Statistischen Bundesamtes die Entlastung der Meldepflichtigen, da die Information über den Unternehmenssitz aus der Adresse des Unternehmens abgeleitet werden kann und die Angabe des Bundeslandes bei der monatlichen Meldung zur Intrahandelsstatistik somit entfallen könnte.

Die Frage, welches methodische Prinzip vorzuziehen ist, kann nicht pauschal beantwortet werden. Als Datenproduzent kann das Statistische Bundesamt auf Vor- und Nachteile der beiden Methoden hinweisen und in Form dieser Studie die zu erwartenden numerischen Auswirkungen eines methodischen Wechsels veranschaulichen. Hingegen haben die Auskunftspflichtigen und die Nutzer der Statistik zu entscheiden, wie sie Vor- und Nachteile beider Erhebungsmethoden gewichten und wie sie die Aussagekraft der gewonnenen Ergebnisse einschätzen. Wünschenswert wäre, daß die Nutzer der regionalen Außenhandelsergebnisse – also in erster Linie die verschiedenen Landesministerien – sich deutlich für eines der beiden Erhebungsprinzipien aussprechen. Schließlich wäre eine „doppelte“ Ergebnisdarstellung (sowohl nach dem Regional- als auch nach dem Sitzprinzip) gerade das Gegenteil der angestrebten Vereinfachung, die immer auch Umstellungskosten beim Datenproduzenten zu berücksichtigen hat.

*Dipl.-Volkswirt Andreas Kuhn*

# Außenhandel 1998 nach Ländern

## Vorbemerkung

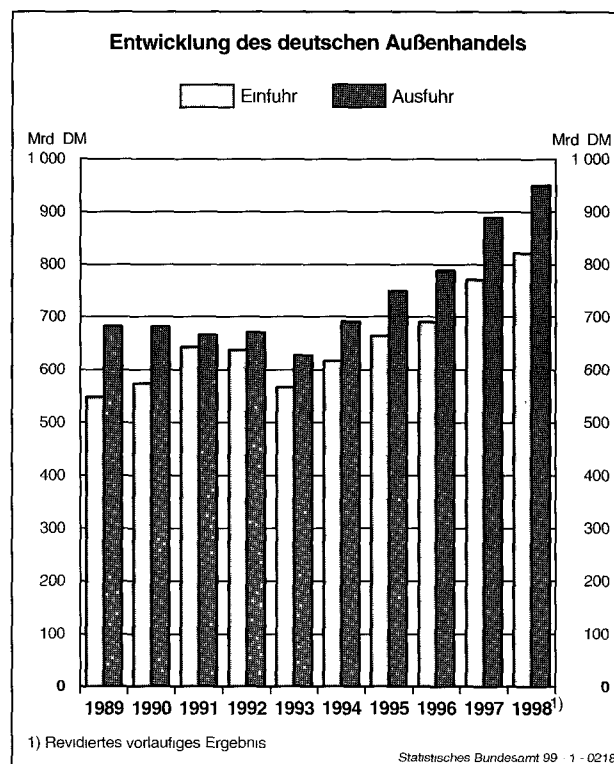
Die zunehmende Liberalisierung des internationalen Handels – weltweit als Folge von Beschlüssen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, GATT<sup>1)</sup>, und der Welt handelsorganisation WTO<sup>2)</sup> sowie innerhalb der Europäischen Union (EU) aufgrund des Binnenmarktes und der Währungsunion – fördert die internationale Arbeitsteilung und damit den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Diese Globalisierung und ein in vielen Regionen der Welt günstiges konjunkturelles Umfeld führten bereits in den vergangenen Jahren zu deutlich steigenden Außenhandelsumsätzen in Deutschland. Diese Entwicklung setzte sich auch im Jahr 1998 fort. Die Krisen in einigen Regionen der Welt gingen allerdings nicht spurlos am deutschen Außenhandel vorbei und führten zu einem deutlich nachlassenden Wachstum im zweiten Halbjahr 1998. Diese regionalen und länderspezifisch verschiedenartigen Entwicklungen werden im folgenden ausführlich dargestellt. Da für den Bericht über den Verlauf des deutschen Außenhandels 1998 im Februar-Heft dieser Zeitschrift<sup>3)</sup> nur Zahlen bis Berichtsmontat November 1998 vorlagen, werden zunächst die Gesamtzahlen für das Jahr 1998 dargestellt. Danach folgt ein Überblick über die regionale Struktur des deutschen Außenhandels, bevor näher auf die einzelnen Länder eingegangen wird. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf 1999.

## 1 Gesamtentwicklung

Im Jahr 1998 hat der deutsche Außenhandel in beiden Verkehrsrichtungen zugenommen. Insgesamt wurden Waren im Wert von 950 Mrd. DM ausgeführt. Dies entspricht einem Zuwachs von 6,9% gegenüber dem Vorjahr. Dem gegenüber standen Einfuhren im Wert von 821 Mrd. DM und eine entsprechende Steigerung von 6,3%. Während der deutsche Außenhandel in den ersten Monaten des Jahres 1998 noch von einer dynamischen Aufwärtsentwicklung geprägt war, ebnete diese im Jahresverlauf deutlich ab. Dies verdeutlicht ein Vergleich der Vierteljahresergebnisse mit den jeweiligen Zahlen des Vorjahres. So war im ersten Quartal 1998 noch ein Zuwachs von 15% bei den Ausfuhren und von 13% bei den Einfuhren binnen Jahresfrist zu verzeichnen. In den folgenden Quartalen verringerte sich dieser Zuwachs und erreichte im vierten Quartal ausfuhrseitig nur noch 1% und einfuhrseitig 2%. Diese Entwicklung ist auf die Wirtschafts- und Finanzkrisen in einigen Ländern zurückzuführen. So bremsten in der zweiten Jahreshälfte insbesondere die Krisen in Ost- und Südostasien, Lateinamerika sowie Rußland die Nachfrage nach Waren aus Deutschland. Hinzu kam die Aufwertung der DM gegen-

über dem US-\$ in der zweiten Jahreshälfte 1998<sup>4)</sup>. Gleichzeitig wirkte sich der starke Rückgang der Importpreise auf den Wert der Einfuhren aus. Deutschland profitierte dabei als Nettoimporteur von Rohstoffen vor allem vom starken Rückgang der internationalen Rohstoffpreise.<sup>5)</sup>

Schaubild 1



Da die Exporte insgesamt stärker als die Importe zunahmen, stieg der deutsche Handelsbilanzüberschuß im Jahr 1998 auf 128,6 Mrd. DM gegenüber 116,4 Mrd. DM im Vorjahr. Das ist der höchste Überschuß seit der deutschen Währungsvereinigung und der zweithöchste je erzielte Aktivsaldo überhaupt. Dieser Überschuß reichte nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank allerdings nicht aus, um das Defizit der anderen Teilbilanzen der Leistungsbilanz auszugleichen, so daß hier 1998 ein Defizit von 15,8 Mrd. DM zu verzeichnen war. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies – vor allem aufgrund des stark gestiegenen Defizits bei den grenzüberschreitenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen von 4,2 Mrd. DM 1997 auf 23,6 Mrd. DM 1998 – ein um 8,7 Mrd. DM höheres Leistungsbilanzdefizit.<sup>6)</sup>

## 2 Die regionale Gliederung im Überblick<sup>7)</sup>

Deutschlands wichtigste Absatzmärkte liegen innerhalb Europas. Insgesamt wurden 1998 Waren im Wert von 705

<sup>1)</sup> GATT = General Agreement on Tariffs and Trade

<sup>2)</sup> WTO = World Trade Organization

<sup>3)</sup> Siehe Kombert-Engelhardt, B. „Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1998“ in WiSta 2/1999, S. 77 ff.

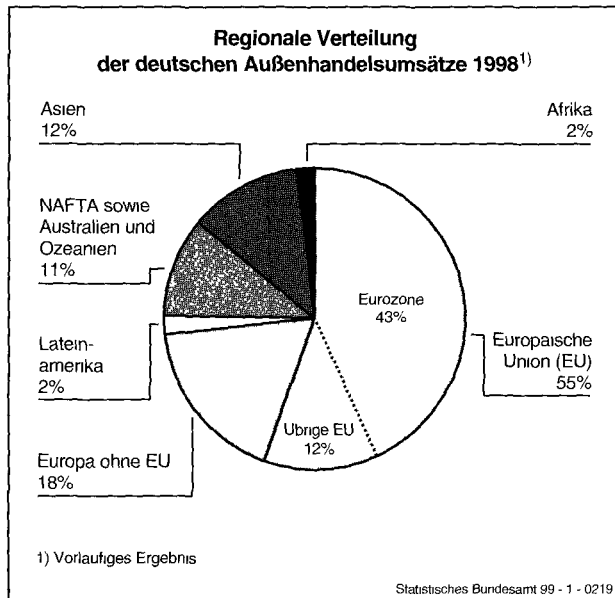
<sup>4)</sup> Im 1. Quartal betrug der Wechselkurs DM je US-\$ durchschnittlich 1,82 DM, im 4. Quartal betrug er nur noch 1,66 DM.

<sup>5)</sup> Der Index der Einfuhrpreise lag 1998 auf Basis 1991 um 2,9 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Für Rohstoffe und Halbwaren waren es sogar 14,8 Prozentpunkte.

<sup>6)</sup> Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1999.

<sup>7)</sup> Da auf Länderebene noch keine revidierten Ergebnisse für 1998 vorliegen, werden für die folgenden Abschnitte bei der Ländergliederung nicht revidierte Ergebnisse zugrunde gelegt. Daher können Handelsanteile von Ländergruppen und Ländern nicht aus dem revidierten Gesamtergebnis errechnet werden.

Schaubild 2



Mrd. DM in andere europäische Länder ausgeführt. Das waren fast drei Viertel (74 %) der gesamten Ausfuhren. Verglichen mit dem Vorjahr ist dies eine Steigerung um 8,7 %. Im selben Zeitraum erreichten die Einfuhren aus den europäischen Ländern einen Wert von 584 Mrd. DM, was einer Steigerung um 5,0 % gegenüber 1997 und einem Anteil von 72 % an der gesamten Einfuhr entspricht.

Auf den Außenhandel mit den EU-Ländern entfielen 1998 – wie bereits 1997 – 55 % der gesamten deutschen Umsätze im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Da sich die Ausfuhren in allen vier Quartalen dynamischer als die Einfuhren entwickelten, wuchs der deutsche Handelsbilanzüberschuß mit diesen Ländern von 69 Mrd. DM 1997 auf 95 Mrd. DM. Dies waren knapp drei Viertel des gesamten Ausfuhrüberschusses. Die Dynamik der Umsatzentwicklung war allerdings fast ausschließlich auf das erste Halbjahr zurückzuführen. In der zweiten Jahreshälfte stiegen die Ausfuhren verglichen mit dem Vorjahreszeitraum nur noch moderat. Bei den Einfuhren kam es sogar zu einem Rückgang.

Seit der Transformation der ehemaligen Staatshandelsländer in Mittel- und Osteuropa in Marktwirtschaften hat deren Bedeutung als Handelspartner Deutschlands, nach vorübergehenden umstellungsbedingten Einbrüchen, stark zugenommen. Insgesamt wurden 1998 aus Deutschland Waren im Wert von über 100 Mrd. DM dorthin exportiert. Das entspricht einem Anteil von 11 % an der gesamten deutschen Ausfuhr und damit etwa dem der Exporte in die NAFTA-Länder (Vereinigte Staaten, Kanada und Mexiko). Im Jahr 1998 verlief die konjunkturelle Entwicklung des Außenhandels mit den einzelnen Ländern Mittel- und Osteuropas sehr unterschiedlich. Während der Handel mit den für Deutschlands Außenhandel besonders wichtigen Ländern Mitteleuropas (z.B. Polen, Tschechische Republik und Ungarn) auch 1998 gegenüber 1997 zweistellige Wachstumsraten aufwies, litt der Handel mit den GUS-Staaten erheblich. Daher fielen die Zuwächse im Handel mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ins-

gesamt geringer aus als im Vorjahr. Die Auswirkungen der Rußlandkrise werden aber erst bei Betrachtung der Quartalsergebnisse deutlich. Während im ersten Quartal bei den Exporten in die mittel- und osteuropäischen Länder noch Zuwächse von 33 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum realisiert wurden, gingen sie im letzten Quartal gar um 4 % zurück (siehe die Tabelle im Anhangteil auf S. 247\*). Die geringfügige Abschwächung des Einfuhranstiegs dürfte überwiegend preisbedingt gewesen sein.

Seit die ehemaligen EFTA-Länder Österreich, Schweden und Finnland 1995 der EU beigetreten sind, ist die Bedeutung der EFTA für den deutschen Außenhandel gesunken. Dennoch gehören ihr mit der Schweiz und Norwegen zwei für den deutschen Außenhandel wichtige Länder an. Der Außenhandelsumsatz mit allen EFTA-Staaten zusammen erreichte 1998 einen Anteil von 6 % am deutschen Außenhandel. Während die Einfuhren aus diesen Staaten stagnierten, stiegen die Ausfuhren um 8 % auf 52 Mrd. DM; der Handelsbilanzüberschuß erreichte +5,7 Mrd. DM (nach +2,0 Mrd. DM 1997).

Der deutsche Außenhandel mit der NAFTA entwickelte sich zwischen 1996 und 1998 sehr dynamisch. Dabei nahmen die Exporte stärker zu als die Importe. Verantwortlich dafür ist das in dieser Region bereits seit 1992 im Vergleich zu Deutschland schnellere Wirtschaftswachstum<sup>8)</sup> und der seit dem Tiefstand des US-\$ gegenüber der DM im Jahr 1995 stark gefallene Außenwert der DM. Da sich der Außenhandel mit anderen Regionen der Welt 1998 schwächer entwickelte, stieg der Anteil des für Deutschlands Außenhandel wichtigsten geschlossenen Wirtschaftsraums außerhalb der EU um fast einen Prozentpunkt auf 10 %. Der deutsche Außenhandelsüberschuß mit den NAFTA-Ländern wuchs dabei erheblich und erreichte 1998 einen Wert von 28,6 Mrd. DM (nach +23,3 Mrd. DM 1997). Allerdings verlor das Wachstum der deutschen Exporte auch hier in der zweiten Jahreshälfte an Schwung. Mit ein Grund hierfür dürfte die vorübergehende Umkehr der Wechselkursentwicklung DM/US-\$<sup>9)</sup> gewesen sein. Hinzu kam die Konkurrenz aus Ost- und Südostasien, die aufgrund deutlicher Abwertungen der dortigen Währungen seit der Asienkrise ihre auf dem nordamerikanischen Markt traditionell starke Wettbewerbsposition weiter verbessern konnte.

Weit weniger dynamisch entwickelte sich der Handel mit Lateinamerika. Hier wirkten sich die wirtschaftlich unsichere Lage und insbesondere die Schuldenkrise in Brasilien aus. Dennoch stiegen die Ausfuhren nach Lateinamerika im Jahr 1998 um 13,7 % auf 21 Mrd. DM. Die Einfuhren verringerten sich hingegen um 3,5 % auf 15 Mrd. DM. Da der Anteil Lateinamerikas am deutschen Außenhandelsumsatz mit 2 % relativ gering ist, waren die direkten Effekte der Wirtschaftskrise in einigen Ländern dieser Region für Deutschlands Exporte nicht gravierend. Sollte sich eine solche Krise jedoch nachhaltig auf das Wirtschaftswachstum der Vereinigten Staaten auswirken,

<sup>8)</sup> DIW Wochenbericht 5/99

<sup>9)</sup> Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1999

könnte das indirekt auch Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel haben

Der Anteil Asiens am deutschen Außenhandelsumsatz ist 1998 von 13 auf 12% zurückgegangen. Die wichtigsten deutschen Handelspartner in Asien sind im Osten und Südosten dieses Kontinents zu finden. Das Ende des sehr dynamischen Wachstums in den ASEAN-Ländern hat auch andere Länder dieser Region in Mitleidenschaft gezogen. Insbesondere die Folgen für Japan, das schon vorher unter einer längeren Wachstumsschwäche litt, sind nicht zu unterschätzen. Die Krise in diesem Wirtschaftsraum hatte auch direkte Auswirkungen auf die deutschen Exporte. So fiel der Wert der nach Asien ausgeführten Waren von 1997 auf 1998 um 13% auf 92 Mrd. DM. Im Gegenzug stiegen die Importe in diesem Zeitraum – aufgrund hoher Zuwachsraten im ersten Halbjahr – um 5%, so daß sich das Defizit im Handel mit den asiatischen Ländern gegenüber den Vorjahren noch erheblich vergrößerte. Im Jahr 1998 betrug dieses Defizit 28,3 Mrd. DM (1997: –8,5 Mrd. DM)

Relativ unbeeindruckt von der Asienkrise zeigte sich der Außenhandel mit Australien und Ozeanien. Gemessen am gesamten Außenhandel waren die Umsätze im Warenverkehr mit dieser Region (10,7 Mrd. DM) allerdings eher unbedeutend. Etwa 79% dieser Umsätze wurden im Handel mit Australien erzielt. Dabei konnte Deutschland im Warenverkehr mit Australien einen Handelsbilanzüberschuß von 4,0 Mrd. DM verbuchen.

Im Handel mit Afrika führten stark fallende Rohstoffpreise zu einem Rückgang der Importe. Der Wert der Exporte stieg hingegen deutlich. Gegen den allgemeinen Trend wurde im vierten Quartal sogar ein Zuwachs von 13% im Vergleich zum Vorjahr erzielt. Mit nur 2% ist der Anteil Afrikas am deutschen Außenhandel aber sehr gering.

### 3 Die einzelnen Ländergruppen

#### Europäische Union

Mit der endgültigen Festlegung der Teilnehmer an der Währungsunion wurde bereits 1998 das Risiko von Wechselkursschwankungen zwischen diesen Ländern weitgehend ausgeschaltet. Dadurch hat der Handel innerhalb der Eurozone bereits vor dem endgültigen Inkrafttreten der Währungsunion zum 1. Januar 1999 neue Impulse erhalten. Diese Entwicklung zeigte sich auch im Handel Deutschlands mit den anderen zehn Euro-Ländern. Mit 6,7% Umsatzsteigerung (+8,8% Ausfuhr; +4,3% Einfuhr) wuchs dieser überdurchschnittlich stark. Demgegenüber legten die Außenhandelsumsätze mit den EU-Ländern außerhalb der Eurozone um nur 5,3% (+7,7% Ausfuhr, +2,0% Einfuhr) zu. Insbesondere im Handel mit Frankreich – dem mit 196 Mrd. DM Umsatz wichtigsten Handelspartner Deutschlands – wurden in beide Verkehrsrichtungen zweistellige Wachstumsraten erzielt (Ausfuhr +12,0% auf 106 Mrd. DM; Einfuhr +11,2% auf 90 Mrd. DM). Noch stärkere Umsatzzuwächse gab es von 1997 auf 1998 innerhalb der EU ledig-

Tabelle 1. Außenhandel Deutschlands nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1995	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen		
					1996 gegenüber 1995	1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
	Mrd. DM				%		
	Ausfuhr						
Europa	553 211	581 811	648 647	705 213	+ 5,2	+ 11,5	+ 8,7
darunter							
EU-Länder	435 907	452 699	493 554	535 475	+ 3,9	+ 9,0	+ 8,5
dar Eurozone	335 679	349 912	375 758	408 655	+ 4,2	+ 7,4	+ 8,8
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	46 407	45 153	48 368	52 305	- 2,7	+ 7,1	+ 8,1
Mittel- und osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	60 993	71 706	92 224	103 148	+ 17,6	+ 29,6	+ 11,8
Afrika	15 858	15 433	17 457	18 658	- 2,7	+ 13,1	+ 6,9
Amerika	77 494	83 536	107 245	124 388	+ 7,8	+ 28,4	+ 16,0
dar NAFTA-Länder <sup>4)</sup>	62 143	68 181	88 727	103 327	+ 9,7	+ 30,1	+ 16,5
Asien	94 466	99 751	105 816	92 370	+ 5,6	+ 6,1	- 12,7
darunter							
ASEAN-Länder <sup>5)</sup>	20 558	22 089	23 735	17 385	+ 6,3	+ 7,5	- 26,6
China <sup>6)</sup>	10 784	10 897	10 629	11 900	+ 1,0	- 2,4	+ 12,0
Japan	18 842	21 191	20 476	18 294	+ 12,5	- 3,4	- 10,7
Australien und Ozeanien	6 571	6 157	6 957	7 189	- 6,3	+ 13,0	+ 3,3
	Einfuhr						
Europa	481 571	501 471	556 380	584 055	+ 4,1	+ 10,9	+ 5,0
darunter							
EU-Länder	374 908	388 293	424 430	440 746	+ 3,6	+ 9,3	+ 3,9
dar Eurozone	301 519	310 126	337 439	352 012	+ 2,9	+ 8,8	+ 4,3
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	39 645	41 781	46 324	46 650	+ 5,4	+ 10,9	+ 0,7
Mittel- und osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	58 490	62 329	75 246	85 466	+ 6,6	+ 20,7	+ 13,6
Afrika	13 724	14 718	16 204	15 097	+ 7,2	+ 10,1	- 6,8
Amerika	65 660	68 666	81 007	89 690	+ 4,6	+ 18,0	+ 10,7
dar NAFTA-Länder <sup>4)</sup>	51 593	55 520	65 466	74 695	+ 7,6	+ 17,9	+ 14,1
Asien	99 668	101 914	114 354	120 626	+ 2,3	+ 12,2	+ 5,5
darunter							
ASEAN-Länder <sup>5)</sup>	17 229	18 487	22 223	22 944	+ 12,2	+ 20,2	+ 3,2
China <sup>6)</sup>	15 989	18 012	21 534	22 965	+ 12,7	+ 19,6	+ 6,6
Japan	35 411	34 440	37 478	40 651	- 2,7	+ 8,8	+ 8,5
Australien und Ozeanien	2 981	2 775	3 260	3 519	- 6,9	+ 17,5	+ 8,0

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis – <sup>2)</sup> Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz – <sup>3)</sup> Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ukraine, Weißrussland, Republik Moldau, Rußland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien – <sup>4)</sup> Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko – <sup>5)</sup> Myanmar, Thailand, Demokratische Volksrepublik Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei Darussalam, Singapur, Philippinen – <sup>6)</sup> Ohne Taiwan und ohne Hongkong

Tabelle 2 Außenhandel mit den EU-Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw Bestimmungsland	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen	
				1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
	Mrd. DM			%	
Ausfuhr					
EU - Länder	452 698	493 554	535 475	+ 9,0	+ 8,5
Eurozone	349 912	375 758	408 665	+ 7,4	+ 8,8
Frankreich	87 213	94 420	105 775	+ 8,3	+ 12,0
Belgien und Luxemburg	49 832	51 666	53 896	+ 3,7	+ 4,3
Niederlande	60 277	63 054	65 062	+ 4,6	+ 3,2
Italien	59 271	65 053	70 355	+ 9,8	+ 8,2
Irland	3 447	4 208	5 091	+ 22,1	+ 21,0
Portugal	8 165	9 459	10 548	+ 15,8	+ 11,5
Spanien	28 640	33 071	38 413	+ 15,5	+ 16,2
Finnland	7 560	8 148	9 414	+ 7,8	+ 15,5
Österreich	45 506	46 680	50 101	+ 2,6	+ 7,3
Nicht-Eurozone	102 786	117 796	126 820	+ 14,6	+ 7,7
Großbritannien und Nordirland	63 667	74 962	81 850	+ 17,7	+ 9,2
Dänemark	14 484	16 023	16 379	+ 10,6	+ 2,2
Griechenland	5 593	6 181	6 870	+ 10,5	+ 11,1
Schweden	19 042	20 630	21 722	+ 8,3	+ 5,3
Einfuhr					
EU - Länder	388 293	424 430	440 746	+ 9,3	+ 3,8
Eurozone	310 126	337 439	352 012	+ 8,8	+ 4,3
Frankreich	73 634	81 090	90 145	+ 10,1	+ 11,2
Belgien und Luxemburg	43 906	47 421	45 915	+ 8,0	- 3,2
Niederlande	61 097	67 537	65 561	+ 10,5	- 2,9
Italien	58 343	61 074	63 307	+ 4,7	+ 3,7
Irland	8 317	8 861	9 049	+ 6,5	+ 2,1
Portugal	8 096	8 885	9 313	+ 9,7	+ 4,8
Spanien	22 637	25 941	28 290	+ 14,6	+ 9,1
Finnland	6 821	7 549	8 377	+ 10,7	+ 11,0
Österreich	27 275	29 082	32 055	+ 6,6	+ 10,2
Nicht-Eurozone	78 167	86 991	88 734	+ 11,3	+ 2,0
Großbritannien und Nordirland	47 486	54 342	56 226	+ 14,4	+ 3,5
Dänemark	13 040	14 654	13 265	+ 12,4	- 9,5
Griechenland	3 051	3 177	3 253	+ 4,1	+ 2,4
Schweden	14 589	14 819	15 990	+ 1,6	+ 7,9

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

lich im Handel mit Finnland und Spanien, wobei bei beiden Ländern der deutliche Zuwachs der deutschen Ausfuhren (Finnland: + 15,5% auf 9 Mrd. DM, Spanien: + 16,2% auf 38 Mrd. DM) ins Gewicht fiel. Weniger dynamisch entwickelte sich der Warenverkehr mit den Niederlanden sowie Belgien/Luxemburg, zu denen Deutschland intensive Handelsbeziehungen hat (Anteil am deutschen Außenhandelsumsatz 1998 in der EU: Niederlande 13%; Belgien/Luxemburg 10%). Die Einfuhren aus diesen Ländern gingen binnen Jahresfrist sogar zurück (Niederlande: - 2,9% auf 66 Mrd. DM; Belgien/Luxemburg: - 3,2% auf 46 Mrd. DM). Die höchste prozentuale Ausfuhrsteigerung wurde 1998 im Handel mit Irland erzielt (+ 21% auf 5 Mrd. DM). Trotz der gleichzeitig nur geringen Zunahme bei der Einfuhr blieb hier im bilateralen Warenverkehr ein Minus von 4 Mrd. DM. Damit war Irland 1998 das einzige EU-Land, das nennenswerte Überschüsse im Handel mit Deutschland erzielte. Das einzige EU-Land, mit dem die Handelsumsätze von 1997 auf 1998 zurückgingen, war Dänemark (- 3,3% auf 30 Mrd. DM).

### Europa ohne EU

Seit dem Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden zur EU entfallen etwa 98% des deutschen Außenhandels mit den EFTA-Ländern auf die Schweiz und Norwegen. Mit einem Außenhandelsumsatz von 75 Mrd. DM war die Schweiz der wichtigste europäische Partner außerhalb der EU. Damit nimmt sie derzeit Rang 8 unter Deutschlands wichtigsten Außenhandelspartnern ein. Sowohl die Aus-

fuhr (+ 7,0% auf 43 Mrd. DM) als auch die Einfuhr (+ 8,8% auf 32 Mrd. DM) nahmen erheblich zu. Der deutsche Überschuss im Handel mit der Schweiz belief sich wie im Vorjahr auf 10,1 Mrd. DM. Im Warenverkehr mit Norwegen legten nur die Ausfuhren erheblich zu (+ 10,1% auf 9 Mrd. DM). Die Einfuhren sanken aufgrund der niedrigen Preise für Erdöl und Erdgas um 16,0% auf 13 Mrd. DM.

Die Handelsbeziehungen zu den Mittel- und osteuropäischen Staaten haben in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. Sie entwickelten sich dynamischer als mit anderen Regionen. Besonders intensiv sind sie zu den EU-Beitrittskandidaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn. Diese zählten 1998 weltweit zu den 15 wichtigsten Handelspartnern Deutschlands. Niedrige Löhne, gut ausgebildete Arbeitskräfte, geringe Transportkosten und eine gegenüber dem Westen offene Politik, die Vertrauen in die politische und wirtschaftliche Stabilität schuf, waren und sind optimale Rahmenbedingungen für Investitionen deutscher Unternehmen. Mit zunehmender Kaufkraft wurden diese Länder auch als Absatzmärkte interessanter. Solche Rahmenbedingungen sind mit unterschiedlich starken Abstrichen auch in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas zu finden. Dies ermöglichte in den letzten Jahren die in beiden Verkehrsrichtungen zweistelligen Wachstumsraten im Warenverkehr und aus deutscher Sicht deutliche Außenhandelsüberschüsse mit den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas. Geringfügige Einfuhrüberschüsse gab es 1998 lediglich im Handel mit Slowenien, der Slowakei und Rußland; der mit Abstand größte Ausfuhrüberschuß wurde im Handel mit Polen erzielt.

Diese positive Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Deutschland wurde 1998 durch die Schuldenkrise in Rußland eingetrübt. Die starke Abwertung des Rubels in der zweiten Jahreshälfte - am Jahresende 1998 bekam man für eine DM dreieinhalbmal so viele Rubel wie Ende Juli<sup>10)</sup> - bedeutet für alle Länder der Region einen Einschnitt beim Wirtschaftswachstum. Naturgemäß waren die direkten Wirkungen auf den Außenhandel mit Rußland am gravierendsten. So sank der deutsche Export nach Rußland im Jahresverlauf 1998 gegenüber 1997 mit zunehmender Geschwindigkeit. Im vierten Quartal lag er um 53% unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres, nachdem er im ersten Quartal 1998 noch um 43% über dem Ergebnis des ersten Quartals 1997 gelegen hatte. Auch in umgekehrter Verkehrsrichtung brach der Handel ein. Hier wirkte sich vor allem der starke Verfall von Erdöl- und Erdgaspreisen, der mit ein Grund für die Schuldenkrise ist, aus.

Aufgrund enger Handelsbeziehungen sind auch Rußlands Nachbarn von dieser Entwicklung betroffen. Insbesondere der Handel mit der Ukraine, der von 1996 auf 1997 noch Rekordzuwächse verzeichnen konnte und auch in den ersten Monaten des Jahres 1998 boomte, ließ stark nach. Auch der Außenhandel mit den baltischen Republiken blieb von dem Einbruch nicht verschont. Deutlich robuster und weniger krisenanfällig zeigte sich hingegen der Handel mit den mitteleuropäischen Staaten. Sehr hohe

<sup>10)</sup> Deutsche Bundesbank, Devisenkursstatistik

Zuwachsraten verzeichneten hier vor allem der Handel mit Ungarn und mit der Slowakei. Die Ausfuhren nach Ungarn und in die Slowakei stiegen binnen Jahresfrist um 31 bzw. 32%, die Einfuhren von dort legten um 34 bzw. 45% zu. Allerdings schwächten sich auch hier die Zuwächse im Jahresverlauf ab. Aufgrund des relativ großen Handelsvolumens mit den mitteleuropäischen Staaten hätte ein Übergreifen der Krise in Rußland negative Auswirkungen auf die bilateralen Handelsbeziehungen mit diesen Ländern.

## NAFTA

Die NAFTA (Vereinigte Staaten, Kanada und Mexiko) wird wirtschaftlich von den Vereinigten Staaten dominiert. Am gesamten Außenhandel Deutschlands mit der NAFTA macht der Außenhandel mit den Vereinigten Staaten einen Anteil von 88% aus. Trotz der Krisen in Asien und Lateinamerika – für die Vereinigten Staaten wichtige Handelspartner – erwies sich das Wachstum der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten als robust. Daher wirkte sich hier das Nachlassen des konjunkturellen Umfeldes in anderen Regionen im zweiten Halbjahr nicht so gravierend auf den deutschen Außenhandel mit den Vereinigten Staaten aus. Im Jahr 1998 stiegen die deutschen Exporte in die Vereinigten Staaten um 16,6% auf 89 Mrd. DM und die Importe um 14,0% auf 67 Mrd. DM.

Tabelle 3 Außenhandel mit den NAFTA-Ländern

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw Bestimmungsland	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen	
				1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
			Mill DM		
			%		
Ausfuhr					
NAFTA	68 181	88 727	103 327	+ 30,1	+ 16,5
Kanada	4 213	6 707	7 014	+ 59,2	+ 4,6
Mexiko	3 853	5 404	7 010	+ 40,3	+ 29,7
Vereinigte Staaten	60 114	76 617	89 303	+ 27,5	+ 16,6
Einfuhr					
NAFTA	55 520	65 466	74 695	+ 17,9	+ 14,1
Kanada	4 988	5 141	5 507	+ 3,1	+ 7,1
Mexiko	1 043	1 286	1 877	+ 23,3	+ 46,0
Vereinigte Staaten	49 488	59 039	67 311	+ 19,3	+ 14,0

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

Stärker noch als mit den Vereinigten Staaten hat sich der deutsche Handel mit Mexiko entwickelt. Die Exporte nach Mexiko stiegen von 1997 auf 1998 um 29,7% auf 7 Mrd. DM, die Importe um 46,0% auf 2 Mrd. DM. Der daraus resultierende Ausfuhrüberschuß von 5,1 Mrd. DM machte etwa 18% des von Deutschland mit der NAFTA insgesamt erzielten Überschusses aus.

Zu einer deutlichen Abschwächung kam es dagegen im zweiten Halbjahr im Warenaustausch mit Kanada. Daher fielen die Steigerung der deutschen Ausfuhren nach Kanada im Jahr 1998 um 4,6% auf 7 Mrd. DM und die der Einfuhren aus Kanada um 7,1% auf 6 Mrd. DM vergleichsweise gering aus.

## Lateinamerika

In Lateinamerika sind Brasilien (Umsätze im Handel mit Deutschland 1998: 16,4 Mrd. DM), Argentinien (4,8 Mrd.

Tabelle 4: Außenhandel mit ausgewählten Ländern Lateinamerikas

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw Bestimmungsland	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen	
				1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
			Mill DM		%
Ausfuhr					
Amerika ohne NAFTA darunter	15 355	18 518	21 061	+ 20,6	+ 13,7
Argentinien	2 286	2 998	3 351	+ 31,1	+ 11,8
Brasilien	7 240	9 111	9 663	+ 25,8	+ 6,1
Chile	1 077	1 455	1 405	+ 35,1	- 3,4
Kolumbien	1 086	1 171	1 200	+ 7,8	+ 2,5
Einfuhr					
Amerika ohne NAFTA darunter	13 146	15 541	14 995	+ 18,2	- 3,5
Argentinien	1 408	1 364	1 493	- 3,1	+ 9,5
Brasilien	4 916	6 417	6 731	+ 30,5	+ 4,9
Chile	1 411	1 434	1 323	+ 1,6	- 7,7
Kolumbien	1 212	1 471	1 449	+ 21,4	- 1,5

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

DM) und Chile (2,7 Mrd. DM) die wichtigsten deutschen Außenhandelspartner. Während deren Außenhandel mit Deutschland im Zuge des Aufschwungs von 1996 auf 1997 deutlich zunahm – die deutschen Ausfuhren in alle drei Länder stiegen in diesem Zeitraum um mehr als 25% –, schwand in der Folge der Krise in den asiatischen Schwellenländern auch das Vertrauen in die hochverschuldeten Volkswirtschaften Lateinamerikas. Darüber hinaus trugen 1998 Naturkatastrophen zur deutlichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums bei. Daher kühlte der deutsche Außenhandel mit den lateinamerikanischen Ländern im Jahr 1998 merklich ab. Der eigentliche Einbruch erfolgte jedoch erst im vierten Quartal aufgrund der Finanzkrise in Brasilien und der Abwertung des Real.

Die direkten Folgen dieser Krise im größten Land Lateinamerikas für die ganze Region werden auch an der Entwicklung der deutschen Exporte deutlich. Während in den ersten drei Quartalen die Ausfuhren in die meisten Länder Lateinamerikas zunahmen, kam es im letzten Quartal 1998 zu erheblichen Rückgängen. In Folge dieser Entwicklung stiegen die deutschen Exporte nach Brasilien im Jahr 1998 binnen Jahresfrist nur noch um 6,1% auf 9,7 Mrd. DM, nach Argentinien um 11,8% auf 3,4 Mrd. DM und nach Chile fielen sie sogar um 3,4% auf 1,4 Mrd. DM. Noch schwächer entwickelten sich die deutschen Importe aus Lateinamerika. Hier machten sich vor allem die sinkenden Preise bei Rohstoffen bemerkbar. So stiegen die deutschen Importe aus Brasilien im Jahr 1998 nur um 4,9% auf 6,7 Mrd. DM, aus Argentinien um 9,5% auf 1,5 Mrd. DM und aus Chile fielen sie um 7,7% auf 1,3 Mrd. DM. Als Folge dieser Entwicklung war der Ausfuhrüberschuß mit Lateinamerika – 1998: 6,1 Mrd. DM – mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Fast 80% dieses Überschusses wurden im Handel mit Brasilien und Argentinien erzielt.

## Asien

Im Gegensatz zu den Krisen in Rußland und Brasilien begann die den Handel mit Asien beeinträchtigende Finanzkrise in Südostasien bereits im vierten Quartal 1997. Hinzu kam die schon seit Jahren rezessive Wirtschaftsentwicklung in Japan. Daher schwächten sich die deutschen Exporte bereits 1997 ab und waren seit Jahresbeginn 1998



sogar rückläufig. Dieser Rückgang verstärkte sich im Jahresverlauf weiter. Insgesamt gingen die deutschen Ausfuhren nach Asien 1998 um 12,7 % auf 92,4 Mrd. DM zurück. Im Gegensatz zu den Ausfuhren stiegen die Einfuhren aus Asien um 5,5 % auf 120,6 Mrd. DM. Das daraus errechnete Handelsbilanzdefizit in Höhe von 28,3 Mrd. DM war somit im Jahr 1998 etwa dreizehnmal so hoch wie noch 1997. Hauptursache hierfür ist das in den letzten Jahren stark gestiegene Defizit im Warenverkehr mit Japan, das sich 1998 allein bereits auf 22,4 Mrd. DM belief. Während die deutschen Importe aus Japan 1998 um 8,5 % zunahmen, verringerte sich der Warenstrom in umgekehrter Richtung um 10,7 %. Ursachen hierfür dürften der schwache Yen und die trotz zahlreicher Konjunkturbelebungsprogramme schwache Binnennachfrage in Japan sein.

Im Handel mit den ASEAN-Ländern<sup>11)</sup> wandelte sich der Ausfuhrüberschuß aus deutscher Sicht von 1,5 Mrd. DM im Jahr 1997 in ein Defizit in Höhe von 5,6 Mrd. DM im Jahr 1998 um. Die deutschen Exporte in die ASEAN-Länder fielen 1998 gegenüber 1997 um 26,8 % auf 17,4 Mrd. DM. Nach Indonesien, wo zusätzlich zur Wirtschaftskrise noch eine politische Krise hinzukam, gingen die deutschen Exporte gar um 35,9 % auf 3,3 Mrd. DM zurück. Im Gegensatz dazu stiegen die Einfuhren aus den ASEAN-Ländern um 3,2 % auf 22,9 Mrd. DM. Ähnliches geschah im Handel mit der Republik Korea, wo 1998 mit einem Minus von 45,6 % auf 5,0 Mrd. DM ein besonders starker Einbruch der deutschen Exporte zu verzeichnen war und sich der Handelsüberschuß des Jahres 1997 von 2,6 Mrd. DM in ein Defizit von 1,7 Mrd. DM umkehrte. Im Handel mit Hongkong erzielte Deutschland 1998 einen Exportüberschuß von 2,6 Mrd. DM, nachdem er 1997 noch 4,2 Mrd. DM betragen hatte. Die Exporte nach Taiwan ließen erst ab dem zweiten Quartal nach, so daß sie im Gesamtjahr sogar noch um 3,0 % auf 8,4 Mrd. DM zulegen konnten.

Eine Ausnahme bezüglich der Entwicklung der Warenverkehre in Ost- und Südostasien bildete China<sup>12)</sup>, der nach Japan wichtigste deutsche Handelspartner in Asien. Der Warenaustausch mit Deutschland nahm von 1997 auf 1998 in beide Richtungen deutlich zu (+ 12,0 % Ausfuhr bzw. + 6,6 % Einfuhr). Die deutsch-chinesische Handelsbilanz schloß 1998 aus deutscher Sicht mit einem Minus von 11,1 Mrd. DM (1997: – 10,9 Mrd. DM).

#### Afrika

Der deutsche Handel mit Afrika ist nach wie vor von geringer Bedeutung. Lediglich mit Südafrika und den afrikanischen Mittelmeerranrainerstaaten überschritten die Außenhandelsumsätze im Jahr 1998 die Schwelle von 2 Mrd. DM. Mit Abstand größter Handelspartner war Südafrika. Im Jahr 1998 betragen die Umsätze im bilateralen Handel 10,5 Mrd. DM. Etwa ein Drittel der deutschen Exporte nach und 28 % der Importe aus Afrika sowie 60 % des Exportüberschusses entfielen 1998 auf den Handel mit diesem Land, und das, obwohl der Überschuß seit 1996 – anders

als im Außenhandel mit dem gesamten Kontinent – rückläufig ist.

#### 4 Ausblick auf 1999

Die Exporterwartungen von Industrieunternehmen deuten laut DIHT-Umfrage vom Februar 1999<sup>13)</sup> auf eine weitere Abschwächung des deutschen Außenhandels im Jahr 1999 hin. Nur noch 28 % der befragten Unternehmen erwarteten höhere Exporte. Im Februar 1998 waren es noch 41 % gewesen. Der Anteil der Unternehmen, die niedrigere Exporte erwarteten, stieg von 7 % im Februar 1998 auf 17 % im Februar 1999. Auch die Außenhandelsergebnisse zum Jahresbeginn 1999 deuten in diese Richtung. In den ersten beiden Monaten des Jahres 1999 waren die deutschen Ausfuhren um 3,1 % und die Einfuhren um 6,5 % niedriger als im Januar/Februar 1998.

*Dipl.-Volkswirt Sebastian Koufen*

<sup>13)</sup> Siehe DIHT, Wirtschaftslage und Erwartungen, Februar 1999

<sup>11)</sup> ASEAN-Länder = Brunei Darussalam, Indonesien, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam

<sup>12)</sup> Ohne Taiwan und ohne Hongkong

# Öffentliche Finanzen 1998

Für zentrale wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen sind aktuelle Daten über die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen sowie des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte besonders wichtig. Die vierteljährliche Kassenstatistik stellt diese Daten regelmäßig mit Stichtag zum Quartalsende bereit. Sie sind zugleich Grundlage für die vierteljährliche Ermittlung des Staatskontos in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Der Berichtskreis umfaßt Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv), die Sondervermögen des Bundes, die Sozialversicherung und die Finanzanteile an der Europäischen Union. Zu den Sondervermögen des Bundes gehören der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen, der Ausgleichsfonds „Steinkohle“, der Fonds „Deutsche Einheit“, das Bundesisenbahnvermögen, der Erblastentilgungsfonds und der Entschädigungsfonds. Die Gemeindedaten der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor und wurden daher geschätzt.

Beim Vergleich mit dem Vorjahr sind folgende gesetzliche Neuregelungen im Steuerbereich zu beachten:

- Senkung des Solidaritätszuschlags ab Jahresanfang um 2 Prozentpunkte auf 5,5%,
- Beteiligung der Gemeinden/Gv am Umsatzsteuereinkommen in Höhe von 2,2% als Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbesteuer zum 1. Januar 1998;
- Anhebung der an die Länder zu leistenden Gewerbesteuerumlage;
- Erhöhung des Regelsteuersatzes der Umsatzsteuer zum 1. April 1998 um einen Prozentpunkt auf 16%, um einen zusätzlichen Bundeszuschuß an die Rentenversicherung zur Stabilisierung der Beiträge zu ermöglichen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die Kassenergebnisse der Gemeinden/Gv. auch 1998 von der Ausgliederung von Einrichtungen aus den kommunalen Haushalten beeinflusst waren.

## Öffentlicher Gesamthaushalt

Die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushaltes erhöhten sich 1998 gegenüber dem Vorjahr moderat um 1,3% auf 1832,4 Mrd. DM. An Einnahmen flossen 1998 insgesamt 1784,5 Mrd. DM in die öffentlichen Kassen, das waren 3,6% mehr als im Jahr 1997. Aus dem Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben ergab sich 1998 unter Berücksichtigung interner Verrechnungen ein Finanzierungsdefizit von 47,2 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr (86,2 Mrd. DM) entspricht dies einem Rückgang um 39,0 Mrd. DM. Zu dieser Entwicklung trugen die einzelnen Haushaltsebenen in unterschiedlichem Umfang bei. Der Bund reduzierte sein Defizit um 6,9 Mrd. DM auf 56,6 Mrd. DM, die Länder um 10,8

Tabelle 1 Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts<sup>1)</sup>

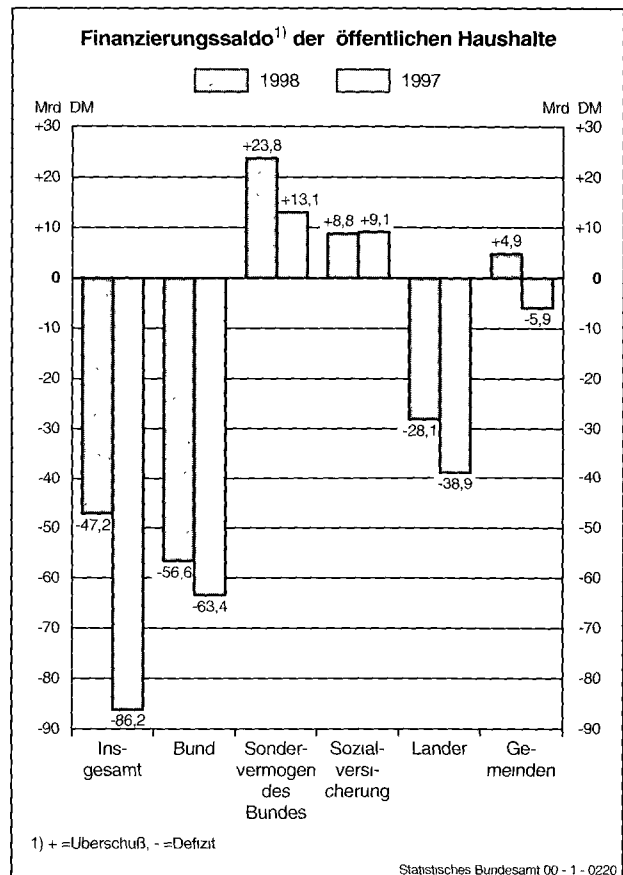
Deutschland

Ausgaben/Einnahmen	1998	1997	Veränderung
	Mill. DM		%
Bereinigtes Ausgaben	1 832 369	1 809 151	+ 1,3
darunter			
Personalausgaben	344 854	342 871	+ 0,6
Laufender Sachaufwand	393 152	386 253	+ 1,8
Zinsausgaben an andere Bereiche	133 547	131 662	+ 1,4
Renten, Unterstützungen u. a.	644 103	639 697	+ 0,7
Baumaßnahmen	59 777	60 621	- 1,4
Erwerb von Sachvermögen	18 920	18 532	+ 2,1
Darlehensgewährungen	26 969	30 000	- 10,1
Bereinigtes Einnahmen	1 784 457	1 722 717	+ 3,6
darunter			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 533 787	1 494 368	+ 2,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	50 897	35 218	+ 44,5
Gebühren u. a. Entgelte	50 865	52 992	- 4,0
Veräußerung von Beteiligungen	33 317	21 092	+ 58,0
Finanzierungssaldo <sup>1)</sup>	- 47 162	- 86 151	x
Nettokreditaufnahme	57 517	94 066	x
Schuldenaufnahme	433 035	458 819	- 5,6
Schuldentilgung	375 518	364 753	+ 3,0
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	2 236 364	2 168 878	+ 3,1

<sup>1)</sup> Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen. Vorläufiges Ergebnis der Gemeinden/Gv - <sup>2)</sup> Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.

Mrd. DM auf 28,1 Mrd. DM. Die Gemeinden erzielten erstmals seit 1989 wieder einen Überschuß in Höhe von 4,9 Mrd. DM, während sie 1997 noch mit einem Defizit von 5,9 Mrd. DM abschlossen. Der Überschuß der Sozialversicherung blieb 1998 mit 8,8 Mrd. DM annähernd konstant, der

Schaubild 1



der Bundessondervermögen erhöhte sich um 10,8 Mrd DM auf 23,8 Mrd. DM

Auf Grund des kräftigen Abbaus des Finanzierungsdefizits ging auch die Nettoneuverschuldung (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung) der öffentlichen Haushalte insgesamt deutlich zurück, von 94,1 Mrd. DM im Jahr 1997 auf 57,5 Mrd. DM 1998. Durch die Neuverschuldung (einschl. sonstiger Schuldengänge in Höhe von 10,4 Mrd. DM) erhöhte sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte gegenüber dem Vorjahr um 3,1 % und erreichte zum Jahresende 1998 2236,4 Mrd. DM. Den stärksten Anstieg verzeichneten die Schulden des Bundes (+6,2 % auf 954,4 Mrd. DM). Die Schulden der Länder nahmen ebenfalls deutlich (+5,0 %) zu und betrugen am Jahresende 615,6 Mrd. DM, während die Schulden der Sondervermögen des Bundes – vor allem wegen des weiteren Schuldenabbaus beim Erblastentilgungsfonds (Altschulden der deutschen Vereinigung) – sich um 3,1 % auf 500,0 Mrd. DM verringerten. Die Schulden der kommunalen Haushalte waren mit 0,9 % auf 166,3 Mrd. DM rückläufig, was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß weiterhin Einrichtungen mit ihren Schulden aus den kommunalen Haushalten ausgelagert wurden.

Auf der Ausgabenseite nahmen die großen Positionen der Sozialleistungen (+0,7 % auf 644,1 Mrd. DM) und der Personalausgaben (+0,6 % auf 344,9 Mrd. DM) nur geringfügig zu. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand erhöhten sich um 1,8 % auf 393,2 Mrd. DM, die Zinsausgaben um 1,4 % auf 133,5 Mrd. DM. Dagegen gingen die Bauausgaben 1998 weiter um 1,4 % auf 59,8 Mrd. DM zurück.

Das Aufkommen des öffentlichen Gesamthaushalts aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, mit 1533,8 Mrd. DM die größte Einnahmenquelle, war insgesamt 1998 um 2,6 % – auf Gemeindeebene sogar um 8,8 % – höher als im Vorjahr. Einen besonders kräftigen Zuwachs verzeichneten die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen (+58,0 % auf 33,3 Mrd. DM), wobei es sich im wesentlichen um Anteile des Bundes an der Deutschen Telekom AG handelte. Ebenfalls deutlich gestiegen sind die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+44,5 % auf 50,9 Mrd. DM), vorwiegend auf Grund der hohen Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bund.

## Bund

Im Jahr 1998 hatte der Bund einen Ausgabenzuwachs von 6,5 % auf 512,1 Mrd. DM zu verzeichnen, der durch einen kräftigen Anstieg bei den Einnahmen von 9,1 % auf 455,5 Mrd. DM noch deutlich übertroffen wurde. Der daraus resultierende Finanzierungssaldo von 56,6 Mrd. DM fiel gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Mrd. DM niedriger aus. Im Jahresverlauf 1998 nahm der Bund zwar Kredite in Höhe von brutto 243,3 Mrd. DM auf. Diese waren aber um 9,3 Mrd. DM (-3,7 %) und damit erheblich geringer als im Vorjahr, während er seine Tilgung um 2,1 Mrd. DM oder 1,1 % auf 186,8 Mrd. DM reduzierte. Folglich ging die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Vorjahr deutlich von 63,7 Mrd. DM auf 56,4 Mrd. DM zurück. Der Schuldenstand des Bundes erhöhte sich dadurch im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 6,2 % auf 954,4 Mrd. DM.

Auf der Ausgabenseite wiesen die laufenden Zuweisungen (einschl. Schuldendiensthilfen) an andere öffentliche Haushalte, mit einem Volumen von 233,5 Mrd. DM der gewichtigste Ausgabenposten im Bundesbudget, gegenüber dem Vorjahr einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 13,6 % auf. Insbesondere die Schuldendiensthilfen des Bundes an den öffentlichen Bereich stiegen um 37,2 % auf 50,7 Mrd. DM, weil die kräftig gestiegenen Mehreinnahmen aus dem Bundesbankgewinn in Höhe von 17,2 Mrd. DM (Vorjahr: 1,8 Mrd. DM) dem Erblastentilgungsfonds zum Abbau der Schulden zufließen.

Auch an die Träger der Sozialversicherung überwies der Bund im Jahr 1998 mit 121,0 Mrd. DM deutlich mehr (+11,3 %). Nach dem Gesetz zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung zahlte er zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 1998 zusätzlich 9,6 Mrd. DM. Finanziert wurde der zusätzliche Bundeszuschuß, mit dem der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von 20,3 % stabilisiert werden soll, durch die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes zum 1. April 1998 um einen Prozentpunkt auf 16 %. Der Zuschuß des Bundes zur Deckung des Finanzierungsdefizits der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 7,7 Mrd. DM fiel aufgrund der günstigeren Arbeitsmarktentwicklung um 1,9 Mrd. DM niedriger als im Vorjahr aus.

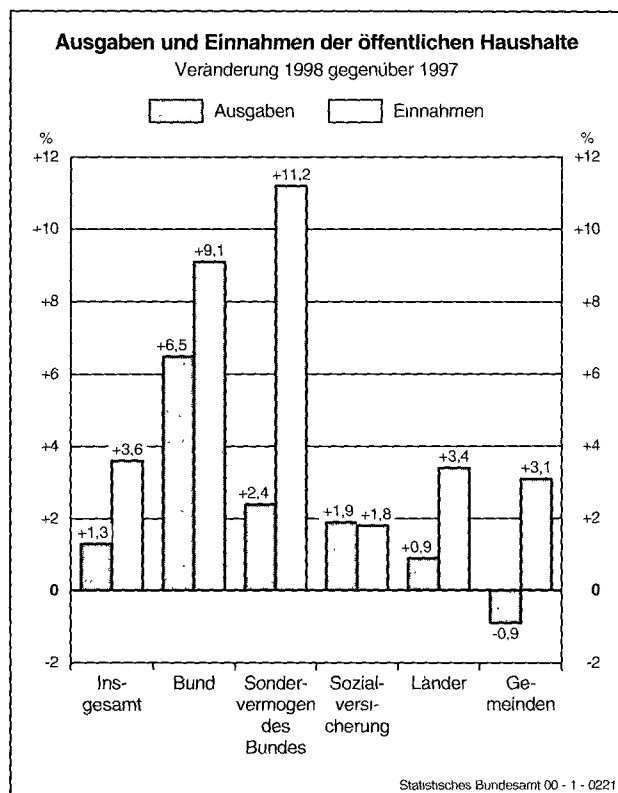
Für Zinsen mußte der Bund bei einem weiterhin niedrigen Zinsniveau aufgrund seines gestiegenen Schuldenstandes höhere Zahlungen an den Kreditmarkt leisten (+5,2 %). Bei einem Zinsausgabenvolumen von 56,2 Mrd. DM betrug die Zinsausgabenquote wie im Vorjahr rund 11 %.

Dagegen waren die Personalausgaben des Bundes im Jahr 1998 erneut leicht rückläufig (-0,7 %). Vor allem die Bezüge für das aktive Personal, die einen Anteil von 73,1 % an den gesamten Personalausgaben in Höhe von 52,1 Mrd. DM ausmachten, gingen weiter zurück (-0,9 %). Die Ausgaben für Versorgungsbezüge der im Ruhestand befindlichen Beamtinnen und Beamten bzw. ihrer Angehörigen stiegen demgegenüber nur geringfügig um 0,1 %, die für Beihilfen und Unterstützungen jedoch etwas deutlicher um 3,5 % an.

Bei den Ausgaben für den laufenden Sachaufwand war ein Anstieg um 1,3 % auf 38,6 Mrd. DM zu verzeichnen. Deutlich erhöhten sich die Ausgaben für militärische Beschaffungen und Anlagen (+8,1 %), während sich der übrige laufende Sachaufwand um 2,5 % verminderte.

Die Ausgaben des Bundes für soziale Leistungen (Kriegsopferversorgung und -fürsorge, Arbeitslosenhilfe, Altersübergangsgeld, Eingliederungshilfen für Spätaussiedler u. a.) verringerten sich im Jahr 1998 um 1,2 % auf 48,5 Mrd. DM. Für die Arbeitslosenhilfe mußte der Bund im Berichtszeitraum 30,4 Mrd. DM aufwenden. Dies waren mit 8,7 % deutlich mehr als noch im Jahr zuvor, da der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Jahresverlauf 1998 vorübergehend sogar die 37 %-Marke erreichte und erst zum Jahresende wieder etwas rückläufig war. Bei den Ausgaben für das Altersübergangsgeld fielen durch das Auslaufen

Schaubild 2



dieser Leistung 1998 nur noch Restzahlungen an. Auch die Ausgaben für Eingliederungshilfen für Spätaussiedler waren aufgrund des verringerten Zuzugs 1998 niedriger als im Vorjahr.

Für Sachinvestitionen gab der Bund 1998 insgesamt 13,5 Mrd. DM und damit deutlich mehr (+ 11,3%) als im Jahr zuvor aus. Hiervon entfielen 11,2 Mrd. DM (+9,4%) auf Baumaßnahmen, die neben den Ausgaben für den Fernstraßenbau auch Baumaßnahmen für den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in Berlin beinhalten. 2,3 Mrd. DM (+21,3%) investierte der Bund in den Grunderwerb und in sonstige bewegliche Güter. Die vom Bund gewährten Darlehen im Volumen von 7,8 Mrd. DM gingen im Vergleich zum Vorjahr aufgrund stark rückläufiger Darlehen an öffentliche Unternehmen und Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen um mehr als ein Drittel zurück.

Die Einnahmenentwicklung beim Bund wird maßgeblich durch die Steuern bestimmt, die im Berichtsjahr (einschl. der steuerähnlichen Abgaben) insgesamt 379,5 Mrd. DM und damit 3,0% mehr erbrachten. Die Einnahmen aus der aufkommensstarken Lohnsteuer (109,8 Mrd. DM) legten um 3,9% zu, die Körperschaftsteuer hatte aufgrund der verbesserten Ertragslage der Unternehmen einen Zuwachs von 8,3% auf 18,1 Mrd. DM. Das Einkommen aus der veranlagten Einkommensteuer, das in den vergangenen Jahren aufgrund starker Inanspruchnahme von steuerlichen Absetzungen auf ein sehr niedriges Niveau zurückgegangen war, erhöhte sich besonders stark, um 92,9% auf 4,7 Mrd. DM. Ursache waren verstärkte Nachzahlungen für frühere Veranlagungszeiträume, aber auch höhere Vorauszahlungen. Der Rückgang bei dem seit 1995 als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer er-

hobenen Solidaritätszuschlag um 20,6% auf 20,6 Mrd. DM resultierte aus der Senkung des Zuschlagsatzes von 7,5 auf 5,5% zum Jahresbeginn. Beim Bundesanteil an der Umsatzsteuer war aufgrund der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt auf 16% zum 1. April 1998 insgesamt ein Einnahmenplus von 3,9% gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Der Bund erhält seit Jahresbeginn vorab vom Umsatzsteueraufkommen 3,64% als Ausgleich für die Belastung aufgrund des zusätzlichen Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung (siehe oben). Den Gemeinden stehen ab 1998 vorab 2,2% des Umsatzsteueraufkommens zum Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer zu. Von dem verbleibenden Aufkommen erhält der Bund einen Anteil von 50,5%. Das erbrachte ihm im Jahr 1998 Umsatzeinnahmen in Höhe von 97,4 Mrd. DM. Das Mineralölsteueraufkommen hat sich 1998 nur geringfügig um 1,0% auf 66,7 Mrd. DM erhöht. 12,4 Mrd. DM davon überwies der Bund den Ländern zur Finanzierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs.

Die Einnahmen des Bundes aus wirtschaftlicher Tätigkeit legten deutlich von 11,7 Mrd. DM im Vorjahr auf 26,8 Mrd. DM im Jahr 1998 zu (+ 129,0%). Ursächlich hierfür waren die hohen Gewinnabführungen der Deutschen Bundesbank von insgesamt 24,2 Mrd. DM (Vorjahr: 8,8 Mrd. DM). Vom Bundesbankgewinn stellt der Bund jährlich 7 Mrd. DM zur allgemeinen Finanzierung seiner Aufgaben in den Haushalten ein. Der darüber hinausgehende Anteil des Bundesbankgewinns wird zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Aus der Veräußerung von Beteiligungen, wie zum Beispiel an der Deutschen Telekom AG und der Autobahn Tank & Rast AG, realisierte der Bund 1998 Einnahmen in Höhe von 22,6 Mrd. DM, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr (+ 128,1%)

### Sondervermögen des Bundes und EU-Anteile

Die Sondervermögen des Bundes und die Finanzanteile der Europäischen Union (EU) wiesen 1998 einen hohen Einnahmenüberschuß von 23,8 Mrd. DM auf (Vorjahr: 13,1 Mrd. DM). Der Grund für die positive Entwicklung lag vor allem in den um 11,2% gestiegenen Einnahmen, denen ein Ausgabenanstieg von lediglich 2,4% gegenüberstand. Das Einnahmenplus ist vor allem auf die hohen Mehreinnahmen des Bundes aus dem Bundesbankgewinn zurückzuführen, die dem Erblastentilgungsfonds zufließen. Die Schuldentilgung der Sondervermögen stieg gegenüber dem Vorjahr um 14,7% auf 100,7 Mrd. DM. Demgegenüber blieb die Schuldenaufnahme mit 77,1 Mrd. DM etwa auf dem Vorjahresniveau. Die Ausgaben und Einnahmen der Finanzanteile an der EU erhöhten sich binnen Jahresfrist um 1,6% auf 42,2 Mrd. DM.

### Sozialversicherung

Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen im Jahr 1998 um 1,9% auf 822,1 Mrd. DM und erhöhten sich damit

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte  
Deutschland

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes <sup>1)</sup> und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder <sup>2)</sup>		
	1998	1997	Veränderung	1998	1997	Veränderung	1998	1997	Veränderung	1998	1997	Veränderung
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM		%
Bereinigter Ausgaben	512 115	481 008	+ 6,5	109 198	106 617	+ 2,4	822 121	806 828	+ 1,9	476 475	472 380	+ 0,9
darunter												
Personalausgaben	52 128	52 487	- 0,7	15 735	16 041	- 1,9	21 927	20 951	+ 4,7	178 939	176 897	+ 1,2
Laufender Sachaufwand	38 568	38 077	+ 1,3	308	717	- 57,0	257 932	251 250	+ 2,7	44 905	44 551	+ 0,8
Zinsausgaben an andere Bereiche	56 171	53 409	+ 5,2	29 981	32 194	- 6,9	434	169	+ 156,8	36 258	34 954	+ 3,7
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>3)</sup>	233 500	205 558	+ 13,6	1 788	1 593	+ 12,2	27 940	32 145	- 13,1	95 606	94 694	+ 1,0
Renten, Unterstützungen u. a.	48 542	49 153	- 1,2	340	379	- 10,3	526 968	521 715	+ 1,0	17 056	16 484	+ 3,5
Baumaßnahmen	11 221	10 259	+ 9,4	-	-	-	614	742	- 17,3	10 700	10 876	- 1,6
Erwerb von Sachvermögen	2 323	1 915	+ 21,3	4	2	+ 100,0	1 736	1 688	+ 2,8	4 449	4 597	- 3,2
Darlehensgewährungen	7 752	12 410	- 37,5	13 394	10 806	+ 23,9	248	246	+ 0,8	4 516	5 219	- 13,5
Bereinigter Einnahmen	455 512	417 518	+ 9,1	133 029	119 682	+ 11,2	830 206	815 677	+ 1,8	448 350	433 469	+ 3,4
darunter												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	379 468	368 335	+ 3,0	42 217	41 623	+ 1,4	697 963	694 281	+ 0,5	318 764	302 431	+ 5,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	26 794	11 698	+ 129,0	306	424	- 27,8	315	1 410	- 77,7	8 560	7 167	+ 19,4
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>3)</sup>	3 461	3 336	+ 3,7	64 004	48 087	+ 33,1	146 806	138 772	+ 5,8	70 344	69 177	+ 1,7
Veräußerung von Beteiligungen	22 644	9 929	+ 128,1	93	71	+ 31,0	7	1 160	x	7 063	8 848	- 20,2
Finanzierungssaldo <sup>4)</sup>	- 56 566	- 63 447	x	+ 23 832	+ 13 066	x	+ 8 784	+ 9 067	x	- 28 120	- 38 889	x
Nettokreditaufnahme	56 430	63 705	x	- 23 644	- 10 853	x	-	-	-	23 392	36 463	x
Schuldenaufnahme	243 262	252 596	- 3,7	77 081	76 973	+ 0,1	-	-	-	94 829	108 697	- 12,8
Schuldentilgung	186 832	188 891	- 1,1	100 725	87 826	+ 14,7	-	-	-	71 437	72 234	- 1,1
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	954 428	899 068	+ 6,2	499 968	515 791	- 3,1	-	-	-	615 625	586 244	+ 5,0

<sup>1)</sup> Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundesseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Ausgleichsfonds „Steinkohle“ - <sup>2)</sup> Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen - <sup>3)</sup> Einschl. Schuldendiensthilfen - <sup>4)</sup> Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen

annähernd genauso stark wie die Einnahmen (+1,8% auf 830,2 Mrd. DM). Daraus ergibt sich ein Finanzierungsüberschuß, der mit 8,8 Mrd. DM nur leicht niedriger (-0,3 Mrd. DM) ausfällt als im Vorjahr.

Die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung verlief in den bedeutendsten Sozialversicherungssparten unterschiedlich. Die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhten sich um 3,4% auf 385,1 Mrd. DM. Dies resultiert insbesondere aus der höheren Zahl der Rentempfängerinnen und -empfänger sowie aus der regelmäßigen Rentenanpassung. Die Einnahmen erhöhten sich mit 3,8% auf 387,6 Mrd. DM etwas stärker, was in erster Linie auf den erwähnten zusätzlichen Bundeszuschuß zurückzuführen ist, der sich im Betrachtungszeitraum auf 9,6 Mrd. DM belief. Die Einnahmen der Rentenversicherung aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind dagegen im Jahr 1998 fast konstant geblieben (+0,1%). Der Finanzierungsüberschuß betrug 2,5 Mrd. DM und ist damit um 1,5 Mrd. DM höher als im Vorjahr.

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung waren die Ausgaben mit 247,4 Mrd. DM um 1,8% höher als im Vorjahr. Ursächlich für den Ausgabenanstieg war insbesondere die Erhöhung der Ausgaben für die Krankenhausbehandlung (+2,9%) sowie für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken (+4,4%). Einen starken Rückgang gab es bei den Ausgaben für Zahnersatz (-29,4%), der sich aufgrund der zum Jahresbeginn 1998 umgesetzten Reform der Zahnersatzleistungen ergeben haben dürfte. Die Einnahmen lagen mit 247,9 Mrd. DM um 1,3% über dem Vorjahresbetrag, was auch in der Erhöhung der durchschnittlichen Beitragssätze begründet ist. Der Finanzierungs-

überschuß der gesetzlichen Krankenversicherung reduzierte sich im Jahr 1998 um 0,6 auf 4,4 Mrd. DM.

Die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit waren mit 98,9 Mrd. DM rückläufig (-3,6%). Hier wirkte sich insbesondere die 1998 etwas günstigere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus. Bei den Einnahmen war ein Rückgang um 2,1% auf 91,1 Mrd. DM zu verzeichnen. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit war 1998 mit 7,7 Mrd. DM um 1,9 Mrd. DM geringer als im Vorjahr. Sie wurde durch einen Bundeszuschuß ausgeglichen.

Die Pflegeversicherung verzeichnete im Jahr 1998 einen Ausgabenanstieg um 4,9% auf 31,0 Mrd. DM, der primär aus einem höheren Aufwand für die vollstationäre Pflege sowie aus gestiegenen Pflegesachleistungen resultierte. Die Einnahmen erhöhten sich nur um 0,4% auf 31,3 Mrd. DM. Die Pflegeversicherung weist für das Jahr 1998 daher nur einen leichten Finanzierungsüberschuß von 0,3 Mrd. DM aus, 1,3 Mrd. DM weniger als im Vorjahr.

## Länder

Auch die Ausgaben der Länder lagen mit 476,5 Mrd. DM im Jahr 1998 nur geringfügig über dem Vorjahresniveau (+0,9%). Da sich die Einnahmen gleichzeitig um 3,4% auf 448,4 Mrd. DM erhöhten, verringerte sich das Finanzierungsdefizit deutlich um 10,8 Mrd. DM auf 28,1 Mrd. DM. In erster Linie deckten die Länder das Defizit durch die Aufnahme von Kreditmarktmitteln in Höhe von netto 23,4 Mrd. DM.

Die Entwicklung der Länderhaushalte in Ost und West verlief weiterhin unterschiedlich. In den alten Bundesländern (immer einschl. Berlin) stiegen die Ausgaben um 1,4% und die Einnahmen um 3,8%, so daß sich das Finanzierungsdefizit um 8,3 Mrd. DM auf 20,6 Mrd. DM reduzierte. In den neuen Ländern waren die Ausgaben sogar leicht rückläufig (-0,6%), während die Einnahmen um 1,9% zunahmen. Dadurch verringerte sich das Finanzierungsdefizit der neuen Länder gegenüber dem Vorjahr um 2,5 auf 7,5 Mrd. DM.

Die Schulden der Länder erreichten am 31. Dezember 1998 einen Stand von 615,6 Mrd. DM und waren damit – aufgrund des höheren Fremdmittelbedarfs – um 5,0% höher als am Vorjahresende. In den neuen Ländern ist der Schuldenstand überdurchschnittlich um 9,2% auf 96,3 Mrd. DM gestiegen, in den alten Ländern um 4,3% auf 519,4 Mrd. DM.

Die Personalausgaben, mit einem Anteil von 37,6% der Gesamtausgaben der bedeutendste Ausgabenposten in den Haushalten der Länder, lagen im Jahr 1998 mit 178,9 Mrd. DM um 1,2% über dem Vorjahresniveau. Diese Entwicklung wurde insbesondere durch die Erhöhung der Versorgungsbezüge verursacht (+4,0%). Die Ausgaben für das Personal im aktiven Dienst nahmen nur leicht zu (+0,5%). Die Personalausgaben erhöhten sich in den alten Ländern um 1,3%. Für die neuen Länder wurde eine sehr geringe Veränderungsrate der Personalausgaben errechnet (+0,2%). Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Personalausgaben in Thüringen, in erster Linie aufgrund von strukturellen Änderungen und einer Umstellung des Buchungsverfahrens der Beamtenbesoldung, um 3,5% zurückgegangen sind. Für die neuen Länder ohne Thüringen beträgt die Veränderungsrate der Personalausgaben +1,1%.

Auch der laufende Sachaufwand der Länder ist im Berichtszeitraum nur leicht um 0,8% auf 44,9 Mrd. DM gestiegen, wobei sich kaum ein Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern zeigte.

Für Zinsen aus Kreditmarktmitteln gaben die Länder im Jahr 1998 mit 36,3 Mrd. DM 3,7% mehr aus als im Vorjahr. Diese Ausgaben nahmen in den neuen Ländern aufgrund des kräftigen Anstiegs der Verschuldung mit 9,1% deutlich stärker zu als in den alten Bundesländern (+2,8%).

Die laufenden Zahlungen der Länder an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen) sind mit 95,6 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr um 1,0% gestiegen. Diese Ausgaben setzten sich im wesentlichen aus den allgemeinen Finanzaufweisungen an die Gemeinden/Gv (55,3%) und aus zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden/Gv (23,4%) zusammen. Die allgemeinen Finanzaufweisungen an Gemeinden/Gv erhöhten sich um 1,4%, die zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden/Gv sind dagegen um 5,2% zurückgegangen. Die Entwicklung bei den Zahlungen an den öffentlichen Bereich (einschl. Schuldendiensthilfen) war in den alten Ländern (+2,3%) und in den neuen Ländern (-2,6%) gegenläufig. In den alten Ländern wirkte sich insbesondere die Zunahme der allgemeinen Finanzaufweisungen an die Gemeinden/Gv.

(+3,3%) sowie die Erhöhung der Zahlungen für den Finanzausgleich der Länder untereinander (+9,4%) aus.

Die Ausgaben der Länder für Sachinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von Sachvermögen) waren im Jahr 1998 mit 15,1 Mrd. DM rückläufig (-2,1%), jedoch war auch hier die Entwicklung regional unterschiedlich. In den alten Bundesländern war ein Rückgang um 3,0%, in den neuen Ländern eine geringe Zunahme von 0,4% zu verzeichnen.

Die Einnahmenseite der Länderhaushalte wird maßgeblich durch die Steuern (einschl. steuerähnlicher Abgaben) bestimmt. Mit einer Zunahme von 5,4% erreichten sie 318,8 Mrd. DM und damit 71,1% der Gesamteinnahmen. Die Einnahmen aus der Einkommen-<sup>1)</sup> und Körperschaftsteuer sind um 8,8%, die Einnahmen aus den Landessteuern um 7,6% angewachsen. Die aufkommensstarke Lohnsteuer leistete mit einer Erhöhung um 3,9% ebenso wie die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+54,9%) einen wesentlichen Beitrag zu diesem Anstieg. Bei den kräftig gestiegenen Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer (+93,5%) und der Körperschaftsteuer (+8,9%) wirkte sich die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen aufkommenssteigernd aus, die zu einer Heraufsetzung der Steuervorauszahlungen geführt haben dürfte. Zusätzlich machte sich bei der veranlagten Einkommensteuer bemerkbar, daß die Einnahmehausfälle aufgrund der starken Inanspruchnahme von steuerlichen Absetzungen in den vergangenen Jahren rückläufig waren. Die Einnahmen der Länder aus der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer betragen im Jahr 1998 15,6 Mrd. DM, das sind mit +18,1% deutlich mehr als im Vorjahr, weil die Erhöhung der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer (als Ausgleich für die seit Anfang 1997 entfallene Vermögensteuer) erst im Jahr 1998 voll wirksam war. Die Einnahmen der Länder aus der Umsatzsteuer sind dagegen um 0,5% gesunken, auch aufgrund der seit 1998 geänderten Umsatzsteuerverteilung, nach der 2,2% des Aufkommens den Gemeinden zufließen.

In den neuen Ländern sind die Haushalte mit 49,4% der Gesamteinnahmen immer noch zu einem geringeren Anteil über Steuern (einschl. steuerähnlicher Abgaben) finanziert als in den alten Ländern (74,2%). Dafür haben in den neuen Ländern die Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke (einschl. Schuldendiensthilfen) und für Investitionen eine wesentlich größere Bedeutung (zusammen 35,1% der Einnahmen). Das Steueraufkommen ist in den neuen Ländern im Berichtszeitraum um 3,2% auf 47,3 Mrd. DM gestiegen, was primär aus höheren Einnahmen aus der Lohnsteuer (+7,4%) und Körperschaftsteuer resultierte (+109,8%). Die Einnahmen aus Zuweisungen des Bundes lagen um 2,2% über dem Vorjahresbetrag und betragen 33,5 Mrd. DM.

Aus Veräußerungen von Beteiligungen erhielten die Länder insgesamt im Jahr 1998 mit 7,1 Mrd. DM um 20,2% geringere Einnahmen als 1997. Allerdings ist dies natur-

<sup>1)</sup> Einkommensteuer umfaßt die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie den Zinsabschlag.

gemäß keine stetige Einnahmequelle der Länderhaushalte. Deutliche Rückgänge ergaben sich 1998 vor allem in Berlin (-51,3%) und Hamburg (-44,9%) Demgegenüber haben die entsprechenden Einnahmen in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes um fast 50% auf 3,2 Mrd. DM zugenommen, am stärksten in Baden-Württemberg (Verdopplung auf 1,6 Mrd. DM) sowie in Nordrhein-Westfalen (+135% auf 0,9 Mrd. DM)

### Kommunale Haushalte

Auch die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) setzten im Jahr 1998 ihre Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung erfolgreich fort.

Insgesamt gaben die Gemeinden/Gv. in Deutschland 1998 277,5 Mrd. DM und damit 0,9% weniger als 1997 aus. Da gleichzeitig ihre Einnahmen um 3,1% auf 282,4 Mrd. DM stiegen, ergab sich – erstmals wieder seit 1989 – ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 4,9 Mrd. DM. Im Jahr 1997 war noch ein Defizit von 5,9 Mrd. DM zu verzeichnen. In den neuen Ländern errechnete sich für 1998 noch ein Ausgabenüberhang von 0,8 Mrd. DM, doch hat er sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls deutlich reduziert.

Aufgrund der positiven Entwicklung nahmen die Kommunen insgesamt Kredite (nach Abzug der Tilgungszahlungen) in Höhe von nur 1,3 Mrd. DM zur Finanzierung ihrer Investitionen auf. Daß der Schuldenstand der Gemeinden/Gv. mit insgesamt 166,3 Mrd. DM zum Jahresende 1998 unter dem Wert des Vorjahres lag, ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß weiterhin Einrichtungen mit ihren Schulden aus den kommunalen Haushalten ausgliedert wurden

Auf der Ausgabe-seite blieben alle wichtigen Positionen unter den Beträgen von 1997. Die Personalausgaben ver-

ringerten sich infolge personalwirtschaftlicher Maßnahmen und moderater Tarifabschlüsse leicht um 0,5% auf 76,1 Mrd. DM. In den neuen Ländern ergab sich mit 3,0% ein noch stärkerer Rückgang. Beim laufenden Sachaufwand verzeichneten die Gemeinden mit -0,4% auf 51,4 Mrd. DM ebenfalls eine leichte Reduktion. Allerdings wirkten sich auch 1998 Ausgliederungen kommunaler Aufgaben aus den Gemeindehaushalten auf die Entwicklung aus. Die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen lagen 1998 mit 51,2 Mrd. DM um 1,5% unter dem Vorjahresbetrag, die Zinsaufwendungen in Höhe von 11,0 Mrd. DM im Vorjahr gingen um 1,9% zurück.

Deutlich ausgewirkt haben sich die kommunalen Sparbemühungen wieder im investiven Bereich. Die Ausgaben für Sachinvestitionen gingen 1998 um 2,9% auf 47,6 Mrd. DM zurück, wobei die Baumaßnahmen mit 37,2 Mrd. DM sogar um 3,9% niedriger lagen als 1997. Der Erwerb von Sachvermögen lag mit 10,4 Mrd. DM leicht (um 0,8%) über dem Vorjahresbetrag. Insgesamt hat sich der Rückgang der investiven Ausgaben allerdings gegenüber den Vorjahren abgeschwächt.

Bei den kommunalen Steuern ergab sich 1998 ein in dieser Höhe nicht erwarteter Zuwachs von 8,8% auf 95,4 Mrd. DM. Im einzelnen stiegen die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern aufgrund der erstmals den Gemeinden zugeflossenen Umsatzsteuerbeteiligung um 18,7%, die Einnahmen aus den Grundsteuern um 4,8% sowie die um die Gewerbesteuerumlage verringerte Gewerbesteuer um 0,8%. Insgesamt erhöhten sich die Steuereinnahmen im früheren Bundesgebiet um 8,3%, die Steuererträge der Kommunen in den neuen Ländern lagen sogar um 13,9% über dem Vorjahresbetrag.

Eine positive Sonderentwicklung ergab sich bei der Veräußerung von Beteiligungen in Höhe von 3,5 Mrd. DM (1997: 1,1 Mrd. DM)

Die Einnahmen der Gemeinden/Gv. aus laufenden Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, insbesondere den Schlüsselzuweisungen von Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sowie den allgemeinen Umlagen von Gemeinden, blieben mit 130,2 Mrd. DM nahezu auf dem Vorjahresstand.

Bei den Gebühreneinnahmen in Höhe von 34,2 Mrd. DM weisen die Kassenergebnisse einen Rückgang von 3,1% aus. Da im Vergleich zu 1997 aber wieder eine Reihe von Einrichtungen, die im Vorjahr noch im Kommunalhaushalt enthalten waren, rechnungsmäßig verselbständigt oder vollständig privatisiert wurden, ist die Entwicklung durch die Veränderungsrate unterzeichnet. Nach Berechnungen des Deutschen Städtetages dürften die Gebühreneinnahmen der Gemeinden/Gv. nach Bereinigung dieser Ausgliederungen um knapp 1% gestiegen sein. Die für die Gemeindeinvestitionen sehr wichtigen Landeszuweisungen für investive Zwecke lagen 1998 mit insgesamt 16,6 Mrd. DM um 5,8% unter dem Vorjahresbetrag. Die Kommunen im früheren Bundesgebiet bezogen sogar um 6,6% niedrigere Zuweisungsmittel als 1997.

Der Strukturvergleich zwischen den Gemeinden/Gv. der alten und der neuen Bundesländer weist sowohl für die

Tabelle 3. Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte<sup>1)</sup>

Deutschland

Ausgaben/Einnahmen	1998	1997	Veränderung %
	Mrd. DM		
Bereinigte Ausgaben	277 470	279 861	- 0,9
darunter			
Personalausgaben	76 125	76 496	- 0,5
Laufender Sachaufwand	51 439	51 658	- 0,4
Zinsausgaben an andere Bereiche	10 703	10 937	- 2,1
Laufende Zuweisungen an			
öffentlichen Bereich	65 136	65 080	+ 0,1
Renten, Unterstützungen u. a.	51 197	51 967	- 1,5
Baumaßnahmen	37 242	38 744	- 3,9
Erwerb von Sachvermögen	10 408	10 330	+ 0,8
Bereinigte Einnahmen	282 375	273 914	+ 3,1
darunter			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	95 375	87 700	+ 8,8
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	130 246	130 375	- 0,1
Gebühren u. a. Entgelte	34 219	35 307	- 3,1
Veräußerung von Beteiligungen	3 510	1 084	+ 223,8
Finanzierungssaldo <sup>2)</sup>	+ 4 908	- 5 947	x
Nettokreditaufnahme	1 339	4 752	x
Schuldenaufnahme	17 863	20 554	- 13,1
Schuldentilgung	16 524	15 802	+ 4,6
Stand der Kreditmarktschulden am 31. Dezember	166 343	167 775	- 0,9

<sup>1)</sup> Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen – Vorläufiges Ergebnis –  
<sup>2)</sup> Einschli. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen

Ausgaben als auch für die Einnahmen weiterhin große Unterschiede aus. Noch immer liegt der Anteil der öffentlichen Zuweisungen bei den ostdeutschen Kommunen mit 64,0% der gesamten Einnahmen erheblich über der entsprechenden Größe im Westen (40,3%). Umgekehrt war die Situation bei den Steuereinnahmen: Einem Anteil von 31,5% bei den westdeutschen Gemeinden standen lediglich 13,4% im Osten gegenüber. Auf der Ausgabenseite ergibt sich der größte Unterschied bei den kommunalen Bauinvestitionen, die im Osten mit 19,0% einen doppelt so hohen Anteil wie im Westen (9,6%) hatten

*Dipl.-Volkswirt Hans Rehm und Mitarbeiter*



# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995

## Vorbemerkung

Die Harmonisierung der Konjunkturstatistiken in der Europäischen Union (EU) findet auch in den Indexreformen, das heißt beim Übergang auf ein neues Basisjahr, ihren Niederschlag. Während der Erzeugerpreisindex auf Basis 1991 noch „entsprechend internationaler Empfehlungen . . . alle fünf Jahre auf ein neues Basisjahr umzustellen“<sup>1)</sup> war, ist mit dem Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken<sup>2)</sup> der Rhythmus von fünf Jahren jetzt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt worden. Nach dieser Verordnung sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, alle fünf Jahre für ihre Indizes ein neues Basisjahr zu wählen. Somit wird erstmals der nach EU-Recht erstellte Erzeugerpreisindex auf Basis 1995 vorgelegt. Die KonjunkturVO und das zugehörige sogenannte Methodenhandbuch regeln u. a. auch die anzuwendende Klassifikation, worauf in diesem Artikel noch eingegangen wird.

Umfang und Schwierigkeitsgrad der Umstellungsarbeiten erfordern einen erheblichen Zeitaufwand, weshalb die neuen Indizes nur sukzessive fertiggestellt werden können. Beim Erzeugerpreisindex machte sich dies beim gerade abgeschlossenen Übergang vom Basisjahr 1991 auf das Basisjahr 1995 besonders bemerkbar (vergangene Indexreformen konnten etwa ein Jahr schneller bewältigt werden). Vor dem Erzeugerpreisindex konnten bereits die Baupreisindizes<sup>3)</sup> sowie der Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte<sup>4)</sup> auf Basis 1995 präsentiert werden.

Indexmethode und -berechnung werden im vorliegenden Artikel nicht im Vordergrund stehen; hier sei auf frühere Publikationen verwiesen.<sup>5)</sup> Herauszustellen sind dagegen der Übergang auf den Gebietsstand Deutschland sowie die Einführung einer neuen Klassifikation als die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Basisjahr 1991.

## Indexaussage

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) mißt auf repräsentativer Grundlage die durchschnittliche Entwicklung der effektiven Verkaufspreise der von den Wirtschaftszweigen

der Abschnitte C, D und E der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft – NACE Rev. 1 (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe sowie Energie- und Wasserversorgung) in Deutschland erzeugten und im Inland verkauften Produkte. Entsprechend dem Laspeyres-Konzept wird die Preisentwicklung unter der Voraussetzung dargestellt, daß die art- und mengenmäßige Zusammensetzung des Güterabsatzes sowie die Vermarktungsbedingungen gegenüber den Verhältnissen des Basisjahres unverändert bleiben. Da im Wirtschaftsleben diese idealtypischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, weil sich Produktions- und Absatzstrukturen rasch verändern, ist der Warenkorb des Erzeugerpreisindex nicht nur alle fünf Jahre neu zu bestimmen, sondern bereits in kürzeren Abständen sind Produkte mit abnehmender Bedeutung durch solche von inzwischen gestiegener Bedeutung zu ersetzen (sog. modifiziertes Laspeyres-Konzept).

## Gebietsstand des Erzeugerpreisindex

Nach der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 konnte erstmals auf Basis 1991 auch ein Erzeugerpreisindex für ganz Deutschland berechnet und veröffentlicht werden.<sup>6)</sup> Damit standen auf Basis 1991 tief gegliederte Resultate für das frühere Bundesgebiet sowie stark aggregierte Ergebnisse für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für Deutschland zur Verfügung. Auf Basis 1995 wird in der Erzeugerpreisstatistik ein weiterer Schritt der Vereinigung vollzogen: Die getrennte Berechnung von Erzeugerpreisindizes für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ist mit der Indexumstellung eingestellt worden. Ab Berichtsmonat Januar 1999 werden auf der Basis 1995 in tiefer Untergliederung nur noch Ergebnisse für Deutschland zur Verfügung gestellt. Für diese Entscheidung sprachen folgende Überlegungen:

- Trotz der immer noch bestehenden wirtschaftlichen Probleme in den neuen Ländern ist in den letzten Jahren die Annäherung der Preisentwicklungen in Ost und West weiter fortgeschritten.
- Die arbeitsaufwendige getrennte Erhebung und Aufbereitung für alle drei Gebietsstände wurde zunehmend schwieriger. Die Zuordnung der gemeldeten Preise zu einem der Gebietsstände fiel auch den Berichtsstellen immer schwerer, vor allem dann, wenn der angestammte Firmensitz zurück in die neuen Länder verlegt oder die Produktion von einem Landesteil in den anderen verlagert wurde, ohne daß sich am Preis etwas änderte. Hinzu kommt, daß vielfach von einer zentralen Stelle die Preismeldungen für das gesamte Unternehmen abgegeben werden, was die Arbeiten für die getrennte Berechnung von Erzeugerpreisindizes für die beiden Gebietsstände in den Statistischen Ämtern erheblich erschwerte. Augenfällig ist die Problematik im Bundesland Berlin, wo eine Zuordnung nach Ost und West kaum noch möglich war.

<sup>1)</sup> von Minding, B. „Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1991“ in WiSta 3/1994, S. 201

<sup>2)</sup> Veröffentlicht im Amtsbl. der EG Nr. L 162 vom 5. Juni 1998, S. 1, der Kurze halber wird im folgenden diese Verordnung als KonjunkturVO bezeichnet

<sup>3)</sup> Siehe Vorholt, H. „Zur Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1995“ in WiSta 9/1998, S. 762 ff.

<sup>4)</sup> Siehe Vorholt, H. „Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995“ in WiSta 2/1999, S. 129 ff.

<sup>5)</sup> Siehe von Minding, B. „Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1991“ in WiSta 3/1994, S. 201 ff., eine vertiefende Darstellung ist enthalten in Fachserie 17 „Preise“, Reihe 2, S. 2 „Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte“ – Lange Reihen auf Basis 1991 –

<sup>6)</sup> Siehe von Minding, B. „Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1991 für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für Deutschland“ in WiSta 10/1994, S. 789 ff.

- Berichtsstellen, aber auch die Statistischen Ämter, deren personelle Ressourcen immer knapper werden, werden entlastet

Den Entlastungseffekt für die Berichtsstellen kann man daran ermessen, daß dem Erzeugerpreisindex für Deutschland auf Basis 1995 nur etwa die gleiche Anzahl von Preisreihen zugrunde liegt wie dem auf Basis 1991 für das frühere Bundesgebiet berechneten Erzeugerpreisindex

### Neue Klassifikationen

Während der Verzicht auf die getrennte Berechnung des Erzeugerpreisindex für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost für Berichtsstellen und Statistiker mit Arbeitsentlastungen verbunden ist, führt die Anwendung der durch die KonjunkturVO vorgeschriebenen neuen Klassifikation zu großen Problemen bei Statistikern und auch bei den Berichtsstellen.

Bei Veröffentlichung des Erzeugerpreisindex auf Basis 1991 war zwar bereits bekannt, daß die NACE Rev.1 bzw. davon abgeleitete Klassifikationen demnächst bei der Berechnung des Erzeugerpreisindex zu berücksichtigen sein würden. Da jedoch wesentliche Basisinformationen, die für die Ableitung des Wägungsschemas benötigt werden, noch nicht entsprechend der neuen Klassifikation aufbereitet werden konnten, mußte die erstmalige Anwendung in der Erzeugerpreisstatistik der Indexreform 1995 vorbehalten bleiben

Mit der KonjunkturVO ist auf europäischer Ebene geregelt worden, daß die Mitgliedstaaten ihre Resultate entsprechend der NACE Rev 1 aufzubereiten und an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zwecks Berechnung eines Erzeugerpreisindex für die EU weiterzuleiten haben. Dieser Wirtschaftszweigklassifikation steht als Güterklassifikation die PRODCOM-Liste gegenüber, die bereits 1991 als verbindliche Produktliste in den Mitgliedstaaten eingeführt wurde. Die PRODCOM-Liste war auch die Basis für das neue nationale Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 1995). Die Bundesrepublik Deutschland machte damit von der Möglichkeit Gebrauch, für nationale Zwecke weitere Unterteilungen der PRODCOM zu erarbeiten. Das so entstandene GP 1995 ist also keine Weiterentwicklung des auf Basis 1991 in der Erzeugerpreisstatistik noch angewandten Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1989 (GP 1989), sondern eine strukturell neue Güterklassifikation, bedingt durch den europäischen Integrationsprozeß in der Europäischen Union.<sup>7)</sup> Die Anwendung des GP 1995 in der Erzeugerpreisstatistik führte deshalb auch zu enormen Zuordnungsproblemen. Das auf Basis 1991 angewandte GP 1989 war zudem mit sechsstelligen Positionen auf tiefster Gliederungsebene nicht so tief untergliedert wie das auf Basis 1995 anzuwendende GP 1995, das eine Untergliederung bis auf neun Stellen aufweist. Die große Anzahl von Änderungen zwischen beiden Klassifikationen sowie neue Zuordnungskriterien erforderten bei der

<sup>7)</sup> Weitere Erläuterungen zu den neuen Klassifikationen siehe Stock, G. „Das neue Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken“ in WiSta 3/1994, S. 181 ff

Neuvergabe der GP-Nummern für die bereits auf Basis 1991 verarbeiteten Preismeldungen eine enge Zusammenarbeit der Statistischen Ämter mit den Berichtsstellen. Es waren zusätzliche Merkmale (technische Angaben) zu erfragen, um eine eindeutige Zuordnung bzw. Umschlüsselung vom GP 1989 auf das GP 1995 zu gewährleisten. Allein diese Arbeiten banden einen erheblichen Teil der personellen Ressourcen in den Statistischen Ämtern

### Wägungsschema

Der Warenkorb des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte enthält repräsentativ ausgewählte Produkte. Für jedes aufgeführte Produkt gibt es ein Gewicht (in Promille des Gesamtindex), das die Bedeutung des jeweiligen Produktes für den Erzeugerpreisindex insgesamt angibt. Das Verzeichnis dieser Gewichte wird Wägungsschema genannt

Das Wägungsschema des Erzeugerpreisindex auf neuer Basis wurde wie bei früheren Indexreformen in zwei Stufen erstellt. Hier sollen bei der Darstellung der Ableitung des Wägungsschemas vor allem die Änderungen gegenüber der Ableitung für das Basisjahr 1991 herausgestellt werden.

In einem ersten Schritt wurden dem Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe die Umsatzangaben (in DM) aus den Verkäufen an inländische Abnehmer für das Jahr 1995 entnommen. Diese liegen seit Januar 1995 für die Viersteller der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993)<sup>8)</sup>, vor und damit für eine größere Anzahl von Systematikpositionen als noch auf Basis 1991.

In einem weiteren Schritt waren die Gewichte der Viersteller der WZ 1993 auf die in die Erhebung einzubeziehenden Produkte aufzuteilen. Hier standen, wie bereits bei früheren Indexreformen, nur die Produktionswerte zur Verfügung, allerdings in wesentlich tieferer Untergliederung, nämlich nach Neunstellern des GP 1995. Bei der Ableitung der Feingewichte für die GP-Neunsteller wurde unterstellt, daß für den jeweiligen Viersteller der Anteil des Auslandsumsatzes mit dem der zugehörigen Neunsteller identisch ist. Die Produktionswerte waren zuvor um die jeweiligen Verbrauchsteuern korrigiert worden.<sup>9)</sup>

Ein stark komprimiertes Wägungsschema für alle Zwei- und Viersteller der neuen Klassifikation, das heißt für alle Güterabteilungen und Güterklassen des GP 1995, ist auf S. 256\* ff enthalten.<sup>10)</sup> Auf eine Gegenüberstellung mit den Gewichten des Wägungsschemas auf Basis 1991 wurde verzichtet. Die neuen Zuordnungskriterien des GP 1995 verhindern einen aussagefähigen Vergleich der jeweiligen Wägungsanteile, eine Analyse von Gewichtsverschiebungen ist nur in Einzelfällen möglich. So gab es bei Tabakwaren eine Gewichtsreduzierung von 17,50 (Basis 1991)

<sup>8)</sup> Auf die Unterschiede zwischen NACE Rev 1 und WZ 1993 soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden

<sup>9)</sup> Verbrauchsteuern (wie Mineralölsteuer) und verbrauchsteuerähnliche Abgaben (wie der Erdölbevorratungsbeitrag) sind Preisbestandteile, deshalb müssen bei der Ableitung der Gewichte auch diese Steuern bzw. steuerähnlichen Abgaben berücksichtigt werden

<sup>10)</sup> Zu allen aufgeführten Positionen werden Preise erhoben, jedoch nicht in allen Fällen auch zu sämtlichen in der GP-Bezeichnung genannten Produkten

auf 16,58‰ auf Basis 1995, während sich das Gewicht bei Mineralölerzeugnissen kaum verschob. Dagegen stieg das Gewicht für Elektrizität, Gas, Fernwärme, Wasser von 141,22 (Basis 1991) auf 150,12‰ (auf Basis 1995); die auf Basis 1995 gesondert ausgewiesene Erdgasförderung wurde für diesen Vergleich dem Gas zugeordnet. Diese doch deutliche Gewichtserhöhung dürfte vor allem auf die inzwischen flächendeckende Erdgasversorgung in den neuen Ländern zurückzuführen sein, die im Jahr 1991 noch nicht abgeschlossen war und deshalb im Index auf Basis 1991 nicht zum Tragen kommen konnte. Das Gewicht für Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen hat sich leicht erhöht, von 9,06‰ (Basis 1991) auf 9,36‰ im aktuellen Basisjahr. Dieser geringe Anstieg mag angesichts der großen Bedeutung gerade der Computerbranche auf dem deutschen Markt überraschen. Da aber in den letzten Jahren deutliche Preisrückgänge auf diesem Markt zu verzeichnen waren, bedeutet auch dieser geringe Anstieg des Ausgabengewichtes schon einen deutlichen realen Zuwachs der Computerbranche.

### Zuordnung bzw. Auswahl der Preisreihen

Wenn auch auf eine Berechnung expliziter Gewichte für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder verzichtet wurde, ist dennoch indirekt versucht worden, die unterschiedliche Bedeutung der beiden Gebietsstände zu berücksichtigen, und zwar über die Anzahl der in die jeweilige Warenkorbposition einbezogenen Preisreihen. Es wurde bereits erwähnt, daß auf neuer Basis für Deutschland insgesamt die gleiche Anzahl von Preisreihen verwendet wurde wie auf Basis 1991 für das frühere Bundesgebiet. Die hierdurch möglichen Entlassungen aus der Berichtspflicht betrafen vor allem die neuen Länder, die – gemessen an ihrer wirtschaftlichen Bedeutung – von der Anzahl der Preisreihen im früheren Index überrepräsentiert waren.<sup>11)</sup>

Bei der Auswahl der Preisreihen für den Index auf Basis 1995 wurde zunächst auf das Preismaterial zurückgegriffen, das für die Indexberechnung auf Basis 1991 zur Verfügung stand. Erst nach Sichtung und entsprechender Zuordnung zu einer Wägungsposition auf Basis 1995 konnte über zusätzliche Preiserhebungen entschieden werden. Deshalb mußten sämtliche Preisreihen, die für eine Verwendung im Index auf Basis 1995 infrage kamen, vom GP 1989 auf das GP 1995 umgeschlüsselt werden. Vielfach stellte sich aber erst bei dieser Umschlüsselung heraus, ob die gleiche Reihe in den neuen Index eingebaut werden konnte, das heißt ob für die neue GP-Nummer im Wägungsschema eine Gewichtsposition aufgeführt ist oder nicht. Allein diese Umschlüsselung war sehr zeitraubend und arbeitsaufwendig, da nicht alle für die Zuordnung erforderlichen Angaben den Erhebungspapieren entnommen werden konnten, sondern – über die zuständigen

Statistischen Ämter der Länder – bei den Berichtsstellen erfragt werden mußten. Vielfach wurden dabei die Berichtsstellen mit völlig neuen Zuordnungskriterien konfrontiert und hatten teilweise große Schwierigkeiten, ihre eigenen Produkte entsprechend der neuen Klassifikation zuzuordnen. Die Umschlüsselungen ergaben, wie erwähnt, daß manche Preismeldungen für den Index auf Basis 1991 für den Index auf Basis 1995 nicht mehr infrage kamen, so daß Berichtsstellen für diese Reihen nach Einstellung der Berechnung auf Basis 1991 aus der Meldepflicht entlassen werden konnten (es sei denn, die Berichtsstellen meldeten in Zukunft für andere Produkte, für die auf neuer Basis Preismeldungen benötigt wurden).

Sofern gänzlich neue oder zusätzliche Preismeldungen zu bereits im Index berücksichtigten Preisreihen erforderlich waren, stellte die Produktionsstatistik Produktionswerte potentieller Berichtsstellen zur Verfügung, so daß neue Berichtsstellen ausgewählt werden konnten.<sup>12)</sup> Insgesamt führte die Auswahl der auf Basis 1995 benötigten Preisreihen zu der bereits erwähnten Reduzierung des Berichtskreises.

### Ergebnisse

Ein Vergleich der Veränderungen für die Periode, für die Ergebnisse sowohl auf der alten als auch auf der neuen Basis vorliegen, wird im allgemeinen zum Aufzeigen des sogenannten Laspeyres-Effektes herangezogen. Dabei wird erwartet, daß auf der aktuelleren Basis der Preisanstieg (die Preissenkung) schwächer (größer) ist als auf der früheren, weil unterstellt wird, daß die Käufer sich ökonomisch verhalten und im Zeitablauf auf relativ billige Produkte übergegangen sind. Auch dieses Mal scheint dieser Effekt nachweisbar: Während auf der Basis 1991 der Preisrückgang des Gesamtindex zwischen Januar 1995 und Dezember 1998 bei 0,3% lag, betrug der Rückgang auf neuer Basis im gleichen Zeitraum 1,2%. Ein wesentlicher Teil dieses Rückganges ist jedoch auf einen Sondereffekt, nämlich auf die geänderte Subventionspraxis für Kohle, zurückzuführen: Während bis einschließlich Dezember 1995 die Elektrizitätserzeuger die Subventionen als Ausgleich für den Einsatz teurerer einheimischer Kohle erhielten, gehen Subventionen, nachdem der sogenannte Kohlepennig für verfassungswidrig erklärt worden war, ab Januar 1996 direkt an die deutschen Kohleproduzenten. Dieses führte im Januar 1996 gegenüber dem Vormonat zu einer Verbilligung von Steinkohle und Steinkohlenbriketts um 59,3%. Da jedoch die entsprechend der neuen Subventionspraxis zu meldenden Preise erst mit einer zeitlichen Verzögerung zur Verfügung standen, konnte der drastische Preisrückgang von Dezember 1995 auf Januar 1996 nicht mehr auf Basis 1991 nachgewiesen werden, sondern erstmals auf Basis 1995.

Allein die geänderte Subventionsgewährung für Steinkohle und Steinkohlenbriketts führte im Gesamtindex zu

<sup>11)</sup> Bei der Berechnung des gesamtdeutschen Index führte diese Überrepräsentation auf Basis 1991 keineswegs zu einer überproportionalen Berücksichtigung der neuen Länder, weil für die Teilgebiete eigene Gewichte ermittelt worden waren (siehe von Minding, B. „Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1991 für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für Deutschland“ in WiSta 10/1994, S. 789 ff.)

<sup>12)</sup> Dieser Auswahlprozeß ist im Grunde ein fortwährender, denn im Zeitablauf ändert sich die Produktpalette der Berichtsstellen, Produktionen werden eingestellt oder neu aufgenommen, so daß immer wieder Ersatz für Meldeausfälle gesucht bzw. neue Produzenten berücksichtigt werden müssen.

einem Rückgang um 0,6%. Da Analysen zum Aufzeigen des sogenannten Laspeyres-Effektes wegen des Überganges auf die neue Güterklassifikation nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich gewesen wären, wurde darauf verzichtet

Die Anwendung der völlig neuen Güterklassifikation und der Übergang auf tief untergliederte Ergebnisse für Deutschland (anstelle des früheren Bundesgebietes auf Basis 1991) stehen auch dem Wunsch der Nutzer der Erzeugerpreisstatistik nach längerfristigen Zeitreihen auf Basis 1995 entgegen. Bei strenger Anwendung der Kriterien zur Vergabe von Verkettungsfaktoren, über die die Ergebnisse der Basis 1991 mit denen der Basis 1995 verknüpft werden können, hätten dieses Mal nur wenige Verkettungsfaktoren berechnet werden dürfen. Deshalb wurde entschieden, die Gebietsstandsänderung nicht als Hindernis für einen Verkettungsfaktor anzusehen. Für die Berechnung längerer Zeitreihen wurden bis einschließlich Berichtsmonat Dezember 1994 die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet (auf Basis 1991) sowie ab Januar 1995 die Ergebnisse für Deutschland (auf Basis 1995) verwendet. Diese Entscheidung ist wegen des relativ geringen Beitrages der neuen Länder und Berlin-Ost zum Gesamtindex vertretbar<sup>13)</sup> Abstand genommen werden mußte auch von der Absicht, die auf NACE Rev. 1 umgeschlüsselten gesamtdeutschen Ergebnisse als Grundlage für die Bildung längerer Reihen zu wählen.<sup>14)</sup> Denn einmal wäre dann die Bildung von Zeitreihen lediglich zurück bis 1991 möglich, zum anderen liegen die Ergebnisse nach NACE Rev. 1 auf Basis 1991 nicht in gedruckter Form vor, sondern sind nur über Internet abrufbar.

Mit jeder Indexreform sinkt die Zahl der Indizes, für die durchgehende Reihen bis 1949 zurück berechnet werden können. Der Einschnitt ist beim Übergang auf Basis 1995 für viele Nutzer besonders schmerzlich. Denn auch bei großzügiger Handhabung der Entscheidungskriterien gestattet es die neue Klassifikation mit ihren gravierenden Änderungen gegenüber dem GP 1989 weniger als in der Vergangenheit, einigermaßen vergleichbare Reihen zu benennen. Das Herausfiltern dieser Reihen ist so arbeitsintensiv, daß diese Arbeiten auch knapp zwei Monate nach Präsentation der Resultate auf Basis 1995 noch nicht abgeschlossen sind. Doch die Vergabe von Verkettungsfaktoren alleine ist wegen der vielen Änderungen in der Klassifikation, verbunden mit völliger Umgruppierung der Indizes, wenig hilfreich. Deshalb plant das Statistische Bundesamt die Veröffentlichung einer doppelten Gegenüberstellung, in der nicht nur den heutigen Veröffentlichungspositionen die vergleichbaren früheren zugeordnet sind, sondern auch den früheren die heutigen Positionen gegenübergestellt werden.<sup>15)</sup>

Für die wichtigsten Indexaggregate sind die Ergebnisse ab Januar 1995 bis zum aktuellen Berichtsmonat in der Tabelle im Anhangteil auf S. 250\* ff. enthalten.

Tief gegliederte, aktuelle Ergebnisse können die Nutzer der Erzeugerpreisindizes – gegen Entgelt – über den Zeitreihenservice im Internet abrufen ([www.statistik-bund.de/zeitreih/home.htm](http://www.statistik-bund.de/zeitreih/home.htm)).

## Ausblick

Mit der KonjunkturVO ist u. a. ein Erzeugerpreisindex, der Inlands- und Auslandsumsätze einschließt, angeordnet worden. Dieser Index stellt eine Erweiterung des bisherigen „Zusammengefaßten Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlands- und Auslandsabsatz“ dar. Seitens der EU werden an ihn die gleichen Anforderungen gestellt wie an den Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) und an den Ausführpreisindex.<sup>16)</sup> Auch er ist nach NACE Rev. 1 zu erstellen, und zwar auf der Ebene der Viersteller. Der Erzeugerpreisindex für den Inlandsmarkt und der Ausführpreisindex – jeweils auf Basis 1995 – sind Voraussetzung für seine Berechnung. Wegen der gesteigerten Anforderungen gegenüber dem bisherigen „Zusammengefaßten Erzeugerpreisindex“ – allein die Zahl der Eurostat zu liefernden Reihen erhöht sich auf fast das zehnfache – kann ein Termin für die Präsentation des neuen, europäischen „Zusammengefaßten Erzeugerpreisindex“ noch nicht genannt werden.

*Dipl.-Volkswirt Bernd von Minding*

<sup>16)</sup> Deutschland macht von der Ausnahmeregelung Gebrauch, den Ausführpreisindex auf der Exportstufe zu erstellen. Näheres hierzu wird ein Artikel in dieser Zeitschrift anlässlich der Veröffentlichung des Ausführpreisindex auf Basis 1995 bringen.

<sup>13)</sup> Nur bei Braunkohle und Braunkohlenbriketts wurde wegen der Gebietsstandsänderung kein Verkettungsfaktor vergeben.

<sup>14)</sup> Siehe von Minding, B. „Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1991 für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für Deutschland“ in WiSta 10/1994, S. 792.

<sup>15)</sup> Diese Gegenüberstellung in der Fachserie 17 „Preise“ Reihe 2 „Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte“ (Erzeugerpreise) ist für die Nutzer deshalb so bedeutend, weil das Statistische Bundesamt die Herausgabe einer Sonderveröffentlichung mit Zeitreihen auf Basis 1995 für Perioden vor 1995 wegen fehlender personeller Ressourcen nicht vorgesehen hat.

# Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995

## Ausgangslage

Preisindizes für Telekommunikationsdienstleistungen werden seit den 50er Jahren im Rahmen des preisstatistischen Aufgabenprogramms laufend berechnet, und zwar in zweifacher Abgrenzung

1. als Erzeugerpreisindizes des betreffenden Wirtschaftsbereichs (institutionelle Abgrenzung) und
2. als Einkaufspreisindizes aus der Sicht der privaten Haushalte im Rahmen des Preisindex für die Lebenshaltung

Die Ausgangsdaten für den Indexaufbau, die Auswahl der Einzelleistungen und die Festlegung der Gewichte sowie die monatlich erfaßten Preisinformationen stammten bisher von der Deutschen Telekom AG bzw. vor 1995 von der Deutschen Bundespost. Die bereitgestellten Daten waren umfassend und differenziert, so daß in der Vergangenheit das gesamte Spektrum marktrelevanter Telekommunikationsdienstleistungen<sup>1)</sup> preisstatistisch nachgewiesen werden konnte. So umfaßte der Erzeugerpreisindex auf Basis 1991 nicht nur Sprachübermittlungsdienste und die damit verbundenen Anschlüsse im Festnetz und im (analogen) Mobilfunknetz<sup>2)</sup>, sondern auch Text-<sup>3)</sup> und Datenübermittlungsdienste<sup>4)</sup>, Funkrufdienste<sup>5)</sup>, Netzmanagementdienste<sup>6)</sup> sowie die Bereitstellung von Übertragungswegen<sup>7)</sup>. Im Verbraucherpreisindex auf Basis 1991 waren neben den Telefonanschlüssen und -gesprächen im Festnetz auch Auftragsdienste und Telegramme sowie die Miete für Telefonendgeräte und Familienfernanlagen berücksichtigt.

## Verwendungszwecke

Die Preisindizes für Telekommunikationsdienstleistungen dienen vielfältigen Verwendungszwecken. Mit den Preisindizes in institutioneller Abgrenzung kann die amtliche Sta-

tistik die Entwicklung der Verkaufspreise in einem wichtigen Dienstleistungssektor mit Infrastruktureigenschaften für die gesamte Volkswirtschaft nachweisen. Damit liegen gleichzeitig Indizes über die Entwicklung der Einkaufspreise für bedeutende Vorleistungsgüter der Unternehmen und des Staates vor. In der Abgrenzung aus Verbrauchersicht messen die Indizes die Entwicklung der Einkaufspreise für zunehmend wichtigere Konsumgüter der privaten Haushalte.

Die berechneten Indizes sind somit sowohl für die Nachfrager von Telekommunikationsdienstleistungen in der Wirtschaft als auch im privaten Sektor von Interesse. Für die Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen bieten sie eine Orientierungshilfe für ihre Unternehmenspolitik. Sie liefern einen Beitrag zu mehr Transparenz auf einem Wachstumsmarkt und dienen als Indikator für die mit der Marktregulierung befaßten staatlichen Stellen. Außerdem werden sie innerhalb des statistischen Aufgabenprogramms zur Preisbereinigung entsprechender Wertgrößen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

## Das preisstatistische Meßkonzept

Die Preisindizes für Telekommunikationsdienstleistungen sind Bestandteil des preisstatistischen Systems und folgen insofern dem traditionell in der deutschen Preisstatistik angewandten Meßkonzept, dem Laspeyres-Festbasis-Konzept. Ziel dieses Konzepts ist das Messen der „reinen“ Preisentwicklung bei Konstanz der Mengenkomponekte über einen mittleren Zeitraum. Das heißt es werden die Preise für einen fixierten „Warenkorb“ beobachtet, der in seiner Zusammensetzung und der Gewichtung der einzelnen Güter die Verhältnisse des Basisjahres widerspiegelt. Alle fünf Jahre findet eine grundlegende Indexreform statt, bei der der „Warenkorb“ aktualisiert wird. Diese Indexreform ist umso dringlicher und fällt umso tiefergreifender aus, je stärker sich die Verhältnisse auf dem beobachteten Markt wandeln.

## Die Entwicklung des Telekommunikationsmarktes

Die mit der Postreform Ende der 80er Jahre – im Zuge der Liberalisierungsbestrebungen der EU – in Deutschland eingeleiteten Schritte der Deregulierung haben den Telekommunikationsmarkt in den letzten Jahren grundlegend verändert. Zum Zeitpunkt der vorangegangenen Indexreform auf Basis 1991 konnte noch von einem Quasi-Monopol im Telekommunikationsbereich ausgegangen werden.<sup>8)</sup> Das Aufbrechen der Monopolstellung erfolgte schrittweise und begann in der Daten- und Mobilkommunikation. Der letzte Schritt zur vollständigen Freigabe des Telekommunikationsmarktes wurde zu Beginn des Jahres 1998 mit der Aufhebung des Netzmonopols in der Sprachübermittlung für die Öffentlichkeit vollzogen. Inzwischen macht eine zunehmende Zahl

<sup>1)</sup> Die Übertragung von Fernseh- und Hörfunksendungen sowie Dienstleistungen im Kabelrundfunk, die nach der europäischen Güterklassifikation CPA (Classification of Products by Activity) ebenfalls Telekommunikationsdienstleistungen darstellen, wurden bisher nicht in die Berechnung einbezogen.

<sup>2)</sup> C-Netz

<sup>3)</sup> Telex

<sup>4)</sup> Datex-P, Datex-L, Datendirektverbindungen

<sup>5)</sup> Eurosignal, Cityruf

<sup>6)</sup> Service 130, Anrufweiterschaltung Gedan

<sup>7)</sup> Analoge und digitale Festverbindungen, internationale Mietleitungen

<sup>8)</sup> Siehe Beuerlein, I. „Neuberechnung der Preisindizes für Post-, Postbank- und Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1991“ in WiSta 8/1995, S. 641 ff.

von Telekommunikationsanbietern dem ehemaligen Staatsmonopolisten in den verschiedenen Geschäftsfeldern Konkurrenz.<sup>9)</sup>

Zu der Neugestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen kamen neue Produkte, die sich zunächst in der Geschäftswelt etablierten, bevor sie in den privaten Massenmarkt vordrangen. Neue Telekommunikationsdienstleistungen, wie die digitale Mobilkommunikation, ISDN-Anschlüsse, Online- und Internet-Dienste, haben erst in den letzten Jahren eine nennenswerte Verbreitung erreicht und damit Relevanz für die Preisbeobachtung auf dem Telekommunikationsmarkt gewonnen. Mit der zunehmenden Verbreitung der neuen Produkte verlieren die bisher berechneten Preisindizes für Telekommunikationsdienstleistungen an Qualität bzw. ihre Aussagekraft wird auf Marktsegmente mit weniger starken Veränderungen eingeschränkt.

## Handlungsbedarf für die Preisstatistik

Von den Marktveränderungen seit der letzten Indexreform auf Basis 1991 ist die Preisindexberechnung in mehrfacher Hinsicht betroffen:

- Der Erfassungsbereich muß auf neue Leistungen, die inzwischen eine relative Marktbedeutung erreicht haben, ausgedehnt werden. Es reicht nicht mehr aus, Preise und Umsatzstrukturen der Deutschen Telekom AG der Berechnung zugrunde zu legen, wichtige Wettbewerber müssen berücksichtigt werden
- Das führt zu dem Problem der Datenbeschaffung, und zwar zum einen für die laufende Preisbeobachtung und zum anderen für die Ableitung des Wägungsschemas. Letztere gestaltet sich sehr schwierig, da amtliche Statistiken über diesen Wirtschaftssektor fast gänzlich fehlen und die Auskunftsbereitschaft der Telekommunikationsanbieter hinsichtlich ihrer detaillierten Umsatzdaten nicht sehr groß ist. Es müssen daher neue Wege beschritten werden
- Die aus verschiedenen Quellen zusammengetragenen Daten für den Aufbau eines Wägungsschemas müssen in eine kohärente Datenstruktur gebracht werden
- Angesichts der rasanten Entwicklung in einigen Teilmärkten müssen die ermittelten Strukturdaten permanent auf ihre Aktualität überprüft werden

## Aufgabenstellung

Trotz fehlender Basisstatistiken und einer besonders dynamischen Marktentwicklung soll mit der Neuberechnung der Preisindizes für Telekommunikationsdienstleistungen der Versuch unternommen werden, das bisherige preisstatistische Informationsangebot für die Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Dies erscheint umso mehr geboten als es

sich bei der Telekommunikation um einen Wachstumsbereich mit zunehmender volkswirtschaftlicher Bedeutung handelt. Außerdem besteht im Zusammenhang mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes und den damit verbundenen Preissenkungserwartungen ein gesteigertes Interesse am Nachweis der Preisentwicklung, und zwar sowohl aus Sicht der Wirtschaft als auch aus Verbrauchersicht.

Angesichts knapper Ressourcen kann das Ziel der Bereitstellung aktueller Preisindizes allerdings nur in Etappen erreicht werden. Zunächst wird der Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen aktualisiert. Im folgenden werden die Grundlagen und Verfahren der Neuberechnung dieses Teilindex im Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1995 = 100 dargelegt. Für die Aktualisierung des umfassenderen Erzeugerpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen, der neben den Telekommunikationsdienstleistungen für Privatkunden auch die für Geschäftskunden einschließt, sind weitere Vorarbeiten erforderlich. Über diese Neuberechnung wird zu einem späteren Zeitpunkt in dieser Zeitschrift berichtet werden.

## Vorgehensweise bei der Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995

Welche Telekommunikationsdienstleistungen die privaten Haushalte im einzelnen mit welchem Anteil am Haushaltsbudget nachfragen, wird in der amtlichen Statistik nicht erhoben. Aus den Statistiken der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte kann nur der Anteil der Ausgaben für Telekommunikationsdienstleistungen insgesamt<sup>10)</sup> an den Ausgaben der privaten Haushalte abgeleitet werden. Für das Jahr 1995 wurde ein Anteil von 18,57 Promille der Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte aus den repräsentativen Haushaltserhebungen abgeleitet. Mit diesem Gewicht geht der neu berechnete Preisindex für Telekommunikationsdienstleistungen in den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf neuer Basis ein.

Aufschluß über die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern gibt die Anfang 1998 durchgeführte Haushaltsbefragung im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998<sup>11)</sup>. Danach verfügten die privaten Haushalte im Januar 1998 über folgende Ausstattung im Telekommunikationsbereich (Ausstattungsbestand bezogen auf jeweils 100 Haushalte):

- |  |       |
|--|-------|
| – Telefonanschluß stationär (auch schnurlos) | 109,5 |
| – Anrufbeantworter                           | 37,5  |

<sup>9)</sup> Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Bonn, hatte Ende 1998 über 150 Lizenzen für Sprachtelefonien und über 120 Lizenzen für das Betreiben von Übertragungswegen erteilt. Außerdem sind inzwischen weit über 1000 Anbieter von lizenzfreien Telekommunikationsdienstleistungen bei der Regulierungsbehörde registriert.

<sup>10)</sup> Hierzu zählen neben den Ausgaben für das Telefonieren (Anschluß- und Verbindungsgebühren), den Fax- und Telegrammversand insbesondere auch Ausgaben für Online-Dienste und die Internet-Nutzung. Die Ausgaben für den Kauf von Telekommunikationsendgeräten werden dagegen in einer eigenen Position erfaßt.

<sup>11)</sup> Siehe Munnich, M./Ilgen, M. „Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern“ in WiSta 1/1999, S. 46 ff.

– Faxgerät, PC-Faxkarte	15,2
– Telefon mobil (Autotelefon, Handy)	12,2
– Modem für Datenfernübertragung	10,0
– Internet oder Online-Dienste	8,4
– ISDN-Anschluß	5,7

Daraus ergibt sich für die Berechnung eines Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen folgende Schlußfolgerung: Neben dem Telefonieren im Festnetz ist vorrangig die Mobilkommunikation in den neuen „Warenkorb“ einzubeziehen. Beim Faxversand und bei der Datenfernübertragung der privaten Haushalte fallen nur Verbindungsgebühren an, die in den Telefondienstleistungen enthalten sind; die Preisentwicklung dieser Dienste wird also eingefangen. Online-/Internet-Zugänge haben inzwischen einen relativ hohen Verbreitungsgrad erreicht. Der Ausgabenanteil für diese Dienste dürfte aber deutlich niedriger liegen als der Ausstattungsbestand anzeigen, da die damit verbundenen Kosten bereits zum Teil durch die in der Telefonrechnung enthaltenen Verbindungsgebühren berücksichtigt sind und der Rechnungsbetrag im Durchschnitt sehr viel niedriger liegen dürfte als der Ausgabenbetrag für das Telefonieren. Zur genaueren Abschätzung des Ausgabenanteils dieser Dienste fehlen derzeit die erforderlichen Informationen. Angesichts der zunehmenden Nutzung des Internets und der Online-Dienste und der erwarteten Zuwächse bei E-Commerce, Homebanking, Reiseservierung und dergleichen ist es auf jeden Fall wünschenswert, den Erfassungsbereich in Zukunft auf diese Dienste auszuweiten. ISDN-Anschlüsse und Verbindungen werden im neuen Index berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund reicht es zur Zeit noch aus, den Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 auf die Preisbeobachtung für Telefondienstleistungen im Festnetz sowie im Mobilfunknetz einzugrenzen. Damit dürften die von den privaten Haushalten nachgefragten Telekommunikationsdienstleistungen zu über 95% abgedeckt sein. Da der Schwerpunkt der Erfassung ganz überwiegend auf Telefondienstleistungen liegt, ist es gerechtfertigt, trotz der Einbeziehung von Text- und Datendiensten, von einem Verbraucherpreisindex für Telefondienstleistungen zu sprechen.

Da keine Ausgabenanteile getrennt für Telefonieren im Mobilfunk- und Festnetz vorliegen, wird aus den (Mengen-)Angaben der EVS 1998 ein Wägungsanteil von 10% für den Mobilfunk und 90% für das Telefonieren im Festnetz abgeleitet. Die damit verbundene Annahme gleich hoher Telefonrechnungen bedarf der empirischen Überprüfung.

## Exkurs in die Methodendiskussion

Bei der Festlegung der Gewichtsanteile zeigt sich die Problematik eines Festbasisindex im Falle eines dynamischen Marktes besonders deutlich: Mit Blick auf das Basisjahr 1995 ist der Mobilfunk eindeutig übergewichtet, da das Mobiltelefon zum damaligen Zeitpunkt noch kaum privat genutzt wurde. Mit Blick auf die nächsten

Jahre besteht dagegen eher die Tendenz zur Untergewichtung, falls sich die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten beim Mobilfunk im Vergleich zum Festnetz fortsetzen.

Einen methodischen Ausweg böte ein Kettenindex, der durch eine jährliche Anpassung der Gewichte gekennzeichnet ist. Abgesehen von theoretischen Einwänden gegen diesen Indextyp<sup>12)</sup> würde dieser Ansatz aber an dem Hauptproblem, der laufenden Beschaffung aktueller Wägungsdaten, in der Praxis scheitern.

Die für die Indexneuberechnung gewählte Vorgehensweise sieht die Verwendung möglichst aktueller Gewichte vor, die dann aber während des gesamten Indexzyklus konstant gehalten werden. Das Laspeyres-Konzept bleibt damit erhalten, wenn auch in einer weniger strengen Form. Diese Vorgehensweise hat entscheidende Vorteile:

- Das preisstatistische Meßkonzept des Nachweises der „reinen“ Preisveränderung auf mittlere Sicht bleibt gewahrt. Das Ausscheren eines Teilindex im Preisindex für die Lebenshaltung wäre kaum zu rechtfertigen, zumal auch andere dynamische Bereiche denkbar sind und eine Grenzziehung schwierig wäre.
- Der hohe Aufwand für die Ableitung des Wägungsschemas fällt nur alle fünf Jahre an und wird damit auf das Machbare beschränkt. Jährlich neu hergeleitete Gewichte, die zum Teil nur eine mehr oder weniger vage Approximation sein können, würden die an sich bereits komplexe Indexberechnung noch undurchsichtiger machen.
- Das Berechnungsmodell ist in seinen Grundzügen anschaulich und leicht verständlich. Damit sind auch die Ergebnisse für die Nutzer gut interpretierbar. Die einmal gemachten und dokumentierten Annahmen erlauben es dem Nutzer, sie mit seinem eigenen Expertenwissen zu vergleichen und gegebenenfalls mit eigenen Annahmen weiterzurechnen.
- Die Nutzer können Teilindizes, soweit sie mit einem Gewicht veröffentlicht werden, für ihre Analysezwecke auf einfache Weise neu aggregieren. Diese Option ist gerade bei Preisindizes für Telekommunikationsdienstleistungen von großem Vorteil, da die dynamische Entwicklung in der Telekommunikation sehr rasch zu einem Veralten des Indexaufbaus führen kann und dann eine Neuaggregation aus noch adäquaten Teilindizes für einzelne Marktsegmente eine Behelfs- und Übergangslösung bis zur Neuberechnung bietet. Ein Kettenindex hat demgegenüber die unerwünschte Eigenschaft, nicht auf direktem Wege aggregierbar zu sein.
- Die Verwendung möglichst aktueller Gewichte hat den Vorteil, daß der Index am aktuellen Rand eine bestmögliche Approximation an die tatsächlichen Verhältnisse darstellt. Damit wird auch den im Rahmen der europäischen Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes ent-

<sup>12)</sup> Eine Erörterung des Für und Wider von Kettenindizes wurde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Es sei deshalb auf die umfangreiche indextheoretische Fachliteratur verwiesen.

wickelten Vorschriften über die Verwendung aktueller Gewichte Rechnung getragen <sup>13)</sup>

## Der aktualisierte Preisindex für Telefondienstleistungen im Festnetz

In der Festnetztelefonie ist die Deutsche Telekom AG nach wie vor das mit Abstand dominante Unternehmen für Privatkunden. Bis Ende 1997 war sie sogar alleinige Anbieterin von Festnetztelefondiensten für private Haushalte. Für die Aktualisierung des Wägungsschemas auf Basis 1995 wurde sie deshalb um die Bereitstellung detaillierter interner Umsatzdaten gebeten.

### Wägungsableitung

Die Deutsche Telekom AG stellte dem Statistischen Bundesamt differenzierte Strukturdaten über ihr Privatkundengeschäft für den Indexaufbau zur Verfügung. Die gelieferten Daten spiegeln die Verhältnisse des Jahres 1996 wider. Sie stammen also aus dem Jahr nach der großen Tarifreform der Deutschen Telekom AG vom 1. Januar 1996. Damit wird die neue, sehr viel differenziertere Tarifstruktur beim neuen Indexaufbau voll berücksichtigt.

Im Vergleich zu der Wägung auf Basis 1991 haben sich einige Verschiebungen ergeben. So haben sich zum Beispiel die Gewichte der Gespräche im Nah- und Regionalbereich erhöht, während die Fern- und Auslandsgespräche mit einem geringeren Gewicht als bisher in die Berechnung eingehen. Neu in den „Leistungskorb“ aufgenommen wurden ISDN-Anschlüsse und Verbindungen zum Mobilfunk. Außerdem wurde die der Berechnung zugrunde gelegte durchschnittliche Gesprächsdauer je Tarifart neu festgelegt.

Über den Indexaufbau und die ausgewählten Leistungsarten informiert die Übersicht 1. Insgesamt stützt sich die Berechnung auf 400 Einzelpreise mit eigenem Gewicht. Sie ist damit sehr differenziert und bildet die aktuelle Tarifstruktur auf dem Telefonmarkt gut ab.

Aus Nutzersicht ist es sicher bedauerlich, daß keine detaillierten Angaben über die Indexgewichte und die ausgewählten Einzelleistungen, die das Verhalten der privaten Telefonkunden repräsentieren sollen, gemacht werden. Die gesetzliche Verpflichtung der amtlichen Statistik zum Datenschutz verbietet die Offenlegung von Einzelangaben ohne Einverständnis des Betroffenen. Dies gilt umso mehr in bezug auf einen hart umkämpften Markt, wo interne Strukturdaten des Marktführers über seine erzielten Umsätze und das Gesprächsverhalten seiner Kunden von großem Interesse für die Konkurrenten sind. Eine Veröffentlichung des Wägungsschemas kann erst dann erfolgen, wenn auch Umsatzdaten anderer Unternehmen in die Wägungsableitung einfließen und aus den Gewichtsanteilen keine Rückschlüsse auf individuelle Verhältnisse mehr möglich sind.

Übersicht 1: Anzahl der Einzelpreise im Verbraucherpreisindex für Telefondienstleistungen im Festnetz auf Basis 1995

Ausgewählte Leistungsarten	Anzahl der erfaßten Einzelpreise
Anschlußgebühren	6
Einmalige Einrichtungsgebühr analoger Telefonanschluß	
Installation	1
Übernahme	1
ISDN-Anschluß	1
Monatliche Grundgebühr	
Normaltarif	1
Sozialtarif	1
Euro-ISDN-Basisanschluß	1
Verbindungsgebühren	394
Inland	313
Nahbereich	
vom Hauptanschluß (analog/ISDN) <sup>1)</sup>	15
vom Münzfernsprecher <sup>1)</sup>	7
vom Kartentelefon <sup>1)</sup>	7
Regionalbereich	
vom Hauptanschluß (analog/ISDN) <sup>1)</sup>	65
vom Münzfernsprecher <sup>1)</sup>	5
vom Kartentelefon <sup>1)</sup>	5
Fernbereich	
vom Hauptanschluß (analog/ISDN) <sup>1)</sup>	150
vom Münzfernsprecher <sup>1)</sup>	14
vom Kartentelefon <sup>1)</sup>	14
Verbindungen zum Mobilfunk (analog/ISDN) <sup>1)</sup>	31
Ausland	
ausgewählte Länder <sup>1)</sup>	81

<sup>1)</sup> Jeweils weiter unterteilt nach Wochentagen und Tageszeiten

### Indexberechnung

Die Indexberechnung berücksichtigt bis Dezember 1998 ausschließlich Preisdaten der Deutschen Telekom AG. Gegen Ende des Jahres 1998, dem ersten Jahr der Marktöffnung, konnten die neu im öffentlichen Sprachtelefondienst tätigen Unternehmen allerdings bereits in Teilmärkten nennenswerte Anteile am Gesprächsaufkommen auf sich verewinen <sup>14)</sup>. Ab Januar 1999 sind daher im Marktsegment Inlandsferngespräche vom Hauptanschluß auch Preise wichtiger neuer Anbieter im Festnetz einbezogen. Da die Kundenbindung der Wettbewerber noch als gering beurteilt werden kann, werden nur Call-by-Call-Tarife <sup>15)</sup> berücksichtigt. Die Preise der neuen Telefongesellschaften gehen mit einem Gewicht von zusammen 30% (Deutsche Telekom AG: 70%) in die Berechnung dieses Teilindex ein. Zur Unternehmensgewichtung dienen die bei den ausgewählten Telefongesellschaften erfragten durchschnittlichen Gesprächsminuten am Tag zum Stand Mitte Dezember 1998.

Für diese Ausdehnung der Preisbeobachtung auf weitere Anbieter neben der Deutschen Telekom AG müssen die Nachteile einer Momentaufnahme, die sich nur auf Mengenangaben stützt und keine Differenzierung nach Privat- und Geschäftskunden erlaubt, hingenommen werden. An sich wünschenswert wären Jahresangaben je Unternehmen über die bei Privatkunden erzielten Umsätze. Mit der Beschaffung derartiger Angaben kann erst nach einer

<sup>13)</sup> Siehe Verordnung (EG) Nr. 2454/97 der Kommission vom 10. Dezember 1997 mit Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EG) Nr. 2494/95 in bezug auf Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichtung, Amtsbl. der EG Nr. L 340 vom 11. Dezember 1997, S. 24

<sup>14)</sup> Siehe hierzu z. B. Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post: Jahresbericht 1998

<sup>15)</sup> Das Call-by-Call-Verfahren ermöglicht es dem Telefonkunden durch die Vorwahl einer Netzbetreiberkennzahl vor der eigentlichen Rufnummer von Telefonat zu Telefonat die Telefongesellschaft neu zu wählen



gewissen Marktconsolidierung begonnen werden, wenn aussagekräftige Jahresdaten verfügbar sind.

## Bewertung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der neue Preisindex für Telefondienstleistungen im Festnetz von guter Qualität hinsichtlich seiner Berechnungstiefe und äußerst zeitnahe hinsichtlich seines Erfassungsbereichs ist. Die genannten Mängel betreffen nur einen Teilbereich; etwaige daraus resultierende Ungenauigkeiten gehen mit einem Gewicht von weniger als 10% in das Ergebnis ein.

## Der neue Preisindex für Mobiltelefondienstleistungen

Im Mobilfunkbereich ist die Ausgangssituation für die Preisindexberechnung erheblich schwieriger als im Festnetzbereich. Der Markt für digitale Mobiltelefondienstleistungen war von Anfang an für den Wettbewerb freigegeben. Inzwischen sind hier vier Netzbetreiber und zahlreiche Service Provider (Anbieter ohne eigenes Netz) tätig. Es herrscht eine große Tarifvielfalt mit ständig neuen Angeboten. Der Markt verzeichnet hohe Wachstumsraten.

## Wägungsableitung

Die für die Wägungsableitung und die Auswahl der Preisrepräsentanten erforderlichen Angaben über die im Privatkundengeschäft erzielten Umsätze nach Tarifarten konnten bisher nicht beschafft werden. Die neuen Telefongesellschaften, die noch keine Erfahrung im Umgang mit der amtlichen Statistik haben, müssen erst nach und nach an das Anliegen der Preisstatistik herangeführt werden; dazu müssen Vertrauensbeziehungen aufgebaut werden.

Die Wägungsableitung mußte sich daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit Ersatzlösungen behelfen. Für den Aufbau eines Grobgerüsts wurden Daten der privaten Marktforschung verwendet. Ausgangsdaten waren die Marktanteile (gemessen an der Anzahl der Kunden) der wichtigsten Anbieter von Mobiltelefondienstleistungen zum Stand März 1997<sup>16)</sup>. Diese Mengenangaben über die Anzahl der Kartenhalter je Mobilfunkunternehmen wurden mit Hilfe von Angaben über die Höhe der durchschnittlichen monatlichen Mobiltelefonrechnung der Kunden der ausgewählten Unternehmen in Wertangaben umgerechnet. Die hierfür verwendeten Daten<sup>17)</sup> lagen in einer Differenzierung nach Größenklassen von Rechnungsbeträgen vor, so daß Wägungsanteile für Kundenkategorien abgeleitet werden konnten. Mit Hilfe dieser Datenquellen konnte das Grobwägungsschema in Übersicht 2 aufgestellt werden, das acht Anbieter von Mobiltelefondienstleistungen berücksichtigt und fünf Kundenkategorien unterscheidet. Aus Datenschutzgründen sind nur die Werte der Spalten der Matrix angegeben.

Die dem Schema zugrunde liegenden Daten umfassen sowohl private als auch geschäftliche Nutzer. Das Schema

Übersicht 2: Grobwägungsschema des Preisindex für Mobiltelefondienstleistungen auf Basis 1995  
Wägungsanteile in %

Monatsrechnung in DM	Mobilfunkunternehmen								Zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8	
I bis 50									9,19
II 51 - 100									25,45
III 101 - 150									17,68
IV 151 - 200									10,64
V über 200									37,04
Zusammen									100

liefert damit die Grobstruktur für den gesamten Mobiltelefonmarkt. Für den Aufbau des Verbraucherpreisindex für Mobiltelefondienstleistungen werden nur die Kategorien I. bis III. verwendet. Dies geschieht unter der Annahme, daß sich die monatlichen Rechnungsbeträge der privaten Mobilfunknutzer ganz überwiegend in diesen Spannen bewegen.

## Nutzerprofile

Im nächsten Schritt wurde für jede Kategorie ein detailliertes Nutzerprofil erstellt. Die Nutzerprofile sind so konstruiert, daß sie wesentliche preisbestimmende Merkmale, wie zum Beispiel die Anzahl der Gespräche und ihre Verteilung auf die Tageszeiten, die Dauer der Gespräche, netzinterne oder netzexterne Verbindungen, berücksichtigen. Für die Definition wurde die Beratung der Mobilfunkunternehmen gesucht, die verbleibenden Lücken wurden durch Annahmen geschlossen. Um die definierten Nutzerprofile anschaulich zu benennen, wurden in der Fachpresse und bei den Unternehmen bereits eingeführte Typenbezeichnungen aufgegriffen.

Der aktuellen Berechnung des Verbraucherpreisindex für Mobiltelefondienstleistungen liegen die in Übersicht 3 dargestellten drei Nutzerprofile zugrunde. Geht man von dem Preisniveau des Jahres 1997 aus, ergeben sich folgende monatlichen Rechnungsbeträge für die einzelnen Typen:

Kaumtelefonierer: 40,- DM

Wenigtelefonierer: 75,- DM

Durchschnittstelefonierer: 145,- DM

Die Nutzerprofile bleiben bis zur nächsten Indexreform unverändert. Auf diese Weise kann die „reine“ Preisveränderung gemessen werden, unabhängig von Änderungen im Verbrauchsverhalten der Mobilfunkteilnehmer.

Angesichts der mangelhaften Datenlage konnte keine feinere Modellierung der Nutzertypen vorgenommen werden. Für die Zukunft ist eine bessere empirische Fundierung des Modells anzustreben. Inzwischen liegt eine EU-Rechtsverordnung vor, die eine Auskunftspflicht vorsieht<sup>18)</sup>. Auf dieser Grundlage ist es dem Statistischen

<sup>16)</sup> Siehe Plica Marktforschung Analyse „Der Mobilfunk-Report 1997“, S. 53

<sup>17)</sup> Siehe Mobilfunk-Umfrage der Zeitschrift connect, veröffentlicht in Heft 5/1998

<sup>18)</sup> Siehe Verordnung (EG) Nr. 2646/98 der Kommission vom 9. Dezember 1998 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung von Tarifen im Harmonisierten Verbraucherpreisindex. Amtsbl. der EG Nr. L 335 vom 10. Dezember 1998, S. 30

**Übersicht 3 Nutzerprofile im Verbraucherpreisindex  
für Mobiltelefondienstleistungen auf Basis 1995**  
bezogen auf einen Monat

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Kaum- telefonierer	Wenig- telefonierer	Durchschnitts- telefonierer
Gesprächsdauer insgesamt	Minuten	16	42	96
Dauer des Einzelgesprächs				
Typ A	Sekunden	35	45	45
Typ B	Sekunden	65	95	115
Gespräche <sup>1)</sup>	Anzahl	20	36	72
netzintern	Anzahl	8	12	24
netzextern <sup>2)</sup>	Anzahl	12	24	48

<sup>1)</sup> Die Gespräche sind über die Tageszeiten verteilt, so daß auch Änderungen in der Abgrenzung der Haupt- und Nebenzeiten berücksichtigt werden können – <sup>2)</sup> Darunter fallen auch Gespräche mit Orts- oder Wunschvorwahl

Bundesamt möglich, die Unternehmen zur Herausgabe interner Strukturdaten für die Ableitung von indexgewichteten heranzuziehen.

### Tarifauswahl

Jedem dieser Nutzerprofile wurden passende Tarife der ausgewählten Mobilfunkgesellschaften zugeordnet. Passend heißt in diesem Zusammenhang, daß die aus der Sicht dieses Nutzertyps günstigsten Tarife ausgewählt werden. Für die Ableitung der Gewichtsanteile dieser ausgewählten Tarife bildeten die Unternehmensgewichte je Nutzerkategorie I bis III aus Übersicht 2 den Rahmen. Soweit von den in die Preisbeobachtung einbezogenen Unternehmen keine präzisen Angaben über die relative Bedeutung ihrer einzelnen Tarife zu erhalten waren, wurde das jeweilige Unternehmensgewicht gleichmäßig auf die ausgewählten Tarife verteilt.

Der gegenwärtige Berechnungsaufbau berücksichtigt für die drei Nutzertypen insgesamt 37 Tarife. Die Tarifauswahl wird ständig überprüft mit der Maßgabe, daß stets die aus der Sicht des jeweiligen Nutzertyps günstigsten Tarife der ausgewählten Anbieter in die Berechnung eingehen. Es wird also unterstellt, daß der Verbraucher über vollständige Marktinformation verfügt und sich ökonomisch verhält.

### Preiserfassung

Die Preise werden monatlich erfaßt, und zwar zum Stand des 15. des Berichtsmonats, dem Stichtag der Verbraucherpreisstatistik. Die Preiserfassung basiert auf der Auswertung der Angebote der ausgewählten Unternehmen. Zur Beschaffung des Preismaterials werden verschiedene Medien genutzt: Preislisten und Presseverlautbarungen der Telefongesellschaften, ihre Internet-Präsentationen sowie in Zweifelsfällen telefonische Rückfragen. Die Preiserfassung bezieht sich dabei auf folgende Merkmale:

- monatliche Grundgebühr,
- Mindestumsatz pro Monat/Inklusivminuten,
- Zeittakt/Folgetakt,
- Verbindungsgebühren für Gespräche,
  - im eigenen Netz,
  - vom Handy zum Festnetz,

- im Ortsbereich bzw. mit Wunschvorwahl,
- in der Haupt- oder Nebenzeit

Nicht einbezogen sind folgende Merkmale, die ebenfalls den Preis beeinflussen, auf deren Berücksichtigung aber aus Gründen der Vereinfachung und der Vermeidung von Bewertungsproblemen zunächst verzichtet wurde:

- einmaliger Anschlußpreis/Bereitstellungspreis,
- Zuschüsse zum Handy/Anschaffungspreis,
- Vertragslaufzeiten,
- Abfrage der Mailbox,
- Mengenrabatte für lange Gespräche,
- Verbindungen in ein fremdes Funknetz,
- Zusatzleistungen, wie zum Beispiel Einzelverbindungs-nachweis, Anrufsperrung, Anrufumleitung.

### Indexberechnung

Die monatliche Messung der Preisveränderung geschieht in mehreren Schritten.

Zunächst wird für jedes Nutzerprofil der monatliche Rechnungsbetrag ermittelt. Hierfür werden für die im Modell hinsichtlich ihrer Dauer, ihres Zeitpunktes und anderer Merkmale genau definierten Gespräche Einzelpreise für jeden ausgewählten Tarif errechnet. Trotz der genannten Vereinfachungen bei der Preiserfassung und der Modellbildung handelt es sich hierbei um über 1 600 Einzelpreise, die monatlich mit Hilfe eines mehrstufigen Abfrage- und Berechnungsprogramms ermittelt werden. Die Einzelpreise werden anschließend für jeden ausgewählten Tarif zu einem Monatsrechnungsbetrag zusammengefaßt, wobei auch die monatliche Grundgebühr sowie ein etwaiger Mindestumsatz berücksichtigt werden.

Die auf diese Weise ermittelten Rechnungsbeträge werden anschließend mit denen der Basisperiode verglichen, das heißt mit der durchschnittlichen Monatsrechnung, die sich bei dem jeweiligen Tarif bzw. seinen Vorgängervarianten im Jahr 1995 ergeben hat. Diese Preisrelationen (= Preis-meßzahlen) werden mit ihrem jeweiligen Gewichtsanteil zu dem Preisindex für Mobiltelefondienstleistungen bzw. zu Teilindizes für einzelne Nutzerprofile aggregiert. Als Aggregationsfunktion dient auch hier die Laspeyres-Formel als gewogenes arithmetisches Mittel von Preis-meßzahlen.

### Bewertung

Das neu entwickelte Berechnungsmodell zur Erfassung der Preisentwicklung im Mobilfunkbereich ist in der Lage, die Vielzahl der Tarifvarianten und die Schnellebigkeit der Angebote in den Griff zu bekommen. Trotz mangelhafter Strukturdaten und vereinfachter Modellannahmen ist die Berechnungsgrundlage ausreichend differenziert. Der mehrstufige Aufbau erlaubt eine flexible Weiterentwicklung. Der derzeit noch hohe Schätzanteil kann mit der Verbesserung der Datenlage nach und nach reduziert werden.

## Verbraucherpreisindex für Telefondienstleistungen

1995 = 100

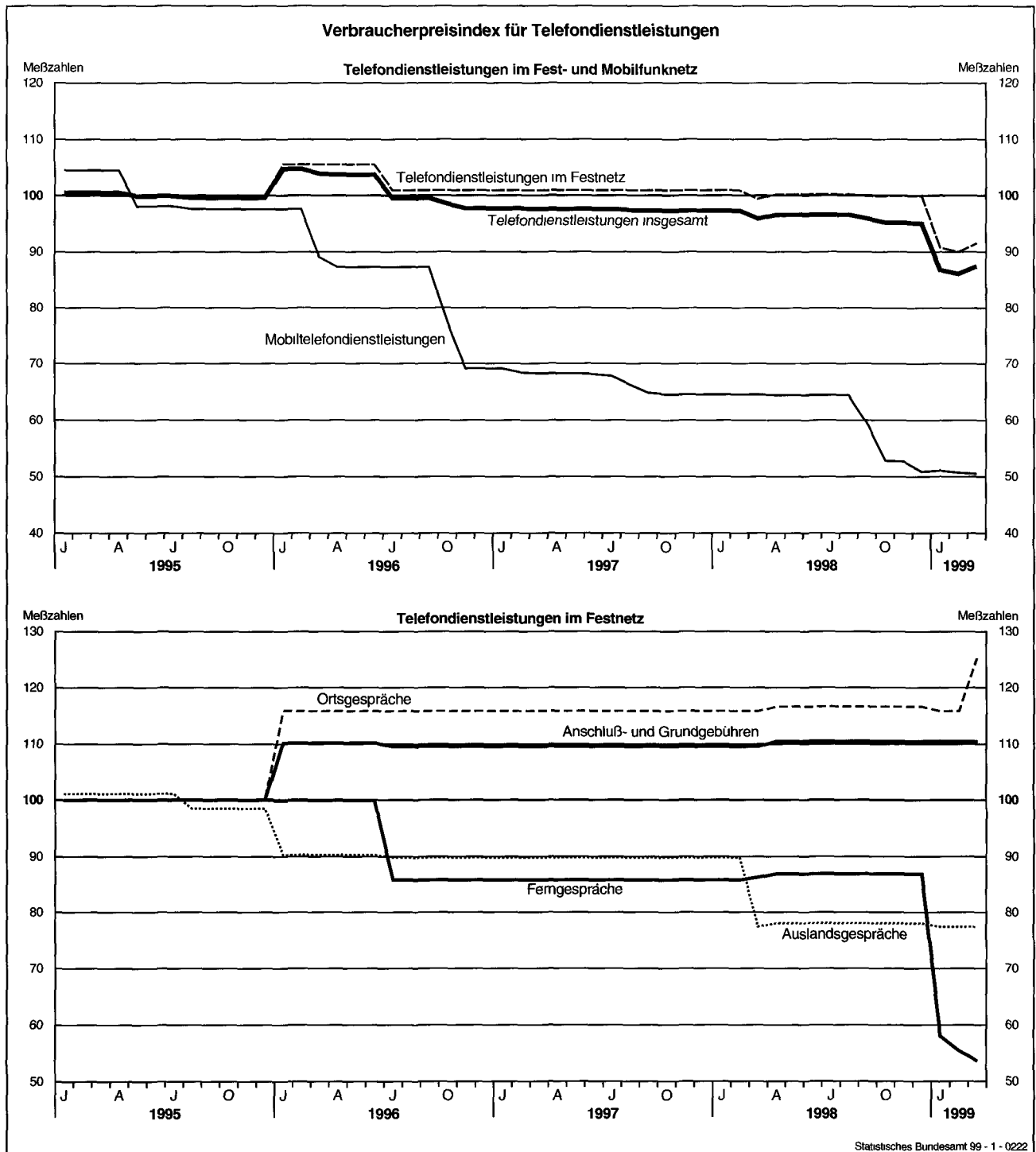
Jahr Monat	Insgesamt	Telefondienstleistungen						Mobiltelefon- dienstleistungen
		Telefondienstleistungen im Festnetz						
		zusammen	Anschluß- und Grundgebühr	Festnetzverbindungen			Auslands- gespräche	
				zusammen	darunter			
Ortsgespräche	Ferngespräche							
1995 D	100	100	100	100	100	100	100	100
1996 D	101,4	103,2	109,9	99,9	115,9	92,9	90,1	85,3
1997 D	97,5	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	66,9
1998 D	96,2	100,2	110,3	95,1	116,5	86,7	79,9	61,0
1995 Januar	100,5	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	104,5
Februar	100,5	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	104,5
Marz	100,5	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	104,5
April	100,5	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	104,5
Mai	99,9	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	98,1
Juni	99,9	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	98,1
Juli	99,9	100,1	100,0	100,2	100,0	100,0	101,1	98,1
August	99,6	99,8	100,0	99,8	100,0	100,0	98,5	97,6
September	99,6	99,8	100,0	99,8	100,0	100,0	98,5	97,6
Oktober	99,6	99,8	100,0	99,8	100,0	100,0	98,5	97,6
November	99,6	99,8	100,0	99,8	100,0	100,0	98,5	97,6
Dezember	99,6	99,8	100,0	99,8	100,0	100,0	98,5	97,6
1996 Januar	104,7	105,5	110,2	103,2	115,9	99,9	90,3	97,6
Februar	104,7	105,5	110,2	103,2	115,9	99,9	90,3	97,6
Marz	103,9	105,5	110,2	103,2	115,9	99,9	90,3	89,1
April	103,7	105,5	110,2	103,2	115,9	99,9	90,3	87,3
Mai	103,7	105,5	110,2	103,2	115,9	99,9	90,3	87,3
Juni	103,7	105,5	110,2	103,2	115,9	99,9	90,3	87,3
Juli	99,5	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	87,3
August	99,5	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	87,3
September	99,5	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	87,3
Oktober	98,5	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	77,3
November	97,7	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	69,1
Dezember	97,7	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	69,1
1997 Januar	97,7	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	69,1
Februar	97,7	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	68,4
Marz	97,6	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	68,2
April	97,6	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	68,2
Mai	97,6	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	68,2
Juni	97,6	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	68,1
Juli	97,6	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	67,8
August	97,4	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	66,3
September	97,3	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	64,9
Oktober	97,3	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	64,6
November	97,3	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	64,6
Dezember	97,3	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	64,6
1998 Januar	97,3	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	64,6
Februar	97,3	100,9	109,6	96,6	115,9	85,8	89,8	64,6
Marz	95,9	99,4	109,6	94,4	115,9	86,3	77,4	64,6
April	96,6	100,2	110,5	95,1	116,7	86,9	78,0	64,5
Mai	96,6	100,2	110,5	95,1	116,7	86,9	78,0	64,5
Juni	96,6	100,2	110,5	95,1	116,7	86,9	78,0	64,5
Juli	96,6	100,2	110,5	95,1	116,7	86,9	78,0	64,5
August	96,6	100,2	110,5	95,1	116,7	86,9	78,0	64,5
September	95,9	99,9	110,5	94,6	116,7	86,9	78,0	59,4
Oktober	95,2	99,9	110,5	94,6	116,7	86,9	78,0	52,8
November	95,2	99,9	110,5	94,6	116,7	86,9	78,0	52,7
Dezember	95,0	99,9	110,5	94,6	116,7	86,9	78,0	50,9
1999 Januar	86,8	90,8	110,5	80,9	115,9	58,0	77,4	51,1
Februar	86,1	90,0	110,5	79,7	115,9	55,4	77,4	50,7
Marz	87,4	91,5	110,5	81,9	125,3	53,6	77,4	50,5

### Ergebnisse der Neuberechnung

Der neue Verbraucherpreisindex für Telefondienstleistungen auf Basis 1995 wurde bis 1995 zurückgerechnet; die Indexwerte liegen also ab Januar 1995 vor (siehe die Tabelle). Sie ersetzen die bis Dezember 1998 noch auf alter Basis veröffentlichten Indexwerte.

Ein Vergleich der dargestellten Indexreihen zeigt große Unterschiede in der Preisentwicklung der einzelnen Marktsegmente (siehe das Schaubild). Besonders augenfällig sind die sprunghaften Preisrückgänge für Mobiltelefon-dienstleistungen. Angesichts des noch geringen Gewichts des Mobiltelefonierens im Budget der privaten Haushalte ist der Einfluß auf den Gesamtindex aber gering. Dessen

Verlauf wird durch die Preisentwicklung im Festnetzbereich geprägt, die sich aus gegenläufigen Entwicklungen zusammensetzt: Einem Anstieg bei den Anschluß- und Grundgebühren sowie einem noch stärkeren Preisanstieg bei Ortsgesprächen stehen Preisrückgänge bei Fern- und Auslandsgesprächen gegenüber. Bis Ende 1998 hielten sich dabei Verteuerungen und Verbilligungen in etwa die Waage. Erst die drastischen Preissenkungen für Inlandsfern-gespräche zu Beginn des Jahres 1999 haben den Preis-index für Telefondienstleistungen im Festnetz schlagartig auf ein deutlich niedrigeres Niveau gedrückt und damit auch den Gesamtindex spürbar gesenkt. Im Vergleich zum Basisjahr zahlen die privaten Haushalte heute im Durchschnitt gut ein Zehntel weniger für das Telefonieren, sofern sie ihr Gesprächsverhalten nicht geändert haben



## Veröffentlichung

Die Preisindizes für Telefondienstleistungen werden in der jährlich erscheinenden Fachserie 17 „Preise“, Reihe 9 „Preise und Preisindizes für Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ in detaillierter Form veröffentlicht. Für Interessenten, die monatlich über die Berechnungsergebnisse verfügen möchten, wurde ein Abonnement-Service eingerichtet. Darüber hinaus ist der Verbraucherpreisindex für Telefondienstleistungen als Bestandteil des „Warenkorbs“ des Preisindex für die Lebenshaltung eine nachgewiesene Güterposition<sup>19)</sup> im monatlichen Veröffentlichungspro-

gramm der Verbraucherpreisstatistik, wird also monatlich in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 7 „Preisindizes für die Lebenshaltung“ veröffentlicht. In diesem Kontext ist der Index auch tagesaktuell in der Datenbank STATIS-BUND enthalten und damit im Rahmen des Zeitreihenservice des Statistischen Bundesamtes via Internet verfügbar.

*Dipl.- Volkswirtin Irmtraud Beuerlein*

<sup>19)</sup> COICOP-Nr 0813 „Telefon-, Telegrafie- und Telefaxdienstleistungen“ (COICOP = Classification of Individual Consumption by Purpose, in der für den Verbraucherpreisindex gültigen Fassung 6/98)

# Preise im März 1999

Im März 1999 verharrte der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte für Deutschland auf dem gleichen Stand wie im Februar. Der Index der Großhandelsverkaufspreise stieg um 0,7%; eine gleich hohe Veränderungsrate gegenüber dem Vormonat war zuletzt im August 1997 beobachtet worden. Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich um 0,2% und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland um 0,1%. Neben dem Index der Großhandelsverkaufspreise waren damit auch die Veränderungsraten der Indizes der Erzeugerpreise und der Einzelhandelspreise höher als in den Vormonaten. Vor allem stark angestiegene Preise für Mineralölerzeugnisse haben die Entwicklung geprägt. Im Vergleich mit dem März des Vorjahres haben Heizöl und Kraftstoffe dagegen einen stärkeren Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung verhindert, während die Mineralölerzeugnisse auf die übrigen Indizes im Jahresvergleich keinen großen Einfluß hatten.

Deutschland	Veränderungen Marz 1999 gegenüber Februar 1999		Veränderungen Marz 1999 gegenüber Marz 1998	
	Februar 1999	Marz 1999	Februar 1999	Marz 1999
	%			
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte				
insgesamt	-	-	-	- 2,3
ohne Mineralölerzeugnisse	- 0,1	-	-	- 2,2
Mineralölerzeugnisse	+ 4,3	-	-	- 3,6
Index der Großhandelsverkaufspreise				
insgesamt	+ 0,7	-	-	- 3,6
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 0,4	-	-	- 3,6
Mineralölerzeugnisse	+ 5,3	-	-	- 3,9
ohne Saisonwaren	+ 0,6	-	-	- 3,8
Saisonwaren	+ 1,6	+ 1,5		
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,2	+ 0,2		
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte				
insgesamt	+ 0,1	+ 0,4		
ohne Heizöl und Kraftstoffe	-	+ 0,6		
Heizöl und Kraftstoffe	+ 3,0	- 2,8		
ohne Saisonwaren	+ 0,1	+ 0,3		
Saisonwaren	- 0,1	+ 3,0		

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) für Deutschland blieb zwar gegenüber Februar 1999 unverändert, ist aber im Vergleich zum März 1998 um 2,3% gefallen. Dieser Rückgang war bei Vorleistungsgütern (Energie -6,5%, sonstige Vorleistungsgüter -2,9%) erneut besonders ausgeprägt. Konsumgüter verbilligten sich leicht (-1,0%), während sich die Investitionsgüter sogar etwas verteuerten (+0,6% gegenüber März 1998).

Hervorzuheben ist der Preisanstieg bei leichtem Heizöl, das sich innerhalb eines Monats um 22,6% verteuerte. Dies dürfte zum größten Teil auf wegen der Einführung der Ökosteuer zum 1. April 1999 vorgezogene Käufe zurückzuführen sein.

Gegenüber dem Vormonat stieg der Index der Großhandelsverkaufspreise für Deutschland im März 1999 zwar um 0,7% an, er lag damit aber immer noch um

## Ausgewählte Preisindizes 1995 = 100

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte <sup>1)</sup>	Groß- handels- ver- kaufs- preise <sup>2)</sup>	Einzel- handels- preise <sup>3)</sup>	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Lan- der und Berlin-Ost
1994 D	98,3	101,6	99,3	98,3	98,4	98,1
1995 D	100	103,7	100	100	100	100
1996 D	98,8	103,1	100,7	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	105,6	102,1	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	103,4	102,7	104,3	104,1	105,3
1998 Jan	100,1	105,5	102,5	103,9	103,7	104,8
Febr	100,1	105,5	102,5	104,1	103,9	105,1
Marz	100,0	105,2	102,3	104,0	103,8	104,9
April	100,0	105,2	102,8	104,1	103,9	105,0
Mai	100,0	104,8	103,0	104,4	104,2	105,4
Juni	99,9	104,4	103,0	104,5	104,4	105,5
Juli	99,7	103,5	102,8	104,8	104,6	105,7
Aug	99,5	102,6	102,6	104,6	104,5	105,6
Sept	99,4	101,9	102,7	104,4	104,2	105,4
Okt	98,9	100,9	102,6	104,2	104,0	105,2
Nov	98,5	100,5	102,7	104,2	104,1	105,3
Dez	98,3	100,9	102,6	104,3	104,1	105,3
1999 Jan	97,8	101,2	102,4	104,1	103,9	105,0
Febr	97,7	100,7	102,3	104,3	104,1	105,3
Marz	97,7	101,4	102,5	104,4	104,3	105,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1998 Jan	- 0,1	- 0,1	- 0,2	-	- 0,1	-
Febr	-	-	-	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Marz	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
April	-	-	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Mai	-	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Juni	- 0,1	- 0,4	-	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Juli	- 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Aug	- 0,2	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Okt	- 0,5	- 1,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
Dez	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	-	-
1999 Jan	- 0,5	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Febr	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Marz	-	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6
1995 D	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
1996 D	- 1,2	- 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1998 Jan	+ 0,7	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Febr	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4
Marz	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
April	+ 0,3	-	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Mai	+ 0,1	- 2,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Juni	- 0,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Juli	- 0,4	- 2,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Aug	- 0,8	- 3,5	-	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Sept	- 1,0	- 4,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Okt	- 1,4	- 4,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Nov	- 1,8	- 4,5	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Dez	- 1,9	- 4,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
1999 Jan	- 2,3	- 4,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Febr	- 2,4	- 4,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Marz	- 2,3	- 3,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Originalbasis 1991 = 100 - 3) Emschl. Umsatzsteuer

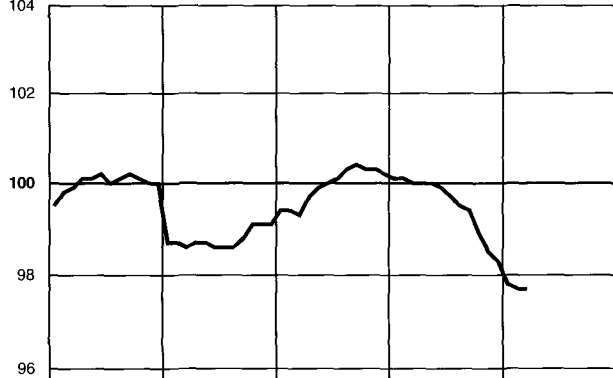
3,6% unter dem Stand des Vorjahresmonats. Im Februar und im Januar 1999 hatten die Jahresveränderungsraten -4,5 bzw. -4,1% betragen. Der Anstieg im März 1999 ist im wesentlichen auf kräftige Preiserhöhungen bei wenigen wichtigen Produkten zurückzuführen. So stiegen die Preise für leichtes Heizöl innerhalb Monatsfrist um 15,4% und für Dieselkraftstoff um 5,4%. Schlachtschweine und Schweinefleisch verteuerten sich auf der Großhandelsstufe von Februar bis März um 13,9 bzw. 7,1%.

Schaubild 1

**Ausgewählte Preisindizes**  
Deutschland

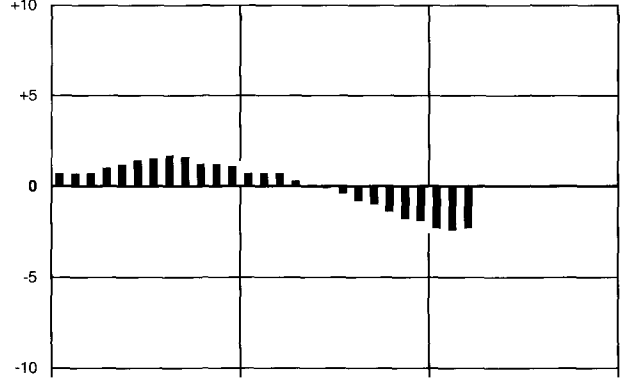
1995 = 100  
Log Maßstab

**Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**



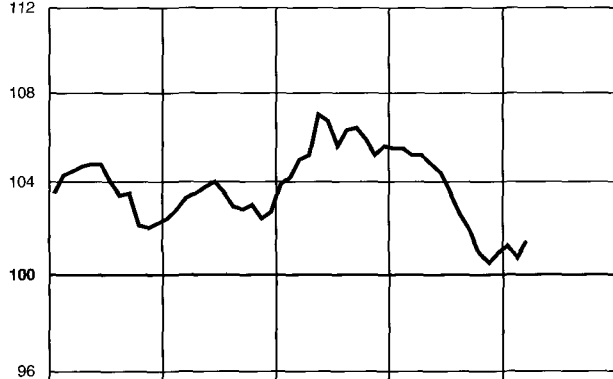
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %  
Anthm Maßstab

**Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

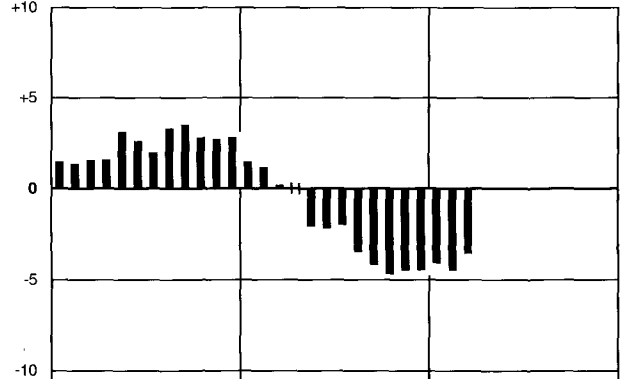


1991 = 100  
112

**Großhandelsverkaufspreise**



**Großhandelsverkaufspreise**

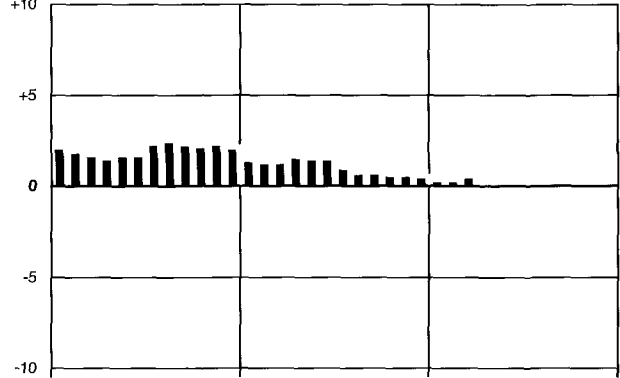


1995 = 100  
106

**Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte**

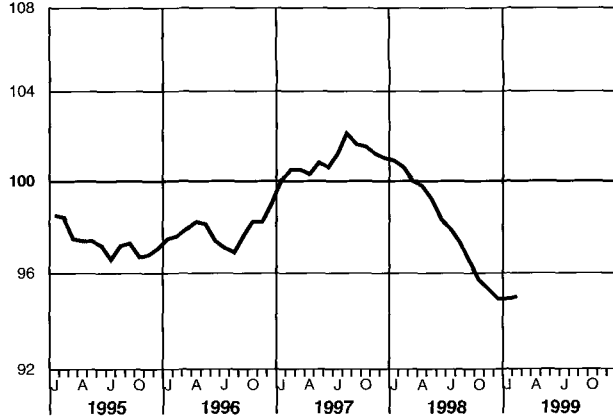


**Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte**

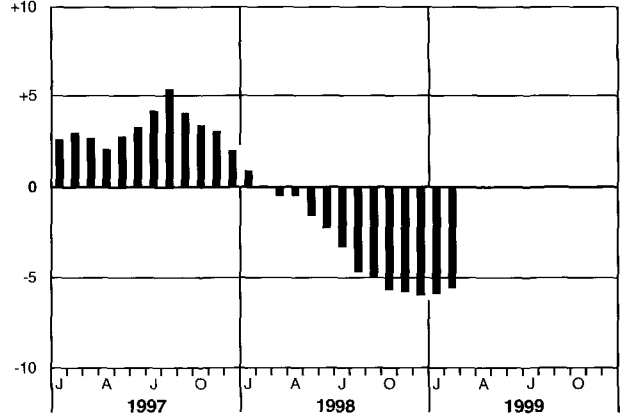


1991 = 100  
108

**Einfuhrpreise**



**Einfuhrpreise**



Eine gütersystematische Aufgliederung der Großhandelsverkaufspreise nach dem produktionswirtschaftlichen Zusammenhang zeigt folgendes Bild: Erhebliche Preisnachlässe gegenüber dem Vorjahr verzeichneten Erzeugnisse der Landwirtschaft (-9,9%), und hier vor allem Rohkaffee (-30,9%) und lebendes Schlachtvieh (-23,5%), sowie einige wichtige Güter der Metallverarbeitung. So wiesen NE-Metalle und NE-Metallhalbzeug (-19,0%), Eisen und Stahl (-12,8%) sowie Gießereierzeugnisse (ebenfalls -12,8%) deutliche Preisminderungen in den letzten zwölf Monaten auf. Andererseits waren bei den Nahrungsmitteln Speisekartoffeln wesentlich teurer (+68,1%) als im März 1998.

In institutioneller Gliederung nach Wirtschaftszweigen des Großhandels lag der Teilindex des Großhandels mit Rohstoffen und Halbwaren im Februar 1999 um 7,3% unter dem Vorjahresniveau, wobei vor allem der Großhandel mit Altmaterial, Reststoffen hohe Preiseinbußen hinnehmen mußte (-28,3%) Hingegen lagen die Preisrückgänge beim Großhandel mit Fertigwaren bei lediglich 1,9%. Die Teilindizes für die einzelnen Wirtschaftsgruppen des Großhandels wiesen folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

Deutschland	Veränderungen Marz 1999 gegenüber	
	Februar 1999	Marz 1998
	%	
Großhandel mit		
Rohstoffen und Halbwaren	+ 1,4	- 7,3
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 2,1	-10,7
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw	+ 1,5	-17,5
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	- 1,0	- 3,5
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	+ 4,4	- 4,2
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	- 0,2	-11,5
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	+ 0,2	- 0,7
Altmaterial, Reststoffen	+ 1,7	-28,3
Fertigwaren	+ 0,3	- 1,9
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 0,9	- 4,5
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 0,1	+ 0,5
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	-	- 0,6
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw	-	- 0,5
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	-	- 0,5
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	+ 0,1	+ 1,7
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o a S)	+ 0,1	- 1,4

Der Index der Einzelhandelspreise stieg im März 1999 um 0,2% gegenüber dem Vormonat und lag damit auch um 0,2% höher als vor einem Jahr, nachdem die Monatsveränderungsrate über mehrere Monate stets ein negatives Vorzeichen aufgewiesen hatte.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland lag im März 1999 um 0,4% höher als im März 1998. Im Vergleich zum Februar 1999 stieg der Index um 0,1%.

Die Jahresteuersatzrate war im März zwar höher als im Januar und Februar (je +0,2%), ist aber im langfristigen Vergleich immer noch als ausgesprochen niedrig zu bezeichnen. Billiger als im vergleichbaren Vorjahresmonat waren vor allem Telefondienstleistungen (-8,9%), Informationsverarbeitungsgeräte (-7,7%), Kraftstoffe (-3,4%) und Gas (-3,1%). Zum Rückgang der Preise für Nahrungsmittel

und alkoholfreie Getränke (-0,2%) trugen in erster Linie Fleisch und Fleischwaren bei (-3,0%)

Schaubild 2

<b>Ausgewählte Reihen aus dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im März 1999</b>	
Deutschland	
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %	
Gesamtindex	+0,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-0,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+2,5
Bekleidung und Schuhe	+0,5
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	+0,7
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	+0,6
Gesundheitspflege	-3,2
Verkehr	+0,9
Nachrichtenübermittlung	-7,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+0,4
Bildungswesen	+4,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+1,6
Andere Waren und Dienstleistungen	+1,6

Statistisches Bundesamt 99 - 1 - 0223

Stärkere Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr waren bei folgenden Gütergruppen zu verzeichnen: Gemüse (+6,0%), Verkehrsdienstleistungen (+2,8%), Personenkraftwagen (+1,9%). Die Nettokaltmieten stiegen gegenüber März 1998 um 0,8%, die Wohnungsnebenkosten (ohne Heizung) um durchschnittlich 2,4%

Im März 1999 wurden im früheren Bundesgebiet sowie in den neuen Ländern und Berlin-Ost abweichende Preisentwicklungen beobachtet. Gegenüber Februar 1999 ist der Index im früheren Bundesgebiet um 0,2% angestiegen, während er sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht veränderte. Im Vorjahresvergleich ergaben sich Steigerungen von 0,5% für das frühere Bundesgebiet und von 0,4% für die neuen Länder und Berlin-Ost.

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland ist gegenüber März 1998 um 0,5% gestiegen.

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte  
auf Basis 1995 = 100

Veränderung in %

Deutschland	Marz 1999 gegenüber	
	Februar 1999	Marz 1998
Gesamtindex	+ 0,1	+ 0,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	- 0,1	- 0,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	-	+ 2,5
Bekleidung und Schuhe	+ 0,2	+ 0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw	+ 0,3	+ 0,7
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u a	-	+ 0,6
Gesundheitspflege	-	- 3,2
Verkehr	+ 0,3	+ 0,9
Nachrichtenermittlung	+ 1,1	- 7,3
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	- 0,3	+ 0,4
Bildungswesen	+ 0,1	+ 4,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	- 0,2	+ 1,6
Andere Waren und Dienstleistungen	-	+ 1,6

Auf der Erzeuger- und Großhandelsstufe ergaben sich im  
einzelnen folgende Preisveränderungen gegenüber dem  
Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

Deutschland	Veränderungen Marz 1999 gegenüber	
	Februar 1999	Marz 1998
	%	
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte</b>		
Pflanzliche raffinierte Öle	- 0,3	- 26,5
Betonstahlmatten	-	- 25,8
Raffiniertes Kupfer	+ 1,7	- 21,7
Flussiggas	+ 5,0	- 14,3
Frisches oder gekühltes Fleisch	- 0,5	- 14,1
Erdgas für die Industrie	-	- 14,1
Gerösteter Kaffee	- 0,4	- 13,5
Schweres Heizöl	+ 2,9	- 13,7
Chemische Grundstoffe	+ 0,9	- 11,9
Aluminium und Halbzeug daraus	- 0,6	- 11,1
Butter	- 4,2	- 10,9
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	-	- 7,3
Gehweg- und Belagplatten aus Beton	+ 3,2	+ 6,8
Holzmöbel für Laden	-	+ 8,1
Fischerzeugnisse	+ 0,5	+ 14,7
<b>Großhandelsverkaufspreise</b>		
Stahlschrott	+ 0,5	- 41,5
Rohkaffee	+ 3,3	- 30,9
Lebendes Schlachtvieh	+ 9,3	- 23,5
Ölkuchen und -schrote	+ 2,5	- 20,9
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	+ 0,1	- 19,0
Schweres Heizöl	-	- 13,3
Leichtes Heizöl	+ 15,4	- 2,6
Kraftstoffe	+ 3,2	- 2,4

*Dipl.-Volkswirt Gerd Ströhl*



# Übersicht

## über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

### Allgemeines, Methoden, Klassifikationen

	Heft	Seite
Unterschiedliche Verfahrensweisen der Statistischen Ämter in der Europäischen Union bei der Saisonbereinigung .....	1	23
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 .....	2	111
Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet .....	4	253
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren .....	1	28
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999 .....	3	179
Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999 .....	4	293
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik .....	2	85
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer .....	4	306
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland .....	3	197
Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland .....	2	92
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995 .....	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung .....	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995 .....	4	325
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 .....	4	329
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe .....	4	257

### Bevölkerung

Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet .....	4	253
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren .....	1	28
Ehescheidungen 1997 .....	1	39
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998 .....	3	163

### Wahlen

Europawahl 1999 .....	4	282
-----------------------	---	-----

### Erwerbstätigkeit

Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren .....	1	28
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998 .....	3	163

### Unternehmen und Arbeitsstätten

Insolvenzen 1998 .....	4	299
------------------------	---	-----

### Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999 .....	3	179
---	---	-----

### Produzierendes Gewerbe

Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999 .....	4	293
---	---	-----

### Außenhandel

Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1998 .....	2	77
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik .....	2	85
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer .....	4	306
Außenhandel 1998 nach Ländern .....	4	312

### Rechtspflege

Strafverfolgungsstatistik 1997 .....	3	189
--------------------------------------	---	-----

### Bildung und Kultur

Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland .....	3	197
--	---	-----

### Gesundheitswesen

Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland .....	2	92
--	---	----

### Sozialleistungen

Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1997 .....	2	96
---	---	----

	Heft	Seite
<b>Finanzen und Steuern</b>		
Öffentliche Finanzen 1998 .....	4	318
<b>Wirtschaftsrechnungen und Versorgung</b>		
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 .....	2	111
Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern .....	1	46
Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland .....	3	210
<b>Löhne und Gehälter</b>		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996 .....	2	116
<b>Preise</b>		
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995 .....	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung .....	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995 .....	4	325
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 .....	4	329
Preisentwicklung im Jahr 1998 .....	1	55
Preise im Januar 1999 .....	2	138
Februar 1999 .....	3	221
März 1999 .....	4	337
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>		
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe .....	4	257
Bruttoinlandsprodukt 1998 .....	1	13
<b>Umwelt</b>		
Erlöse und Konzessionsabgaben in der Energie- und Wasserwirtschaft .....	2	134
<b>Gastbeiträge</b>		
Verbrauch der privaten Haushalte in der Europäischen Union: – Wichtigste Trends und Struktur der Ausgaben – .....	2	142
Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes .....	3	225

# Tabellenteil

## Inhalt

	Seite	Periodizität
<b>Statistische Monatszahlen</b>		
Grundzahlen/Veränderungen . . . . .	204*	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung . . . . .	228*	
Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen . . . . .	231*	
 <b>Ausgewählte Tabellen</b>		
<b>Erwerbstätigkeit</b>		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen . . . . .	232*	vierteljährlich
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>		
Insolvenzen 1998 nach Wirtschaftszweigen . . . . .	235*	einmalig
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		
Index des Auftrageingangs für das Verarbeitende Gewerbe . . . . .	236*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen . . . . .	242*	"
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe . . . . .	243*	"
<b>Außenhandel</b>		
Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern; Außenhandel mit ausgewählten Ländern Europas, die nicht zur Europäischen Union gehören; Außenhandel mit ausgewählten Ländern Asiens und Afrikas . . . . .	247*	einmalig
<b>Preise</b>		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes . . . . .	249*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz); Wägungsschema zum Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte . . . . .	250*	einmalig
Preisindex für die Lebenshaltung . . . . .	259*	monatlich
Preisindizes für Bauwerke . . . . .	260*	vierteljährlich

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998			1999		
					Okt	Nov	Dez	Jan.	Febr	Marz
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>										
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Erwerbstätigkeit<sup>2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup>	1 000	34 423 p	33 962 p	33 970 p	34 459 p	34 317 p	34 121 p	..	..	..
Erwerbstätige Inländer <sup>4)</sup>	1 000	34 372 p	33 909 p	33 916 p	34 389 p	34 262 p	34 081 p	..	..	..
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup>	1 000	28 156 p	27 884 p	27 915 p	28 249 p	28 137 p	28 001 p	..	..	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup>	1 000	6 267 p	6 078 p	6 055 p	6 210 p	6 180 p	6 120 p	..	..	..
<b>Arbeitsmarkt<sup>5)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 279	3 892	3 946	4 197	4 455	4 465	4 288 p
dar.: Männer	1 000	2 112	2 342	2 273	2 008	2 053	2 252	2 441	2 466	2 327 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	107	114	108	109	103	103	103	103	94 p
Ausländer/-innen	1 000	496	548	535	507	518	538	555	556	541 p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	11,5	12,7	12,3	11,2	11,3	12,0	12,8	12,8	12,3 p
Offene Stellen	1 000	327	337	422	393	364	345	395	451	496 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	277	183	115	90	108	107	145	161	167 p
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>7)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	2 796	3 021	2 904	2 704	2 745	2 885	3 025	3 023	2 897 p
dar.: Männer	1 000	1 617	1 741	1 641	1 482	1 516	1 635	1 740	1 750	1 650 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	83	82	75	74	73	73	74	74	70 p
Ausländer/-innen	1 000	482	522	505	477	487	506	522	522	508 p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	10,1	11,0	10,5	9,7	9,9	10,4	10,9	10,9	10,4 p
Offene Stellen	1 000	270	282	342	319	300	290	331	372	409 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	206	133	81	66	82	81	114	123	125 p
<b>Neue Länder und Berlin-Ost<sup>7)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	1 169	1 364	1 375	1 188	1 201	1 313	1 430	1 442	1 392 p
dar.: Männer	1 000	495	602	632	526	537	617	701	716	677 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	25	32	33	35	30	30	29	29	25 p
Ausländer/-innen	1 000	14	26	30	30	30	32	33	33	33 p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	16,7	19,5	19,5	16,8	17,0	18,6	20,3	20,4	19,7 p
Offene Stellen	1 000	57	56	79	73	64	55	63	79	87 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	71	49	34	24	25	26	31	39	42 p
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Insolvenzen</b>	Anzahl	31 471	33 398	..	2 613	2 557	3 202	..	..	..
Unternehmen	Anzahl	25 530	27 474	..	2 164	2 051	2 615	..	..	..
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 643	3 598	..	250	237	329	..	..	..
Baugewerbe	Anzahl	7 041	7 788	..	611	568	687	..	..	..
Handel, Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	5 967	6 111	..	480	471	611	..	..	..
Gastgewerbe	Anzahl	1 476	1 679	..	169	152	177	..	..	..
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	7 403	8 298	..	654	623	811	..	..	..
Ubrige Gemeinschaftsdar <sup>8)</sup>	Anzahl	5 941	5 924	..	449	506	587	..	..	..
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Insolvenzen</b>	Anzahl	23 078	24 212	..	1 908	1 830	2 403	..	..	..
dar.: Unternehmen	Anzahl	18 111	19 348	..	1 508	1 400	1 895	..	..	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Insolvenzen</b>	Anzahl	8 393	9 186	..	705	727	799	..	..	..
dar.: Unternehmen	Anzahl	7 419	8 126	..	656	651	720	..	..	..
					1998					
		1996	1997	1998	Juli	Aug	Sept.	Okt.	Nov.	Dez
<b>Deutschland</b>										
<b>Gewerbeanzeigen</b>										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	780 013	802 935	811 377	66 560	59 480	66 000	64 929	63 432	65 872
dar.: echte Neuerrichtungen <sup>9)</sup>	Anzahl	217 210	210 091	215 207	18 269	16 075	17 756	17 522	17 246	16 828
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	647 889	681 864	696 214	56 335	48 887	54 090	54 224	56 709	77 190
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes <sup>9)</sup>	Anzahl	104 689	111 331	119 475	9 841	8 507	9 312	9 442	9 810	13 085
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	170 004	178 395	184 818	15 581	13 322	15 101	15 091	15 756	14 817

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S 228 \* ff dargestellt - 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern oder Berlin-Ost (Inlandskonzept) - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986 - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar - 8) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse - 9) Gründung bzw vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkseligenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

# Statistische Monatszahlen

## Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	März 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>										
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Erwerbstätigkeit<sup>2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup> . . . . .	- 1,3p	+ 0,0p	+ 0,5p	..	..	..	- 0,6p	..	..	..
Erwerbstätige Inländer <sup>4)</sup> . . . . .	- 1,3p	+ 0,0p	+ 0,5p	..	..	..	- 0,5p	..	..	..
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup> . . . . .	- 1,0p	+ 0,1p	+ 0,3p	..	..	..	- 0,5p	..	..	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup> . . . . .	- 3,0p	- 0,4p	+ 1,2p	..	..	..	- 1,0p	..	..	..
<b>Arbeitsmarkt<sup>5)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Arbeitslose . . . . .	+ 10,6	- 2,4	- 7,2	- 7,6	- 7,4	- 7,2p	+ 6,4	+ 6,1	+ 0,2	- 4,0p
dar.: Männer . . . . .	+ 10,9	- 3,0	- 6,4	- 7,6	- 7,4	- 7,7p	+ 9,7	+ 8,4	+ 1,0	- 5,6p
Jugendliche unter 20 Jahren . . . . .	+ 5,8	- 4,5	- 5,6	- 5,8	- 7,1	- 9,3p	+ 0,4	- 0,2	- 0,1	- 8,2p
Ausländer/-innen . . . . .	+ 10,5	- 2,4	- 4,5	- 5,2	- 4,9	- 4,8p	+ 3,9	+ 3,1	+ 0,1	- 2,6p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup> . . . . .	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen . . . . .	+ 3,0	+ 25,1	+ 13,7	+ 16,7	+ 14,5	+ 11,1p	- 5,2	+ 14,3	+ 14,2	+ 9,9p
Kurzarbeiter/-innen . . . . .	- 34,1	- 37,0	- 10,5	- 0,6	- 6,1	- 1,6p	- 0,6	+ 35,4	+ 11,4	+ 3,5p
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>7)</sup></b>										
Arbeitslose . . . . .	+ 8,0	- 3,9	- 5,9	- 6,5	- 5,9	- 5,8p	+ 5,1	+ 4,9	- 0,1	- 4,2p
dar.: Männer . . . . .	+ 7,7	- 5,7	- 7,0	- 8,0	- 7,4	- 7,6p	+ 7,8	+ 6,5	+ 0,5	- 5,7p
Jugendliche unter 20 Jahren . . . . .	- 1,2	- 7,6	- 7,7	- 7,4	- 8,3	- 8,8p	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	- 5,7p
Ausländer/-innen . . . . .	+ 8,3	- 3,2	- 5,4	- 6,1	- 5,8	- 5,7p	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,1	- 2,7p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup> . . . . .	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen . . . . .	+ 4,1	+ 21,5	+ 17,6	+ 17,5	+ 14,4	+ 12,7p	- 3,5	+ 14,2	+ 12,3	+ 9,8p
Kurzarbeiter/-innen . . . . .	- 35,4	- 39,1	- 6,0	+ 7,8	- 1,0	+ 6,7p	- 1,4	+ 40,9	+ 7,5	+ 1,5p
<b>Neue Länder und Berlin-Ost<sup>7)</sup></b>										
Arbeitslose . . . . .	+ 16,7	+ 0,8	- 9,9	- 9,9	- 10,2	- 10,1p	+ 9,3	+ 8,9	+ 0,8	- 3,5p
dar.: Männer . . . . .	+ 21,5	+ 5,0	- 4,6	- 6,3	- 7,2	- 8,0p	+ 14,9	+ 13,5	+ 2,2	- 5,5p
Jugendliche unter 20 Jahren . . . . .	+ 29,3	+ 3,3	- 0,2	- 1,5	- 4,0	- 10,7p	- 0,8	- 1,9	- 1,0	- 14,5p
Ausländer/-innen . . . . .	+ 84,1	+ 12,7	+ 12,4	+ 12,7	+ 11,0	+ 11,0p	+ 4,7	+ 4,4	+ 0,4	- 0,8p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup> . . . . .	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Offene Stellen . . . . .	- 2,2	+ 42,9	- 3,0	+ 12,8	+ 15,4	+ 4,2p	- 13,1	+ 14,4	+ 24,1	+ 10,3p
Kurzarbeiter/-innen . . . . .	- 30,2	- 31,4	- 22,2	- 23,1	- 19,3	- 20,0p	+ 1,9	+ 18,2	+ 25,7	+ 9,8p
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Insolvenzen</b> . . . . .	+ 6,1	..	+ 14,8	..	..	..	+ 25,2	..	..	..
Unternehmen . . . . .	+ 7,6	..	+ 13,7	..	..	..	+ 27,5	..	..	..
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	- 1,2	..	+ 5,8	..	..	..	+ 38,8	..	..	..
Baugewerbe . . . . .	+ 10,6	..	+ 4,9	..	..	..	+ 21,0	..	..	..
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern . . . . .	+ 2,4	..	+ 27,0	..	..	..	+ 29,7	..	..	..
Gastgewerbe . . . . .	+ 13,8	..	+ 29,2	..	..	..	+ 16,4	..	..	..
Sonstige Wirtschaftszweige . . . . .	+ 12,1	..	+ 13,3	..	..	..	+ 30,2	..	..	..
Übrige Gemeinschaftsdner <sup>8)</sup> . . . . .	- 0,3	..	+ 19,8	..	..	..	+ 16,0	..	..	..
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Insolvenzen</b> . . . . .	+ 4,9	..	+ 16,0	..	..	..	+ 31,3	..	..	..
dar.: Unternehmen . . . . .	+ 6,8	..	+ 14,2	..	..	..	+ 35,4	..	..	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Insolvenzen</b> . . . . .	+ 9,4	..	+ 11,1	..	..	..	+ 9,9	..	..	..
dar.: Unternehmen . . . . .	+ 9,5	..	+ 12,3	..	..	..	+ 10,6	..	..	..
	1997	1998	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
<b>Deutschland</b>										
<b>Gewerbeanzeigen</b>										
Gewerbebeanmeldungen . . . . .	+ 2,9	+ 1,1	- 0,5	- 2,8	+ 2,0	+ 3,1	+ 11,0	- 1,6	- 2,3	+ 3,8
dar.: echte Neuerichtungen <sup>9)</sup> . . . . .	- 3,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,5	+ 5,3	+ 6,7	+ 10,5	- 1,3	- 1,6	- 2,4
Gewerbeabmeldungen . . . . .	+ 5,2	+ 2,1	+ 1,8	- 1,5	+ 5,9	+ 13,8	+ 10,6	+ 0,2	+ 4,6	+ 36,1
dar.: Stilllegung eines echten Betriebes <sup>9)</sup> . . . . .	+ 6,3	+ 7,3	+ 10,4	+ 7,8	+ 12,7	+ 25,4	+ 9,5	+ 1,4	+ 3,9	+ 33,4
Gewerbeummeldungen . . . . .	+ 4,9	+ 3,6	+ 5,2	+ 0,6	+ 7,2	- 0,3	+ 13,4	- 0,1	+ 4,4	- 6,0

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 228\* ff dargestellt - 2) Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, im früheren Bundesgebiet bzw. in den neuen Ländern oder Berlin-Ost (Inlandskonzept) - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986 - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte/Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar. - 8) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse - 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkszunft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber) . . . . .	1 000	15 760	15 227	..	.	.	.	.	14 942	.
Schweine . . . . .	1 000	24 283	24 795	...	.	.	.	.	26 299	.
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder . . . . .	1 000	4 283	4 274	...	315	308	354	367	357	346
Kälber . . . . .	1 000	494	479	...	38	35	38	42	41	41
Schweine . . . . .	1 000	38 650	37 724	...	3 321	3 303	3 503	3 683	3 805	3 418
Schlachtmenge . . . . .	1 000 t	4 992	4 893	..	412	408	442	465	473	433
dar.: Rinder . . . . .	1 000 t	1 363	1 336	...	101	98	112	116	113	111
Kälber . . . . .	1 000 t	61	57	...	5	4	5	5	5	5
Schweine . . . . .	1 000 t	3 547	3 481	...	305	304	323	342	353	315
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup> . . . . .	1 000	574 128	590 675	..	52 756	50 663	50 245	47 017	43 841	49 882
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup> . . . . .	t	597 487	643 360	..	58 853	55 701	59 755	59 456	57 498	55 603
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber) . . . . .	1 000	12 879 <sup>6)</sup>	12 437 <sup>6)</sup>	.	.	.	.	.	12 229 <sup>6)</sup>	.
Schweine . . . . .	1 000	21 061	21 470	...	.	.	.	.	22 717	.
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder . . . . .	1 000	3 931	3 883	..	283	278	322	331	322	313
Kälber . . . . .	1 000	485	464	...	37	33	37	41	40	39
Schweine . . . . .	1 000	33 089	32 247	...	2 867	2 839	3 010	3 177	3 274	2 949
Schlachtmenge . . . . .	1 000 t	4 388	4 284	..	362	357	388	408	414	381
dar.: Rinder . . . . .	1 000 t	1 260	1 224	...	92	89	103	105	103	102
Kälber . . . . .	1 000 t	61	55	...	4	4	5	5	5	5
Schweine . . . . .	1 000 t	3 048	2 987	...	264	263	279	296	305	273
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup> . . . . .	1 000	401 818	405 569	..	35 485	34 729	33 691	31 010	30 705	32 344
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup> . . . . .	t	416 129	448 834	...	40 851	37 630	40 806	40 396	38 843	38 690
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kalber) . . . . .	1 000	2 880 <sup>6)</sup>	2 789 <sup>6)</sup>	...	.	.	.	.	2 712 <sup>6)</sup>	.
Schweine . . . . .	1 000	3 222	3 325	...	.	.	.	.	3 582	.
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder . . . . .	1 000	352	390	..	32	30	32	36	34	32
Kälber . . . . .	1 000	10	15	...	1	1	1	1	2	1
Schweine . . . . .	1 000	5 561	5 476	...	455	463	493	506	531	468
Schlachtmenge . . . . .	1 000 t	604	609	...	50	50	54	57	59	52
dar.: Rinder . . . . .	1 000 t	103	112	...	9	9	9	10	10	9
Kälber . . . . .	1 000 t	1	1	...	0	0	0	0	0	0
Schweine . . . . .	1 000 t	499	494	..	41	42	45	46	48	42
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup> . . . . .	1 000	172 310	185 106	...	17 271	15 934	16 554	16 007	13 136	17 538
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup> . . . . .	t	181 358	194 525	..	18 001	18 071	18 948	19 059	18 655	16 914
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Produktionsindex für das Prod. Gewerbe <sup>4)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe <sup>5)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,5	102,2	106,1	108,7	96,3	113,1	113,3	111,9	100,7
Energieversorgung <sup>5)</sup> . . . . .	1995 = 100	105,9	105,2	105,4	95,9	95,4	98,4	108,1	116,4	118,6
<b>Deutschland</b>										
Elektrizitätserzeugung . . . . .	Mill. kWh	549 990	547 097	...	42 372	42 199	43 388	47 185	49 654	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität . . . . .	Mill. kWh	499 798	500 507	...	39 341	38 362	40 291	43 772	45 913	...
Gas erzeugung . . . . .	Mill. kWh	371 701	373 719	...	28 751	27 166	26 867	30 788	33 846	...
Inlandsversorgung mit Gas . . . . .	Mill. kWh	1 037 814	979 116	..	47 370	50 711	66 861	85 472	111 525	..

1) 1995 bis 1997. Viehzählung im Dezember. - 2) In Brütereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr. - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat. - 4) Arbeitsfähigkeit bereinigter Wert - 5) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet - 6) Ohne Berlin

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Sept 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez 98	Sept 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Aug 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Viehbestand<sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kalber)	- 3,4	..	..	..	- 1,9	..	..	..	..	..
Schweine	+ 2,1	..	..	..	+ 6,1	..	..	..	..	..
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder	- 0,2	..	- 7,5	- 12,6	- 4,3	+ 4,7	+ 15,2	+ 3,4	- 2,8	- 3,0
Kälber	- 3,1	..	- 3,3	+ 3,3	+ 11,4	- 12,7	+ 11,2	+ 9,0	- 1,9	- 1,7
Schweine	- 2,4	..	+ 7,6	+ 10,6	+ 16,7	+ 7,5	+ 6,1	+ 5,1	+ 3,3	- 10,2
Schlachtmenge	- 2,0	..	+ 4,4	+ 4,5	+ 11,8	+ 7,8	+ 8,5	+ 5,1	+ 1,8	- 8,4
dar.: Rinder	- 2,0	..	- 4,8	- 10,4	- 1,6	+ 7,6	+ 15,3	+ 2,7	- 2,3	- 1,5
Kälber	- 7,9	..	+ 0,6	+ 8,8	+ 14,6	- 9,7	+ 10,9	+ 10,0	- 3,7	- 4,0
Schweine	- 1,9	..	+ 8,1	+ 10,7	+ 16,9	+ 8,2	+ 6,2	+ 5,8	+ 3,3	- 10,8
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup>	+ 2,9	..	- 5,9	- 3,2	+ 4,4	+ 0,2	- 0,8	- 6,4	- 6,8	+ 13,8
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup>	+ 7,7	..	+ 4,5	+ 5,9	+ 8,8	+ 3,5	+ 7,3	- 0,5	- 3,3	- 3,3
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Viehbestand<sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,4 <sup>6)</sup>	..	..	..	- 1,7 <sup>6)</sup>	..	..	..	..	..
Schweine	+ 1,9	..	..	..	+ 5,8	..	..	..	..	..
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder	- 1,2	..	- 7,6	- 13,3	- 4,9	+ 4,1	+ 16,0	+ 2,7	- 2,5	- 2,8
Kälber	- 4,2	..	- 3,4	+ 3,3	+ 10,9	- 12,9	+ 10,7	+ 9,5	- 2,1	- 1,4
Schweine	- 2,5	..	+ 8,2	+ 10,9	+ 18,2	+ 8,0	+ 6,0	+ 5,6	+ 3,0	- 9,9
Schlachtmenge	- 2,4	..	+ 4,6	+ 4,3	+ 12,4	+ 7,9	+ 8,5	+ 5,2	+ 1,6	- 8,0
dar.: Rinder	- 2,9	..	- 4,8	- 11,0	- 2,2	+ 7,1	+ 15,9	+ 1,9	- 2,1	- 1,1
Kälber	- 8,7	..	+ 0,7	+ 8,8	+ 14,9	- 9,9	+ 10,5	+ 10,4	- 3,9	- 4,2
Schweine	- 2,0	..	+ 8,6	+ 11,0	+ 18,3	+ 8,6	+ 6,0	+ 6,3	+ 3,0	- 10,5
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup>	+ 0,9	..	- 8,6	- 4,8	+ 4,7	- 1,2	- 3,0	- 8,0	- 1,0	+ 5,3
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup>	+ 7,9	..	+ 3,4	+ 3,3	+ 5,1	+ 1,1	+ 8,4	- 1,0	- 3,8	- 0,4
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Viehbestand<sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber)	- 3,1 <sup>6)</sup>	..	..	..	- 2,8 <sup>6)</sup>	..	..	..	..	..
Schweine	+ 3,2	..	..	..	+ 7,7	..	..	..	..	..
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder	+ 10,9	..	- 6,0	- 5,2	+ 1,9	+ 10,8	+ 7,9	+ 11,2	- 5,3	- 5,1
Kälber	+ 54,3	..	+ 0,9	+ 3,4	+ 24,7	- 9,8	+ 27,7	- 4,3	+ 22,8	- 8,2
Schweine	- 1,5	..	+ 3,9	+ 8,4	+ 8,1	+ 4,5	+ 6,5	+ 2,5	+ 4,9	- 11,7
Schlachtmenge	+ 0,7	..	+ 3,3	+ 6,0	+ 8,0	+ 7,0	+ 7,8	+ 4,6	+ 3,3	- 11,1
dar.: Rinder	+ 8,5	..	- 4,9	- 3,8	+ 4,8	+ 13,7	+ 8,6	+ 11,7	- 4,4	- 5,0
Kälber	+ 49,5	..	- 3,7	+ 10,0	+ 3,6	- 3,9	+ 38,2	- 6,4	+ 9,1	+ 1,0
Schweine	- 1,0	..	+ 5,1	+ 8,5	+ 8,6	+ 5,7	+ 7,5	+ 3,1	+ 5,0	- 12,4
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup>	+ 7,4	..	+ 0,1	+ 0,0	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,9	- 3,3	- 17,9	+ 33,5
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup>	+ 7,3	..	+ 7,0	+ 11,7	+ 17,3	+ 9,4	+ 4,9	+ 0,6	- 2,1	- 9,3
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Produktionsindex für das Prod. Gew.<sup>4)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe <sup>5)</sup>	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,0	- 0,2	+ 17,4	+ 0,2	- 1,2	- 10,0
Energieversorgung <sup>5)</sup>	- 0,7	+ 0,2	+ 4,1	- 1,1	- 0,2	+ 0,3	+ 3,1	+ 9,9	+ 7,7	+ 1,9
<b>Deutschland</b>										
Elektrizitätserzeugung	+ 3,3	..	+ 3,5	- 0,8	+ 0,6	..	+ 2,8	+ 8,8	+ 5,2	..
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 1,3	..	+ 3,5	+ 0,5	+ 2,7	..	+ 5,0	+ 8,6	+ 4,9	..
Gaserzeugung	+ 0,5	..	- 5,5	- 4,5	+ 1,0	..	- 1,1	+ 14,6	+ 9,9	..
Inlandsversorgung mit Gas	- 5,7	..	+ 40,2	- 3,7	+ 5,0	..	+ 31,8	+ 27,8	+ 30,5	..

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind 2 000 Tieren im Monat. - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 5) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet. - 6) Ab Dezember 1996 ohne Berlin.

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	6 520	6 311	6 403	6 472	6 448	6 436	6 402	6 376	6 365
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	1 000	2 352	2 290	2 319	2 339	2 333	2 333	2 329	2 324	2 323
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	4 168	4 021	4 084	4 133	4 114	4 103	4 073	4 052	4 042
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1 000	167	148	138	138	136	136	134	131	130
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 000	6 353	6 163	6 265	6 335	6 312	6 300	6 268	6 245	6 235
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1 000	2 970	2 874	2 866	2 897	2 885	2 880	2 862	2 826	2 824
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1 000	2 165	2 102	2 146	2 174	2 165	2 163	2 156	2 173	2 165
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	327	308	305	306	306	305	302	298	299
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	1 059	1 027	1 086	1 095	1 092	1 088	1 082	1 079	1 077
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill. Std	6 483	6 283	6 444	557	570	563	495	505	509
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	215 263	210 694	217 168	17 582	18 386	22 831	18 611	16 724	16 329
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	196 067	193 952	199 056	15 665	15 772	21 335	18 021	15 810	16 038
Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t	42 781	40 780	35 897	8 363 a)	-	-	8 613 b)	-	-
Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	10 388	10 028	9 945	2 209 a)	-	-	2 970 b)	-	-
Gasverbrauch . . . . .	Mill. kWh	326 728	331 331	327 994	70 386 a)	-	-	87 228 b)	-	-
Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	209 236	215 128	218 227	18 363	19 029	18 573	17 096	17 606	17 153
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	5 932	5 748	5 816	5 873	5 848	5 838	5 808	5 788	5 777
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	1 000	2 167	2 115	2 141	2 160	2 154	2 154	2 150	2 146	2 145
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	3 765	3 633	3 675	3 713	3 694	3 684	3 658	3 642	3 632
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1 000	138	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 000	5 794	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1 000	2 715	2 624	2 609	2 634	2 622	2 617	2 602	2 569	2 567
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1 000	1 977	1 929	1 966	1 989	1 981	1 980	1 973	1 991	1 983
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	302	285	281	282	281	280	277	275	275
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	938	911	960	967	964	961	955	954	952
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill. Std	5 812	5 636	5 753	496	508	503	442	450	454
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	200 129	195 726	201 249	16 248	17 011	21 232	17 178	15 469	15 096
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	185 254	183 384	188 075	14 773	14 844	20 224	17 000	14 944	15 148
Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t	32 987	32 713	30 606	7 395 a)	-	-	7 621 b)	-	-
Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	9 391	9 087	8 621	1 834 a)	-	-	2 454 b)	-	-
Gasverbrauch . . . . .	Mill. kWh	282 898	288 243	282 415	59 601 a)	-	-	74 884 b)	-	-
Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	187 738	192 806	194 947	16 314	16 948	16 532	15 180	15 649	15 267
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	588	563	587	599	600	598	594	587	588
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	1 000	185	175	178	179	180	179	179	177	178
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	403	388	409	420	420	419	415	410	410
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1 000	29	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 000	559	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1 000	255	251	257	263	263	262	260	257	258
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1 000	187	173	180	185	185	184	182	182	182
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	25	24	24	24	25	25	25	24	24
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	121	115	126	127	128	127	127	124	124
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill. Std	671	648	690	61	62	60	53	56	55
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	15 134	14 969	15 919	1 334	1 376	1 599	1 432	1 254	1 233
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	10 813	10 569	10 981	891	927	1 111	1 020	866	890
Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t	9 795	8 067	5 291	993 a)	-	-	993 b)	-	-
Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	997	941	1 324	376 a)	-	-	516 b)	-	-
Gasverbrauch . . . . .	Mill. kWh	43 830	43 087	45 579	10 785 a)	-	-	12 334 b)	-	-
Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	21 498	22 322	23 281	2 048	2 081	2 041	1 916	1 957	1 886

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einsch. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einsch. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 3) Einsch. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in der übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einsch. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen.

a) Verbrauch im 3. Vj 1998 - b) Verbrauch im 4. Vj 1998.



# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov. 98	Dez 98	Jan 99	Febr 99	Nov. 98	Dez 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe <sup>1) 2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte . . . . .	- 3,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	- 2,6	- 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	± 0,0	- 0,2	- 0,2	± 0,0
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	- 3,5	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	± 0,0	- 0,3	- 0,7	- 0,5	- 0,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 11,3	- 6,8	- 6,6	- 6,8	- 6,4	- 6,5	- 0,3	- 1,0	- 2,7	- 0,6
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	- 3,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,2
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	- 3,2	- 0,9	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,6	- 1,3	- 0,1
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	- 2,9	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,9	- 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 5,6	- 1,8	- 1,1	- 1,4	- 2,0	- 2,0	- 0,3	- 0,9	- 1,1	+ 0,3
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 3,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,6	- 0,2	- 0,2
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	- 3,1	+ 0,7	+ 2,1	+ 0,4	- 2,7	- 2,7	- 1,2	- 12,1	+ 2,7	+ 0,8
Bruttolohn- und -gehaltssumme . . . . .	- 1,6	+ 1,9	+ 2,0	+ 5,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 29,3	- 17,1	- 11,0	- 0,5
Kohleverbrauch . . . . .	- 4,7	- 12,0	-	- 18,3 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 3,0 <sup>b)</sup>	-	-
Heizölverbrauch . . . . .	- 3,5	- 4,0	-	+ 3,2 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 34,4 <sup>b)</sup>	-	-
Gasverbrauch . . . . .	+ 1,4	- 1,1	-	- 1,9 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 17,3 <sup>b)</sup>	-	-
Stromverbrauch . . . . .	+ 2,8	+ 1,2	+ 0,4	- 1,5	- 2,9	- 2,1	- 2,4	- 8,0	+ 3,2	- 2,6
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte . . . . .	- 3,1	- 0,3	± 0,0	± 0,0	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,2
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	- 2,4	- 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,8	± 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	- 3,5	- 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,7	- 0,4	- 0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	- 3,4	- 1,1	- 0,8	- 0,9	- 0,6	- 0,7	- 0,2	- 0,6	- 1,3	- 0,1
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	- 2,5	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,4	+ 1,8	± 0,0	- 0,3	+ 0,9	- 0,4
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 5,7	- 2,1	- 1,5	- 1,7	- 2,1	- 2,1	- 0,4	- 0,9	- 1,0	+ 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 2,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,6	± 0,0	- 0,2
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	- 3,0	+ 0,4	+ 1,7	+ 0,1	- 3,0	- 3,1	- 1,0	- 12,1	+ 2,4	+ 1,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme . . . . .	- 1,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 4,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 30,1	- 17,6	- 10,8	- 0,6
Kohleverbrauch . . . . .	- 0,8	- 6,4	-	- 10,5 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 3,1 <sup>b)</sup>	-	-
Heizölverbrauch . . . . .	- 3,2	- 8,3	-	- 4,4 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 33,8 <sup>b)</sup>	-	-
Gasverbrauch . . . . .	+ 1,9	- 2,1	-	- 3,4 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 17,8 <sup>b)</sup>	-	-
Stromverbrauch . . . . .	+ 2,7	+ 0,9	+ 0,2	- 2,3	- 3,7	- 2,7	- 2,5	- 8,2	+ 3,4	- 2,4
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte . . . . .	- 4,2	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	- 0,3	- 0,7	- 1,1	+ 0,1
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	- 5,5	- 1,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,7	- 0,2	± 0,0	- 1,2	+ 0,3
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	- 3,7	+ 2,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,9	- 0,3	- 1,0	- 1,1	± 0,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	- 1,7	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,0	- 0,2	- 0,9	- 1,2	+ 0,3
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	- 7,5	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,0	+ 2,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	- 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 4,7	+ 2,0	+ 3,3	+ 2,3	- 1,1	- 0,9	+ 0,8	- 0,7	- 3,1	+ 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 4,3	- 0,7	- 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	- 2,0	- 0,1
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	- 3,5	+ 2,9	+ 5,5	+ 3,4	- 0,1	+ 0,6	- 2,7	- 12,2	+ 5,2	- 1,2
Bruttolohn- und -gehaltssumme . . . . .	- 1,6	+ 3,3	+ 6,9	+ 8,3	+ 2,6	+ 5,2	+ 17,7	- 9,5	- 13,5	+ 0,1
Kohleverbrauch . . . . .	- 17,6	- 34,4	-	- 51,2 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 2,5 <sup>b)</sup>	-	-
Heizölverbrauch . . . . .	- 5,6	+ 38,9	-	+ 65,7 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 37,4 <sup>b)</sup>	-	-
Gasverbrauch . . . . .	- 1,7	+ 5,6	-	+ 8,0 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 14,5 <sup>b)</sup>	-	-
Stromverbrauch . . . . .	+ 3,8	+ 4,0	+ 1,8	+ 5,5	+ 3,9	+ 3,3	- 1,9	- 6,1	+ 2,0	- 3,6

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1997, endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden. - 3) Einschl. mitheilender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen. - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) 4. Vj 1998 gegenüber 4. Vj 1997 - b) 4. Vj 1998 gegenüber 3. Vj 1998

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	1995 = 100	99,7	106,7	111,2	118,7	112,4	109,0	103,2	100,8	105,8
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	98,0	106,8	108,8	112,6	109,6	107,1	97,4	100,2	100,8
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	101,3	108,4	116,3	127,3	116,6	112,7	114,9	101,6	109,5
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,2	106,2	113,5	119,8	122,3	121,6	105,8	108,9	113,7
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	98,2	98,3	97,8	115,0	94,8	84,7	80,3	88,3	109,0
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe 1)7)</b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	99,8	102,5	106,3	113,7	113,8	112,4	100,5	96,2	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1995 = 100	94,3	91,1	84,8	90,4	94,7	91,3	76,9	81,2	...
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	100,4	104,5	109,9	117,1	116,8	115,8	105,4	99,8	...
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	99,5	105,1	110,0	116,2	117,1	113,7	96,0	102,5	...
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	101,0	105,2	113,2	122,1	117,9	120,5	126,3	93,8	...
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	101,1	101,9	108,2	121,0	124,1	121,1	95,0	99,6	..
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	100,6	100,9	100,6	104,3	106,8	106,6	96,2	99,5	...
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>										
Steinkohle (Förderung) . . . . .	1 000 t	48 194	46 792	..	3 622	3 944	3 933	..	...	..
Braunkohle, roh (Förderung) . . . . .	1 000 t	187 180	178 203	..	13 669	14 152	14 344	..	...	...
Erdöl, roh . . . . .	1 000 t	2 849	2 821	...	237	220	240	..	...	...
Zement (ohne Zementklinker) . . . . .	1 000 t	35 872	36 125	..	3 732	3 663	2 940	...	...	..
Roheisen für die Stahlerzeugung . . . . .	1 000 t	27 347	30 466	..	2 298	2 327	2 298	...	..	..
Stahlrohblöcke und -brammen . . . . .	1 000 t	..	..	..	..	..	..	...	..	..
Flussigstahl unlegiert . . . . .	1 000 t	31 921	35 633	..	2 690	2 670	2 690	...	...	..
Synthetische Filamente und Spinnfasern . . . . .	1 000 t	393	424	..	34	33	33	...	...	..
Motorenbenzin . . . . .	1 000 t	24 854	24 393	..	2 101	2 253	2 017	...	...	...
Heizöl . . . . .	1 000 t	38 222	35 291	...	3 006	3 044	2 842	..	..	...
Schnittholz . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	14 267	14 850	...	1 409	1 440	1 256	...	...	...
<b>Personenkraftwagen</b>										
<b>mit Fremdzündung</b>										
von 1 500 cm <sup>3</sup> oder weniger . . . . .	1 000 St	746	730	..	86	91	91	...	..	..
von mehr als 1 500 cm <sup>3</sup> . . . . .	1 000 St.	2 915	2 977	...	297	325	316	..	..	..
<b>mit Selbstzündung</b>										
Fernsehempfangsgeräte 2) . . . . .	1 000 St.	6 875	..	...	185	190	178	..	...	..
Digitale Datenverarbeitungsgeräte . . . . .	1 000 St.	1 659	1 872	..	279	389	348	..	...	...
Digitale Verarbeitungseinheiten . . . . .	1 000 St	1 241	1 744	...	242	268	261	...	..	...
Ein- oder Ausgabeneinheiten . . . . .	1 000 St.	4 108	4 482	..	314	367	376	..	...	..
Andere Geräte für die Datenverarbeitung . . . . .	1 000 St	69	65	...	..	..	..	..	..	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten . . . . .	1 000 DM	2 516 259	2 614 531	...	267 349	300 863	319 892	..	..	...
Baumwollgarn . . . . .	t	126 537	135 066	...	12 229	12 051	11 352	..	..	...
Würste u.a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch . . . . .	t	1 917 337	1 895 471	..	167 999	170 641	166 972	..	..	..
Zigaretten . . . . .	Mill. St.	192 462	181 644	..	16 655	16 405	16 978	..	..	..
<b>Gesamtumsatz 3) 4) 5)</b> . . . . .	Mrd. DM	2 079,3	2 186,2	2 270,1	203,0	200,5	196,7	192,6	163,0	172,4
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen</b>										
<b>und Erden</b>										
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	Mrd. DM	2 050,0	2 160,6	2 246,9	201,0	198,4	194,8	190,8	161,3	170,8
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	943 476	985 536	972 558	86 910	85 037	81 809	72 606	70 007	71 903
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	649 500	705 478	781 888	70 494	70 543	70 993	76 955	53 201	60 088
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	87 933	87 158	90 247	8 634	8 320	8 326	7 451	6 582	7 097
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	398 388	408 032	425 390	36 947	36 572	35 620	35 623	33 243	33 322
dar · Auslandsumsatz 6) . . . . .	Mill. DM	617 255	696 767	751 903	67 523	65 655	65 121	64 044	53 931	59 236

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4 1 1 Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, die vergrößert - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 7) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov 98	Dez. 98	Jan 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe</b>										
.....	+ 7,0	+ 4,2	+ 0,9	- 0,4	- 7,7	- 4,5	- 3,0	- 5,3	- 2,3	+ 5,0
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 1,9	- 3,1	- 3,3	- 8,6	- 7,4	- 2,3	- 9,1	+ 2,9	+ 0,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 7,3	+ 3,4	+ 1,0	- 9,3	- 3,1	- 3,3	+ 2,0	- 11,6	+ 7,8
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,9	+ 6,9	+ 12,7	+ 10,0	+ 0,2	+ 2,5	- 0,6	- 13,0	+ 2,9	+ 4,4
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,5	- 1,5	- 4,3	- 4,2	- 4,0	- 10,7	- 5,2	+ 10,0	+ 23,4
<b>Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe <sup>1) 7)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,7	+ 1,0	- 0,5	+ 0,7	...	- 1,2	- 10,6	- 4,3	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,4	- 6,9	- 5,2	- 9,2	- 0,1	...	- 3,6	- 15,8	+ 5,6	...
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,1	+ 5,2	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,6	...	- 0,9	- 9,0	- 5,3	...
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,6	+ 4,7	+ 0,8	- 2,6	- 0,7	...	- 2,9	- 15,6	+ 6,8	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 7,6	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,0	...	+ 2,2	+ 4,8	- 25,7	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 6,2	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,5	...	- 2,4	- 21,6	+ 4,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	- 0,3	- 1,0	- 1,2	+ 0,8	...	- 0,2	- 9,8	+ 3,4	...
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>										
Steinkohle (Förderung)	- 2,9	...	+ 1,1	...	...	...	- 0,3	...	...	...
Braunkohle, roh (Förderung)	- 4,8	...	- 6,6	...	...	...	+ 1,4	...	...	...
Erdöl, roh	- 1,0	...	+ 0,8	...	...	...	+ 9,1	...	...	...
Zement (ohne Zementklinker)	+ 0,7	...	- 9,8	...	...	...	- 19,7	...	...	...
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 11,4	...	- 11,6	...	...	...	- 1,2	...	...	...
Stahlrohblöcke und -brammen	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Flüssigstahl unlegiert	+ 11,6	...	- 12,3	...	...	...	+ 0,8	...	...	...
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 8,1	...	- 1,0	...	...	...	- 3,3	...	...	...
Motorenbenzin	- 1,9	...	+ 3,9	...	...	...	- 10,5	...	...	...
Heizöl	- 7,7	...	+ 2,4	...	...	...	- 6,6	...	...	...
Schnittholz	+ 4,1	...	- 2,7	...	...	...	- 12,8	...	...	...
Personenkraftwagen mit Fremdzündung										
von 1 500 cm <sup>3</sup> oder weniger	- 2,1	...	+ 40,0	...	...	...	± 0,0	...	...	...
von mehr als 1 500 cm <sup>3</sup>	+ 2,1	...	+ 15,8	...	...	...	- 2,7	...	...	...
mit Selbstzündung	- 3,4	...	+ 9,5	...	...	...	- 6,6	...	...	...
Fernsehempfangsgeräte <sup>2)</sup>	...	...	...	...	...	...	- 6,3	...	...	...
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 12,8	...	+ 42,6	...	...	...	- 10,5	...	...	...
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 40,5	...	+ 43,4	...	...	...	- 2,6	...	...	...
Ein- oder Ausgabereinheiten	+ 9,0	...	- 9,6	...	...	...	+ 2,5	...	...	...
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	- 5,8	...	...	...	...	...	...	...	...	...
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	+ 3,9	...	+ 14,3	...	...	...	+ 6,3	...	...	...
Baumwollgarn	+ 6,7	...	- 5,7	...	...	...	- 5,8	...	...	...
Würste u.a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	- 1,1	...	+ 11,5	...	...	...	- 2,2	...	...	...
Zigaretten	- 5,6	...	+ 9,4	...	...	...	+ 3,5	...	...	...
<b>Gesamtumsatz <sup>3) 4) 5)</sup></b>	+ 5,1	+ 3,2	+ 1,2	+ 1,1	- 2,9	- 1,2	- 1,9	- 2,1	- 15,4	+ 5,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 12,7	- 9,3	- 17,8	- 17,4	- 8,8	- 8,7	- 5,3	- 5,9	- 1,9	- 9,5
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,4	+ 3,3	+ 1,4	+ 1,3	- 2,8	- 1,1	- 1,8	- 2,1	- 15,5	+ 5,9
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,5	- 1,6	- 4,5	- 7,4	- 9,2	- 6,7	- 3,8	- 11,3	- 3,3	+ 2,7
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,6	+ 9,9	+ 7,0	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,7	+ 0,6	+ 8,4	- 31,0	+ 13,0
Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,9	+ 3,1	+ 2,6	+ 7,0	- 3,5	- 2,1	+ 0,1	- 10,5	- 11,0	+ 7,8
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,8	+ 3,2	- 3,2	- 1,5	- 2,6	± 0,0	- 7,0	+ 0,2
dar.: Auslandsumsatz <sup>6)</sup>	+ 12,9	+ 7,8	+ 2,7	+ 3,6	- 1,0	+ 0,5	- 0,8	- 1,7	- 15,8	+ 9,8

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitore und Videoprojektoren - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden - 4) Ohne Umsatzsteuer. - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 7) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	1995 = 100	99,9	106,7	110,4	118,1	110,6	108,0	102,0	99,7	105,3
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	97,7	106,0	107,4	110,5	108,0	105,6	96,2	98,7	99,3
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	102,5	109,7	116,6	129,1	114,6	112,8	113,9	101,3	110,6
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,1	105,9	112,2	118,0	120,2	119,7	104,2	107,2	112,6
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	97,9	97,8	97,2	114,8	94,0	83,5	79,2	87,9	108,7
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe 1) 6)</b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	99,5	102,2	106,1	113,1	113,3	111,9	100,7	96,2	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1995 = 100	94,9	92,3	86,6	91,7	96,5	93,0	78,8	83,7	...
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	100,0	103,9	108,9	115,8	115,6	114,5	104,4	98,9	...
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	99,3	104,7	109,0	114,9	115,9	112,4	95,1	101,8	...
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	100,8	104,9	112,9	121,4	117,4	120,1	126,5	93,2	...
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	100,8	101,3	107,2	119,9	123,1	119,7	93,5	98,0	...
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	99,7	99,4	99,0	102,7	105,0	104,9	94,1	98,9	...
<b>Gesamtumsatz 2) 3) 4)</b> . . . . .	Mrd. DM	1 947,6	2 044,0	2 113,1	188,6	186,4	182,9	179,3	151,8	160,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	Mill. DM	23 096	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	Mrd. DM	1 924,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	881 481	919 796	901 226	80 308	78 490	75 611	67 333	64 898	66 725
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	616 846	669 086	738 309	66 334	66 594	66 934	72 432	50 156	56 945
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	83 335	82 291	84 876	8 120	7 808	7 815	7 018	6 147	6 651
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	365 904	372 836	388 666	33 830	33 462	32 589	32 481	30 595	30 599
dar.: Auslandsumsatz 5) . . . . .	Mill. DM	601 197	675 746	724 604	65 032	63 170	62 535	61 351	51 814	57 025
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	1995 = 100	95,5	106,8	124,3	129,1	142,2	126,0	124,0	118,9	113,3
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,1	119,5	133,1	148,7	137,9	134,1	118,3	126,5	126,8
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	84,2	91,2	112,3	102,0	144,7	111,1	128,2	107,0	93,2
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	105,6	113,4	145,1	165,2	174,7	167,8	146,3	152,8	141,3
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	104,5	110,4	113,7	123,1	112,7	114,1	108,4	98,6	116,6
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe 1) 6)</b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	102,0	105,6	108,9	121,1	119,0	117,1	98,6	96,1	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1995 = 100	91,0	84,8	75,3	83,2	85,1	82,5	67,0	68,2	...
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	105,9	115,8	127,0	139,8	136,8	136,3	121,1	114,8	...
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	102,4	111,6	124,5	137,1	134,3	132,4	108,2	113,2	...
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,9	110,9	119,9	137,2	130,6	130,9	124,7	104,8	...
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	108,7	121,4	142,3	158,7	155,7	163,5	140,8	149,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	110,5	118,9	120,4	125,5	128,5	127,7	122,8	107,3	...
<b>Gesamtumsatz 2) 3) 4)</b> . . . . .	Mrd. DM	131,7	142,2	157,0	14,4	14,1	13,8	13,4	11,2	11,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	Mill. DM	6 240	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	Mrd. DM	125,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	61 995	65 740	71 332	6 602	6 547	6 198	5 273	5 109	5 178
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	32 654	36 392	43 579	4 160	3 949	4 059	4 524	3 045	3 144
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	4 597	4 867	5 371	514	512	511	433	436	446
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	32 483	35 195	36 724	3 117	3 110	3 031	3 142	2 648	2 724
dar.: Auslandsumsatz 5) . . . . .	Mill. DM	16 058	21 021	27 300	2 491	2 486	2 587	2 693	2 117	2 211

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse. - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren. - 6) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet.

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b>										
Verarbeitende Gewerbe	+ 6,8	+ 3,5	+ 0,4	- 1,4	- 8,8	- 4,6	- 2,4	- 5,6	- 2,3	+ 5,6
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 1,3	- 3,6	- 3,9	- 9,2	- 8,0	- 2,2	- 8,9	+ 2,6	+ 0,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 6,3	+ 2,6	- 0,7	- 11,1	- 2,4	- 1,6	+ 1,0	- 11,1	+ 9,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,7	+ 5,9	+ 11,9	+ 8,7	- 0,7	+ 2,3	- 0,4	- 12,9	+ 2,9	+ 5,0
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,1	- 0,6	- 1,8	- 4,9	- 4,0	- 4,3	- 11,2	- 5,1	+ 11,0	+ 23,7
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe<sup>1) 6)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,8	+ 1,0	- 0,2	+ 0,5	...	- 1,2	- 10,0	- 4,5	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 2,7	- 6,2	- 3,6	- 8,3	+ 0,1	..	- 3,6	- 15,3	+ 6,2	...
Verarbeitendes Gewerbe	+ 3,9	+ 4,8	+ 1,7	+ 0,6	+ 0,4	...	- 1,0	- 8,8	- 5,3	...
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,4	+ 4,1	+ 0,3	- 3,3	- 1,1	...	- 3,0	- 15,4	+ 7,0	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,1	+ 7,6	+ 4,9	+ 5,6	+ 1,7	...	+ 2,3	+ 5,3	- 26,3	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,5	+ 5,8	+ 2,7	+ 3,1	+ 2,8	..	- 2,8	- 21,9	+ 4,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,3	- 0,4	- 0,8	- 1,3	+ 1,4	...	- 0,1	- 10,3	+ 5,1	...
<b>Gesamtumsatz<sup>2) 3) 4)</sup></b>										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,4	- 2,3	- 5,2	- 8,3	- 10,0	- 7,1	- 3,7	- 11,0	- 3,3	+ 2,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,5	+ 9,5	+ 6,4	+ 8,8	+ 6,6	+ 6,6	+ 0,5	+ 8,2	- 30,9	+ 13,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,3	+ 2,7	+ 2,1	+ 6,9	- 4,3	- 2,4	+ 0,1	- 10,2	- 11,8	+ 8,2
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,9	+ 3,1	+ 4,2	+ 3,7	- 2,9	- 1,4	- 2,6	- 0,3	- 6,1	± 0,0
dar.: Auslandsumsatz <sup>5)</sup>	+ 12,4	+ 7,1	+ 1,7	+ 2,7	- 1,6	+ 0,2	- 1,0	- 1,9	- 15,6	+ 10,1
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b>										
Verarbeitende Gewerbe	+ 11,8	+ 16,4	+ 10,3	+ 17,4	+ 10,5	- 4,4	- 11,4	- 1,6	- 4,1	- 4,7
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 15,9	+ 11,4	+ 5,6	+ 7,1	+ 1,0	+ 1,7	- 2,8	- 11,8	+ 6,9	+ 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,3	+ 23,1	+ 14,2	+ 27,2	+ 25,9	- 15,2	- 23,2	+ 15,4	- 16,5	- 12,9
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,4	+ 28,0	+ 28,4	+ 39,7	+ 21,9	+ 6,8	- 3,9	- 12,8	+ 4,4	- 7,5
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 5,6	+ 3,0	+ 1,7	+ 6,2	- 9,8	+ 3,6	+ 1,2	- 5,0	- 9,0	+ 18,3
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe<sup>1) 6)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe	+ 3,5	+ 3,1	+ 0,2	- 2,5	+ 2,8	..	- 1,6	- 15,8	- 2,5	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 6,8	- 11,2	- 13,9	- 14,5	- 1,6	..	- 3,1	- 18,8	+ 1,8	...
Verarbeitendes Gewerbe	+ 9,3	+ 9,7	+ 4,8	+ 1,9	+ 3,9	...	- 0,4	- 11,2	- 5,2	..
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,4	+ 2,9	+ 5,0	..	- 1,4	- 18,3	+ 4,6	...
Investitionsgüterproduzenten	+ 6,7	+ 8,1	+ 5,0	- 2,3	+ 6,2	..	+ 0,2	- 4,7	- 16,0	...
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 11,7	+ 17,2	+ 13,1	+ 10,0	+ 17,7	...	+ 5,0	- 13,9	+ 6,4	...
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 7,6	+ 1,3	- 2,7	- 0,3	- 5,5	..	- 0,6	- 3,8	- 12,6	...
<b>Gesamtumsatz<sup>2) 3) 4)</sup></b>										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 6,0	+ 8,1	+ 6,3	+ 5,2	+ 2,5	- 2,2	- 5,3	- 14,9	- 3,1	+ 1,4
Investitionsgüterproduzenten	+ 11,5	+ 17,4	+ 18,6	+ 12,2	+ 16,7	+ 7,5	+ 2,8	+ 11,4	- 32,8	+ 3,3
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 5,9	+ 9,9	+ 10,1	+ 9,2	+ 8,1	+ 2,8	- 0,2	- 15,2	+ 0,7	+ 2,4
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 8,4	+ 1,8	- 0,4	- 2,0	- 6,8	- 3,5	- 2,6	+ 3,7	- 15,8	+ 2,9
dar.: Auslandsumsatz <sup>5)</sup>	+ 30,9	+ 29,8	+ 34,2	+ 29,1	+ 16,6	+ 7,1	+ 4,1	+ 4,1	- 21,4	+ 4,5

1) Arbeitstaglich bereinigter Wert. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 3) Ohne Umsatzsteuer. - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 6) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet



# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte	- 6,9	- 5,4	- 5,1	- 5,1	- 5,3	- 4,4	- 0,8	- 1,2	- 2,9	- 5,9
dar.: Angestellte	- 3,3	- 3,0	- 2,4	- 2,4	- 2,5	- 2,6	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 1,6
Arbeiter/-innen	- 8,2	- 6,6	- 6,4	- 6,4	- 6,7	- 5,6	- 0,9	- 1,4	- 3,5	- 7,2
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,3	- 5,7	- 7,0	- 5,9	- 10,3	- 1,9	- 2,3	- 10,2	- 30,5	- 4,7
im Hochbau	- 5,7	- 5,6	- 6,3	- 4,7	- 8,3	- 2,6	- 2,1	- 10,1	- 28,7	- 2,9
Wohnungsbau	- 2,6	- 4,3	- 4,9	- 2,6	- 6,6	+ 1,5	- 2,7	- 11,3	- 29,6	- 3,6
Gewerblicher Hochbau	- 10,7	- 8,1	- 8,9	- 7,8	- 9,7	- 8,6	- 0,6	- 7,9	- 25,5	- 1,1
Öffentlicher Hochbau	- 9,5	- 6,9	- 8,6	- 9,0	- 15,0	- 9,6	- 2,1	- 8,1	- 31,4	- 3,4
im Tiefbau	- 4,5	- 5,9	- 8,5	- 8,1	- 14,4	+ 0,0	- 2,6	- 10,4	- 34,3	- 8,7
Straßenbau	- 2,2	- 3,7	- 5,5	- 9,8	- 17,7	+ 4,7	- 2,9	- 15,5	- 40,1	- 13,3
Gewerblicher Tiefbau	- 6,3	- 6,5	- 7,9	- 5,9	- 9,8	- 0,9	- 0,8	- 7,3	- 28,9	- 6,0
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,5	- 7,3	- 11,8	- 8,7	- 16,3	- 2,4	- 4,2	- 8,5	- 34,5	- 7,8
Bruttolohnsumme	- 7,6	- 6,7	- 9,3	- 8,1	- 9,2	- 7,6	- 0,7	+ 12,6	- 17,5	- 16,5
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 2,6	- 2,7	- 6,2	- 0,8	- 2,5	+ 0,5	+ 29,1	- 17,3	- 9,9
Gesamtumsatz	- 43,3	- 4,5	- 5,9	- 3,8	- 8,2	- 5,5	+ 2,9	- 0,2	+ 0,7	- 47,8
dar. Baugewerblicher Umsatz	- 3,2	- 4,5	- 6,0	- 3,8	- 8,2	- 5,3	+ 2,8	- 0,1	+ 0,7	- 47,7
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte	- 6,7	- 3,8	- 3,8	- 3,9	- 3,9	- 3,0	- 0,8	- 1,0	- 2,4	- 5,2
dar.: Angestellte	- 3,2	- 2,0	- 1,3	- 1,4	- 1,7	- 1,5	- 0,3	- 0,3	- 1,0	- 1,2
Arbeiter/-innen	- 7,9	- 4,8	- 5,0	- 5,0	- 5,2	- 4,0	- 0,8	- 1,2	- 3,0	- 6,4
Geleistete Arbeitsstunden	- 4,8	- 3,8	- 7,0	- 5,2	- 9,4	- 1,4	- 2,5	- 10,0	- 30,6	- 5,9
im Hochbau	- 5,4	- 3,1	- 5,7	- 3,6	- 7,3	- 1,8	- 2,1	- 9,7	- 29,4	- 3,6
Wohnungsbau	- 3,5	- 1,3	- 3,4	- 1,0	- 5,8	+ 2,4	- 2,5	- 11,0	- 30,5	- 4,3
Gewerblicher Hochbau	- 8,5	- 5,2	- 8,1	- 7,1	- 8,2	- 8,1	- 0,5	- 7,5	- 25,7	- 2,1
Öffentlicher Hochbau	- 8,3	- 9,4	- 15,1	- 10,3	- 15,2	- 9,3	- 3,5	- 6,5	- 32,4	- 3,4
im Tiefbau	- 3,6	- 5,3	- 9,4	- 8,4	- 13,6	- 0,4	- 3,3	- 10,5	- 33,2	- 10,9
Straßenbau	- 3,0	- 5,5	- 8,7	- 11,3	- 17,1	+ 2,7	- 3,9	- 14,8	- 38,6	- 17,0
Gewerblicher Tiefbau	- 3,6	- 4,3	- 7,0	- 5,0	- 7,3	+ 0,6	- 0,2	- 7,5	- 27,0	- 6,9
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,2	- 6,1	- 12,3	- 9,1	- 16,7	- 3,8	- 5,5	- 9,4	- 34,3	- 10,1
Bruttolohnsumme	- 7,8	- 5,2	- 8,3	- 8,2	- 8,4	- 6,1	- 0,8	+ 17,9	- 21,0	- 16,2
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 1,5	- 1,7	- 6,2	+ 0,6	- 0,8	+ 0,5	+ 34,8	- 20,1	- 9,9
Gesamtumsatz	- 2,1	- 2,5	- 4,8	- 3,2	- 8,0	- 2,6	+ 2,6	- 0,8	+ 2,0	- 45,3
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,0	- 2,5	- 4,9	- 3,2	- 8,0	- 2,3	+ 2,5	- 0,7	+ 2,0	- 45,3
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte	- 7,4	- 8,7	- 7,8	- 7,7	- 8,2	- 7,5	- 0,9	- 1,6	- 3,9	- 7,7
dar.: Angestellte	- 3,8	- 5,4	- 5,2	- 5,0	- 4,9	- 5,6	- 0,6	- 0,7	- 1,0	- 3,0
Arbeiter/-innen	- 8,7	- 10,2	- 9,2	- 9,1	- 9,8	- 8,9	- 1,0	- 1,9	- 4,6	- 8,9
Geleistete Arbeitsstunden	- 6,2	- 9,5	- 7,1	- 7,2	- 12,2	- 2,7	- 1,9	- 10,7	- 30,2	- 2,1
im Hochbau	- 6,2	- 10,6	- 7,5	- 7,1	- 10,4	- 4,2	- 2,2	- 10,9	- 27,1	- 1,3
Wohnungsbau	- 0,7	- 10,4	- 7,9	- 6,2	- 8,4	- 0,3	- 3,2	- 12,0	- 27,6	- 2,0
Gewerblicher Hochbau	- 14,7	- 13,9	- 10,5	- 9,3	- 12,8	- 9,5	- 0,8	- 8,7	- 24,9	+ 1,0
Öffentlicher Hochbau	- 11,5	- 2,6	+ 3,7	- 6,9	- 14,7	- 9,9	+ 0,2	- 10,6	- 29,6	- 3,2
im Tiefbau	- 6,2	- 7,2	- 6,4	- 7,3	- 16,1	+ 0,9	- 1,2	- 10,1	- 36,6	- 3,8
Straßenbau	- 0,3	+ 0,6	+ 1,9	- 6,5	- 19,1	+ 8,8	- 0,8	- 17,0	- 43,4	- 5,0
Gewerblicher Tiefbau	- 10,6	- 10,3	- 9,7	- 7,5	- 14,6	- 3,6	- 1,8	- 7,0	- 32,4	- 4,2
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 5,3	- 10,2	- 10,6	- 7,8	- 15,3	+ 0,6	- 1,0	- 6,4	- 35,0	- 2,3
Bruttolohnsumme	- 7,3	- 10,7	- 11,8	- 7,7	- 11,4	- 11,8	- 0,6	- 2,0	- 5,6	- 17,3
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 6,0	- 5,5	- 6,3	- 5,3	- 7,6	+ 0,4	+ 10,7	- 6,3	- 9,8
Gesamtumsatz	- 6,2	- 9,6	- 8,7	- 5,4	- 8,8	- 14,1	+ 3,6	+ 1,4	- 2,8	- 54,5
dar. Baugewerblicher Umsatz	- 6,1	- 9,6	- 8,7	- 5,3	- 8,7	- 14,1	+ 3,7	+ 1,5	- 2,8	- 54,5
<b>Deutschland</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup>	- 8,5	- 0,2	- 1,7	+ 7,3	- 3,1	+ 3,5	- 17,6	- 11,4	+ 0,9	- 21,1
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup>	- 11,7	- 5,7	.	.	+ 1,5	.	.	.	- 6,1	.
Produktionsindex <sup>3)</sup>	- 4,2	- 3,1	- 4,8	- 5,9	- 10,0	+ 4,4	- 3,1	- 8,6	- 31,1	+ 0,6
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup>	- 5,5	+ 0,8	+ 3,2	+ 6,4	- 2,0	+ 7,0	- 15,6	- 15,7	+ 4,4	- 18,4
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup>	- 9,3	- 5,6	.	.	- 0,4	.	.	.	- 6,4	.
Produktionsindex <sup>3)</sup>	- 3,9	- 1,7	- 4,1	- 5,4	- 9,3	+ 4,8	- 2,9	- 9,2	- 30,9	- 0,2
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup>	- 15,3	- 3,1	- 13,8	+ 9,5	- 5,5	- 5,7	- 23,1	+ 0,8	- 7,1	- 28,4
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup>	- 18,1	- 5,7	.	.	+ 7,6	.	.	.	- 5,8	.
Produktionsindex <sup>3)</sup>	- 4,8	- 7,9	- 6,9	- 7,7	- 12,3	+ 2,4	- 3,9	- 6,4	- 32,1	+ 3,2
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Handwerk <sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

<sup>1)</sup> Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993) – <sup>2)</sup> Wertindex. – <sup>3)</sup> Arbeitstäglich bereinigter Wert – <sup>4)</sup> Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude . . . . .	Anzahl	213 230	221 185	232 367	20 233	19 849	16 546	20 071	...	...
Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	254 121	243 647	234 635	19 999	19 683	17 048	20 562	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	113 677	107 673	102 830	8 713	8 681	7 538	8 923	...	...
Genehmigte Nichtwohngebäude . . . . .	Anzahl	40 037	40 265	43 465	3 798	3 875	3 280	3 274	...	...
Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	219 163	205 237	223 032	18 408	20 076	17 150	20 002	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	58 623	53 389	53 395	4 314	4 927	4 446	4 712	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	576 238	528 096	477 706	40 574	40 009	34 903	46 262	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt) . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	243 754	255 995	234 487	10 657	14 406	13 696	135 173	...	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt) . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	207 075	212 828	207 356	12 670	11 992	10 019	122 038	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	559 488	578 179	500 718	23 501	31 367	28 185	285 702	...	...
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude . . . . .	Anzahl	152 913	162 224	180 409	15 733	15 450	13 101	14 919	...	...
Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	185 849	185 126	191 677	16 295	16 135	14 080	16 198	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	82 598	81 467	83 986	7 131	7 183	6 227	7 073	...	...
Genehmigte Nichtwohngebäude . . . . .	Anzahl	31 589	32 937	36 825	3 226	3 282	2 782	2 527	...	...
Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	151 626	151 265	175 022	15 316	15 115	14 535	15 509	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	38 940	37 524	39 713	3 502	3 413	3 590	3 342	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	390 083	372 728	363 692	30 679	30 738	26 861	33 212	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt) . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	188 884	188 999	185 025	8 139	9 993	9 963	110 128	...	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt) . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	143 563	152 743	158 569	10 433	8 163	6 130	94 761	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	416 122	400 350	372 265	16 714	20 614	19 460	218 496	...	...
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude . . . . .	Anzahl	60 317	58 941	51 958	4 500	4 399	3 445	5 152	...	...
Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	68 273	58 521	42 958	3 704	3 548	2 968	4 364	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	31 079	26 205	18 844	1 581	1 499	1 312	1 850	...	...
Genehmigte Nichtwohngebäude . . . . .	Anzahl	8 448	7 328	6 640	572	592	498	747	...	...
Rauminhalt . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	67 537	53 973	48 010	3 092	4 961	2 615	4 493	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes . . . . .	Mill. DM	19 682	15 865	13 682	812	1 514	855	1 370	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	186 155	155 368	114 014	9 895	9 271	8 042	13 050	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt) . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	54 869	66 996	49 462	2 518	4 413	3 733	25 045	...	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt) . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	63 513	60 085	48 787	2 237	3 829	3 889	27 277	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) . . . . .	Anzahl	143 366	177 829	128 453	6 787	10 753	8 725	67 206	...	...
<b>Binnenhandel<sup>1)</sup>, Gastgewerbe<sup>1)</sup>, Tourismus</b>										
<b>Deutschland</b>										
Großhandel (Umsatzwerte) <sup>2) 3)</sup> . . . . .	1995 = 100	97,9	100,9	101,9	107,3	105,3	102,3	101,5	84,6	87,0
Einzelhandel (Umsatzwerte) <sup>3)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,2	99,0	99,7	97,9	104,2	106,4	125,1	91,0	..
Gastgewerbe (Umsatzwerte) <sup>3)</sup> . . . . .	1995 = 100	97,5	97,1	95,1	103,5	100,5	86,8	94,8	80,8	78,2
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Tourismus</b>										
Ankünfte <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	75 734	77 305	80 289	8 521	8 132	5 930	4 886	4 678	..
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik . . . . .	1 000	13 193	13 833	14 461	1 589	1 352	952	843	797	...
Übernachtungen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	254 818	241 153	245 773	26 662	23 997	14 896	13 798	13 618	...
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik . . . . .	1 000	29 345	30 400	31 654	3 378	2 916	2 020	1 848	1 780	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Tourismus</b>										
Ankünfte <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	14 546	15 319	16 141	1 702	1 556	1 090	1 049	798	..
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik . . . . .	1 000	1 005	1 058	1 133	133	106	73	57	42	..
Übernachtungen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	45 174	46 017	48 771	5 072	4 479	2 884	2 850	2 366	...
dar. Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik . . . . .	1 000	2 906	2 987	2 814	324	260	183	140	110	..

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten



# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998 <sup>1)</sup>	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude	+ 3,7	+ 5,1	+ 1,0	+ 9,1	...	...	- 16,6	+ 21,3	...	...
Rauminhalt	- 4,1	- 3,7	- 3,1	+ 3,0	...	...	- 13,4	+ 20,6	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 5,3	- 4,5	- 3,8	+ 1,6	...	...	- 13,2	+ 18,4	...	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 0,6	+ 7,9	+ 3,6	+ 5,1	...	...	- 15,4	- 0,2	...	...
Rauminhalt	- 6,4	+ 8,7	+ 7,6	+ 11,4	...	...	- 14,6	+ 16,6	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 8,9	± 0,0	+ 9,2	- 1,4	...	...	- 9,8	+ 6,0	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 8,4	- 9,5	- 11,8	+ 2,3	...	...	- 12,8	+ 32,5	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 5,0	- 8,4	+ 11,2	- 12,2	...	...	- 4,9	+ 887,0	...	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,8	- 2,6	+ 25,0	- 7,5	...	...	- 16,5	+ 1 118,1	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 3,3	- 13,4	- 0,7	- 16,5	...	...	- 10,1	+ 913,7	...	...
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude	+ 6,1	+ 11,2	+ 9,9	+ 16,0	...	...	- 15,2	+ 13,9	...	...
Rauminhalt	- 0,4	+ 3,5	+ 5,1	+ 9,2	...	...	- 12,7	+ 15,0	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 1,4	+ 3,1	+ 3,4	+ 8,0	...	...	- 13,3	+ 13,6	...	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 4,3	+ 11,8	+ 9,2	+ 2,6	...	...	- 15,3	- 9,2	...	...
Rauminhalt	- 0,2	+ 15,7	+ 22,3	+ 24,8	...	...	- 3,8	+ 6,7	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 3,6	+ 5,8	+ 21,2	+ 6,1	...	...	+ 5,2	- 6,9	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 4,4	- 2,4	- 3,6	+ 5,3	...	...	- 12,6	+ 23,6	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 0,1	- 2,1	+ 20,4	- 4,9	...	...	- 0,3	+ 1 005,4	...	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 6,4	+ 3,8	+ 28,1	- 2,6	...	...	- 24,9	+ 1 445,9	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 3,8	- 7,0	+ 7,3	- 8,7	...	...	- 5,6	+ 1 022,8	...	...
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude	- 2,3	- 11,8	- 22,7	- 7,1	...	...	- 21,7	+ 49,6	...	...
Rauminhalt	- 14,3	- 26,6	- 29,3	- 14,8	...	...	- 16,3	+ 47,0	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 15,7	- 28,1	- 27,7	- 17,0	...	...	- 12,5	+ 41,1	...	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 13,3	- 9,4	- 19,4	+ 14,6	...	...	- 15,9	+ 50,0	...	...
Rauminhalt	- 20,1	- 11,0	- 35,6	- 18,7	...	...	- 47,3	+ 71,8	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,4	- 13,8	- 22,9	- 16,0	...	...	- 43,5	+ 60,2	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 16,5	- 26,6	- 31,4	- 4,6	...	...	- 13,3	+ 62,3	...	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 22,1	- 26,2	- 7,6	- 34,6	...	...	- 15,4	+ 570,9	...	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 5,4	- 18,8	+ 20,3	- 21,4	...	...	+ 1,6	+ 601,4	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 24,0	- 27,8	- 14,9	- 34,7	...	...	- 18,9	+ 670,3	...	...
<b>Binnenhandel<sup>1)</sup>, Gastgewerbe<sup>1)</sup>, Tourismus</b>										
<b>Deutschland</b>										
Großhandel (Umsatzwerte) <sup>2) 3)</sup>	+ 3,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	- 8,8	- 7,4	- 2,8	- 0,8	- 16,7	+ 2,8
Einzelhandel (Umsatzwerte) <sup>3)</sup>	- 0,8	+ 0,7	+ 3,6	+ 0,8	- 2,5	...	+ 2,1	+ 17,6	- 17,3	...
Gastgewerbe (Umsatzwerte) <sup>3)</sup>	- 0,4	- 2,1	- 2,9	- 1,6	- 1,2	- 4,8	- 13,6	+ 9,2	- 14,8	- 3,4
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Tourismus</b>										
Ankünfte <sup>4)</sup>	+ 2,1	+ 3,9	+ 6,4	+ 5,9	+ 6,9	...	- 27,1	- 17,6	- 4,3	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,2	...	- 29,6	- 11,4	- 5,5	...
Übernachtungen <sup>4)</sup>	- 5,4	+ 1,9	+ 6,3	+ 6,1	+ 8,3	...	- 37,9	- 7,4	- 1,3	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,6	+ 4,1	+ 2,7	+ 6,5	+ 5,4	...	- 30,7	- 8,5	- 3,7	...
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Tourismus</b>										
Ankünfte <sup>4)</sup>	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,2	+ 8,3	+ 5,8	...	- 29,9	- 3,7	- 23,9	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 5,3	+ 7,1	+ 4,2	+ 3,3	+ 1,3	...	- 31,1	- 22,0	- 26,3	...
Übernachtungen <sup>4)</sup>	+ 1,9	+ 6,0	+ 6,0	+ 8,9	+ 9,6	...	- 35,6	- 1,2	- 17,0	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,8	- 5,8	- 4,8	- 5,0	- 3,3	...	- 29,6	- 23,5	- 21,4	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten.

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998						
					Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>Außenhandel 1) 2)</b>											
<b>Deutschland</b>											
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b> . . . . .	Mill. DM	690 399	772 149	821 042 r	71 682 r	61 260 r	65 991 r	71 960 r	67 186 r	69 907	
<b>Warengruppen</b>											
Ernährungswirtschaft . . . . .	Mill. DM	71 405	74 872	72 756	6 665	5 632	5 273	6 193	5 410	6 396	
Gewerbliche Wirtschaft . . . . .	Mill. DM	584 269	647 257	673 222	58 383	50 168	54 947	59 204	55 558	56 989	
Rohstoffe . . . . .	Mill. DM	36 045	38 339	31 790	2 985	2 489	2 673	2 606	2 169	2 280	
Halbwaren . . . . .	Mill. DM	62 845	73 293	66 504	5 569	5 071	4 974	5 403	5 016	5 018	
Fertigwaren . . . . .	Mill. DM	485 378	535 626	574 928	49 829	42 608	47 300	51 195	48 373	49 691	
<b>Ländergruppen (Ursprungsländer)</b>											
EU-Länder . . . . .	Mill. DM	388 558	424 430	440 746	38 606	31 860	33 211	38 060	35 883	37 580	
EFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	41 781	46 324	46 650	4 245	2 954	4 086	4 046	3 800	4 039	
NAFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	55 520	65 466	74 695	6 288	5 711	6 240	6 439	6 100	6 985	
ASEAN-Länder 3) . . . . .	Mill. DM	18 488	22 223	22 944	1 918	1 783	1 962	2 138	1 784	1 846	
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b> . . . . .	Mill. DM	788 937	888 616	949 623 r	85 305 r	69 272 r	76 957 r	83 976 r	82 495 r	75 496	
<b>Warengruppen</b>											
Ernährungswirtschaft . . . . .	Mill. DM	41 841	43 960	43 846	3 821	3 473	3 102	3 939	3 454	3 487	
Gewerbliche Wirtschaft . . . . .	Mill. DM	720 712	821 023	869 207	78 268	63 226	70 850	76 771	75 830	69 131	
Rohstoffe . . . . .	Mill. DM	7 018	7 200	6 682	594	435	459	536	590	510	
Halbwaren . . . . .	Mill. DM	38 822	44 032	41 714	3 612	2 751	3 199	3 283	3 544	2 965	
Fertigwaren . . . . .	Mill. DM	674 872	769 791	820 811	74 062	60 039	67 192	72 953	71 696	65 657	
<b>Ländergruppen (Bestimmungslander)</b>											
EU-Länder . . . . .	Mill. DM	453 715	493 554	535 475	46 788	36 746	42 514	48 198	46 347	41 855	
EFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	45 153	48 368	52 305	4 631	3 888	4 331	4 610	5 141	4 246	
NAFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	68 181	88 727	103 327	9 545	7 481	8 594	9 039	9 081	8 556	
ASEAN-Länder 3) . . . . .	Mill. DM	22 089	23 735	17 385	1 457	1 320	1 474	1 307	1 432	1 311	
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+) . .	Mill. DM	+ 98 538	+116 467	+ 128 581 r	+ 13 623 r	+ 8 012 r	+ 10 966 r	+ 12 016 r	+ 15 309 r	+ 5 589	
<b>Verkehr</b>											
<b>Deutschland</b>											
<b>Güterverkehr</b>											
<b>Beforderungsaufkommen</b>											
Eisenbahnverkehr . . . . .	1 000 t	319 436	321 578	..	26 546	24 450	26 033	25 304	25 917	21 550	
Binnenschifffahrt . . . . .	1 000 t	227 019	233 455	..	20 760	18 234	20 159	20 448	18 801	18 298	
Seeverkehr . . . . .	1 000 t	129 467	136 249	..	18 183	17 422	17 404	18 289	17 598	17 305	
Luftverkehr 4) . . . . .	1 000 t	1 859	2 004	..	162	151	160	176	177	162	
Rohöl-Rohrfernleitungen 5) . . . . .	1 000 t	89 365	87 385	..	7 902	7 945	7 536	8 010	6 988	7 594	
Straßengüterverkehr 6) 7) . . . . .	1 000 t	3 014 946	2 979 981	..	308 963	265 067	301 465	296 327	257 377	172 724	
<b>Beforderungsleistung im Inland</b>											
Eisenbahnverkehr . . . . .	Mill. tkm	69 714	73 987	..	6 394	5 636	6 233	6 258	6 483	5 296	
Binnenschifffahrt . . . . .	Mill. tkm	61 292	62 153	..	5 748	4 878	5 374	5 444	5 003	5 005	
Rohöl-Rohrfernleitungen 5) . . . . .	Mill. tkm	14 500	13 151	..	1 395	1 365	1 304	1 355	1 131	1 234	
Straßengüterverkehr 6) . . . . .	Mill. tkm	236 584	245 882	..	23 491	21 122	23 378	24 628	22 258	17 281	
<b>Personenverkehr</b>											
<b>Beförderte Personen</b>											
Eisenbahnverkehr . . . . .	Mill.	1 709,0	1 854,9	..	147,6	144,8	157,1	163,0	154,9	147,7	
Luftverkehr . . . . .	Mill.	93,2	99,3	..	10,1	10,9	10,5	10,3	7,7	6,7	
Öffentlicher Straßenverkehr . . . . .	Mill.	7 834,5	7 847,6 r	7 807,4	..	..	1 750,6 a)	..	..	2 091,0 b)	
<b>Kraftfahrzeuge 8)</b>											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge .	1 000	4 045,7	4 132,8	..	385,7	301,3	345,1	363,0	329,6	325,3	
dar.: Personenkraftwagen . . . . .	1 000	3 496,3	3 528,2	..	323,1	256,0	302,6	327,3	297,2	290,6	
<b>Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge</b>											
Kraftfahrzeuge . . . . .	1 000	8 447,1	8 342,3	..	760,5	648,6	687,2	681,0	630,3	609,5	
dar.: Personenkraftwagen . . . . .	1 000	7 583,1	7 382,1	..	669,6	572,9	620,8	624,2	584,9	565,1	
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>											
Unfälle mit Personenschaden . . . . .	Anzahl	373 082	380 835	..	35 895	34 804	34 447	34 446	29 884 r	26 669 r	
getötete Personen . . . . .	Anzahl	8 758	8 549	..	736	744	639	682	616 r	583 r	
schwerverletzte Personen . . . . .	Anzahl	116 456	115 414	..	10 602	10 727	9 481	9 473	7 999 r	7 716 r	
leichtverletzte Personen . . . . .	Anzahl	376 702	385 680	..	36 790	35 038	35 592	36 256	31 410 r	28 058 r	
Unfälle mit nur Sachschaden . . . . .	1 000	1 896,5	1 851,5	..	151,7	144,1	156,3	178,1	181,4 r	182,3 r	
dar.: schwerwiegende Unfälle . . . . .	1 000	152,5	140,7	..	10,7	10,2	11,5	13,5	13,0 r	13,0 r	
		1996	1997	1998	1998						1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
<b>Geld und Kredit</b>											
<b>Deutschland</b>											
<b>Bargeldumlauf 9)</b> . . . . .	Mrd. DM	246,8	247,0	242,6	241,7	238,8	239,1	241,2	242,6	..	
<b>Deutsche Bundesbank 9)</b>											
<b>Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 10)</b>											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 10) . . . . .	Mrd. DM	121,0	116,8	135,1	132,6	133,4	134,1	140,3	135,1	..	
Kredite an inländische Kreditinstitute . .	Mrd. DM	226,2	235,2	216,0	210,2	204,3	203,0	196,5	216,0	..	

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen - 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen - 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 4) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn - 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. - 7) Nur inländische Lkw (einschl. tkm im Ausland) - 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg. - 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt - 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderungen veränderte Ergebnisse

a) 3. Vj 1998 - b) 4. Vj 1998

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Aug. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98
<b>Außenhandel <sup>1)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>	+ 11,8	+ 6,3	+ 0,6	- 0,2	- 1,1	+ 6,3	+ 7,7	+ 9,0	- 6,6	+ 4,0
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 4,9	- 2,8	- 16,1	- 7,8	- 19,6	- 0,7	- 6,4	+ 17,4	- 12,6	+ 18,2
Gewerbliche Wirtschaft	+ 10,8	+ 4,0	- 0,6	- 2,8	- 2,6	+ 3,5	+ 9,5	+ 7,7	- 6,2	+ 2,6
Rohstoffe	+ 6,4	- 17,1	- 8,5	- 30,7	- 32,8	- 32,5	+ 7,4	- 2,5	- 16,8	+ 5,1
Halbwaren	+ 16,6	- 9,3	- 13,4	- 18,2	- 22,6	- 16,9	- 1,9	+ 8,6	- 7,2	+ 0,0
Fertigwaren	+ 10,4	+ 7,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,3	+ 8,9	+ 11,0	+ 8,2	- 5,5	+ 2,7
Ländergruppen (Ursprungslander)										
EU-Länder	+ 9,2	+ 3,8	- 3,3	- 3,1	- 4,0	+ 2,9	+ 4,2	+ 14,6	- 5,7	+ 4,7
EFTA-Länder	+ 10,9	+ 0,7	+ 0,0	- 9,4	- 7,8	+ 0,1	+ 38,3	- 1,0	- 6,1	+ 6,3
NAFTA-Länder	+ 17,9	+ 14,1	+ 9,6	+ 6,5	+ 7,2	+ 30,7	+ 9,3	+ 3,2	- 5,3	+ 14,5
ASEAN-Länder <sup>2)</sup>	+ 20,2	+ 3,2	- 6,7	- 3,9	- 5,9	+ 0,3	+ 10,0	+ 8,9	- 16,6	+ 3,5
<b>Ausfuhr (Spezialhande)</b>	+ 12,6	+ 6,9	- 2,7	+ 2,5	+ 4,0	- 2,9	+ 11,1	+ 9,1	- 1,8	- 8,5
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 5,1	- 0,3	- 16,7	- 0,6	- 18,1	- 9,0	- 10,7	+ 27,0	- 12,3	+ 0,9
Gewerbliche Wirtschaft	+ 13,9	+ 5,9	- 3,5	+ 1,2	+ 3,8	- 3,8	+ 12,1	+ 8,4	- 1,2	- 8,8
Rohstoffe	+ 2,6	- 7,2	- 18,5	- 10,6	- 12,0	- 14,0	+ 5,4	+ 16,7	+ 10,1	- 13,6
Halbwaren	+ 13,4	- 5,3	- 12,4	- 10,9	- 6,7	- 28,1	+ 16,3	+ 2,6	+ 8,0	- 16,3
Fertigwaren	+ 14,1	+ 6,6	- 2,9	+ 1,9	+ 4,6	- 2,2	+ 11,9	+ 8,6	- 1,7	- 8,4
Ländergruppen (Bestimmungslander)										
EU-Länder	+ 8,8	+ 8,5	+ 1,6	+ 8,0	+ 4,6	- 1,3	+ 15,7	+ 13,4	- 3,8	- 9,7
EFTA-Länder	+ 7,1	+ 8,1	+ 1,6	- 5,0	+ 22,8	+ 7,4	+ 11,4	+ 6,5	+ 11,5	- 17,4
NAFTA-Länder	+ 30,1	+ 16,5	- 0,0	+ 5,8	+ 14,2	+ 6,0	+ 14,9	+ 5,2	+ 0,5	- 5,8
ASEAN-Länder <sup>2)</sup>	+ 7,5	- 26,8	- 31,5	- 38,7	- 23,7	- 34,9	+ 1,2	- 11,3	+ 9,5	- 8,5
<b>Verkehr</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Güterverkehr</b>										
<b>Beförderungsaufkommen</b>										
Eisenbahnverkehr	+ 0,7	...	- 6,7	- 11,8	- 9,8	- 13,1	+ 6,5	- 2,8	+ 2,4	- 16,8
Binnenschifffahrt	+ 2,8	...	- 1,7	+ 3,4	+ 0,9	- 0,2	+ 10,6	+ 1,4	- 8,1	- 2,7
Seeverkehr	+ 5,2	...	- 2,7	+ 2,2	- 4,3	- 4,1	- 0,1	+ 5,1	- 3,8	- 1,7
Luftverkehr <sup>3)</sup>	+ 7,8	...	- 7,6	- 6,5	- 6,4	- 3,9	+ 5,9	+ 9,9	+ 0,7	- 8,4
Rohol-Rohrfernleitungen <sup>4)</sup>	- 2,2	...	+ 7,4	+ 7,3	- 2,3	- 2,3	- 5,1	+ 6,3	+ 12,8	+ 8,7
Straßengüterverkehr <sup>5)</sup>	- 1,2	...	- 3,9	- 3,4	- 5,7	+ 0,2	+ 13,7	- 1,7	- 13,1	- 32,9
<b>Beförderungsleistung im Inland</b>										
Eisenbahnverkehr	+ 6,1	...	- 2,1	- 7,9	- 4,0	- 7,4	+ 10,6	+ 0,4	+ 3,6	- 18,3
Binnenschifffahrt	+ 1,4	...	- 1,9	+ 11,3	+ 8,8	+ 9,4	+ 10,2	+ 1,3	- 8,1	+ 0,1
Rohol-Rohrfernleitungen <sup>4)</sup>	- 9,3	...	+ 28,3	+ 28,4	- 2,5	+ 0,4	- 4,5	+ 3,9	- 16,5	+ 9,1
Straßengüterverkehr <sup>5)</sup>	+ 3,9	...	+ 0,6	+ 4,1	+ 2,8	+ 7,3	+ 10,7	+ 5,3	- 9,6	- 22,4
<b>Personenverkehr</b>										
<b>Beförderte Personen</b>										
Eisenbahnverkehr	+ 8,5	...	+ 3,3	+ 3,4	- 1,4	- 3,8	+ 8,5	+ 3,8	- 5,0	- 4,6
Luftverkehr	+ 6,6	...	+ 3,9	+ 5,0	+ 6,9	+ 7,3	- 3,0	- 2,2	- 25,3	- 13,6
Öffentlicher Straßenverkehr	+ 0,0	- 0,5	- 0,8 <sup>a)</sup>	...	...	- 1,1 <sup>b)</sup>	- 9,0 <sup>c)</sup>	...	...	+ 19,4 <sup>d)</sup>
<b>Kraftfahrzeuge <sup>7)</sup></b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 2,2	...	+ 7,7	+ 5,3	+ 15,6	+ 9,5	+ 14,6	+ 5,2	- 9,2	- 1,3
dar.: Personenkraftwagen	+ 0,9	...	+ 9,0	+ 6,1	+ 18,5	+ 9,7	+ 18,2	+ 8,2	- 9,2	- 2,2
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	- 1,2	...	- 0,4	- 3,3	+ 6,3	+ 4,6	+ 5,9	- 0,9	- 7,5	- 3,3
dar.: Personenkraftwagen	- 2,6	...	+ 1,7	- 2,1	+ 7,7	+ 4,9	+ 8,4	+ 0,5	- 6,3	- 3,4
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden	+ 2,1	...	- 3,2	- 0,2	+ 3,0 r	- 1,8 r	- 1,0	+ 0,0	- 13,2 r	- 10,8 r
getötete Personen	- 2,4	...	- 18,8	- 15,7	- 7,5 r	- 18,7 r	- 14,1	+ 6,7	- 9,7 r	- 5,4 r
schwerverletzte Personen	- 0,9	...	- 11,0	+ 8,0	- 6,7 r	- 4,6 r	- 11,6	- 0,1	- 15,6 r	- 3,5 r
leichtverletzte Personen	+ 2,4	...	+ 1,5	+ 3,0	+ 6,9 r	- 1,9 r	+ 1,6	+ 1,9	- 13,4 r	- 10,7 r
Unfälle mit nur Sachschaden	- 2,4	...	+ 5,6	+ 2,8	+ 15,0 r	+ 7,8 r	+ 8,5	+ 14,0	+ 1,8 r	+ 0,5 r
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 7,7	...	+ 8,9	+ 3,3	+ 6,0 r	+ 1,7 r	+ 12,6	+ 17,6	- 3,6 r	- 0,2 r
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Bargeldumlauf <sup>8)</sup></b>	+ 0,1	- 1,8	- 2,0	- 1,8	- 1,8	..	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	..
<b>Deutsche Bundesbank <sup>8)</sup></b>										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva <sup>9)</sup>	- 3,5	+ 15,7	+ 17,5	+ 22,6	+ 15,7	..	+ 0,5	+ 4,6	- 3,7	...
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 4,0	- 8,2	- 9,4	- 12,6	- 8,2	..	- 0,6	- 3,2	+ 9,9	..

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen - 2) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar. - 3) Einschl. Doppelzahlungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung). - 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. - 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 6) Nur inländische Lkw (einschl. tkm im Ausland). - 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt. - 9) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse

a) 3. Vj 1998 gegenüber 3. Vj 1997 - b) 4. Vj 1998 gegenüber 4. Vj 1997 - c) 3. Vj 1998 gegenüber 2. Vj 1998. - d) 4. Vj 1998 gegenüber 3. Vj 1998





# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998					1999
					Aug	Sept	Okt	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Finanzen und Steuern</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Kassenmäßige Steuereinnahmen</b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill DM	539 423	542 587	..	40 500	60 217	38 703	39 770	85 708	51 820
Lohnsteuer <sup>1)</sup>	Mill. DM	249 298	250 231	..	21 065	19 209	19 394	19 442	38 350	23 706
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	15 534	11 079	..	- 1 816	9 954	- 1 489	- 1 645	12 438	25
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	12 895	14 162	..	1 838	901	1 193	686	1 134	3 598
Zinsabschlag	Mill. DM	11 951	11 270	..	711	568	682	798	1 059	3 215
Körperschaftsteuer	Mill. DM	29 549	32 719	..	- 1 194	10 630	- 401	- 520	12 555	342
Umsatzsteuer	Mill. DM	184 385	183 251	..	16 022	15 338	15 462	17 077	15 950	17 591
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	35 810	39 875	..	3 875	3 618	3 862	3 933	4 222	3 344
Landessteuern	Mill. DM	34 262	29 859	..	2 702	2 458	2 550	2 386	2 496	2 824
dar: Vermögensteuer	Mill. DM	9 031	1 760	..	78	81	87	78	87	96
Grundwerbsteuer <sup>2)</sup>	Mill. DM	4 776	7 057	..	744	760	742	708	803	760
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	11 726	12 332	..	880	862	923	840	804	1 157
Biersteuer	Mill. DM	1 458	1 423	..	129	123	109	100	100	121
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage <sup>3)</sup>	Mill. DM	8 714	8 710	..	669	6	1 837	679	2 446	10
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Kassenmäßige Steuereinnahmen</b>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	39 421	39 534	..	3 290	4 047	3 158	3 549	6 345	3 827
Lohnsteuer <sup>1)</sup>	Mill. DM	25 808	25 867	..	2 222	2 011	2 116	2 190	3 815	2 407
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	- 3 919	- 5 315	..	- 652	49	- 590	- 499	325	- 396
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	Mill. DM	451	532	..	114	50	62	25	39	174
Zinsabschlag	Mill. DM	159	128	..	- 56	8	10	10	10	55
Körperschaftsteuer	Mill. DM	- 91	548	..	- 33	406	- 51	- 21	462	- 21
Umsatzsteuer	Mill. DM	15 996	16 683	..	1 568	1 431	1 512	1 709	1 582	1 540
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 017	1 091	..	126	91	98	134	112	68
Landessteuern	Mill. DM	4 278	4 823	..	362	362	386	360	436	447
dar: Vermögensteuer	Mill. DM	4	4	..	- 0	0	0	0	0	0
Grundwerbsteuer <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 614	2 070	..	156	138	192	163	200	184
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	2 018	2 086	..	145	146	138	146	157	208
Biersteuer	Mill. DM	261	276	..	28	26	23	22	22	26
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	231	22	..	8	0	5	6	26	4
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe</b>										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	37,7	37,7	37,8	..	..	38,0	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	98,3	98,2	98,6	..	..	99,2	..	..	..
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	26,39	26,74	27,30	..	..	27,47	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	101,8	103,1	104,9	..	..	105,7	..	..	..
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	996	1 010	1 033	..	..	1 044	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	101,2	103,3	..	..	104,7	..	..	..
<b>Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe</b>										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	5 481	5 588	5 721	..	..	5 759	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	101,5	103,1	105,2	..	..	105,9	..	..	..
<b>Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften</b>										
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	1991 = 100	96,8	96,8	96,7	..	..	96,7	..	..	..
Index der tariflichen Stundenlöhne	1991 = 100	122,6	124,3	126,5	..	..	127,2	..	..	..
Index der tariflichen Monatsgehälter	1991 = 100	118,0	119,5	121,6	..	..	122,2	..	..	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe</b>										
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std.	39,5	39,5	39,7	..	..	40,0	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	98,4	98,4	98,8	..	..	99,5	..	..	..
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	18,92	19,32	19,65	..	..	19,68	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	101,7	104,6	106,8	..	..	107,3	..	..	..
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	752	767	782	..	..	787	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	100,0	102,8	105,4	..	..	106,6	..	..	..
<b>Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe</b>										
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 988	4 124	4 246	..	..	4 264	..	..	..
Index	Okt. 1995 = 100	103,8	107,2	110,1	..	..	110,7	..	..	..
<b>Wirtschaftsrechnungen</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Ausgaben für den Privaten Verbrauch<sup>4)</sup></b>										
2-Pers.-Haush. von Rentempfängern mit geringerem Einkommen	DM	2 211,40	2 251,82	2 312,64	2 296,81	2 291,14	2 583,34	2 294,85	2 190,82	2 358,66
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>	DM	539,90	543,25	545,19	468,82	501,09	573,07	574,81	568,21	564,51
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	157,78	157,28	159,16	157,59	141,39	173,13	154,57	198,00	164,71
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	DM	4 103,06	4 265,23	4 292,58	3 994,69	4 155,41	4 381,63	4 480,09	4 126,95	4 878,16
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>	DM	895,83	905,00	903,22	794,64	866,82	920,46	963,04	923,23	953,56
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	206,38	208,96	210,04	203,56	214,19	222,26	199,21	203,03	209,62
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	DM	5 861,86	6 234,62	6 268,77	5 705,85	6 370,41	6 942,43	6 135,45	6 121,08	6 718,41
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>	DM	1 149,67	1 156,46	1 164,17	1 012,74	1 070,29	1 212,45	1 244,33	1 159,00	1 253,12
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	234,97	242,62	243,53	233,89	242,73	265,95	216,38	232,98	256,26

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer. - 3) Einschl. erhöhter Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtsgebietes sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar. - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich																																																																																																																																																																																
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat																																																																																																																																																																										
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan 99	Okt 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan 99																																																																																																																																																																							
	gegenüber		gegenüber				gegenüber																																																																																																																																																																										
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98																																																																																																																																																																							
<b>Finanzen und Steuern</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Kassenmäßige Steuereinnahmen</b>																																																																																																																																																																																	
Gemeinschaftsteuern	+ 0,6	..	+ 9,2	+ 7,9	+ 6,0	+ 14,4	- 35,7	+ 2,8	+ 115,5	- 39,5																																																																																																																																																																							
Lohnsteuer <sup>1)</sup>	+ 0,4	..	+ 4,1	+ 4,7	+ 3,5	+ 6,4	+ 1,0	+ 0,2	+ 97,3	- 38,2																																																																																																																																																																							
Veranlagte Einkommensteuer	- 28,7	..	X	X	+ 16,5	X	X	X	X	- 99,8																																																																																																																																																																							
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 9,8	..	+ 60,3	+ 56,6	+ 100,4	- 1,8	+ 32,3	- 42,5	+ 65,4	+ 217,2																																																																																																																																																																							
Zinsabschlag	- 5,7	..	- 0,1	+ 1,0	+ 11,8	+ 5,0	+ 20,1	+ 17,0	+ 32,8	+ 203,5																																																																																																																																																																							
Körperschaftsteuer	+ 10,7	..	X	X	+ 6,7	X	X	X	X	- 97,3																																																																																																																																																																							
Umsatzsteuer	- 0,6	..	+ 4,5	+ 6,0	- 1,2	+ 15,6	+ 0,8	+ 10,4	- 6,6	+ 10,3																																																																																																																																																																							
Einfuhrumsatzsteuer	+ 11,4	..	+ 7,3	+ 2,8	+ 14,3	+ 4,7	+ 6,7	+ 1,8	+ 7,3	- 20,8																																																																																																																																																																							
Landesteuern	- 12,9	..	- 8,7	+ 3,1	+ 1,0	- 4,8	+ 3,7	- 6,4	+ 4,6	+ 13,1																																																																																																																																																																							
dar: Vermögensteuer	- 80,5	..	- 49,6	- 24,5	- 33,1	- 38,2	+ 8,0	- 10,3	+ 11,2	+ 9,8																																																																																																																																																																							
Grundwerbsteuer <sup>2)</sup>	+ 47,8	..	+ 4,8	+ 15,7	+ 24,9	+ 14,6	- 2,3	- 4,6	+ 13,4	- 5,4																																																																																																																																																																							
Kraftfahrzeugsteuer	+ 5,2	..	- 16,6	- 1,2	- 14,2	- 13,0	+ 7,1	- 9,1	- 4,2	+ 43,9																																																																																																																																																																							
Biersteuer	- 2,4	..	- 13,0	- 9,9	+ 0,9	- 3,6	- 11,9	- 8,2	- 0,1	+ 21,8																																																																																																																																																																							
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage <sup>3)</sup>	- 0,0	..	+ 11,6	+ 39,1	+ 15,4	- 93,8	X	- 63,1	+ 260,4	- 99,6																																																																																																																																																																							
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Kassenmäßige Steuereinnahmen</b>																																																																																																																																																																																	
Gemeinschaftsteuern	+ 0,3	..	+ 13,1	+ 11,0	+ 10,0	+ 10,9	- 22,0	+ 12,4	+ 78,8	- 39,7																																																																																																																																																																							
Lohnsteuer <sup>1)</sup>	+ 0,2	..	+ 3,7	+ 1,8	+ 4,4	+ 3,5	+ 5,2	+ 3,5	+ 74,2	- 36,9																																																																																																																																																																							
Veranlagte Einkommensteuer	X	..	X	X	+ 77,7	X	X	X	X	X																																																																																																																																																																							
Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	+ 18,1	..	+ 37,7	+ 8,5	+ 56,8	+ 45,9	+ 24,2	- 59,2	+ 54,4	+ 341,8																																																																																																																																																																							
Zinsabschlag	- 19,8	..	+ 23,5	+ 24,7	+ 32,0	+ 5,7	+ 28,5	- 5,5	+ 6,0	+ 441,8																																																																																																																																																																							
Körperschaftsteuer	X	..	X	X	+ 49,0	X	X	X	X	X																																																																																																																																																																							
Umsatzsteuer	+ 4,3	..	+ 10,1	+ 7,2	+ 9,3	+ 10,3	+ 5,6	+ 13,1	- 7,4	- 2,7																																																																																																																																																																							
Einfuhrumsatzsteuer	+ 7,3	..	+ 21,0	+ 75,4	- 21,2	- 19,2	+ 8,3	+ 36,2	- 16,3	- 39,5																																																																																																																																																																							
Landesteuern	+ 12,7	..	+ 7,0	+ 0,5	+ 11,6	+ 2,1	+ 6,8	- 6,7	+ 21,0	+ 2,5																																																																																																																																																																							
dar: Vermögensteuer	X	..	X	- 67,7	X	X	X	+ 46,4	- 80,5	X																																																																																																																																																																							
Grundwerbsteuer <sup>2)</sup>	+ 28,2	..	+ 32,0	+ 6,7	+ 40,5	+ 27,1	+ 39,5	- 15,3	+ 23,0	- 8,2																																																																																																																																																																							
Kraftfahrzeugsteuer	+ 3,4	..	- 17,5	- 6,4	- 13,6	- 13,1	- 5,6	+ 6,1	+ 7,2	+ 32,7																																																																																																																																																																							
Biersteuer	+ 5,6	..	- 8,9	+ 2,4	+ 5,3	+ 7,7	- 10,6	- 2,2	- 3,4	+ 18,6																																																																																																																																																																							
Einnahmen aus Gewerbesteuerumlage	- 90,5	..	X	X	X	X	X	+ 37,2	+ 326,7	- 86,4																																																																																																																																																																							
<b>Löhne und Gehälter</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe</b>																																																																																																																																																																																	
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,3	+ 0,3	..	..	..	+ 0,3 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	- 0,1	+ 0,4	+ 0,4	..	..	..	+ 0,3 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,3	..	..	..	+ 0,8 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,0	..	..	..	+ 0,8 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,7	..	..	..	+ 1,1 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,4	..	..	..	+ 1,0 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
<b>Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe</b>																																																																																																																																																																																	
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	..	..	..	+ 0,6 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,3	..	..	..	+ 0,3 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
<b>Tariffentwicklung in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften</b>																																																																																																																																																																																	
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter/-innen)	± 0,0	- 0,1	- 0,1	..	..	..	± 0,0 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	..	..	..	+ 0,2 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,1	..	..	..	+ 0,2 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe</b>																																																																																																																																																																																	
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	± 0,0	+ 0,5	± 0,0	..	..	..	- 0,2 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	± 0,0	+ 0,4	± 0,0	..	..	..	- 0,2 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	..	..	..	+ 0,6 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	+ 2,9	+ 2,1	+ 1,9	..	..	..	+ 0,8 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	..	..	..	+ 0,4 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,9	..	..	..	+ 0,6 <sup>a)</sup>	..	..	..																																																																																																																																																																							
<b>Angestellte im Produzierenden Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit und Versicherungsgewerbe</b>																																																																																																																																																																																	
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,6	..	..	..	+ 0,0	..	..	..																																																																																																																																																																							
Index	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,3	..	..	..	+ 0,1	..	..	..																																																																																																																																																																							
<b>Wirtschaftsrechnungen</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Ausgaben für den Privaten Verbrauch<sup>4)</sup></b>																																																																																																																																																																																	
2-Pers.-Haush. von Renteneinpfern mit geringerem Einkommen	+ 1,8	+ 2,7	+ 11,4	- 11,2	- 5,4	- 9,1	+ 12,8	- 11,2	- 4,5	+ 7,7																																																																																																																																																																							
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>	+ 0,6	+ 0,4	+ 7,5	- 2,8	+ 2,9	- 0,1	+ 14,4	+ 0,3	- 1,1	- 0,7																																																																																																																																																																							
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 0,3	+ 1,2	+ 8,5	+ 2,0	- 16,3	+ 9,3	+ 22,4	- 10,7	- 4,3	+ 11,3																																																																																																																																																																							
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	+ 4,0	+ 0,6	- 1,9	+ 4,3	+ 0,2	+ 8,9	+ 5,4	+ 2,2	- 7,9	+ 18,2																																																																																																																																																																							
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>	+ 1,0	- 0,2	+ 1,1	+ 0,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 6,2	+ 4,6	- 4,1	+ 3,3																																																																																																																																																																							
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,3	+ 0,5	+ 5,8	+ 1,2	- 3,2	- 0,9	+ 3,8	- 10,4	+ 1,9	+ 3,2																																																																																																																																																																							
4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen	+ 6,4	+ 0,5	+ 15,7	- 4,4	+ 0,2	- 4,9	+ 9,0	- 11,6	- 0,2	+ 9,8																																																																																																																																																																							
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>	+ 0,6	+ 0,7	+ 2,1	- 1,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 13,3	+ 2,6	- 6,9	+ 8,1																																																																																																																																																																							
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 3,3	+ 0,4	+ 12,7	- 15,5	- 1,2	- 7,2	+ 9,6	- 18,6	+ 7,7	+ 10,0																																																																																																																																																																							
<table border="1"> <thead> <tr> <th colspan="2">1996</th> <th colspan="2">1997</th> <th colspan="2">April 98</th> <th colspan="2">Mai 98</th> <th colspan="2">Juni 98</th> <th colspan="2">Juli 98</th> </tr> <tr> <th colspan="2">gegenüber</th> <th colspan="2">gegenüber</th> <th colspan="2">gegenüber</th> <th colspan="2">gegenüber</th> <th colspan="2">gegenüber</th> <th colspan="2">gegenüber</th> </tr> <tr> <th>1995</th> <th>1996</th> <th>April 97</th> <th>Mai 97</th> <th>Juni 97</th> <th>Juli 97</th> <th>März 98</th> <th>April 98</th> <th>Mai 98</th> <th>Juni 98</th> <th>Juli 98</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td colspan="11"><b>Wirtschaftsrechnungen</b></td> </tr> <tr> <td colspan="11"><b>Früheres Bundesgebiet</b></td> </tr> <tr> <td colspan="11"><b>Ausgaben für den Privaten Verbrauch<sup>4)</sup></b></td> </tr> <tr> <td colspan="11"><b>2-Pers.-Haush. von Renteneinpfern mit geringerem Einkommen</b></td> </tr> <tr> <td colspan="11">dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren<sup>5)</sup></td> </tr> <tr> <td colspan="11">Energie (ohne Kraftstoffe)</td> </tr> <tr> <td colspan="11"><b>4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen</b></td> </tr> <tr> <td colspan="11">dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren<sup>5)</sup></td> </tr> <tr> <td colspan="11">Energie (ohne Kraftstoffe)</td> </tr> <tr> <td colspan="11"><b>4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen</b></td> </tr> <tr> <td colspan="11">dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren<sup>5)</sup></td> </tr> <tr> <td colspan="11">Energie (ohne Kraftstoffe)</td> </tr> </tbody> </table>											1996		1997		April 98		Mai 98		Juni 98		Juli 98		gegenüber		gegenüber		gegenüber		gegenüber		gegenüber		gegenüber		1995	1996	April 97	Mai 97	Juni 97	Juli 97	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98	<b>Wirtschaftsrechnungen</b>											<b>Früheres Bundesgebiet</b>											<b>Ausgaben für den Privaten Verbrauch<sup>4)</sup></b>											<b>2-Pers.-Haush. von Renteneinpfern mit geringerem Einkommen</b>											dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>											Energie (ohne Kraftstoffe)											<b>4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen</b>											dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>											Energie (ohne Kraftstoffe)											<b>4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen</b>											dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>											Energie (ohne Kraftstoffe)										
1996		1997		April 98		Mai 98		Juni 98		Juli 98																																																																																																																																																																							
gegenüber		gegenüber		gegenüber		gegenüber		gegenüber		gegenüber																																																																																																																																																																							
1995	1996	April 97	Mai 97	Juni 97	Juli 97	März 98	April 98	Mai 98	Juni 98	Juli 98																																																																																																																																																																							
<b>Wirtschaftsrechnungen</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>																																																																																																																																																																																	
<b>Ausgaben für den Privaten Verbrauch<sup>4)</sup></b>																																																																																																																																																																																	
<b>2-Pers.-Haush. von Renteneinpfern mit geringerem Einkommen</b>																																																																																																																																																																																	
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>																																																																																																																																																																																	
Energie (ohne Kraftstoffe)																																																																																																																																																																																	
<b>4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen</b>																																																																																																																																																																																	
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>																																																																																																																																																																																	
Energie (ohne Kraftstoffe)																																																																																																																																																																																	
<b>4-Pers.-Haush. von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen</b>																																																																																																																																																																																	
dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren <sup>5)</sup>																																																																																																																																																																																	
Energie (ohne Kraftstoffe)																																																																																																																																																																																	

1) Ab 1996 vor Abzug des Kindergeldes, soweit von Familienkassen gezahlt - 2) Ohne kommunale Grunderwerbsteuer - 3) Einschl. erhöhte Gewerbesteuerumlage - 4) Ausgewählte private Haushalte; wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 5) Einschl. fertiger Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen.

a) Oktober 1998 gegenüber Juli 1998

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einkaufspreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Betriebsmittel</b>	1991 = 100	105,6	107,5	103,6	101,0	100,4	100,1	100,9	101,0	101,1
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	103,7	105,9	100,6	97,3	96,4	96,1	97,1	97,1	97,2
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	111,8	112,7	113,4	113,4	113,7	113,7	113,8	114,0	114,0
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Produkte</b>	1991 = 100	91,1	92,5	87,1	85,8	83,3	82,7	86,2	83,6p	84,2p
Pflanzliche Produkte	1991 = 100	86,0	84,3	82,9	84,8	82,4	83,8	86,8	87,0	86,9
Tierische Produkte	1991 = 100	93,8	96,7	89,2	86,3	83,8	82,2	85,9	81,8p	82,8p
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten</b>	1995 = 100	89,2	95,1	102,0	100,1	101,8	103,1	104,9	108,0	107,4
<b>Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes<sup>2)</sup></b>	1991 = 100	98,8	100,7	98,3	97,3	96,4	96,0	95,7	...	..
Inländischer Herkunft	1991 = 100	100,2	101,0	99,8	99,3	98,7	98,4	98,3	..	..
Ausländischer Herkunft	1991 = 100	95,3	100,1	94,6	92,4	90,9	90,3	89,4	..	...
<b>Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup></b>	1995 = 100	98,8	99,9	99,5	99,4	98,9	98,5	98,3	97,8	97,7
ohne Mineralerzeugnisse	1995 = 100	98,5	99,6	99,5	99,4	98,9	98,5	98,3	97,8	97,8
ohne Energie und Wasser	1995 = 100	99,5	100,2	100,0	99,8	99,5	99,3	99,0	98,8	98,7
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	96,6	98,1	96,6	96,2	95,3	94,8	94,3	93,5	93,3
Energieproduzenten	1995 = 100	94,2	97,8	94,4	94,1	92,4	91,1	90,7	89,1	88,9
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	1995 = 100	98,0	98,2	97,9	97,5	97,1	96,9	96,4	96,1	95,9
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	101,8	102,7	103,0	103,0	103,0	102,9	102,9	102,9
Konsumgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,0	102,4	102,4	102,2	101,9	101,9	101,8	101,6
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	101,4	101,7	101,7	101,8	101,9	101,8	102,0	102,0
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,1	102,5	102,2	101,9	101,9	101,9	101,7	101,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	74,4	78,3	75,8	74,9	73,3	72,4	72,5	71,8	71,9
Kohle und Torf <sup>3)</sup>	1995 = 100	59,9	63,2	61,1	60,1	58,8	57,5	57,8	57,8	57,8
Erdöl und Erdgas	1995 = 100	106,1	125,6	118,5	115,7	109,0	108,2	107,8	101,5	101,6
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1995 = 100	99,9	99,4	97,7	97,9	97,3	97,5	97,4	96,9	97,2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1995 = 100	100,1	100,8	100,6	100,4	100,2	100,0	99,7	99,5	99,4
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1995 = 100	101,0	103,0	102,6	102,2	101,5	100,9	100,9	100,5	100,2
Tabakerzeugnisse	1995 = 100	100,8	103,4	104,6	105,7	105,8	105,7	105,7	105,8	105,8
Textilien	1995 = 100	99,5	100,2	100,2	100,0	99,8	99,7	99,7	99,4	99,3
Bekleidung	1995 = 100	100,4	100,7	101,5	101,8	101,8	101,7	101,7	101,6	101,7
Leder und Lederwaren	1995 = 100	101,5	102,4	102,7	102,8	102,9	102,6	102,6	102,7	102,7
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	1995 = 100	97,0	97,8	98,8	98,9	98,8	98,7	98,6	98,4	98,2
Papier	1995 = 100	94,1	91,9	93,3	93,3	93,0	92,7	92,3	91,9	91,8
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger	1995 = 100	102,4	102,0	102,0	102,0	102,2	102,0	102,0	102,1	101,9
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse	1995 = 100	107,5	110,4	100,3	98,7	98,3	97,9	95,9	95,2	94,2
Chemische Erzeugnisse	1995 = 100	96,6	97,6	97,0	96,0	95,8	95,6	95,5	95,1	94,7
Gummi- und Kunststoffwaren	1995 = 100	99,2	98,7	98,8	98,5	98,3	98,3	98,0	97,8	97,5
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	1995 = 100	99,4	98,9	98,2	98,1	98,0	98,2	98,2	98,1	97,9
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	1995 = 100	95,0	96,6	98,0	97,4	96,0	95,0	93,1	92,0	91,7
Metallerzeugnisse	1995 = 100	100,9	101,1	101,8	101,9	101,8	101,9	101,8	101,8	101,9
Maschinen	1995 = 100	101,6	102,5	103,3	103,5	103,5	103,5	103,5	103,7	103,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	1995 = 100	96,5	92,5	87,8	86,4	86,6	85,5	85,0	84,2	83,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	1995 = 100	100,5	99,7	99,7	99,7	99,4	99,4	99,1	98,9	99,5
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	1995 = 100	99,1	98,5	97,7	97,7	97,3	97,2	96,4	96,0	95,5
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren	1995 = 100	101,5	103,0	103,8	103,9	104,1	104,1	104,1	104,2	104,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1995 = 100	100,9	101,6	102,6	102,9	103,0	103,0	103,0	102,9	103,0
Sonstige Fahrzeuge	1995 = 100	100,7	100,5	100,9	101,0	101,2	101,2	101,2	101,3	101,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	1995 = 100	101,8	102,7	104,0	104,2	104,4	104,6	104,6	104,9	105,0
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	1995 = 100	94,8	98,4	97,0	97,2	95,3	94,0	93,9	92,1	92,1
Energie <sup>4)</sup>	1995 = 100	94,0	97,7	95,9	96,1	94,1	92,6	92,5	90,5	90,5
Wasser	1995 = 100	105,4	109,5	112,4	112,8	112,5	112,7	112,7	113,6	113,7

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer. - 3) Ohne Preisrepräsentanten für Torf - 4) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme.



# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einkaufspreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Betriebsmittel</b>	+ 1,8	- 3,6	- 6,1	- 5,7	- 5,3	- 5,4	- 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 2,1	- 5,0	+ 8,2	- 7,7	- 7,3	- 7,3	- 0,3	+ 1,0	± 0,0	+ 0,1
Neubauten und neue Maschinen	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Produkte</b>	+ 1,5	- 5,8	- 11,3	- 7,3	- 9,3p	- 9,8p	- 0,7	+ 4,2	- 3,5p	+ 0,7p
Pflanzliche Produkte	- 2,0	- 1,5	- 3,7	- 1,4	- 2,6	- 2,8	+ 1,7	+ 3,5	+ 0,2	- 0,1
Tierische Produkte	+ 3,1	- 7,8	- 14,6	- 10,1	- 12,7p	- 13,1p	- 1,9	+ 4,5	- 5,4p	+ 1,2p
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten</b>	+ 6,6	+ 7,3	+ 2,4	+ 4,1	+ 5,2	+ 3,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,0	- 0,6
<b>Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes<sup>2)</sup></b>	+ 1,9	- 2,4	- 4,8	- 4,8	...	...	- 0,4	- 0,3	...	...
Inländischer Herkunft	+ 0,8	- 1,2	- 2,7	- 2,7	...	...	- 0,3	- 0,1	...	...
Ausländischer Herkunft	+ 5,0	- 5,5	- 9,9	- 9,9	...	...	- 0,7	- 1,0	...	...
<b>Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup></b>	+ 1,1	- 0,4	- 1,8	- 1,9	- 2,3	- 2,4	- 0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,1
ohne Mineralerzeugnisse	+ 1,1	- 0,1	- 1,4	- 1,6	- 2,0	- 2,1	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,1
ohne Energie und Wasser	+ 0,7	- 0,2	- 1,3	- 1,5	- 1,7	- 1,7	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1
darunter										
Erzeugnisse der										
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,6	- 1,5	- 3,6	- 4,0	- 4,5	- 4,6	- 0,5	- 0,5	- 0,8	- 0,2
Energieproduzenten	+ 3,8	- 3,5	- 7,3	- 7,3	- 7,7	- 7,6	- 1,4	- 0,4	- 1,8	- 0,2
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	+ 0,2	- 0,3	- 1,4	- 2,0	- 2,6	- 2,8	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	± 0,0
Konsumgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 0,9	- 0,3	± 0,0	- 0,1	- 0,2
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	± 0,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 0,4	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 1,1	- 0,3	± 0,0	- 0,2	- 0,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 5,2	- 3,2	- 8,4	- 7,6	- 7,8	- 8,1	- 1,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,1
Kohle und Torf <sup>3)</sup>	+ 5,5	- 3,3	- 10,4	- 9,3	- 9,0	- 10,1	- 2,2	+ 0,5	± 0,0	± 0,0
Erdöl und Erdgas	+ 18,4	- 5,7	- 16,1	- 15,8	- 17,0	- 16,0	- 0,7	- 0,4	- 5,8	+ 0,1
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	- 0,5	- 1,7	- 1,0	- 0,8	- 1,5	- 0,8	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,3
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 0,7	- 0,2	- 1,2	- 1,4	- 1,6	- 1,6	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	+ 2,0	- 0,4	- 2,8	- 2,8	- 3,1	- 3,3	- 0,6	± 0,0	- 0,4	- 0,3
Tabakerzeugnisse	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Textilien	+ 0,7	± 0,0	- 0,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	- 0,1	± 0,0	- 0,3	- 0,1
Bekleidung	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,1
Leder und Lederwaren	+ 0,9	+ 0,3	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2
Papier	- 2,3	+ 1,5	± 0,0	- 0,5	- 1,3	- 1,8	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,1
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielt	- 0,4	± 0,0	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,3	- 0,2	± 0,0	+ 0,1	- 0,2
Ton-, Bild- und Datenträger	+ 2,7	- 9,1	- 12,6	- 12,7	- 9,9	- 9,4	- 0,4	- 2,0	- 0,7	- 1,1
Chemische Erzeugnisse	+ 1,0	- 0,6	- 2,4	- 2,8	- 3,5	- 4,0	- 0,2	- 0,1	- 0,4	- 0,4
Gummi- und Kunststoffwaren	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,6	- 0,7	- 1,0	± 0,0	- 0,6	- 0,2	- 0,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	- 0,5	- 0,7	- 0,2	± 0,0	- 0,4	- 0,4	+ 0,2	± 0,0	- 0,1	- 0,2
Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse	+ 1,7	+ 1,4	- 2,9	- 5,3	- 7,3	- 7,9	- 1,0	- 2,0	- 1,2	- 0,3
Metallerzeugnisse	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	-	+ 0,1
Maschinen	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	± 0,0	± 0,0	+ 0,2	+ 0,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 4,1	- 5,1	- 6,1	- 6,0	- 6,7	- 6,7	- 1,3	- 0,6	- 0,9	- 0,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u.ä.	- 0,8	± 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,8	- 0,2	± 0,0	- 0,3	- 0,2	+ 0,6
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	- 0,6	- 0,8	- 2,6	- 3,3	- 2,1	- 2,8	- 0,1	- 0,8	- 0,4	- 0,5
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren	+ 1,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	± 0,0	± 0,0	- 0,1	+ 0,1
Sonstige Fahrzeuge	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,8	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	- 0,2
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,2	± 0,0	+ 0,3	+ 0,1
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 3,8	- 1,4	- 4,6	- 4,6	- 6,1	- 6,0	- 1,4	- 0,1	- 1,9	± 0,0
Energie <sup>4)</sup>	+ 3,9	- 1,8	- 5,2	- 5,2	- 6,8	- 6,7	- 1,6	- 0,1	- 2,2	± 0,0
Wasser	+ 3,9	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,2	± 0,0	+ 0,8	+ 0,1

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Ohne Preisrepräsentanten für Torf - 4) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998			1999		
					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>										
Wohngebäude <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,8	99,1	98,7		98,6			98,3	
Bürogebäude <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,1	99,6	98,9		98,7			98,5	
Gewerbliche Betriebsgebäude <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,3	99,8	99,3		99,1			98,6	
Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	98,3	96,6	95,7		95,4			95,3	
Brücken im Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,4	98,0	97,4		97,2			96,5	
Ortskanäle <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	98,4	96,6	95,6		95,3			95,2	
Kläranlagen <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,0	99,3	99,3		99,3			99,1	
<b>Index der Großhandelsverkaufspreise<sup>2)</sup></b>	1991 = 100	103,1	105,6	103,4	100,9	100,5	100,9	101,2	100,7	101,4
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	1991 = 100	102,8	108,7	106,7	102,1	101,6	103,5	104,9	103,9	104,8
<b>Index der Einzelhandelspreise<sup>3)</sup></b>	1995 = 100	100,7	102,1	102,7	102,6	102,7	102,6	102,4	102,3	102,5
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	1995 = 100	100,5	101,5	102,3	101,8	102,0	102,0	102,2	102,1	102,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	1995 = 100	100,9	102,8	104,0	103,6	103,6	103,6	103,9	103,9	103,8
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>4)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,5	110,3	113,2	113,1	113,1	113,2	108,8	108,8	108,8
Sonstiger Facheinzelhandel . . . . .	1995 = 100	100,5	100,7	101,1	101,2	101,4	101,4	101,3	101,3	101,4
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) . . . . .	1995 = 100	103,4	104,3	101,4	100,7	100,5	100,0	100,3	99,9	102,2
Einzelhandel mit Kraftwagen . . . . .	1995 = 100	101,0	100,8	102,1	102,7	102,7	102,7	102,4	102,6	102,7
Einzelhandel mit Kraftwagen teilen und Zubehör . . . . .	1995 = 100	100,6	100,5	101,0	101,1	101,6	101,5	101,5	101,5	101,5
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör . . . . .	1995 = 100	100,7	100,8	101,5	101,8	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9
Tankstellen . . . . .	1995 = 100	102,0	103,2	102,1	102,1	102,1	101,6	101,6	101,3	101,8
<b>Preisindex für die Lebenshaltung<sup>5)</sup></b>										
aller privaten Haushalte . . . . .	1995 = 100	101,4	103,3	104,3	104,2	104,2	104,3	104,1	104,3	104,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke . . . . .	1995 = 100	100,6	102,0	103,0	101,6	101,9	102,1	103,0	103,0	102,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren . . . . .	1995 = 100	100,8	102,7	104,7	105,6	105,7	105,6	105,5	105,5	105,5
Bekleidung und Schuhe . . . . .	1995 = 100	100,7	101,1	101,5	101,7	102,0	102,0	101,7	101,6	101,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe . . . . .	1995 = 100	102,4	105,1	106,0	106,0	106,0	105,9	106,1	106,1	106,4
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung . . . . .	1995 = 100	100,7	101,1	101,8	101,9	102,0	102,0	102,0	102,0	102,0
Gesundheitspflege . . . . .	1995 = 100	101,5	108,7	114,4	114,4	114,6	114,6	110,6	110,4	110,4
Verkehr . . . . .	1995 = 100	102,4	104,3	104,7	104,9	104,8	104,6	104,4	104,6	104,9
Nachrichtenermittlung . . . . .	1995 = 100	100,9	97,9	97,3	96,4	96,4	96,2	89,5	89,0	90,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur . . . . .	1995 = 100	100,4	102,5	103,1	102,6	102,8	103,2	102,8	104,4	104,1
Bildungswesen . . . . .	1995 = 100	103,7	107,8	112,9	113,5	116,1	116,1	116,4	117,2	117,3
Beherbergungs- und Gaststattendienst- leistungen . . . . .	1995 = 100	101,1	102,1	103,6	103,9	103,0	103,3	103,2	103,9	103,7
Andere Waren und Dienstleistungen . . . . .	1995 = 100	100,5	102,3	102,8	103,2	103,2	103,2	103,6	104,0	104,0
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte<sup>5)</sup></b> . . . . .	1995 = 100	101,3	103,2	104,1	104,0	104,1	104,1	103,9	104,1	104,3
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte<sup>5)</sup></b> . . . . .	1995 = 100	101,9	104,2	105,3	105,2	105,3	105,3	105,0	105,3	105,3
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einfuhrpreise</b> . . . . .	1991 = 100	97,8	100,9	98,0	95,7	95,3	94,9	94,9	95,0	...
dar.: Güter aus EU-Ländern . . . . .	1991 = 100	97,7	99,6	97,6	96,1	95,6	95,4	95,3	95,2	...
Güter aus Drittländern . . . . .	1991 = 100	97,9	102,4	98,5	95,3	95,1	94,4	94,4	94,9	...
<b>Index der Ausfuhrpreise</b> . . . . .	1991 = 100	103,5	105,1	105,2	104,6	104,5	104,2	104,0	104,2	...
dar.: Güter für EU-Länder . . . . .	1991 = 100	102,3	103,9	104,0	103,3	103,1	102,9	102,5	102,5	...
Güter für Drittländer . . . . .	1991 = 100	104,8	106,4	106,7	106,0	106,0	105,9	105,8	106,0	..

1) Emschl. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - 4) In Verkaufsräumen. - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98.

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Marz 99	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Marz 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>										
Wohngebäude <sup>1)</sup> . . . . .	- 0,7	- 0,4	.	.	± 0,0	.	.	- 0,3 <sup>a)</sup>	.	.
Bürogebäude <sup>2)</sup> . . . . .	- 0,5	- 0,7	.	.	- 0,6	.	.	- 0,2 <sup>a)</sup>	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude <sup>2)</sup> . . . . .	- 0,5	- 0,5	.	.	- 0,8	.	.	- 0,5 <sup>a)</sup>	.	.
Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	- 1,7	- 0,9	.	.	- 0,3	.	.	- 0,1 <sup>a)</sup>	.	.
Brücken im Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	- 1,4	- 0,6	.	.	- 0,7	.	.	- 0,7 <sup>a)</sup>	.	.
Ortskanäle <sup>1)</sup> . . . . .	- 1,8	- 1,0	.	.	- 0,2	.	.	- 0,1 <sup>a)</sup>	.	.
Klaranlagen <sup>1)</sup> . . . . .	- 0,7	± 0,0	.	.	- 0,2	.	.	- 0,2 <sup>a)</sup>	.	.
<b>Index der Großhandelsverkaufspreise<sup>2)</sup></b> . . . . .	+ 2,4	- 2,1	- 4,5	- 4,1	- 4,5	- 3,6	+ 0,4	+ 0,3	- 0,5	+ 0,7
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	+ 5,7	- 1,8	- 5,2	- 4,7	- 5,5	- 4,5	+ 1,9	+ 1,4	- 1,0	+ 0,9
<b>Index der Einzelhandelspreise<sup>3)</sup></b> . . . . .	+ 1,4	+ 0,6	- 0,1	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art . . . . .	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,1	± 0,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0	+ 0,2	- 0,1	± 0,0
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	± 0,0	+ 0,3	± 0,0	- 0,1
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>4)</sup> . . . . .	+ 10,9	+ 2,6	- 3,2	- 3,6	- 3,6	- 3,6	+ 0,1	- 3,9	± 0,0	± 0,0
Sonstiger Facheinzelhandel . . . . .	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	± 0,0	- 0,1	± 0,0	+ 0,1
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) . . . . .	+ 0,9	- 2,8	- 4,1	- 2,4	- 2,5	+ 0,5	- 0,5	+ 0,3	- 0,4	+ 2,3
Einzelhandel mit Kraftwagen . . . . .	- 0,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,8	± 0,0	- 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör . . . . .	- 0,1	+ 0,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör . . . . .	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Tankstellen . . . . .	+ 1,2	- 1,1	- 1,5	- 0,6	- 0,7	+ 0,1	- 0,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,5
<b>Preisindex für die Lebenshaltung<sup>5)</sup></b>										
aller privaten Haushalte . . . . .	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke . . . . .	+ 1,4	+ 1,0	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,9	± 0,0	- 0,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren . . . . .	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Bekleidung und Schuhe . . . . .	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	± 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe . . . . .	+ 2,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	+ 0,3
Einrichtungsgegenstände u. ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung . . . . .	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Gesundheitspflege . . . . .	+ 7,1	+ 5,2	+ 0,4	- 3,0	+ 3,2	- 3,2	± 0,0	- 3,5	- 0,2	± 0,0
Verkehr . . . . .	+ 1,9	+ 0,4	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,9	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Nachrichtenübermittlung . . . . .	- 3,0	- 0,6	- 2,1	- 9,0	- 9,5	- 7,3	- 0,2	- 7,0	- 0,6	+ 1,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur . . . . .	+ 2,1	+ 0,6	± 0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	- 0,4	+ 1,6	- 0,3
Bildungswesen . . . . .	+ 4,0	+ 4,7	+ 5,8	+ 5,1	+ 4,7	+ 4,7	± 0,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,1
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen . . . . .	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	- 0,2
Andere Waren und Dienstleistungen . . . . .	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	± 0,0	+ 0,4	+ 0,4	± 0,0
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte<sup>5)</sup></b> . . . . .	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	..	+ 0,5	± 0,0	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte<sup>5)</sup></b> . . . . .	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,2	...	+ 0,4	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	± 0,0
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einfuhrpreise</b> . . . . .	+ 3,2	- 2,9	- 6,0	- 5,9	- 5,6	.	- 0,4	± 0,0	+ 0,1	...
dar.: Güter aus EU-Ländern . . . . .	+ 1,9	- 2,0	- 4,7	- 4,8	- 4,5	...	- 0,2	- 0,1	- 0,1	...
Güter aus Drittländern . . . . .	+ 4,6	- 3,8	- 7,5	- 7,3	- 6,4	...	- 0,7	± 0,0	+ 0,5	...
<b>Index der Ausfuhrpreise</b> . . . . .	+ 1,5	+ 0,1	- 1,3	- 1,6	- 1,5	...	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	...
dar.: Güter für EU-Länder . . . . .	+ 1,6	+ 0,1	- 1,5	- 2,0	- 1,9	..	- 0,2	- 0,4	± 0,0	..
Güter für Drittländer . . . . .	+ 1,5	+ 0,3	- 0,8	- 1,2	- 1,1	...	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	..

1) Einschl. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - 4) In Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98  
a) Februar 1999 gegenüber November 1998.

# Statistische Monatszahlen

## Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

### Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998 <sup>1)</sup>		1998 <sup>1)</sup>		1999 <sup>1)</sup>	
					2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Absolute Zahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	1 000	82 012	82 057	81 993 s	82 024	82 030	82 039 s	82 021 s	82 013 s	81 994 s
dar.: Ausländer/-innen <sup>2)</sup> . . .	1 000	7 314	7 366	7 320	7 349	7 322	7 324	7 320	7 319	7 315
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	Anzahl	427 297	422 776	416 574	120 223	146 514	22 925	41 005	12 361	15 621
Ehescheidungen . . . . .	Anzahl	175 550	187 802	.	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	796 013	812 173	782 251	192 585	209 545	61 153	62 455	60 907	59 165
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	106 229	107 182	...	25 199	25 926	.	.	.	.
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	135 700	145 833	...	36 418	41 972	.	.	.	.
Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	882 843	860 389	850 919	207 388	200 395	70 780	76 732	76 486	77 343
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	13 394	13 678	..	3 355	3 339	.	.	.	.
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	Anzahl	3 962	3 951	..	854	904	.	.	.	.
Totgeborene <sup>4)</sup> . . . . .	Anzahl	3 573	3 510	3 014	834	789	228	236	231	228
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 86 830	- 48 216	- 68 668	- 14 803	+ 9 150	- 9 627	- 14 277	- 15 579	- 18 178
Deutsche . . . . .	Anzahl	- 179 665	- 141 720	...	- 36 647	- 13 437	.	.	.	.
Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 92 835	+ 93 504	...	+ 21 844	+ 22 587	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>5)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	Anzahl	959 691	840 633	...	188 087	227 956	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	707 954	615 298	...	142 268	169 182	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	Anzahl	677 494	746 969	...	164 939	231 223	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	559 064	637 066	...	139 268	198 509	...	...	...	...
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) . . . . .	Anzahl	+ 282 197	+ 93 664	...	+ 23 148	- 3 267	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 148 890	- 21 768	...	+ 3 000	- 29 327	...	...	...	...
<b>Verhältniszahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
Ausländer/-innen <sup>2)</sup> . . . . .	% der Bevölkerung	8,9	9,0	8,9 s	9,0	8,9	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	5,2	5,2	5,1 <sup>7)</sup>	..	...	3,4 <sup>7)</sup>	5,9 <sup>7)</sup>	1,8 <sup>7)</sup>	2,5 <sup>7)</sup>
Ehescheidungen . . . . .	je 10 000 Einwohner/-innen	21,4	22,9	...	...	...	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	9,7	9,9	9,5 <sup>7)</sup>	...	...	9,1 <sup>7)</sup>	9,0 <sup>7)</sup>	8,7 <sup>7)</sup>	9,4 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	je 1 000 Ausländer/-innen	14,5	14,6	...	13,8	14,0	.	.	.	.
	% aller Lebendgeb.	13,3	13,2	...	13,1	12,4	.	.	.	.
Zusammengefaßte Geburtenziffer <sup>6)</sup> . . . . .		1 316	...	..	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	% aller Lebendgeb.	17,0	18,0	...	18,9	20,0	.	.	.	.
Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	10,8	10,5	10,4 <sup>7)</sup>	..	...	10,5 <sup>7)</sup>	11,0 <sup>7)</sup>	11,0 <sup>7)</sup>	12,3 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	je 1 000 Ausländer/-innen	1,8	1,9	..	1,8	1,8	.	.	.	.
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4	0,4	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>5)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Zuzüge	73,8	73,2	..	75,6	74,2	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Fortzüge	82,5	85,3	...	84,4	85,9	..	..	..	..
<b>Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	%	+ 0,2	+ 0,1	- 0,1 s	- 0,0	- 0,1	- 0,0 s	- 0,0 s	- 0,0 s	- 0,0 s
dar.: Ausländer/-innen <sup>2)</sup> . . .	%	+ 2,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,2	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6 s
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	%	- 0,8	- 1,1	- 1,2	- 7,5	+ 2,3	+ 4,4	+ 5,3	- 4,3	- 0,8
Ehescheidungen . . . . .	%	+ 3,6	+ 7,0	...	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	%	+ 4,0	+ 2,0	- 3,4	- 7,1	- 2,7	+ 4,2	- 2,7	- 3,5	- 3,4
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 6,5	+ 0,9	...	- 9,9	- 6,1	.	.	.	.
Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	%	- 0,2	- 2,5	- 0,7	- 2,6	- 0,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 4,0	+ 7,5
<b>Wanderungen<sup>5)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	%	- 12,4	- 12,4	...	- 13,3	- 0,9	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 10,7	- 13,1	...	- 8,1	- 0,3	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	%	- 3,0	+ 10,3	...	- 2,9	+ 3,2	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 1,5	+ 14,0	...	- 2,5	+ 2,7	...	...	...	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters. - 3) Ohne Totgeborene - 4) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 5) Einschli. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 7) Bevölkerung geschätzt

# Statistische Monatszahlen

## Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

### Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998 <sup>1)</sup>		1998 <sup>1)</sup>		1999 <sup>1)</sup>	
					2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Absolute Zahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	1 000	66 583	66 688	...	66 689	66 717	..	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	Anzahl	373 245	369 396	361 741	103 204	125 014	20 435	37 142	10 865	13 652
Ehescheidungen . . . . .	Anzahl	152 798 <sup>6)</sup>	161 265 <sup>6)</sup>	...	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	702 688	711 915	681 991	167 863	181 307	53 219	54 468	52 275	51 415
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	103 402	104 323	...	24 568	25 200	.	.	.	.
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	96 140	101 615	...	25 051	28 674	.	.	.	.
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	708 332	692 844	686 729	167 199	161 141	57 325	62 083	61 334	62 831
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	12 967	13 247	...	3 247	3 230	.	.	.	.
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	Anzahl	3 463	3 466	...	751	763	.	.	.	.
Totgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	3 100	3 047	2 564	703	654	192	207	202	191
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) . . . . .	Anzahl	- 5 644	+ 19 071	- 4 738	+ 664	+ 20 166	- 4 106	- 7 615	- 9 059	- 11 416
Deutsche . . . . .	Anzahl	- 96 079	- 72 005	...	- 20 657	- 1 804	.	.	.	.
Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 90 435	+ 91 076	...	+ 21 321	+ 21 970	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	Anzahl	828 326	737 404	...	167 351	205 231	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	611 205	537 218	...	126 154	151 636	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	Anzahl	595 247	662 009	...	148 985	213 556	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	491 165	564 214	...	126 696	182 857	...	...	...	...
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) . . . . .	Anzahl	+233 079	+ 75 395	...	+ 18 366	- 8 325	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+120 040	- 26 996	...	- 542	- 31 221	...	...	...	...
<b>Verhältniszahlen</b>										
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	5,6	5,5	5,4 <sup>7)</sup>	...	...	3,7 <sup>7)</sup>	6,6 <sup>7)</sup>	1,9 <sup>7)</sup>	2,7 <sup>7)</sup>
Ehescheidungen . . . . .	je 10 000 Einwohner/-innen	22,5 <sup>6)</sup>	23,7 <sup>6)</sup>	...	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	10,5	10,7	10,2 <sup>7)</sup>	...	...	9,7 <sup>7)</sup>	9,6 <sup>7)</sup>	9,2 <sup>7)</sup>	10,0 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Lebendgeb.	14,7	14,7	...	14,6	13,9	.	.	.	.
Zusammengefaßte Geburtensziffer <sup>5)</sup> . . . . .		1 396	...	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	% aller Lebendgeb.	13,7	14,3	...	14,9	15,8	.	.	.	.
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	10,6	10,4	10,3 <sup>7)</sup>	...	...	10,5 <sup>7)</sup>	11,0 <sup>7)</sup>	10,8 <sup>7)</sup>	12,3 <sup>7)</sup>
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4	0,4	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Zuzüge	73,8	72,9	...	75,4	73,9	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Fortzüge	82,5	85,2	...	85,0	85,6	...	...	...	...
<b>Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	%	+ 0,2	+ 0,2	...	+ 0,1	+ 0,0	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	%	- 0,8	- 1,0	- 1,8	- 7,8	+ 0,9	+ 4,1	+ 4,8	- 5,2	- 1,1
Ehescheidungen . . . . .	%	+ 4,7 <sup>6)</sup>	+ 5,5 <sup>6)</sup>	...	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	%	+ 3,1	+ 1,3	- 4,2	- 7,8	- 3,7	+ 3,9	- 3,1	- 5,2	- 4,1
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 6,4	+ 0,9	...	- 9,8	- 6,3	.	.	.	.
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	%	+ 0,3	- 2,2	- 0,5	- 2,3	+ 0,2	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 7,5
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	%	- 16,8	- 11,0	...	- 11,5	+ 0,3	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 11,9	- 12,1	...	- 6,0	+ 1,0	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	%	- 5,6	+ 11,2	...	- 0,0	+ 6,5	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 3,8	+ 14,9	...	+ 0,1	+ 6,7	...	...	...	...

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtensziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost - 7) Bevölkerung geschätzt

# Statistische Monatszahlen

## Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

### Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998 <sup>1)</sup>		1998 <sup>1)</sup>		1999 <sup>1)</sup>	
					2. Vj	3. Vj	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Absolute Zahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	1 000	15 429	15 369	..	15 335	15 313	..	..	..	..
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	Anzahl	54 052	53 380	54 833	17 019	21 500	2 490	3 863	1 496	1 969
Ehescheidungen . . . . .	Anzahl	22 752 <sup>6)</sup>	26 537 <sup>6)</sup>	..	..	..	..	..	..	..
Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	93 325	100 258	100 260	24 722	28 238	7 934	7 987	8 632	7 750
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	2 827	2 859	..	631	726	..	..	..	..
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	39 560	44 218	..	11 367	13 298	..	..	..	..
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	174 511	167 545	164 190	40 189	39 254	13 455	14 649	15 152	14 512
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	427	431	..	108	109	..	..	..	..
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	Anzahl	499	485	..	103	141	..	..	..	..
Totgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	473	463	450	131	135	36	29	29	37
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) . . . . .	Anzahl	- 81 186	- 67 287	- 63 930	- 15 467	- 11 016	- 5 521	- 6 662	- 6 520	- 6 762
Deutsche . . . . .	Anzahl	- 83 586	- 69 715	..	- 15 990	- 11 633	..	..	..	..
Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 2 400	+ 2 428	..	+ 523	+ 617	..	..	..	..
<b>Wanderungen <sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	Anzahl	131 365	103 229	..	20 736	22 725	..	..	..	..
dar.: Ausländer . . . . .	Anzahl	96 749	78 080	..	16 114	17 546	..	..	..	..
Fortzüge . . . . .	Anzahl	82 247	84 960	..	15 954	17 667	..	..	..	..
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	67 899	72 852	..	12 572	15 652	..	..	..	..
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) . . . . .	Anzahl	+ 49 118	+ 18 269	..	+ 4 782	+ 5 058	..	..	..	..
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 28 850	+ 5 228	..	+ 3 542	+ 1 894	..	..	..	..
<b>Verhältniszahlen</b>										
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,5	3,6 <sup>7)</sup>	..	..	2,0 <sup>7)</sup>	3,0 <sup>7)</sup>	1,2 <sup>7)</sup>	1,7 <sup>7)</sup>
Ehescheidungen . . . . .	je 10 000 Einwohner/-innen	16,0 <sup>6)</sup>	18,8 <sup>6)</sup>	..	..	..	..	..	..	..
Lebendgeborene . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	6,0	6,5	6,5 <sup>7)</sup>	..	..	6,3 <sup>7)</sup>	6,1 <sup>7)</sup>	6,6 <sup>7)</sup>	6,6 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Lebendgeb.	3,0	2,9	..	2,6	2,6	..	..	..	..
Zusammengefaßte Geburtenziffer <sup>5)</sup> . . . . .		948	..	..	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	% aller Lebendgeb.	42,4	44,1	..	46,0	47,1	..	..	..	..
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	11,3	10,9	10,7 <sup>7)</sup>	..	..	10,7 <sup>7)</sup>	11,3 <sup>7)</sup>	11,7 <sup>7)</sup>	12,4 <sup>7)</sup>
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	..	0,4	0,5	..	..	..	..
<b>Wanderungen <sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Zuzüge	73,6	75,6	..	77,7	77,2	..	..	..	..
Fortzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Fortzüge	82,6	85,7	..	78,8	88,6	..	..	..	..
<b>Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	%	- 0,3	- 0,4	..	- 0,5	- 0,5	..	..	..	..
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	%	- 0,2	- 1,2	+ 2,8	- 5,8	+ 11,3	+ 7,1	+ 11,1	+ 3,2	+ 0,6
Ehescheidungen . . . . .	%	+ 5,9 <sup>6)</sup>	+ 16,6 <sup>6)</sup>	..	..	..	..	..	..	..
Lebendgeborene . . . . .	%	+ 11,3	+ 7,4	+ 1,8	- 1,8	+ 4,2	+ 6,1	+ 0,2	+ 7,7	+ 1,4
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 12,7	+ 1,1	..	- 15,1	- 0,3	..	..	..	..
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	%	- 2,0	- 4,0	- 1,4	- 3,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,8	+ 3,8	+ 7,6
<b>Wanderungen <sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	%	+ 0,5	- 21,4	..	- 25,2	- 10,6	..	..	..	..
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 2,3	- 19,3	..	- 22,4	- 10,4	..	..	..	..
Fortzüge . . . . .	%	+ 22,0	+ 3,3	..	- 23,4	- 25,3	..	..	..	..
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 18,9	+ 7,3	..	- 22,8	- 28,4	..	..	..	..

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g) - 4) Einschl. Herkunfts- /Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben. - 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost. - 7) Bevölkerung geschätzt.

# Statistische Monatszahlen

## Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Volkseinkommen<sup>1)</sup>

### Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1995	1996	1997	1998	1998			
					1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
<b>in jeweiligen Preisen</b>								
<b>Mrd. DM</b>								
<b>Entstehung des Inlandsprodukts</b>								
Bruttowertschöpfung <sup>2)</sup>	3 176,14	3 252,68	3 346,57	3 472,60	830,27	851,61	882,94	907,78
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36,34	38,70	39,37	40,09	2,69	2,95	19,93	14,52
Produzierendes Gewerbe	1 133,28	1 123,94	1 144,45	1 192,81	290,00	299,49	300,44	302,88
Handel und Verkehr	494,63	496,17	508,66	522,51	128,05	130,40	131,24	132,82
Dienstleistungsunternehmen	1 169,25	1 245,65	1 305,14	1 368,48	332,12	339,71	346,58	350,07
Staat, private Haushalte <sup>3)</sup>	479,78	489,17	492,26	495,69	113,81	115,68	121,61	144,59
<b>Verwendung des Inlandsprodukts</b>								
Privater Verbrauch	1 975,31	2 046,35	2 095,23	2 156,12	517,60	528,74	536,21	573,57
Staatsverbrauch	686,55	705,11	703,40	710,10	166,09	168,83	172,67	202,51
Anlageinvestitionen	735,61	723,44	722,93	728,67	159,87	185,18	189,43	194,19
Ausrüstungen	262,33	267,91	279,48	307,16	66,36	74,70	74,87	91,23
Bauten	473,28	455,53	443,45	421,51	93,51	110,48	114,56	102,96
Vorratsveränderung	18,27	5,89	47,58	97,30	39,16	22,69	41,98	- 6,53
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	27,06	42,71	54,86	65,91	15,08	16,96	13,51	20,36
Ausfuhr <sup>4)</sup>	821,24	866,18	971,79	1 028,18	250,27	258,50	256,59	262,82
Einfuhr <sup>4)</sup>	794,18	823,47	916,93	962,27	235,19	241,54	243,08	242,46
Bruttoinlandsprodukt	3 442,80	3 523,50	3 624,00	3 758,10	897,80	922,40	953,80	984,10
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	3 426,60	3 497,50	3 600,10	3 719,40	887,90	916,40	943,30	971,80
<b>Volkseinkommen</b>								
insgesamt	2 598,98	2 657,00	2 735,69	2 833,35	673,45	691,18	720,17	748,55
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 883,43	1 902,51	1 906,98	1 933,00	444,86	464,52	479,86	543,76
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>								
Bruttowertschöpfung <sup>2)</sup>	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,8	+ 5,3	+ 2,6	+ 3,8	+ 3,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 0,8	+ 6,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 5,9	+ 1,4	+ 2,3	+ 0,6
Produzierendes Gewerbe	+ 1,5	- 0,8	+ 1,8	+ 4,2	+ 8,4	+ 1,6	+ 4,1	+ 3,2
Handel und Verkehr	+ 3,4	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 5,4	+ 0,9	+ 2,4	+ 2,3
Dienstleistungsunternehmen	+ 5,3	+ 6,5	+ 4,8	+ 4,9	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,8	+ 5,3
Staat, private Haushalte <sup>3)</sup>	+ 3,9	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7	- 0,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,7
Privater Verbrauch	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,8	+ 3,3	+ 3,4
Staatsverbrauch	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 1,7
Anlageinvestitionen	+ 1,3	- 1,7	- 0,1	+ 0,8	+ 5,9	- 3,1	+ 0,1	+ 1,3
Ausfuhr <sup>4)</sup>	+ 8,5	+ 5,5	+ 12,2	+ 5,8	+ 13,0	+ 6,9	+ 3,6	+ 0,7
Einfuhr <sup>4)</sup>	+ 7,9	+ 3,7	+ 11,3	+ 4,9	+ 9,7	+ 6,7	+ 3,0	+ 0,9
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,7	+ 4,9	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,4
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,3	+ 4,7	+ 2,3	+ 3,3	+ 3,0
Volkseinkommen	+ 3,5	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,6	+ 6,0	+ 1,7	+ 3,4	+ 3,3
dar.: Einkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,3
<b>in Preisen von 1991</b>								
<b>Mrd. DM</b>								
<b>Entstehung des Inlandsprodukts</b>								
Bruttowertschöpfung <sup>2)</sup>	2 767,35	2 803,91	2 866,64	2 954,78	708,55	731,87	756,45	757,91
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,51	46,15	45,39	46,90	3,69	4,70	22,47	16,04
Produzierendes Gewerbe	1 036,82	1 022,77	1 048,91	1 084,94	260,21	271,14	274,04	279,55
Handel und Verkehr	438,18	442,36	453,32	469,10	113,37	117,19	118,42	120,12
Dienstleistungsunternehmen	982,72	1 034,55	1 075,61	1 126,30	273,33	282,20	285,29	285,48
Staat, private Haushalte <sup>3)</sup>	402,99	405,57	404,17	403,43	100,46	100,44	101,02	101,51
<b>Verwendung des Inlandsprodukts</b>								
Privater Verbrauch	1 730,20	1 757,55	1 765,72	1 800,07	431,11	442,16	449,52	477,28
Staatsverbrauch	600,53	616,91	612,73	616,31	150,48	152,04	152,33	161,46
Anlageinvestitionen	663,97	656,07	656,47	667,04	146,10	168,80	173,24	178,90
Ausrüstungen	255,00	259,97	270,12	297,31	64,50	71,98	72,65	88,18
Bauten	408,97	396,10	386,35	369,73	81,60	96,82	100,59	90,72
Vorratsveränderung	18,54	4,05	41,85	88,33	32,44	21,29	39,37	- 4,77
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	- 17,04	0,02	24,63	14,95	5,67	4,11	- 1,26	6,43
Ausfuhr <sup>4)</sup>	791,84	832,51	924,79	974,38	236,14	243,64	243,11	251,49
Einfuhr <sup>4)</sup>	808,88	832,49	900,16	959,43	230,47	239,53	244,37	245,06
Bruttoinlandsprodukt	2 996,20	3 034,60	3 101,40	3 186,70	765,80	788,40	813,20	819,30
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	110	113	117	120	117	119	122	122
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	2 982,00	3 012,00	3 080,90	3 153,60	757,30	783,20	804,20	808,90
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>								
Bruttowertschöpfung <sup>2)</sup>	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,6	+ 1,8	+ 3,1	+ 2,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 3,0	+ 8,6	- 1,6	+ 3,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 5,2
Produzierendes Gewerbe	+ 0,4	- 1,4	+ 2,6	+ 3,4	+ 7,9	+ 0,8	+ 3,4	+ 2,2
Handel und Verkehr	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,5	- 3,5	+ 5,2	+ 1,6	+ 3,7	+ 3,5
Dienstleistungsunternehmen	+ 3,4	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,0	+ 4,9	+ 4,9	+ 5,0
Staat, private Haushalte <sup>3)</sup>	+ 0,4	+ 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,1
Privater Verbrauch	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,7
Staatsverbrauch	+ 2,0	+ 2,7	- 0,7	+ 0,6	+ 0,6	- 0,5	+ 0,6	+ 1,6
Anlageinvestitionen	- 0,0	- 1,2	+ 0,1	+ 1,6	+ 6,8	- 2,4	+ 1,1	+ 2,1
Ausfuhr <sup>4)</sup>	+ 6,6	+ 5,1	+ 11,1	+ 5,4	+ 11,2	+ 5,9	+ 3,5	+ 1,6
Einfuhr <sup>4)</sup>	+ 7,3	+ 2,9	+ 8,1	+ 6,6	+ 8,7	+ 7,3	+ 5,8	+ 4,8
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 4,3	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5
je Erwerbstätigen (1991 = 100)	+ 1,6	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,9
nachrichtl. Bruttosozialprodukt	+ 1,0	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 4,1	+ 1,2	+ 2,3	+ 2,0

1) Ab 1996 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand März 1999) - 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen - 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck - 4) Von Waren und Dienstleistungen





**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte<sup>1)</sup> nach Wirtschaftsabteilungen  
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen<sup>2)</sup>**

**Früheres Bundesgebiet**

**1 000**

Jahr Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa- tionen ohne Erwerbs- charakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	darunter				zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	
		Reinigung (einschl. Schornstein- feger- gewerbe) und Körperpflege	Wissen- schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinar- wesen					
<b>Insgesamt</b>									
1993 JD . . . . .	5 316,0	392,4	1 000,3	1 500,9	569,6	1 466,8	1 253,5	213,2	0,7
1994 JD . . . . .	5 450,0	391,3	1 009,0	1 552,4	585,9	1 453,2	1 237,4	215,8	0,6
1995 JD . . . . .	5 582,9	391,2	1 023,4	1 591,6	602,8	1 420,2	1 200,4	219,7	0,6
1996 JD . . . . .	5 698,4	392,8	1 034,5	1 628,0	619,7	1 406,6	1 182,5	224,1	0,8
1997 JD . . . . .	5 787,2	388,3	1 057,4	1 637,4	628,8	1 376,8	1 156,8	220,1	1,0
1997 31. März . . . . .	5 710,6	385,5	1 048,1	1 639,8	629,7	1 381,1	1 160,8	220,3	1,3
30. Juni . . . . .	5 784,3	385,3	1 055,5	1 630,6	623,3	1 376,0	1 157,7	218,3	0,8
30. September . . . . .	5 887,3	393,9	1 064,4	1 643,2	630,9	1 376,5	1 155,9	220,6	0,7
31. Dezember . . . . .	5 839,6	387,2	1 080,4	1 632,2	635,0	1 353,5	1 135,1	218,4	1,0
1998 31. März . . . . .	5 849,5	385,2	1 071,3	1 617,1	632,3	1 336,9	1 120,4	216,5	0,8
30. Juni . . . . .	5 897,1	386,6	1 071,1	1 595,3	632,0	1 336,6	1 120,8	215,8	0,9
Männlich . . . . .	2 136,4	98,8	402,5	279,7	214,4	603,3	530,8	72,5	0,3
Weiblich . . . . .	3 760,7	287,7	668,5	1 315,6	417,5	733,3	590,0	143,3	0,5
<b>dar: ausländische Beschäftigte</b>									
1993 JD . . . . .	540,6	89,3	60,8	104,3	30,6	55,2	51,5	3,7	0,1
1994 JD . . . . .	563,0	91,9	61,8	109,5	32,5	53,3	49,3	3,9	0,0
1995 JD . . . . .	572,5	93,2	61,5	110,6	33,6	48,6	44,5	4,1	0,0
1996 JD . . . . .	578,9	95,5	61,5	111,4	34,9	48,4	44,2	4,3	0,1
1997 JD . . . . .	571,9	94,1	61,7	107,9	35,9	47,6	43,4	4,2	0,1
1997 31. März . . . . .	565,4	93,5	61,6	109,2	35,6	47,8	43,6	4,2	0,1
30. Juni . . . . .	576,3	93,6	61,5	107,2	35,0	47,8	43,6	4,2	0,1
30. September . . . . .	582,2	95,1	62,0	107,0	36,4	47,5	43,3	4,2	0,1
31. Dezember . . . . .	562,1	93,2	62,6	105,6	37,4	46,1	41,9	4,2	0,1
1998 31. März . . . . .	566,2	92,2	61,9	103,5	37,0	45,5	41,5	4,0	0,1
30. Juni . . . . .	581,0	92,3	62,2	101,3	36,6	45,9	41,8	4,1	0,1
Männlich . . . . .	270,1	29,8	28,2	17,7	16,0	22,1	21,1	1,0	0,0
Weiblich . . . . .	310,9	62,6	34,0	83,6	20,6	23,8	20,7	3,1	0,0
Ausländerquote <sup>5)</sup> . . . . .	9,9	23,9	5,8	6,3	5,8	3,4	3,7	1,9	6,0

1) Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. – 2) Systematik der Wirtschaftszweige – Fassung für die Berufszählung 1970 – 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. – 5) Anteil der Ausländer/-innen an den Beschäftigten insgesamt in Prozent.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte<sup>1)</sup> nach Wirtschaftsabteilungen  
und ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen<sup>2)</sup>**

**Neue Länder und Berlin-Ost**

1 000

Jahr ----- Stichtag	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Energie-wirtschaft und Wasser-versorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)							
				zusammen	Chemische Industrie (einschl. Kohlen-wertstoff-industrie) und Mineralöl- verarbeitung	Kunststoff-, Gummi- und Asbest-	Gewinnung und Ver-arbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glas-gewerbe	Eisen- und NE-Metall-erzeugung, Gießerei und Stahl-verformung	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeug-bau <sup>3)</sup>	Elektro-technik <sup>4)</sup> , Fein-mechanik und Optik, Herst von EBM-Waren, Musik-instrumenten, Sport-geräten, Spiel- und Schmuck-waren	
1994 JD . . . . .	5 510,1	184,5	137,1	1 055,1	49,7	31,6	73,6	68,3	357,7	182,3	
1995 JD . . . . .	5 541,3	179,0	120,2	1 046,3	44,2	34,4	75,1	68,3	352,6	181,3	
1996 JD . . . . .	5 390,4	168,8	106,6	1 015,6	39,9	34,8	73,6	67,2	340,0	176,2	
1997 JD . . . . .	5 183,8	167,0	97,1	993,6	37,3	35,9	71,4	66,9	334,2	168,8	
1997 31. März . . . . .	5 138,0	164,1	97,0	986,4	37,1	34,6	70,8	65,8	330,2	170,1	
30. Juni . . . . .	5 183,5	172,3	95,9	985,0	37,4	36,3	72,0	66,2	331,0	166,8	
30. September . . . . .	5 215,9	174,8	95,2	1 006,0	37,5	37,0	72,7	68,4	339,5	168,6	
31. Dezember . . . . .	5 097,5	152,1	99,1	988,3	36,4	36,6	67,9	67,2	335,8	165,1	
1998 31. März . . . . .	4 981,6	151,8	93,6	974,8	36,5	37,3	67,5	67,3	329,2	162,6	
30. Juni . . . . .	5 133,4	171,9	92,8	985,4	36,4	38,5	69,6	68,6	330,9	164,4	
Männlich . . . . .	2 690,9	110,3	66,8	687,0	22,1	26,2	54,1	57,2	278,3	106,1	
Weiblich . . . . .	2 442,5	61,6	25,9	298,4	14,3	12,3	15,5	11,4	52,6	58,3	

Jahr ----- Stichtag	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)			Baugewerbe			Handel	Verkehr und Nachrichtenübermittlung				Kredit-institute und Versiche-rungsgewerbe
	Holz-, Papier- und Druck-gewerbe	Leder-, Textil- und Bekleidungs-gewerbe	Nahrungs- und Genuß-mittel-	zu-sammen	Bauhaupt-gewerbe	Ausbau- und Bauhilfs-gewerbe		zu-sammen	Eisen-bahnen	Deutsche Bundes-post	Verkehr (ohne Eisenbahnen und Deutsche Bundes-post)	
1994 JD . . . . .	103,2	53,6	135,0	786,1	573,4	212,7	585,6	396,8	143,6	96,3	156,9	103,3
1995 JD . . . . .	105,9	49,7	134,7	834,7	603,1	231,6	598,0	379,7	127,4	90,8	161,5	103,7
1996 JD . . . . .	102,5	47,0	134,3	790,5	559,8	230,7	597,4	355,9	109,6	82,8	163,5	102,3
1997 JD . . . . .	101,4	44,3	133,4	741,2	511,6	229,6	585,0	328,9	87,1	76,9	164,9	101,9
1997 31. März . . . . .	99,8	44,9	132,9	721,4	498,8	222,6	582,2	317,5	77,8	78,1	161,6	101,4
30. Juni . . . . .	100,5	43,5	131,4	747,7	518,4	229,3	581,1	331,8	89,0	76,5	166,4	100,7
30. September . . . . .	103,5	44,1	134,6	759,9	522,9	237,0	584,7	330,5	87,7	75,0	167,9	103,0
31. Dezember . . . . .	101,9	43,8	133,7	699,1	472,4	226,7	585,5	323,3	85,2	74,5	163,6	103,2
1998 31. März . . . . .	99,7	43,2	131,4	638,5	429,1	209,4	579,3	316,9	82,7	72,5	161,7	103,0
30. Juni . . . . .	100,8	44,0	132,1	671,3	457,9	213,5	583,1	322,7	82,5	72,2	168,0	103,7
Männlich . . . . .	74,1	15,6	53,2	597,4	409,6	187,8	234,9	221,2	58,1	28,6	134,5	30,7
Weiblich . . . . .	26,7	28,4	78,9	73,9	48,3	25,6	348,2	101,5	24,4	43,5	33,6	73,0

Jahr ----- Stichtag	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt				Organisa-tionen ohne Erwerb-scharakter und Private Haushalte	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung			Ohne Angabe
	zusammen	Reinigung (einschl. Schornstein-feger-gewerbe) und Körperpflege	Wissen-schaft, Bildung, Kunst und Publizistik	Gesundheits- und Veterinar-wesen		zusammen	Gebiets-körperschaften	Sozial-versicherung	
1994 JD . . . . .	1 326,4	122,3	370,9	290,9	186,5	746,0	668,1	77,9	2,7
1995 JD . . . . .	1 405,9	128,9	400,6	302,9	208,9	663,2	589,1	74,1	1,7
1996 JD . . . . .	1 425,1	131,1	393,9	319,4	208,1	618,6	543,3	75,3	1,8
1997 JD . . . . .	1 418,2	133,2	378,3	319,6	197,0	552,6	484,0	68,6	1,4
1997 31. März . . . . .	1 402,6	131,5	387,5	317,9	204,0	559,7	491,1	68,6	1,7
30. Juni . . . . .	1 413,5	132,4	375,9	318,0	195,8	558,0	490,0	68,1	1,5
30. September . . . . .	1 429,4	135,2	365,4	321,5	189,2	542,1	474,0	68,1	1,0
31. Dezember . . . . .	1 438,7	134,8	383,3	323,9	188,4	519,1	451,0	68,1	0,8
1998 31. März . . . . .	1 427,3	133,4	376,7	324,2	187,2	508,7	441,4	67,3	0,5
30. Juni . . . . .	1 469,1	134,1	386,8	322,9	203,8	529,0	461,5	67,6	0,6
Männlich . . . . .	512,3	31,0	148,4	46,2	69,0	160,9	148,4	12,5	0,2
Weiblich . . . . .	956,8	103,1	238,4	276,7	134,8	368,1	313,1	55,0	0,3

1) Arbeiter/-innen, Angestellte und Auszubildende, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind - 2) Systematik der Wirtschaftszweige - Fassung für die Berufszählung 1970 - 3) Einschl. Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung. - 4) Ohne Herstellung von Geräten für die automatische Datenverarbeitung

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

# Unternehmen und Arbeitsstätten

Zum Aufsatz: „Insolvenzen“

## Insolvenzen 1998 nach Wirtschaftszweigen

### Deutschland

Wirtschaftsgliederung (H v = Herstellung von)	Beantragte Konkurs-/ Gesamtvollstreckungsverfahren			Insolvenzen <sup>1)</sup>			
	Eröffnete Verfahren	mangels Masse abgelehnte Konkurs- anträge	zusammen	Eröffnete Vergleichs- verfahren	insgesamt	dagegen Vorjahr	Verän- derung gegenüber dem Vorjahr
							%
Anzahl							
Unternehmen und Freie Berufe zusammen . . . . .	7 840	19 964	27 804	24	27 828	27 474	+ 1,3
dar.: Handwerk <sup>2)</sup> . . . . .	1 065	2 127	3 192	2	3 194	3 249	- 1,7
Land- und Forstwirtschaft	159	350	509	-	509	479	+ 6,3
Landwirtschaft, gewerbliche Jagd . . . . .	153	334	487	-	487	460	+ 5,9
Forstwirtschaft . . . . .	6	16	22	-	22	19	+ 15,8
Fischerei und Fischzucht . . . . .	3	4	7	-	7	3	+ 133,3
Bergbau und Gewinnung von							
Steinen und Erden . . . . .	11	15	26	-	26	14	+ 85,7
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung	-	-	-	-	-	-	-
damit verbundener Dienstleistungen	-	-	-	-	-	-	-
Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-
Erzbergbau . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
Gewinnung von Steinen und Erden,							
sonstiger Bergbau . . . . .	11	15	26	-	26	14	+ 85,7
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 402	1 878	3 280	7	3 287	3 598	- 8,6
Ernährungsgewerbe . . . . .	86	210	296	-	296	318	- 6,9
Tabakverarbeitung . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
Textilgewerbe . . . . .	44	33	77	2	79	62	+ 27,4
Bekleidungsgewerbe . . . . .	51	67	118	1	119	130	- 8,5
Ledergewerbe . . . . .	12	8	20	-	20	19	+ 5,3
Holzgewerbe (ohne H v. Möbeln)	106	135	241	-	241	264	- 8,7
Papiergewerbe . . . . .	20	16	36	-	36	27	+ 33,3
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	122	186	308	-	308	311	- 1,0
Kokerei, Mineralölverarbeitung,							
H v. Brutstoffen . . . . .	-	37	-	-	-	-	-
Chemische Industrie . . . . .	20	67	87	-	87	64	+ 10,9
H v. Gummi- und Kunststoffwaren . . . . .	60	66	126	-	126	152	- 17,1
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von							
Steinen und Erden . . . . .	79	77	156	-	156	146	+ 6,8
Metallerzeugung und -bearbeitung . . . . .	44	39	83	-	83	108	- 23,1
H v. Metallerzeugnissen . . . . .	261	400	661	1	662	701	- 5,6
Maschinenbau . . . . .	182	178	360	1	361	514	- 29,8
H v. Büromaschinen, DV-Geräten und							
-einrichtungen . . . . .	11	9	20	-	20	41	- 51,2
H v. Geräten der Elektrizitätserzeugung,							
-verteilung u. a. . . . .	36	41	77	-	77	104	- 26,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	26	34	60	1	61	73	- 16,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik							
Optik . . . . .	74	113	187	-	187	159	+ 17,6
H v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen . . . . .	20	34	54	1	55	61	- 9,8
Sonstiger Fahrzeugbau . . . . .	15	24	39	-	39	30	+ 30,0
H v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten,							
Sportgeräten usw. . . . .	95	107	202	1	202	182	+ 11,0
Recycling . . . . .	38	64	102	-	102	132	- 22,7
Energie- und Wasserversorgung	3	4	7	-	7	11	- 36,4
Energieversorgung . . . . .	3	3	6	-	6	8	- 25,0
Wasserversorgung . . . . .	-	1	1	-	1	3	- 66,7
Baugewerbe . . . . .	2 225	5 884	8 109	3	8 112	7 788	+ 4,2
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz							
und Gebrauchsgütern . . . . .	1 719	4 414	6 133	11	6 144	6 111	+ 0,5
Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von							
Kfz; Tankstellen . . . . .	237	521	758	-	758	776	- 2,3
Handelsvermittlung und Großhandel (o. Kfz)	707	1 602	2 309	8	2 317	2 537	- 8,7
Einzelhandel (o. Handel mit Kfz u. Tankstellen),							
Reparatur v. Gebrauchsgütern . . . . .	775	2 291	3 066	3	3 069	2 798	+ 9,7
Gastgewerbe . . . . .	237	1 582	1 819	-	1 819	1 679	+ 8,3
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	328	1 140	1 468	-	1 468	1 558	- 5,8
Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	127	606	733	-	733	800	- 8,4
Schifffahrt . . . . .	7	12	19	-	19	14	+ 35,7
Luftfahrt . . . . .	1	4	5	-	5	7	- 28,6
Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr;							
Verkehrsvermittlung . . . . .	175	441	616	-	616	655	- 6,0
Nachrichtenübermittlung . . . . .	18	77	95	-	95	82	+ 15,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	37	154	191	-	191	198	- 3,5
Kreditgewerbe . . . . .	1	11	12	-	12	16	- 25,0
Versicherungsgewerbe . . . . .	-	-	-	-	-	-	-
Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe . . . . .	36	143	179	-	179	182	- 1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung							
beweglicher Sachen usw. . . . .	1 407	3 622	5 029	2	5 031	4 878	+ 3,1
Grundstücks- und Wohnungswesen . . . . .	471	1 182	1 653	1	1 654	1 499	+ 10,3
Vermietung beweglicher Sachen, ohne							
Bedienungspersonal . . . . .	45	122	167	-	167	190	- 12,1
Datenverarbeitung und Datenbanken . . . . .	91	199	290	-	290	338	- 14,2
Forschung und Entwicklung . . . . .	12	20	32	-	32	41	- 22,0
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend							
für Unternehmen . . . . .	788	2 099	2 887	1	2 888	2 810	+ 2,8
Erziehung und Unterricht . . . . .	18	71	89	-	89	101	- 11,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	92	173	265	-	265	224	+ 18,3
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher							
Dienstleistungen . . . . .	199	673	872	1	873	832	+ 4,9
Abwasser- und Abfallbeseitigung und							
sonstige Entsorgung . . . . .	26	44	70	1	71	62	+ 14,5
Interessenvertretungen sowie kirchliche und							
sonstige religiöse Vereinigungen . . . . .	10	30	40	-	40	44	- 9,1
Kultur, Sport und Unterhaltung . . . . .	93	274	367	-	367	374	- 1,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	70	325	395	-	395	352	+ 12,2
Übrige Gemeinschaftsdner <sup>3)</sup> . . . . .	1 123	5 020	6 143	6	6 149	5 924	+ 3,8
<b>Insgesamt . . . . .</b>	<b>8 963</b>	<b>24 984</b>	<b>33 947</b>	<b>30</b>	<b>33 977</b>	<b>33 398</b>	<b>+ 1,7</b>

1) Ohne Anschlußkonkurse. - 2) In die Handwerksrolle eingetragene Unternehmen - 3) Natürliche Personen, Nachlaßkonkurse.

# Produzierendes Gewerbe

Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten					
1996	99,7	98,0	101,3	103,2	98,2	97,1	97,4	101,6	95,3	
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	96,3	97,0	97,3	107,4	97,3	
1998	111,2	108,8	116,3	113,5	97,8	97,4	99,2	104,3	98,7	
1997	September	117,3	114,1	122,7	113,7	117,3	110,4	150,0	148,6	108,1
	Oktober	114,2	115,7	115,0	115,8	98,5	106,7	78,1	129,7	111,5
	November	108,0	110,5	109,0	107,9	86,0	98,4	55,8	103,4	100,7
	Dezember	103,6	100,7	113,8	96,2	83,9	79,6	48,4	67,2	86,3
1998	Januar	109,2	109,6	112,0	108,7	92,2	96,9	81,0	83,5	89,2
	Februar	110,8	108,8	113,0	110,9	113,6	106,1	176,4	119,9	92,3
	März	126,2	121,7	131,4	129,7	124,4	117,1	159,8	149,4	113,7
	April	112,7	112,2	116,0	118,2	91,5	100,2	72,8	116,3	101,3
	Mai	106,4	106,1	111,3	108,6	80,8	93,0	50,0	86,5	97,0
	Juni	113,3	112,7	119,5	109,6	92,1	92,9	58,8	73,8	101,4
	Juli	114,2	111,3	121,3	114,5	97,4	93,6	99,9	94,0	101,6
	August	97,8	96,4	99,6	92,3	107,2	80,0	164,4	126,4	89,8
	September	118,7	112,6	127,3	119,8	115,0	106,8	144,1	140,4	107,0
	Oktober	112,4	109,6	116,6	122,3	94,8	103,6	74,0	112,0	107,0
	November	109,0	107,1	112,7	121,6	84,7	99,2	58,3	79,1	101,0
	Dezember	103,2	97,4	114,9	105,8	80,3	79,5	50,3	70,4	82,9
1999	Januar	100,8	100,2	101,6	108,9	88,3	85,3	77,3	83,0	88,1
	Februar	105,8	100,8	109,5	113,7	109,0	93,9	164,3	106,5	87,6

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung		
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) <sup>4)</sup>	
1996	97,0	100,1	97,5	95,2	97,7	97,1	94,4	95,2	93,9	
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5	
1998	99,1	101,8	103,0	101,3	106,2	105,6	94,9	105,2	100,3	
1997	September	102,8	102,6	111,1	111,2	108,9	108,4	105,4	110,7	100,6
	Oktober	111,0	108,8	112,1	113,4	115,5	114,1	110,6	120,6	107,4
	November	105,5	109,8	100,1	102,2	105,8	103,5	95,5	117,0	115,9
	Dezember	93,5	105,4	101,5	103,3	88,5	87,5	75,8	103,2	99,7
1998	Januar	103,6	96,0	109,6	113,3	100,2	99,0	86,6	119,4	117,8
	Februar	100,3	93,6	106,0	109,3	102,9	102,2	85,5	115,2	111,6
	März	107,6	106,0	118,1	117,8	115,5	114,3	101,7	122,9	122,7
	April	102,3	98,0	106,5	107,2	108,2	107,7	100,5	111,6	110,2
	Mai	96,0	95,6	101,6	101,6	105,3	105,6	96,0	104,4	100,1
	Juni	101,4	99,2	109,5	105,8	110,4	110,1	102,4	116,5	101,8
	Juli	102,9	99,3	105,3	102,1	114,2	114,5	103,8	104,8	99,5
	August	91,7	93,6	92,0	89,5	96,6	96,8	87,5	86,3	83,9
	September	97,0	107,2	102,2	95,8	112,1	111,2	102,6	99,0	89,5
	Oktober	98,1	109,8	100,5	95,4	112,2	111,8	104,6	98,7	92,1
	November	97,9	113,7	93,4	88,0	106,9	106,1	94,3	98,9	93,5
	Dezember	90,9	109,9	91,6	90,0	89,3	88,4	73,8	82,7	80,9
1999	Januar	93,8	95,3	96,6	93,0	96,4	95,8	83,7	93,6	79,6
	Februar	96,3	96,8	97,0	94,0	97,2	95,2	77,8	91,8	84,7

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragsengang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

**Index des Auftragseingangs <sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe <sup>2)</sup>**  
**Deutschland**  
**1995 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,9	94,7	97,8	94,7	100,4	92,3	103,6	109,4
1997	99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7
1998	106,3	96,0	109,9	108,2	115,1	115,3	125,5	113,2
1997 September	110,5	99,3	122,9	129,1	107,9	106,1	152,2	126,6
Oktober	108,8	98,6	111,9	103,4	113,4	113,6	122,4	110,3
November	104,3	92,2	111,0	112,6	106,7	117,0	122,6	129,9
Dezember	88,5	79,3	109,4	103,0	107,5	115,4	126,3	126,0
1998 Januar	98,1	84,9	111,2	115,9	120,4	108,6	118,3	102,7
Februar	102,6	81,4	106,5	103,4	105,9	109,4	125,0	114,4
März	114,1	99,4	125,4	120,6	129,2	121,9	138,7	134,6
April	106,4	97,5	112,5	102,5	121,7	113,8	125,7	111,0
Mai	102,3	98,1	104,4	102,4	111,7	118,0	114,1	119,8
Juni	113,6	107,0	121,0	130,4	108,4	125,9	125,9	104,0
Juli	110,5	104,7	111,7	107,1	111,9	120,9	142,5	116,9
August	106,0	98,0	94,9	103,0	96,0	105,8	107,3	102,3
September	110,4	98,2	110,3	107,8	122,9	115,4	119,7	153,7
Oktober	110,9	98,5	103,1	94,0	109,5	113,2	122,2	102,1
November	108,8	99,4	105,3	108,6	105,6	115,4	120,7	100,8
Dezember	91,9	84,3	112,6	103,0	138,0	115,4	146,0	96,2
1999 Januar	97,8	83,1	97,4	97,3	96,2	106,7	114,5	92,7
Februar	96,9	86,9	97,7	107,5	95,6	89,3	113,4	107,1

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,7	99,2	100,7	106,8	137,0	107,2	109,1	111,3	81,8	100,2
1997	105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9
1998	107,3	111,9	103,7	116,8	130,9	111,8	135,3	136,2	127,8	101,3
1997 September	122,6	117,2	148,5	113,4	115,8	114,6	123,3	125,8	156,0	103,8
Oktober	102,9	101,1	101,7	113,8	116,6	115,7	127,5	128,6	129,2	111,2
November	113,5	118,1	106,6	109,8	131,6	116,0	121,3	118,9	65,5	105,0
Dezember	104,4	111,1	102,9	104,9	104,9	120,7	112,6	111,3	182,6	85,1
1998 Januar	106,2	111,4	104,0	108,0	111,5	110,4	125,2	126,2	126,0	101,2
Februar	106,1	112,2	10,6	112,8	132,0	104,5	129,0	129,6	130,8	104,2
März	119,6	124,3	117,0	117,4	121,7	128,1	151,5	154,6	167,1	116,0
April	107,8	113,9	96,6	105,1	113,9	107,5	141,7	147,0	118,1	102,2
Mai	100,4	107,3	92,6	108,8	113,2	103,8	129,0	128,4	131,1	94,1
Juni	105,8	111,9	100,6	117,5	139,3	118,1	131,4	129,1	102,9	98,8
Juli	110,2	116,4	103,1	111,0	125,5	124,6	141,1	143,3	135,2	96,4
August	92,9	95,5	89,6	106,6	123,9	94,4	111,4	109,9	74,8	87,6
September	119,5	125,3	124,5	134,3	148,9	115,2	141,5	140,8	215,3	107,3
Oktober	105,4	107,2	99,2	113,8	129,9	111,5	146,0	147,4	144,9	111,9
November	109,1	110,9	106,7	132,9	140,4	111,2	142,5	146,6	79,5	110,1
Dezember	103,5	105,9	109,9	133,1	170,8	112,8	133,0	130,9	107,3	86,3
1999 Januar	98,4	101,6	101,4	113,5	120,8	106,8	130,7	131,9	58,4	98,2
Februar	103,8	101,2	112,8	120,8	162,3	105,6	138,2	140,7	104,2	100,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)\* - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	
		Vor- leistungs-  guterproduzenten	Investi- tions-  guterproduzenten	Ge- brauchs-  guterproduzenten	Ver- brauchs-  guterproduzenten					
1996	99,9	97,7	102,5	103,1	97,9	96,6	97,5	102,1	93,6	
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6	
1998	110,4	107,4	116,6	112,2	97,2	95,5	99,6	104,2	94,2	
1997	September	116,9	113,0	123,4	113,1	117,2	109,7	150,9	150,2	104,5
	Oktober	114,4	114,9	116,9	115,4	97,8	105,5	77,4	130,2	107,9
	November	107,6	109,6	109,9	107,0	85,0	96,6	55,0	103,9	97,3
	Dezember	103,5	100,1	114,7	95,9	83,3	78,7	48,0	66,3	84,1
1998	Januar	109,3	108,7	114,0	108,0	91,6	95,1	81,0	82,9	85,9
	Februar	110,4	107,9	113,3	110,1	113,6	104,7	178,4	120,4	88,9
	März	125,3	120,3	131,1	128,8	124,3	115,1	161,5	149,8	109,0
	April	112,4	110,9	117,4	117,8	90,7	98,7	72,7	116,7	98,2
	Mai	105,8	104,8	111,8	108,1	79,9	91,3	49,7	85,9	93,1
	Juni	112,5	111,1	120,2	108,1	91,0	90,9	58,9	72,6	96,5
	Juli	113,7	109,7	122,8	113,1	96,7	92,1	100,6	93,5	96,2
	August	96,5	95,0	98,3	90,6	107,2	78,8	165,9	126,9	84,6
	September	118,1	110,5	129,1	118,0	114,8	104,0	145,2	141,0	101,2
	Oktober	110,6	108,0	114,6	120,2	94,0	101,3	73,7	112,8	101,9
	November	108,0	105,6	112,8	119,7	83,5	96,2	57,4	78,8	95,7
	Dezember	102,0	96,2	113,9	104,2	79,2	77,3	49,9	69,1	78,9
1999	Januar	99,7	98,7	101,3	107,2	87,9	82,9	77,7	83,1	82,4
	Februar	105,3	99,3	110,6	112,6	108,7	91,5	166,3	107,4	82,3

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfäl- tigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung		
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) <sup>4)</sup>	
1996	96,5	100,1	97,4	95,6	97,2	96,4	93,0	94,7	93,6	
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2	
1998	97,5	100,6	102,5	101,1	104,8	104,3	90,6	104,1	100,0	
1997	September	102,2	101,9	110,8	111,4	107,0	106,3	101,1	109,6	99,6
	Oktober	109,5	108,0	111,7	113,5	114,2	112,6	106,6	120,7	107,7
	November	104,5	108,8	99,4	101,8	104,7	102,2	91,0	115,8	114,7
	Dezember	92,5	105,1	100,4	102,2	87,9	86,9	73,6	103,5	100,4
1998	Januar	102,2	94,6	109,3	113,5	99,8	98,7	84,6	119,0	118,2
	Februar	98,9	92,8	105,3	108,4	102,4	101,7	83,0	114,5	111,6
	März	105,6	104,7	117,4	117,1	114,4	113,2	97,2	122,1	122,8
	April	100,3	96,8	105,7	106,1	107,0	106,4	96,5	110,1	108,9
	Mai	94,8	94,7	101,2	101,8	104,0	104,0	91,8	103,2	100,0
	Juni	99,5	98,0	109,1	105,7	108,7	108,3	96,8	115,8	101,8
	Juli	100,9	98,0	104,9	102,2	112,4	112,6	97,7	103,3	99,0
	August	90,3	92,0	91,9	90,2	95,0	95,3	82,0	87,3	84,5
	September	95,6	105,6	101,9	95,8	109,6	108,7	97,0	97,2	88,8
	Oktober	96,5	108,4	100,2	95,7	110,3	109,8	99,4	97,0	90,9
	November	96,5	112,2	92,8	87,8	105,7	104,8	89,9	97,6	92,7
	Dezember	88,7	109,1	90,5	88,8	88,6	87,8	70,7	81,5	80,8
1999	Januar	92,0	94,2	95,8	91,6	95,6	95,4	80,1	91,9	79,4
	Februar	95,4	95,5	95,9	92,5	96,1	94,2	74,6	90,7	84,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragsingang in jeweiligen Preisen (Wertindex). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. - 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). - 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

# Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>

## Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen	
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter					
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.		
1996	96,5	93,1	98,2	94,6	100,5	93,1	103,6	107,8	
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2	
1998	104,9	92,1	110,2	108,2	114,4	115,8	124,5	104,7	
1997	September	109,8	96,2	123,3	129,9	108,6	105,5	153,6	120,6
	Oktober	108,6	98,7	112,7	102,9	112,9	114,7	122,9	102,5
	November	103,5	88,7	111,5	113,1	105,4	116,1	121,8	119,5
	Dezember	87,9	77,9	110,0	102,9	107,0	115,6	127,1	119,3
1998	Januar	97,5	84,3	111,9	116,5	120,0	109,4	117,9	95,2
	Februar	101,2	76,8	106,7	103,5	105,7	109,4	122,9	109,1
	Marz	112,7	96,1	125,9	121,2	126,3	122,6	138,3	126,4
	April	105,1	94,4	113,0	102,2	120,8	114,2	124,6	107,1
	Mai	100,8	94,9	104,6	102,1	110,8	118,7	113,1	108,6
	Juni	110,5	99,4	121,7	130,5	109,0	123,7	126,1	98,0
	Juli	109,0	101,2	111,8	106,9	111,2	122,0	140,8	112,8
	August	104,4	92,1	94,3	103,2	95,2	107,2	102,5	98,3
	September	109,3	94,5	110,5	107,6	123,5	116,5	118,8	143,8
	Oktober	110,0	96,2	103,1	93,6	107,6	115,0	121,3	85,4
	November	107,7	95,2	105,4	107,9	104,2	116,2	121,2	85,4
	Dezember	90,5	80,1	113,1	103,3	138,0	115,0	147,0	85,9
1999	Januar	96,1	79,5	97,3	96,6	93,7	108,0	114,1	80,9
	Februar	95,6	84,3	97,8	107,6	95,5	88,4	112,5	96,5

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln	
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraft- wagen- motoren			
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.								
1996	98,9	99,6	100,7	106,4	136,4	106,5	109,4	111,7	91,9	99,7	
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3	
1998	106,7	113,9	100,8	113,8	128,8	109,9	133,7	134,5	143,0	100,3	
1997	September	123,5	120,4	148,6	109,7	113,1	112,2	122,7	125,2	176,1	103,4
	Oktober	103,4	103,6	101,8	112,7	116,9	114,6	127,8	128,9	152,9	110,6
	November	114,6	121,4	106,7	108,0	130,8	115,1	120,8	118,2	71,1	103,9
	Dezember	104,8	114,0	102,0	101,2	99,3	120,2	112,6	111,2	210,9	84,7
1998	Januar	106,5	113,6	102,4	103,9	109,5	108,7	125,0	126,0	153,8	100,6
	Februar	106,7	114,8	100,2	109,8	129,8	103,2	128,3	128,7	141,0	103,4
	März	119,1	124,9	116,9	114,8	120,3	126,5	150,8	153,8	171,4	115,3
	April	107,9	116,3	96,4	101,8	111,1	105,7	140,9	146,5	142,4	102,0
	Mai	100,2	109,3	89,4	106,1	111,4	101,5	128,1	127,9	149,6	93,6
	Juni	104,4	114,2	93,8	114,5	137,3	116,2	129,3	127,0	121,3	97,9
	Juli	110,8	119,3	101,4	107,9	123,5	123,1	139,0	140,7	166,4	95,7
	August	93,0	97,1	88,5	103,3	121,1	92,2	109,3	107,8	64,6	86,6
	September	117,0	128,0	109,8	132,7	148,2	113,9	139,0	138,1	267,7	106,0
	Oktober	105,5	109,0	97,8	110,4	128,9	108,8	143,8	145,2	135,6	109,9
	November	107,0	113,2	104,2	130,3	138,5	108,9	140,0	144,2	94,8	108,1
	Dezember	102,6	107,1	109,1	129,5	165,5	109,8	130,7	128,5	107,9	84,7
1999	Januar	98,5	103,4	101,9	110,6	118,9	103,7	128,5	129,9	60,2	96,5
	Februar	103,7	101,9	112,8	117,6	160,0	103,1	136,8	139,7	127,8	98,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs <sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe <sup>2)</sup>

**Neue Länder und Berlin-Ost**

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten					
1996	95,5	103,1	84,2	105,6	104,5	105,3	92,3	89,7	119,3	
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8	
1998	124,3	133,1	112,3	145,1	113,7	126,3	81,8	106,6	159,8	
1997	September	123,3	132,5	112,1	129,6	121,9	121,6	113,6	106,7	156,8
	Oktober	111,5	129,0	89,4	123,9	116,3	126,3	105,6	113,8	160,4
	November	114,2	127,0	97,3	130,7	112,2	126,7	90,6	90,0	147,1
	Dezember	105,6	110,5	100,8	104,7	102,1	94,4	64,6	90,9	116,5
1998	Januar	107,6	125,2	85,0	125,3	109,3	125,0	82,9	99,2	134,3
	Februar	118,5	124,7	109,9	132,3	112,5	128,8	92,4	106,7	139,0
	März	141,3	145,9	136,1	151,7	127,0	148,1	87,1	137,3	177,7
	April	117,1	134,8	96,3	127,8	112,0	123,7	76,6	105,3	143,3
	Mai	117,3	129,3	104,5	122,2	104,8	121,0	64,4	103,9	148,6
	Juni	127,5	141,0	110,5	145,4	118,8	125,9	58,1	106,4	169,0
	Juli	121,9	137,8	100,5	148,4	114,8	116,9	70,7	108,4	174,8
	August	119,4	119,6	118,2	134,0	106,8	98,1	97,1	110,0	161,2
	September	129,1	148,7	102,0	165,2	123,1	151,0	102,3	121,7	185,8
	Oktober	142,2	137,9	144,7	174,7	112,7	139,8	86,2	88,4	175,6
	November	126,0	134,1	111,1	167,8	114,1	146,7	97,1	86,4	171,8
	Dezember	124,0	118,3	128,2	146,3	108,4	114,2	66,3	104,9	136,4
1999	Januar	118,9	126,5	107,0	152,8	98,6	125,1	62,6	81,6	165,2
	Februar	113,3	126,8	93,2	141,3	116,6	132,6	82,0	80,3	160,3

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung		
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Rohisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) <sup>4)</sup>	
1996	105,7	100,2	99,3	88,4	106,9	108,2	105,9	101,5	98,4	
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9	
1998	127,2	131,7	113,3	104,8	128,1	126,8	131,0	121,5	103,8	
1997	September	112,8	120,5	118,3	109,7	140,4	140,9	140,7	125,5	113,0
	Oktober	137,0	127,0	121,3	112,1	136,5	137,9	142,7	118,2	103,5
	November	123,0	133,8	115,7	108,6	123,0	123,4	131,5	133,3	129,1
	Dezember	108,7	114,8	125,1	120,0	98,9	97,5	93,4	98,7	92,3
1998	Januar	128,8	127,5	115,5	109,9	106,7	103,9	103,1	124,7	113,2
	Februar	123,1	111,8	120,0	123,2	111,8	109,1	106,1	126,0	112,6
	März	141,5	137,8	132,7	129,3	133,5	130,7	138,7	134,1	120,9
	April	134,8	127,1	123,4	123,5	128,5	127,1	134,0	133,3	124,9
	Mai	116,3	118,8	110,5	98,6	128,2	130,4	130,6	120,8	100,9
	Juni	132,0	126,5	118,0	106,3	138,4	139,0	147,8	125,3	101,4
	Juli	138,4	129,9	112,8	100,1	144,4	144,7	154,3	126,6	105,0
	August	113,5	133,0	92,1	79,2	121,7	121,5	132,6	102,5	76,0
	September	121,6	145,3	109,4	96,6	152,8	150,0	148,1	124,3	98,1
	Oktober	125,2	143,6	106,5	90,2	143,9	143,2	147,0	122,2	106,4
	November	123,1	149,8	106,1	92,0	126,6	126,0	130,9	118,2	103,3
	Dezember	127,6	129,2	113,1	108,8	100,2	96,3	98,9	100,0	82,4
1999	Januar	122,6	121,5	113,1	113,9	109,2	101,9	113,1	117,0	81,9
	Februar	112,7	125,7	121,2	117,0	114,6	110,4	103,5	108,0	82,9

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.



**Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>  
Neue Länder und Berlin-Ost  
1995 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	101,9	106,0	91,3	98,1	97,9	80,3	104,8	156,6
1997	109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1998	124,0	122,2	105,0	108,7	138,5	107,7	142,3	364,6
1997 September	119,7	119,9	115,5	110,8	84,2	114,5	128,2	302,0
Oktober	111,4	97,6	97,2	114,0	130,9	97,3	112,6	341,2
November	115,6	116,5	101,3	102,6	146,0	130,6	136,5	436,0
Dezember	94,8	88,8	99,1	104,3	122,4	113,1	113,5	321,7
1998 Januar	105,6	88,4	98,9	101,7	134,5	97,0	126,0	323,7
Februar	120,5	112,9	103,2	102,2	111,0	108,3	160,7	269,9
März	131,5	121,9	116,1	108,7	220,5	112,4	146,8	373,5
April	123,1	118,9	104,2	109,7	151,7	108,0	145,9	225,2
Mai	120,8	120,0	100,5	106,5	138,9	108,4	131,0	451,3
Juni	152,5	159,5	109,3	127,7	90,8	160,2	122,2	279,3
Juli	129,3	128,5	107,7	112,0	133,6	103,5	170,7	236,1
August	125,9	137,8	105,0	100,2	122,6	84,8	191,0	223,4
September	124,8	123,3	106,1	112,4	101,6	98,5	135,2	447,9
Oktober	121,8	114,5	102,9	101,9	171,2	85,7	137,0	593,0
November	122,0	127,6	102,9	124,5	147,8	102,9	113,4	555,8
Dezember	109,8	112,8	103,7	94,3	137,4	122,4	128,2	396,2
1999 Januar	118,4	107,7	99,2	113,0	175,6	86,5	120,6	438,8
Februar	112,9	104,0	95,9	105,6	99,0	102,4	128,7	417,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.a.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbelen
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	94,7	93,7	101,6	121,4	157,6	124,8	101,0	99,5	45,2	107,6
1997	98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1998	114,3	82,1	150,6	209,2	203,3	159,5	183,6	188,3	71,8	116,0
1997 September	107,3	68,9	147,7	227,2	207,6	170,7	140,6	143,9	82,5	110,0
Oktober	96,8	65,0	99,8	146,4	106,5	142,7	118,1	119,3	42,6	120,8
November	96,9	69,8	106,1	164,1	158,5	139,3	137,6	143,4	45,5	119,5
Dezember	98,2	68,5	119,1	219,3	294,3	133,0	114,1	113,9	79,4	91,0
1998 Januar	100,8	79,2	129,7	228,9	177,0	152,8	132,9	133,5	24,3	109,7
Februar	96,1	74,0	108,8	204,2	205,8	136,3	151,4	158,0	93,5	116,4
März	126,0	116,7	117,1	197,1	168,4	167,9	176,4	181,5	151,3	124,9
April	105,3	79,5	100,3	207,0	208,2	151,6	166,0	162,6	29,5	105,4
Mai	103,6	78,8	143,7	191,9	174,8	157,9	154,2	142,7	63,7	100,5
Juni	126,8	77,4	212,2	209,1	204,9	164,8	196,5	197,4	35,4	111,8
Juli	101,6	74,4	129,1	202,1	189,8	161,9	207,3	229,4	21,4	105,2
August	92,5	71,9	108,5	207,7	216,9	146,6	173,2	177,9	111,7	101,6
September	157,5	86,3	363,0	184,4	173,2	147,5	216,1	227,2	24,2	124,7
Oktober	103,5	80,7	122,4	219,3	165,2	175,0	211,3	217,8	178,9	141,6
November	140,9	78,0	148,7	213,9	205,9	165,2	217,0	223,6	23,3	139,5
Dezember	117,2	88,5	123,4	245,0	349,9	186,3	200,9	207,8	104,5	110,3
1999 Januar	96,8	74,8	93,8	204,6	186,1	181,0	195,1	197,1	52,2	123,6
Februar	106,5	90,7	112,2	218,9	241,0	165,0	180,0	173,8	18,2	125,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

# Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen<sup>1)</sup>

## Deutschland

Jahr Monat	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Abteilungen										
		Darunter Verarbeitendes Gewerbe	Ernährungs- gewerbe	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Chemische Industrie	Metaller- zeugung und -bear- beitung	Maschi- nenbau	H.v. Büroma- schinen, DV -Geräten und -einrich- tungen	H.v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeugung und -verteilung	Rundfunk-, Fernseh- und Nach- richten- technik	H.v. Kraftwagen und Kraftwagen- teilen
		Beschäftigte am Monatsende										
1 000												
1996 . . . . .	6 519,8	6 353,1	518,2	139,1	93,6	517,5	279,2	1 020,6	45,0	470,0	152,1	682,0
1997 <sup>4)</sup> . . . . .	6 310,9	6 163,0	502,1	131,6	84,3	500,4	271,0	981,5	45,5	446,0	145,8	695,8
1998 <sup>5)</sup> . . . . .	6 403,3	6 265,5	544,3	129,0	79,1	484,6	270,7	986,9	42,2	452,6	148,9	739,1
1997 <sup>4)</sup> Dezember . . . . .	6 280,3	6 136,1	498,7	130,2	82,1	494,0	269,7	978,4	45,7	444,6	144,0	704,7
1998 <sup>5)</sup> Januar . . . . .	6 344,1	6 204,2	542,8	129,6	81,1	483,4	268,9	979,3	43,1	446,8	146,2	715,4
Februar . . . . .	6 344,6	6 205,7	537,9	129,2	80,6	483,7	269,3	980,1	42,7	448,4	147,2	722,0
März . . . . .	6 365,3	6 226,0	538,0	129,5	80,2	485,2	269,8	981,8	43,1	450,4	147,2	727,4
April . . . . .	6 368,5	6 229,5	538,0	129,4	79,7	483,9	269,6	981,8	43,1	451,2	147,5	729,1
Mai . . . . .	6 372,0	6 233,0	539,1	129,1	78,7	483,9	269,6	982,0	42,9	451,2	147,0	731,1
Juni . . . . .	6 396,3	6 257,8	543,0	129,0	78,8	483,7	270,4	983,8	43,1	453,5	147,9	738,5
Juli . . . . .	6 432,0	6 294,3	547,3	129,0	78,9	484,1	271,4	987,8	43,1	456,7	148,6	749,5
August . . . . .	6 461,4	6 323,6	552,4	129,0	78,6	486,4	271,8	992,6	43,6	459,5	151,4	751,4
September . . . . .	6 472,1	6 334,6	552,6	129,1	78,5	487,4	273,0	996,8	44,1	458,2	152,0	750,2
Oktober . . . . .	6 447,9	6 311,6	550,9	128,8	78,2	484,8	272,2	995,4	39,4	453,3	151,3	750,5
November . . . . .	6 436,0	6 300,2	547,1	128,5	77,8	485,0	271,7	993,1	39,2	452,5	151,0	752,3
Dezember . . . . .	6 402,3	6 267,8	542,7	127,6	77,7	483,3	270,7	988,4	38,9	449,8	149,4	751,5
1999 <sup>5)</sup> Januar . . . . .	6 375,6	6 245,0	547,4	126,2	76,7	477,0	269,7	988,5	38,2	432,4	162,3	748,5
Februar . . . . .	6 365,3	6 235,4	545,6	126,1	76,1	477,7	269,3	986,8	37,5	432,1	163,3	750,1
Umsatz insgesamt <sup>2)</sup>												
Mill. DM												
1996 . . . . .	2 079 295,4	2 049 960,2	222 520,6	31 511,8	22 448,6	215 655,2	92 385,5	258 174,0	26 425,7	126 517,9	39 221,3	283 175,1
1997 <sup>4)</sup> . . . . .	2 186 204,3	2 160 598,5	225 981,1	31 658,7	22 528,6	231 093,3	99 860,2	268 326,0	27 388,1	118 035,0	57 772,8	315 484,8
1998 <sup>5)</sup> . . . . .	2 270 082,3	2 246 860,9	227 975,4	32 099,1	22 579,3	227 431,1	102 698,6	285 147,9	28 211,9	126 923,4	60 972,0	371 785,1
1997 <sup>4)</sup> Dezember . . . . .	189 123,8	186 926,9	19 531,1	2 243,1	1 330,9	18 102,2	7 399,8	27 615,4	2 718,6	10 398,9	5 567,7	26 531,8
1998 <sup>5)</sup> Januar . . . . .	169 411,1	167 460,9	18 086,8	2 652,0	2 294,4	19 225,1	8 745,0	19 360,8	2 160,1	9 222,3	4 161,8	24 122,4
Februar . . . . .	174 443,0	172 700,8	17 799,4	2 678,7	2 403,3	19 049,3	8 629,9	20 509,5	2 174,7	9 773,5	4 452,4	28 218,4
März . . . . .	203 863,2	201 887,8	19 661,4	3 006,0	2 202,2	21 096,6	9 740,7	24 990,9	2 760,2	11 742,2	5 283,2	33 784,7
April . . . . .	187 688,5	185 697,8	19 527,3	2 776,3	1 364,9	19 815,1	9 069,4	22 326,6	2 221,1	10 222,6	4 833,1	30 757,8
Mai . . . . .	181 401,9	179 419,6	19 099,4	2 585,5	1 044,6	18 683,4	8 646,2	21 434,4	2 346,9	9 975,3	4 539,8	29 828,6
Juni . . . . .	196 085,2	194 112,5	19 067,4	2 691,8	1 355,5	19 779,4	9 092,2	27 342,6	2 274,0	10 917,2	4 896,4	31 903,9
Juli . . . . .	195 169,0	193 124,5	19 330,2	2 703,7	2 364,9	19 576,5	8 832,2	24 079,7	2 375,3	10 756,8	4 965,6	32 717,6
August . . . . .	169 420,3	167 616,2	18 343,8	2 152,5	2 623,5	17 047,1	7 770,5	21 519,2	2 061,2	9 435,6	4 637,0	23 991,9
September . . . . .	202 985,1	201 008,1	19 090,2	2 906,4	2 523,8	18 926,6	8 765,0	25 781,2	2 695,6	12 927,5	6 142,9	32 759,2
Oktober . . . . .	200 471,8	198 433,5	19 323,8	2 945,5	1 635,7	19 121,3	8 776,0	23 682,5	2 761,1	10 714,3	5 455,2	36 208,1
November . . . . .	196 746,8	194 817,3	19 098,9	2 813,5	1 411,0	18 250,2	8 379,5	24 717,3	2 089,2	10 566,0	5 616,7	35 428,6
Dezember . . . . .	192 635,6	190 820,0	19 556,4	2 187,7	1 355,7	16 856,2	6 251,7	29 428,0	2 292,9	10 681,4	5 982,5	32 064,0
1999 <sup>5)</sup> Januar . . . . .	163 033,5	161 273,0	16 846,0	2 428,4	2 270,9	17 403,1	7 352,7	18 302,2	1 849,1	8 544,7	5 125,1	26 782,3
Februar . . . . .	172 410,2	170 817,3	16 905,1	2 458,7	2 341,4	17 876,1	7 380,0	20 505,5	2 037,0	9 156,0	5 258,3	31 317,2
darunter Auslandsumsatz <sup>3)</sup>												
Mill. DM												
1996 . . . . .	617 254,7	615 060,1	23 165,5	8 872,8	5 249,9	93 562,9	32 338,8	114 485,5	9 545,4	43 111,5	15 098,9	141 336,8
1997 <sup>4)</sup> . . . . .	696 767,2	695 746,7	25 130,9	9 627,8	5 794,3	105 890,1	35 548,5	125 539,1	10 567,0	40 505,9	28 235,7	164 384,8
1998 <sup>5)</sup> . . . . .	751 903,3	750 951,2	25 961,8	10 034,1	6 007,3	105 116,5	35 980,0	134 185,3	11 840,6	44 243,9	30 395,8	194 214,8
1997 <sup>4)</sup> Dezember . . . . .	61 765,5	61 691,7	2 127,4	701,5	324,3	8 335,3	2 674,6	13 562,9	1 033,7	3 475,1	2 840,5	13 819,0
1998 <sup>5)</sup> Januar . . . . .	54 879,0	54 808,1	2 133,0	861,5	672,2	9 129,6	3 212,9	8 597,5	921,2	3 175,2	1 932,4	12 939,0
Februar . . . . .	58 683,3	58 611,7	2 146,6	867,7	662,0	9 072,0	3 106,7	9 586,2	949,6	3 475,3	2 102,8	14 816,2
März . . . . .	67 363,4	67 279,0	2 338,5	958,9	608,6	9 990,5	3 510,9	11 478,6	1 136,1	4 174,6	2 627,2	17 021,0
April . . . . .	62 104,1	62 023,2	2 176,1	891,3	316,6	9 302,4	3 241,7	10 448,4	986,7	3 557,4	2 396,1	15 860,3
Mai . . . . .	59 763,8	59 670,1	2 125,6	830,8	201,1	8 663,4	3 088,2	9 948,7	984,4	3 638,7	2 271,6	15 456,7
Juni . . . . .	67 804,9	67 718,9	2 216,3	872,2	332,8	9 236,7	3 262,6	14 315,5	902,5	4 046,9	2 467,3	16 646,3
Juli . . . . .	64 287,7	64 198,6	2 211,1	824,9	721,9	8 960,3	2 954,4	11 201,7	1 046,8	3 601,1	2 362,6	17 158,5
August . . . . .	54 752,1	54 682,3	2 072,0	638,4	807,9	7 718,7	2 638,8	10 515,0	869,8	3 281,5	2 375,2	12 499,6
September . . . . .	67 522,7	67 444,8	2 074,5	892,4	712,1	8 553,8	3 017,6	12 259,0	1 077,8	4 659,2	3 282,2	16 984,6
Oktober . . . . .	65 655,4	65 575,7	2 257,6	890,0	370,9	8 604,9	2 950,8	10 456,5	1 093,7	3 569,5	2 632,5	18 989,9
November . . . . .	65 121,3	65 043,6	2 190,1	841,0	296,4	8 155,0	2 828,0	11 330,0	917,1	3 368,0	2 899,6	18 968,4
Dezember . . . . .	64 043,9	63 973,3	2 024,7	664,9	304,5	7 730,1	2 167,3	14 054,7	954,7	3 698,7	3 042,5	16 874,4
1999 <sup>5)</sup> Januar . . . . .	53 930,9	53 861,7	1 875,5	747,7	679,3	8 157,1	2 466,1	7 981,8	798,1	2 791,2	2 556,1	14 718,0
Februar . . . . .	59 236,0	59 159,7	1 851,0	773,7	696,9	8 378,2	2 454,1	9 556,4	907,2	3 016,9	2 679,8	17 091,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1.

1) Darstellung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk. - Kombinierte Betriebe werden mit ihrem gesamten Betrieb derjenigen Wirtschaftszugruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes liegt. Ohne Energie- und Wasserversorgung sowie ohne Baugewerbe. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Direktumsätze mit Abnehmern im Ausland, und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren. - 4) Endgültige Ergebnisse. - 5) Vorläufige Ergebnisse.

# Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe <sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			
	(einschl. Bauleistungen)	(ohne Bauleistungen)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe		Vorleistungs-	Investitions-	Gebrauchs-	Verbrauchs-	zusammen	Hochbau-	Tiefbau-	
														guterproduzenten
<b>Originalwert</b>														
1996	99,8	100,6	100,3	94,3	100,4	105,6	99,5	101,0	101,1	100,6	93,4	94,0	92,2	
1997	102,4	104,2	104,1	91,1	104,5	104,6	105,1	105,2	101,7	100,8	89,7	89,9	89,2	
1998	106,7	109,3	109,7	85,2	110,4	104,8	110,4	113,9	108,9	101,0	87,3	87,6	86,6	
1997	September	111,4	111,7	113,2	93,4	113,6	94,1	113,2	117,0	113,7	106,2	108,9	107,3	111,8
	Oktober	113,3	114,0	114,5	98,7	114,9	108,8	117,5	112,2	113,7	110,7	107,1	105,2	110,7
	November	109,9	111,9	111,7	95,2	112,1	115,8	111,7	113,6	115,4	106,3	94,9	92,9	98,6
	Dezember	100,2	104,3	103,3	84,1	103,9	117,1	98,1	119,3	90,9	96,8	69,1	68,8	69,8
1998	Januar	94,9	99,6	98,0	80,9	98,5	119,4	102,6	91,2	95,3	98,1	60,2	63,0	54,5
	Februar	98,1	102,9	102,7	78,5	103,4	106,2	104,8	102,6	108,2	94,2	61,2	63,7	56,4
	März	115,0	118,6	119,0	87,0	119,9	113,8	119,1	125,0	123,3	105,9	87,8	89,0	85,5
	April	107,0	108,9	109,3	81,4	110,1	102,9	111,5	110,9	109,6	100,5	92,6	92,4	92,7
	Mai	103,3	104,9	105,7	81,6	106,3	95,0	108,3	106,9	103,8	96,9	91,1	91,1	90,9
	Juni	109,9	111,2	112,9	84,3	113,7	90,7	113,7	119,5	110,1	100,4	98,9	98,7	99,1
	Juli	111,3	112,3	113,6	88,8	114,2	95,7	115,0	119,1	107,6	103,3	104,1	104,0	104,2
	August	95,5	96,5	96,6	81,6	97,0	94,7	101,1	96,1	78,8	93,7	87,7	87,1	88,5
	September	114,6	116,1	117,4	91,2	118,1	98,3	117,3	123,6	122,4	105,5	104,7	103,5	107,0
	Oktober	115,6	117,5	118,4	96,5	118,9	107,4	118,8	120,5	127,1	108,6	102,5	101,6	104,3
	November	113,5	116,3	116,4	92,7	117,1	115,3	114,7	122,3	123,0	107,8	92,3	91,5	93,7
	Dezember	102,0	107,2	106,3	78,2	107,1	117,8	97,3	128,8	97,3	97,7	64,3	65,4	62,2
1999	Januar	93,2	97,5	95,9	78,7	96,4	117,0	99,6	90,0	94,9	96,2	60,9	63,4	56,3
<b>arbeitstäglich bereinigter Wert</b>														
1996		99,8	100,6	100,2	94,3	100,4	105,5	99,5	101,0	101,1	100,6	93,5	94,0	92,3
1997		102,5	104,2	104,2	91,1	104,5	104,7	105,1	105,2	101,9	100,9	89,6	89,9	89,1
1998		106,3	108,9	109,2	84,8	109,9	104,9	110,0	113,2	108,2	100,6	86,8	87,2	86,2
1997	September	110,5	110,9	112,2	92,6	112,8	94,1	112,4	115,9	112,6	105,4	107,4	105,9	110,4
	Oktober	112,0	112,9	113,2	97,9	113,6	108,7	116,4	110,6	112,0	109,6	105,1	103,3	108,5
	November	111,3	113,2	113,0	96,3	113,5	115,9	112,8	115,0	117,4	107,7	97,2	95,3	101,0
	Dezember	101,0	105,1	104,0	84,7	104,6	117,6	98,6	120,2	91,8	97,4	70,0	69,7	70,6
1998	Januar	95,5	100,3	98,8	81,3	99,2	119,6	103,2	92,0	96,2	98,7	60,7	63,8	55,3
	Februar	98,3	103,3	103,0	78,7	103,6	106,5	105,0	102,9	108,5	94,4	61,3	63,9	56,7
	März	114,3	118,1	118,4	86,6	119,2	114,0	118,6	124,4	122,4	104,9	86,9	88,1	84,8
	April	106,2	108,2	108,7	81,0	109,4	102,8	110,9	110,1	108,7	100,0	91,5	91,4	91,6
	Mai	104,2	105,8	106,7	82,3	107,3	95,3	109,2	108,0	105,4	97,9	92,6	92,6	92,4
	Juni	110,2	111,7	113,4	84,5	114,2	90,7	114,1	120,0	110,8	100,9	99,4	99,3	99,6
	Juli	109,1	110,2	111,4	87,1	112,0	95,5	113,0	116,3	104,6	101,2	100,7	100,7	100,9
	August	97,2	98,1	98,3	82,6	98,7	95,0	102,5	98,0	81,0	95,2	90,8	90,3	91,8
	September	113,7	115,1	116,3	90,4	117,1	98,1	116,2	122,1	121,0	104,3	103,3	102,1	105,6
	Oktober	113,8	115,6	116,2	94,7	116,8	107,6	117,1	117,9	124,1	106,8	100,1	99,2	101,8
	November	112,4	115,1	115,0	91,3	115,8	115,7	113,7	120,5	121,1	106,6	91,5	90,8	92,9
	Dezember	100,5	105,5	104,6	76,9	105,4	117,7	96,0	126,3	95,0	96,2	63,0	64,1	61,0
1999	Januar	96,2	100,6	99,3	81,2	99,8	116,9	102,5	93,8	99,6	99,5	63,4	65,9	58,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1.

1) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe <sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsindustrie			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H v. Möbeln)	
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewinnung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe			
<b>Originalwert</b>													
1996	93,8	93,2	101,0	95,9	101,4	101,6	96,9	93,4	94,3	92,0	91,1	96,6	
1997	90,0	89,6	94,7	94,4	102,4	102,8	94,5	90,6	93,7	85,6	89,3	98,7	
1998	82,4	81,3	96,2	93,3	102,2	102,3	99,7	89,6	94,6	81,8	87,9	101,6	
1997	September	85,4	86,0	76,9	116,3	106,8	106,7	107,4	100,7	103,7	96,8	99,6	112,9
	Oktober	93,3	92,6	103,0	114,5	115,5	116,3	98,4	93,9	104,1	77,7	97,1	116,4
	November	91,5	89,9	109,9	106,1	109,3	109,8	97,2	90,4	98,7	77,3	91,9	110,3
	Dezember	87,9	85,5	117,1	73,5	102,1	102,6	89,8	76,4	78,4	73,5	76,5	93,4
1998	Januar	88,7	86,6	113,8	58,0	97,3	97,8	86,8	93,6	94,7	91,8	87,4	86,9
	Februar	84,5	83,3	101,1	60,9	92,7	92,5	94,6	94,5	94,1	95,0	90,2	92,3
	März	85,9	84,0	110,3	89,9	102,1	102,1	102,9	99,9	105,2	91,7	100,3	114,0
	April	76,3	74,8	95,0	96,1	101,7	101,8	101,4	85,2	98,3	64,2	87,5	99,0
	Mai	74,8	74,4	79,2	101,3	100,5	100,8	96,4	81,2	91,5	64,7	81,3	96,7
	Juni	76,4	76,1	80,0	107,0	101,4	102,0	92,8	90,8	98,0	79,1	85,6	102,4
	Juli	80,6	80,2	85,2	113,0	103,2	103,0	106,2	95,0	94,8	95,4	90,2	104,4
	August	76,6	76,5	78,7	95,7	97,3	97,1	100,0	76,4	70,8	85,0	71,5	87,7
	September	83,4	84,0	76,5	114,2	102,8	102,5	108,3	99,5	104,1	92,5	98,8	114,2
	Oktober	89,9	89,4	98,1	115,3	112,4	112,6	107,9	93,7	105,2	75,5	91,0	114,0
	November	90,3	88,8	109,3	99,0	111,2	111,2	109,8	91,3	100,3	77,1	94,1	112,5
	Dezember	81,4	77,5	127,0	69,2	103,7	104,3	89,7	74,5	77,7	69,5	77,1	94,9
1999	Januar	84,0	80,8	123,0	63,0	99,0	99,0	98,7	87,1	86,9	87,3	84,5	84,8
<b>arbeitstäglich bereinigter Wert</b>													
1996		93,7	93,1	100,9	95,9	101,4	101,5	96,9	93,3	94,2	91,8	90,9	96,6
1997		90,1	89,7	94,8	94,3	102,5	102,8	94,6	90,7	93,8	85,8	89,5	98,8
1998		82,0	80,9	96,0	92,9	101,8	102,0	99,3	89,2	94,1	81,4	87,3	101,1
1997	September	84,7	85,4	76,7	115,1	105,9	105,8	106,5	99,7	102,5	96,0	98,4	111,9
	Oktober	92,7	91,9	102,6	113,3	114,5	115,4	97,5	92,6	102,7	76,8	95,3	114,9
	November	92,3	90,8	110,4	107,9	110,7	111,3	98,5	91,8	100,4	78,5	93,9	112,2
	Dezember	88,5	85,9	117,4	74,2	102,8	103,4	90,6	77,1	79,1	74,2	77,5	94,3
1998	Januar	89,1	87,1	114,0	58,6	97,9	98,5	87,3	94,3	95,5	92,5	88,3	87,7
	Februar	84,7	83,5	101,1	61,1	92,8	92,8	94,8	94,6	94,4	95,1	90,4	92,5
	März	85,6	83,6	110,0	89,5	101,6	101,6	102,5	99,1	104,4	91,2	99,3	113,3
	April	76,0	74,5	95,0	95,5	101,2	101,2	100,9	84,4	97,7	63,8	86,6	98,3
	Mai	75,3	75,1	79,4	102,6	101,5	101,7	97,4	82,3	92,7	65,5	82,6	97,9
	Juni	76,6	76,4	80,2	107,6	101,9	102,3	93,3	91,2	98,6	79,6	86,1	102,9
	Juli	79,2	78,7	84,7	110,4	101,3	101,1	104,1	92,9	92,4	93,3	87,5	101,9
	August	77,6	77,4	79,1	97,9	98,9	98,8	101,5	78,2	72,4	86,7	73,6	89,8
	September	82,6	83,1	76,2	113,0	101,9	101,7	107,2	98,5	103,0	91,5	97,5	112,9
	Oktober	88,4	87,9	97,6	112,7	110,6	110,8	105,9	91,6	102,8	73,8	88,6	111,4
	November	89,2	87,5	108,9	97,7	110,1	110,2	108,4	90,0	98,9	75,9	92,4	111,1
	Dezember	80,0	76,1	126,3	67,8	102,1	102,8	88,2	73,1	76,0	68,0	75,1	93,1
1999	Januar	86,5	83,4	124,4	65,9	102,1	102,2	102,5	91,0	90,8	91,0	89,3	88,3

1) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet.

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe <sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe					Kokerei, Mineral- ölver- arbeitung H.u.v. von Spalt- und Brut- stoffen	Chemische Industrie			Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen		
	zu- sammen	Papier- gewerbe	Verlags- gewerbe, Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Daten-trägern	darunter			zu- sammen	H.v. Chemischen Grundstoffen	H.v. Chemiefasern	zu- sammen	H.v. Gummi- waren	H.v. Kunststoff- waren		zu- sammen	Metall- erzeugung und -bearbeitung	H. v. Metall- erzeug- nissen
				Verlags- gewerbe	Druck- gewerbe											
Originalwert																
1996 . . . . .	101,3	99,5	102,1	106,0	99,1	102,2	105,1	110,4	99,6	99,3	102,1	98,3	95,5	96,8	94,8	97,8
1997 . . . . .	103,4	101,7	104,2	111,7	98,2	99,4	110,9	119,0	111,8	104,5	109,8	102,7	95,0	103,0	105,4	101,8
1998 . . . . .	107,3	102,7	109,3	117,6	103,2	102,7	111,6	120,1	108,4	109,7	114,7	108,0	96,2	109,9	113,8	107,9
1997 September .	110,2	105,8	112,0	120,7	105,0	96,5	112,5	118,5	111,1	114,1	120,2	112,0	108,9	113,2	112,3	113,6
Oktober . . .	113,9	108,7	116,1	123,7	109,5	103,1	116,4	122,3	117,3	117,7	122,3	116,1	110,8	116,3	121,8	113,7
November . .	110,0	103,0	113,0	120,0	106,7	95,8	112,8	120,1	106,5	109,8	117,2	107,4	101,8	111,4	116,2	109,0
Dezember . .	104,4	90,5	110,4	110,3	111,2	106,4	105,5	120,1	113,1	90,2	92,4	89,5	75,8	100,1	99,0	100,7
1998 Januar . . .	102,3	105,1	101,1	114,0	91,3	103,6	114,7	125,9	114,9	102,1	109,2	99,6	72,3	101,1	114,1	94,6
Februar . . .	99,7	100,8	99,2	107,9	92,8	97,7	110,6	121,8	110,5	106,3	114,1	103,6	77,0	103,2	114,6	97,3
März . . . .	114,2	112,2	114,9	122,3	108,6	98,1	121,1	128,1	122,9	120,1	126,7	117,7	100,1	122,0	127,1	119,1
April . . . .	106,8	102,5	108,7	120,6	99,8	103,2	117,1	127,9	116,7	107,1	114,3	104,5	101,1	109,6	116,2	106,1
Mai . . . . .	103,6	101,5	104,6	116,6	95,5	103,3	110,5	122,8	112,5	109,8	110,3	109,8	101,3	106,6	115,2	102,3
Juni . . . . .	104,7	103,1	105,4	112,9	100,4	101,0	115,8	125,5	116,7	114,7	117,1	114,0	107,1	112,0	117,0	109,4
Juli . . . . .	105,5	105,8	105,6	112,9	100,8	108,5	114,6	118,6	105,7	114,8	115,9	114,5	111,9	113,8	115,8	112,9
August . . .	100,8	98,0	101,8	109,9	96,4	105,9	103,2	113,4	92,7	99,4	97,8	99,9	94,2	102,2	107,4	99,7
September .	114,1	105,9	117,8	126,4	111,4	104,9	111,6	115,5	108,7	116,7	125,1	113,8	111,0	118,4	118,2	118,4
Oktober . . .	114,6	106,0	118,4	126,8	111,0	108,1	113,1	119,0	110,0	118,4	124,9	116,1	108,8	116,8	119,7	115,8
November . .	113,8	103,0	118,7	124,6	113,5	97,7	108,5	112,8	102,2	114,4	125,1	110,6	97,4	113,1	113,0	113,3
Dezember . .	107,6	88,6	115,7	115,8	116,5	99,9	98,3	109,3	87,8	92,7	95,5	91,7	72,4	99,8	87,2	106,0
1999 Januar . . .	98,9	98,1	99,3	108,9	92,4	101,2	109,8	122,3	91,9	98,9	115,4	93,2	68,5	96,0	101,0	93,4
arbeitstäglich bereinigter Wert																
1996 . . . . .	101,2	99,4	102,0	106,0	99,0	101,7	104,9	110,1	99,6	99,2	102,1	98,3	95,5	96,7	94,7	97,8
1997 . . . . .	103,5	101,8	104,2	111,8	98,3	99,4	110,9	119,0	111,9	104,6	109,9	102,8	95,0	103,1	105,4	101,8
1998 . . . . .	107,0	102,4	108,9	117,2	102,8	102,6	111,4	120,1	108,1	109,2	114,2	107,5	96,0	109,6	113,8	107,4
1997 September .	109,5	105,1	111,4	120,1	104,5	96,4	111,9	118,4	110,0	113,1	119,2	110,9	108,0	112,6	112,2	112,7
Oktober . . .	113,3	107,9	115,5	123,0	109,0	103,0	115,7	122,2	115,5	116,4	120,9	114,9	109,6	115,6	121,7	112,4
November . .	111,0	104,0	113,8	120,9	107,5	95,7	113,5	120,0	108,3	111,4	118,7	108,9	103,2	112,4	116,1	110,5
Dezember . .	104,9	90,9	110,8	110,8	111,7	106,3	105,9	120,0	114,2	91,0	93,1	90,4	76,3	100,6	98,9	101,5
1998 Januar . . .	102,7	105,6	101,5	114,4	91,7	103,5	115,3	126,3	115,9	102,9	110,0	100,4	72,7	101,6	114,1	95,3
Februar . . .	99,8	100,9	99,3	107,9	92,9	98,8	110,8	121,9	110,7	106,6	114,4	103,8	77,5	103,4	114,9	97,5
März . . . .	113,7	111,7	114,4	122,1	108,3	98,0	121,0	128,5	122,0	119,3	126,1	117,1	99,5	121,6	127,1	118,5
April . . . .	106,5	102,1	108,3	120,3	99,5	103,1	116,6	127,8	115,8	106,4	113,5	103,9	100,5	109,2	116,2	105,5
Mai . . . . .	104,3	102,3	105,2	117,3	96,0	103,2	110,9	122,7	113,8	111,0	111,6	110,8	102,5	107,3	115,2	103,4
Juni . . . . .	105,1	103,5	105,7	113,2	100,7	100,9	116,0	125,4	117,4	115,2	117,7	114,5	107,6	112,4	117,0	109,9
Juli . . . . .	104,2	104,1	104,1	111,6	99,4	108,3	113,4	118,5	103,2	112,4	113,6	112,0	109,6	112,4	115,7	110,7
August . . .	101,7	99,2	102,8	110,8	97,3	105,7	104,1	113,3	94,9	101,2	99,6	101,8	96,2	103,4	107,3	101,5
September .	113,4	105,1	117,0	125,5	110,7	104,7	111,1	115,4	107,6	115,5	123,7	112,5	110,1	117,7	118,1	117,3
Oktober . . .	113,1	104,5	117,0	125,3	109,7	108,0	112,1	119,0	108,1	116,1	122,6	113,9	107,2	115,4	119,6	113,7
November . .	112,8	101,9	117,5	123,4	112,5	97,6	107,7	112,8	101,1	112,9	123,4	109,2	96,9	112,1	112,9	111,9
Dezember . .	106,2	87,5	114,4	114,5	115,2	99,8	97,4	109,3	86,3	90,9	93,8	89,9	71,6	98,6	87,1	104,0
1999 Januar . . .	101,6	101,0	101,8	111,6	94,6	101,2	111,7	122,3	95,3	103,0	120,1	97,0	70,3	98,3	101,0	96,9

1) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet.

Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe <sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Ma- schinen- bau	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling	
		zu- sammen	H. v. Büroma- schinen, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -einrich- tungen	H. v Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -vertei- lung u. ä.	Rund- funk-, Fern- seh- und Nach- richten- technik	Medizin- -, Mess- -, Steuer- und Rege- lungs- technik, Optik	zu- sammen	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sammen	Recycling
									zu- sammen	Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau		
<b>Originalwert</b>													
1996 . . . . .	100,6	102,2	111,9	100,4	103,1	102,6	102,0	103,2	92,8	90,8	94,2	97,4	104,1
1997 . . . . .	104,6	108,1	130,4	106,0	107,6	105,5	108,2	110,9	88,3	80,1	93,8	96,2	140,5
1998 . . . . .	110,1	116,9	164,1	112,5	113,6	113,1	123,9	128,4	91,1	85,6	98,9	99,5	150,4
1997 September .	118,1	121,6	146,0	119,5	122,9	117,6	113,8	117,1	89,4	85,4	97,8	112,0	153,6
Oktober . .	113,0	118,0	134,1	117,5	118,3	113,2	117,1	120,2	94,3	83,2	103,2	112,3	158,7
November .	112,3	117,4	161,8	114,2	112,0	113,7	120,1	124,6	88,0	80,3	99,7	107,0	145,5
Dezember .	128,6	108,9	148,0	102,4	101,7	115,2	99,9	102,2	82,0	64,4	90,9	92,3	137,5
1998 Januar . . .	86,2	101,3	131,9	100,6	92,6	97,9	105,6	108,9	81,9	76,3	92,1	86,9	143,6
Februar . .	98,9	108,4	137,8	106,1	108,3	103,8	119,6	123,6	90,8	85,4	96,3	94,9	152,9
März . . . .	120,9	127,2	172,9	122,7	121,1	125,8	135,6	140,6	98,8	88,4	104,4	115,7	166,8
April . . . .	106,3	114,6	150,9	112,7	109,2	110,1	125,3	129,9	91,9	83,0	99,9	101,0	153,0
Mai . . . . .	102,4	108,8	150,0	105,1	104,8	105,9	119,9	124,3	86,9	78,7	94,1	92,4	142,2
Juni . . . . .	120,9	117,5	148,7	113,6	114,9	117,3	127,1	132,0	90,8	84,9	96,9	98,1	152,2
Juli . . . . .	116,0	122,6	164,5	119,9	115,3	119,3	127,6	132,8	90,1	80,4	101,9	91,2	159,9
August . . .	91,6	102,4	139,5	100,6	97,5	97,4	95,5	97,5	80,3	66,3	89,1	78,7	147,1
September .	118,2	129,9	185,9	123,7	130,1	125,1	131,5	137,0	92,1	88,5	101,7	114,4	155,2
Oktober . .	110,8	126,9	192,2	120,9	124,9	119,7	143,6	149,8	99,4	107,5	106,7	113,2	155,5
November .	116,5	125,1	191,5	119,2	125,8	115,9	140,4	145,7	101,3	106,8	106,7	114,4	144,7
Dezember .	132,2	118,2	203,9	105,1	118,3	119,4	114,5	118,1	88,3	81,0	97,3	93,3	131,2
1999 Januar . . .	82,9	103,0	153,3	100,0	98,8	95,8	106,7	109,3	86,9	77,4	94,7	83,0	104,5
<b>arbeitstäglich bereinigter Wert</b>													
1996 . . . . .	100,6	102,2	111,8	100,4	103,0	102,5	101,9	103,1	92,8	90,7	94,2	97,3	104,2
1997 . . . . .	104,6	108,2	130,5	106,2	107,7	105,6	108,3	111,0	88,4	80,3	93,8	96,3	140,6
1998 . . . . .	109,5	116,3	163,0	111,9	113,0	112,7	123,1	127,5	90,7	85,1	98,5	99,0	149,8
1997 September .	117,1	120,7	144,6	118,7	121,6	116,7	112,5	115,9	88,7	84,8	97,0	111,1	152,4
Oktober . .	111,7	116,6	133,0	116,4	116,6	111,8	114,9	117,9	93,4	82,4	102,2	110,9	157,5
November .	113,6	119,1	163,4	115,7	114,0	115,1	122,4	127,0	89,1	81,6	100,8	108,7	147,6
Dezember .	129,5	109,8	149,1	103,4	102,7	116,0	101,0	103,4	82,6	64,8	91,5	93,2	138,5
1998 Januar . . .	86,8	102,0	132,8	101,3	93,5	98,6	106,9	110,2	82,5	76,8	92,7	87,6	144,4
Februar . . .	99,1	108,6	138,2	106,3	108,8	104,0	120,2	124,2	91,0	85,6	96,5	95,1	153,3
März . . . .	120,3	126,5	172,3	122,0	120,4	125,0	134,5	139,4	98,3	88,0	104,0	115,1	166,2
April . . . .	105,6	113,8	150,3	111,9	108,4	109,5	124,0	128,5	91,5	82,6	99,5	100,4	152,3
Mai . . . . .	103,4	109,9	151,5	106,1	106,1	107,0	121,7	126,3	87,8	79,6	95,0	93,7	143,4
Juni . . . . .	121,5	118,0	149,4	114,0	115,6	117,9	127,9	133,0	91,2	85,2	97,4	98,6	152,6
Juli . . . . .	113,7	120,0	161,3	117,4	112,3	116,9	123,6	128,5	88,4	78,8	100,0	89,2	157,0
August . . .	93,2	104,5	141,3	102,5	100,0	99,4	98,6	100,8	81,7	67,4	90,5	80,3	149,1
September .	117,2	128,7	184,1	122,5	128,6	124,1	129,9	135,1	91,3	87,7	100,8	113,1	153,8
Oktober . .	108,9	124,4	187,7	118,7	122,0	117,6	140,1	145,9	97,4	105,2	104,9	110,5	152,6
November .	115,0	123,3	187,7	117,6	124,0	114,6	138,0	143,1	100,1	105,3	105,3	112,6	143,3
Dezember .	129,8	115,9	199,0	102,9	115,8	117,4	111,8	115,0	86,8	79,4	95,6	91,3	129,2
1999 Januar . . .	86,0	107,2	161,6	103,8	103,3	99,1	112,3	115,3	90,2	80,3	98,3	87,0	107,9

1) Durch die Änderung der Erhebungsgrundlage und Anpassung an den Vierteljährlichen Produktionsindex wurden die monatlichen Produktionsindizes ab Januar 1995 neu berechnet.

# Außenhandel

## Zum Aufsatz: „Außenhandel 1998 nach Ländern“ Außenhandel nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern Deutschland

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1998 <sup>1)</sup>				Veränderungen gegenüber Vorjahresquartal			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
	Mill. DM				%			
<b>Ausfuhr</b>								
Europa	174 886	183 186	168 199	178 942	+ 16,4	+ 12,2	+ 4,8	+ 2,5
darunter:								
EU-Länder	133 562	139 464	126 049	136 401	+ 13,9	+ 12,0	+ 4,7	+ 3,9
dar.: Eurozone	102 351	106 744	95 309	104 250	+ 13,6	+ 12,6	+ 4,9	+ 4,2
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	12 552	12 907	12 849	13 997	+ 12,5	+ 4,6	+ 8,1	+ 7,7
Mittel- u. Osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	25 204	27 034	25 710	25 201	+ 33,1	+ 18,3	+ 5,9	- 3,7
Afrika	4 211	4 358	4 962	5 128	+ 15,9	+ 0,1	+ 0,8	+ 12,7
Amerika	29 698	30 866	31 960	31 864	+ 27,3	+ 19,7	+ 11,8	+ 7,9
dar.: NAFTA-Länder <sup>4)</sup>	25 138	25 892	25 621	26 676	+ 29,8	+ 20,4	+ 10,0	+ 8,6
Asien	23 723	22 781	22 972	22 894	- 1,5	- 13,8	- 17,0	- 17,1
darunter:								
ASEAN-Länder <sup>5)</sup>	4 661	4 422	4 251	4 051	- 12,3	- 26,0	- 33,8	- 32,8
China <sup>6)</sup>	2 446	3 066	3 190	3 198	+ 21,4	+ 29,3	+ 13,1	- 6,5
Japan	4 927	4 230	4 492	4 644	- 9,4	- 14,3	- 12,0	- 7,0
Australien und Ozeanien	1 742	1 757	1 867	1 823	+ 17,7	+ 1,8	- 0,0	- 3,2
<b>Einfuhr</b>								
Europa	146 436	148 927	139 879	148 812	+ 11,3	+ 7,4	+ 2,0	- 0,2
darunter:								
EU-Länder	111 706	113 840	103 677	111 524	+ 10,5	+ 6,9	- 0,0	- 1,4
dar.: Eurozone	88 996	91 644	82 463	88 909	+ 10,4	+ 7,4	+ 0,3	- 0,4
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	11 959	11 520	11 285	11 886	+ 11,7	- 0,0	- 1,6	- 5,8
Mittel- u. Osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	19 985	20 956	22 012	22 513	+ 16,1	+ 14,9	+ 14,3	+ 9,7
Afrika	3 992	3 874	3 654	3 576	- 4,3	- 0,9	- 7,0	- 14,7
Amerika	22 010	22 688	22 071	22 921	+ 21,3	+ 6,0	+ 7,5	+ 9,6
dar.: NAFTA-Länder <sup>4)</sup>	18 277	18 655	18 239	19 524	+ 23,2	+ 8,5	+ 11,6	+ 14,3
Asien	30 649	29 545	29 647	30 785	+ 13,0	+ 8,7	+ 0,3	+ 1,0
darunter:								
ASEAN-Länder <sup>5)</sup>	5 908	5 606	5 663	5 767	+ 12,5	+ 8,0	- 2,6	- 3,3
China <sup>6)</sup>	5 770	5 127	6 012	6 056	+ 13,3	+ 6,5	+ 4,3	+ 3,2
Japan	10 259	10 527	9 520	10 345	+ 17,4	+ 13,6	+ 2,9	+ 1,2
Australien und Ozeanien	824	880	908	907	+ 18,0	+ 8,1	+ 1,3	+ 6,6

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. - 3) Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ukraine, Weißrussland, Moldau (Republik), Rußland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Bundesrepublik Jugoslawien, Mazedonien - 4) Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko - 5) Myanmar, Thailand, Demokratische Volksrepublik Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei Darussalam, Singapur, Philippinen - 6) Ohne Taiwan und ohne Hongkong

## Außenhandel mit ausgewählten Ländern Europas, die nicht zur Europäischen Union gehören Deutschland

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen	
				1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
	Mill. DM			%	
<b>Ausfuhr</b>					
Europa ohne EU	128 096	155 093	169 739	+ 21,1	+ 9,4
darunter:					
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	45 153	48 368	52 305	+ 7,1	+ 8,1
Norwegen	6 655	7 739	8 523	+ 16,3	+ 10,1
Schweiz	37 791	39 847	42 636	+ 5,4	+ 7,0
Mittel- u. Osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	71 706	92 224	103 148	+ 28,6	+ 11,8
Polen	16 366	20 666	24 112	+ 26,3	+ 16,7
Rumänien	2 902	3 147	4 063	+ 8,4	+ 29,1
Rußland	11 455	16 433	14 513	+ 43,5	- 11,7
Slowakei	3 678	4 565	6 017	+ 24,1	+ 31,8
Slowenien	3 100	3 575	3 965	+ 15,3	+ 10,9
Tschechische Republik	13 853	16 499	18 691	+ 19,1	+ 13,3
Ungarn	8 349	11 665	15 254	+ 39,7	+ 30,8
Türkei	11 415	13 769	13 630	+ 20,6	- 1,0
<b>Einfuhr</b>					
Europa ohne EU	112 914	131 951	143 309	+ 16,9	+ 8,6
darunter:					
EFTA-Länder <sup>2)</sup>	41 781	46 324	46 650	+ 10,9	+ 0,7
Norwegen	13 615	15 538	13 053	+ 14,1	- 16,0
Schweiz	27 397	29 858	32 487	+ 9,0	+ 8,8
Mittel- u. Osteuropäische Länder <sup>3)</sup>	62 329	75 246	85 466	+ 20,7	+ 13,6
Polen	12 203	14 357	16 442	+ 17,7	+ 14,5
Rumänien	2 293	2 786	3 187	+ 21,5	+ 14,4
Rußland	15 443	17 165	14 746	+ 11,2	- 14,1
Slowakei	3 427	4 181	6 040	+ 22,0	+ 44,5
Slowenien	3 646	4 131	4 327	+ 13,3	+ 4,7
Tschechische Republik	11 384	13 831	17 163	+ 21,5	+ 24,1
Ungarn	7 944	10 857	14 548	+ 36,7	+ 34,0
Türkei	8 453	9 925	10 716	+ 17,4	+ 8,0

1) Vorläufiges Ergebnis.

## Außenhandel mit ausgewählten Ländern Asiens Deutschland

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen	
				1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
	Mill. DM			%	
<b>Ausfuhr</b>					
Asien . . . . .	99 751	105 816	92 370	+ 6,1	- 12,7
darunter:					
ASEAN-Länder . . . . .	22 089	23 735	17 385	+ 7,5	- 26,8
darunter:					
Indonesien . . . . .	4 008	5 211	3 339	+ 30,0	- 35,9
Malaysia . . . . .	4 232	4 783	3 438	+ 13,0	- 28,1
Singapur . . . . .	5 809	6 185	5 240	+ 6,5	- 15,3
Thailand . . . . .	5 290	4 535	3 030	- 14,3	- 33,2
China <sup>2)</sup> . . . . .	10 887	10 629	11 900	- 2,4	+ 12,0
Hongkong . . . . .	6 383	7 903	6 575	+ 23,8	- 16,8
Indien . . . . .	4 685	4 456	3 873	- 4,9	- 13,1
Israel . . . . .	3 839	4 369	3 897	+ 13,8	- 10,8
Japan . . . . .	21 191	20 476	18 294	- 3,4	- 10,7
Saudi-Arabien . . . . .	3 844	3 675	4 231	- 4,4	+ 15,1
Republik Korea . . . . .	9 868	9 238	5 030	- 6,4	- 45,6
Taiwan . . . . .	6 705	8 166	8 413	+ 21,8	+ 3,0
<b>Einfuhr</b>					
Asien . . . . .	101 914	114 354	120 626	+ 12,2	+ 5,5
darunter:					
ASEAN-Länder . . . . .	18 487	22 223	22 944	+ 20,2	+ 3,2
darunter:					
Indonesien . . . . .	3 295	4 080	3 957	+ 23,8	- 3,0
Malaysia . . . . .	4 664	5 223	5 373	+ 12,0	+ 2,9
Singapur . . . . .	4 354	5 555	5 478	+ 27,6	- 1,4
Thailand . . . . .	3 280	3 585	3 888	+ 9,3	+ 8,5
China <sup>2)</sup> . . . . .	18 012	21 534	22 965	+ 19,6	+ 6,6
Hongkong . . . . .	3 528	3 678	3 931	+ 4,3	+ 6,9
Indien . . . . .	3 977	4 157	4 229	+ 4,5	+ 1,7
Israel . . . . .	1 764	1 867	2 267	+ 5,8	+ 21,4
Japan . . . . .	34 440	37 478	40 651	+ 8,8	+ 8,5
Saudi-Arabien . . . . .	1 406	1 511	1 021	+ 7,5	- 32,4
Republik Korea . . . . .	6 486	6 601	6 754	+ 1,8	+ 2,3
Taiwan . . . . .	8 230	9 096	9 746	+ 10,5	+ 7,1

1) Vorläufiges Ergebnis. - 2) Ohne Taiwan und ohne Hongkong

## Außenhandel mit ausgewählten Ländern Afrikas Deutschland

Ländergruppe/ Ursprungs- bzw. Bestimmungsland	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	Veränderungen	
				1997 gegenüber 1996	1998 gegenüber 1997
	Mill. DM			%	
<b>Ausfuhr</b>					
Afrika . . . . .	15 433	17 457	18 658	+ 13,1	+ 6,9
darunter:					
Ägypten . . . . .	2 421	3 284	3 343	+ 35,6	+ 1,8
Algerien . . . . .	618	607	989	- 1,8	+ 62,9
Libyen . . . . .	974	938	929	- 3,7	- 1,0
Marokko . . . . .	1 044	1 070	1 096	+ 2,5	+ 2,4
Südafrika . . . . .	5 499	5 886	6 331	+ 7,0	+ 7,6
Tunesien . . . . .	1 407	1 750	2 076	+ 24,4	+ 18,6
<b>Einfuhr</b>					
Afrika . . . . .	14 718	16 204	15 097	+ 10,1	- 6,8
darunter:					
Ägypten . . . . .	434	469	494	+ 8,1	+ 5,3
Algerien . . . . .	1 524	1 329	1 205	- 12,8	- 9,3
Libyen . . . . .	2 996	3 110	2 378	+ 3,8	- 23,5
Marokko . . . . .	954	921	936	- 3,5	+ 1,6
Südafrika . . . . .	3 074	3 559	4 193	+ 15,8	+ 17,8
Tunesien . . . . .	1 481	1 648	1 797	+ 11,3	+ 9,0

1) Vorläufiges Ergebnis.



# Preise

## Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Deutschland 1991 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Energie, Brenn-, Treib- und Betriebs- stoffe
1994 D	98,4	100,4	93,6	91,8	90,9	94,6	98,9	101,2	93,5	97,6
1995 D	101,1	103,4	95,6	91,1	90,9	90,9	102,0	104,5	95,9	98,9
1996 D	98,8	100,2	95,3	91,1	91,6	89,6	99,4	100,9	95,7	92,3
1997 D	100,7	101,0	100,1	97,6	93,6	109,4	101,0	101,6	99,5	93,5
1997 November	100,8	101,1	100,2	96,9	93,2	107,9	101,1	101,8	99,7	92,2
1997 Dezember	100,5	101,0	99,5	97,5	93,2	110,6	100,8	101,7	98,7	92,1
1998 Januar	100,4	101,0	99,1	97,1	92,1	111,9	100,7	101,7	98,2	92,0
1998 Februar	100,1	100,8	98,4	97,6	92,7	111,7	100,3	101,6	97,5	91,6
1998 März	99,8	100,7	97,6	96,3	91,7	109,8	100,1	101,5	96,8	91,5
1998 April	99,6	100,5	97,3	94,3	89,8	107,7	100,0	101,4	96,6	91,5
1998 Mai	99,2	100,3	96,3	92,8	88,3	105,8	99,8	101,3	96,0	91,1
1998 Juni	98,7	100,3	95,1	92,5	89,2	101,9	99,3	101,2	94,6	90,8
1998 Juli	98,3	100,0	94,5	90,8	87,9	99,7	98,9	101,0	94,1	90,5
1998 August	97,8	99,5	93,5	89,7	86,7	98,4	98,4	100,7	93,2	90,1
1998 September	97,3	99,3	92,4	88,6	87,3	92,5	98,0	100,3	92,4	89,9
1998 Oktober	96,4	98,7	90,9	86,7	85,6	90,0	97,2	99,8	91,0	89,3
1998 November	96,0	98,4	90,3	86,3	84,5	91,5	96,8	99,6	90,2	88,9
1998 Dezember	95,7	98,3	89,4	88,7	87,3	92,7	96,3	99,2	89,2	88,6

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	für das Ernäh- rungsgewerbe 1)	für das übrige Produ- zierende Gewerbe 1)	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Ernäh- rungsgewerbe 2)	übrige Produ- zierende Gewerbe 3)	
1994 D	95,2	102,3	82,9	90,5	98,1	138,1	99,0	100,0	96,5	100,1	99,0
1995 D	97,3	106,8	80,9	89,0	102,6	172,4	101,9	102,8	99,6	99,3	102,1
1996 D	91,5	93,6	87,9	89,7	92,6	115,8	100,3	101,4	97,4	100,5	100,3
1997 D	98,5	97,3	100,5	95,8	100,1	129,3	101,2	101,6	100,0	102,5	101,1
1997 November	97,9	97,3	98,9	95,0	99,7	130,9	101,4	101,8	100,6	104,5	101,2
1997 Dezember	96,9	97,0	96,8	95,6	97,8	130,5	101,3	101,7	100,3	103,9	101,1
1998 Januar	95,8	95,9	95,5	95,0	96,2	128,3	101,4	101,9	100,1	104,1	101,2
1998 Februar	94,6	95,4	93,3	95,4	94,1	125,1	101,3	101,9	99,8	104,2	101,1
1998 März	93,0	94,6	90,3	94,0	92,4	123,3	101,3	101,9	99,7	104,2	101,0
1998 April	91,8	93,3	89,0	91,8	91,7	122,7	101,2	101,8	99,7	104,1	101,0
1998 Mai	91,1	92,8	88,2	90,0	91,7	122,2	100,9	101,7	99,0	103,8	100,7
1998 Juni	89,6	93,1	83,6	89,5	89,7	120,0	100,7	101,6	98,3	103,1	100,5
1998 Juli	87,9	91,6	81,5	87,9	88,0	118,9	100,5	101,5	98,1	102,8	100,4
1998 August	86,3	90,2	79,6	86,8	86,1	112,2	100,2	101,3	97,4	102,2	100,1
1998 September	85,2	89,3	78,1	85,6	84,9	103,6	99,8	101,1	96,4	101,7	99,7
1998 Oktober	82,7	87,0	75,2	83,9	81,9	92,0	99,3	100,8	95,3	100,6	99,2
1998 November	81,0	85,6	73,0	83,4	79,5	87,3	99,2	100,7	95,1	101,0	99,0
1998 Dezember	81,0	86,6	71,3	85,9	77,9	83,8	98,9	100,5	94,4	100,5	98,7

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe <sup>4)</sup>									
	zusammen	Nährungs- mittel- rohstoffe und -vor- erzeugnisse	Erdöl, roh	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe <sup>5)</sup>	Wolle, Chemie- fasern und Textilien	Waren- einsatz für das Bau- gewerbe	Energie, Brenn- und Treib- stoffe <sup>6)</sup>	Betriebs- stoffe
1994 D	97,4	95,9	76,2	95,9	88,1	99,7	98,0	105,2	97,2	97,8
1995 D	100,6	95,1	73,3	108,7	96,6	136,0	100,4	107,1	102,2	97,1
1996 D	98,7	96,2	90,9	98,4	89,5	95,4	97,9	106,7	101,1	87,7
1997 D	101,0	99,1	97,7	102,7	91,7	91,0	99,7	107,7	89,9	100,2
1997 November	101,4	99,6	99,0	103,7	93,0	94,0	99,8	107,6	88,0	100,1
1997 Dezember	101,1	99,6	91,7	104,3	92,9	93,8	99,7	107,6	87,9	99,9
1998 Januar	100,9	99,3	86,1	103,9	93,5	93,3	99,7	107,7	87,8	100,0
1998 Februar	100,6	99,9	79,7	103,0	93,5	91,9	99,6	107,6	87,2	100,1
1998 März	100,2	99,4	74,3	101,9	92,9	90,8	99,7	107,7	87,1	99,9
1998 April	99,9	98,4	73,3	99,7	91,9	92,0	99,4	107,5	87,0	100,0
1998 Mai	99,5	97,4	74,4	98,7	90,7	92,5	99,1	107,5	86,6	99,8
1998 Juni	98,9	97,4	68,4	98,2	89,9	93,8	99,1	107,6	86,1	99,8
1998 Juli	98,4	96,6	63,9	96,6	89,4	93,0	98,7	107,4	85,7	99,7
1998 August	97,7	95,7	62,3	95,1	88,7	92,3	98,5	107,1	85,1	99,6
1998 September	97,1	95,7	65,3	94,3	88,6	90,7	98,0	106,9	84,8	99,6
1998 Oktober	96,1	94,3	63,2	92,5	88,1	89,1	97,0	106,6	84,2	99,1
1998 November	95,7	93,7	57,5	92,0	88,1	87,9	96,8	106,5	83,6	99,0
1998 Dezember	95,3	95,3	53,6	91,8	87,4	86,0	96,7	106,4	83,2	98,8

1) Einschl. Wasser. - 2) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 3) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. - 4) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffen), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser). - 5) Ohne Packpapier - 6) Einschl. Brennstoffen für die Energieerzeugung.

**Zum Aufsatz: „Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995“  
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>**

**Deutschland**

1995 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse				Erzeugnisse der Vorleistungsgüter- produzenten			Erzeugnisse der	
	insgesamt	ohne Mineralöl- erzeugnisse	ohne Energie und Wasser	ohne Energie	zusammen	Energie- produzenten	ohne Energie	Investitions- guterproduzenten	Konsum-
1996	98,8	98,5	99,5	99,5	96,6	94,2	98,0	101,1	100,9
1997	99,9	99,6	100,2	100,3	98,1	97,8	98,2	101,8	102,0
1998	99,5	99,5	100,0	100,1	96,6	94,4	97,9	102,7	102,4
1995 Januar	99,5	99,5	99,4	99,4	99,8	100,6	99,3	99,3	99,3
Februar	99,8	99,7	99,7	99,7	100,1	100,7	99,7	99,5	99,5
März	99,9	100,0	99,8	99,8	100,1	100,3	100,0	99,6	99,8
April	100,1	100,1	100,1	100,1	100,3	100,4	100,3	99,9	100,1
Mai	100,1	100,1	100,1	100,1	100,2	100,2	100,3	100,0	100,0
Juni	100,2	100,1	100,2	100,2	100,3	100,2	100,3	100,0	100,0
Juli	100,0	100,1	100,0	100,0	100,0	99,5	100,3	100,0	100,1
August	100,1	100,2	100,2	100,2	100,1	99,5	100,5	100,1	100,2
September	100,2	100,2	100,3	100,3	100,2	99,9	100,3	100,2	100,3
Oktober	100,1	100,2	100,2	100,2	99,8	99,3	100,0	100,3	100,5
November	100,0	100,0	100,1	100,1	99,5	99,4	99,6	100,5	100,5
Dezember	100,0	99,9	100,1	100,1	99,6	100,0	99,3	100,5	100,5
1996 Januar	98,7	98,5	99,5	99,6	96,7	92,6	99,1	100,9	100,6
Februar	98,7	98,4	99,5	99,6	96,7	93,2	98,8	101,0	100,6
März	98,6	98,4	99,4	99,5	96,5	93,1	98,6	101,1	100,6
April	98,7	98,4	99,5	99,6	96,7	93,6	98,5	101,1	100,6
Mai	98,7	98,4	99,5	99,6	96,5	93,4	98,4	101,2	100,8
Juni	98,6	98,4	99,3	99,4	96,1	92,9	98,0	101,2	101,1
Juli	98,6	98,4	99,3	99,3	96,3	93,7	97,8	101,1	101,1
August	98,6	98,4	99,2	99,3	96,3	94,0	97,6	101,1	101,0
September	98,8	98,4	99,4	99,5	96,5	95,0	97,4	101,2	101,2
Oktober	99,1	98,5	99,6	99,7	97,0	96,4	97,4	101,2	101,1
November	99,1	98,6	99,6	99,7	96,9	96,1	97,4	101,2	101,3
Dezember	99,1	98,6	99,6	99,7	96,9	96,1	97,4	101,2	101,3
1997 Januar	99,4	98,8	99,8	99,9	97,5	97,4	97,5	101,4	101,3
Februar	99,4	98,9	99,8	99,9	97,5	97,2	97,7	101,5	101,4
März	99,3	98,9	99,7	99,8	97,3	96,8	97,6	101,4	101,4
April	99,7	99,4	99,9	100,0	97,9	97,7	97,9	101,4	101,8
Mai	99,9	99,6	100,1	100,2	98,0	97,7	98,1	101,7	102,1
Juni	100,0	99,7	100,1	100,3	98,0	97,5	98,3	101,8	102,0
Juli	100,1	99,8	100,2	100,3	98,2	97,9	98,4	101,7	102,0
August	100,3	99,9	100,5	100,6	98,7	98,8	98,6	101,7	102,1
September	100,4	100,0	100,6	100,7	98,6	98,6	98,6	102,1	102,3
Oktober	100,3	99,9	100,7	100,8	98,4	98,3	98,5	102,2	102,4
November	100,3	99,9	100,6	100,7	98,3	98,3	98,3	102,2	102,4
Dezember	100,2	99,9	100,5	100,6	98,2	97,8	98,4	102,2	102,4
1998 Januar	100,1	99,9	100,5	100,6	97,9	96,5	98,7	102,2	102,5
Februar	100,1	99,9	100,4	100,5	97,8	96,2	98,7	102,2	102,5
März	100,0	99,9	100,3	100,5	97,6	95,7	98,7	102,3	102,5
April	100,0	100,0	100,3	100,5	97,6	96,0	98,6	102,4	102,5
Mai	100,0	100,0	100,3	100,4	97,4	95,8	98,3	102,8	102,6
Juni	99,9	99,9	100,2	100,3	97,2	95,4	98,2	102,8	102,5
Juli	99,7	99,7	100,1	100,2	96,8	94,5	98,1	102,8	102,6
August	99,5	99,5	99,9	100,0	96,4	94,0	97,8	102,9	102,4
September	99,4	99,4	99,8	99,9	96,2	94,1	97,5	103,0	102,4
Oktober	98,9	98,9	99,5	99,6	95,3	92,4	97,1	103,0	102,2
November	98,5	98,5	99,3	99,4	94,8	91,1	96,9	103,0	101,9
Dezember	98,3	98,3	99,0	99,2	94,3	90,7	96,4	102,9	101,9
1999 Januar	97,8	97,9	98,8	99,0	93,5	89,1	96,1	102,9	101,8
Februar	97,7	97,8	98,7	98,8	93,3	88,9	95,9	102,9	101,6

1) Ohne Umsatzsteuer

# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch Erzeugnisse der Konsumgüter- produzenten		Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes		Erzeugnisse des Ernährungs- gewerbes
	Gebrauchs- güterproduzenten	Verbrauchs- güterproduzenten	zusammen	Kohle und Torf <sup>2)</sup>	Erdöl und Erdgas <sup>3)</sup>	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	zusammen	ohne Mineralöl- erzeugnisse	
1996	101,0	100,9	74,4	59,9	106,1	99,9	100,1	99,8	101,0
1997	101,4	102,1	78,3	63,2	125,6	99,4	100,8	100,4	103,0
1998	101,7	102,5	75,8	61,1	118,5	97,7	100,6	100,6	102,6
1995 Januar	99,7	99,2	100,3	100,2	103,6	99,3	99,4	99,3	99,9
Februar	99,5	99,5	100,5	100,2	104,0	100,1	99,6	99,6	100,0
März	99,6	99,8	100,6	100,2	103,7	100,5	99,8	99,8	100,0
April	99,8	100,1	100,3	100,1	100,5	100,7	100,1	100,1	100,0
Mai	99,9	100,0	100,0	99,7	100,9	100,5	100,1	100,1	99,9
Juni	100,1	100,0	100,0	99,7	100,5	100,4	100,2	100,2	99,8
Juli	100,2	100,1	99,7	99,7	98,2	100,4	100,0	100,2	99,7
August	100,2	100,1	99,5	99,7	97,5	99,7	100,2	100,3	99,8
September	100,2	100,4	99,5	99,7	97,7	99,5	100,3	100,3	100,0
Oktober	100,1	100,6	99,8	100,2	97,6	99,7	100,2	100,3	100,3
November	100,3	100,5	99,8	100,3	97,6	99,5	100,1	100,1	100,3
Dezember	100,4	100,5	100,0	100,3	98,3	99,7	100,1	100,0	100,3
1996 Januar	100,6	100,6	73,8	59,9	98,9	100,2	100,2	100,1	100,4
Februar	100,9	100,5	74,0	60,1	98,9	100,5	100,2	99,9	100,2
Marz	100,7	100,5	74,1	60,4	99,0	100,2	100,1	99,9	100,3
April	100,9	100,6	73,8	59,6	100,6	100,5	100,2	99,9	100,4
Mai	101,1	100,8	74,1	60,3	100,4	100,0	100,2	99,9	100,9
Juni	101,2	101,0	74,4	60,1	104,2	100,1	100,0	99,8	101,4
Juli	101,3	101,0	74,6	60,1	107,6	99,9	99,9	99,7	101,4
August	101,3	101,0	74,4	59,7	107,9	99,7	99,9	99,6	101,4
September	101,3	101,1	74,1	59,2	108,6	99,7	100,1	99,6	101,6
Oktober	101,0	101,1	74,8	59,3	115,4	99,5	100,2	99,6	101,3
November	101,1	101,3	75,2	60,1	115,2	99,4	100,3	99,7	101,3
Dezember	101,1	101,4	75,5	60,3	116,2	99,5	100,2	99,7	101,4
1997 Januar	101,3	101,3	76,2	60,6	119,9	100,1	100,5	99,8	101,3
Februar	101,5	101,3	77,5	62,0	119,0	101,8	100,4	99,9	101,5
Marz	101,4	101,4	77,3	62,6	118,2	100,0	100,3	99,8	101,8
April	101,4	101,8	78,4	63,0	124,4	100,8	100,5	100,1	102,5
Mai	101,5	102,2	78,2	63,2	124,0	99,6	100,7	100,4	103,2
Juni	101,4	102,1	77,8	62,7	124,7	99,3	100,7	100,4	103,2
Juli	101,4	102,1	78,4	62,9	129,6	99,3	100,8	100,5	103,3
August	101,3	102,2	79,1	63,9	130,7	99,0	101,1	100,6	103,5
September	101,2	102,5	79,9	65,3	130,5	98,5	101,2	100,8	103,8
Oktober	101,4	102,6	79,2	64,6	128,7	98,2	101,2	100,7	103,8
November	101,4	102,6	79,0	64,2	128,9	98,5	101,2	100,7	103,8
Dezember	101,3	102,6	78,5	63,7	128,1	98,2	101,1	100,7	103,8
1998 Januar	101,5	102,6	77,9	63,5	122,3	98,4	101,1	100,9	103,7
Februar	101,5	102,7	78,2	64,3	120,9	98,0	101,0	100,9	103,6
März	101,5	102,6	77,8	63,9	120,6	97,7	100,9	100,9	103,5
April	101,7	102,6	78,3	63,4	128,5	97,8	100,9	100,9	103,4
Mai	101,8	102,7	78,0	62,9	128,6	97,9	100,9	100,9	103,1
Juni	101,9	102,7	76,6	60,8	128,7	97,9	100,8	100,9	103,0
Juli	101,7	102,7	75,0	60,4	115,6	97,3	100,8	100,8	102,9
August	101,7	102,6	74,8	60,1	115,7	97,6	100,5	100,6	102,5
September	101,7	102,5	74,9	60,1	115,7	97,9	100,4	100,5	102,2
Oktober	101,8	102,2	73,3	58,8	109,0	97,3	100,2	100,3	101,5
November	101,9	101,9	72,4	57,5	108,2	97,5	100,0	100,1	100,9
Dezember	101,8	101,9	72,5	57,8	107,8	97,4	99,7	99,9	100,9
1999 Januar	102,0	101,7	71,8	57,8	101,5	96,9	99,5	99,7	100,5
Februar	102,0	101,6	71,9	57,8	101,6	97,2	99,4	99,6	100,2

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Torf - 3) Ohne Preisrepräsentanten für Dienstleistungen, ohne Erdgasversorgung.

# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Tabak- erzeug- nisse	Textilien	Bekleidung	Leder- und Lederwaren	Holz- und Holzwaren, Kork- und Korkwaren, Flecht- und Korb- macher- waren (ohne Möbel) <sup>2)</sup>	Papier			Verlags- und Druck- erzeug- nisse, bespielte Ton-, Bild- und Daten- träger	Kokerei- erzeug- nisse, Mineralöl- erzeug- nisse, Spalt- und Brutstoffe <sup>3)</sup>
						zu- sammen	Papier, Karton und Pappe	Papier-, Karton- und Pappe- waren		
1996	100,8	99,5	100,4	101,5	97,0	94,1	90,8	96,5	102,4	107,5
1997	103,4	100,2	100,7	102,4	97,8	91,9	87,0	95,1	102,0	110,4
1998	104,6	100,2	101,5	102,7	98,8	93,3	89,3	96,0	102,0	100,3
1995 Januar	99,2	99,7	100,0	99,5	98,8	95,5	93,8	96,5	97,6	100,7
Februar	100,2	100,1	100,3	99,5	99,4	96,7	95,6	97,4	97,8	101,3
März	102,9	100,3	100,3	99,5	100,0	97,6	96,8	98,1	98,2	99,1
April	103,1	100,3	100,4	99,6	100,4	99,1	98,7	99,3	99,3	101,0
Mai	103,0	100,0	99,3	99,6	100,7	100,2	100,1	100,2	99,4	100,9
Juni	103,1	99,8	99,4	99,6	100,8	100,9	101,2	100,7	99,6	100,9
Juli	100,1	100,2	100,0	99,7	100,4	102,0	103,4	101,1	100,5	97,9
August	100,2	100,2	100,0	100,2	100,9	102,5	104,1	101,5	100,7	98,2
September	100,1	100,1	100,1	100,6	100,6	102,5	103,9	101,6	101,2	100,3
Oktober	100,3	99,8	100,2	100,7	99,7	102,2	103,0	101,7	101,9	98,5
November	99,9	99,8	99,9	100,8	99,3	100,8	100,1	101,1	101,7	98,9
Dezember	100,1	99,7	100,0	100,8	99,0	100,1	99,5	100,6	101,8	102,3
1996 Januar	100,2	99,8	100,1	101,0	98,2	99,2	98,8	99,9	102,1	103,0
Februar	100,2	99,9	100,3	101,0	97,9	98,2	97,4	99,1	102,1	105,9
März	100,0	99,7	100,3	101,1	97,3	96,7	95,5	98,1	102,2	104,9
April	100,2	99,6	100,4	101,3	97,0	95,3	93,1	97,2	102,2	107,8
Mai	100,2	99,5	100,2	101,2	96,9	93,7	90,4	96,2	102,6	106,0
Juni	100,1	99,5	100,2	101,3	96,6	92,6	88,6	95,6	102,7	103,3
Juli	100,1	99,5	100,6	101,7	96,4	92,2	87,7	95,3	102,5	104,6
August	100,2	99,4	100,8	101,7	96,4	92,1	87,4	95,3	102,2	105,2
September	100,1	99,4	100,7	101,6	96,3	92,1	87,2	95,4	102,5	110,3
Oktober	101,7	99,2	100,6	101,9	96,7	92,3	87,9	95,3	102,3	114,1
November	103,1	99,2	100,4	102,2	97,4	92,2	88,0	95,1	102,5	112,2
Dezember	103,1	99,2	100,5	102,2	96,4	92,2	88,1	95,1	102,7	112,4
1997 Januar	103,1	99,4	100,6	102,0	96,6	91,4	86,5	94,7	102,9	114,8
Februar	103,4	99,3	100,3	101,9	96,8	91,3	86,5	94,6	102,5	112,4
März	104,2	99,5	100,4	102,1	96,9	91,4	86,6	94,7	102,0	110,2
April	104,2	100,2	100,3	102,3	97,3	91,5	86,7	94,9	102,0	108,4
Mai	104,2	100,1	100,2	102,3	97,7	91,7	87,0	94,9	102,1	108,3
Juni	104,1	100,2	100,1	102,3	98,3	91,7	86,8	95,0	101,7	107,1
Juli	102,9	100,3	100,6	102,3	98,4	91,7	86,6	95,2	101,8	107,5
August	103,0	100,4	100,8	102,4	98,4	91,8	86,7	95,0	101,7	111,8
September	103,0	100,7	101,2	102,5	98,5	91,9	86,9	95,2	101,7	110,3
Oktober	103,0	100,7	101,3	102,7	98,5	92,4	87,7	95,4	101,9	111,7
November	102,9	100,6	101,2	102,7	98,1	92,7	87,9	95,7	102,2	112,0
Dezember	102,9	100,4	101,2	102,7	97,9	92,8	88,4	95,6	101,8	109,9
1998 Januar	103,0	100,4	101,2	102,6	98,1	93,1	89,5	95,6	102,2	105,7
Februar	103,0	100,6	101,5	102,6	98,1	93,5	90,0	95,9	102,2	104,0
März	103,0	100,5	101,5	102,6	98,5	93,6	90,2	95,9	101,9	101,8
April	103,0	100,4	101,4	102,6	99,0	93,7	90,0	96,1	101,9	102,0
Mai	105,1	100,4	101,5	102,6	99,3	93,7	89,9	96,2	101,9	100,9
Juni	105,2	100,3	101,3	102,7	99,3	93,6	89,5	96,3	101,8	99,6
Juli	105,1	100,3	101,3	102,7	99,5	93,6	89,5	96,4	102,2	100,0
August	105,4	100,2	101,6	102,7	99,2	93,5	89,4	96,3	102,1	98,2
September	105,7	100,0	101,8	102,8	98,9	93,3	88,9	96,3	102,0	98,7
Oktober	105,8	99,8	101,8	102,9	98,8	93,0	88,7	96,0	102,2	98,3
November	105,7	99,7	101,7	102,6	98,7	92,7	88,4	95,7	102,0	97,9
Dezember	105,7	99,7	101,7	102,6	98,6	92,3	88,0	95,4	102,0	95,9
1999 Januar	105,8	99,4	101,6	102,7	98,4	91,9	87,3	95,1	102,1	95,2
Februar	105,8	99,3	101,7	102,7	98,2	91,8	87,0	95,1	101,9	94,2

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepräsentanten für Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren. – 3) Ohne Preisrepräsentanten für Spalt- und Brutstoffe

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch: Kokerei- erzeugnisse usw.	Chemische Erzeugnisse	Gummi- und Kunststoffwaren			Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden			Eisen- und Stahl- erzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse
	Mineralöl- erzeugnisse		zusammen	Gummi- waren	Kunststoff- waren	zusammen	Glas- und Glaswaren	Keramik (ohne Ziegel und Baukeramik)	
1996	107,6	96,6	99,2	99,7	99,1	99,4	97,5	101,5	95,0
1997	110,5	97,6	98,7	99,1	98,6	98,9	94,8	102,2	96,6
1998	100,3	97,0	98,5	99,4	98,2	98,2	94,1	102,6	98,0
1995 Januar	100,7	99,6	98,7	99,4	98,6	99,6	100,1	99,1	99,8
Februar	101,4	100,7	98,9	99,7	98,7	99,8	100,3	99,2	99,8
März	99,1	101,2	99,6	99,2	99,7	100,1	100,3	99,4	99,8
April	101,0	100,9	100,5	100,3	100,5	100,5	100,3	100,0	100,1
Mai	100,9	100,6	100,5	100,1	100,6	100,2	100,1	100,0	100,2
Juni	100,9	100,7	100,5	100,2	100,6	100,2	100,1	100,0	100,2
Juli	97,9	100,6	100,6	100,3	100,7	100,2	100,1	100,1	100,0
August	98,1	100,4	100,5	100,0	100,6	100,1	99,9	100,2	100,8
September	100,3	100,2	100,3	100,1	100,4	100,0	99,6	100,4	100,4
Oktober	98,5	99,5	100,2	100,2	100,2	99,9	99,8	100,5	99,6
November	98,9	98,2	99,9	100,2	99,9	99,7	99,6	100,6	99,8
Dezember	102,3	97,4	99,7	100,2	99,6	99,7	99,7	100,6	99,5
1996 Januar	103,0	97,5	99,4	99,0	99,4	99,5	99,1	100,5	98,7
Februar	106,0	96,9	99,2	99,1	99,3	99,4	98,3	100,6	97,9
März	105,0	96,6	99,2	99,1	99,3	99,6	98,5	101,3	97,5
April	107,9	97,1	99,2	99,1	99,3	99,7	97,9	101,6	96,8
Mai	106,0	97,0	99,3	99,4	99,2	99,4	97,0	101,8	96,2
Juni	103,2	96,9	99,2	99,4	99,2	99,7	97,6	101,8	94,6
Juli	104,7	96,7	99,3	99,7	99,2	99,4	96,8	101,9	93,7
August	105,3	96,2	99,3	99,8	99,2	99,2	96,8	101,9	93,3
September	110,5	95,9	99,2	99,9	99,0	99,2	97,1	101,8	92,9
Oktober	114,3	96,1	98,9	100,4	98,6	99,1	97,3	101,8	92,6
November	112,7	96,2	99,0	100,4	98,7	99,2	97,0	101,7	92,8
Dezember	112,8	96,2	99,0	100,5	98,6	99,4	96,8	101,8	92,8
1997 Januar	115,4	96,9	98,7	99,2	98,6	99,6	96,7	101,7	93,1
Februar	112,5	97,1	98,7	99,2	98,6	99,8	96,4	101,8	93,8
März	110,4	96,8	98,7	99,2	98,5	98,9	95,2	101,9	94,3
April	108,5	97,6	98,9	99,5	98,7	99,1	95,1	102,0	94,8
Mai	108,4	97,6	98,9	99,5	98,7	99,0	94,4	102,2	95,9
Juni	107,1	97,6	98,8	99,6	98,7	98,6	94,1	102,6	97,2
Juli	107,6	97,4	98,9	99,7	98,8	98,8	94,1	102,4	98,0
August	111,9	97,7	98,7	98,4	98,8	98,9	94,3	102,3	98,6
September	110,3	97,9	98,6	98,3	98,7	98,7	95,0	102,3	98,6
Oktober	112,2	97,9	98,6	99,0	98,5	98,5	94,5	102,4	98,4
November	112,1	98,0	98,6	99,0	98,5	98,4	94,3	102,3	97,8
Dezember	109,9	98,3	98,6	98,9	98,5	98,2	94,0	102,3	98,3
1998 Januar	105,6	98,6	98,5	99,0	98,4	98,5	94,0	102,3	99,2
Februar	104,2	98,6	98,5	99,0	98,3	98,3	94,0	102,4	99,6
März	101,8	98,6	98,5	99,1	98,4	98,3	93,5	102,3	99,7
April	101,9	97,9	98,5	99,2	98,4	98,2	93,1	102,9	100,1
Mai	100,9	97,1	98,5	99,5	98,3	98,4	94,0	102,8	99,4
Juni	99,6	97,0	98,7	99,6	98,5	98,2	93,8	102,7	99,1
Juli	100,1	96,9	98,7	99,7	98,4	98,3	94,3	102,8	99,0
August	98,3	96,2	98,5	99,7	98,2	98,1	94,2	102,7	98,4
September	98,7	96,0	98,5	99,7	98,3	98,1	94,1	102,8	97,4
Oktober	98,4	95,8	98,3	99,6	98,0	98,0	94,6	102,7	96,0
November	97,9	95,6	98,3	99,5	98,0	98,2	95,1	102,7	95,0
Dezember	95,8	95,5	98,0	99,2	97,7	98,2	95,0	102,6	93,1
1999 Januar	95,4	95,1	97,8	98,9	97,6	98,1	95,0	102,7	92,0
Februar	94,1	94,7	97,5	98,9	97,2	97,9	94,2	102,6	91,7

1) Ohne Umsatzsteuer.

# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse			Metall- erzeugnisse	Maschinen	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen	Geräte der Elektrizitäts- erzeugung und -verteilung u. a.	Nachrichten- technik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bau- elemente	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren
	Roheisen und Stahl	NE-Metalle und Halbzeug daraus	Erzeugnisse der Gießereien						
1996 . . . . .	91,1	93,6	100,5	100,9	101,6	96,5	100,5	99,1	101,5
1997 . . . . .	91,3	100,5	102,3	101,1	102,6	92,5	99,7	98,5	103,0
1998 . . . . .	95,1	97,6	103,4	101,8	103,3	87,8	99,7	97,7	103,9
1995 Januar . . . . .	99,2	103,0	98,8	99,3	99,2	99,7	99,7	100,6	99,4
Februar . . . . .	99,3	101,7	99,5	99,4	99,4	99,9	99,7	100,0	99,5
März . . . . .	100,1	100,2	99,7	99,8	99,6	99,8	99,6	99,8	99,5
April . . . . .	100,7	99,5	100,5	100,0	99,9	100,2	99,7	99,9	99,8
Mai . . . . .	100,9	99,4	100,5	100,1	100,1	100,1	99,7	100,0	99,9
Juni . . . . .	100,6	100,2	100,3	100,0	100,1	100,0	100,0	99,9	100,1
Juli . . . . .	100,5	99,2	99,8	99,9	100,1	99,9	99,9	99,8	100,1
August . . . . .	100,1	102,2	100,3	100,1	100,1	100,4	100,4	100,1	100,2
September . . . . .	100,3	100,3	100,3	100,2	100,1	100,2	100,4	100,3	100,3
Oktober . . . . .	99,8	97,5	100,2	100,4	100,3	100,2	100,2	99,8	100,4
November . . . . .	99,8	98,5	100,3	100,5	100,5	100,2	100,4	100,0	100,4
Dezember . . . . .	98,9	98,3	99,9	100,3	100,6	99,5	100,4	99,8	100,4
1996 Januar . . . . .	97,4	96,7	101,1	100,8	101,0	99,3	100,6	99,5	101,1
Februar . . . . .	95,6	96,2	101,2	100,7	101,3	97,9	100,6	99,7	101,0
März . . . . .	94,7	96,4	100,8	100,7	101,4	97,8	100,7	100,0	101,2
April . . . . .	92,6	97,3	100,6	100,9	101,5	97,5	100,8	99,4	101,3
Mai . . . . .	91,3	97,0	100,5	100,8	101,7	97,8	100,9	99,5	101,4
Juni . . . . .	90,2	93,2	100,6	100,8	101,7	96,9	100,7	99,4	101,7
Juli . . . . .	89,2	91,6	100,5	100,8	101,8	95,2	100,5	99,0	101,6
August . . . . .	89,0	90,8	100,1	100,9	101,8	95,3	100,4	99,1	101,6
September . . . . .	88,6	90,6	99,9	101,0	101,8	95,7	100,4	98,8	101,6
Oktober . . . . .	88,3	90,6	99,7	101,0	101,9	95,1	100,4	98,2	101,6
November . . . . .	88,0	91,4	100,2	101,0	101,9	94,5	100,3	98,6	101,6
Dezember . . . . .	87,9	91,5	100,4	101,0	101,8	94,4	100,0	98,3	101,9
1997 Januar . . . . .	87,4	93,8	99,9	100,8	102,3	94,7	100,0	98,1	102,7
Februar . . . . .	87,5	96,7	100,7	100,8	102,4	94,0	99,9	98,0	102,7
März . . . . .	87,8	97,9	101,2	100,8	102,4	93,5	99,4	97,8	102,8
April . . . . .	89,0	97,7	101,7	100,8	102,6	93,0	99,4	98,0	102,9
Mai . . . . .	89,9	100,3	102,5	100,9	102,6	92,9	99,4	98,1	102,9
Juni . . . . .	91,1	103,3	102,4	101,1	102,6	92,7	99,9	97,7	103,1
Juli . . . . .	92,2	104,3	102,9	101,2	102,6	92,5	99,7	97,5	103,2
August . . . . .	92,8	105,3	103,6	101,5	102,6	92,1	99,6	97,6	103,3
September . . . . .	93,5	104,4	103,1	101,5	102,6	91,6	99,8	100,5	102,8
Oktober . . . . .	94,4	102,0	103,4	101,3	102,7	91,4	99,8	99,7	103,2
November . . . . .	94,5	99,5	103,2	101,2	102,6	91,1	99,6	99,8	103,1
Dezember . . . . .	94,9	100,9	103,4	101,3	102,7	90,4	99,4	99,7	103,1
1998 Januar . . . . .	96,2	100,9	103,4	101,6	102,9	90,2	99,7	98,1	103,4
Februar . . . . .	97,1	100,9	103,5	101,6	102,9	89,8	99,7	98,3	103,5
März . . . . .	97,2	101,0	103,4	101,8	103,0	89,3	99,7	98,3	103,6
April . . . . .	97,4	101,7	103,6	101,7	103,2	89,1	100,0	98,0	103,7
Mai . . . . .	97,5	99,1	103,4	101,9	103,3	88,6	100,0	97,9	103,8
Juni . . . . .	97,2	98,7	103,2	101,9	103,4	88,6	100,1	97,7	103,8
Juli . . . . .	96,8	98,7	103,2	101,7	103,4	88,0	99,8	97,7	103,7
August . . . . .	95,9	97,6	103,1	101,8	103,4	87,0	99,8	97,7	103,6
September . . . . .	94,9	95,5	103,3	101,9	103,5	86,4	99,7	97,7	103,9
Oktober . . . . .	92,7	93,6	103,6	101,8	103,5	86,6	99,4	97,3	104,1
November . . . . .	90,2	93,6	103,2	101,9	103,5	85,5	99,4	97,2	104,1
Dezember . . . . .	87,5	90,3	103,3	101,8	103,5	85,0	99,1	96,4	104,1
1999 Januar . . . . .	85,4	89,7	102,9	101,8	103,7	84,2	98,9	96,0	104,2
Februar . . . . .	84,3	90,7	102,4	101,9	103,8	83,8	99,5	95,5	104,3

1) Ohne Umsatzsteuer.

# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Kraftwagen und Kraftwagen- teile	Sonstige Fahrzeuge	Möbel, Schmuck, Musik- instrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser					
				zusammen	Energie				Wasser
					zusammen	Elektrischer Strom	Erdgas <sup>6)</sup>	Fernwärme mit Dampf und Warmwasser	
1996 . . . . .	100,9	100,7	101,8	94,8	94,0	90,7	101,3	98,2	105,4
1997 . . . . .	101,6	100,5	102,7	98,4	97,7	90,4	114,4	100,0	109,5
1998 . . . . .	102,6	100,9	104,0	97,0	95,9	89,9	109,4	100,6	112,4
1995 Januar . . . . .	99,6	98,9	99,2	100,4	100,6	100,1	101,9	99,9	98,3
Februar . . . . .	99,8	99,6	99,2	100,5	100,6	100,1	101,9	99,9	99,5
März . . . . .	99,9	99,6	99,3	100,5	100,6	100,1	101,9	100,1	99,6
April . . . . .	99,9	99,8	99,7	100,2	100,2	100,0	100,6	99,9	99,8
Mai . . . . .	99,9	99,8	99,8	100,1	100,1	100,0	100,4	100,0	99,8
Juni . . . . .	100,0	99,8	100,1	100,1	100,1	100,0	100,4	99,9	99,9
Juli . . . . .	100,0	99,8	100,2	99,9	99,9	100,0	99,5	100,1	100,0
August . . . . .	100,0	100,1	100,2	99,8	99,8	100,0	99,3	100,2	100,3
September . . . . .	100,1	100,2	100,2	99,8	99,8	100,0	99,5	100,2	100,2
Oktober . . . . .	100,2	100,4	100,5	99,6	99,5	99,9	98,4	100,2	100,7
November . . . . .	100,3	100,6	100,7	99,5	99,4	99,9	98,1	99,9	100,9
Dezember . . . . .	100,3	100,6	100,8	99,5	99,4	99,9	98,2	100,0	100,9
1996 Januar . . . . .	100,6	100,7	101,1	93,9	93,2	90,8	98,1	98,2	104,1
Februar . . . . .	100,9	100,7	101,4	94,0	93,2	90,8	98,1	98,1	104,5
März . . . . .	100,9	100,9	101,1	94,0	93,2	90,8	98,1	98,2	104,6
April . . . . .	100,9	101,0	101,4	94,1	93,3	90,8	98,7	98,0	104,8
Mai . . . . .	100,8	100,8	101,7	94,2	93,4	90,7	98,9	98,0	104,8
Juni . . . . .	100,8	100,7	101,8	94,2	93,4	90,7	99,1	97,8	104,8
Juli . . . . .	100,8	100,6	102,0	94,8	94,1	90,6	101,7	98,2	105,2
August . . . . .	100,8	100,7	102,1	95,1	94,4	90,6	103,0	98,0	105,2
September . . . . .	101,0	100,7	102,2	95,1	94,4	90,5	103,1	98,2	105,2
Oktober . . . . .	101,0	100,6	102,1	96,0	95,2	90,5	105,8	98,5	107,0
November . . . . .	101,1	100,6	102,2	96,0	95,2	90,5	105,7	98,7	107,2
Dezember . . . . .	101,1	100,5	102,2	96,0	95,2	90,5	105,8	98,6	107,1
1997 Januar . . . . .	101,0	100,3	102,4	97,0	96,2	90,5	109,3	99,3	108,3
Februar . . . . .	101,1	100,3	102,5	97,2	96,4	90,5	110,1	99,1	108,8
März . . . . .	100,9	100,4	102,6	97,2	96,4	90,5	110,1	99,1	108,8
April . . . . .	101,0	100,6	102,5	98,8	98,1	90,5	115,7	99,9	109,0
Mai . . . . .	101,7	100,5	102,6	98,9	98,1	90,5	115,9	99,8	109,6
Juni . . . . .	101,7	100,6	102,7	98,9	98,1	90,5	115,8	99,9	109,6
Juli . . . . .	101,6	100,7	102,7	99,3	98,5	90,4	117,2	100,4	109,7
August . . . . .	101,6	100,7	102,7	99,3	98,5	90,4	117,3	100,7	110,1
September . . . . .	102,0	100,8	102,8	99,3	98,5	90,4	117,3	100,5	110,1
Oktober . . . . .	102,0	100,3	102,9	98,5	97,7	90,3	114,9	100,5	110,0
November . . . . .	102,0	100,4	103,0	98,5	97,7	90,3	114,9	100,3	110,0
Dezember . . . . .	102,0	100,0	103,0	98,4	97,6	90,2	114,7	100,6	110,1
1998 Januar . . . . .	102,0	100,2	103,3	98,1	97,1	90,1	113,1	100,9	111,7
Februar . . . . .	101,9	100,3	103,4	98,0	97,0	90,1	112,7	100,8	112,1
März . . . . .	101,9	100,4	103,5	98,0	97,0	90,1	112,7	100,7	112,2
April . . . . .	102,1	100,9	103,7	98,3	97,3	90,1	113,8	101,0	112,4
Mai . . . . .	102,7	101,1	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,1
Juni . . . . .	102,8	100,9	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,2
Juli . . . . .	102,8	100,9	104,2	97,4	96,3	90,1	110,1	101,0	112,4
August . . . . .	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,5	100,7	112,8
September . . . . .	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,6	100,8	112,8
Oktober . . . . .	103,0	101,2	104,4	95,3	94,1	89,9	102,9	99,9	112,5
November . . . . .	103,0	101,2	104,6	94,0	92,6	88,7	100,5	99,8	112,7
Dezember . . . . .	103,0	101,2	104,6	93,9	92,5	88,7	100,4	99,8	112,7
1999 Januar . . . . .	102,9	101,3	104,9	92,1	90,5	86,8	97,8	99,2	113,6
Februar . . . . .	103,0	101,1	105,0	92,1	90,5	87,1	97,1	98,7	113,7

1) Ohne Umsatzsteuer

# Wägungsschema zum Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

## Deutschland

1995 = 100

GP-Nr. nach GP 1995	Güterabteilungen und Güterklassen	Wägungs- anteil in %	GP-Nr. nach GP 1995	Güterabteilungen und Güterklassen	Wägungs- anteil in %
10	Kohle und Torf <sup>1)</sup> . . . . .	14,52	17 53	Vliesstoffe, auch getränkt, bestrichen, überzogen oder mit Lagen versehen . . . . .	0,66
10 10	Steinkohle und Steinkohlenbriketts . . . . .	9,96	17 54	Textilerzeugnisse, a. n. g. . . . .	1,68
10 20	Braunkohle und Braunkohlenbriketts . . . . .	4,56	17 60	Gewirke und Gestricke . . . . .	0,70
11	Erdöl und Erdgas . . . . .	2,13	17 71	Strumpfwaren . . . . .	0,98
14	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse . . . . .	5,58	17 72	Pullover, Strickwaren, Westen u. a. Waren, gewirkt oder gestrickt . . . . .	0,79
14 12	Kalk-, Dolomit-, Gipsstein, Anhydrit, Kreide und Dolomit . . . . .	0,53	18	Bekleidung . . . . .	11,39
14 21	Kies und Sand; gebrochene Natursteine . . . . .	4,66	18 10	Lederbekleidung . . . . .	0,09
14 40	Salz und Natriumchlorid; Meerwasser . . . . .	0,39	18 21	Arbeits- und Berufsbekleidung . . . . .	0,49
15	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbe . . . . .	122,47	18 22	Oberbekleidung (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung) . . . . .	7,24
15 11	Fleisch (ohne Geflügel) . . . . .	6,92	18 23	Wasche . . . . .	2,80
15 12	Geflügel . . . . .	1,42	18 24	Bekleidung und Bekleidungszubehör, a. n. g. . . . .	0,77
15 13	Verarbeitetes Fleisch . . . . .	13,06	19	Leder und Lederwaren . . . . .	4,04
15 20	Fischerzeugnisse u. a. Meeresfrüchte . . . . .	1,61	19 10	Leder . . . . .	0,16
15 31	Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse . . . . .	1,02	19 20	Lederwaren (ohne Schuhe) . . . . .	2,75
15 32	Frucht- und Gemüsesäfte . . . . .	2,09	19 30	Schuhe . . . . .	1,13
15 33	Verarbeitetes Obst und Gemüse . . . . .	3,66	20	Holz und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel) <sup>2)</sup> . . . . .	19,16
15 41	Öle und Fette, roh; Nebenprodukte . . . . .	1,22	20 10	Holz, gesägt auch gehobelt oder imprägniert . . . . .	4,89
15 42	Öle und Fette, raffiniert; Nebenprodukte . . . . .	1,02	20 20	Sperrholz, Span- u. ä. Platten, Faserplatten, Funierblätter; verdichtetes Holz . . . . .	3,92
15 43	Margarine u. ä. Nahrungsfette . . . . .	1,35	20 30	Bautischler- und Zimmermannsarbeiten, aus Holz . . . . .	9,61
15 51	Milch und Milchzeugnisse (ohne Speiseeis) . . . . .	18,72	20 40	Verpackungsmittel, Lagerbehälter und Ladungsträger aus Holz . . . . .	0,74
15 52	Speiseeis . . . . .	1,80	21	Papier . . . . .	24,21
15 61	Mahl- und Schalmühlenerzeugnisse . . . . .	2,24	21 11	Holzstoff und Zellstoff . . . . .	0,27
15 62	Stärke und Stärkezeugnisse . . . . .	0,80	21 12	Papier, Karton und Pappe . . . . .	8,56
15 71	Futtermittel für Nutztiere . . . . .	3,63	21 21	Wellpapier und -pappe; Verpackungsmittel aus Papier, Karton und Pappe . . . . .	8,02
15 72	Futtermittel für sonstige Tiere . . . . .	1,75	21 22	Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikel aus Papier, Pappe und Zellstoff . . . . .	3,40
15 81	Backwaren (ohne Dauerbackwaren) . . . . .	7,71	21 23	Schreibwaren und Bürobedarf aus Papier, Karton oder Pappe . . . . .	1,36
15 82	Dauerbackwaren . . . . .	3,04	21 24	Tapeten . . . . .	0,46
15 83	Zucker . . . . .	4,00	21 25	Andere Waren aus Papier, Karton und Pappe . . . . .	2,14
15 84	Süßwaren (ohne Dauerbackwaren) . . . . .	8,01	22	Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielte Ton-, Bild- und Datenträger . . . . .	43,12
15 85	Teigwaren . . . . .	0,74	22 11	Buch- und Musikverlagserzeugnisse . . . . .	4,94
15 86	Kaffee und Tee, Kaffee-Ersatz . . . . .	5,72	22 12	Zeitungen u. a. periodische Druckschriften, mindestens viermal wöchentlich erscheinend . . . . .	10,86
15 87	Würzen und Soßen . . . . .	2,51	22 13	Zeitungen u. a. periodische Druckschriften, weniger als viermal wöchentlich erscheinend . . . . .	5,82
15 88	Homogenisierte Lebensmittelzubereitungen und diätetische Lebensmittel . . . . .	0,83	22 14	Bespielte Tonträger . . . . .	0,11
15 89	Sonstige Nahrungsmittel (ohne Getränke) . . . . .	3,10	22 15	Sonstige Verlagserzeugnisse . . . . .	0,38
15 91	Spirituosen . . . . .	4,04	22 21	Druck von Zeitungen u. a. periodischen Druckschriften, mindestens viermal wöchentlich erscheinend (z. B. Tageszeitungen) . . . . .	1,89
15 92	Ethylalkohol . . . . .	0,13	22 22	Drucke, a. n. g. . . . .	17,36
15 93	Wein; Weintrub, Weinstein . . . . .	1,37	22 24	Satzherstellung und Reproduktion . . . . .	1,26
15 96	Bier . . . . .	11,11			
15 97	Malz . . . . .	0,53			
15 98	Mineralwasser, Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholische Getränke . . . . .	7,32			
16	Tabakerzeugnisse . . . . .	16,58			
17	Textilien . . . . .	13,80			
17 10	Textile Spinnstoffe und Garne . . . . .	1,81			
17 20	Gewebe . . . . .	3,21			
17 40	Konfektionierte Textilwaren (ohne Bekleidung) . . . . .	2,39			
17 51	Teppiche und Fußbodenbeläge . . . . .	1,58			

1) Ohne Preisrepräsentanten für Torf. - 2) Ohne Preisrepräsentanten für Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren



**Wägungsschema zum Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte  
Deutschland  
1995 = 100**

GP-Nr nach GP 1995	Güterabteilungen und Güterklassen	Wägungs- anteil in %	GP-Nr nach GP 1995	Güterabteilungen und Güterklassen	Wägungs- anteil in %
22 31	Vervielfältigung von bespielten Tonträgern . . . . .	.	26 30	Keramische Wand-, Bodenfliesen und -platten . . . . .	0,79
22 33	Vervielfältigung von bespielten Datenträgern . . . . .	.	26 40	Ziegel u. a. Baukeramik . . . . .	2,50
23	Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe <sup>1)</sup> . . . . .	37,29	26 51	Zement . . . . .	3,23
23 10	Kokereierzeugnisse . . . . .	1,01	26 52	Kalk . . . . .	0,62
23 20	Mineralölerzeugnisse . . . . .	36,28	26 53	Gebrannter Gips . . . . .	0,48
24	Chemische Erzeugnisse . . . . .	69,47	26 61	Betonzeugnisse, vorgefertigte Bauelemente und Ge- bäude aus Zement, Beton oder Kunststein . . . . .	9,96
24 11	Industriegase . . . . .	1,22	26 62	Gipszeugnisse für den Bau . . . . .	0,48
24 12	Farbstoffe und Pigmente . . . . .	1,72	26 63	Frischbeton (Transportbeton) . . . . .	5,11
24 13	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien . . . . .	2,82	26 64	Mörtel . . . . .	1,95
24 14	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien . . . . .	9,37	26 65	Faserzementwaren . . . . .	0,55
24 15	Düngemittel und Stickstoffverbindungen . . . . .	1,26	26 66	Andere Beton-, Zement- und Gipswaren . . . . .	0,48
24 16	Kunststoffe, in Primärformen . . . . .	10,18	26 70	Natursteinerzeugnisse, a. n. g. . . . .	0,96
24 17	Synthetischer Kautschuk, in Primärformen . . . . .	0,32	26 81	Mühl-, Mahl-, Poliersteine und Schleifkörper . . . . .	0,69
24 20	Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmittel . . . . .	1,00	26 82	Mineralerzeugnisse, a. n. g. . . . .	2,43
24 30	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte . . . . .	7,34	27	Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse . . . . .	44,93
24 41	Pharmazeutische Grundstoffe . . . . .	0,49	27 10	Roheisen und Stahl (EGKS), Ferrolegierungen (EGKS) . . . . .	16,81
24 42	Pharmazeutische Spezialitäten und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse . . . . .	15,36	27 21	Rohre, Rohrform-, Rohrverschluß- und Rohrverbindungs- stücke, aus Gußeisen . . . . .	0,75
24 51	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel . . . . .	4,45	27 22	Stahlrohre, Rohrform-, Rohrverschluß- und Rohrverbin- dungsstücke, aus Eisen und Stahl . . . . .	3,66
24 52	Duftstoffe und Körperpflegemittel . . . . .	5,05	27 31	Blankstahl . . . . .	1,00
24 61	Pyrotechnische Erzeugnisse . . . . .	0,46	27 32	Kaltband mit einer Breite von weniger als 500 mm . . . . .	1,95
24 62	Klebstoffe und Gelatine . . . . .	1,10	27 34	Draht . . . . .	1,30
24 63	Etherische Öle . . . . .	0,34	27 35	Ferrolegierungen (nicht EGKS) u. a. Eisen- und Stahlerzeugnisse, a. n. g. . . . .	0,48
24 64	Fotochemische Erzeugnisse . . . . .	0,74	27 41	Edelmetalle und Halbzeug daraus . . . . .	0,83
24 65	Unbespielte Ton-, Bild- und Datenträger . . . . .	0,20	27 42	Aluminium und Halbzeug daraus . . . . .	6,76
24 66	Chemische Erzeugnisse, a. n. g. . . . .	4,55	27 43	Blei, Zink und Zinn und Halbzeug daraus . . . . .	0,87
24 70	Chemiefasern . . . . .	1,50	27 44	Kupfer und Halbzeug daraus . . . . .	3,92
25	Gummi- und Kunststoffwaren . . . . .	41,83	27 51	Erzeugnisse der Eisengießereien . . . . .	2,90
25 11	Bereifungen, neu, aus Kautschuk . . . . .	2,60	27 52	Erzeugnisse der Stahlgießereien . . . . .	0,72
25 13	Andere Gummiwaren (ohne Bereifungen) . . . . .	5,09	27 53	Erzeugnisse der Leichtmetallgießereien . . . . .	2,39
25 21	Platten, Folien, Schläuche und Profile aus Kunststoffen . . . . .	9,88	27 54	Erzeugnisse der Buntmetallgießereien . . . . .	0,59
25 22	Verpackungsmittel aus Kunststoffen . . . . .	4,60	28	Metallerzeugnisse . . . . .	58,43
25 23	Baubedarfsartikel aus Kunststoffen . . . . .	6,86	28 11	Stahl- und Leichtmetallbaukonstruktionen . . . . .	13,02
25 24	Andere Kunststoffwaren . . . . .	12,80	28 12	Ausbaulemente aus Stahl und Aluminium . . . . .	4,11
26	Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden . . . . .	40,23	28 21	Tanks, Sammelbehälter u. ä. Behälter, aus Eisen oder Stahl sowie aus Aluminium . . . . .	1,29
26 11	Flachglas (ohne veredeltes und bearbeitetes Flachglas) . . . . .	0,52	28 22	Heizkörper für Zentralheizungen; Zentralheizungskessel . . . . .	2,27
26 12	Veredeltes und bearbeitetes Flachglas . . . . .	2,89	28 30	Dampfkessel (Dampferzeuger) (ohne Zentralheizungs- kessel); Kernreaktoren, Teile dafür . . . . .	0,98
26 13	Hohlglas . . . . .	2,52	28 40	Schmiede-, Preß-, Zieh- und Stanzteile, gewalzte Ringe und pulvermetallurgische Erzeugnisse . . . . .	7,81
26 14	Glasfasern . . . . .	0,63	28 52	Mechanik, a. n. g. . . . .	2,78
26 15	Sonstiges Glas (einschl. technischer Glaswaren) . . . . .	0,62	28 61	Schneidwaren und Bestecke . . . . .	0,52
26 21	Haushaltswaren und Ziergegenstände, aus Keramik . . . . .	0,97	28 62	Werkzeuge . . . . .	4,31
26 22	Keramische Installationsgegenstände zu sanitären Zwecken . . . . .	0,58	28 63	Schlosser und Beschläge . . . . .	4,64
26 23	Elektrische Isolatoren und Isolierteile, aus keramischen Stoffen . . . . .	0,20	28 71	Behälter aus Eisen oder Stahl . . . . .	0,78
26 24	Andere keramische Waren für technische Zwecke . . . . .	0,22			
26 26	Feuerfeste keramische Werkstoffe . . . . .	0,85			

1) Ohne Preisrepresentanten für Spalt- und Brutstoffe

**Wägungsschema zum Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte  
Deutschland  
1995 = 100**

GP-Nr. nach GP 1995	Güterabteilungen und Güterklassen	Wägungs- anteil in %	GP-Nr. nach GP 1995	Güterabteilungen und Güterklassen	Wägungs- anteil in %
28 72	Verpackungen und Verschlüsse, aus Eisen, Stahl oder NE-Metall . . . . .	2,58	32	Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente . . . . .	17,25
28 73	Drahtwaren . . . . .	1,95	32 10	Elektronische Bauelemente . . . . .	4,21
28 74	Schrauben, Niete, Ketten, Federn . . . . .	3,80	32 20	Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen . . . . .	8,41
28 75	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a. n. g. . . . .	7,59	32 30	Rundfunk- und Fernsehgeräte, phono- und videoteknische Geräte . . . . .	4,63
29	Maschinen . . . . .	80,60	33	Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren . . . . .	17,08
29 11	Verbrennungsmotoren und Turbinen . . . . .	2,51	33 10	Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen . . . . .	5,68
29 12	Pumpen und Kompressoren . . . . .	5,58	33 20	Meß-, Kontroll-, Navigations- u. a. Instrumente und Vorrichtungen . . . . .	8,76
29 13	Armaturen . . . . .	6,48	33 40	Optische und fotografische Geräte . . . . .	2,15
29 14	Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebs Elemente . . . . .	5,97	33 50	Uhren . . . . .	0,49
29 21	Öfen und Brenner, Teile dafür . . . . .	1,12	34	Kraftwagen und Kraftwagenteile . . . . .	81,09
29 22	Hebezeuge und Fördermittel . . . . .	7,54	34 10	Kraftwagen und Kraftwagenmotoren . . . . .	51,20
29 23	Kälte- und lufttechnische Erzeugnisse für gewerbliche Zwecke . . . . .	5,53	34 20	Karosserien, Aufbauten und Anhänger . . . . .	5,17
29 24	Maschinen für unspezifische Verwendung, a. n. g. . . . .	7,65	34 30	Teile und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren . . . . .	24,72
29 31	Einachsschlepper, Acker- und Forstschlepper, andere Zugmaschinen . . . . .	0,75	35	Sonstige Fahrzeuge . . . . .	4,41
29 32	Sonstige Maschinen für die Land- und Forstwirtschaft, Teile dafür . . . . .	2,14	35 12	Boote und Yachten . . . . .	0,08
29 40	Werkzeugmaschinen zum Abtragen von Stoffen aller Art durch Laserstrahlen o. ä. Verfahren; Bearbeitungszentren usw. zum Bearbeiten von Metallen . . . . .	8,57	35 20	Schienenfahrzeuge . . . . .	2,51
29 51	Maschinen für die Metallerzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen . . . . .	0,37	35 41	Kraftrader . . . . .	0,55
29 52	Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen, Teile dafür . . . . .	3,99	35 42	Fahrräder, Teile und Zubehör . . . . .	1,05
29 53	Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung, Teile dafür . . . . .	1,90	35 50	Fahrzeuge, a. n. g. . . . .	0,22
29 54	Maschinen für das Textil-, Bekleidungs- und Leder-gewerbe, Teile und Zubehör dafür . . . . .	1,63	36	Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse . . . . .	29,62
29 55	Maschinen für das Papiergewerbe . . . . .	0,82	36 11	Sitzmöbel . . . . .	6,65
29 56	Maschinen für das Druckgewerbe und für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige, a. n. g. . . . .	9,72	36 12	Büro- und Ladenmöbel . . . . .	3,34
29 71	Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür . . . . .	7,20	36 13	Holz-möbel für Küchen . . . . .	4,22
29 72	Nichtelektrische Heiz-, Koch-, Heißwasser-, Heißluft- u. ä. Geräte für den Haushalt, Teile dafür . . . . .	1,13	36 14	Sonstige Möbel . . . . .	9,25
30	Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen . . . . .	9,36	36 15	Matratzen . . . . .	0,95
30 01	Büromaschinen . . . . .	1,00	36 22	Schmuck, Gold- und Silberschmiedeerzeugnisse . . . . .	0,83
30 02	Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen . . . . .	8,36	36 30	Musikinstrumente . . . . .	0,23
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä. . . . .	43,42	36 40	Sportgeräte . . . . .	0,38
31 10	Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren . . . . .	6,40	36 50	Spielwaren . . . . .	1,32
31 20	Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen . . . . .	19,86	36 61	Phantasieschmuck . . . . .	0,08
31 30	Isolierte Elektrokabel, -leitungen und -drähte . . . . .	3,13	36 62	Besen und Bürsten . . . . .	0,45
31 40	Akkumulatoren und Batterien . . . . .	0,97	36 63	Sonstige Erzeugnisse, a. n. g. . . . .	1,92
31 50	Elektrische Lampen und Leuchten . . . . .	3,71	40	Energie . . . . .	138,05
31 61	Elektrische Ausrüstungen für Motoren und Fahrzeuge, a. n. g. . . . .	5,60	40 10	Elektrischer Strom . . . . .	92,70
31 62	Sonstige elektrische Ausrüstungen, a. n. g. . . . .	3,75	40 20	Erdgas . . . . .	39,15
			40 30	Fernwärme mit Dampf und Warmwasser . . . . .	6,20
			41	Erzeugnisse und Dienstleistungen der Wasserversorgung . . . . .	9,94

## Preisindex für die Lebenshaltung aller privater Haushalte <sup>1)</sup>

### Deutschland

1995 = 100

Jahr/Monat <sup>2)</sup>	Gesamtindex	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	Alkoholische Getränke, Tabakwaren	Bekleidung und Schuhe	Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	Einrichtungsgegenstände u. a. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	Gesundheitspflege	Verkehr	Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	Bildungswesen	Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	Andere Waren und Dienstleistungen
1996 D . . . . .	101,4	100,6	100,8	100,7	102,4	100,7	101,5	102,4	100,9	100,4	103,7	101,1	100,5
1997 D . . . . .	103,3	102,0	102,7	101,1	105,1	101,1	108,7	104,3	97,9	102,5	107,8	102,1	102,3
1998 D . . . . .	104,3	103,0	104,7	101,5	106,0	101,8	114,4	104,7	97,3	103,1	112,9	103,6	102,8
1995 Januar	99,2	100,0	99,6	99,7	98,6	99,4	99,7	98,9	100,4	99,0	98,9	98,5	99,3
Februar	99,7	100,8	99,6	99,7	98,9	99,6	99,9	99,4	100,4	100,7	99,2	99,0	99,4
Marz	99,7	100,6	99,7	99,8	99,1	99,8	99,9	99,3	100,4	100,7	99,2	98,9	99,5
April	99,8	100,8	99,8	99,8	99,5	99,9	100,0	100,0	100,4	99,2	99,3	100,0	99,6
Mai	99,9	101,3	100,0	100,0	99,6	100,0	100,0	100,1	99,8	98,3	99,3	99,9	99,7
Juni	100,1	101,2	100,1	99,9	99,8	100,1	100,1	100,6	99,8	99,5	99,3	100,6	99,9
Juli	100,3	100,5	100,2	99,9	99,8	100,1	100,1	100,1	100,2	101,9	99,7	102,2	100,0
August	100,3	99,3	100,2	99,9	100,6	100,1	99,8	100,0	99,9	101,0	100,2	102,1	100,1
September	100,3	99,0	100,2	100,2	100,8	100,1	100,0	100,4	99,9	100,5	101,1	100,5	100,3
Oktober	100,1	98,7	100,2	100,3	100,9	100,2	100,1	100,2	99,9	99,3	101,3	100,4	100,7
November	100,1	98,7	100,2	100,4	101,0	100,4	100,1	100,2	99,4	99,2	101,4	99,0	100,8
Dezember	100,4	98,9	100,2	100,4	101,2	100,4	100,1	100,7	99,4	100,7	101,4	99,1	100,8
1996 Januar . . .	100,6	100,1	100,3	100,4	101,2	100,5	101,5	101,3	103,6	98,9	101,6	99,8	100,1
Februar . . . .	101,1	100,9	100,3	100,5	101,6	100,6	101,6	101,6	103,6	100,8	102,1	100,4	100,3
Marz . . . . .	101,2	101,5	100,4	100,5	101,8	100,6	101,6	101,8	102,9	100,5	102,8	99,9	100,4
April . . . . .	101,2	101,8	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,4	102,7	98,4	102,9	100,1	100,5
Mai . . . . .	101,4	101,6	100,4	100,6	101,9	100,7	101,6	102,6	102,7	99,5	103,1	100,8	100,5
Juni . . . . .	101,5	101,5	100,4	100,6	102,0	100,7	101,6	102,3	102,7	100,2	103,1	101,5	100,5
Juli . . . . .	101,7	101,5	100,5	100,5	102,3	100,7	101,5	102,3	99,5	101,8	103,2	103,5	100,5
August . . . . .	101,6	100,4	100,5	100,6	102,4	100,8	101,5	102,5	99,5	102,0	104,5	103,4	100,5
September	101,6	99,6	100,6	100,8	102,9	100,8	101,5	102,8	99,5	101,3	105,0	101,6	100,6
Oktober	101,6	99,3	100,6	101,0	103,4	100,8	101,5	102,9	98,6	100,0	105,0	101,7	100,7
November . . .	101,5	99,2	102,5	101,1	103,4	100,9	101,5	102,9	97,8	99,7	105,1	100,3	100,7
Dezember . . .	101,9	99,5	102,5	101,1	103,6	100,9	101,5	103,0	97,8	101,4	105,5	100,7	100,8
1997 Januar . . .	102,6	101,4	102,5	101,0	104,6	101,0	103,5	103,2	97,8	101,6	106,1	100,8	102,0
Februar . . . .	102,9	101,6	102,5	101,0	104,7	101,0	103,4	103,3	97,8	103,6	106,4	101,6	102,1
Marz . . . . .	102,8	101,1	102,6	101,0	104,6	101,0	103,4	103,6	97,7	103,4	106,5	101,2	102,1
April . . . . .	102,6	101,8	102,6	101,1	104,7	101,1	103,5	103,5	97,7	100,3	106,8	101,1	102,2
Mai . . . . .	103,0	102,7	102,6	101,1	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	101,7	107,1	101,9	102,3
Juni . . . . .	103,1	103,1	102,8	101,0	105,0	101,1	103,3	103,6	97,5	102,1	107,1	102,4	102,3
Juli . . . . .	103,9	102,7	102,8	100,8	105,1	101,1	114,0	104,7	97,5	103,7	107,4	104,5	102,3
August . . . . .	104,0	101,9	102,8	100,9	105,4	101,1	114,0	105,8	97,4	104,1	107,9	104,2	102,4
September . . .	103,8	101,7	102,9	101,2	105,3	101,1	114,0	105,5	98,4	103,0	109,4	102,4	102,5
Oktober	103,7	101,6	102,9	101,4	105,5	101,1	114,1	105,3	98,4	101,4	109,5	102,2	102,6
November	103,7	101,9	102,8	101,5	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	102,0	109,5	101,5	102,6
Dezember	103,9	102,4	102,9	101,4	105,6	101,2	114,1	104,9	98,3	103,2	109,7	101,9	102,6
1998 Januar . . . . .	103,9	103,5	102,9	101,2	105,7	101,3	114,0	104,3	98,3	102,1	110,7	102,0	102,3
Februar . . . .	104,1	103,4	102,8	101,2	105,8	101,3	114,1	104,1	98,3	104,1	111,9	102,5	102,3
März . . . . .	104,0	103,1	102,9	101,3	105,7	101,4	114,1	104,0	97,1	103,7	112,0	102,1	102,4
April . . . . .	104,1	103,6	103,0	101,5	106,0	101,7	114,6	104,7	97,5	101,1	111,9	103,2	102,6
Mai . . . . .	104,4	104,2	105,4	101,5	106,1	101,8	114,6	104,7	97,5	102,2	112,1	103,5	102,7
Juni . . . . .	104,5	104,4	105,4	101,5	106,1	101,9	114,6	104,9	97,7	102,7	112,1	104,0	102,7
Juli . . . . .	104,8	103,6	105,5	101,4	106,1	101,9	114,1	105,3	97,7	104,5	112,2	105,9	102,8
August . . . . .	104,6	102,6	105,6	101,3	106,0	101,9	114,2	105,2	97,7	104,8	112,8	106,1	102,9
September	104,4	102,1	105,6	101,6	106,1	101,9	114,3	105,0	97,1	103,7	113,3	104,0	103,0
Oktober	104,2	101,6	105,6	101,7	106,0	101,9	114,4	104,9	96,4	102,6	113,5	103,9	103,2
November	104,2	101,9	105,7	102,0	106,0	102,0	114,6	104,8	96,4	102,8	116,1	103,0	103,2
Dezember	104,3	102,1	105,6	102,0	105,9	102,0	114,6	104,6	96,2	103,2	116,1	103,3	103,2
1999 Januar . . .	104,1	103,0	105,5	101,7	106,1	102,0	110,6	104,4	89,5	102,8	116,4	103,2	103,6
Februar . . . .	104,3	103,0	105,5	101,6	106,1	102,0	110,4	104,6	89,0	104,4	117,2	103,9	104,0
Marz . . . . .	104,4	102,9	105,5	101,8	106,4	102,0	110,4	104,9	90,0	104,1	117,3	103,7	104,0

<sup>1)</sup> Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98 - 2) Die Monatsergebnisse beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes

**Preisindizes für Bauwerke<sup>1)</sup>**  
**Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)**  
**Deutschland**  
**1995 = 100**

Jahr Monat	Neubau							
	Wohngebäude						Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude
	insgesamt	Ein- familien- Gebäude	Mehr- familien- Gebäude	Gemischt- genutzte	vorgefertigte Bauart <sup>2)</sup>			
					mit Unterkellerung	ohne		
1995 D . . . . .	100	100	100	100	100	100	100	100
1996 D . . . . .	99,8	99,9	99,7	99,9	100,7	101,2	100,1	100,3
1997 D . . . . .	99,1	99,1	99,0	99,1	101,2	101,3	99,6	99,8
1998 D . . . . .	98,7	98,8	98,6	98,8	102,0	103,1	99,6	99,9
1996 Februar . . . . .	100,0	100,0	99,9	100,0	-	-	100,2	100,4
Mai . . . . .	99,9	100,0	99,9	100,0	100,6	100,9	100,2	100,4
August . . . . .	99,8	99,8	99,7	99,8	-	-	100,0	100,3
November . . . . .	99,5	99,6	99,4	99,6	100,7	101,4	99,8	100,1
1997 Februar . . . . .	99,3	99,4	99,2	99,4	-	-	99,7	100,0
Mai . . . . .	99,1	99,2	99,1	99,2	101,0	100,9	99,6	99,8
August . . . . .	99,1	99,1	99,0	99,1	-	-	99,6	99,8
November . . . . .	98,7	98,8	98,6	98,8	101,3	101,6	99,3	99,7
1998 Februar . . . . .	98,3	98,4	98,2	98,4	-	-	99,1	99,4
Mai . . . . .	99,0	99,1	98,9	99,1	102,0	103,0	99,8	100,2
August . . . . .	98,9	98,9	98,8	99,0	-	-	99,8	100,2
November . . . . .	98,6	98,7	98,5	98,7	101,9	103,2	99,6	99,9
1999 Februar . . . . .	98,3	98,4	98,2	98,5	-	-	99,3	99,5

Jahr Monat	Neubau				Instandhaltung von Wohngebäuden		
	Straßenbau	Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Kläranlagen	Mehrfamiliengebäude		Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
					mit Schönheitsreparaturen	ohne	
1995 D . . . . .	100	100	100	100	100	100	100
1996 D . . . . .	98,3	99,4	98,4	100,0	101,2	101,2	101,3
1997 D . . . . .	96,6	98,0	96,6	99,3	101,7	101,7	101,8
1998 D . . . . .	95,7	97,4	95,6	99,3	102,6	102,6	102,5
1996 Februar . . . . .	99,0	99,7	99,0	100,1	100,8	100,8	100,8
Mai . . . . .	98,4	99,6	98,5	100,1	101,1	101,1	101,1
August . . . . .	98,1	99,5	98,2	100,0	101,4	101,3	101,6
November . . . . .	97,7	98,9	97,7	99,8	101,4	101,4	101,5
1997 Februar . . . . .	97,2	98,5	97,2	99,5	101,5	101,5	101,3
Mai . . . . .	96,7	98,1	96,7	99,3	101,7	101,6	101,8
August . . . . .	96,4	98,0	96,3	99,3	101,8	101,8	101,9
November . . . . .	96,1	97,5	96,1	99,1	101,9	101,8	102,1
1998 Februar . . . . .	95,6	97,2	95,4	98,9	101,9	101,9	102,0
Mai . . . . .	96,0	97,7	95,8	99,5	102,8	102,8	102,7
August . . . . .	95,8	97,6	95,7	99,5	102,8	102,8	102,8
November . . . . .	95,4	97,2	95,3	99,3	102,7	102,7	102,5
1999 Februar . . . . .	95,3	96,5	95,2	99,1	102,5	102,6	102,2

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4  
1) Einschl Umsatzsteuer - 2) Einfamiliengebäude (Halbjahresergebnisse).

# Veröffentlichungen<sup>1)</sup> vom 27. März 1999 bis 23. April 1999

## Zusammenfassende Veröffentlichungen

Wirtschaft und Statistik, März 1999	20,30
Statistischer Wochenbericht Heft 13/1999 bis Heft 15/1999	3,20
Konjunktur aktuell, März 1999	19,-
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Dezember und Jahr 1998	25,60
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, November 1998	12,60

## Fachserien

### Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4 2 1	Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 31. März 1998	12,60
" 4 3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt Januar 1999	5,-

### Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen November 1998	8,20
---------	-------------------------------	------

### Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 3	Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 1998	25,60
" 3 1 5	Landwirtschaftliche Bodennutzung – Reihflächen – 1998	8,20
" 1 1	Rinder- und Schweinebestand, 3. November 1998	3,20
4 2 1	Schlachtungen und Fleischerzeugung 4. Vierteljahr und Jahr 1998	10,30
4 5	Hochsee- und Küstenfischerei: 1. Vierteljahr 1998	8,20

### Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2 2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes – 1998	22,70
" 2 2	Januar 1999	25,60
" 2 2	Februar 1999	25,60
4 2 1	Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1997	22,70
" 5 1	Beschäftigung und Umsatz der Betriebe im Baugewerbe 1998	19,60
8 1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen- Stahl- und Tempergießerei) 4. Vierteljahr 1998	22,70
" 3 1	Februar 1999	8,20
" 8 1	März 1999 (Vorbericht)	3,10

### Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 1 1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen) Januar 1999	10,30
3 1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen) Januar 1999	8,20
" 7 1	Betreiberbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Januar 1999	12,60

### Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel Dezember 1998	12,60
" 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Dezember und Jahr 1998	46,90

### Fachserie 8 Verkehr

Reihe 4	Binnenschifffahrt, Dezember 1998	10,30
" 5	Seeschifffahrt, Dezember 1998	10,30
" 7	Verkehrsunfälle, November 1998	10,30

### Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 3	Kriegsopferfürsorge 1997	12,60
---------	--------------------------	-------

### Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 9 2 1	Absatz von Bier, Februar 1999	3,20
-------------	-------------------------------	------

### Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Sonderheft 1	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte	25,60
--------------	---	-------

### Fachserie 16 Löhne und Gehälter

Reihe 2 1	Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe, Oktober 1998	29,40
" 2 2	Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe Oktober 1998	29,40
2 3	Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, Oktober 1998	12,60
" 4 1	Tariflöhne, Oktober 1998	29,40
" 4 2	Tarifgehälter, Oktober 1998	25,60
" 5	Löhne, Gehälter und Arbeitskosten im Ausland 1998	19,60

### Fachserie 17 Preise

Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft Januar 1999	8,20
1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft – Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forst- wirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995 –, Februar 1999	8,20
" 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise) Januar 1999	10,30
" 2	Februar 1999	10,30
" 3	Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes, Dezember 1998	8,20
" 3	1998	14,40
" 4	Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke Februar 1999 (Eilbericht)	5,-
6	Index der Großhandelsverkaufspreise, Februar 1999	8,20
7	Preisindizes für die Lebenshaltung – Neuberechnung auf Basis 1995 –, Januar 1999	19,60
7	Februar 1999 (Eilbericht)	19,60
" 7	März 1999 (Eilbericht)	4,-
" 8	Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr Februar 1999	10,30
10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Februar 1999	8,20
11	Preise und Preisindizes im Ausland, Februar 1999	8,20

## Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich aktualisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

<sup>1)</sup> Angegebene Preise in DM – Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 3 36 53. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkarton.

**Günter Schucher, Hrsg.**

# **Asien zwischen Ökonomie und Ökologie**

## **Wirtschaftswunder ohne Grenzen?**

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr.295  
Hamburg 1998, ISBN 3-88910-203-4, 212 S., DM 38,-

Die Rauchschwaden von Borneos brennenden Regenwäldern verdunkeln seit einem Jahr Südasiens Himmel; die Schwefeldioxid-Emissionen chinesischer Stadtregionen übersteigen z.T. die ganzer Staaten; Riesenstaudämme in China und Indien wecken apokalyptische Visionen. Nur Japan scheint sich umweltpolitisch mustergültig zu verhalten - oder hat es die Probleme nur ins Ausland verlagert? Kann sich der Planet Erde Asiens weiteren wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt leisten, fragt daher der Autor des Einleitungsbeitrages zu diesem Sammelband, weist aber zugleich auf die Verantwortung der westlichen Industrieländer hin.

Die insgesamt zehn Beiträge dieses Bandes sind die überarbeiteten Referate einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde und des Instituts für Asienkunde. Sie beschreiben die Umweltsituation in asiatischen Ländern und gehen auf umweltpolitische Strategien ein (VR China, Taiwan, Indien, Japan, ASEAN-Länder), sie erläutern dies an konkreten Beispielen (Drei-Schluchten-Staudamm, Tourismus auf Bali) und diskutieren Möglichkeiten der Ost-West-Zusammenarbeit (Activities Implemented Jointly). Die Autoren sind ausgewiesene Spezialisten.

Zu beziehen durch:

**Institut für Asienkunde  
Rothenbaumchaussee 32  
D-20148 Hamburg**

Tel.: (040) 44 30 01-03

Fax: (040) 410 79 45

E-Mail: [ifahh@uni-hamburg.de](mailto:ifahh@uni-hamburg.de)

Homepage: [www.rz.uni-hamburg.de/ifa](http://www.rz.uni-hamburg.de/ifa)

(einschl. Publikationsverzeichnis und Bestellmöglichkeit)